
UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00357891 1
JN
3946
S8P7
1892

Bibliothek=Reglement.

1. Alle Mitglieder der zentralorganisierten Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Organisation Danzigs, sind berechtigt die unter Verwaltung des Gewerkschaftskartell stehende Zentralbibliothek unentgeltlich zu benutzen. Als Legitimation gilt das Mitgliedsbuch in dem die Beiträge nicht mehr wie 8 Wochen rückständig sein dürfen.

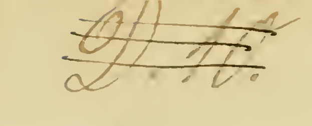
2. Die Lesefrist für dieses Buch beträgt 2. Wochen. Sie kann jedoch mit Zustimmung des Bibliothekars um 2 Wochen verlängert werden. Wer das Buch länger behält, zahlt für jede angefangene Woche 10 Pfennig Strafe. Die Strafgelder werden vom Bibliothekar gebucht und zur Anschaffung neuer Bücher verwandt. Entleiher, welche die entliehenen Bücher über die Lesefrist hinaus ohne Stundung behalten und sie trotz Aufforderung nicht zurückliefern, können vom Leserkreise ausgeschlossen werden.

3. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Bücher zu schonen und sauber zu halten. Für jede Beschädigung haftet der Entleiher des Buches. Für verloren gegangenen Büchern ist der volle Wert zu ersetzen der im Katalog vermerkt ist.

4. Die Ausgabe und Entnahme der Bücher erfolgt jeden **Mittwoch** 7-8 und **Sonnabend** von 6 bis 8 Uhr abends. Das Lesezimmer des Gewerkschaftskartells ist jeden Abend, bis 8 Uhr geöffnet. Bibliothek und Lesezimmer befinden sich

Dominikswall No. 8, Hintergebäude.

Das Weitergeben der Bücher an dritte Personen ist untersagt.





Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Berlin

vom 14. bis 21. November 1892.

Berlin 1892.
Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
(Th. Glocke).


LIBRARY
JUL 14 1967
UNIVERSITY OF TORONTO

Programm
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwickelung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Ange-

klagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. Auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt
Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 3/4 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tagesordnung des Parteitages.

Montag, den 14. November 1892, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituirung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Dienstag, den 15. November und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: Richard Fischer.
2. Bericht der Kontrolleure durch August Kaden.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Paul Singer.
4. Anträge zur Organisation.
5. Die Maifeier 1893. Berichterstatter: Albin Gerisch.
6. Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie. Berichterstatter: W. Liebknecht.
7. Der internationale Arbeiterkongreß in Zürich. Berichterstatter: Ferdinand Ewald.
8. Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontroll-Schutzmarke. Berichterstatter: J. Auer.
9. Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge: der allgemeine Nothstand. Berichterstatter: W. Liebknecht.
10. Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
11. Berathung derjenigen Anträge aus den Reihen der Parteigenossen, welche bei den voraufgehenden Punkten der Tagesordnung nicht ihre Erledigung gefunden haben.
12. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Gottlieb, Bremen. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Emmel, St. Johann.
Feldmann, Langenbielau.
Geiger, Stuttgart.
Gradnauer, Dresden.
Hoch, Frankfurt a. M.
Hülle, Erfurt.
Legien, Hamburg.
Löwenstein, Nürnberg.
Schmidt, Berlin.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Antrick, Berlin.
Bamberger, Berlin.
Klees, Magdeburg.
Leander, Chemnitz.
Meist, Köln.
Reißhaus, Erfurt.
Theiß, Hamburg.

Siebener-Kommission:

Ehrhardt, Ludwigsh.
Gerisch, Berlin.
Hoffmann, Zeitz.
Koenen, Eimsbüttel.
Metzner, Berlin.
Stolle, Gesau.
Winterblum, München.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Zur Tagesordnung.

Genossen in Solingen: Ziffer 1—3 wie in der provisorisch festgesetzten Tagesordnung. Weiter 4. Etwaige Anträge zur Organisation. 5. Anträge zum Programm. 6. Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie. 7. Agitation und Presse. Den Rest der provisorischen Tagesordnung.

Genossen in Friedrichsberg und V. Berliner Reichstagswahlkreis: Als 6. Punkt der Tagesordnung festzusetzen: „Das Verhältniß der sozialdemokratischen Partei zum sogenannten Staatssozialismus".

Karl Frohme, Hamburg: Auf die Tagesordnung an geeigneter Stelle zu setzen: „Die Sozialdemokratie und der Meineid".

Programm.

Die Genossen in Hamburg, III. Wahlkreis: II. Theil, Absatz 1. Betreffs des Wahlrechts „statt das 20. Jahr" zu setzen „die Großjährigkeit" und das erforderliche Alter für die Großjährigkeit festzusetzen. II. Theil, Ziffer 2. Der Parteitag möge eine Deklaration darüber geben, wie der Passus im Programm zu verstehen sei, welcher von der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde handelt.

Genossen des Kreises Naumburg, Zeitz-Weißenfels: II. Theil, Ziffer 6 den Punkt „Religion ist Privatsache" zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religionen und deren Lehrer sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegentreten, oder die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

Parteigenossen in Halle a. S.: Den Passus 6 im Programm: Religion ist Privatsache 2c. zu streichen.

Der Parteigenosse Sauermann, Charlottenburg: II. Theil, Ziffer 6 folgende Fassung zu geben: „Religion ist für die Parteigenossen als Privatsache zu betrachten, jedoch erwartet die Parteileitung von allen denen, die in Religionsdingen eine atheistische Anschauung haben, solche für sich und die Ihrigen nach Möglichkeit zur Durchführung zu bringen."

Parteigenosse P. König, Berlin: Da im Programm fälschlicher Weise gesagt wird (Seite 1, Absatz 5, Anfang): „Das Privateigenthum (statt Gemein—eigenthum) an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern . . . ." u. s. w. und eine Aenderung durch ein Wort (statt „Privat"- Gemein-Eigenthum) viele andere nach sich ziehen würde, — den Parteivorstand zu beauftragen, den prinzipiellen ersten Theil des Programms einer Prüfung und erneuten Redaktion zu unterziehen.

Organisation.

Von einer Versammlung von Frauen und Mädchen in Berlin Fräulein Baader und Genossinnen:

1. Sprachliche Aenderung der §§ 3, 4 und 5, soweit die Rede von „Vertrauensmännern" ist, und dafür die Worte „Vertrauenspersonen" zu setzen.

2. Streichung des folgenden in § 9 vorkommenden Satzes: „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises sich Frauen befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden."

Die Genossen von Bernburg, Bielefeld, Duisburg-Mühlheim, Frankfurt a. M., Liegnitz, des 16. sächsischen und des 1. württembergischen Wahlkreises: dem § 7, Abs. 1 des Organisationsstatuts der Partei folgende Fassung zu geben: „Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt, welcher von der Parteileitung einzuberufen ist."

Die Parteikonferenz für den 13. Hannoverschen Wahlkreis: Den Passus 4 des § 13, der Organisation zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Der alljährlich stattfindende Parteitag beschließt über die Verwendung der vorhandenen Parteigelder."

Genossen in Rinteln a. d. W. und Exten: Die Diäten der Delegirten zum Parteitag aus der Parteikasse zu bezahlen.

Die Genossen in Bielefeld: „Die Gehälter der Parteisekretäre zu erhöhen und das Gehalt des Chef-Redakteurs des Zentralorgans auf dem Parteitage festzusetzen.

R. Eckwarth, Hamburg, 2. Kreis: Das Maximalgehalt aller Parteibeamten, welche fest angestellt sind, auf 2500 Mark festzusetzen.

Parteigenosse C. Rebs, Weißenfels: Jeder Parteigenosse,

welcher als Vertreter der Sozialdemokratie in ein Parlament gewählt werden soll, hat vorher nachzuweisen, daß er aus der Kirche ausgeschieden ist.

Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag findet nur alle zwei Jahre statt. Ein außerordentlicher Parteitag ist zuläßig wenn mindestens 30 Wahlkreise die Nothwendigkeit desselben anerkennen, jedoch darf der darauffolgende ordentliche Parteitag erst wieder zwei Jahre nach diesem stattfinden.

Delegirte zum Parteitag sind in Zukunft nur zuläßig, wenn sie in dem betreffenden Orte, in dem sie gewählt sind, auch ihren Wohnsitz haben und die örtlichen Verhältnisse, sowie die Meinungen und Wünsche der Parteigenossen genau kennen.

Alle Halbjahr ist eine übersichtliche Abrechnung, enthaltend Einnahmen und Ausgaben der Parteigelder, in den Parteiorganen zu veröffentlichen.

Parteigenossen in München: Die Maifeier in gleicher Weise abzuhalten wie bisher, am 1. Mai Abends Demonstrations-Versammlungen, am Sonntag darauf das eigentliche Fest.

Es soll in Zukunft der Parteitag in der Regel nur alle zwei Jahre stattfinden. Sollten sich in einem zwischenliegenden Jahre Umstände von besonderer Art und Wichtigkeit ergeben, welche den Zusammentritt der obersten Vertretung der Partei nothwendig machen, so steht das Recht der Einberufung eines Parteitages dem Parteivorstand und der Fraktion zu.

Weiter wird beantragt, daß künftig wieder eine im Mittelpunkte Deutschlands gelegene Stadt als Kongreßort gewählt wird, damit nicht einem großen Theile, wie dieses heuer beim Süden zutrifft, die Beschickung erschwert wird.

Parteigenosse Oskar Kamenz, Berlin: Errichtung eines unentgeldlichen Auskunftsbureaus für Recht und Schutz suchende Parteigenossen. Als Legitimation für die Rechtsuchenden diene die Abonnementsquittung eines Parteiorgans.

Parteigenosse Wilh. Eggert, Friedrichsberg: Die sozialdemokratischen Witzblätter in den Parteikreisen nur durch die Partei-Organisation vertreiben zu lassen und die sich daraus ergebenden Ueberschüsse ausschließlich dem Parteifonds der betr. Orte zuzuführen.

Presse.

Parteigenossen in Stuttgart: Um einen Mangel, welcher dem Zentralorgan der Sozialdemokratie anhaftet, zu beseitigen, wäre es wünschenswerth, daß die Redaktion des „Vorwärts“ veranlaßt würde, in den einzelnen Ländern (Provinzen) geeignete Parteigenossen zu beauftragen, von Zeit zu Zeit orientirende Berichte einzusenden, damit der „Vorwärts“ ein getreueres Bild von

den thatsächlichen Verhältnissen giebt, als dies durch kleine redaktionelle Notizen und Auszüge möglich ist.

Genossen in Bielefeld: Den „Vorwärts“ zu veranlassen, sich einer präziseren Berichterstattung zu befleißigen.

Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Den Delegirten zum Parteitag die Abrechnung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt und der „Buchhandlung“ spezialisirt vorzulegen.

Genossen in Halle a. S.: Der Parteivorstand möge einen Spezialbericht über die Geschäftsführung des „Vorwärts“ liefern.

Genossen Frankfurt a. M.: Zum offiziellen Parteiorgan wird ein neu zu begründendes Blatt bestimmt, das wöchentlich einmal zu einem möglichst billigen Preis herausgegeben wird, und das zum Inhalt hat: a) die Partei-Bekanntmachungen, b) einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Grundsätze, c) eine Uebersicht über die sozialdemokratische Bewegung.

Sozialdemokraten deutscher Zunge in Brüssel: Der Parteitag möge beschließen, eine Wochenausgabe des „Vorwärts“ herausgeben zu wollen mit dem Titel „Der Sozialdemokrat“.

Genossen Königsberg i. Pr.: Zur Förderung der Agitation in den östlichen Provinzen, besonders Ost- und Westpreußen, wird ein Organ auf Kosten der Partei begründet.

Genossen in Elberfeld: Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die in der Verlagsanstalt von Auer und Komp. in Hamburg erscheinende „Neue Welt“ sowohl an Inhalt (Text und Illustration) als auch äußerer Ausstattung mehr wie bisher ihrem Zweck als Beilage sozialdemokratischer Blätter entspricht.

Genossen in Bremen und Frankfurt a. M.: Herausgabe einer wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur.

Genossen in Elberfeld und dem 1. Anhaltischen Wahlkreis: In Anbetracht, daß den Genossen besonders auf dem Lande und in den kleineren Städten die mündliche Agitation durch Lokalabtreiberei 2c. sehr erschwert wird, dieselben daher zur Förderung der Agitation mehr auf die Verbreitung unserer Literatur angewiesen sind; in fernerer Erwägung, daß die Mehrzahl unserer Parteibroschüren zum Gratisvertheilen zu theuer sind, wird der Parteivorstand beauftragt, kleine populär abgefaßte Schriften (Flugblätter) in größeren Mengen herstellen zu lassen und dieselben den Vertrauensmännern und Genossen gratis zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten der Herstellung trägt die Parteikasse.

Genossen in Frankfurt a. M.: Das Parteiprogramm soll mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt

und zum Zwecke der Massenverbreitung als Agitationsschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.

Genossen im 1. Anhaltischen Wahlkreis: Ueber die grundsätzliche Gegnerschaft der Sozialdemokratie zum Militarismus in allernächster Zeit ein Flugblatt herauszugeben.

Für die Parteiliteratur einen einheitlichen Verkaufspreis festzusetzen und die Verkäufer (Buchhändler, Kolporteure) zu verpflichten, nicht unter dem jeweilig festgesetzten Preise zu verkaufen.

Genossen von Rinteln a. d. W. und Exten: Den Parteivorstand zu beauftragen, daß über Punkt 6, 7, 8 der Tagesordnung des Parteitages eine Broschüre zum Selbstkostenpreis herausgegeben wird.

Nach Schluß einer jeden Reichstagssession eine Broschüre über die Thätigkeit des Reichstages herauszugeben.

Genossen in Apolda: Gesetzentwürfe von besonders für die Partei wichtiger Bedeutung sind rechtzeitig event. sofort nach deren Bekanntgabe von der Fraktions- oder Parteileitung an die Vertrauensmänner derjenigen Orte zu entsenden, an welchen agitatorische Kräfte resp. Agitationskomitees vorhanden sind.

Genossen in Magdeburg: Den Parteitag zu veranlassen, dahin zu wirken, daß von den Verlegern, seien es nun Parteiunternehmer oder Private, nur wirklich gemeinverständlich geschriebene Schriften auf den Markt gebracht werden.

G. Franc, Berlin: Der Parteitag möge beschließen, daß marktschreierische und andere unserer Tendenz entgegenlaufende Annoncen aus dem Inseratentheil, und solche Artikel, welche diese Annoncen befürworten, und des ferneren Artikel, die, ohne richtigen Kommentar gebracht, mindestens Mißverständnisse und Unklarheiten im Leserkreise hervorrufen müssen, aus dem redaktionellen Theil des Zentralorgans „Vorwärts" entfernt gehalten werden.

Genossen in Solingen: Resolution. Der Parteitag 1892 hat mit größtem Unwillen davon Kenntniß genommen, daß die Beschlüsse des Halleschen Parteitages, wonach Reklamen und Lotterieanzeigen die Spalten der sozialistischen Parteipresse verschlossen bleiben sollen, von Parteiblättern, namentlich dem „Vorwärts" und dem „Hamburger Echo", in gröblicher Weise verletzt werden. Desgleichen mißbilligt der Parteitag, daß die „Mainzer Volkszeitung" die von dem Kommandanten und dem Oberbürgermeister von Mainz unterzeichnete Aufforderung zu einem Kaiser-Geburtstags-Festessen in ihrem Inseratentheile veröffentlicht. Der Parteitag verlangt ausdrücklich, daß sowohl die Lotterieanzeigen wie die Veröffentlichung von Gewinnlisten, ferner Reklamen und Heirathsgesuche in den Parteiblättern keine Stätte finden, und erwartet überhaupt, daß die Parteipresse eine passendere, würdigere Haltung beobachte.

B. Martini, Tempelhof bei Berlin: Für die berufsmäßig im Dienste der Partei thätigen Arbeiter (Redakteure ꝛc.) bei eintretender Beschäftigungslosigkeit eine vom Parteitag festzusetzende Geldunterstützung in Verbindung mit einem zentralisirten Arbeitsnachweis beim Parteisekretariat einzurichten und die näheren Bestimmungen hierzu durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen.

Die Parteigenossen von Wiesbaden: Neben dem „Vorwärts“ ein wöchentlich einmal erscheinendes Zentralorgan herauszugeben, welches die wichtigsten Parteiangelegenheiten veröffentlicht und pro Nummer zum Preise von 5 Pfg. abgegeben wird.

Parteigenosse Sauermann, Charlottenburg: Der „Vorwärts“ soll auch Aufsätze über Gesundheitspflege, praktische Lebensweise u. s. w. veröffentlichen.

Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises:

1. Für die Sonntagsbeilage des „Vorwärts“ (Die Neue Welt) ein anderes Blatt zu beschaffen, da selbiges nicht den Anforderungen genügt, die an ein prinzipiell und wissenschaftlich zu haltendes sozialdemokratisches Blatt gestellt werden müssen.

2. Zum nächsten 1. Mai wird eine Land-Maifestzeitung hergestellt, die speziell sich mit der Arbeitszeit auf dem Lande und der Möglichkeit, sie herabzusetzen, zu beschäftigen hat.

3. Für die ländliche Agitation Agitationsnummern herzustellen, so daß bei der Agitation in jedem Ort die Zeitung verbreitet werden kann, in deren Verbreitungsbezirk der betreffende Ort liegt. Die Agitationsnummer ist derart herzustellen, daß der Leitartikel den Inhalt des neuesten ländlichen Flugblattes hat, und der übrige (politische, lokale und unterhaltende) Theil die heutige kapitalistische Mißwirthschaft drastisch beleuchtet.

Die Broschüre von W. Bracke „Nieder mit den Sozialdemokraten“ wird, nachdem die Zahlenangaben in derselben aus dem Jahre 1874 durch die entsprechenden des Jahres 1890 ersetzt sind, in Massenauflage gedruckt und den Genossen für die Agitation zum Selbstkostenpreise oder gratis zur Verfügung gestellt.

Parteigenossen in Metz: Die Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von W. Bracke auch in französischer Sprache neu erscheinen zu lassen, die Zahlenangaben aus dem Jahre 1874 aber durch die entsprechenden des Jahres 1890 zu ersetzen.

Parteigenossen in Düsseldorf und dem V. Sächsischen Wahlkreise: Broschüren, welche zu Massenverbreitungen benützt werden sollen, sind nur zum Preise der Herstellungskosten an die Genossen zu verabfolgen, und wo es angängig ist, auch alle Schriften, welche von verstorbenen Parteigenossen herstammen. Ferner soll auch darauf geachtet werden, daß die besseren Bücher, welche das mangelnde Wissen der Genossen ergänzen sollen, nicht mit indirekten Parteisteuern und Privatprofit belegt werden dürfen. Auch müssen in

kürzester Zeit einige für die Landbevölkerung berechneten Agitations-schriften, woran bis jetzt immer noch ein fühlbarer Mangel ist, verausgabt werden.

In halbjährlichen Zwischenpausen müssen Proklamationen in Gestalt von Flugblättern mit größtmöglichster Schnelligkeit gleichzeitig und an allen Orten unter die indifferente Menge geschleudert werden. Die Blätter müssen in kernigen, feurigen und Jedem leicht verständlichen Worten zum Anschluß an unsere Bewegung auffordern und den Thatendrang in der noch schlummernden Volksseele wachrufen. Die Auflage der Flugblätter muß so groß sein, daß im Nu ganz Deutschland damit überfluthet werden kann. Die Uebermittelung an die Genossen hat gleichzeitig und die Massenverbreitung durch die letzteren in denkbar umfassendster Weise zu geschehen. Kein Genosse darf zu dieser Massenaktion seine Beihülfe versagen. Die Kosten dieser Flugblattherstellung sind aus Parteimitteln zu decken, sofern die einzelnen Orte nicht selbst dafür aufkommen wollen.

Parteigenossen in Hanau und Fermersleben. Zur wirksamen Agitation auf dem Lande von Zeit zu Zeit Flugblätter oder Broschüren gratis zu verbreiten, die für rein ländliche Verhältnisse geschrieben und leicht faßbar sind. Dieselben sollen von der Parteileitung den einzelnen Kreisen möglichst billig abgegeben werden.

Agitation.

Genossen in Cassel: Die Haupt-Provinzialstädte, von denen aus die Agitation geleitet und ausgeführt wird, mit genügenden agitatorischen Kräften zu versehen, resp. dafür Sorge zu tragen, daß solche Kräfte, welche unbedingt wirthschaftlich unabhängig sein müssen, in den Provinzialstädten vorzugsweise ihren Wohnsitz nehmen.

Genossen in Friedberg in Hessen: Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand aufgefordert wird, für die Agitation in dem Wahlkreis Friedberg-Büdingen einige tüchtige Agitatoren zur Verfügung zu stellen.

Genossen von Duisburg-Mühlheim: Auf Parteikosten größere Agitationsreisen der populärsten Redner der Partei zu veranstalten, wobei in erster Linie die Industriebezirke des Niederrheins zu berücksichtigen wären, sowie auch zeitweilig dort einen ständigen aus der Parteikasse zu besoldenden Agitator zu stationiren.

Genossen des Naumburg-Weißenfels-Zeitzer Kreises: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Agitation auf dem Lande und in den kleinen Städten reger als bisher zu betreiben, insbesondere dadurch, daß geeignete Landagitatoren diese Orte bereisen und zwar auf Kosten der Zentralleitung, um so auch den Orten, wo keine Mittel für die Unkosten aufgetrieben werden

können, Gelegenheit zu Versammlungen zu geben. Wenn dies nicht anders zu erreichen, wären event. Landagitatoren fest anzustellen.

Genossen des 13. Hannöverschen Wahlkreises: Auf Antrag einer Parteiversammlung sind den betreffenden Orten die zu Agitations- oder sonstigen Parteizwecken benöthigten Gelder zur Verfügung zu stellen, falls sich bei eingehendster Untersuchung die unabweisbare Nothwendigkeit herausgestellt hat.

Genossen in Halle a. S. und Sagan: Die Partei soll keinerlei Kompromisse mit anderen Parteien wieder eingehen.

Joh. Löwe, Berlin: Die Partei soll sich bei allen Reichstags-Haupt- und Nachwahlen, und zwar in allen Wahlkreisen betheiligen.

Genossen in Dortmund und Sagan: Der Parteitag wird ersucht, zu der regierungsfreundlichen Stellung des Abg. Vollmar, welche mit den revolutionären Prinzipien unserer Partei im denkbar schroffsten Widerspruch steht, eine scharf abweisende Stellung einzunehmen.

Genosse Pistorius, Braunschweig: Der Parteitag möge aussprechen, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands mit den Arbeiter-Kontrollmarken nichts zu thun habe. Den Gewerkschaften soll es allein, wie deren Presse überlassen bleiben, wie sich dieselben zur Arbeiter-Kontrollmarke stellen werden, die Partei als solche hält sich nicht für berechtigt, für die Arbeiter-Kontrollmarke einzutreten.

3. Reichstags-Wahlkreis Berlin: Der Parteitag soll erklären: Daß die sozialdemokratische Partei als solche nichts mit dem Genossenschaftswesen gemein hat.

3. Reichstags-Wahlkreis Hamburg: Die Partei habe mit dem Genossenschaftswesen und der Kontroll-Schutzmarke nichts zu thun.

K. Eckwarth, Hamburg und die Genossen des 3. Hamburger Wahlkreises. Der Parteitag möge zu der Krankenkassenfrage, speziell zu den freien Hilfskassen Stellung nehmen.

Genossen von Bielefeld, 3. Hamburger Wahlkreis, Elberfeld, Reutlingen, Lübeck und Harburg: Für die Maifeier einen einheitlichen Tag festzustellen und zwar den ersten Sonntag im Mai.

Genossen in Apolda: Die Vertrauensmänner derjenigen Orte, an welchen wichtige Gerichtsentscheidungen gefällt werden, sind verpflichtet, dieselben mit Begründung des Urtheilsspruches schnellstens an den Parteivorstand zur Veröffentlichung im „Vorwärts" einzusenden.

Genossen des 1. Württembergischen Wahlkreises: Der Parteitag möge bei Bestimmung der Orte für Abhaltung von Parteitagen auch Süddeutschland berücksichtigen.

Genossen in Halle a. S: Der Parteitag möge dem Unfug bez. des eingerissenen Personenkultus entgegentreten.

Frauen und Mädchen von Mannheim und Parteigenossen von Sgan (nachträglich korrigirter Antrag): Der Parteitag wolle beschließen:

1. daß seitens der sozialdemokratischen Partei eine rege Agitation entfaltet werde zum Zweck der Einbeziehung der Proletarierinnen in die gewerkschaftlichen und — wo dies möglich — politischen Organisationen der Arbeiter und ihrer bewußten, zielklaren Betheiligung an dem Befreiungskampf ihrer Klasse;

2. daß die sozialdemokratische Partei kräftig dafür agitire, und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dafür eintrete, daß den Arbeiterinnen der freie, unbeschränkte Gebrauch des Vereins- und Koalitionsrechts gewährleistet werde;

3. daß von der sozialdemokratischen Partei in den Zeiten der Wahlagitation Versammlungen veranstaltet werden mit dem Doppelzweck, gegen die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts zu protestiren und Aufklärung über politische Fragen in die Reihen der Proletarierinnen zu tragen.

Genossen von Straßburg i. E: Es sei auszusprechen, daß das Genossenschaftswesen nur eine ärmliche Nachahmung kapitalistischer Assoziationen ist, die den einzelnen Mitgliedern unter Umständen wohl kleinere Vortheile bringen können, die aber in keinem Verhältniß stehen zu den Nachtheilen, die das Genossenschafts-Unwesen dadurch zeitigt, daß eine große Anzahl tüchtiger Kräfte der revolutionären Bewegung entzogen wird. Die sozialdemokratische Partei hat sich also von derartigen Unternehmungen fern zu halten und hat sie als das zu erklären was sie sind: auf Egoismus und Selbstsucht beruhende Privatunternehmungen.

Parteigenossen in Fermersleben: Den ländlichen Kreisen, insbesondere denjenigen, die bei der nächsten Wahl Aussicht auf Erlangung des Mandats bieten, mehr wie bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Parteigenossen in Köln: Zur Hebung und Belebung der Partei-Agitation im Rheinland, wo die Zentrums-Partei dominirt und Alles aufbietet, unsere Agitation zu entkräften, in Zukunft etwas mehr zu thun, als dies bisher geschehen ist.

Parteigenosse Wehder, Sonneberg i. Th.: Im nächsten Jahre eine Agitationstour für die beiden Meininger Wahlkreise in Aussicht zu nehmen.

Parteigenossen in Unna: Im Reichstags-Wahlkreis Hamm-Soest einen tüchtigen, redegewandten Agitator resp. Organisator mit dem Sitz in Hamm anzustellen. Die hierzu nöthigen Mittel zur Unterstützung event. Besoldung aus der Parteikasse herzugeben.

Parteigenossen in Rathenow: Behufs besserer Agitation gegen die neue Militärvorlage ein Flugblatt herauszugeben, welches als Manifest an einem Tage in ganz Deutschland verbreitet werden kann.

Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, allen Verfertigern von Gebrauchsgegenständen das Abdrucken von Bildnissen bekannter Persönlichkeiten zu unter-

sagen, da durch genanntes System wohl ein affenmäßiges Nachahmen, aber niemals eine Aufklärung und Ueberzeugung unter der Arbeiterbevölkerung zu erzielen ist.

Parteigenossen im 1. Hamburger Wahlkreis: Der Parteitag möge zur Frage der Unterstützung der freien Hülfskassen klare Stellung nehmen.

Parteigenosse Dullens, St. Ingbert: Der Pflege des internationalen Gedankens und Bestrebens in der Partei mehr Aufmerksamkeit schenken zu wollen.

Parteigenosse R. Halfter, Berlin: Der Parteitag möge entschieden Stellung nehmen gegen die in letzter Zeit von etlichen Genossen beliebte Haltung bei sogenannten letzten Ehrenerweisungen gegenüber verstorbenen politischen Gegnern.

Parteigenosse Ferd. Wegener, Berlin: Gründung eines „Maison du Peuple" nach dem Muster der belgischen Genossen in Erwägung zu ziehen.

Parteigenosse Stablow, Gallen: Kapitalbesitzenden Genossen zu ersuchen, in den ländlichen Bezirken Lokale zu erwerben und dieselben an parteigenössische Wirthe zu verpachten, um so den Lokalmangel zu heben.

Parteigenossen in Jüterbog: Einen Lokalfond zu bilden, um mit den Mitteln desselben an Orten, wo es nothwendig ist, Versammlungslokale zu miethen oder zu kaufen.

Parteigenossen in München: Resolution: Die in verschiedenen Orten von Parteigenossen in Bezug auf die Stellung der Partei zum sogenannten Staatssozialismus gefaßten Beschlüsse veranlassen die Parteigenossen Münchens, dem Parteitag zu Berlin folgende Resolution zu unterbreiten: Ausgehend von dem allen Genossen zustehenden Rechte der Meinungsäußerung über taktische und prinzipielle Fragen, können die Münchener Genossen in dem Standpunkt des Herrn v. Vollmar in der Frage des Staatssozialismus eine Verletzung der Prinzipien der Partei nicht erkennen. Ganz abgesehen von der Richtigkeit seiner Ansichten über diese Frage und in der Ueberzeugung, daß über die zu Tage gekommenen Maßnahmen des Staatssozialismus nur eine ablehnende Meinung in der Partei vorhanden sein kann, betrachten die Münchener Genossen es als den Grundsätzen der Partei entsprechend, wenn abweichende Anschauungen nicht in persönlicher, sondern rein sachlicher Weise zum Ausdruck gelangen. Da die verschiedenen sozialen Verhältnisse andere Formen des Klassenkampfes bedingen, so sollte es in erster Linie den Genossen der betreffenden Orte und Bezirke anheimgestellt werden: zu entscheiden, inwiefern ihre parlamentarischen Vertreter die Grenzen zwischen nothwendigen taktischen Maßnahmen und den prinzipiellen Forderungen der Partei überschritten haben.

Parteigenossen des 2. Berliner Wahlkreises: Resolution: In Erwägung, daß der politische Kampf der Sozialdemokratie nur

ein Klassenkampf sein kann, in fernerer Erwägung, daß durch die Vollmar'sche Definition des Staatssozialismus die charakteristischen Merkmale dieses Klassenkampfes verwischt werden und dadurch leicht Verwirrung in unsere Reihen getragen werden könnte, protestiren die Parteigenossen des 2. Berliner Wahlkreises ganz energisch gegen die Vollmar'sche Auffassung und Devinirung des Staatssozialismus und erwarten vom Parteitage die bestimmte Erklärung, daß die Sozialdemokratie nichts gemein hat mit dem Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt. Die Parteigenossen erwarten ferner, sobald der Parteitag gesprochen, von einem jeden Genossen die Respektirung der Beschlüsse desselben, damit es in Zukunft vermieden wird, daß Streitigkeiten innerhalb der Partei, hervorgerufen einerseits durch Erörterungen parteipolitischer Fragen in Bourgeois-Blättern, andererseits durch Interviews gegnerischer Zeitungsvertreter, stattfinden, die nur geeignet sind, die Presse der Gegner mit Sensationsstoff zu versehen, der Partei selbst aber leicht schaden können.

Parteigenossen des VI. Berliner Wahlkreises: Resolution: In Erwägung, daß die Ansichten des Genossen v. Vollmar über Staatssozialismus und Sozialdemokratie verschiedenartig beurtheilt und aufgefaßt werden, möge der Parteitag darüber endgiltig Klarheit schaffen.

Parteigenossen in Straßburg i. E.: In der Ueberzeugung, daß der Staatssozialismus die arbeitenden Klassen vom sozialen Elend nicht erlösen kann, ist jede Bestrebung, die die revolutionäre sozialistische Bewegung in das reaktionäre Fahrwasser des „reformirenden Staatssozialismus" zu leiten sucht, verwerflich.

Parteigenossen des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Den im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise angenommenen Antrag Dr. Lütgenau's, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien bei Stichwahlen abzuschließen, sobald sich dieselben verpflichten, für den Achtstundentag einzutreten, zu verwerfen.

Parlamentarische Thätigkeit.

Genossen in Elberfeld: Den zweiten Theil unseres Parteiprogramms in Form von Gesetzentwürfen zu bringen und diese nebst den bisherigen Arbeiterschutzgesetz-Entwürfen dem Reichstag vorzulegen.

Genossen in Halle a. S.: Die Fraktion zu beauftragen, die sofortige obligatorische Einführung des 8stündigen Arbeitstages zu verlangen, um der immensen Arbeitslosigkeit zu steuern.

Genossen in Bernburg: Die sozialdemokratische Fraktion des

Deutschen Reichstags und die sozialdemokratische Partei wolle nach Kräften für Beseitigung des religiösen Eides wirken.

Frauen und Jungfrauen von Mannheim: (Nachträglich korrigirte Anträge) der Parteitag wolle beschließen:

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Parlament die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie zu fordern;

2. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren in all den Gewerben zu fordern, in denen ausschließlich oder zum größten Theil Frauen beschäftigt werden.

Parteigenosse P. Reichsteig, Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags möge, gestützt auf § 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1869, durch Einbringung eines Antrages oder einer Interpellation noch in dieser Session die „sofortige" gesetzliche Neueintheilung der Reichstagswahlkreise fördern.

Parteigenosse O. Kamenz, Berlin: Die Reichstagsfraktion werde beauftragt, einen Antrag auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen im Reichstag einzubringen.

Parteigenosse L. Emmel, St. Johann: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten werden beauftragt: in den gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß alle in staatlichen Betrieben beschäftigte Hilfsbeamte und Arbeiter nach einer kurzen Probezeit unter das Beamtengesetz desjenigen Einzelstaates fallen, in dem sie beschäftigt sind.

Parteigenossen in Düsseldorf: Resolution: In Erwägung, daß das Parlament nur ein Agitationsmittel sein soll, beantragen die Genossen in Düsseldorf, daß von jetzt an nur (außer bei wichtigen Abstimmungen) einzelne Abgeordnete im Parlament vertreten sind und die andern während der Session in verschiedenen Provinzen Versammlungen abhalten, um so dem Volke die Nothwendigkeit des Sozialismus vor die Augen zu führen.

Persönliches.

Die Parteigenossen der beiden Wahlkreise Breslau-Ost und Breslau-West beantragen, den St Gallener Beschluß, soweit er sich auf den Genossen Bruno Geiser bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen.

Parteigenossen aus dem Wahlkreise Solingen: Der Parteitag möge der Reichstagsfraktion den Auftrag geben, den Abgeordneten Georg Schumacher aus der Fraktion auszuschließen.

Parteigenosse Riemann, Chemnitz: Die Differenz zwischen den Chemnitzer Genossen und Riemann durch ein Schiedsgericht zum Austrag bringen zu lassen.

———

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines.

Die neugewählte Parteileitung trat unmittelbar nach Schluß des Parteitages in Erfurt zu ihrer konstituirenden Sitzung zusammen. Zur Entgegennahme der gegen die Parteileitung und deren Geschäftsführung etwa eingehenden Beschwerden wurde Gen. Kaden in Dresden beauftragt, die Kontrole der Kassenführung den beiden in Berlin wohnhaften Kontroleuren, unter jedesmaliger Zuziehung eines auswärtigen Mitgliedes der Kontrolkommission, übertragen. Die vor Abhaltung des Parteitags vorgenommene Schlußrevision fand unter Theilnahme sämmtlicher Kontroleure statt. Zu Anfang November erließ der Parteivorstand an die Genossen im Lande die Aufforderung, zur Wahl der Vertrauensmänner für die einzelnen Orte und Kreise zu schreiten; das neue Parteiprogramm nebst den Organisationsbestimmungen wurde in großen Auflagen hergestellt und zum Selbstkostenpreis, oder wo die Verhältnisse dies nothwendig erscheinen ließen, gratis an die Genossen im Lande versandt, so daß dasselbe über das ganze Reich hin in hunderttausenden von Exemplaren Verbreitung gefunden hat.

Konnten wir schon im letztjährigen Berichte konstatiren, daß die in Halle beschlossene Organisationsform der Partei im allgemeinen sich bewährt habe, so darf wohl jetzt nach Verlauf eines weiteren Jahres dieses Urtheil dahin erweitert werden, daß unsere heutige Organisationsform, nach dem Stande der deutschen Vereinsgesetzgebung auf der einen und dem stetigen Wachsthum der Partei auf der anderen Seite, sowohl der Aktionsfreiheit der Genossen genügenden Spielraum läßt, wie sie doch auch wieder den festen Zusammenschluß und die Zusammengehörigkeit der Gesammtpartei in allen großen politischen und Parteifragen verbürgt. In demselben Maße als unsere Parteibewegung in den einzelnen Reichsländern immer mehr und mehr den Charakter einer Volksbewegung annimmt, werden dort bei aller prinzipiellen Festhaltung des strengen Klassencharakters und des uns von allen anderen Parteien und Gesellschaftsschichten trennenden Endzieles: Abschaffung der Klassenherrschaft und Vergesellschaftung der Arbeitsmittel, die eigentlichen Aufgaben des politischen Tageskampfes unter Umständen verschiedene sein und muß daher die Entscheidung darüber, wie die Agitation und der politische Kleinkrieg geführt werden sollen, im Großen und Ganzen den Genossen überlassen bleiben; es kann nicht von oben herab eine allgemein bindende Marschroute vorgeschrieben oder stets eine gemeinsame Kampfparole ausgegeben werden.

Daher sehen wir in immer steigendem Maße und mit immer größerer Betheiligung die Genossen zu **Landes-** und **Provinzial-**

Parteitagen, über deren Aufgaben unser letztjähriger Bericht sich eingehender ausgesprochen hat, zusammentreten. Im Laufe des Jahres haben solche in zeitlicher Reihenfolge stattgefunden für Württemberg, Baden, Schwarzburg-Rudolstadt, Westfalen, Schlesien und Posen, Schwaben und Neuburg, Provinz Hessen, Lippe-Detmold, Rheinland, Königreich Sachsen, Lübeck und Mecklenburg, Brandenburg, Provinz Sachsen, Pfalz, Reuß j. L., Bayern, Meiningen, Thüringen, Hessen-Darmstadt und Elsaß-Lothringen. Ferner haben eine ganze Reihe von Kreiskonferenzen für einzelne oder nahe zusammenliegende Reichstagswahlkreise stattgefunden, die alle zusammen ein glänzendes Zeugniß für den Agitationseifer und die politische Regsamkeit unserer Genossen lieferten.

Hand in Hand mit der steigenden Thätigkeit der Genossen in den einzelnen Provinzen und Orten ging auch eine Steigerung des Verkehrs zwischen Parteivorstand und Vertrauensmännern. Während vom Haller Parteitag bis zum Erfurter der beim Sekretariat der Partei eingegangene Brief- und Kartenverkehr die Ziffer 3227 erreichte, beträgt er heuer vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892: 3842, und die Ziffer der vom Sekretariat ausgegangenen Korrespondenzen beläuft sich im gleichen Zeitraum auf 3490 gegen 3634. Die versandten Circuläre und sonstigen Kreuzbandsendungen sind im Ein- und Ausgange nicht gezählt, belaufen sich aber ebenfalls nach Tausenden.

Im Allgemeinen trug das verflossene Jahr in Bezug auf das innere Parteileben den Charakter ruhiger, aber stetiger Entwicklung. Als der Erfurter Parteitag die unter der Maske prinzipieller Opposition auftretenden Elemente abstieß, that er dies in der ausgesprochenen Ueberzeugung, daß es sich bei diesen Personen nicht um eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit, nicht um einen aus innerer Ueberzeugung hervorgetretenen Gegensatz handle; und die nachherige Entwicklung hat die Richtigkeit dieser Auffassung vor der breiten Oeffentlichkeit bestätigt. Trotzdem jene Personen ihren Anhang zu organisiren unternahmen, wobei freilich sofort wieder eine Abscheidung ins sog. „anarchistische" Lager sich vollzog, und ein eigenes Organ gründeten, so hat doch bis zur Stunde Niemand erfahren, in welchen prinzipiellen Punkten sie im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei stehen. In Presse und Versammlungen besteht nach wie vor ihre Thätigkeit in dem altgewohnten Handwerk der persönlichen Verleumdung und Ehrabschneiderei, einzelne sind bereits zu dem Grade politischer Gesinnungslosigkeit heruntergesunken, daß sie diese Beschimpfungen der Partei in den Bourgeoisblättern gegen Bezahlung gewerbsmäßig ausüben. So bietet denn diese Gruppe heute dasselbe Schauspiel, das unter dem Sozialistengesetz nach dem Wydener Kongreß Most mit seiner „Freiheit" bot: in erbitterter Wuth über die eigene Ohnmacht und völlige Bedeutungslosigkeit werden diese Elemente nur noch durch ein Bestreben zusammenge-

halten: unserer Partei zu schaden, gleichviel mit welchen Mitteln. An der taktischen Geschlossenheit und prinzipiellen Klarheit der Genossen scheitern aber alle diese Bemühungen.

Ueberhaupt hat das Erfurter Urtheil über die Anschuldigungen der sog. Opposition einen neuen Beleg für die unverbrüchliche Disziplin unserer Partei ergeben. Wo immer jene Gesellschaft Boden zu fassen versuchte, sofort nach Klarlegung des Sachverhalts haben die Genossen ihnen die Wege gewiesen. Und wenn heute im Reiche an ein paar vereinzelten Orten eine Gruppe von Leuten sich als sog. Unabhängige zusammengethan haben, so liegt die Ursache hierzu ausschließlich in örtlichen oder persönlichen Streitigkeiten, sehr häufig auch in der Zurückweisung unberechtigter Ansprüche — die Partei aber kann es nur mit Freuden begrüßen, daß sie endlich die Verantwortung über Worte und Handlungen dieser Elemente losgeworden ist.

* * *

Eine weitere Frage, die im Laufe des letzten Jahres in den Kreis der parteigenössischen Erörterungen gezogen worden, war die Stellung der Partei zum Eide. Seitdem Hans Blum in seinen „Lügen" die lügnerische Behauptung neu aufgetischt, daß die Sozialdemokratische Partei zur Erreichung von Parteizwecken auch den Meineid billige, ist dieselbe von gewissenlosen Gegnern ab und zu wiederholt worden. So lange blos Leute von der politischen Bedeutungslosigkeit und Qualifikation eines Hans Blum diese Verleumdungen kolportirten, konnte die Partei dies ertragen. Wir sind allmählich daran gewöhnt worden, daß im Kampfe gegen unsere Partei den Gegnern alle Mittel gut genug sind. Anders wurde jedoch die Sache, als diese durch nichts erwiesene Anschuldigung ihren Einzug auch in den Gerichtssaal hielt und von einer Stelle aus dieser Vorwurf erhoben wurde, die durch Eid und Verfassung gehalten ist, Recht und Gesetz zu wahren ohne Ansehung der Person und politischen Gesinnung.

Staatsanwalt Romen in Hamburg war der Erste, welcher in öffentlicher Gerichtssitzung gegen die Anhänger der Sozialdemokratie den Vorwurf erhob:

> „Die Sozialdemokraten halten sich infolge ihres Parteiprogramms und vieler in den sozialdemokratischen Schriften ausgesprochenen Grundsätze berechtigt, auf den geleisteten Eid Unwahres sagen zu dürfen, da von der Partei der Eid als null und nichtig erklärt werde."

In einer späteren Gerichtssitzung wiederholte er diese Behauptung und kleidete sie in die Worte:

> „Er sei im Stande, hinreichend Material dafür beizubringen, daß die ganze sozialdemokratische Parteipresse vom „Vorwärts" abwärts nicht nur den Meineid billigt, sondern ihn sogar verherrlicht, wenn es dadurch möglich ist, einen angeklagten Genossen der Strafe zu entziehen."

Mit Recht waren unsere Genossen vom „Echo“ über diese Art der Amtsausübung entrüstet, sie verlangten für diese Beschuldigung Beweise und der Staatsanwalt antwortete mit: Konfiskation, Haussuchung, Anklage! Vor dem Forum der Oeffentlichkeit, vor das ihn die Hamburger Sozialdemokraten forderten und wo die Amtsrobe dem Staatsanwalt kein Privilegium gewährte, erschien Herr Romen nicht — er ist bis heute den Beweis seiner Behauptung schuldig geblieben.

Dieses Vorgehen des Hamburger Staatsanwalts blieb nicht vereinzelt; dem unparteiischen Staatsanwalt folgte der unparteiische Richter. In Breslau hatte, nach den dortigen Tageszeitungen, der Landgerichtsdirektor Schmidt den Vorwurf der Meineidsbegünstigung direkt gegen die Parteileitung erhoben, weshalb diese sich zum Einschreiten veranlaßt sah und darüber im „Vorwärts“ folgende Erklärung veröffentlichte:

Erklärung.

Nach den Berichten in Breslauer Tageszeitungen — wir nennen hier von der gegnerischen Presse die „Breslauer Morgen-Zeitung“ und den „General-Anzeiger“ — hatte gelegentlich einer Verhandlung wider unseren Genossen Thiel, Redakteur der „Volkswacht“, vor dem Landgericht zu Breslau der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, in einer Ansprache an die Entlastungszeugen vor deren Vereidigung sich (wir zitiren nach der „Volkswacht“) folgendermaßen ausgelassen:

„Ich weiß nicht, auf welchem politischen Boden Sie stehen, aber es ist mir bekannt, daß die **sozialdemokratische Parteileitung** ihren Anhängern empfohlen hat, in allen Fällen, bei denen das Interesse eines der Ihrigen vor Gericht in Frage kommt, Meineide zu schwören, um den Angeklagten zu entlasten. Ich kann mir nicht denken, daß diese Anschauung auch hier Boden gefaßt hat, ich glaube nicht — zu Ihrer Ehre und zur Ehre des ganzen Menschengeschlechtes — daß Sie nicht soviel auf Ihr Gewissen halten, sondern ich glaube, daß Sie die volle Wahrheit sagen werden. Was Sie auch sonst von der gegenwärtigen Weltordnung halten mögen — Gottes Strafgericht würde Sie doch ereilen, wenn Sie Ihre Eidespflicht verletzten.“

Kurz vorher hatte bekanntlich der Hamburger Staatsanwalt Romen in öffentlicher Gerichtssitzung sich ähnlich ausgedrückt; nur war Herr Romen in der Wahl seiner Worte vorsichtiger gewesen. Er hatte nur von der Partei, den Sozialdemokraten im Allgemeinen gesprochen, so daß ihn Niemand direkt fassen konnte, Herr Landgerichtsdirektor Schmidt dagegen beschuldigte — nach den Zeitungsberichten — direkt die Parteileitung, sie habe den Meineid empfohlen, und er verstärkte — wieder nach denselben Zeitungsberichten — diese ungeheuerliche Anschuldigung noch durch die ganz bestimmte Versicherung, er wisse das, es sei ihm das bekannt.

Damit war natürlich für die Parteileitung die Pflicht gegeben, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen; schien doch endlich einmal die Möglichkeit geboten, Beweise dafür zu erhalten, wo und wann seitens der Sozialdemokratie der Meineid empfohlen worden,

nachdem eine solche Anschuldigung in so bestimmter Form von so autoritativer Seite erhoben worden war!

Unterm 13. September ging an Herrn Schmidt folgender Brief ab:

„Berlin, Katzbachstr. 9, I, 13. September 1892.

Herrn Landgerichts-Direktor Schmidt in Breslau.

Geehrter Herr!

Durch die Presse (sp. Nr. 210 der „Volkswacht" in Breslau S. 4 Sp. 3) geht die bis jetzt von Ihnen unwidersprochen gebliebene Nachricht, daß Sie in einer Gerichtsverhandlung wider Thiel, Redakteur der „Volkswacht" in einer Ansprache an die Zeugen vor deren Vereidigung die Aeußerung gethan haben:

„Ich weiß nicht, auf welchem politischen Boden Sie stehen, aber es ist mir bekannt, daß die **sozialdemokratische Parteileitung** ihren Anhängern empfohlen hat, in allen Fällen, bei denen das Interesse eines der Ihrigen vor Gericht in Frage kommt, Meineide zu schwören um den Angeklagten zu entlasten."

Im Auftrage der sozialdemokratischen Parteileitung, die seit Oktober 1890 aus den Reichstags-Abgeordneten Auer, Bebel und Singer, dem Metallarbeiter A. Gerisch und dem Schriftsetzer R. Fischer besteht, erlauben sich die unterzeichneten Sekretäre derselben die höfliche Anfrage an Sie, ob diese Behauptung Ihrerseits wirklich gefallen ist.

Als Ehrenmann und Beamter werden Sie es selber begreifen, daß wir eine solche Beschuldigung nicht auf uns ruhen lassen können; aber ehe wir nach irgend einer Richtung weitere Schritte thun, glaubten wir eine Rückäußerung Ihrerseits über die qu. Anschuldigung erbitten zu sollen.

Ihrer gefl. Antwort entgegensehend

Achtungsvoll J. Auer. R. Fischer."

Unterm 24. September lief endlich folgende Antwort ein:

„Breslau, 24. September 1892.

Geehrter Herr!

In höflicher Beantwortung des gefälligen Schreibens vom 13. d. Mts. nehme ich in Betreff Wortlautes und Sinnes der von mir geschehenen Meineids-Verwarnung Bezug auf die Nr. 625 der „Breslauer Zeitung" vom 7. September cr.

Eine weitere Erklärung abzugeben sehe ich mich in Uebereinstimmung mit der Auffassung meiner Vorgesetzten außer Stande, da ich über Aeußerungen, die ich in amtlicher Eigenschaft gethan habe, nur meinen Vorgesetzten Rechenschaft schuldig bin. Achtungsvoll

Schmidt, Landgerichts-Direktor."

Als Beamter mag Herr Schmidt formell im Rechte sein, daß er für Aeußerungen in amtlicher Eigenschaft nur seinen Vorgesetzten Rechenschaft schuldig ist; aber als Ehrenmann kann es ihm auch nicht verwehrt sein, denen, die er nach Zeitungsberichten solch' ehrloser Dinge beschuldigt, klipp und klar zu erklären, ob er diese Beschuldigung erhoben hat oder nicht. Es wäre ihm, falls er diese Beschuldigung voreilig und grundlos geäußert, als Ehrenmann auch nicht verwehrt gewesen, solches offen einzugestehen.

Seine Antwort ermangelt aber dieser unzweideutigen Deutlichkeit. Wir verstehen ihn aber jedenfalls nicht falsch, wenn wir annehmen, Herr Schmidt wolle in Abrede stellen, gegen die Parteileitung den Vorwurf der Meineidsbegünstigung ausgesprochen zu haben.

Die „Breslauer Zeitung", auf welche Herr Schmidt verweist, läßt ihn in jener Zeugenansprache nur erklären:

„Ich weiß nicht, auf welchem politischen Boden Sie stehen, weiß aber, daß neuerdings seitens der sozialdemokratischen Partei gepredigt worden ist, man könne zu Gunsten beschuldigter Parteigenossen auch falsch schwören" u. s. w.

In der Wiedergabe der Ausführungen des Vertheidigers, Herrn Rechtsanwalts Marcuse, läßt auch die „Breslauer Zeitung", wie alle anderen Blätter, diesen sagen:

„Es ist vorhin von seiten des Vorsitzenden die Behauptung aufgestellt worden, daß von seiten der sozialistischen **Parteileitung** die Parole ausgegeben worden sei" u. s. w.

Und die „Breslauer Zeitung" läßt dann in ihrem Bericht den Vertheidiger wiederholt gegen diese Behauptung des Vorsitzenden protestiren, unter dreimaliger Anführung des Ausdrucks „Parteileitung".

Herr Schmidt ist also vom Vertheidiger, von Reportern, vom Angeklagten, von einer Reihe von Ohrenzeugen in einer geradezu auffälligen und fatalen Weise mißverstanden worden, ein Glück, daß wenigstens der Berichterstatter der „Breslauer Zeitung" den Herrn Landgerichtsdirektor richtig verstanden hat, da dieser ja auch das Mißverständniß des Vertheidigers nicht sofort berichtigt hat.

Ist nun auch die Behauptung, daß „die sozialistische Partei neuerdings gepredigt habe, man könne zu Gunsten beschuldigter Parteigenossen falsch schwören", eine durch nichts zu beweisende, mit allen Thatsachen in schroffstem Widerspruch stehende Beschuldigung, so ist doch für die Parteileitung mit dem Briefe des Herrn Landgerichtsdirektors diese Angelegenheit erledigt. Was nicht behauptet worden, braucht nicht widerlegt zu werden. Gleichwohl wollen wir aber nicht unterlassen, zu erklären, daß in der That nur beispiellose Leichtfertigkeit oder Nichtswürdigkeit die Behauptung aufstellen könnte, „die sozialdemokratische Parteileitung habe ihren Anhängern empfohlen, in allen Fällen, bei denen das Interesse eines der Ihrigen vor Gericht in Frage kommt, einen Meineid zu schwören, um den Angeklagten zu entlasten".

Berlin, im Oktober 1892. Der Partei-Vorstand.

So unsere Erklärung.

Das Vorgehen der Romen und Schmidt fand aber noch an anderen Orten Nachahmung. Und wie die Dinge einmal liegen, glauben wir auch nicht daran, daß von berufener Seite Einhalt geboten und die betreffenden Beamten zur Rechenschaft gezogen werden, obgleich es für jeden Einsichtigen feststeht, daß es nicht die Sozialdemokratie ist, die darunter Schaden leidet, und obgleich es ferner ebenso feststeht, daß der Glaube an die unparteiische Rechtspflege mittelst solcher Praktiken nicht gestärkt wird.

Die Sozialdemokratie hat niemals einen Hehl daraus gemacht, daß sie Gegnerin der religiösen Form des Eides ist; für sie ist die religiöse Bedeutung und religiöse Verantwortung des Eides belanglos; sie erkennt den Wahrheitszwang vor Gericht einfach als bürgerliche, als menschliche Verpflichtung an, der gegenüber für den Zeugen nur das Recht der Eidesverweigerung, nicht das der Lüge anerkannt werden kann. In der gegenwärtigen Gesellschaft ist der Eid eine der Grundlagen des Rechtsverfahrens; wird nun eine ganze politische Partei von vornherein grund- und beweislos der Meineidsbegünstigung von Gerichtsstelle aus angeschuldigt, so wird sie damit einfach vom allgemeinen, für alle Staatsangehörigen unterschiedslos geltenden gleichen Rechtsstandpunkt abgedrängt, mit anderen Worten rechtlos gemacht. Gegen jede solche Vergewal-

tigung zu protestiren und jeden solchen Versuch energisch zurückzuweisen und mit allen Mitteln zu vereiteln, ist selbstverständliche Pflicht der Partei. Und die Partei wird ihr Recht zu wahren und ihre Pflicht zu erfüllen wissen — allen Staatsanwälten und Richtern zum Trotz!

* * *

Zur **Maifeier** hatte der Parteivorstand, um jede Zersplitterung zu vermeiden und den sozialpolitischen Charakter dieser internationalen Arbeiterdemonstration unverhüllt und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, an die Vertrauensleute die Aufforderung gerichtet, deren Veranstaltung von Parteiwegen in die Hand zu nehmen. Ebenso hatte derselbe — und zwar hauptsächlich aus propagandistischen Gründen — die Herausgabe eines gemeinschaftlichen Festzeichens und der „Maifestzeitung“ beschlossen, die in einer halben Million Auflage weiteste Verbreitung und auch allgemeine Anerkennung gefunden hat. Unsere jämmerlichen Vereinsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten, die fast überall die Veranstaltung von öffentlichen Aufzügen, Versammlungen unter freiem Himmel u. s. w. in das Belieben der untergeordnetsten Polizeibehörden stellen, ermöglichten natürlich keine einheitliche Demonstration. Schließlich liegt der Werth der Feier doch auch weniger in deren äußeren Form, als in der Thatsache, daß die Arbeiterschaft aller Länder für die vom Pariser Kongreß formulirten Forderungen einheitlich ihre Stimme erhebt und den unbeugsamen Willen bekundet, der herrschenden Gesellschaft deren Anerkennung abzuzwingen. Trotzdem im Reiche die Feier vielfach durch die Ungunst des Wetters ganz erheblich beeinträchtigt und eine Reihe süddeutscher Städte durch den eingetretenen Schneefall sogar zur Verlegung der Feier gezwungen wurden, trat dieser demonstrative Gedanken durch die Größe der versammelten Massen überall in unleugbare Erscheinung. Die Gegner mögen, begünstigt durch die seit einigen Jahren wüthende, die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zeitweise stark lähmende furchtbare Geschäftskrisis, drohen oder höhnen: die Arbeiter wissen, daß sie der Bourgeoisie den Weltfeiertag und die baldige Erfüllung der Pariser Forderungen abtrotzen werden, dafür war die heurige Maifeier ein neuer Beweis.

Neben der Maifeier boten die Parteitage der österreichischen und französischen Sozialdemokratie unserer Partei äußeren Anlaß, die internationale Solidarität der klassenbewußten Arbeiterschaft abermals zu bekunden. Mit der österreichischen Bruderpartei ist die deutsche Sozialdemokrtie von Anfang an aufs innigste verwachsen gewesen, Tausende von Genossen haben hüben und drüben Schulter an Schulter gekämpft, gemeinsam Sieg und Niederlage getheilt, so daß die Theilnahme des Genossen Auer als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie am Wiener Parteitage von selbst gegeben war. Fehlen aber auch diese äußeren

Momente der Bundesgenossenschaft in unseren Beziehungen zu der französischen Sozialdemokratie, so hat in jüngster Zeit die begeisterte Aufnahme der französischen Delegirten auf den Haller Parteitag und vor wenigen Wochen die unseres Genossen Liebknecht auf dem Marseiller Kongreß, der vom Parteivorstand mit der Vertretung der Partei beauftragt war, wieder unwiderleglich bewiesen, daß auch das kämpfende französische Proletariat eines Sinnes, eines Herzens mit der deutschen Sozialdemokratie ist. Mögen die chauvinistischen Bourgeois diesseits und jenseits des Rheines haßerfüllt zum Kriege hetzen, mögen Diplomaten und Regierungen beider Länder den Wohlstand der Nationen dem Militarismus und dem Schreckgespenst des Krieges opfern, die klassenbewußten Arbeiter beider Länder reichen sich als Vorkämpfer wahrer Kultur und Gesittung über die Grenzen die Hände, in der Ueberzeugung, daß nur ein Feind sie trennt und daß ihre gemeinsame Aufgabe ist: die Bekämpfung und Vernichtung dieses einen Feindes, des Kapitalismus!

* * *

Agitation.

Auf allen Parteitagen und in zahlreichen, sich immer wiederholenden Zuschriften an die Parteileitung wird darüber Klage geführt, daß die Agitation nicht in genügendem Maße betrieben werde. Diese Klagen entspringen dem lebhaften Bedürfniß unserer Genossen, in noch höherem Maße als bisher die Grundsätze unserer Partei in immer weiteren Kreisen zu verbreiten, sozialpolitische Aufklärung in die entlegensten Bezirke des Reiches zu tragen. Aber so offen wir hier für die Gesammtpartei das rühmliche Zeugniß ablegen dürfen, daß in dieser Beziehung alle Genossen vom höchsten Pflichtgefühl durchdrungen sind, ebenso sehr glaubt der Parteivorstand für sich das Zeugniß beanspruchen zu dürfen, nach dieser Richtung hin gethan zu haben, was in seinen Kräften stand. Wenn er dabei freilich nicht allen Anforderungen entsprechen konnte, so liegt das zum großen Theil daran, daß es in unserer Partei noch immer an genügenden Agitationskräften fehlt, und daß andrerseits die Genossen ihre Wünsche nach rednerischen Kräften nur allzuoft auf die paar bekannten Namen beschränken, die einfach außer Stande sind, den an sie ergehenden Anforderungen sämmtlich zu entsprechen.

Größere Agitationstouren wurden seitens der Parteileitung im verflossenen Jahre veranstaltet durch Thüringen, Rheinland, Schlesien, Westfalen, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, das Erzgebirge und Ostpreußen. Auch im Maingau, Baden, in der Pfalz und im Saar-Revier haben eine Reihe von Agitationsversammlungen seitens vom Parteivorstand entsandter Redner stattgefunden. Daneben wurden von einzelnen Agitationskomitees und Landesorganisationen ebenfalls größere Touren veranstaltet, z. B. durch Württemberg, Baden, Rheinland, Nordbayern.

Das Bild der Partei-Agitation ist damit aber nicht erschöpft. Unsere sämmtlichen Abgeordneten haben nicht nur in ihren Wahlkreisen zahlreiche Versammlungen abgehalten, sondern sind auch den an ihren Wohnorten oder von Auswärts einzeln an sie ergangenen Wünschen nach Referaten in zahlreichen Fällen nachgekommen. Dasselbe ist der Fall mit den an der Parteipresse angestellten und den sonstigen in der Partei rednerisch thätigen Genossen, für die allesammt von Nacht- und Sonntagsruhe nur zu oft keine Rede ist.

Auch wurden für größere und nachhaltige Agitation einer ganzen Reihe von Orten und Provinzen größere Summen zur Verfügung gestellt, ebenso, wo Personen und Verhältnisse dies angebracht erscheinen ließ, feste monatliche Zuschüsse aus der Parteikasse geleistet, um die Agitation zu ermöglichen und in Fluß zu erhalten, besonders auch dann, wenn die Gegner durch Brotlosmachung und Existenzuntergrabung der agitatorisch thätigen Genossen die Parteibewegung lahm zu legen oder zu unterdrücken versuchten.

Neben der mündlichen Agitation wurde seitens der Genossen wie der Parteileitung selbstverständlich der Verbreitung von Broschüren und Flugschriften große Aufmerksamkeit geschenkt.

Der **Agitation auf dem flachen Lande** dienen ferner einige neu herausgegebene Flugblätter, die zum Theil noch unter der Presse sind. Leider ist es den Genossen, die mit der Bearbeitung des einschlägigen Materials betraut wurden, bis jetzt nicht möglich geworden, die für die ländlichen Proletarier bestimmten Broschüren fertig zu stellen; dafür sind seitens der Genossen in den einzelnen Provinzen solche auf die ländlichen Arbeiten berechneten Flugschriften ausgegeben worden, und da diese meist lokale und provinzielle Färbung trugen, erfüllten sie auch ihren Zweck viel besser als es ein von einer Zentralstelle herausgegebenes und für die weitesten Kreise berechnetes Flugblatt hätte thun können. Und als ein unsere Partei zu den schönsten Hoffnungen berechtigendes Zeichen dürfen wir es auffassen, daß in ganz Deutschland, im entferntesten Osten wie im Umkreise der Industriestädte seitens des **ländlichen Proletariats** unsere Genossen überall aufs Herzlichste begrüßt und unsere Blätter und Schriften mit einem förmlichen Heißhunger verlangt und entgegengenommen werden. Die Großbauern und Gutsbesitzer freilich und als treue Wächter neben ihnen die „himmlische Gensdarmerie" in Gestalt der gescheitelten und tonsurirten Geistlichkeit suchen oft mit dem Appell an die brutalsten Instinkte diese Agitation unserer Genossen zu verbieten; ihre Bemühungen werden indeß die Verbrüderung des ländlichen Proletariats mit den Industrieproletariern so wenig verhindern, wie die offenen Aufforderungen der ultramontanen und konservativen Presse, die „Verführer" mit Hunden von den Höfen zu hetzen.

Ein äußeres Zeichen für den Erfolg unserer Agitation liefern die

im Laufe des letzten Jahres stattgehabten Wahlen zu den verschiedenen Vertretungskörpern. Der Erfurter Parteitag war zusammengetreten unter dem Eindruck des großartigen Sieges, den unsere sächsischen Genossen bei den Landtagswahlen errungen haben: 4 neue Mandate wurden erobert und die für unsere Partei abgegebenen Stimmen stiegen von 15000 auf 34000. Aehnlich gestaltete sich das Verhältniß bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen. Von 5597 Stimmen in 1884 stiegen wir 1890 auf 15791 Stimmen und bei den am 27. September 1892 stattgehabten Nachwahlen erfolgte eine abermalige Steigerung — trotz der von den „Unabhängigen" dagegen geführten wüsten Agitation. Weitere Siege erfochten unsere Genossen bei den Altenburger, Reußer, Gothaer und Meininger Landtagswahlen: zu allen vier Körperschaften haben wir durch je einen Abgeordneten den Zutritt erzwungen, trotzdem überall die sämmtlichen bürgerlichen Parteien sich vereinigt hatten zur „einen reaktionären Masse" und trotzdem die nach dem Steuerzensus angelegten, oft auch indirekten Wahlsysteme den Wahlkampf erschweren und das Gros der Arbeiterbevölkerung von der Wahlbetheiligung direkt ausschließen.

Auch die Nachwahlen zum Reichstag brachten unserer Partei eine Reihe von Erfolgen. Zwar gelang es uns nur im 22. sächsischen Wahlkreis einen Vertreter durchzubringen und damit „das dritte Dutzend" voll zu machen; unser Kandidat hatte mit 11721 Stimmen gegen 1890 noch über 400 Stimmen gewonnen. Bei allen übrigen Nachwahlen war nach Lage der Dinge ein Wahlsieg von vornherein ausgeschlossen; aber wir gewannen erheblich an Stimmenzahl bei den Nachwahlen in Bayreuth (2043 gegen 1102 in 1890), im 11. Württembergischen Kreis (1220 gegen 872), in Mecklenburg-Neustrelitz (2597 gegen 1687), im urkonservativen pommerschen Kreis Stolpe-Lauenburg, dem Sitze des Herrn von Puttkamer, stiegen wir von 158 auf 302 Stimmen und im schlesischen Kreise Hirschberg-Löwenberg, wo noch nie eine sozialdemokratische Stimme abgegeben worden, erzielten wir bei der jüngsten Nachwahl 100 Stimmen. Alle diese Erfolge wiegen um so schwerer, als bekanntlich Nachwahlen nicht unter der bei Hauptwahlen herrschenden politischen Regsamkeit und Kräftespannung vor sich gehen, sondern im Gegentheil fast regelmäßig eine geringere Wahlbetheiligung aufweisen. Wenn wir nun auch in einigen Wahlkreisen (Hildesheim, Herford-Halle, Sagan-Sprottau) bei Nachwahlen einen Stimmenrückgang zu verzeichnen haben, so erklärt sich dies nicht blos aus obiger Thatsache, sondern auch noch aus einer Reihe örtlicher und zeitlicher Ursachen. In einer ganzen Anzahl von ländlichen Kreisen hängt Agitation und Stimmzahl für unsere Partei sehr oft von der Frage ab, zu welcher Jahreszeit die Wahlen stattfinden. Da die sozial unabhängigen Genossen, die bei dem Terrorismus der Dorfschulzen und Rittergutsbesitzer allein die Agitation betreiben

können, zur Sommers- und Herbstzeit meist als Bauhandwerker u. dergl. in den nahegelegenen Städten arbeiten und nur auf den Sonntag zu ihrer Familie heimkehren, so ist zu solcher Zeit eine wirksame Agitation durch Versammlungen, Flugblattverbreitung und dergleichen unserseits geradezu ausgeschlossen.

Wenn die Gegner aus diesen paar Zahlen also Schlüsse auf den „Rückgang" unserer Partei ziehen, so wird diese Hoffnung sich bald als eitel erweisen, wir aber haben alle Ursache, nach den diesjährigen Erfolgen mit Zuversicht der Zukunft entgegenzusehen. Tritt doch immer mehr und immer deutlicher die Thatsache in Erscheinung, daß in allen Fragen, bei denen die Interessen der Arbeiter als Klasse auf dem Spiele stehen, immer größere Massen der Arbeiter jenen gegnerischen Parteien die Gefolgschaft verweigern, die sie ihnen bisher widerspruchslos in allen politischen Streitfragen geleistet haben. Ohne Anhänger der Sozialdemokratie zu sein, ohne deren Programm, das sie oft gar nicht kennen, von Anfang bis Ende zu unterschreiben, sind diese Arbeiter allmälich sowohl durch das Verhalten der gegnerischen Parteien in allen wirthschaftlichen Fragen wie auch durch die Stellungnahme und Kritik der Sozialdemokratie gegenüber den schwächlichen, halben oder geradezu nichtssagenden „Reformen" der Regierungen und Parteien instinktiv zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihre Interessen heute nur noch von einer Partei ernsthaft und rückhaltlos gewahrt und vertreten werden: der Sozialdemokratie! Einen schlagenden Beweis dafür lieferte der Ausfall der **Gewerbegerichts-Wahlen.** Ohne deren Bedeutung zu überschätzen, haben unsere Genossen dafür allerwärts eine lebhafte Agitation entfaltet und mit verschwindenden Ausnahmen sind im ganzen Reiche die von unseren Genossen aufgestellten Kandidaten gewählt worden. Auch in Gegenden und Städten, wo bei den letzten allgemeinen Wahlen unsere Partei es nur zu kleinen Minoritäten gebracht hat oder wo bisher, wie im katholischen Rheinland, Bayern, Schlesien ꝛc., die Arbeiter in ihrer Mehrzahl unseren Bestrebungen feindlich oder doch theilnahmslos gegenüberstanden, haben wir geradezu überraschende Resultate erzielt. Damit ist der erste Schritt auf dem Wege gethan, der diese Massen mit logischer Nothwendigkeit dauernd an unsere Fahne fesselt, sie aus mit uns sympathisirenden Elementen zu überzeugten Sozialdemokraten macht und damit uns den Sieg in naher Zukunft verbürgt.

* * *

Kassen-Bericht.

Alle diese Erfolge wären unmöglich gewesen ohne die unermüdliche Thätigkeit unserer Genossen. Ihr Opfermuth und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei erhalten ihren ziffernmäßigen Ausdruck in nachstehender tabellarischen Uebersicht.

Bericht
über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse
vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Maifest-zeichen		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1891														
Oktober . . .	20 302	10	9 367	60	25	—	300	—	10 609	50	—	—	—	—
November . .	12 899	55	12 279	55	—	—	620	—	—	—	—	—	—	—
Dezember . .	11 273	55	8 577	30	25	—	2 671	25	—	—	—	—	—	—
1892														
Januar . . .	28 636	15	19 206	75	25	—	176	10	9 228	30	—	—	—	—
Februar . . .	7 215	90	6 023	45	221	30	971	15	—	—	—	—	—	—
März	4 032	70	3 232	70	575	—	—	—	—	—	75	—	150	—
April	67 645	35	53 259	10	5 025	—	240	—	9 014	25	74	60	32	40
Mai	18 579	25	8 991	85	1 000	—	1 000	—	—	—	7 495	35	92	05
Juni	13 181	30	10 022	75	150	—	—	—	—	—	2 916	60	91	95
Juli	30 974	95	15 677	25	1 700	—	2 307	60	10 645	25	520	—	124	85
August . . .	5 665	80	5 306	35	—	—	—	—	—	—	292	—	67	45
September . .	11 488	95	8 942	55	1 750	—	—	—	—	—	553	05	243	35
	231 895	55	160 887	20	10 496	30	8 286	10	39 497	30	11 926	60 [1]	802	05 [2]

231 895,55 Mk.
Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1891 2 020,— „
233 915,55 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																			
			Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Maifestzeichen		Verwaltungsausgaben		Vermischte Ausgaben		Preß-Unterstützungen		Darlehns-Konto	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk	Pf	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1891																						
Oktober .	13855	50	965	—	893	25	2388	80	2960	—	—	—	—	—	1479	20	—	—	5169	25	—	—
November	16027	85	470	50	1130	90	2137	-	1061	—	2000	—	—	—	1699	95	—	—	7528	50	—	—
Dezember	9402	55	355	—	1086	35	1370	80	700	—	1600	—	—	—	962	40	28	—	3300	—	—	—
1892																						
Januar .	19291	40	412	—	655	70	1347	80	300	—	3200	—	—	—	1614	85	3000	[4]	8761	05	—	—
Februar .	14724	40	500	—	1230	—	1454	75	1176	30	3250	—	—	—	913	35	2200	[5]	4000	—	—	—
März . .	20389	85	1057	—	518	40	1031	80	1251	50	3100	—	10780	—	1105	20	—	—	1545	95	—	—
April . .	45487	70	1377	50	1013	90	2535	95	185	70	—	—	—	—	978	05	—	—	9396	60	30000	[8]
Mai . .	7624	60	150	—	165	—	1890	—	200	—	—	—	45	25	943	80	2000	[6]	2230	55	—	—
Juni . .	14561	25	2398	85	750	—	2496	70	300	—	—	—	27	—	882	80	—	—	7705	90	—	—
Juli . .	17777	65	1590	—	537	—	2937	05	400	—	304	50 [2]	—		1918	40	50	—	10040	70	—	—
August .	8318	15	1438	75	165	—	2168	20	630	—	—	—	646	80	812	05	—	—	2457	35	—	—
Septbr. .	11201	35	2037	75	641	—	2726	30	816	—	—	—	—	—	1184	80	—	—	3795	50	—	—
	198662	25	12752	35 [1]	8786	50	24485	15	9980	50	13454	50	11499	05	14494	85 [3]	7278	—	65931	35 [7]	30000	—

	198 662,25	Mk.
Dazu Ausgabe für Kapitalsanlage . .	27 700,40	„
Kassenbestand am 30. September 1892	7 552,90	„
	233 915,55	Mk.

C. Ausgaben für die Parteipresse.

im Einzelnen nachgewiesen.

	Mark.
Elſ.-Lothr.: „Volkszeitung"	11928,50[1]
„Gazeta Robotnicza"	6063,95[2]
Frankfurt am Main: „Volksstimme" . .	3500,—
Magdeburg: „Volksstimme"	6012,—
Frankf. a. O.: „Märk. Volksstimme" . .	2000,—[3]
Dortmund: „Westfäl. Freie Presse" . .	3150,—[4]
Mainz: „Volkszeitg."	5800,—
St. Johann: „Saarboten"	2257,30
Chemnitz: „Freie Presse"	1000,—[5]
Charlottenb.-Teltow-Beeskow: „Volksblatt"	6500,—
Brüſſel: „Peuple" .	4044,60[6]
Bielefeld: „Volkswacht"	2675,—
Offenburg i. Baden: „Volksfreund" . .	400,—[7]
Würzburg: „Volkstribüne"	600,—
Düſſeldorf: „Arbeiter-Zeitung"	500,—
Solingen: „Bergiſch.-Märk. Volksstimme"	2000,—
Nürnberg: „Arbeiter-Chronik"	2000,—[8]
Zürich: „Achtſtundentag"	1000,—[9]
Offenbach: „Abendblatt"	1500,—
Deſſau: „Volksblatt"	1000,—
Roſtock: „Mecklenbg. Volkszeitung" . .	1500,—
München: „Poſt" .	500,—[10]

Erläuterungen zu A. Einnahmen:

[1]) In wie weit die Parteigenoſſen der einzelnen Orte und Wahlkreiſe zu dieſem Ergebniß beigetragen haben, zeigt die dieſem Berichte folgende Tabelle (ſ. S. 48—60).

[2]) Die Einnahmen aus den Maifeſtzeichen haben ſich inzwiſchen noch um ca. 3000 Mark erhöht.

[3]) Darunter für die Kinder von Reimer 653,—; von Peus 113,—; von Kurowsky 1950; von Fritzſche 16,55 Mark. Für Reimer's Kinder wurden außerdem durch die Genoſſen von Hamburg-Altona und Umgegend rund 8000 Mark geſammelt.

Erläuterungen zu B. Ausgaben.

[1]) Die Unterſtützungen wurden nur an gemaßregelte Genoſſen und deren Familien gewährt.

[2]) Die Kaſſe über die Reichstagskoſten führt ein Mitglied der Fraktion (Nichtmitglied des Vorſtandes), die Endabrechnung fand erſt im Juli ſtatt, daher der hier aufgeführte Ausgabepoſten.

[3]) Hierher gehören neben den laufenden Gehältern (750 Mark monatlich, excluſive der Koſten für einen Hilfsarbeiter), die Miethe, Heizungs- und Beleuchtungskoſten für die Bureauräume, Telephonkoſten, Porto und Telegrammgebühren, Druckkoſten, die Zeit- und Reiſe-Entſchädigungen für die Reviſion der Kaſſe und für die Konferenzen der Parteivertretung, allgemeine Koſten des Parteitages u. ſ. w.

[4]) Unterstützung an die Berliner Buchdrucker.

[5]) Davon 2000 Mk. Unterstützung an die strikenden Hilfsarbeiterinnen der Leipziger Buchdruckereien.

[6]) Kaution für einen in Magdeburg verhaftet gewesenen Genossen.

[7]) Den Nachweis über die den einzelnen Parteiorganen gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgabe für die Parteipresse.

[8]) 20 000 Mark wurden den strikenden Buchdruckern geliehen.

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Unter den Ausgaben befinden sich 7000 Mk. für Anschaffung einer Druckerei. Der Ankauf derselben war nothwendig, weil der frühere Besitzer bankerott wurde und eine anderweitige Drucklegung unmöglich war.

[2]) Die Zuschüsse für das Blatt sind in Folge eines Uebereinkommens mit polnischen Genossen seit August dieses Jahres um die Hälfte herabgesetzt worden.

[3]) Die Summe wurde als Kaution gegeben, ist auch wieder zurückgezahlt worden.

[4]) Außer der aufgeführten Summe wurde für den Redakteur des Blattes das Gehalt, per Monat 150 Mark, für 11 Monate 1650 Mark als „Agitationsbeitrag" bezahlt.

[5]) Der Betrag ist wieder zurückgezahlt worden.

[6]) Die belgischen Genossen erhielten einen Beitrag von 5000 Frcs. zur Vergrößerung ihres Blattes, um den Kampf für die Eroberung des allgemeinen Stimmrechts wirksamer führen zu können. Der Vorstand glaubte diese Forderung als Beweis für das internationale Solidaritätsgefühl der Partei bewilligen zu müssen.

[7]) Die Summe wurde zur Deckung von Prozeß- und Gefängnißkosten bewilligt.

[8]) Die Partei erhielt früher aus dem Blatt die Ueberschüsse, sie konnte sich deshalb auch der Verpflichtung nicht entziehen, einen Theil des schließlich entstandenen Defizits zu decken. Seitdem sind die Besitzverhältnisse des Blattes geändert worden.

[9]) Der „Achtstundentag" wurde auf Beschluß des leitenden Komitee's des internationalen Arbeiter-Kongresses 1889 zu Paris gegründet; die Deckung des Defizits übernahmen die schweizer und die deutschen Genossen. Das Blatt ging schon vor dem internationalen Arbeiter-Kongreß zu Brüssel wieder ein.

[10]) Das Blatt erhielt neuerdings eine Beihülfe von 10 000 Mk.

* * *

Presse.

Die Parteipresse hat im Laufe des letzten Jahres der Zahl nach eine wesentliche Aenderung nicht erfahren; doch ist — ein Zeichen für das wachsende politische Bedürfniß — die Zahl der Tageblätter abermals gewachsen. Nach der Zusammenstellung für

das 4. Quartal erscheinen im Vergleiche zur Zeit des Erfurter und Haller Parteitages

Politische Blätter:

	1892	1891	1890
Wöchentlich sechsmal	32	27	19
„ dreimal	20	26	25
„ zweimal	6	6	6
„ einmal	12	10	10
Zusammen	70	69	60

Dazu kommt die in Stuttgart erscheinende wissenschaftliche Wochenrevue „Neue Zeit", ferner die zwei alle 14 Tage erscheinenden Witzblätter: „Der wahre Jacob" (Stuttgart) und „Süddeutscher Postillon" (München) und endlich das einer großen Zahl von Parteiblättern als Sonntagsbeilage beigegebene, in Hamburg erscheinende Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt" insgesammt also 74.

Die Gewerkschaftspresse steht zwar formell mit der Partei in keinem Zusammenhange; da indeß im Reiche Dank der historischen Entwicklung und der Stärke unserer Partei Arbeiterbewegung und Parteibewegung gleichbedeutende Begriffe geworden sind, so ist, mit vereinzelten Ausnahmen, auch die ganze Gewerkschaftspresse Deutschlands im sozialistischen Geiste gehalten und dient wieder dazu, die Gewerkschaftsbewegung mit dem sozialistischen „Gifte" zu durchtränken.

Im IV. Quartal 1892 erschienen im Vergleich zu 1891 und 1890:

Gewerkschaftsblätter:

	1892	1891	1890
Wöchentlich dreimal	1	1	1
„ zweimal	1	—	—
„ einmal	28	26	17
Monatlich dreimal	3	4	2
„ zweimal	1	—	—
„ einmal	3	4	2
Alle vierzehn Tage	20	20	20
Zusammen	57	55	42

Der wirthschaftliche Rückgang, die daraus resultirenden Lohnkürzungen und die für Tausende von Genossen bedingte Arbeits- und Verdienstlosigkeit haben natürlich auch ihre Rückwirkung auf den finanziellen Stand der Arbeiterpresse ausgeübt. Wie der Kassenbericht ergiebt, sind eine ganze Anzahl von Parteiblättern aus der Parteikasse mit zum Theil beträchtlichen Summen unterstützt worden. Gleichwohl wäre es verfehlt, die Ursache für die nothwendig gewordene Parteihilfe ausschließlich in der jetzigen geschäftlichen Misere zu suchen. Dieselbe hat nur die finanziell ungünstige Situation rascher zur äußeren Erscheinung gebracht. Die Hauptursache liegt wohl darin, daß die seinerzeit in Halle gestellte Resolution, die Parteigenossen sollten

„bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor Allem auch die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind"

seitens der Genossen nicht in genügendem Maße beherzigt worden ist. Die technischen und finanziellen Schwierigkeiten, welche nicht blos die Gründung, sondern mehr noch die Forterhaltung einer Zeitung ergeben, werden seitens der Genossen nicht selten in übergroßem Optimismus unterschätzt. Es ist etwas Anderes, in einer Volksversammlung die Menge zu einem Beschlusse zu enthusiasmiren, und etwas Anderes, einen solchen Beschluß durchzuführen. Wie man mit Resolutionen keine Regierung stürzt, so kann man mit Resolutionen auch kein Geschäft gründen. Nur zu oft wird auch übersehen, daß eine Zeitungsgründung genau so gut ein Geschäftsunternehmen ist wie beispielsweise die Gründung einer Maschinenfabrik, und genau so gut technische Kenntnisse und geschäftliche Erfahrung voraussetzt wie jene. Man kann ein guter Versammlungsredner, und trotzdem für eine Redaktion ungeeignet sein, und der bravste und ehrlichste Genosse ist nicht immer ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, auch wenn er in seinem Fache als Schlosser, Tischler, Schuster oder Schneider ein sehr geschickter und intelligenter Arbeiter ist. Das Zeitungswesen ist ein Geschäft, das ebenso gelernt sein muß wie jedes andere. Dazu kommt, daß unsere Presse mit tausenderlei von besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, deren jedes bürgerliche Blatt überhoben ist, und daß umgekehrt eine Reihe von Einnahmequellen (z. B. Inserate, Reklamen u. s. w.) einem sozialdemokratischen Blatte verschlossen bleiben, die der gegnerischen Presse die Existenz ermöglichen oder doch erleichtern.

Auch darf nicht übersehen werden, daß ein mit ungenügenden finanziellen oder geistigen Mitteln ins Leben gerufenes Preßunternehmen weder der Partei im Allgemeinen noch der Parteientwicklung in fraglicher Stadt oder Provinz förderlich ist. Im Gegentheil; ein sich finanziell nicht deckendes Parteiblatt muthet den Genossen fort und fort Opfer zu, lähmt daher mit der Zeit Begeisterung, Opfermuth und Siegeszuversicht. Man braucht nur einen Blick zu werfen auf die nach einzelnen Städten geordnete Uebersicht der Partei-Einnahme, die als besondere Anlage unserem Berichte beigedruckt ist, und man wird finden, daß ganze Provinzen, die früher in dieser Hinsicht an erster Stelle figurirten, nicht in der Lage waren, der Parteikasse nennenswerthe Beiträge abzuliefern, weil einfach das Parteiorgan alle von den Genossen aufgebrachten Mittel verschlungen hat.

So stolz die Partei im Allgemeinen auf ihre Presse sein darf, so hoch ihr geistiges Niveau über dem der kleinen gegnerischen Presse erhaben ist, es wäre doch Selbsttäuschung, wollten wir nicht eingestehen, daß diese schwierige finanzielle Lage die Blätter vielfach verhindert hat, die ihnen gestellte Aufgabe in vollem Maße zu erfüllen. Denn — wir dürfen das mit Genugthuung aussprechen — trotz der zwölf Jahre Sozialistengesetz hat sich der geistige Horizont unserer Partei wesentlich erweitert. Auf der anderen Seite sind aber auch unsere Gegner in den letzten Jahren in immer steigendem Maße gezwungen worden, sich mit der sozialen Frage und unserer Bewegung eingehender zu beschäftigen, und es wäre Thorheit, wenn wir es uns verhehlen wollten, daß auch ihre publizistischen Vertreter gegen früher viel gelernt haben. Daraus ergibt sich, daß die Anforderungen, die unsere Partei an Wissen und Können ihrer Redakteure stellen muß, wesentlich höher als früher sein müssen.

Ist also die Parteipresse an sich schon als Propaganda- und Agitationsmittel von höchster Wichtigkeit, so wird ihre Bedeutung noch dadurch erhöht, daß sie mit ihrem Stab von Redakteuren und Expedienten, die fast ausnahmslos als Redner agitatorisch thätig sind, thatsächlich das Rückgrat unserer gesammten Agitationsthätigkeit bildet. Die Frage der Erhaltung der Presse ist also gleichzeitig die Frage der Agitation überhaupt. Und unter diesem Gesichtspunkt war die Stellung des Parteivorstandes gegenüber den Anträgen auf finanzielle Beihilfe in allen den Fällen gegeben, wo nicht Gründe gewichtiger Art die Existenzmöglichkeit des betreffenden Blattes überhaupt in Frage stellten. So groß nun auch die für die Parteipresse verausgabte Gesammtsumme erscheint, in vielen Fällen war sie nur eine andere Form des von der Partei für die Agitation zu leistenden Beitrages, der auch von den einzelnen Orten bereits wieder theilweise oder völlig an die Parteikasse zurückgeführt worden ist. Hoffentlich dienen aber alle diese Erfahrungen dazu, daß die Genossen bei Neugründung oder Erweiterung von Parteiblättern des Haller Parteitagbeschlusses mehr als bisher eingedenk sind, denn auf die Dauer wäre die Parteikasse nicht in der Lage, solchen sich immer steigernden Ansprüchen zu entsprechen. Es wäre auch ein schlimmes Zeichen für unsere Bewegung, wenn unsere Parteipresse nicht aus eigenen Kräften existenzfähig wäre.

Bei dem stetigen Wachsthum unserer Partei, bei den sich immer steigernden Ansprüchen, die in Bezug auf Agitation ꝛc. an die Parteileitung gestellt werden, darf die Parteipresse sogar sich nicht damit begnügen, eine Waffe im Tageskampfe, ein Propagandamittel für unsere Ideen zu sein, nein, sie muß darnach streben, eine der Lebensquellen der Partei zu werden, wie es neben einzelnen Parteiblättern auch unser **Zentralorgan „Vorwärts“** heute schon thatsächlich ist,

was aus nachstehender Abrechnung für die Zeit vom 1. Juli 1891 bis 30. Juni 1892 sich ergiebt:

	Juli-Septbr. 1891		Oktbr.-Dezbr. 1891		Jan.-März 1892		April-Juni 1892	
A. Eingänge:								
Zeitungs-Abonnementsgelder durch die Expedition . .	72781	40	74617	35	74814	75	73883	95
Zeitungs-Abonnementsgelder durch die Post	6354	85	6984	05	6978	05	7072	—
Inseraten-Einnahme . . .	13288	70	16568	25	15625	75	19551	10
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition	—	—	515	85	—	—	—	—
Gesammt-Einnahme .	92424	95	98685	50	97418	55	100507	05
B. Ausgänge:								
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Comtoir-Utensilien, Laufbursche der Redaktion ꝛc. ꝛc.)	1964	30	4098	30	2781	30	2309	45
Zeitungs-Abonnements . .	247	95	240	90	267	10	280	40
Reporter	3236	55	3334	15	2569	45	2290	50
Feuilleton	125	—	147	90	312	90	831	70
Redakteure u. Mitarbeiter .	9344	20	6178	05	7705	20	10838	15
Depeschen und Parlamentsberichte	405	—	755	—	895	—	815	—
Redaktion d. Sonntagsblattes	568	40	552	30	—	—	—	—
Neue Welt	—	—	—	—	5311	50	5313	10
Gehälter der Expedition . .	1523	50	1738	—	1742	—	1803	—
Miethe	933	10	933	10	933	10	933	10
Gerichtskosten u. Strafen . .	223	40	222	10	132	60	1547	40
Bibliothek	—	—	—	—	—	—	397	80
Druckrechnung	63244	05	71257	40	65754	15	62502	20
Gesammt-Ausgabe Mk.	81815	45	89457	20	88404	30	89861	80
Gewinn .	10609	50	9228	30	9014	25	10645	25
wie oben Mk.	92424	95	98685	50	97418	55	100507	05

Der Gewinn für diese Geschäftszeit beträgt **Mk. 39 497,30.** Der für das Vierteljahr Juli-September 1892 erzielte Gewinn von Mk. 10 812,30 ist im Oktober dieses Jahres vereinnahmt

worden und kommt daher erst im nächsten Jahre zur Abrechnung. — Die Auflage des Blattes beträgt ca. 37 000.

Laut Beschluß des Erfurter Parteitages ist für den lokalen Theil der Zeitung eine Preßkommission gewählt worden, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande und unter Hinzuziehung eines Theils des Redaktions- und Expeditionspersonals am ersten Dienstag eines jeden Monats ihre Sitzungen abgehalten hat. In denselben wurden die eingegangenen Beschwerden und Wünsche eingehend berathen und zur Erledigung gebracht.

Diesem Geschäftsberichte haben wir nichts beizufügen, als den Wunsch, daß die Parteigenossen für die fernere Verbreitung unseres Zentralorgans mit allen Kräften weiter agitiren mögen, damit die Partei im nächsten Jahre noch bessere Resultate als bisher entgegenzunehmen hat.

* * *

Parteibuchhandlung.

Neben der Tagespresse ist es in erster Linie unsere Broschürenliteratur, deren unsere Partei sich bedient, ihre Grundsätze und Ideen in immer weiteren Kreisen des arbeitenden Volkes zu verbreiten. In welchem Maße die nach dem Parteitag in Halle ins Leben gerufene Parteibuchhandlung in Berlin ihrer Aufgabe entsprochen hat, mag ihr letzter Geschäftsbericht zeigen, der über die Zeit vom 1. Juli 1891 bis 30. Juni 1892 sich erstreckt:

„Die Parteibuchhandlung des „Vorwärts" ist in steter Entwicklung begriffen. Von einer ganzen Reihe älterer Schriften unserer Literatur — wir nennen hier nur Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten", Liebknecht: „Hochverrath und Revolution", Bebel: „Christenthum und Sozialismus", Dietzgen: „Religion der Sozialdemokratie", Engels: „Entwicklung des Sozialismus" — konnten Neuauflagen veranstaltet werden. Ebenso wurde die im Vorjahre begonnene Herausgabe billiger und handlicher Gesetzes-Ausgaben mit Erfolg fortgesetzt, und zwar erschienen neu das „Krankenversicherungsgesetz" und das „Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland" in neuester Fassung, während die „Gewerbeordnung" wieder aufgelegt wurde. — Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Herausgabe billiger und leicht verständlicher Agitationsbroschüren gerichtet. So wurde das neue Programm, das sich die Partei in Erfurt gegeben, in fast einer halben Million, die Erläuterungsbroschüre zu demselben in 120 000 Exemplaren versandt. Die Broschüren mit den Reden Stumm's gegen unsere Partei im Reichstage fanden in 30 000 Abzügen Verbreitung. In derselben Auflagenhöhe konnte das Erfurter Protokoll hergestellt werden. Von besonderem agitatorischen Werthe muß die Verbreitung der diesjährigen Maifestzeitung betrachtet werden. Aus allen Theilen des Reiches liefen

Bestellungen darauf ein, aus Orten, von denen man bisher noch nie gehört hatte, daß auch dort der sozialistische Geist eingedrungen sei. Die Auflage war eine halbe Million. — Die Fortführung der Lassalle-Ausgabe ist soweit fortgeschritten, daß der zweite Band derselben seinem Abschluß entgegen geht. — Als werthvolles Hilfsmittel zur Agitation, das für diejenigen Genossen, die als Redner, Redakteure u. s. w. direkt agitatorisch thätig, geradezu unentbehrlich ist, wurde das „Sozialpolitische Handbuch" von Dr. H. Lux herausgegeben. Ferner hat die Buchhandlung einen neuen Katalog erscheinen lassen, der durch seine den einzelnen Titeln beigegebenen Kritiken und Inhaltsangaben den Genossen ein Wegweiser in unserer Parteiliteratur sein soll. Die früher von den Berliner Parteigenossen herausgegebene und von Max Schippel geleitete „Berliner Arbeiterbibliothek" wurde von denselben der Gesammtpartei übergeben, und wird jetzt unter gleicher Redaktion im Verlage der Parteibuchhandlung fortgesetzt.

Ueber den finanziellen Stand des Geschäftes geben wir folgende Mittheilungen. Der Waarenumsatz betrug im letzten Jahre rund 120 000 Mark, im Vorjahre nur gegen 66 000 Mark. Der Lagerbestand repräsentirt einen Nettowerth von 30 000 Mark, gegen im Vorjahre 13 000 Mark, und stellt derselbe zusammen mit den Außenständen im Betrage von 13 000 Mark die Aktiven des Geschäfts mit 43 000 Mark dar. Nach Abzug der 12 000 Mark betragenden Passiva verbleibt ein Geschäftsvermögen von 31 000 Mark. Und dieses Resultat wurde erreicht, ohne daß zur Gründung der Parteibuchhandlung aus der Parteikasse eine Baar-Einlage erfolgt ist. Es ist daher nur noch eine Frage kurzer Zeit, bis die Parteibuchhandlung in den Stand gesetzt ist, der Partei behufs Agitationszwecken direkt Ueberschüsse zur Verfügung zu stellen.

Für Agitationszwecke wurden gegen 40 000 Exemplare der verschiedensten Broschüren gratis versandt: wir nennen hier das Parteiprogramm, die Erläuterungsbroschüre zu demselben, Liebknecht: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen", Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten!", „Freiherr von Stumm und die Sozialdemokratie", Bebel's Rede im Reichstage über die Soldatenmißhandlungen, „Zur Landagitation" u. s. w.

* * *

Die Partei kann also auf das abgelaufene Jahr mit Genugthuung zurückblicken. Aber jeder Erfolg für die Partei mußte von den Genossen unter schweren Opfern und Verfolgungen erkämpft werden. Aeußerlich und formell mit allen übrigen Parteien auf gleichem Rechtsboden stehend, wird diese theoretische Gleichheit vor dem Gesetze und diese „Freiheit der Bewegung" am besten illustrirt durch die ziffernmäßige Zusammenstellung der allmonatlich von uns

veröffentlichten Straflisten: „Unterm neuen Kurs". Schlagender kann dieses von servilen Höflingen erfundene Schlagwort nicht widerlegt werden, als es in der untenstehenden tabellarischen Zusammenstellung geschieht. Und dabei ist dieselbe noch keineswegs vollständig, enthält aber nur Urtheile in Prozessen, die aus Anlaß der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung eingeleitet wurden. Nicht daß wir darüber wehklagten oder uns entrüsteten! Nichts liegt uns ferner. Wissen wir zwar auch, daß die Gesetze gegen uns schärfer gehandhabt werden als gegen die andern, die sog. staatserhaltenden Parteien, und wollen wir auch zugeben, daß manche Prozesse vermieden werden könnten, wenn unsere Genossen größere Vorsicht obwalten ließen, so wissen wir doch auch, daß eine ganze Reihe von Anklagen und Verurtheilungen nothwendig sich ergeben aus unserer Agitationspflicht, aus der Bloslegung von öffentlichen Schäden, dem Kampfe gegen Uebergriffe von Beamten, gegen die Willkür der Unternehmer, kurz der Vertheidigung der in politischer wie sozialer Hinsicht unterdrückten Arbeiterklasse.

In den seit dem letzten Parteitage in Erfurt verflossenen zwölf Monaten wurden verhängt:

Monat	Strafen in						
	Gefängniß			Zuchthaus		Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Jahr	Monate	Mark	Pf.
Oktober	5	6	26			2541	10
November . . .	4	6	14			1221	—
Dezember . . .	4	8	15			1793	—
Januar	11	6	15			1922	—
Februar	5	—	14			1216	—
März	6	8	21			1023	—
April	5	7	23	11	6	2054	—
Mai	8	10	17			1834	—
Juni	5	5	20			2815	—
Juli	7	5	26	23	10	1290	—
August	3	8	17			764	—
September . . .	10	10	28	1	6	2059	—
Zusammen	**80**	**2**	**26**	**36**	**10**	20 532	10

Insgesammt also **117 Jahre 26 Tage Freiheits-Entziehung und 20 532 Mk. 10 Pfg. Geldstrafe!**

Das erste Jahr unterm „neuen Kurs" hatte es nur auf 89 Jahre 2 Monate, 13 Tage Gefängniß und 18 302 Mk. 30 Pfg. Geldstrafe gebracht und auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes betrug die höchste Jahresdurchschnittsziffer kaum 100 Jahre Gefängniß.

Und mit welchem Erfolge?

Weit entfernt, abschreckend zu wirken, haben die drakonischen Urtheile, wie beispielsweise im Falle Peus, die öffentliche Meinung viel tiefer aufgeregt und das öffentliche Gewissen mehr geweckt, als es die „aufreizendsten" Zeitungsartikel und Versammlungsreden vermocht hätten. Und die Verschiedenartigkeit der Behandlung, die man dem unter der völlig haltlosen Anklage des Hochverraths in Untersuchungshaft genommenen Sozialdemokraten Peus angedeihen ließ, gegenüber der rücksichtsvollen Behandlung, die den verbrecherischen Börsenmardern zu Theil ward, öffnet auch dem Indifferentesten die Augen über die tiefe Klassenscheidung, die unsere ganze Gesellschaft durchklüftet. Hier der bankerotte Börsenfürst, der einen im Untersuchungsgefängniß ungewöhnlichen Comfort genießt, dort der bürgerlich makellose Sozialdemokrat, dessen junges Weib in Angst und Schmerzen gebären und im Wochenbett sterben muß, ohne den Gatten, den Vater ihrer Kinder vor dem Tode auch nur einen Augenblick noch gesehen zu haben! Hier der kapitalistische Großgauner, der per Droschke nach Plötzensee kutschirt, dort der gefangene sozialdemokratische Zeitungsredakteur, der gefesselt vor Gericht geführt wird, um wegen groben Unfugs zu 15 oder 30 Mk. Geldbuße verurtheilt zu werden!

So schwer die Strafen auch den Einzelnen treffen, so viel Familienglück im einzelnen Falle vernichtet wird — die Bewegung wird auch nicht um eines Haares Breite von ihrem Ziele abgedrängt, der Kampfesmuth der Genossen, die Siegeszuversicht der Massen nicht um ein Atom geschwächt. Wo durch die Verfolgungen Einer der Unseren kampfunfähig gemacht wird, sofort treten Andere an dessen Stelle, und die Wunden des Kampfes werden durch die Solidarität der Gesammtpartei nach Kräften gestillt. Wer in unserer Partei öffentlich thätig ist, weiß, daß mit dem Wachsthum der Partei auch die Verfolgungen wachsen und daß er zu Kampf und Opfern bereit sein muß.

Dieser Opfermuth und diese Begeisterung unserer Genossen haben bisher die Partei über ihre Feinde und Verfolger obsiegen lassen, und sie werden auch künftig die Partei zu weiteren Triumphen führen, bis ihr letztes Ziel erreicht ist.

Berlin, im Oktober 1892.

Der Partei-Vorstand.

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Erfurter Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. Oktober 1891 bis 30. September 1892.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Aachen	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—
Achim	—	—	—	13,25	—	—	—	—	—	—	—	—	13,25
Aken	—	—	9,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,—
Alfeld	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Alt-Blessin . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—
Altenbach b. Wurzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,90	4,90
Altona	—	1000,—	5,—	—	—	—	—	30,—	500,—	63,65	—	—	1598,65
Altwasser	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	20,—	—	70,—
Annaberg	—	—	—	—	8,65	—	—	—	—,50	—	—	—	9,15
Annen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,15	—	8,15
Apenrade	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—	—	—	1,60
Apolda	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Arnstadt i. Th. . .	23,30	—	—	10,—	6,—	—	—	20,—	—	—	3,20	—	62,50
Aschersleben . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	20,—
Aue i. Erzgebirge .	1,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70
Bamberg	—	32,—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	52,—
Bant b. Wilhelmsh.	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	300,—	400,—

Barmbeck-Hamburg	71,—	49,60	29,40	21,80	5,70	54,65	—	—	—	—	—	—	223,15
Barmen-Elberfeld .	—	60,—	—	—	100,—	0,70	—	—	150,—	—	—	—	310,70
Bautzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	50,—
Bellerhausen . . .	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—	2,30
Berlin I. Wahlkreis	100,—	150,—	150,—	200,—	100,—	100,—	—	—	150,—	120,—	—	100,—	1170,—
„ II. „	438,60	259,80	189,30	230,65	253,25	—	400,—	200,—	150,—	100,—	500,—	193,35	2914,95
„ III. „	200,—	200,—	511,55	222,55	150,—	200,—	—	300,—	150,—	—	400,—	250,—	2584,10
„ IV. „	—	925,30	513,50	561,30	722,50	—	245,10	1589,70	390,—	225,—	1097,20	328,75	6598,35
„ V. „	300,—	470,—	200,—	—	—	100,—	—	—	100,—	—	—	150,—	1320,—
„ VI. „	545,70	221,35	1227,50	300,85	639,80	337,05	241,15	744,25	512,60	967,80	500,95	485,85	6724,85
Diverse Beiträge Berlins	712,60	504,70	562 50	661,25	360,80	615,50	437,65	469,05	487,65	714,50	779,85	541,85	6872,90
Bernburg	—	—	—	—	12,—	—	—	—	—	—	—	—	12,—
Belitz	—	—	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Besigheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Bessungen	—	—	10,—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Bielefeld	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	50,—
Birsdorf	—	—	—	—	—	—	16,—	—	—	—	—	—	16,—
Bochum, Kreis . .	—	—	—	183,25	—	—	—	—	—	—	—	57,20	240,45
Bockenheim . . .	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—
Boitzenburg . . .	16,80	—	—	17,30	—	—	—	—	—	—	—	—	34,10
Bonn a. Rh. . .	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Borgfelde b. Hambg.	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	40,—
Brandenburg a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	100,—
Braunschweig . .	—	—	300,—	—	300,—	—	400,—	—	300,—	—	—	—	1300,—
Bremen-Hastedt . .	—	—	500,—	100,—	—	—	5,—	—	—	600,—	100,—	2,—	1307,—
Bremerhafen . . .	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	1,50	—	101,50
Breslau	11,90	24,40	1,—	14,50	9,20	116,50	100,—	102,—	—	—	—	—	379,50
Brettnig	—	—	—	—	3,05	—	—	—	—	—	—	—	3,05
Bruch i. W. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	12,25	—	—	—	12,25

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Buckau b. M.	10,—	—	96,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	106,—
Bürgel i. Th.	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	5,—
Bühl Ob.-Elf.	—	—	—	—	—	70,—	—	—	—	—	—	—	70,—
Bunzlau	5,—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Burgstädt	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—
Burgsteinfurt i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—
Calbe	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,85	—	—	17,85
Cassel	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	—	—	—	300,—
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,85	6,85
Charlottenbrunn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	15,—
Charlottenburg	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	8,—
Chemnitz	14,50	—	12,—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	6,30	62,80
Coburg	6,40	—	—	9,—	—	—	—	—	—	7,—	—	—	22,40
Conradsthal i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	1,—	2,—	—	2,55	—	5,55
Coethen	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Cottbus	62,—	—	—	—	59,30	—	—	—	—	—	60,—	—	181,30
Crefeld	—	—	—	—	5,—	10,—	—	—	—	10,—	—	—	25,—
Cunersdorf i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	5,—
Dobringhausen	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Dahme	—	—	—	—	—	—	—	2,75	—	—	—	—	2,75
Danzig	—	10,—	—	7,05	—	—	—	—	—	—	—	—	17,05
Darmstadt	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	100,—	—	105,—
Delitzsch	—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	30,—
Döbeln, Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	20,—

Döbeln, Stadt .	5,—	—	—	—	45,—	—	—	25,—	10,—	—	—	10,—	95,—
Dömitz	5,50	—	3,50	—	5,—	—	—	—	5,—	—	—	—	19,—
Domziegelhof i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—	—	—	1,50	2,50
Dortmund	11,—	—	—	—	5,—	—	—	6,25	—	—	6,20	—	28,45
Dresden	—	—	—	—	—	45,—	—	19,75	—	30,—	6,—	50,—	150,75
Düsseldorf	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Durlach i. B. . .	1,10	8,—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	39,10
Eberswalde . . .	—	—	—	—	15,25	—	—	—	—	—	—	—	15,25
Ehrenfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—	1,—
Eibenstock i. E. . .	—	—	—	—	—	—	—	6,20	—	—	—	—	6,20
Eimbeck	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Eimsbüttel-Hambg.	—	8,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,20
Eisdorf u. Umg. .	—	7,25	—	—	—	—	—	—	—	6,20	—	—	13,45
Elberfeld	—	400,—	—	—	400,—	—	—	500,—	—	—	—	25,—	1325,—
Ellerbeck u. Wellingdorf	20,—	—	—	—	18,15	—	—	—	—	—	—	—	38,15
Elmshorn	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Erfurt	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Eckerath	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	5,—
Ettlingen i. B. . .	—	—	—	—	—	11,50	—	—	—	—	—	—	11,50
Eupen	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Falkenberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Finsterwalde . . .	—	—	—	18,—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,—
Flensburg	—	10,—	19,—	10,—	10,—	20,—	—	15,—	—	15,—	25,—	15,—	139,—
Föhrenbach i. B. .	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Forst i. L. . . .	—	150,—	—	—	150,—	—	—	—	158,—	—	100,—	—	558,—
Frankenhausen . .	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Frankfurt a. M. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	20,—
Freiberg i. S. . .	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Freiburg i. B. . .	3,50	—	60,—	—	—	30,—	20,—	—	—	—	—	—	113,50

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Freistadt	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Fürstenwalde . . .	20,—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	50,—
Fürth i. B. . . .	—	5,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,30
Furtwangen i. B. .	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—
Gadderbaum . . .	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Gebweiler i. Elsaß	—	—	—	3,50	—	—	—	8,95	5,70	—	—	—	18,15
Geestemünde . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	17,—	—	—	19,—
Genf	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Gera	—	—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	—	—	—	350,—
Glatz	—	—	—	—	—	—	9,50	—	—	—	—	—	9,50
Glauchau-Merane .	—	—	3,25	100,—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	123,25
Görlitz	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,70	75,70
Göttingen	—	16,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,75
Gollnow	—	—	—	4,30	—	—	—	—	—	—	—	—	4,30
Gotha	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Gottesberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	3,50
Grabow a. Oder .	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Gräfrath b. Solingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Greiz	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	100,—	200,—
Groitzsch i. Sachs. .	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	15,—
Großenhain . .	—	—	—	—	—	—	—	2,50	—	30,—	—	—	32,50
Grünberg i. Schl. .	—	—	—	—	—	—	—	—	7,—	8,60	—	—	15,60
Güstrow i. Mekl .	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Haan	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—

Hagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90,—	—	—	90,—
Hainichen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	10,—
Halberstadt, Kreis .	—	—	—	350,—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	375,—
Halle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	50,—	150,—
Hamburg I. . . .	5000,—	—	—	4000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	9000,—
„ II. . . .	—	—	1800,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1800,—
„ III. . . .	—	4500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4500,—
Diverse Beiträge Hamburgs . . .	37,25	90,—	—	8030,—	205,—	13,60	10,—	170,—	30,—	352,—	660,—	188,85	9786,70
Hamm	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Hanau	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	100,—	—	—	200,—
Hannover, Stadt .	—	500 —	—	—	—	300,—	—	510,—	510,—	500,—	500,—	10,—	2830,—
Harburg=17. Hann.=Wahlkreis . . .	—	—	300,—	—	—	—	—	—	300,—	10,—	—	20,—	630,—
Heidenheim i. W. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	5,50
Heidersbach . . .	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Hildesheim . . .	—	—	—	—	11,30	16,70	—	—	—	—	—	—	28,—
Hinternah b.Schleus.	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	5,—
Hoerde	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	3,—	—	13,—
Hof in B. . . .	5,—	—	—	5,—	—	—	5,—	—	—	4,—	—	—	19,—
Hohenstein . . .	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	20,—
Holthausen b.Castrp.	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Ilmenau	—	—	—	16,—	—	—	—	10,—	—	—	—	10,—	36,—
Jüterbogk	—	3,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Kaiserslautern . .	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Kaiserstuhl . . .	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Karlsruhe	—	1,—	38,—	—	—	36,—	—	—	—	10,—	5,50	—	90,50
Kaufbeuren . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,55	—	—	2,55
Kellinghusen . . .	20,—	—	20,—	—	40,—	—	—	—	—	27,—	—	—	107,—
Kirchberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—	—	6,—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Kiel	100,—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—
Koblenz	—	—	—	—	25,—	—	10,—	—	15,—	—	—	—	50,—
Köln	—	—	500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—
Köpenick	19,50	7,80	—	3,—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	31,80
Krempe i. Holst. .	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
Krimmitschau . .	—	—	—	—	—	—	—	151,25	—	—	55,31	—	206,56
Lahr in Baden . .	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	5,—	—	15,—
Lambrecht, Pfalz .	5,—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Langefeld	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Langenberg b. Elberf.	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Leipz.-Neuschönefeld	—	—	30,—	—	—	350,—	25,—	—	—	—	—	2,15	407,15
Lengede	—	—	—	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	4,20
Lennep	—	—	—	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	6,—
Liebenthal	—	—	—	9,15	—	—	—	—	6,30	—	—	—	15,45
Liegnitz i. Schles. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	50,—
Limbach	—	—	—	—	—	—	—	111,—	—	—	—	—	111,—
Limmer b. Hannover	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Lindenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	—	5,—
Lippe-Detmold . .	—	—	—	—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	1,—
Löderburg-Staßfurt	200,—	—	5,—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	220,—
Lößnitz	—	6,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,50
Lommatzsch . . .	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Loschwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,05	3,05
Luckenwalde . . .	4,15	12,70	—	3,15	7,45	—	—	—	3,05	—	—	5,10	35,60

Lübeck	—	312,30	18,—	1,60	—	—	—	—	300,—	—	—	—	631,90
Lüdenscheid . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,46	—	7,46
Lüneburg	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Ludwigshafen . .	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Lunzenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	3,—
Luxemburg . . .	170,—	100,—	150,—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	520,—
Mainz	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Mannheim . . .	50,—	25,—	—	75,—	—	50,—	—	25,—	—	25,—	25,—	25,—	300,—
Mansfeld	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	3,—
Marktzeuln . . .	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Mehlis	2,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,30
Meißen	—	—	—	—	18,25	50,—	—	—	30,20	—	—	27,—	125,45
Memmingen . . .	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Merseburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	1,50	21,50
Metz	—	60,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,—
Mittweida . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	50,—
Moringen	—	—	3,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,05
Mühlbg.=Karlsruhe	—	3,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Mühlhausen i. E. .	60,—	6,—	—	15,70	—	15,—	5,—	5,—	—	4,80	8,97	—	120,47
Mülhausen i. Thür.	—	—	—	5,—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	15,—
Mühlheim a. Rh. .	—	—	—	—	—	2,55	—	—	—	—	—	—	2,55
München=Au . . .	—	—	90,—	—	—	2,—	—	—	—	100,—	—	100,—	292,—
Münden i. H. . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	25,—
Muskau	—	—	—	—	—	18,10	—	15,—	—	—	—	—	33,10
Mylau	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	—	25,—
Nassauisch.1.Wahlkr.	—	5,—	300,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	305,—
Nauen	—	—	—	3,25	—	—	—	—	17,50	—	—	—	20,75
Neu=Isenburg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	15,—
Neumünster i. H. .	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	—	—	—	300,—
Neustadt i. Schl. .	—	12,65	—	—	—	2,80	—	—	—	—	—	—	15,45

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Netzsch bei Dresden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,80	4,80
Netzschkau	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—
Neviges	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	30,—
Niederrabenstein .	—	—	5,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,05
Nieder-Schönweide	—	3,—	—	—	—	6,55	3,—	3,—	3,—	3,—	—	—	21,55
Niedersedlitz . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	—	2,—
Norderney . . .	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50
Nürnberg	—	—	200,—	100,—	—	—	—	600,—	—	—	—	—	900,—
Oberndorf-Ulm . .	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Oerlinghausen . .	—	—	—	—	17,—	10,—	—	—	—	—	—	—	27,—
Offenbach a. M. .	—	—	25,—	25,—	25,—	25,—	—	25,—	—	—	25,—	25,—	175,—
Ohlau i. Schl. . .	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	15,—
Ohligs	—	25,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—
Oschatz i. S. . . .	5,—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	20,—
Osnabrück	—	—	—	—	—	1,90	—	—	—	—	50,—	—	51,90
Osterode	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	—	—	25,—
Ottensen	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Paris	—	—	—	120,—	—	—	—	—	—	—	—	—	120,—
Penig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,—	—	—	19,—
Pforzheim	10,—	—	—	20,—	10,—	10,—	—	10,—	—	10,—	10,—	—	80,—
Pieschen b. Dresden	16,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,70
Pinneberg	—	—	—	—	—	—	—	—	4,60	—	—	—	4,60
Pirmasens. . . .	—	—	—	—	—	7,70	—	—	—	—	—	—	7,70
Pirna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	50,—

Plagwitz-Leipzig . .	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Pößneck	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Potsdam	50,—	—	—	—	50,—	—	—	50,—	—	—	50,—	—	200,—
Prenzlau	—	15,—	—	10,—	11,55	—	—	—	—	—	—	—	36,55
Probstheida . . .	—	13,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50
Pyrmont	—	—	—	—	—	—	—	—	2,90	—	—	—	2,90
Quedlinburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	40,—
Radebeul u. Umgeg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50	—	13,50
Randow-Greifenh. .	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—
Rawitsch	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—
Reichenbach i. Schl.	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Reichenbach Vogtl. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Rendsburg . . .	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Rettenhausen . .	—	—	—	—	3,—	2,30	—	—	—	—	—	—	5,30
Rheine i. W. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—	10,—	15,—
Rheydt	18,30	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28,30
Richrath	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Richzenhain . . .	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Riesa	—	—	—	—	—	—	—	—	41,95	5,—	—	—	46,95
Rixdorf bei Berlin	3,—	27,65	—	1,—	—	—	2,15	—	—	51,—	—	—	78,80
Rochlitzer Wald . .	—	—	—	—	—	1,80	—	—	—	—	—	—	1,80
Rohnau i. Schl. .	—	—	—	—	—	8,—	—	—	—	—	—	—	8,—
Ronsdorf	—	—	—	—	—	50,—	31,—	—	—	—	—	—	81,—
Rostock	—	100,—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	200,—
Roßwein	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Sagan	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Sangerhausen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,10	—	11,10
Sattenfeld	—	1,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70
Schierstein . . .	5,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Schkeuditz	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Schönebeck a. E. . .	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	30,—
Schöneberg b. Berlin	—	300,—	—	20,75	5,—	—	—	9,50	—	150,—	—	—	485,25
Schöningen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—	4,50
Schwabach i. B. .	—	—	—	17,—	—	—	—	—	—	—	—	—	17,—
Schwarzenbach a. S.	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	10,—
Schwedt a. O. . .	—	—	4,35	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	24,35
Schwelm	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—
Schwerin	—	5,—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	—	8,—
Sebnitz	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,—
Solingen	—	—	—	11,10	—	—	—	141,50	—	—	—	—	152,60
Soden	—	16,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,10
Sorau i. d. L. . .	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	25,—
Spandau	40,—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	2,50	—	—	82,50
Speyer	—	20,—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	25,—
Spremberg . . .	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	2,80	—	—	52,80
Staaken	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	7,—	—	11,—
Stade	—	28,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28,15
Staßfurt	6,—	—	—	—	—	—	—	15,45	—	—	—	—	21,45
Steglitz	—	—	—	—	20,—	20,—	—	—	—	40,—	—	—	80,—
Stendal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	25,—
Stettin	—	—	—	125,—	—	—	—	128,—	—	—	4,—	—	257,—
St. Ludwig . . .	—	—	5,—	4,50	—	8,—	—	6,—	—	—	—	—	23,50
Stolp i. P. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,80	5,80
Stralsund	—	—	—	—	—	—	—	8,20	—	—	—	—	8,20

Straßburg i. E.	—	50,—	—	11,95	—	50,—	—	33,—	—	58,75	—	—	203,70
Striegau i. Schl.	25,—	—	—	25,—	—	—	—	—	—	42,10	—	—	92,10
Striesen	—	—	—	—	—	—	17,—	—	—	—	—	—	17,—
Stuttgart	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	100,—	—	200,—
Sudenburg	1,55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,55
Suhl	—	—	—	14,—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,—
Tambach	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Tegel	—	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	4,—
Tegelort	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	10,—
Teltow	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Teuchern	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Theißen	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	5,—
Thonberg-Leipzig	—	—	10,—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,—
Thurn-Mühlheim	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Torgelow	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Treptow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	3,—
Trier	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	5,—
Troisdorf	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Uhlenhorst-Hambg	4,80	—	—	—	3,05	—	—	—	—	—	—	—	7,85
Uslar	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—	—	—	—	1,30
Vegesack	—	40,55	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70,55
Velten	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Vetschau	—	—	2,85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,85
Volkmarsd.-Leipzig	40,—	40,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80,—
Wald (Rhld.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	20,—
Waldheim	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	25,—
Wandsbeck	—	—	—	—	314,90	—	—	300,—	—	—	236,10	—	851,10
Warnemünde	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	10,—
Weida	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	3,—
Weimar	—	—	—	—	—	—	10,05	—	—	—	3,—	4,50	17,55

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septembr.	Summa
Weinheim .	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Westerland .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,60	—	20,60
Wetzlar, Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	25,—
Wiesbaden .	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Witten a. d. R.	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	8,—	33,—
Winterhude b. H. . . .	—	—	—	—	14,—	—	—	1,60	—	6,—	—	—	21,60
Wolfenbüttel .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	3,—
Wolgast . .	—	—	—	—	—	16,—	—	—	—	—	—	—	16,—
Würzburg .	—	5,—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	35,—
Wüstenbrand .	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	3,—
Wurzen . .	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	11,65	12,—	2,15	35,80
Zeltingen . .	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Zerbst . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,60	2,60
Zossen . . .	—	—	—	1,85	—	—	—	—	—	—	—	—	1,85
Zschiedge b. D.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—
Zschopau i. S.	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Zwickau . .	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	150,—
Auer & Co. .	—	—	—	—	—	—	45000,—	—	—	10000,—	—	—	55000,—
„Vorwärts" .	10609,50	—	—	9228,30	—	—	9014,25	—	—	10645,25	—	—	39497,30
Manni Mond	—	1000,—	—	—	1000,—	—	—	2000,—	—	800,—	—	750,—	5550,—
Werther . .	—	—	—	3000,—	—	—	3000,—	—	3000,—	—	—	3000,—	12000,—
Div. Beiträge	87,65	—	392,30	41,20	100,—	10,—	3150,—	233,65	780,80	366,80	32,47	360,49	5555,36

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Der Reichstag wurde am 17. November 1891 eröffnet und trat einige Tage später in die Berathung des Reichs-Haushalts-Etats für das Etatsjahr 1892/93.

Die sozialdemokratische Fraktion, deren Redner in der Generaldiskussion die politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse von unserem prinzipiellen Standpunkt aus scharf und eingehend beleuchtete, hat entsprechend ihrer bisherigen Stellung, auch in der vorigen Session gegen den Etat gestimmt und damit nicht nur den Protest gegen das auf Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse gerichtete Wirthschaftssystem der herrschenden Klassen erneuert, sondern, durch die Verweigerung der geforderten Mittel, zugleich auch dem sogenannten „Neuen Kurs“ gegenüber diejenige Stellung eingenommen, welche durch die von der gegenwärtigen Regierung betriebene, die Arbeiterklasse schwer schädigende Militär- und Wirthschaftspolitik geboten ist.

Der vom Reichstage festgestellte Etat erfordert die Aufbringung von 1 207 583 585 Mark, von denen 990 674 864 Mark als fortdauernde, 72 130 106 Mark als einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats und 144 778 595 Mark als einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats im Jahre 1892/93 verausgabt werden.

An fortdauernden Ausgaben erfordert die Verwaltung des Reichsheeres 427 285 158 Mark, die Marineverwaltung 45 298 839 Mark, die Verzinsung der Reichsschuld 60 607 500 Mark, der Militärpensionsfonds 40 086 218 Mark.

Einmalige Ausgaben sind bewilligt:

a) im ordentlichen Etat:

Für die Verwaltung des Reichsheeres 38 416 992 Mark,
„ „ Marineverwaltung . . . . 17 112 700 „

b) im außerordentlichen Etat:

Für die Verwaltung des Reichsheeres 97 432 295 Mark,
„ „ Marineverwaltung . . . . 22 997 800 „

In dem Reichshaushaltsetat pro 1892/93 verschlingt die Erhaltung von Militär und Marine die ungeheure Summe von 648 543 784 Mark, während außerdem noch 41 636 586 Mark für Militär- und Marinepensionäre gebraucht werden.

Der Reichs-Invalidenfonds mit 25 164 554 Mark ist dabei nicht mitgerechnet.

Von Reichseinnahmen erwähnen wir folgende Posten:

Die indirekten Steuern, also Getreidezölle, Tabaksteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Branntweinsteuer, Holz-, Vieh- und Fleischzölle sowie die sonstigen Eingangsabgaben betragen 603 833 960 Mark, die Ueberschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung 21 222 938 Mark; aus Anleihen zur Balanzirung des Etats ist außerdem die Summe von 144 778 595 Mark erforderlich.

Diese wenigen Zahlen beweisen, welche enormen Summen dem Moloch des Militarismus alljährlich geopfert werden und beleuchten drastisch das in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Prinzip in Bezug auf die Vertheilung der öffentlichen Lasten.

Das Militär- und Steuersystem unserer Tage zwingt der arbeitenden Bevölkerung den Hauptheil der Gut- und Blutsteuer auf und wälzt sowohl die persönlichen, als auch die materiellen Lasten des Militarismus vorzugsweise auf die Schultern der wirthschaftlich Schwachen; während die Arbeiterklasse fast nur Nachtheile des Militarismus verspürt, kommen einem kleinen Theil der Bevölkerung alle Vortheile desselben zu Gute. Der Tendenz und dem Wesen nach ist der Militarismus eine den Interessen der herrschenden Klassen, dem Dienste des Kapitalismus geweihte Einrichtung, die mit allen Mitteln zu bekämpfen und deren Lebensadern zu unterbinden die Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Während der Spezialberathung des Reichshaushalts-Etats haben wir auch dieses Mal eine große Zahl von Mißständen auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung zur öffentlichen Kenntniß und Besprechung gebracht. Vor Allem sind uns die häufigen Soldatenmißhandlungen Veranlassung gewesen, Schutz zu fordern für unsere in der Armee befindlichen Brüder gegen die unmenschliche Behandlung, deren sich Vorgesetzte oft im dienstlichen Verkehr mit ihren Untergebenen schuldig machen.

Durch die Militärgesetze, welche starren, unweigerlichen Gehorsam fordern, und jeden Widerstand, auch wenn derselbe gegen Befehle gerichtet ist, die jedem menschlichen Gefühl widerstreiten, mit schweren Freiheitsstrafen belegen, sind die Soldaten wehrlos jeder Laune oder Chicane von Befehlshabern ausgesetzt und jedem Mißbrauch der den Vorgesetzten verliehenen Gewalt preisgegeben.

An diesem Zustand wird durch das den Soldaten zustehende Beschwerderecht Nichts geändert, weil — wie manche der zur öffentlichen Kenntniß gekommenen Vorfälle beweisen — selbst die ekelhaftesten und gemeinsten Mißhandlungen durch das Beschwerderecht nicht verhindert werden.

Der in unserem Zentralorgan zuerst veröffentlichte Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen hat amtlich erhärtet, mit welch' empörender Rohheit und Grausamkeit Soldaten zuweilen von ihren Vorgesetzten behandelt werden; wenn es sich in dem bekannten Er-

laß nur um Vorkommnisse innerhalb des sächsischen Kontingents handelte, so wurde in der Reichstagsdebatte nachgewiesen, daß in allen Theilen des Reichs Soldatenmißhandlungen gleichmäßig vorkommen und daß die Soldatenschindereien leider so häufig vorkommen und einen derartigen Umfang annehmen, daß die allerschärfsten Maßregeln gegen solche, aller Zivilisation und Menschlichkeit Hohn sprechenden Vorkommnisse ergriffen werden müssen. Die steigende Ziffer der Selbstmorde in der Armee ist die traurige Frucht dieser Verhältnisse. Die Geschichte der Soldatenmißhandlungen ist auch die Geschichte der Soldatenselbstmorde. —

Wenngleich alle Parteien einig sind in der Verurtheilung der Soldatenmißhandlungen, so ist es doch nur die Sozialdemokratie, welche das herrschende System für die vorgekommenen Brutalitäten verantwortlich macht. Ohne die vorgeschlagenen Mittel zur Abhülfe: die Erweiterung und vollkommene Sicherstellung des Beschwerderechts, und die Oeffentlichkeit des Militärstrafverfahrens zurückzuweisen, fordern wir die völlige Beseitigung des heutigen Militärsystems, und verlangen statt des Kadavergehorsams, die Disciplin freier Männer in der Armee.

Die Berathung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung gab uns Gelegenheit, die unzureichende Bezahlung, die übermäßig lange Arbeitszeit und die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der unteren und mittleren Postbeamten der nothwendigen Kritik zu unterziehen und an der Hand reichhaltigen Materials den Nachweis zu liefern, daß die Ueberschüsse dieser Verwaltung zum großen Theil aus unzulässiger Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Angestellten herrühren.

Das Streben nach Plusmacherei hat in dem Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung eine Reihe von Uebelständen und Ungehörigkeiten gezüchtet, unter denen sowohl die im Postdienst beschäftigten Beamten — hauptsächlich die viel zu gering besoldeten und mit Arbeit überbürdeten unteren und mittleren Beamtenkategorien — als auch, bei dem Mangel an Verkehrserleichterungen, das Publikum gleich schwer leiden.

Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern gestaltete sich zu einer sehr eingehenden Diskussion der Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung. Die Nothwendigkeit der, von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt geforderten Revision des Unfallversicherungsgesetzes ist auch in der vorigen Reichstagssession eingehend begründet worden. Das arbeiterfeindliche Verhalten der Berufsgenossenschaften, welche bei ungemein hohen Verwaltungsunkosten den, durch Unfall entweder ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen Arbeitern, in sehr vielen Fällen Beträge zubilligen, welche nicht Versicherungsrenten, sondern Bettelpfennige genannt werden müssen, wurde verdientermaßen an den

Pranger gestellt. Die immer mehr dem Drucke des Unternehmerthums nachgebende Wirksamkeit des Reichsversicherungsamtes wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Unsere Redner konnten, gestützt auf das in ihren Händen befindliche Material den Nachweis führen, daß die Arbeiterversicherung, ganz im Widerspruch mit ihrer angeblichen Bestimmung, die Arbeiter nicht vor Noth und Elend schützt, sondern den Charakter eines Almosens an sich trägt und daher nicht vermag, die Invaliden und Opfer der Arbeit von den bürgerlich degradirenden Folgen der öffentlichen Armenpflege zu bewahren.

Bei der Handhabung des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes haben sich ebenfalls zahlreiche Mißstände ergeben. Die ungenügende Versorgung der auf dem Schlachtfelde der Industrie arbeits- und erwerbsunfähig werdenden Arbeiter, die zur Bestreitung der nothwendigsten und bescheidensten Bedürfnisse nicht hinreichenden wenigen Groschen der Altersrente, die geringe, an außerordentlich harte und für die Arbeiter selten erreichbare Bedingungen und Voraussetzungen geknüpfte Invalidenrente, die über, mäßig lange Wartezeit, die schwerfällig-bureaukratische Verwaltung, sowie eine Anzahl andrer arbeiterfeindlicher Bestimmungen hatte, wie dem Parteitage bekannt ist, die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, gegen das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz zu stimmen.

Nachdem das Gesetz vor Kurzem in Kraft getreten, zeigt sich schon jetzt, daß es einer gründlichen Umarbeitung bedarf, um nur die so überaus dürftige Hülfe, die es in Aussicht stellt, bringen zu können; durch unsre Redner haben wir die uns zugegangenen Klagen und Beschwerden zum Ausdruck gebracht und vor Allem die das Unternehmerthum charakterisirende Thatsache festgestellt, daß in verschiedenen Betrieben, u. A. auch in einer Staatswerkstatt, den dort beschäftigten Altersrentnern die Arbeitslöhne annähernd um den Betrag der Rente gekürzt worden sind.

Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren wurden einer umfassenden Besprechung unterzogen. Trotz des Bestrebens, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in möglichst günstigem Lichte darzustellen — mit wenigen Ausnahmen tragen die Inspektionsberichte dieses Gepräge — bieten die Berichte eine Fülle von Material zur Kennzeichnung der in der Industrie herrschenden Ausbeutungswuth und zeigen gleichzeitig deutlich die Mangelhaftigkeit und Ohnmacht der heutigen Gewerbeinspektion. Nur die Uebertragung der Fabrikaufsicht an Vertrauensleute der Arbeiter, die von diesen gewählt sind, und mit den nöthigen Fachkenntnissen eine genaue Kenntniß der Ränke und Kniffe des Unternehmerthums verbinden, wird im Stande sein, eine für die Arbeiter nützliche Wirkung der Fabrikinspektion herbeizuführen, und sowohl bezüglich der Kinderarbeit als auch der hygienischen Verhältnisse in den Fabriken und der Ueberwachung der zur Verhütung von Unfällen

zu beobachtenden Vorschriften, zu Einrichtungen führen, bei denen Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht gefährdet und den kapitalistischen Interessen des Unternehmerthums preisgegeben sind.

In einer Anzahl von Reichsbetrieben herrscht die Gepflogenheit, die politische und wirthschaftliche Thätigkeit der dort beschäftigten Arbeiter zu kontrolliren und zu beeinflussen. Die Leiter dieser Betriebe, die nach einem Wort des Kaisers „Musteranstalten" sein sollen, scheuen sich nicht, ihren Arbeitern unter Androhung der Entlassung zu verbieten, sozialdemokratischen Vereinen anzugehören, ja diese Herren treiben die Knechtung der Arbeiter so weit, daß sie sich herausnehmen, das Lesen sozialdemokratischer Blätter, die Vertheilung sozialistischer Literatur, die Betheiligung an sozialdemokratischer Agitation u. s. w. zu verbieten.

Die Berathung und Feststellung des Etats der Reichsbetriebe wurde von der Fraktion benutzt, um diese Vergewaltigung der Arbeiter in das gebührende Licht zu stellen. Es wurde energisch Widerspruch dagegen erhoben, daß die Staatsbetriebe ihre ökonomische Machtstellung dazu benutzen, um die politische und wirthschaftliche Freiheit der Arbeiter zu beeinträchtigen.

Mit seiner Arbeitskraft, die er dem Unternehmer verkauft, opfert der Arbeiter nicht auch seine Ueberzeugung, und verzichtet nicht auf das Recht, diese nach eignem Ermessen zu bethätigen. Es ist eine der häßlichsten und menschenunwürdigsten Erscheinungen des kapitalistischen Produktionssystems, die Arbeiter zur Verzichtleistung auf ihre politischen Rechte zu zwingen, und sie dadurch zu willen- und rechtlosen Objekten ihrer Ausbeuter zu machen.

Der Staat, welcher von den Arbeitern die Erfüllung gleicher, vielfach sogar höherer Pflichten fordert, hat kein Recht, sich um die Parteistellung und die daraus resultirenden Handlungen der von ihm beschäftigten Arbeiter zu kümmern; es ist unberechtigt und verwerflich, wenn das Unternehmerthum seinen Arbeitern über die Arbeitsleistung hinaus Vorschriften macht; unmoralisch und der Staatsbetriebe ganz unwürdig ist es, eine politische Partei dadurch zu bekämpfen, daß man die Anhänger derselben aufs Pflaster wirft, wenn sie, ihrer Ueberzeugung folgend, in die Reihen ihrer für die Wohlfahrt der Arbeiter kämpfenden Klassengenossen eintreten.

Nach den diesbezüglichen, ganz klaren Bestimmungen der letzten Gewerbeordnungsnovelle sind Anordnungen, welche sich mit dem Verhalten großjähriger Arbeiter außerhalb des Betriebes beschäftigen, unzulässig. Es ist bezeichnend, daß Reichsbetriebe sich so sehr im Banne des arbeiterfeindlichen Kapitalismus befinden, daß, um die Sozialdemokraten von der vaterländischen Arbeit fernzuhalten, wie sich ein preußischer Kriegsminister ausgedrückt hat, in ihren Werkstätten Vorschriften zur Anwendung kommen, welche mit der Gewerbeordnung in Widerspruch stehen und daher ungesetzlich sind.

Es wird die Aufgabe der Arbeitervertreter sein, für die Beseitigung solcher, nur das Klasseninteresse des Unternehmerthums fördernden Verordnungen und Bestimmungen Sorge zu tragen.

Den mit Oesterreich-Ungarn, Belgien und der Schweiz abgeschlossenen Handelsverträgen, welche am 1. Februar d. J. in Kraft getreten sind, hat die sozialdemokratische Fraktion zugestimmt. Wir sehen in diesen Verträgen eine, wenn auch völlig unzureichende Abbröckelung der Getreidezölle, wodurch uns die Annahme der Verträge zur Pflicht gemacht ward.

Die Herabsetzung des Getreidezolles von 50 auf 35 Mark genügt uns natürlich nicht. Wir stellten den Antrag auf gänzliche Aufhebung der Getreide- und aller übrigen Lebensmittelzölle, weil die arbeitende Bevölkerung nicht zu Gunsten der Reichskasse und einer kleinen Anzahl von Großgrundbesitzern belastet werden darf. Der Getreidezoll, welcher das inländische Brotkorn um den Betrag des Zolles vertheuert, lastet vorzugsweise auf dem besitzlosen, mit einem für seine Ernährung unzureichendem Einkommen ausgestatteten Theile der Bevölkerung; ebenso müssen die übrigen Lebensmittelzölle meist von den Arbeitern und den unbemittelten Volksklassen aufgebracht werden. Das in Deutschland herrschende Steuersystem gipfelt in einer unerträglichen Belastung der Arbeiterklasse, welche den aus den Getreidezöllen entspringenden, nach vielen Millionen zählenden Gewinn, den die Spekulation und das Agrarierthum einheimst, mit der Vertheuerung des täglichen Brotes bezahlt.

Daß unser Antrag keine Annahme fand, ist selbstverständlich; sind es doch die Vertreter der herrschenden Klassen, welche die Majorität im Reichstage und die Klinke der Gesetzgebung in der Hand haben. Die Aufhebung der indirekten Steuern im Reiche würde eine erhebliche Steigerung der direkten Steuern in den Einzelstaaten zur Folge haben; während bei der direkten Steuer Besitz und Einkommen zu entsprechender Leistung herangezogen wird, wälzen die indirekten Steuern und Abgaben den Hauptheil der Steuerlast auf die Masse der Besitzlosen.

Diesen dem Kapitalismus natürlich sehr angenehmen Zustand aufrecht zu erhalten, betrachten die bürgerlichen Parteien trotz ihrer sonstigen Interessenstreitigkeiten als ihre gemeinsame Aufgabe, und die Betheuerungen ihrer Arbeiterfreundlichkeit und ihrer Sorge für das Wohl des armen Mannes finden in dem jetzigen Steuersystem eine drastische Beleuchtung.

Die Zollpolitik der Regierung, welche an dem Satz von 35 Mark bei dem Getreidezoll festzuhalten erklärt hat, wird von uns nachdrücklich bekämpft. Die Lebensmittelsteuern sind unsittlich und verwerflich; sie stehen mit den sozialen Bestrebungen unserer Zeit in krassem Widerspruch und müssen gänzlich beseitigt werden, weil die Nahrung des Volkes mit keinerlei Zoll oder Abgaben belastet sein darf.

Die zweite und dritte Berathung des Krankenkassengesetzes nahm viele Sitzungen in Anspruch. Durch eine beträchtliche Zahl von Anträgen haben wir versucht, die Interessen der Versicherten zu wahren, und namentlich die freien Hilfskassen vor den von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen zu schützen, weil durch dieselben nach unserer Ansicht die freien Hilfskassen, die ungefähr 1 Million Arbeiter zu Mitgliedern zählen, sehr stark gefährdet, wenn nicht ganz dem Untergang preisgegeben sind. Unsere Bemühungen sind erfolglos geblieben. Die Majorität des Reichstages hat den freien Hilfskassen die Bewegungsfreiheit geraubt, ihre Existenz an fast unerfüllbare Bedingungen geknüpft, ihnen Lasten auferlegt, welche die Arbeiter nicht tragen können, kurz diesen Kassen für die Zukunft eine Stellung zugewiesen, in welcher ihnen die Konkurrenz mit den Zwangskassen fast zur Unmöglichkeit wird.

Diese Erschwerungen der Lebensbedingungen der Hilfskassen, sowie die sonstigen Benachtheiligungen, welche die Novelle für die Versicherten bringt, wurzeln in der Angst vor der Sozialdemokratie, welche, wie die gegnerischen Parteien behaupten, in der freien Hilfskassen eines ihrer besten Organisations- und Agitationsmittel besitzt.

Obgleich die freien Hilfskassen innerhalb der Krankenkassen-Organisation am Meisten für die Versicherten geleistet haben, und von den betheiligten Arbeitern musterhaft geleitet wurden, sind dieselben doch dem mit der Bureaukratie vereinigten Unternehmerthum zum Opfer gefallen. Mißtrauen und Uebelwollen gegen die Hilfskassen haben die Novelle schließlich für die Arbeiter unannehmbar gemacht und die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, gegen diesen Wechselbalg reaktionärer arbeiterfeindlicher Gesetzeskunst zu stimmen.

Die gesunde Entwicklung des Krankenkassenwesens wird durch die letzte Novelle sehr erschwert, und wenn auch die Ansicht, daß es besser sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Hilfskassen aufzulösen und in Zuschußkassen umzuwandeln, von der Mehrheit der betheiligten Kassen vorläufig noch nicht getheilt wird, so steht es doch fest, daß der in die Banden der Zwangskassen gepreßte, jüngste Sprößling der deutschen Sozialreform, seinen konservativ-ultramontan-nationalliberal-freisinnigen Vätern keine Freude machen wird.

Die bürgerlichen Parteien, welche mit dem Ruin der Hilfskassen einen Schlag gegen die Sozialdemokratie zu führen glaubten, haben durch die letzte Krankenkassennovelle die Zwangskassen dem sozialdemokratischen Ansturm preisgegeben. Je mehr die freien Hilfskassen den Orts-, Betriebs- Innungs- und Knappschaftskassen weichen müssen, desto zahlreicher werden Arbeiter aus den Hilfs-

kassen in die Zwangskassen einwandern. Wenn es wahr ist, daß in den Hilfskassen vorzugsweise sozialdemokratische Anschauungen und Grundsätze gepflegt worden sind, dann sind binnen kurzer Zeit die Zwangskassen Sammelplätze für die ziel- und klassenbewußte Arbeiterschaft, welche ihre politische Organisation in der Sozialdemokratie besitzt, und welche auch auf dem Gebiete der Krankenpflege allein befähigt und gewillt ist, die Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen.

Dem Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie dem Gesetz über das Telegraphenwesen konnten wir unsre Zustimmung ertheilen. Das Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist bestimmt, eine Lücke in der Gesetzgebung auszufüllen; es hat sich herausgestellt, daß die hierfür bestimmten gesetzlichen Formen nicht ausreichen.

Die Gesetzgebung auf diesem Gebiete beschäftigte sich bisher nur mit Aktiengesellschaften und mit der offnen Handelsgesellschaft; das neue Gesetz befriedigt ein Bedürfniß, indem es ein Mittelglied auf diesem Gebiete des Verkehrslebens schafft.

Das Gesetz über das Telegraphenwesen ertheilt dem Reiche das Telegraphenregal und trifft Anordnungen über das Verfahren, welches bei Befürchtung von Leitungsstörungen einzutreten hat. Ebenso haben wir für die Vorlage gestimmt, welche die Summe von 3 Millionen Mark für die Weltausstellung in Chicago forderte, und auch sonstigen für Kunst, Wissenschaft und andere Kulturzwecke gemachten Anforderungen unsre Zustimmung nicht vorenthalten.

Gegen den Schluß der Session hat der Reichstag dem Volke noch ein Gesetz bescheert, welches unter dem Titel: „Gesetz betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken", die Weinpanscherei und -Manscherei gesetzlich sanktionirt. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, weil dasselbe das konsumirende Publikum nicht genügend gegen die Verfälschung und Verwässerung des Naturproduktes schützt.

Wenn schon der Wein in Folge unserer elenden Wirthschaftsverhältnisse für die übergroße Majorität der Bevölkerung, für die Arbeiter als tägliches Getränk nicht in Frage kommt, so ist doch nicht zu übersehen, daß Wein neuerdings vielfach als Heil- und Stärkungsmittel in Krankheitsfällen Anwendung findet und auch aus diesem Grunde haben wir es abgelehnt, dem bereits grassirenden Schwindel der Weinfälschung neue Bahnen zu öffnen. Wie bei jeder gesetzgeberischen Thätigkeit hat der Reichstag auch hierbei wieder dem Kapitalismus Vorspanndienste geleistet, indem er, die materiellen Interessen der Produzenten und der Händler vertretend, gestattet hat, daß die bisher den Strafen für Verfälschung von Nahrungs- und Genußmitteln ausgesetzten Weinfälscher, nunmehr

durch das Gesetz geschützt, in aller Gemüthsruhe ihre die Konsumenten schädigende Thätigkeit ausüben können.

Das Gesetz betr. die Unterstützung der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften verdankt einer Anregung der sozialdemokratischen Fraktion seine Entstehung. Der von der Regierung dem Reichstage in der vorigen Session vorgelegte Entwurf wurde, ohne daß der Reichstag in eine Prüfung der Einzelheiten eintrat, einer Kommission überwiesen. In den Kommissionsberathungen wurde die Regierungsvorlage allseitig als völlig unzureichend zurückgewiesen, und ein den Familien der zu militärischen Uebungen Einberufenen günstigerer Entwurf ausgearbeitet. Während die Regierung die Unterstützung von der Bedürftigkeit der Familie abhängig machen wollte, beschloß die Kommission, daß die Unterstützung auf Verlangen gewährt werden müsse. Nach der Regierungsvorlage sollte je nach den von den Behörden festzustellenden Verhältnissen unterstützt werden, und zwar war als Mindestbetrag für die Frau des Einberufenen 20 Pfennig, resp. in den Wintermonaten 30 Pfennig pro Tag und für jede weitere unterstützungsberechtigte Person 10 Pfennig pro Tag angesetzt.

Die Kommission acceptirte den Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder und beschloß, entsprechend den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes, daß der ortsübliche Tagelohn maßgebend für die Unterstützung sein solle. Hiernach erhält die Frau des Einberufenen für sich 30 Prozent und für jedes Kind 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohns für die Dauer der Uebung als Unterstützung mit der Maßgabe, daß der Gesammtbetrag 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigt.

Nach Ansicht der Regierung sollte die Unterstützung nur den Familien der Reservisten und Landwehrleute zu Theil werden; die Kommission hielt es für angemessen, die Unterstützung auch den Familien derjenigen Ersatzreservisten zuzuwenden, welche zur zweiten und dritten Uebung einberufen werden.

Die Unterstützungen sollten nach der Regierungsvorlage zur Hälfte vom Reich und zur Hälfte von den Kommunalverbänden aufgebracht werden; nach den Kommissionsbeschlüssen zahlt die Reichskasse den vollen Betrag der zu leistenden Unterstützungen.

Der in dieser Weise veränderte Gesetzentwurf fand in der zweiten Berathung des Reichstages Annahme und wurde auch in dritter Berathung zum Beschluß erhoben, trotzdem die Regierung sehr energischen Widerspruch erhob und der Regierungsvertreter die Ablehnung des umgestalteten Entwurfs durch den Bundesrath in Aussicht stellte.

Die ablehnende Haltung der Regierung wurde hauptsächlich mit der finanziellen Mehrbelastung der Steuerzahler begründet; eine Ansicht, deren Hinfälligkeit in die Augen springt, wenn man

berücksichtigt, daß es sich um eine Mehrausgabe von vielleicht 1½ bis 2 Mill. Mk. handelt, während von derselben Regierung jahraus, jahrein Hunderte von Millionen für Militärzwecke gefordert werden.

Nachdem der Reichstag fast mit Einstimmigkeit den Kommissionsbeschlüssen beigetreten war, mochte der Bundesrath doch wohl nicht die Verantwortung für das Nichtzustandekommen des Gesetzes übernehmen und hat dem Gesetze, wie es aus den Berathungen des Reichstages hervorgegangen ist, seine Zustimmung ertheilt.

Die Unterstützung, welche seit dem 1. Juli d. J. an die Familien der zu Uebungen einberufenen Ersatzreservisten, Reservisten und Landwehrmännern gezahlt wird, ersetzt nicht den vollen wirthschaftlichen Verlust, der durch die Einberufung entsteht, aber sie macht die öffentliche Armenpflege mit ihren politisch degradirenden Folgen entbehrlich, welcher die Angehörigen der, ihre militärischen Uebungspflichten erfüllenden Arbeiter früher vielfach anheimfielen.

Bei der Berathung der von anderen Parteien eingebrachten Initiativanträge haben wir uns wenn erforderlich, betheiligt: dem Antrage auf Ertheilung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages haben wir zugestimmt: ebenso dem Antrage auf Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen. Letzteren Antrag haben wir dahin erweitert, daß auch diejenigen Personen, welche in Untersuchungshaft genommen werden, bei denen jedoch Freisprechung erfolgt, oder gar keine Anklage erhoben wird, entschädigt werden sollen. Außerdem verlangten wir eine persönliche Haftpflicht der polizeilichen, staatsanwaltlichen und richterlichen Beamten, welche Bürger ihrer Freiheit berauben und in langwierige Untersuchungen verwickeln, ohne daß die angebliche Strafthat zu einer Verurtheilung führt. Die von uns geforderten Bestimmungen fanden im Reichstage keine Annahme: bei Einführung derselben würde der polizeilichen und staatsanwaltlichen Verfolgungssucht, mit der die sozialdemokratische Partei vielfach beehrt wird, ein Riegel vorgeschoben werden, und hierzu konnten sich die Gesetzgeber der bürgerlichen Parteien natürlich nicht herbeilassen.

Der Antrag auf Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen wurde vom Reichstage, wie schon früher wiederholt geschehen, angenommen und ruht nunmehr in den Archiven des Bundesraths, denn an eine Zustimmung des Letzteren ist nach den Ausführungen des Staatssekretärs der Justiz nicht zu denken. Nach Ansicht des Bundesraths haben unschuldig Verurtheilte keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung, sondern sind auf Gnadengeschenke zu verweisen, zu deren Bestreitung von den Einzelstaaten dotirte Fonds errichtet werden sollen. Was die Justizpflege durch ihre richterlichen Organe verschuldet, soll der Fürst vermittelst eines Gnadenaktes mildern. Die unglücklichen Opfer der Justiz, welche durch einen, auf Grund falscher Voraussetzungen gefaßten Richterspruch ihrer bürgerlichen

Ehre beraubt werden, und deren Familien dadurch vielfach dem Hunger überliefert sind, sollen nicht, wie das beleidigte Rechtsgefühl es verlangt, für das erlittene Unrecht nach Möglichkeit entschädigt werden, sondern müssen, wie es die Weisheit des Bundesraths für angemessen erachtet, bettelnd an die Stufen des Thrones treten, um Gnade flehen, wo sie die Sühnung eines an ihnen begangenen Justizverbrechens zu fordern haben.

Den Anregungen auf Sicherung des Wahlgeheimnisses haben wir zugestimmt, ebenso dem Antrage auf Erhebungen über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter.

Als Ergebniß letzteren Antrages kann wohl die Einsetzung der Kommission für Arbeiterstatistik betrachtet werden, welche Erhebungen in bestimmten Gewerkszweigen vornehmen soll. Die aus Mitgliedern des Bundesraths und des Reichstages bestehende Kommission hat wesentlich die Anordnungen des Reichskanzlers auszuführen, und ist daher in Folge ihrer geringen Selbstständigkeit sehr wenig geeignet, das weite Arbeitsfeld, welches sich statistischen Untersuchungen der Arbeiterverhältnisse darbietet, gründlich und erfolgreich zu bewältigen.

Für die Thätigkeit einer Kommission, welche die Aufgabe hat, die thatsächlichen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse festzustellen, bedarf es einer starken Exekutivgewalt, um wahrheitsgemäße Aussagen zu erzwingen und namentlich müssen Vorkehrungen getroffen werden, bei denen jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, daß die über die Lage ihrer Berufs- und Klassengenossen befragten Arbeiter irgendwie durch das Unternehmerthum geschädigt werden können. Weder das Regulativ noch die Geschäftsordnung der Kommission für Arbeiterstatistik gewährt nach beiden Richtungen hin genügende Sicherheit. Bei den Arbeitern wird die Kommission daher kein rechtes Vertrauen finden, bei dem Unternehmerthum dagegen aus kapitalistischen Interessen entschiedenem Mißtrauen und Widerstand begegnen. Die Arbeiten der Kommission werden in Folge dessen der Grundlage entbehren, welche für jede Statistik das Haupterforderniß bildet: es fehlt der Kommission das unbedingte Vertrauen und die Unterstützung der betheiligten Volkskreise.

Von der Nützlichkeit durchdrungen, welche eine eingehende Untersuchung und ungeschminkte Darlegung der Wohnungs-, Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse darbietet, war von der sozialdemokratischen Fraktion bereits lange vor der Konstituirung der Kommission für Arbeiterstatistik die Einsetzung von Reichstagskommissionen beantragt worden.

Solche Kommissionen, die vollkommen unabhängig von der Regierung und mit dem Rechte der Zeugenvernehmung sowie einem genügenden Hülfspersonal versehen sein müssen, würden durch Feststellung der bestehenden Verhältnisse Klarheit schaffen über die

elende Lebenslage, in der die große Majorität der Bevölkerung sich befindet: sie könnten einer vernünftigen, durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung die Wege ebnen, und die Arbeiterklasse einigermaßen vor der, unter dem Drucke des herrschenden Ausbeutungssystems stetig wachsenden geistigen und physischen Degenerirung schützen.

Ferner haben wir einen Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht, durch dessen Annahme die Wirkungen des Sozialistengesetzes aufgehoben werden.

Trotzdem jenes Denkmal der Schande, welches die politisch organisirte Vorkämpferin der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, zu vernichten bestimmt war, seit dem 1. Oktober 1890 zertrümmert im Staube liegt, sind nach dieser Zeit noch Anklagen und Verurtheilungen auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom Oktober 1878 erfolgt.

Die etwa bei strebsamen Staatsanwälten vorhandene Neigung, das Sozialistengesetz auch jetzt noch zur Anwendung zu bringen, im Keime zu ersticken, ist der Zweck unseres Antrages, dessen Berathung nicht zum Abschluß gekommen ist und der in Folge dessen in der nächsten Session wieder eingebracht werden muß.

Ein weiterer Antrag der Fraktion verlangte die Uebernahme der Verwaltung und des Eigenthums der Apotheken durch das Reich. Die im Apothekergewerbe herrschenden Zustände lasten namentlich schwer auf den unbemittelten Volksschichten. Das an die Ertheilung einer Konzession geknüpfte Recht Medikamente anzufertigen und zu verkaufen, wird von dem Kapitalismus in einer Weise ausgebeutet, daß die Beschaffung von Heilmitteln den Armen und Besitzlosen in sehr vielen Fällen unmöglich wird. Die Krankenkassen leiden schwer unter den hohen Preisen der Arzneien. Die übertragbare und verkaufsfähige Konzession hat im Apothekergewerbe zu einem Grundstückswucher geführt, der eine enorme Vertheuerung der Apotheken und damit die Abwälzung der Kosten auf das die Heilmittel konsumirende Publikum im Gefolge hat. Die in keinem Verhältniß zum wirklichen Werth stehenden hohen Preise der Arzneimittel machen es weiten Kreisen der Bevölkerung sehr schwer, sich in Krankheitsfällen der nothwendigen Heilmittel zu bedienen. Es ist daher nothwendig, die privatkapitalistische Ausbeutung auf diesem Gebiet zu beseitigen und zu verhindern, daß fernerhin die Erkrankten den Apothekenbesitzern als ein willkommenes Ausbeutungsobjekt ausgeliefert werden.

Unser Antrag war wesentlich in Rücksicht auf die Krankenkassennovelle gestellt, weil durch dieselbe den Kassen neue schwere Leistungen auferlegt sind, und es daher doppelt nothwendig ist, die Beschaffung der Arzneimittel nach Möglichkeit zu erleichtern. Die zur Heilung erkrankter Mitmenschen bestimmten Mittel dürfen kein Handelsobjekt im kapitalistischen Sinne bilden, sondern müssen —

so lange eine unentgeldliche Lieferung derselben noch nicht eingerichtet ist — zum Herstellungspreis geliefert werden.

Eine Anzahl der von der Regierung dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwürfe sind nicht mehr zur Berathung gelangt. Das Trunksuchtsgesetz, das Zuhältergesetz, zu dem der Heinze'sche Prozeß Anlaß gegeben, sowie das sogenannte Spionengesetz sind liegen geblieben und werden vermuthlich den Reichstag in der nächsten Session beschäftigen. Diese Gesetzentwürfe kennzeichnen den „neuen Kurs" und sind eine Art Programm der Caprivi'schen Aera unter der, wenn auch nicht mit der Brutalität Bismarck'scher Politik, so doch mit absoluter Verständnißlosigkeit, für Alles was nicht eng mit den kapitalistischen Interessen der Agrarier und der Großindustrie zusammenhängt, gewirthschaftet wird. Den jetzigen Reichskanzler berührt es „unheimlich", wenn eine seiner Maßregeln den Beifall der Opposition erhält und er ist von diesem Standpunkt aus ängstlich bemüht alles zu vermeiden, was ihn irgendwie in den Verdacht bringen könnte, nicht gleich seinem Vorgänger der gehorsame Diener und ergebene Anwalt der herrschenden Klassen zu sein.

Am 31. März d. J. wurde die erste Session der fünfjährigen Legislaturperiode — eine Erbschaft des im Jahre 1887 siegreichen konservativ-nationalliberalen Kartells — geschlossen. Der Arbeiterklasse hat die lange, sich über zwei Jahre erstreckende Tagung des Reichstages im wesentlichen nur nachtheilige Gesetze gebracht. Neben den sich alljährlich steigernden Militärlasten und den schwer drückenden indirekten Steuern ist der durch die Gewerbeordnungs-Novelle verheißene Arbeiterschutz im Interesse des Kapitalismus in Arbeitertrutz verwandelt worden. Das industrielle und agrarische Unternehmerthum, dessen Vertreter im Reichstage sich einer eifrigen Unterstützung der Regierung zu erfreuen hatten, hat es fertig gebracht, die sogenannten Schutzparagraphen der Novelle durch so viele Ausnahmebestimmungen zu durchlöchern, daß von einem ernsthaften Arbeiterschutz nicht mehr die Rede sein kann, und die Ausbeutungswuth der Feudalherren, Schlotjunker und Eisenbarone nach wie vor ungestört ihre Orgien feiern wird.

Mit vorstehenden Ausführungen sind wir dem Beschlusse des Erfurter Parteitags, wonach über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion dem Parteitage schriftlich Bericht erstattet werden soll, nachgekommen, und es erübrigen nur noch einige allgemeine Betrachtungen über den Nutzen der parlamentarischen Thätigkeit.

Die prinzipielle Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Parlamentarismus ist, seitdem Abgeordnete in den Reichstag gewählt worden sind, stets dieselbe geblieben. Wir haben uns niemals um des Parlamentarismus willen, oder in der Meinung, daß im Parlament die Ziele der Sozialdemokratie erreicht werden würden, an den parlamentarischen Arbeiten betheiligt. Die Aufhebung des Privat-

eigenthums an den Produktionsmitteln, die Beseitigung der Klassenherrschaft, die Abschaffung des kapitalistischen Produktionssystems kann und wird nie das Werk eines in dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft wurzelnden Parlaments sein. Hierzu bedarf es der Organisation der sozialistischen Gesellschaft, die zu erkämpfen Zweck und Ziel der ihrer Aufgabe bewußten Arbeiterklasse ist. An diesen grundsätzlichen Anschauungen unverbrüchlich festhaltend, hat die sozialdemokratische Fraktion die parlamentarische Thätigkeit stets als ein werthvolles Mittel betrachtet, um von der Tribüne des Reichstags aus die letzten Ziele der Partei: die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft zu propagiren und den Klassenstaat zu bekämpfen.

Neben dieser Aufgabe bietet die parlamentarische Arbeit jedoch auch die Möglichkeit, die sogenannte Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klassen in's rechte Licht zu setzen: die sozialdemokratischen Anträge zwingen die bürgerlichen Parteien und die Regierung Farbe zu bekennen, und das herrschende Wirthschaftssystem, welches die Knechtung und Ausbeutung der Massen zum Prinzip hat, kann im Parlament wuchtiger und nachhaltiger als an anderen Stellen bekämpft werden.

Auch die bei den Wahlen entfaltete Thätigkeit ist eins der wichtigsten Kampf- und Agitationsmittel. Die Belehrung und Aufklärung der noch nicht organisirten Massen über die Forderungen und das Ziel der Sozialdemokratie führt neue Streiter in unsere Reihen, schwächt unsere Feinde, erzieht klassenbewußte Arbeiter und beschleunigt unsern Vormarsch.

Den Klassenkampf des Proletariats zielbewußt und zweckmäßig zu gestalten, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Ein Mittel hierzu ist die Erringung der politischen Macht; um die politische Macht zu erringen, muß sich die Sozialdemokratie auch des Parlamentarismus bedienen, muß ihre Vertreter in den Reichstag schicken.

Was auf diesem Wege innerhalb der heutigen Gesellschaft für die Arbeiterklasse erreicht wird, gilt nur als Wegzehrung für den weiteren Vormarsch, ist nichts weiter als eine Abschlagszahlung, die dazu dient, das Proletariat besser auszurüsten mit den Kampfesmitteln, deren es bedarf, um seine geschichtliche Mission zu erfüllen.

Für die Sozialdemokratie giebt es nur eine Aufgabe. In der sozialistischen Literatur, wie in der Tagespresse, in Vereinen und Volksversammlungen, wie im Reichstage führt das in der Sozialdemokratie politisch organisirte Proletariat ziel- und klassenbewußt den Kampf gegen seinen Todfeind, gegen den Kapitalismus. Unser Ziel ist die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, zu deren Erbe und Nachfolger die sozialistische Gesellschaft berufen ist.

Mit unserem endgiltigen Siege wird eine Gesellschaftsorganisation geschaffen werden, in welcher es keine Herren und keine Knechte, keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr giebt.

Protokoll.

Vorversammlung am Montag, den 14. November 1892, Abends 7 Uhr.

In den Konkordia-Festsälen traten die Delegirten zwischen 6 und 7 Uhr Abends zusammen. Die Berliner Genossen hatten für die würdige Ausschmückung des Saales mit bestem Gelingen Sorge getragen. Rechts und links flankiren die mit rothen Schärpen gezierten Büsten Marx' und Lasalle's die mächtige Bühne, unter der sich das Rednerpult befindet Ein breites rothes Banner bildet den Hintergrund für Lasalle's scharf geschnittenen Heroenkopf. Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! in Goldbuchstaben auf dem herniederwallenden Banner. An der Hinterwand erhebt sich auf rothem Postament die Statue der Freiheit, die Lichtfackel in der Rechten, die Linke auf den Knauf des Schwertes gestützt. Proletarier aller Länder vereinigt Euch! steht auf dem rothen Banner, das hier den Hintergrund bildet. Schilder mit der Inschrift: Halle 1890 und Erfurt 1891 an den Wänden der offenen Bühne, die noch durch die überlebensgroßen Brustbilder Lasalle's und Marx' geschmückt ist.

Die Versammlung wird um 7½ Uhr eröffnet. Genosse Singer begrüßt die Delegirten und erinnert daran, daß in diesem Jahre 25 Jahre verflossen sind, seitdem in Berlin zum ersten Male ein sozialdemokratischer Arbeitertag zusammengetreten ist. In einer außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1867 zu Braunschweig wurde Herr von Schweitzer zum Präsidenten des Vereins gewählt; einige Monate darauf, im September, fand hier in Berlin die ordentliche Generalversammlung dieses Vereins statt, bei welcher 20 Delegirte anwesend waren, die 3102 Mitglieder vertraten, und dieser Generalversammlung wurde ein Bericht erstattet, der über eine Jahreseinnahme von 520 Thalern 20 Silbergroschen 9 Pfennige Rechnung gab. Ein Blick auf die zahlreichen Delegirten beweißt deutlich, was in diesen 25 Jahren aus der sozialdemokratischen Partei geworden ist, ein Blick in den vom Parteivorstande erstatteten Bericht der sich über eine Einnahme von nahezu einer Viertelmillion aus-

weist, zeigt ebenfalls, welche Bedeutung für die Agitation, für die Erreichung ihrer Ziele die Partei in diesen 25 Jahren in hartem, unausgesetztem Kampf erreicht hat.

Der Parteitag tritt in diesem Jahre etwas verspätet zusammen. Es lag in der Absicht des Vorstandes, den Parteitag im Oktober zu berufen; diese Absicht konnte nicht ausgeführt werden wegen der Epidemie, die in einem Theile Deutschlands heftig grassirte. Ich bin überzeugt, daß die Partei mit der Aufschiebung des Parteitages einverstanden gewesen ist. (Zustimmung.)

Der Hinweis auf diese Verhältnisse legt mir die traurige Pflicht auf, der braven tapfren Genossen zu gedenken, welche der Krankheit erlegen sind. Nach mir zugegangenen Berichten hat die Choleraseuche uns allein ca. 300 Genossen entrissen, die in den sozialdemokratischen Wahlvereinen Schulter an Schulter für die Befreiung des Proletariats gekämpft haben. Ich weiß mich mit allen Delegirten und mit der gesammten Partei einig, wenn ich Sie bitte, das Andenken dieser braven Genossen und Mitstreiter durch Erheben von den Sitzen zu ehren. (Die Mitglieder des Parteitages erheben sich einmüthig von den Sitzen.) Der dankbaren Erinnerung, welche wir soeben den, durch den Tod von uns geschiedenen Genossen geweiht haben, lassen Sie mich namens der Partei den Dank anschließen für die tapfere und energische Art, in der unsere Hamburger Genossen der Seuche Stand gehalten, und sich der Unterstützung und Ausführung derjenigen Maßregeln gewidmet haben, die zur Abwehr und Milderung der über Hamburg hereingebrochenen verheerenden Epidemie nothwendig waren. Dieses Verhalten unserer Genossen bietet ein um so erhebenderes Bild, als wir ja gesehen haben, daß ein Theil der reichen Bourgeoisie, unter deren Geschlechterregiment sich in Hamburg der Nährboden für die Epidemie, welcher in diesem Jahre etwa 8000 Menschen zum Opfer fielen herausgebildet hat, feige ausgerissen ist, als die Gefahr für Leben und Gesundheit drohend wurde. Unsere Hamburger Genossen haben damit nur ihre Menschenpflicht erfüllt, daß sie es aber gethan haben, und in einer so heroischen Weise, dafür glaube ich ihnen den Dank der Partei aussprechen zu dürfen.

Die Arbeit, welche der Parteitag vorfindet, ist eine reichliche. Neben dem Urtheil über die Thätigkeit welche im vergangenen Jahre seitens der Organe der Partei ausgeübt wurde, wird der Parteitag die Marschroute für die Zukunft abzustecken haben. Die zur Entscheidung des Parteitages gestellten Fragen sind vielgestaltig. Nicht immer werden alle Delegirten in allen einzelnen Fragen einer Meinung sein, und das wäre auch nicht gut, denn gerade im Austausch der Meinungen findet sich erst das Richtige. Aber wie auch in den einzelnen zur Tagesordnung stehenden Fragen die Meinungen auseinander gehen mögen, darin sind wir allesammt

einig, daß für jeden Parteigenossen das Wohl der Partei das oberste Gesetz ist. In diesem Geiste werden die Verhandlungen des Parteitages getragen sein; in diesem Geiste und aus dieser Ueberzeugung heraus wird die Partei den Kampf, den sie seit nunmehr 30 Jahren muthvoll und energisch führt, fortsetzen, sie wird nicht ruhen und nicht rasten bis das ganze Ziel erreicht ist, bis die Befreiungsstunde schlägt. Wir werden nicht eher aufhören zu kämpfen, bis die Arbeiterklasse aus den Banden der Unwissenheit befreit, aus dem Joche des Kapitalismus erlöst ist, bis die Sklaverei des Lohnsystems ihr Ende erreicht hat. In diesem Geiste lassen Sie uns auch in unsere Arbeiten eintreten! Wir thun das, indem wir in unsern alten Kampf-, in unsern alten Siegesruf einstimmen: Die Deutsche Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie, das Proletariat aller Länder, sie leben hoch! (Die Versammlung hat sich erhoben, und stimmt enthusiastisch in den dreimaligen Hochruf ein.)

Auf Grund des § 9 unseres Organisationsstatuts habe ich Sie nunmehr zu bitten, den Parteitag zu konstituiren und zum Zwecke der Bildung des Bureaus zunächst in die Wahl des Vorsitzenden einzutreten.

Hug-Wilhelmshaven schlägt die Wahl von Singer-Berlin und Gottlieb-Bremen durch Zuruf vor. Die Akklamationswahl findet keinen Widerspruch; einstimmig werden Singer-Berlin und Gottlieb-Bremen zu Vorsitzenden gewählt.

Nach dem Vorgange der beiden letzten Parteitage sollen 9 Schriftführer gewählt werden, von denen immer 3 gleichzeitig Dienst thun.

Die Wahl wird auf Antrag Hug ebenfalls durch Zuruf vorgenommen und fällt auf die Genossen Emmel-St. Johann, Geiger-Stuttgart, Gradnauer-Dresden, Löwenstein-Nürnberg, Hoch-Frankfurt, Schmidt-Berlin, Legien-Hamburg, Feldmann-Langenbielau und Hülle-Erfurt. Für den heutigen Abend fungiren Emmel, Geiger und Gradnauer.

Hierauf wird zur Feststellung einer Geschäftsordnung für den Parteitag geschritten. Vom Vorstande ist der folgende, schon für Halle und Erfurt maßgebende entsprechende Entwurf vorgelegt und vom Parteitag mit großer Mehrheit angenommen worden:

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.
2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.
4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.
5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

   In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.
6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.
7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.
8. Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegirte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Es folgt die Feststellung der definitiven Tagesordnung für die Verhandlungen des Parteitages. Nach längerer Debatte wurde der vom Parteivorstande vorgeschlagenen provisorischen Tagesordnung nach dem Antrage Solingen beigefügt als Punkt 4: „Anträge zur Organisation", als Punkt 6: „Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie. Berichterstatter: W. Liebknecht." Der Antrag Frohme, der Tagesordnung den Punkt: „Die Sozialdemokratie und der Meineid" einzuverleiben, wird am Schluß einer längeren Debatte vom Antragsteller selber zurückgezogen.

Es folgt die Wahl der Mandats-Prüfungskommission: der Parteitag entscheidet sich für 7 Mitglieder und ernennt nach dem Vorschlage Metzner hierzu die Genossen: Klees-Magdeburg, Zander-Chemnitz, Reißhaus-Erfurt, Antrick-Berlin, Theiß-Hamburg, Meist-Köln und Bamberger-Berlin.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor, die Sitzungen des Parteitages von 9—1 und von 3—7 Uhr abzuhalten, welchem Vorschlag der Parteitag zustimmt. Am Donnerstag soll keine Nachmittagssitzung stattfinden und dafür die Vormittagssitzung entsprechend ausgedehnt werden. Außerdem ist für den Freitag eine Abendsitzung in Aussicht genommen.

Zu Ehren der auswärtigen Genossen veranstalten die Berliner Genossen im Sitzungssaale des Parteitages am Mittwoch den 16. einen Commers, zu welchem die Delegirten eingeladen werden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. November.

Vormittagssitzung.

Um 9¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen des Parteitages. Als Schriftführer fungiren Hoch, Legien und Schmidt-Berlin.

Vorsitzender Singer: Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, die Vertreter einiger Bruder-Parteien aus dem Auslande unter uns zu sehen. Es sind anwesend als Delegirte der österreichischen Genossen Dr. Adler und Popp; die holländischen Genossen haben den Genossen van Kol mit ihrer Vertretung beauftragt, ferner ist ein Vertreter der schwedischen Genossen anwesend. Ich heiße sie Alle im Namen des Parteitages herzlich willkommen. Außerdem hat der Zentralrath der sozialdemokratischen Partei von Holland in einem Schreiben den Parteitag begrüßt und wünscht ihm den besten Erfolg seiner Arbeit. Die Gas-Workers and General Labor Union von Großbritannien läßt ebenfalls durch ihren Sekretär, den Genossen Thorne, dem Parteitag ihre Sympathiebezeugung aussprechen. Die spanische Partei, vertreten durch das National-Komité in Madrid, hat ebenfalls in einer Adresse ihre Wünsche für den Parteitag hierher gelangen lassen. Die Labor League in London sendet ebenfalls in einer Adresse ihre besten Wünsche für das Gelingen unserer Arbeiten. Auch der internationale Verein von sozialistischen Studenten und der Verein rumänischer sozialistischer Studenten in Paris hat durch den hier anwesenden Delegirten der deutschen Genossen von Paris und London seine Glückwünsche dem Parteitag ausgesprochen. Herausgeber und Redakteure russischer sozialdemokratischer Schriften in der Schweiz übersenden in einem längeren Anschreiben ihre Wünsche und Grüße für den Parteitag. Der Verein der deutschen Sozialisten in Zürich giebt ebenfalls seiner Sympathie für unsere Bestrebungen und Arbeiten Ausdruck. Ferner haben telegraphisch die revolutionären Genossen des neunten Wiener Bezirks dem Parteitage eine Begrüßung gesandt, und aus Deutschland sind theils brieflich, theils telegraphisch bereits eine große Anzahl von Sympathiebezeugungen eingetroffen.

Dr. Adler-Wien: Werthe Parteigenossen! Wir sind beauftragt, im Namen der Sozialdemokratie Oesterreichs Euch hier zu

begrüßen. Sie wissen Alle, wie eng verknüpft die Sozialdemokratie Oesterreichs mit Eurer ist und immer war. Dieses Bündniß ist ein viel tieferes und über alle Zweifel viel erhabeneres als jenes, welches unsre Diplomaten abgeschlossen haben. Es liegen zwischen uns auch nicht Ströme Blutes, die erst zu überbrücken wären. Sie haben auch nicht nöthig gehabt, sich zu beklagen, wie das sonst von deutscher Seite geschehen sein soll, nämlich darüber, daß in Oesterreich zu wenig auf Rüstungen verwandt wird. Sie können sicher sein — wie unsre Armee aussieht, weiß ich nicht, — daß die Sozialdemokratie Oesterreichs rüstet und zwar rüstet mit allem Eifer und mit allem Enthusiasmus, zugleich aber vielleicht mit ruhigerer Ueberlegung, als Ihr uns zutrauen werdet. Denn das wissen wir ja wohl, daß die Norddeutschen uns Süddeutsche zwar respektiren und, wie ich hoffe, uns auch lieb haben; aber sie trauen unserm Herzen viel mehr zu als unserm Hirn, und da ist es wohl vollständig am Platze, wenn ich hier berichte, die Arbeiter Oesterreichs sind nicht zu verwechseln mit den österreichischen Spießern. Die Gemüthlichkeit und das Phäakenthum, das von Oesterreich vorausgesetzt wird, ist bei den österreichischen Arbeitern nicht zu finden. Wir haben eine Armee, die sich bewußt ist, was eine Armee nothwendig hat. Die Voraussetzungen für die Gemüthlichkeit sind auch bei den österreichischen Arbeitern nicht wie bei den Bürgern gegeben. Die ersteren leben unter höchst ungemüthlichen Verhältnissen und sind im Begriff, auch selbst höchst ungemüthlich zu werden (Heiterkeit und Beifall). Die ökonomischen Verhältnisse der letzten Zeit, der Ausbruch der Krise, die uns in Oesterreich ebenso tief berührt und in manchen Dingen noch viel tiefer wie Sie hier, hat die Erregung in den Massen so gesteigert, wie man es sich „oben" gar nicht vorstellt, und wir dürfen hoffen, daß auch dieser Niedergang der ökonomischen Verhältnisse für die Aufklärung im sozialdemokratischen Sinne dienstbar gemacht werden wird. Unsre internationalen Beziehungen, Genossen, werden ja immer wieder erneut, und besonders einmal im Jahre treten sie besonders deutlich für alle Welt hervor, das ist am 1. Mai. Für uns in Oesterreich hat der 1. Mai eine besondre Bedeutung, die noch dadurch erhöht wird, daß wir politische Rechte nicht haben, weil Oesterreich politisch zu Asien gehört (Heiterkeit). Aber ich glaube, daß die Feier des 1. Mai heuer eine um so energischere sein muß, weil wir der Welt zeigen müssen, daß der internationale Beschluß in Brüssel nicht blos hingeschrieben worden ist, wie eine Resolution, welche Leute fassen, die nicht wissen, was sie wollen.

Wir sind hier, um von Euch zu lernen; aber wir halten uns auch für verpflichtet zu sagen, welche Beschlüsse Ihr faßt, so energisch sie sein mögen, so viel Kraftaufwand sie fordern, Ihr werdet die Oesterreicher an Eurer Seite finden (Beifall). Die

Augen der österreichischen Parteigenossen sind hierher gerichtet; Sie werden noch eine ganze Anzahl begrüßende Zuschriften von uns bekommen. Sie haben wahrscheinlich nicht recht eine Vorstellung davon, wie man allen Vorgängen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich mit um so mehr Interesse entgegensieht, weil wir sehr genau wissen: was bei Euch vorgeht, wird binnen Kurzem auch bei uns geschehen. Nicht nur unsre Regierung macht Eurer Alles nach, sondern dieselben Einflüsse, die sich im deutschen Proletariat geltend machen, wirken natürlich auch in Oesterreich. So haben wir bei uns auch die Schwierigkeit gehabt mit der Bewegung der „Jungen", „Unabhängigen" u. s. w., aber genau so wie bei Euch, ist auch bei uns diese Sache erledigt worden. Obwohl jene Bewegung von der Bourgeoisie gehätschelt wird, obwohl jeder einzelne Unabhängige die gesammte Presse der Bourgeoisie hinter sich hat und für jedes Wort, das er spricht, darin Reklame gemacht wird, existirt die Bewegung nicht mehr. Lassen Sie sich nicht erzählen, daß die Partei in Oesterreich gespalten ist; wir stehen völlig einig da, ebenso wie Sie. (Beifall.)

Und nun wünsche ich Ihren Verhandlungen besten Erfolg und schließe mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Redner bringt ein dreifaches Hoch aus, in welches der Parteitag begeistert einstimmt.)

van Kol-Amsterdam: Genossinnen und Genossen! Nachdem Ihnen der Gruß aus Holland mitgetheilt worden ist, muß der Abgeordnete dieses kleinen Landes wohl einen Augenblick das Wort haben. Schweigen wäre mir persönlich angenehmer, aber ich habe eine Pflicht zu erfüllen. Da ich jedoch mich durch mein Gefühl nicht hinreißen lassen darf und auch seit längerer Zeit nicht Gelegenheit hatte, deutsch zu sprechen und bis jetzt genügende Uebung mir fehlt, so darf ich dies Mal wohl vorlesen, was ich zu sagen habe. Die Fehler werden Sie wohl verzeihen.

Genossen! Mit gemischten Gefühlen stehe ich hier vor Euch. Der Auftrag, den ich erhielt, ist meiner Natur zuwider, es ist vielleicht der unangenehmste Auftrag, den ich je zu erfüllen hatte. Gewohnt, ohne Rückhalt meine Hand herzlich in die Hand des Freundes zu legen, oder meinem Feinde die Faust zu zeigen, darf ich jetzt keins von beiden thun. Der Zentralrath Hollands hat mir strenge Neutralität befohlen und jedes selbständige Urtheil untersagt. Da ich immer und überall die Nothwendigkeit der Disziplin behaupte und überall das Beispiel geben werde, will ich auch jetzt pünktlich gehorchen. Die holländische Partei will daher in diesem Augenblick durch mich durchaus keine Meinung aussprechen lassen, weder über die Uneinigkeiten, welche in Euren Reihen entstanden sind, noch über die scharfen Auseinandersetzungen zwischen den am meisten hervorragenden Männern von der deutschen

und der holländischen Partei. Diese beiden Parteien, welche doch nur verschiedene Regimenter bilden in der Weltarmee des Proletariats, sollen alles umgehen, was Veranlassung geben könnte, persönliche Streitigkeiten überzubringen auf das gemeinschaftliche Schlachtfeld. Wir hoffen, daß einmal die Zeit kommen wird, daß alle persönliche Fehden aufhören werden, und daß nicht länger gute Kräfte vergeudet werden, wo die großen und gewaltigen Zeiten, worin wir leben, das Opfer all unserer Zeit, die Hingabe all unserer Kräfte erheischen, im Kampfe gegen den gemeinschaftlichen Feind.

Die Parteien aller Länder sollen sich erheben über alle persönlichen Streitigkeiten, sich unter einander verstehen und sich vereinigen, wäre es auch über die Häupter der Führer hinweg, denn höher als alle persönlichen Interessen stehen die Interessen der Partei, höher als alle Individuen steht unsere heilige Sache! Nicht um Personen zu beurtheilen, hat man mich hierher geschickt, das ist doch am Ende Nebensache; aber gerne möchten die holländischen Sozialisten ein wahres Urtheil vernehmen über die Weise, wie hier in diesem Parteitag so viele wichtige Fragen besprochen werden, über den Geist, der die deutschen Kampfgenossen beseelt. Denn Eure Arbeit in diesen Tagen ist nicht allein bedeutend für Deutschland, sondern auch vielleicht ebenso bedeutend für die andern Völker des westlichen Europas. Eure Entschlüsse werden Wiederhall finden durch die ganze Welt.

Die Verhandlungen dieses Parteitages werde ich daher mit Aufmerksamkeit und Interesse verfolgen. Seit Jahren habe ich die deutsche Literatur, diesen Katechismus des Sozialismus, und die Protokolle aller Eurer Kongresse eifrig studirt. Auch fast alles, was die sog. Unabhängigen schrieben, habe ich gelesen, oder werde es noch lesen. Von jeder Seite werde ich Baustoffe sammeln, überall werde ich trachten das Wesen vom Schein zu unterscheiden, und nachher hoffe ich dann, daß es mir gelingen wird, ein auf Thatsachen gegründetes Urtheil zu formuliren. Der Auftrag scheint schwer, aber ich werde ihn, so gut ich es vermag, und ganz frei von Vorurtheil und mit Wahrheitsliebe erfüllen. Klipp und klar werde ich meine Meinung sagen, ebenso wohl im Zentralrath von Holland, wie bei meinen vlämischen Freunden von Gent, welche mich auch ersucht haben, meine Erfahrungen mitzutheilen.

Gewiß schon jetzt habe ich eine Ahnung, wie mein Urtheil sein wird, aber ich darf das jetzt nicht ausdrücken; was ich in diesen Tagen erfahren werde, wird meine jetzige Meinung entweder stärken oder, was ich nicht fürchte, ändern. Wie aber das Resultat sein möge, ich werde es überall und Jedem gegenüber aussprechen, gleichviel, welche Erfolge es für mich haben könnte. Personen habe ich nie gefürchtet, Popularität begehre ich nicht, nur Wahrheit ist

mein Streben. Doch wenn ich nicht irre, wird die Aufgabe weniger schwer sein, als sie scheint.

Ich werde nun noch kurz angeben, von welchem Standpunkte man die Sache betrachten muß. Nicht kleine Fehler, sondern das ganze Auftreten einer Partei soll man beurtheilen. Wenn täglich neue Kämpfe entstehen und manchmal in kurzen Augenblicken entschieden werden muß, was längerer Berathung brauchte, kann man leicht irren. Ob man heute etwas zu gemäßigt, morgen etwas zu ungestüm fortschreitet, ist meistens von den Umständen abhängig und thut wenig zum ganzen Feldzug. Es ist das Benehmen einer Partei im großen Ganzen, es ist der Weg, den sie einschlägt, welche entscheiden, ob sie die Partei der hoffnungslosen Reform oder der kommenden Revolution ist. Wenn man dem Endziel der Besitzergreifung der Arbeitsmittel und Arbeitsstoffe durch die Gesellschaft immer nachstrebt, wenn man also arbeitet an der Zerstörung des Kapitalismus und der Klassen, welche sich darauf stützen, ist man revolutionär; ob dabei Gewalt gebraucht wird oder nicht, thut nichts zur Sache. Das Ziel macht revolutionär, nicht die Mittel, welche der Kampf nöthig macht. Halten wir dieses Ziel immer im Auge, dann sind wir auf dem guten Weg, möchten auch Fehltritte vorkommen. . . . . Ueber Personen sollen die Sozialisten anderer Länder selten oder nie urtheilen, das muß man im Lande selber ausmachen. Aber nirgendwo darf man vergessen, daß nicht ein einzelner Fehler den Charakter verdirbt, daß man bei ehrlichen Kämpfern nicht Splitter zu Balken vergrößern, sondern im Gegentheil ein ganzes Leben von Ausdauer und Opfermuth in die Wagschale legen soll. Nie darf man vergessen, was sie gethan, wie sie gestritten und gelitten haben. Man soll lieber dem Beispiel dieser alten Veteranen in allen Ländern nachfolgen und nicht wegen kleinlicher oder selbst gar keiner Anlässe über sie herfallen. Eine Riesenarmee breitet ihre Reihen aus über die ganze Erde. Nur der Unterschied der Sprache zeigt noch, daß es in der sozialistischen Arbeiterwelt verschiedene Nationen giebt. Alle sind wir, wo unsere Geburtsstätte liegen möge, Soldaten des kämpfenden Proletariats. Die kleineren Länder können nur kleine Regimenter formen, aber auch da wird man seine Pflicht zu erfüllen wissen.

Darum, Kampfgenossen! einträchtig vorwärts in den gewaltigen Krieg der alten mit der neuen Welt! Möchte jedes Land immer treu bleiben dem Bundesvertrag, entsprossen aus dem Herzen des Proletariats! Möchte jeder Kongreß ein Schritt vorwärts sein auf dem Wege, welcher zur Befreiung der arbeitenden Klassen führt! Dann wird leben und wachsen die internationale Sozialdemokratie! Sie lebe! Sie lebe! (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt hierauf in seine eigentlichen Verhandlungen ein.

Erster Punkt der Tagesordnung:

Bericht über die Thätigkeit des Partei-Vorstandes.

Berichterstatter Richard Fischer: Der Umstand, daß Ihnen diesmal unser Geschäftsbericht schon seit längerer Zeit gedruckt zugegangen ist, gestattet mir, mich kurz zu fassen, und meine Darlegungen auf einzelne, in unserem Berichte nicht eingehend behandelte Punkte zu beschränken. Bezüglich der inneren Geschäftsführung des Vorstandes kann ich mittheilen, daß wir wöchentlich regelmäßig zwei Sitzungen gehalten haben, daß aber auch, wie es die Arbeiten, und zwar häufig, mit sich brachten, drei bis vier angesetzt worden sind. Gemeinsame Sitzungen mit den Kontroleuren haben im Laufe des Jahres zwei stattgefunden. Die Frage des Parteiarchivs, die den Vorstand schon seit längerer Zeit beschäftigt hat, ist in dem Berichte nicht erwähnt. Mit der Aufhebung des Ausnahmegesetzes trat an den Partei-Vorstand die Aufgabe heran, das seinerzeit von der Redaktion des „Sozialdemokrat" angelegte und verwaltete Archiv in den Besitz der deutschen Genossen überzuführen. Persönliche und Lokalfragen machten es indeß bis jetzt unmöglich, das Archiv den Genossen allgemein zugänglich zu machen. Die Vorbereitungen sind aber jetzt soweit getroffen, daß in kürzester Zeit auch das Parteiarchiv in Verbindung mit dem Sekretariat nutzbar gemacht werden kann.

Was nun zunächst die Frage der Agitation betrifft, so drückt sich in einer Reihe von Anträgen, die dem Parteitage eingereicht sind, das Gefühl aus, als ob nicht genügend agitirt, vom Vorstande in dieser Richtung nicht mit der nöthigen Aufmerksamkeit und Energie gehandelt worden wäre. Diese Frage und diese Klage ist so alt wie die Partei selber. Wir werden gewiß zu allerletzt bestreiten, daß die bisherige Agitation noch unzulänglich ist. Wir selber fühlen am meisten, daß im Interesse unserer Partei die Agitation viel umfassender betrieben werden müßte. An gutem Willen hat es nicht gefehlt. Blicken wir aber darauf, welche Kräfte uns zur Agitation zur Verfügung waren, dann wird man zugeben müssen, daß gethan worden ist, was in unseren Kräften stand. Denn nicht blos die Zahl, auch die Qualifikation der verfügbaren Kräfte muß hierbei in Betracht gezogen werden. Nicht jeder Pareigenosse, der in den Städten, in den Gewerkschaften oder in kleinen Vereinen sehr gut für die Propaganda geeignet ist, ist damit auch zugleich befähigt, in industriearmen Gegenden oder auf dem platten Lande die Grundsätze der Partei zu verkünden und zu vertreten, und die Zahl namentlich derjenigen, die zu größeren Agitationstouren zur Verfügung stehen, ist immerhin eine sehr beschränkte. Es muß auch offen ausgesprochen werden, und die Parteigenossen müssen sich angewöhnen, auch ihre Genossen daheim

immer wieder auf den Unfug hinzuweisen, daß immer blos eine ganz bestimmte kleine Zahl von Persönlichkeiten als Redner und Agitatoren vom Partei-Vorstand verlangt werden. Wie jetzt bei der Agitation, lag es früher mit der Kandidatenfrage. Jahrelang haben wir gegen die Vielkandidaturen angekämpft. Als die Partei sich von dem Glauben an die Agitationskraft des einzelnen Namens befreit hatte, ist zu aller Ueberraschung die Zahl unserer Anhänger eminent gewachsen. Ein Antrag Duisburg-Mülheim will die populärsten Redner nach dem Niederrhein haben, Düsseldorf will nur einen Theil der rednerischen Kräfte der Fraktion im Reichstage lassen und die übrigen auf die Agitation schicken. Wer sind denn die populärsten Redner unserer Partei? Es sind Bebel, Liebknecht, Singer, Auer, und vielleicht wird es nächstens noch der Genosse Stadthagen sein, wenn er noch ein Paar Peus- und Fritzsche-Prozesse zu führen gehabt hat. (Heiterkeit.) Was werden nun aber, wenn wir die Reichstagsabgeordneten in die Provinz schicken, die Wähler ihrer Wahlkreise dazu sagen? Die klagen doch immer, sie hätten den Abgeordneten ins Parlament geschickt, damit er durch seine parlamentarische Thätigkeit wieder für den Wahlkreis wirke, und dadurch die indifferenten Wähler des Kreises aufkläre. Weiter: Wir haben 36 Abgeordnete. Sind denn aber alle diese zugleich die geeigneten Agitationskräfte? Man kann ein sehr guter Abgeordneter und auch ein sehr braver Parteigenosse sein, aber damit ist für die Agitationskraft noch garnichts bewiesen. Wir haben gegen 400 Wahlkreise, und in jedem Wahlkreise dürfte es doch 10 Orte geben, in denen überhaupt noch keine Versammlungen stattgefunden. Würde in jedem dieser Orte nur einmal im Jahre von den Abgeordneten Versammlungen abgehalten, so kämen in einem Jahre 4000 Versammlungen, also auf jeden Abgeordneten etwa 150 Versammlungen heraus. Diese eine Zahl beweist schon, daß dies Verlangen an der physischen Unmöglichkeit scheitert. Man denke aber auch daran, daß die Abgeordneten durch ihre Theilnahme an den Reichstag-Verhandlungen in ihren geschäftlichen Angelegenheiten behindert werden und sich nicht wieder sofort auf die Agitation werfen können, nachdem sie wochen- und monatelang im Reichstage gewesen sind. Mit solchen und ähnlichen Anträgen also, wie sie in Dutzenden, ja Hunderten von Briefen an den Vorstand eingegangen sind, ist nichts zu machen. Man kann sie sehr leicht stellen, auch darüber diskutiren, schließlich muß doch die Anschauung siegen, daß mit dem Beschlusse an den thatsächlichen Verhältnissen nichts geändert wird. Die Partei ist groß geworden, die Agitation muß aus der Provinz selbst sich ergeben, sie muß von dort organisirt werden; der Vorstand kann lediglich anregend wirken und andererseits die Geldmittel zur Verfügnng stellen, die dafür in den schwachen Bezirken sich nöthig erweisen; aber ein Ding der

Unmöglichkeit ist es, den Partei-Vorstand zu einem Stück oppositioneller Vorsehung zu machen und von ihm die ausschließliche Leitung und Besorgung der Agitation zu verlangen.

Den Wünschen und Anforderungen auf finanzielle Unterstützung der Agitation ist von der Parteileitung fast ausnahmslos entsprochen worden. Wenn ich Ihnen die Summen nenne, die nicht blos für Agitation, sondern auch für Unterstützung im Laufe des Jahres verlangt worden sind, dann werden wahrscheinlich diejenigen Orte, die sich zurückgesetzt fühlen, begreifen, warum anders zu handeln nicht möglich war. Es mußte zurückgewiesen werden an Gesuchen um finanzielle Unterstützung im Dezember Forderungen in Höhe von 18 895 M., im Januar 28 404 M., im Februar 54 344 M., im März 45 388 M., im April 29 720 M., im Mai 20 730 M., im Juni 31 796 M., im Juli 68 350 M., im August und September, wo die Aufstellung lückenhaft ist, 1261 bezw. 3526 M., im Oktober 41 355 M. Hätten wir diesen Anforderungen entsprechen können, so hätte eine Summe von 375 499 M. oder fast das ganze Parteivermögen hingegeben werden müssen. Diese große Summe erklärt sich auch aus den zahlreichen Darlehnsgesuchen, Hypothekengesuchen von 40 000 bis 1500 M. herunter, die zwecks Beschaffung von Lokalen an den Partei-Vorstand gerichtet werden. Der Lokalmangel besteht in ganz Deutschland, am Niederrhein wie in Ostpreußen. Von diesen Hypothekengesuchen hat der Vorstand auch nicht ein einziges bewilligen können; denn schließlich werden die Parteigelder nicht dazu aufgebracht, um in Hypotheken festgelegt zu werden, sondern sie müssen zu jeder Stunde, wenn die politischen und Partei-Verhältnisse es verlangen, flüssig gemacht werden können. Auch reichen so rein äußerliche Mittel nicht hin, der Bewegung das nothwendige Rückgrat zu verleihen. Wo sie kräftig herangewachsen ist, wird jeder Widerstand schließlich besiegt werden, und so traurig es für unsere Genossen ist, daß sie noch vielfach in der Minorität sich befinden, so giebt es doch kein anderes gründliches Mittel der Abhilfe, als unablässige Agitation.

Auf demselben Grunde beruht die Klage über den Mangel an geeigneten Agitationsschriften. In den letzten 25 Jahren ist wohl nicht ein einziger Kongreß oder Parteitag vorübergegangen, ohne den Antrag, daß das Programm durch eine Broschüre erläutert und für die breite Masse verständlich gemacht werde. Auch im vorigen Jahre haben wir diesen Antrag gehabt. Er hat Gestalt gewonnen in der bekannten Broschüre von Kautsky und Schoenlank, und daneben ist von Kautsky noch seine größere, ausgezeichnete Schrift über das Erfurter Programm erschienen. Und was sehen wir heute? Aus Frankfurt a. M. liegt ein Antrag vor, das Programm durch eine solche Broschüre zu erläutern und mit einer geschichtlichen Einleitung zu versehen. Ich begreife sehr

wohl, daß man einen solchen Antrag bringen kann; aber der Parteitag kann doch höchstens die Herstellung der Broschüre beschließen, und dann fragt sich, wer soll sie schreiben? In Frankfurt sind zwei so tüchtige Parteigenossen wie der akademisch gebildete Hoch und der Reichstagsabgeordnete Schmidt. Warum schreiben diese, wenn die Kautsky-Schoenlank'sche Schrift nach ihrer Ansicht dem Bedürfniß nicht entspricht, nicht selbst diese Broschüre? Wir im Vorstand können es nicht, wir können auch den Mann nicht finden, der es kann. Wenn sie es können, so würden sie sich ein großes Verdienst um die Partei erwerben. Das Hauptverlangen ist immer: die Broschüre soll populär geschrieben sein. Der Sozialismus ist aber eine neue Weltanschauung, deren Verständniß eine gewisse politische und wirthschaftliche Einsicht und Kenntniß zur Voraussetzung hat. Man kann den Sozialismus nicht Massen predigen, die von seinen Grundlagen und Voraussetzungen keine Ahnung haben. Was dem rheinischen Industriearbeiter selbstverständlich erscheint, ist für den ostpreußischen Landarbeiter eine ganz neue Welt, der er verständnißlos gegenübersteht.

Im Laufe des Jahres sind an den verschiedensten Orten eine ganze Reihe trefflicher Flugblätter erschienen. Genosse Keßler in Berlin hat einige verfaßt, auch von der Agitationskommission für Brandenburg ist ein ganz ausgezeichnetes Flugblatt herausgegeben; aber auch von diesen Flugblättern wird hie und da geurtheilt, sie genügen nicht, sie seien zu hoch für unsere Bevölkerung, oder auf der anderen Seite wieder, sie seien wohl populär, allgemein wirksam, aber nicht speziell sozialdemokratisch, sie enthielten nicht das, was man verlangen müsse, um die Leute zu Sozialdemokraten zu machen. Sozialdemokraten kann man aber nicht machen, Sozialdemokraten müssen werden! Wir haben ja alle an uns selbst allmählig diesen Entwickelungsgang durchgemacht, der von dem fortdauernden Lerneifer der Genossen bedingt wird.

In dieselbe Rubrik gehören die Klagen über die mangelhafte Landagitation. Wenn wir in den ländlichen Kreisen Eingang gewinnen wollen, bei deren Bewohnern eben auch jene Voraussetzung, nämlich eine gewisse Summe politischer und wirthschaftlicher Einsicht, nicht vorhanden ist, dann können wir sie blos bei ihren täglichen Schmerzen, ihrer täglichen Misère, ihren täglichen Bedürfnissen packen, gerade so wie wir den Industriearbeiter bei dem Gewerkschaftsinteresse packen müssen. Da heißt es die Sprache finden, die der betreffende Landarbeiter auch versteht. Der Landarbeiter in Ostpreußen, der unter halbfeudalen Zuständen lebt, ist ein ganz anderer, als der Industriearbeiter im Kohlenrevier, als der ländliche Arbeiter im deutschen Süden. Bei der Landagitation wird sich derselbe Entwickelungsgang vollziehen, wie bei der Agitation unter den Industriearbeitern. So lange blos gelehrte

Schriftsteller, Theoretiker den Sozialismus vertraten, war er keine Volksbewegung, die wurde er erst, als aus den Arbeitern heraus selber die nöthigen Agitationskräfte erwachsen waren; und so lange aus den Landproletariern nicht die Agitationskräfte selbst herauswachsen, so lange können wir das Landproletariat nicht als geschlossenes Ganze, sondern nur in Bruchtheilen uns einreihen.

Sehr lebhaft interessirt und zum Theil eine gewisse Verwunderung erregt hat das Bild, das unsere Parteipresse nach ihrer finanziellen Seite hin gewährt. Mit Recht wird die Parteipresse der Stolz unserer ganzen Partei genannt. Nun könnte es den Anschein erwecken, als sei sie doch nur eine Treibhauspflanze, die in den Verhältnissen nicht genügend feste Wurzel geschlagen habe. Diese Auffassung scheint mir aber doch nicht die richtige. Gewiß hätten wir alle lieber gesehen, wenn wir aus der Parteipresse diese 66 000 Mk., die an sie zur Unterstützung gezahlt werden mußten, hätten herausziehen und zur allgemeinen Agitation verwenden können. Aber im Grunde ist diese Leistung ja nur eine andere Form der Agitationsunterstützung. Die Presse mit ihrem Stab von Mitarbeitern, Redakteuren und Verwaltungsbeamten ist das lebendige Rückgrat unserer gesammten Agitation. Es ist gewiß interessant, daß aus einzelnen Gegenden, die, wie z. B. der Maingau, früher eine Goldgrube für die Partei waren, jetzt thatsächlich die ganzen Mittel der Partei für die Presse aufgebraucht werden; aber andererseits steht es fest, daß gerade diese Bezirke eine so lebhafte und so weitgreifende Agitation entfalten, daß es sonst eines ganz gewaltigen Zuschusses aus der Parteikasse dazu bedurft hätte. Gern hat der Vorstand diese Unterstützung gewiß nicht gewährt, aber er war stets in einer Zwangslage. An den Partei-Vorstand gelangt man immer erst, wenn es kein anderes Mittel zur Unterstützung der Presse mehr giebt, wenn die lokalen und provinzialen Kräfte aufgebraucht sind, wenn die Gefahr des Eingehens vor der Thür steht. Das Verschwinden dieser Presse würde auch die Lahmlegung der Agitation zur Folge haben. Gewiß sind auf allen Parteitagen Beschlüsse gefaßt worden, welche vor der unbedachten und übereilten Gründung von Blättern warnten, und doch sind überall Gründungen von Blättern, diesem Beschlusse zum Trotz, erfolgt. Das Bedürfniß nach der literarischen Schutzmauer, an die die Agitation sich anlehnen soll, ist eben in der Partei zu stark. Das Eingehen eines Blattes schädigt aber nicht nur auf das Schlimmste die Agitation, es bedeutet auch für eine Reihe von Genossen, die im Vertrauen auf die Parteisolidarität oft ihren letzten Spargroschen in solche Parteiunternehmungen gesteckt, ihren ganzen Kredit zur Verfügung gestellt haben, den bürgerlichen Bankerott, und namentlich unter diesem Gesichtspunkte konnte der Parteivorstand seine Hilfe nicht versagen. Ohne eine lebendige Agitation können wir nicht existiren,

und wenn die Presse zusammenfällt, schwindet nicht blos der öffentliche Ausdruck unserer Meinung, sondern auch das Zutrauen der Masse zu unserer Bewegung. Es ist auch zu beachten, daß unsere Presse fast durchgängig ohne das nöthige Betriebskapital betrieben wird. Bis zu einem gewissen Grade ist diese finanzielle Unterstützung aus allgemeinen Parteimitteln eine industrielle Anlage, die sich in einer gewissen Zukunft ganz gut rentirt, wenn man nur nicht gezwungen ist, auf die augenblickliche Rentirung rechnen zu müssen. Ein treffliches Beispiel hierfür bietet unser elsässisches Parteiorgan. Früher erforderte es einen regelmäßigen Zuschuß; in den letzten Monaten hat der Zuschuß aufgehört, das Blatt ist heute in der Lage, aus eigenen Mitteln zu existiren. (Beifall.) Natürlich ist nun auch von dem Augenblicke an, wo die tägliche Noth schwand, die Zuversicht schon soweit gestiegen, daß man sich dort mit dem Gedanken der Umwandlung in ein Tageblatt trägt. Das ist aber die Klippe, woran häufig unsere Preß-Unternehmungen scheitern. Oft liegen die Verhältnisse so, daß ein drei Mal wöchentlich erscheinendes Blatt sehr wohl gehalten werden kann, ein täglich erscheinendes Blatt aber nicht. Wir können nur den Genossen den Rath geben, sich dort, wo ein Blatt drei Mal wöchentlich erscheint, damit zu begnügen und lieber den Inhalt reichlicher zu gestalten, den Stab der Mitarbeiter zu vergrößern u. dgl., als zu einem täglich erscheinenden Blatte überzugehen. In anderen Fällen wieder treten die Genossen an Blattgründungen mit den überschwänglichsten Hoffnungen heran. In Magdeburg z. B. — und ähnlich war es beim „Volksblatt für Teltow-Beeskow“ — glaubte man 16, 18, 20 Tausend Abonnenten zu bekommen. Man baute auf dieser Zahl das Blatt auf. Die Zahl kam nicht, das Blatt hatte Unterbilanz und so trat die Frage der Unterstützung an den Vorstand heran. Man darf auch nicht übersehen, daß in manchen Städten, wie gerade in Magdeburg, die Polizei- und sonstigen Staatsbehörden Verfolgungen über Verfolgungen über unsere Presse ergehen ließen, an denen jedes täglich erscheinende Blatt verbluten muß.—Für eine ganze Anzahl unserer Parteiblätter kommen auch die Schwierigkeiten der Verbreitung in Betracht. Namentlich in den Landbezirken haben wir in einer ganzen Reihe von Orten garnicht die Möglichkeit der Verbreitung, da sich Personen zum Austragen bei dem Terrorismus der Großgrundbesitzer und der Sicherheit ihrer Existenzvernichtung nur selten oder garnicht finden, die Verbreitung also nur erfolgen könnte, wenn wir Genossen finanziell unabhängig ausstatten könnten. In dieser Beziehung herrschen namentlich auch im Saarrevier Zustände, wie sie nicht schlimmer waren unter dem Ausnahmegesetz. Wie damals die Polizei, so gehen jetzt Unternehmer, Fabrikanten, Pfaffen, kurz die Gegner insgesammt gegen den Genossen vor; sie boykotten ihn, sie

ruhen und rasten nicht, bis sie den Mann, der die Verbreitung übernommen hat, ruinirt haben. Auch diese Verhältnisse müssen den Genossen draußen, die sich mit dem Gedanken der Gründung neuer Blätter und der Vergrößerung bestehender tragen, immer wieder vor Augen geführt werden.

Diese allgemeinen Ausführungen glaubte ich dem Bericht zufügen zu sollen. An Ihnen ist es jetzt, die Kritik zu üben, die Sie für angebracht halten. Mögen Irrthümer begangen worden sein, wir haben uns lediglich von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen der Partei in jedem einzelnen Falle, sei es der Bewilligung, sei es der Verweigerung, am besten zu wahren.

Im Anschluß hieran erfolgt sofort gemäß Punkt 2 der Tagesordnung der

Bericht der Kontroleure.

Derselbe wird erstattet durch

August Kaden: Wie bereits im Bericht des Partei-Vorstandes gemeldet, wurde von den Kontroleuren sofort nach ihrer Wahl in Erfurt beschlossen, daß dieselben nur bei ganz außerordentlich wichtigen Angelegenheiten in Gemeinschaft zusammentreten sollten. Mir wurde übertragen, die einlaufenden Beschwerden anzunehmen und sie den übrigen Kontroleuren zu unterbreiten. Jeder Kontroleur hat in Folge dieser Vereinbarung Abschrift der eingegangenen Beschwerden zugeschickt erhalten. In die parteigenössischen Kreise hat sich nun der ganz bedeutende Irrthum eingeschlichen, daß man glaubt, anläßlich jeder Streitigkeit oder Unzufriedenheit mit dem oder jenem Genossen eine direkte Beschwerde an die Beschwerde-Kommission richten zu müssen. Diese Beschwerde-Kommission ist nur vorhanden für Beschwerden, welche sich gegen den Vorstand richten, nicht aber für Streitigken zwischen Parteigenossen. In diesem Jahre sind vier Beschwerden eingegangen, darunter eine des Genossen Przytulski in Hamburg gegen Auer. Diese Beschwerde ist von uns garnicht angenommen worden, weil sie keine Vorstands-Angelegenheit betraf. Die weiteren drei Beschwerden haben sich direkt gegen den Parteivorstand gerichtet. Zwei davon haben sich von selbst erledigt, und es ist nicht einmal eine Beschlußfassung nothwendig gewesen, weil die Parteigenossen inzwischen zur Einsicht gekommen waren, daß die Beschwerden nicht begründet waren, während eine Beschwerde von Seiten Kölns nach Lage der vorliegenden Akten abgewiesen wurde, später aber, nachdem die Kölner Genossen weiteres Beweismaterial eingereicht hatten, kurz vor diesem Parteitage von uns dahin entschieden wurde, daß in diesem Falle der Vorstand nicht ganz korrekt gehandelt habe, ein Irrthum in der Sache aber nicht ausgeschlossen war.

Die Kasse ist vierteljährlich revidirt worden, und etwa 14 Tage vor dem Parteitage sind die gesammten Kontroleure in der Wohnung

des Kassires zusammengekommen, haben Bücher, Kassenbelege u. s. w. geprüft und Alles in vollster Ordnung gefunden. Auffällig war den Kontroleuren die hohen Summen, welche von Seiten des Vorstandes an die einzelnen Zeitungen bewilligt worden sind. Ich beantrage dem Parteikassirer Decharge zu ertheilen.

Zur besonderen Berichterstattung über den „Vorwärts“ und die Partei-Buchhandlung erhält darauf das Wort

Bebel: Parteigenossen! Unbeschadet der Interpellationen, welche zweifellos auf Grund des Kassenberichtes erfolgen werden, sehe ich mich veranlaßt, hier über die Geschäftsgebahrung des „Vorwärts“ ein ausführliches Referat zu geben, weil die in dem Geschäftsbericht gegebene Rechenschaft eine eingehende nicht ist und nicht sein kann. Die Abrechnung, wie sie hier vorliegt, erfolgt regelmäßig nach Schluß jeden Quartals vom „Vorwärts“ an den Vorstand, worauf ein Mitglied des Vorstandes als Dezernent für den „Vorwärts“ zu prüfen hat, ob die angeführten Ausgaben und Einnahmen einestheils mit den Büchern, andererseits mit den Beschlüssen und Vereinbarungen stimmen, welche der Vorstand Namens der Partei mit dem Inhaber der Druckerei u. s. w. abgeschlossen hat. In der letzten Zeit ist ja über die Höhe der Gehälter der Redakteure und des Beamtenpersonals, sowie über die gesammten Herstellungskosten des „Vorwärts“ in der Oeffentlichkeit gestritten worden. Der „Vorwärts“, welcher seit dem 1. April 1884 als „Berliner Volksblatt“ erschien, hat, das will ich vorweg bemerken, so lange er als Parteiblatt erscheint, regelmäßig tarifmäßige Sätze bezahlt. Ich betone das namentlich auch gegenüber den Verdächtigungen, welche in dem „Sozialist“ enthalten gewesen sind. Was vor dem 1. April 1884 in der Druckerei von Max Bading vorgegangen ist, hat für uns insofern kein Interesse, als die Partei bis dahin keinerlei geschäftliche Beziehungen zu ihr hatte. Auf Grund von persönlich meinerseits vorgenommener Einsicht kann ich aber erklären, daß bereits sechs Monate früher, vom 1. September 1883 an, tarifmäßige Sätze bezahlt wurden, von dem Augenblicke an nämlich, wo innerhalb der Buchdruckerbewegung eine Einigung zu Stande kam, während durch mehrere Jahre zuvor keine tarifmäßige Verständigung bestand. Als im vorigen Jahre die Buchdruckerbewegung auftrat und die Buchdrucker neue Forderungen an die Prinzipale stellten, hat der Vorstand sofort erklärt, Bading sei verpflichtet, diesen Forderungen zu entsprechen und die Mehrkosten, gleichviel wie hoch sie seien, zu bezahlen. Dem entsprechend ist verfahren worden; die Mehrkosten, die nach dem neuen Tarif, den übrigens bekanntlich nur ein ganz kleiner Theil der Druckereien bewilligt hat, erforderlich wurden, betragen jährlich ca. 9000 M.

Ein Organ, wie der „Vorwärts“, kann nun nicht mit den Mitteln arbeiten wie die Provinzialpresse leider in der Mehrzahl

zu arbeiten genöthigt ist. Aus dem Rechenschafts- und Kassenbericht ersehen Sie, wie ganz enorme Mittel wir an die Parteipresse zu bewilligen genöthigt waren, wenn dieselbe nicht mehr oder weniger dem Untergang geweiht werden sollte. Immerhin aber spielt diese Ausgabe eine verhältnißmäßig unbedeutende Rolle gegenüber dem Hauptorgan. In Berlin sind sämmtliche Löhne bedeutend höher, die Miethen für Geschäftslokale betragen 100 Prozent mehr als in den Provinzstädten. Ebenso können die angestellten Personen in Berlin nicht mit Gehältern auskommen, welche in einer Mittel- oder Kleinstadt Deutschlands angemessen erscheinen. Die Herstellungskosten für den Satz des „Vorwärts" unter den neuen, seit einem Jahre geltenden Bedingungen belaufen sich gegenwärtig auf 80 M. pro Bogen. Die Sachverständigen in Ihrer Mitte werden feststellen können, ob ein solcher Preis nicht anständigerweise gezahlt werden muß. Der Vorstand hat bei allen Abmachungen mit Bading streng auf die Wahrung des Parteiinteresses gesehen, er hat aber auch nicht den Drücker abzugeben, sondern muß dem Verleger gegenüber dasjenige thun, was anständig ist und unter den gegenwärtigen Existenzbedingungen gefordert wird. Für 1000 Druck des „Vorwärts" werden 3 M., für das Einfalzen besonderer Beilagen pro 1000 Exemplare 1 M. berechnet. Vom Papier kostet das Kilo 25½ Pf.; dabei machen die Kosten für das Papier allein 121000 M. von der Gesammtsumme von 262000 M. aus. Danach schon kann sich wohl jeder ausrechnen, wie groß der von dem Unternehmer gezogene Nutzen sein wird. Ferner ist, offenbar in der Absicht, unter den eigenen Parteigenossen Verwirrung und Zwiespalt anzurichten, öffentlich die Frage aufgeworfen worden, wer der Eigenthümer des „Vorwärts" sei. Der Eigenthümer ist die Partei und niemand anders. Und wenn behauptet wird, daß bei der Vergebung des Druckauftrages an Bading noch mehrere Personen im Spiele sind, welche sich daran die Hände wischen und Profite bezögen, so erkläre ich alle diese Behauptungen für Lügen und Verleumdungen. Keine Person ist in dieser Weise beim „Vorwärts" irgendwie betheiligt. Einer unserer Genossen war bei der Gründung des Blattes betheiligt, nämlich Singer, und zwar insofern, als er 16—17000 M. gegeben hat für das Defizit, aber keinen Pfennig zurückbekommen oder zurückverlangt hat oder verlangen wird. (Bravo)

Der Umfang und die rasche Herstellung des Blattes erfordern Arbeitskräfte der verschiedensten Art. Der „Vorwärts" kann nicht unter fünf Redakteuren bestehen. Das Gehalt derselben stuft sich ab zwischen 2400 und 7200 M. Der erste Redakteur erhält monatlich 600, der zweite jährlich 5000, die anderen drei monatlich 275, 250 und 200 M. Außerdem ist ein Hilfsarbeiter in der Redaktion mit kleinen Nebenarbeiten für wöchentlich 25 M. beschäftigt. Nun wird ja gerade das Gehalt des ersten Redakteurs in Bezug auf

seine Höhe eine gewisse Ueberraschung hervorrufen. Wir verkennen nicht, daß eine proletarische Partei wie die unsrige ganz anders mit den Geldmitteln rechnet als andere Parteien, daß auch der an schriftstellerische Leistungen zu legende Maßstab ein ganz anderer ist; aber das Eine steht doch fest, daß die Partei die Redakteure nicht wesentlich anders produziren lassen kann, als es jetzt in der bürgerlichen Gesellschaft allgemein üblich ist. Wir können ebenso- wenig hierfür bestimmte Sätze festsetzen, als für die Arbeitslöhne überhaupt. Die von der Partei beschäftigten oder angestellten Arbeiter sollen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen in den Partei- unternehmungen genießen. Nach diesem von uns anerkannten Grundsatze müßte logischerweise auch die geistige Arbeit behandelt werden. Es soll kein Parteigeschäft hinter dem bestbezahlten bürgerlichen Geschäft zurückbleiben, und es sollte also auch kein geistiger Arbeiter unter dem bestbezahlten geistigen Arbeiter bürger- licher Art angestellt werden. Wenn wir diesen Maßstab anlegen würden, kämen wir nun freilich zu ganz anderen Summen. Nach einer mir vorliegenden Liste der Gehälter der Redakteure Berliner Blätter vom Umfange des „Vorwärts" bezieht der erste Redakteur eines konservativen Blattes 24000 M., die ersten Redakteure zweier liberaler Blätter 18000 und 15000 M. Fast ausnahmslos stehen sämmtliche ersten Redakteure nicht unter 10000 M., und auch die zweiten Redakteure werden viel besser bezahlt als bei uns. Nun haben wir einen ersten Redakteur, der seit 40 Jahren in unserer Bewegung voransteht, der eine starke Familie zu er- halten hat. Niemand wird es verübeln, daß der erste Redakteur bemüht ist, seinen Kindern diejenige Erziehung zu geben, die ihnen in Zukunft die Erringung der selbständigen Existenz möglichst er- leichtert. Was für die Miethspreise der Redaktionslokalitäten gilt, gilt ganz ebenso für die Privatwohnungen. Der nothwendige Auf- wand für die Lebensbedingungen ist also der Art, daß er mit dem gegenwärtigen Gehalt kaum auskommen kann, so unglaublich Ihnen das erscheinen wird, die Sie als Arbeiter ein um so viel geringeres Einkommen haben. Da wir nicht alle gleich veranlagt sind und das Maß der erworbenen Bildung auch einen ganz ver- schiedenen Kostenaufwand beansprucht, rechtfertigt sich auch die verschiedene Höhe der Gehälter unserer Redakteure. Der einge- gangene Antrag, daß das Maximalgehalt aller Parteibeamten 2500 Mark nicht überschreiten soll, ist einfach unannehmbar, weil er vollständig die lokalen Verhältnisse außer Acht setzt. Dazu kommt noch eins, wovon die Genossen gar keine Ahnung haben. Den Beamten und Redakteuren erwachsen Ausgaben aller Art durch Repräsentation. Namentlich in Berlin vergeht kein Tag, wo nicht Personen von auswärts in Parteiangelegenheiten zu uns kommen, denen gegenüber man Verpflichtungen hat, denen sich keiner ent-

ziehen kann. Mit Recht also können die hier in Frage stehenden Gehälter kaum bemängelt werden. Ueber das Gehalt von 5000 Mark für den zweiten Redakteur bemerke ich, daß der gegenwärtige Inhaber dieses Postens bis zu dem Augenblicke, wo er zum „Vorwärts" kam, bei einem Wochenblatte angestellt war, wo er dasselbe Gehalt bezog. Eine Kraft wie diese, welche für den „Vorwärts" absolut nothwendig war, konnte nicht geringer bezahlt werden. Die Proletarier haben — und das liegt an ihrer Lebensstellung — eben keine Ahnung, was die bürgerliche Presse ihrerseits in dieser Beziehung leistet. Wir sind hier in Berlin umlagert von Verhältnissen, die uns Rücksichten aufzwingen wie an keinem anderen Orte.

Neben dem Redaktionspersonal im „Vorwärts" besitzt derselbe eine Anzahl ständiger Mitarbeiter, hauptsächlich auswärtige, außerdem Mitarbeiter, welche zeitweilig Leitartikel liefern, im Ganzen sechs, die in der Hauptsache monatlich feste Bezüge von 25 bis 150 M. haben; ferner zwei Korrektoren mit 150 und 160 M. Zwei Korrektoren mögen für die Provinz sehr hoch erscheinen; aber da die Korrekturabeit sich auf wenige Stunden und des Abends und der Nacht zusammendrängt, kann ein einzelner Korrektor mit der Arbeit nicht fertig werden. In der Expedition sind drei Personen mit 120 bis 180 M. monatlich, außerdem zwei Hilfsarbeiter mit 18 und 24 M. wöchentlich beschäftigt. Die Partei-Buchhandlung hat vier Angestellte. Unsere Buchhandlung hat in Folge des sehr gestiegenen Umfanges ihrer Geschäftsthätigkeit im letzten Jahre einen Umsatz von über 120 000 M. gehabt. Das mag im Vergleich zu manchen großen Buchhandlungsgeschäften gering erscheinen, ist aber in Wirklichkeit ganz kolossal, wenn festgehalten wird, daß hier in der Hauptsache Broschüren vom kleinsten Umfange in Betracht kommen, deren Mehrzahl nicht über 50 Pf. pro Stück kostet. Die 120 000 M. repräsentiren also eine sehr große Menge von Schriften und einen sehr großen Arbeitsaufwand, und ohne diese vier Personen, deren Gehalt von 120 bis 200 M. steigt, und einen Hausdiener mit 24 M. wöchentlich ist nicht auszukommen. Nun ist gesagt worden, ein so bedeutender Druckauftrag, wie ihn der „Vorwärts" repräsentirt, verbunden mit den damit zusammenhängenden Druckaufträgen, wie sie die Partei zu vergeben hat, rechtfertige die Einrichtung einer eigenen Partei-Druckerei. So weit es dem Hamburger Geschäft möglich ist, Druckaufträge von uns ausführen zu können, sind wir immer bestrebt gewesen, solche dem Hamburger Geschäft zuzuweisen. Trotz seiner sehr bedeutenden Größe ist dieses aber nicht in der Lage gewesen, alle diese Aufträge auszuführen. Wie das Hamburger Geschäft verwaltet und wie über Einnahmen und Ausgaben verfügt wird, wissen ja die Hamburger Genossen genau, die durch ihre Kommission jeden Tag

und jede Stunde Gelegenheit haben, sich zu informiren. Dieses Geschäft bildet in der Partei eine Ausnahme. In Hamburg ist eine ganze Reihe günstiger Bedingungen zusammengetroffen, welche ermöglicht haben, diese Anstalt zu gründen und zu entwickeln. Das Geschäft war in Folge seiner stets wachsenden Größe genöthigt, in den letzten fünf Jahren zwei neue Häuser hinzuzukaufen, ganz gewaltige Umbauten vorzunehmen, eine Menge Neueinrichtungen zu schaffen, kurz es sind in den letzten Jahren für diese Bauten, u. a. den Bau einer zweiten großen Dampfesse, und für die Neueinrichtung u. a. der elektrischen Beleuchtung mindestens 400 000 M. aufgewendet worden, und es verstand sich also ganz von selbst, daß ein Geschäft, welches so kolossale Aufwendungen machen mußte, nicht viel Ueberschuß erbringen konnte. Wenn also jetzt zum ersten Male ein so bedeutender Posten an Einnahme aus diesem Geschäft in der Parteiabrechnung enthalten ist, so erklärt sich dies aus dem oben angeführten Grunde. Nun ist aber trotz dieser bedeutenden Vergrößerung das Hamburger Geschäft so überhäuft mit Aufträgen, daß es z. B. nicht im Stande ist, die „Neue Welt" zu drucken. In der Zeitungsnotiz, welche die Abrechnung angreift, wird erklärt, daß die Redaktion der „Neuen Welt" in einem halben Jahre 10 000 M. erhalten habe. Das wäre horrend, wenn es wahr wäre. Der Bericht erweist aber das gerade Gegentheil. Es ist kein Pfennig für die Redaktion der „Neuen Welt", es ist nur für die Redaktion des „Sonntagsblatts," welches vor der „Neuen Welt" erschien, in zwei Posten 568 und 552 M. bezahlt worden. Was sonst aufgeführt ist, sind nicht die Redaktions-, sondern die Herstellungskosten, welche Bading für die Lieferung der „Neuen Welt" bezahlen muß. Das Hamburger Geschäft ist genöthigt, die Beilage „Neue Welt", soweit sie den „Vorwärts" beigegeben wird, hier drucken zu lassen und ebenso auch an anderen Orten den Druck herstellen zu lassen, weil es diesen Auftrag nicht selbst ausführen kann. Wir unsererseits aber, die Inhaber der Geschäftsfirma, sind der Meinung, daß wir Alles aufbieten müssen, um das Hamburger Geschäft nicht noch größer werden zu lassen als es jetzt ist. Wir sind nicht der Meinung, daß eine Partei wie die unsrige, die keine Geschäftspartei, sondern eine Kampfpartei ist, sich mit einer ungeheuren Menge von Eigenthum belasten solle, welches eines Tages, wenn wieder eine Katastrophe käme, mit einem Schlage in ganz andere Taschen verschwände. (Sehr richtig!) Wir sollen uns trotz der außerordentlich günstigen Chancen der Gestaltung der Partei und der damit, natürlich in gleichem Maße wachsenden Menge von Druckaufträgen und dergleichen hüten, abermals neue Druckunternehmungen und Genossenschaften von Parteiwegen ins Leben zu rufen. Ganz abgesehen von dem Verwaltungsapparat, der damit ins Riesenhafte wüchse, wäre dann in hohem

Maße die angedeutete Gefahr vorhanden. Wir sind über den Berg nicht hinaus; ich bin im Gegentheil der Meinung, daß wir an den Berg erst herankommen. (Zustimmung.) Dann werden uns die Gegner auch mit ganz anderen Mitteln kommen als bisher, und diesen Zukunftskämpfen gegenüber werden wir uns bei Zeiten einzurichten und unser Geld lieber in der Tasche zu behalten haben, als es in Unternehmungen zu stecken, welche uns mit einem Federzuge entwunden werden könnten. Nun will ich gar nicht bestreiten, daß einer oder der andere, der lange Jahre hindurch solche großen Druckaufträge ausführt, dabei ein Vermögen gewinnen kann. Wir haben aber dagegen das Mitlel, den Privatunternehmer zu veranlassen, für die Arbeiter die möglichst günstigen Arbeitsbedingungen und für uns möglichst günstige Druck- und Herstellungspreise zu bewilligen, und da behaupte ich, daß die Sätze solche sind, die nicht als ungerechtfertigt hoch angesehen werden können. Wir haben aber keine Ursache, denjenigen Wünschen Rechnung zu tragen, welche auf den gegenwärtigen günstigen Zustand pochend, uns verleiten wollen, uns auf eigene Unternehmungen einzulassen, aus denen wir sehr unangenehm herausgeschreckt werden könnten.

In Berliner Versammlungen ist ferner gewünscht worden, man möge den gegenwärtig 3,30 Mk. betragenden Abonnementspreis für den „Vorwärts" herabsetzen. Selbstverständlich muß die Partei bemüht sein, den Genossen das Blatt so billig als möglich zu gewähren; aber sie muß sich doch auch davor hüten, für den „Vorwärts" einen Preis zu machen, mit dem man nicht mehr existiren kann, sondern Defizit macht. Diesen Fehler begeht ja ein Theil der Provinzialblätter und krankt daran. Die Genossen meinen in der Provinz, die Blätter müßten recht billig sein, so billig, wie das billigste Konkurrenzblatt. Insbesondere haben die sogenannten Generalanzeiger und ähnliche Erzeugnisse Veranlassung gegeben, die Abonnementspreise herabzusetzen. Die Parteigenossen haben dabei nur vergessen, daß bei keinem Blatte in Deutschland die Herstellungskosten durch die Abonnementseinnahmen gedeckt werden, sondern daß jedes mehrmals in der Woche erscheinende Blatt nur durch eine bedeutende Annonceneinnahme existiren kann. Den 39 497 Mark Ueberschuß stehen 65 000 Mark an Annonceneinnahmen gegenüber, und damit ist klar erwiesen, daß ohne diese oder mit einer wesentlich geringeren der „Vorwärts" keine Ueberschüsse, sondern vielmehr ein Defizit aufweisen würde. Wenn ein Generalanzeiger für 50 Pfennig monatlich ins Haus getragen wird, so ist das nur möglich wegen der kolossalen Anzahl von Annoncen, die ein solches Blatt hat, und unsere Genossen, während sie einerseits möglichst Billigkeit der Provinzialpresse fordern, sind andererseits gerade bezüglich der Annoncen die größten Rigoristen. (Zustimmung.) Sie sehen aller Orten mit der strengsten Rücksichtslosigkeit, die

einem Staatsanwalt Ehre machen würde, darauf, daß keine sog. unsittlichen oder irgend welche Geschäftskreise schädigende Annoncen aufgenommen werden. Nun bin ich wahrhaftig der Letzte, der alle Annoncen aufnehmen will. Aber es passiren doch wunderbare Dinge. Man hat dem „Vorwärts" aufgegeben, keine Lotterie-Annoncen aufzunehmen, da die Lotterie ein unsittliches Gewerbe sei, und man nicht die Parteigenossen verführen dürfe, zu spielen. Seitdem hat man solche Annoncen nicht aufgenommen und jährlich an 8—10 000 Mark für Annoncen verloren. Andererseits aber würde ein sehr großer Theil der Leser des „Vorwärts" es als ein Kardinalverbrechen ansehen, wenn er es unterließe, die Lotterie-Listen aufzunehmen. (Sehr gut! Heiterkeit.) Es scheint doch, als wenn sehr Viele spielen. (Erneute Heiterkeit.) In früherer Zeit nahm der „Vorwärts" die großen Gründer-Prospekte auf, die ihm schweres Geld einbrachten. Das war natürlich wieder eine Verletzung der Parteiprinzipien. Der Grundsatz „non olet" gilt nicht in unserer Partei, soll auch nicht gelten. Er wurde auch auf diese Annoncen ausgedehnt, obgleich ich mir ehrlich gestand, daß derjenige, welcher solche Annoncen dem „Vorwärts" schickt, sein Geld wegwirft. Denn kein Leser des „Vorwärts" fällt auf solche Annoncen hinein. Nun sind sie abgeschafft worden, und ich bin auch damit zufrieden. Aber bei diesen Grundsätzen kann selbstverständlich eine ganze Anzahl von Parteiblättern heutigen Tages auf keinen grünen Zweig kommen. Bei einem Monatsabonnement von 50—70 Pfennigen kann kein einziges ohne Defizit bestehen, wenn es nicht ganz bedeutende Einnahmen aus den Annoncen hat. Dieses werden die Parteigenossen derjenigen Orte berücksichtigen müssen, welche sehr bedeutende Zuschüsse aus der Parteikasse in den letzten Jahren erhalten haben. Ein großer Theil der Genossen läßt sich von der berühmten Broschüre Lassalle's „Die Feste, die Presse" bestimmen, welche auf den korrumpirenden Einfluß des Geschäfts-Standpunktes unserer deutschen Presse hingewiesen hat. Andererseits können wir nicht umhin, da wir nun einmal in der bürgerlichen Welt leben, auch gewissermaßen mit den bürgerlichen Wölfen zu heulen. Wir können die idealen Grundsätze der sozialistischen Gesellschaft in der heutigen bürgerlichen Welt nicht durchführen, und so ist es nothwendig, bis zu einem gewissen Grade sich diesen Dingen zu akkommodiren, um aus den Schwächen der bürgerlichen Gesellschaft einen möglichst großen Nutzen für unsere eigene Bewegung herauszuschlagen. Nach meiner Ueberzeugung wäre es in einer ganzen Anzahl von Orten bei einer anderen Geschäftsgebahrung möglich gewesen, daß wir statt Zuschüsse Ueberschüsse aus der Presse erhalten hätten. (Zustimmung.) Wir hätten damit ein Mittel mehr gehabt, um unseren energischen Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen zu können. Ist dem aber so, so ist es in der That eine Thorheit, wenn man diese

materiellen Machtmittel, welche unsere Presse bei geschickter Leitung bietet, nicht benutzt. Ich hoffe, daß die praktische Durchführung dieses Gedankens im nächsten Geschäftsbericht noch mehr zur Erscheinung kommen wird als bisher (Beifall).

Die Diskussion über die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung wird verbunden.

Emmel: Ich meine, wir können alle zufrieden sein, daß endlich mehr Klarheit gerade über die Geschäftsführung des „Vorwärts“ geschaffen wird. Es konnte nur deshalb so viel darüber geschimpft und verleumdet werden, weil man nichts Positives wußte. Die Redaktion des „Vorwärts“ giebt mir aber doch zu einer Kritik Anlaß. Die politische Rundschau des „Vorwärts“ ist nicht so, wie sie sein sollte. Wenn eine Person ständig die Redaktion der politischen Rundschau besorgt, muß sie sich einmal ausschreiben. So kommt es, daß, wer heute drei Monate lang die „Vorwärts“-Rundschau liest, dieselbe auswendig kann. Dies würde vermieden werden, wenn in der Person des Rundschauschreibers alle Viertel- oder Halbjahre gewechselt würde. Auch die „Neue Welt“ entspricht nicht den Anforderungen, die man an ein solches Blatt zu stellen berechtigt ist. (Zustimmung.) Der Roman, der jetzt in der „Neuen Welt“ steht, „Die Mittagsgöttin“, paßt absolut nicht für ein solches Blatt. Dieses Blatt ist nicht gegründet für Litteraten, Studirende und akademisch gebildete Leute. Erzählungen wie „Am Webstuhl der Zeit“ sollten darin aufgenommen werden. Weiter sind die Bilder manchmal ganz jammervoll. (Heiterkeit.) Stände nicht stets die Beschreibung dabei, so würde man nicht wissen, was gemeint ist. Wären die Bilder besser, dann könnte man die Beschreibung ersparen und dafür andere Artikel aufnehmen, z. B. belehrende Artikel über Haushaltung, Rathschläge in Krankheitsfällen u. dergl., wie sie früher in der „Neuen Welt“ standen.

Hoch-Frankfurt a. M.: Mich veranlaßt jetzt schon das Wort zu nehmen die Art und Weise, wie der Genosse Fischer den Antrag behandelt hat, welcher von den Genossen in Frankfurt a. M. zur Presse gestellt worden ist. Dieser Angriff hätte sich nicht gegen zwei Personen, sondern gegen die Frankfurter Genossen richten sollen, welche diesen Antrag gestellt haben. Hätte Schmidt oder ich die beiden Schriften schreiben können, dann wären die Frankfurter nicht zu Ihnen gekommen. Wir beide sind angestellt als Redakteure am dortigen Blatte, vollauf beschäftigt und müssen außerdem noch mündlich agitiren. Wir haben also keine Zeit, noch eine besondere Flugschrift zu verfassen. Die Frankfurter Genossen halten die vorhandene Flugschrift für zu groß und zu wenig verständlich und wünschen deshalb, daß der Vorstand eine bessere Schrift verfassen läßt. Ist das nicht möglich, so müssen wir uns bescheiden. In dem vorgelegten Antrag wird auf die Agitation großer

Werth gelegt. Ich kann den Fischer'schen Standpunkt nicht theilen: „Entweder schickt die Leute in den Reichstag oder auf die Agitation!" Es muß ein Mittelweg gefunden werden. Die Abgeordneten könnten sehr wohl ihre überschüssige Zeit für die Agitaton verwenden. Um übrigens Klarheit darüber zu schaffen, wie viel Schriften und Redner verlangt und geleistet worden sind, um uns ein Urtheil bilden zu können, ob der Vorstand richtig gehandelt hat oder nicht, beantrage ich, der Parteitag wolle beschließen:

„In dem Bericht des Partei-Vorstandes ist für die Zukunft anzugeben: eine genaue nach Wahlkreisen geordnete Tabelle der erstens auf Veranlassung des Partei-Vorstandes abgehaltenen Versammlungen nebst Namen der Referenten, und zweitens der gratis verschickten Schriften. Außerdem ist die Zahl derjenigen Wahlkreise mit Namen anzuführen, deren Anforderungen nicht erfüllt werden konnten, nebst den Gründen hierfür."

Johannes-Leipzig: Ich habe Namens der Parteigenossen des Wahlkreises Leipzig Klage zu führen in Bezug auf die Lieferung von Flugblättern seitens des Partei-Vorstandes. Einmal entspricht das gesandte Flugblatt absolut nicht den dortigen Verhältnissen. Doch darüber läßt sich streiten. Wichtiger ist der Uebelstand, daß die Zahl der gesandten Flugblätter eine viel zu geringe war. Es sind dem Vertrauensmann nicht, wie gewünscht war, 20 000, sondern nur 1000 Exemplare gesandt worden. Es wurde allerdings mitgetheilt, daß man davon absehe, eine so große Anzahl von Flugblättern zu senden, weil man nicht wünsche, eine große Anzahl Makulatur drucken zu lassen. Daß diese Auffassung eine irrige war, beweist, daß die Parteigenossen von Leipzig 14 Tage später 15 000 Flugblätter auf eigene Kosten drucken ließen, und daß von diesen nichts übrig blieb. In Bitterfeld allein wohnen 10 000 Einwohner, und es handelte sich im ganzen um 42 Ortschaften. Es ist also der Wunsch begründet, daß in Zukunft der Partei-Vorstand etwas mehr Rücksicht auf die Wünsche der Vertrauensmänner nimmt.

Grünwald-Hamburg: Wie Ihnen bekannt, hat die Kontrol-Kommission die Beschwerde des Genossen Przytulski zurückgewiesen, weil dies eine Privatangelegenheit wäre, welche zwischen den Genossen Auer und Przytulski abzumachen wäre. Es handelt sich durchaus um eine offizielle Angelegenheit, weil Auer als Sekretär des Partei-Vorstandes vor Przytulski als einem Polizeispitzel gewarnt hat. Das ist der schwerste Vorwurf, den man gegen einen ehrlichen Genossen erheben kann. Wir Hamburger Genossen kennen Przytulski aus der schwersten Zeit, dem Anfang des Sozialistengesetzes, und wissen ganz genau, daß, wenn Przytulski ein schlechter Mensch wäre, er hundert und tausendmal Gelegenheit gehabt hätte, ein ganz anderes Unheil anzurichten, als was ihm jetzt nachgesagt wird.

Ich beantrage, eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, um die Sache des Przytulski sofort zu untersuchen und die Entscheidung dem Parteitage zu unterbreiten.

Was die Bezahlung der Redakteure betrifft, so wünsche ich bei aller Rücksicht auf den einmal bestehenden Klassenstaat, daß man nicht nach oben zu hoch und nach unten zu tief gehe. Ich höre, daß die Arbeiter in der Expedition des „Vorwärts" mit 18—24 Mk. wöchentlich bezahlt werden. In einer Stadt wie Berlin muß jeder Arbeiter mindestens 30 Mark erhalten. Ich bitte, daß der Parteitag auch hierzu eventuell Stellung nimmt.

In Bezug auf die Agitation wäre es am besten, wenn man von einem Zentralpunkte, der großen Stadt aus, eine Agitation über das flache Land entwickelte. Es ist bedauerlich, daß die Genossen in Kassel nicht allein im Stande waren, den Genossen Pfannkuch dort festzuhalten. Wir in Hamburg versorgen die Provinz Schleswig-Holstein, Hannover und einen Theil Mecklenburgs mit Agitatoren. Ich betone nochmals: zunächst provinzielle und lokale Agitation und in zweiter Linie Eingreifen der Zentralleitung.

Ullenbaum-Elberfeld: Daß es der Partei-Vorstand nicht allen recht machen kann, ist erklärlich. Ich hätte aber gewünscht, daß Fischer über die Thätigkeit des Partei-Vorstandes zur Maifeier sich verbreitet hätte. Wir in Elberfeld müssen uns entschieden gegen die Maifestzeichen erklären. (Zustimmung.) Der Partei-Vorstand hätte unsere Genossen im Lande mit solchem Blech verschonen sollen. (Sehr richtig!) Denn etwas anderes war es doch nicht. Die 500 oder 1000 Mark Ueberschuß hätte man auf andere Weise viel leichter herausschlagen können. Auch ich wünsche, daß der Partei-Vorstand etwas mehr Obacht auf die Redaktion der „Neuen Welt" gebe. Die „Neue Welt" hat die gehegten Erwartungen durchaus nicht erfüllt. Wir hatten gehofft, sie würde in dem Sinne redigirt werden, wie es 1876, 1877 und 1878 geschehen ist. Dann hätten wir auch gewünscht, daß der Partei-Vorstand sich mit der Herausgabe einer Jugendlitteratur befaßt hätte. Möchte er das Versäumte im nächsten Jahre nachholen!

Schmidt-Friedberg: Schon die beiden vorangegangenen Parteitage haben die Nothwendigkeit der Landagitation betont und bestimmte Beschlüsse gefaßt. Fischer hat die Sache so abzuschlenkern gewußt, daß man sich kaum getraut, mit weiteren derartigen Anträgen hervorzutreten. Trotzdem habe ich meinen Mandanten versprochen, einen bezüglichen Antrag zu unterstützen. Den Gegnern können wir nur in der mündlichen Agitation wirksam entgegentreten und zwar mit Hilfe bedeutender Redner, welche zum Besuch der Versammlungen anregen. Nicht der Redner wegen, sondern der Gegner wegen verlangen wir bedeutende Kräfte.

Hengsbach-Köln: Wir sind in Köln gleichfalls der Ansicht, daß seitens der Parteileitung inbezug auf die Agitation etwas mehr hätte geschehen können. Es brauchen nicht gerade immer die Bebel, Liebknecht und Singer zu sein, welche man auf das Land schickt. Freilich hätten wir gewünscht, daß Bebel nach Köln gekommen wäre, da doch in Köln seine Wiege gestanden hat, er lange Jahre für Köln kandidirt hat und dort sehr viel auf ihn gehalten wird. Wir dürfen uns also über eine gewisse Stiefmütterlichkeit beschweren. Eine regere Agitation in Köln ist um so nothwendiger, als wir uns in der schwärzesten Ecke von Deutschland befinden, wo das Zentrum dominirt. Wenn man den starken Thurm des Zentrums ins Wackeln bringen will, dann muß man auch Thaten zeigen. Der Rednermangel, von dem Fischer sprach, ist doch nicht so bedeutend. In Berlin ist es doch leichter zu agitiren als in dem schwarzen Rheinland. Ich möchte beantragen, der Parteitag möge anerkennen, daß in Zukunft etwas mehr für die Veranstaltung von Agitationstouren geschehen möge als bisher, namentlich im Rheinland, wo wir mit der Agitation der katholischen Arbeitervereine u. s. w. zu kämpfen haben.

Pfundt (6. sächs. W.-K.): In allen einzelnen Ländern und Staaten Deutschlands sind Agitationstouren gemacht worden, bloß nicht nach dem herrlichen Königreich Sachsen. Ich habe die Pflicht, im Namen des 6. sächsischen Wahlkreises den Wunsch auszusprechen, die Parteileitung möge die Ausführung der Beschlüsse des vorigen Parteitages inbezug auf die Landagitation etwas mehr betreiben. Ich habe schon vor 7 Monaten an die Parteileitung um Zusendung eines Redners geschrieben — es sollte eigentlich Singer kommen — aber auf eine bestimmte Person verzichtet.

Wilke-Ruppin-Templin: Man kann nicht immer Singers, Bebels und Liebknechts zur Agitation schicken. Deshalb muß man dafür sorgen, daß die Agitation möglichst vertheilt wird durch eine geschickte Provinzialagitation. Auf diese Weise kann man am besten den Partei-Vorstand entlasten. Inbezug auf die Presse sollte auf die Kontrole seitens der Lokalvorstände besonders Gewicht gelegt werden. Auf die Maifestzeichen werden wir wohl in Zukunft verzichten können. (Beifall.)

Wartmann-Friedrichshagen: Auf die mündliche Agitation muß das größte Gewicht gelegt werden. Unter den heutigen mißlichen Verhältnissen ist nicht einmal jeder im Stande, eine Zeitung zu lesen und zu verstehen. Die Maifestzeichen mögen für die Zukunft wegbleiben. Der „Vorwärts" sollte sich einer präziseren Berichterstattung befleißigen. Zum Beweis für seine Beschwerde verliest Redner den Wortlaut einer Einsendung, die dem „Vorwärts" zuging, und den vom „Vorwärts" daraus gebrachten Auszug, die Versammlung gibt indeß durch Zurufe zu verstehen, daß die Redaktion richtig gehandelt habe.

Kiesel-Berlin: Ich bin weit entfernt, unserem Genossen Liebknecht sein Gehalt schmälern zu wollen. Aber auch ich glaube, daß die unteren Beamten des „Vorwärts" zu niedrig bezahlt werden. Der Parteisekretär Fischer läßt unseren Genossen im Lande im allgemeinen nicht die Behandlung zu Theil werden, die von ihnen gewünscht wird. Er ist nicht so nett, wie er eigentlich sein sollte. (Heiterkeit.)

Schumann-Herford-Halle: Sachsen, das Eldorado der Intelligenz, wo es so viele Redner giebt, braucht doch keine auswärtigen Redner, und es ist komisch, eine solche Klage von einem Sachsen zu hören. Viel mehr Grund zur Klage haben wir in Halle. Redner beschwert sich über Molkenbuhr und Schumacher, die aus ungenügenden Gründen nicht zur Agitation für die am 1. September stattgefundene Reichstagsersatzwahl im Kreise erschienen seien. Eine präzisere Berichterstattung der Presse wünsche auch ich. Wir haben in der Provinz sehr viel darunter zu leiden, daß die gegnerischen Blätter die Vorgänge in Bezug auf die „Unabhängigen" ausposaunen und aufbauschen, und wir darauf nicht antworten können, weil wir aus dem Berliner „Vorwärts" nicht genau informiert sind.

Klees-Magdeburg: Magdeburg ist gewissermaßen der Spucknapf für diejenigen Berliner, welche seinerzeit aus der Partei ausgetreten sind. Diese habe nun das Gehalt des Chefredakteurs des „Vorwärts" als Kampfmittel gegen die Parteileitung benutzt. Die älteren Genossen werden sich erinnern, daß seinerzeit auf dem Einigungs-Kongreß der Redakteur gewählt und ihm ein Gehalt festgesetzt worden ist. Vielleicht könnte der Parteitag heute einen gleichen Antrag annehmen. Ich will das Gehalt des Genossen Liebknecht nicht als zu hoch bemängeln, aber ich meine, daß wir durch die Annahme eines solchen Antrages der Agitation jener Herren einfach die Spitze abbrechen würden. Jeder agitatorisch oder schriftstellerisch thätige Parteigenosse hat größere Mittel nöthig, als die anderen. Bezüglich der „Neuen Welt" schließen sich die Magdeburger Genossen dem Elberfelder Antrag an. Ueber Mangel an Agitatoren wird schon seit 25 Jahren geklagt. Diese Klagen sind zum Theil insofern unberechtigt, weil manche Orte das Gute, was in ihrer Nähe ist, nicht schätzen, sondern das Bestreben haben, sogenannte Paradepferde zu gewinnen. (Heiterkeit.) Für besoldete Agitatoren bin ich nach meinen Erfahrungen grundsätzlich nicht. Namentlich in der Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten hat man früher vielfach Fehlgriffe gethan, und die besoldeten Agitatoren haben hinterher der Bewegung mehr geschadet als genützt. — Man hat über unseren Genossen Auer geklagt. Ich bin schon lange mit Auer bekannt, aber ich muß gestehen, daß Auer ein Engel ist gegen den früheren Parteisekretär York. (Große Heiterkeit.) Auer verkehrt eben mit Hunderten, und da kann die Abfertigung nur eine kurze und sachliche sein.

Frantzen-München-Gladbach: Nachdem Bebel auf dem Parteitag zu Halle dem Zentrum gleichsam offiziell den Krieg erklärt hat, ist wohl die Frage berechtigt, was seitens der Parteileitung innerhalb dieser zwei Jahre gegen das Zentrum geschehen ist. Wir halten ja unseren Genossen Bebel für einen sehr großen Strategen und Meister der Taktik, aber Kriegserklärung und Sieg sind zwei verschiedene Dinge. Und wenn wir die neuere Taktik des Zentrums, die verzweifelten Anstrengungen gerade dort unten am schwarzen Rhein sehen, seinen jetzigen Besitzstand zu erhalten, wenn wir beobachten, wie das Zentrum seine Knüppelgarde mobil gemacht hat, — ich erinnere an Forst bei Aachen und München-Gladbach — dann ist jene Frage wohl berechtigt. Die Genossen am Orte sind in den seltensten Fällen in der Lage, aus eigener Kraft dagegen Front zu machen, weil die schwarze Polizei viel intensiver wirkt als die kaiserlich-königliche. Wenn meine Worte dazu beitrügen, die Parteileitung zu veranlassen, einen energischen Vorstoß gegen den Thurm des Zentrums zu machen, dann wären wir vollauf befriedigt. (Beifall.)

Drescher-Berlin ist mit der bisherigen Regelung des Unterstützungswesens einverstanden, hält aber Vorsicht und gewissenhafte Berichterstattung an den Partei-Vorstand für geboten. In Bezug auf das Annoncenwesen theilt er den Standpunkt Bebels, warnt aber vor der Aufnahme von Annoncen, die der Schund- und Schmutzkonkurrenz Vorschub leisten.

Beims-Goslar: Ich muß mich darüber beschweren, daß von Seiten der Parteileitung manchmal in Bezug auf die Beantwortung irgend eines Unterstützungsgesuches oder sonst irgend einer Sache in einer Weise geantwortet wird, die sich von derjenigen eines preußischen Unteroffiziers nur sehr wenig unterscheidet. Man behandelt manchmal die Sachen so schablonenhaft und in einem so büreaukratischen Stil, daß die Genossen sich dadurch verletzt fühlen müssen. Ich bin mit Fischer einverstanden, daß manches Unterstützungsgesuch zurückgewiesen werden muß, weiß aber, daß manchmal den Sachen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt und ihnen nicht genug auf den Grund gegangen wird. Das Verlangen der Genossen, immer Reichstagsabgeordnete zu haben, ist vielfach ein ungerechtfertigtes. Der Partei-Vorstand als solcher kann dem Personenkultus nur sehr wenig entgegentreten. Viel mehr vermögen es die Genossen am Ort. In Bezug auf die Auswahl der Redner stehe ich auf dem Standpunkt von Klees.

Hoffmann-Zeitz: Wenn dutzendweise die Anträge kommen, daß Reichstagsabgeordnete im Lande agitiren sollen, so beweist dies, daß im Reiche die Meinung stark vertreten ist, bei unwichtigen Debatten im Reichstag wäre es besser, wenn nur einige unserer Abgeordneten dort säßen und die anderen zur Agitation auf das

Land kämen. Wenn immer sogenannte Primadonnen (Heiterkeit) als Parteiredner verlangt werden, so ist das ganz erklärlich. Man will damit keinen Personenkultus treiben, sondern hat das Bedürfniß, durch solche Redner die indifferenten Massen aufzurütteln; ein zweites Mal hört man denn auch eine minder bedeutungsvolle Rede an. Den Preis der Blätter dürfen wir nicht zu hoch stellen mit Rücksicht auf die Konkurrenz. Wenn der Arbeiter mehr als 50 Pfennig pro Quartal für seine Zeitung zahlen soll, dann verzichtet er auf das Abonnement. Uebrigens können wir Zeitz in Bezug auf die Abonnentenzahl größerer Städte als Muster hinstellen. Zeitz hat 2500 sozialistische Stimmen abgegeben, und die Abonnentenzahl beträgt 1700! — Daß die Gehälter im „Vorwärts" Aufsehen erregt haben, kann nicht Wunder nehmen, wenn man die Provinzialpresse in Vergleich zieht. Es ist angenehmer, Hausdiener im „Vorwärts" zu sein, als Chefredakteur an einer Provinzialzeitung mit 30 Mark wöchentlich und noch dazu mit der Verantwortung. (Sehr richtig!)

Die Maifestzeichen haben allerdings niemand befriedigt, und die einzige Entschuldigung für sie ist, daß sie aus der bekannten Spielwaarenstadt Nürnberg gekommen sind. Was die Landagitation betrifft, so kann ich versichern, daß man auf dem Lande nach dem freien Wort lechzt, ohne daß diesem Wunsche genügend nachgekommen wird. Man hat provinzielle Agitationskomitees vorgeschlagen. Ja, womit sollen sie arbeiten? Sie haben meist wenig Mittel in Händen. Die Mittel müssen entschieden von Parteiwegen bewilligt werden. (Beifall.)

Storch-Randow-Greifenhagen: Gegenüber den Prophezeiungen unserer Gegner im Reichstag, daß Hinterpommern kein Boden sei, in dem der Same der Sozialdemokratie gedeihen könne, kann ich konstatiren, daß wir dort schöne Fortschritte gemacht haben. Wir haben in Kammin gutbesuchte Versammlungen mit 4—500 Personen abhalten können und haben selbst in Pyritz 7,80 M. nur für Entree eingenommen. Bezüglich der Referenten glaube ich sagen zu müssen, daß unsere Reichstagsabgeordneten wegen ihrer langjährigen Thätigkeit im Parlament die populäre Sprache verloren haben, sich nur mit der Sprache der höheren Diplomatie befassen (Heiterkeit) und sich für die Landagitation allerdings schlecht eignen. Selbst Bebel würde in Hinterpommern nicht solchen Anklang finden wie einer, der Land und Leute kennt. Die Presse zu unterstützen, ist unsere erste Pflicht. Man wünscht bei uns in Stettin unser kleines Blättchen zu vergrößern und öfter erscheinen zu lassen. Dazu brauchen wir aber einen größeren Zuschuß von Seiten der Partei. Ich freue mich, daß die Parteileitung unsere vorjährige Klage, daß man Pommern nicht mit genügendem Agitationsmaterial unterstützt, berücksichtigt hat. Wir vermissen aber in dem Bericht

im allgemeinen, wie viel Material der Partei-Vorstand versandt hat. Was die Aufnahme von Annoncen betrifft, so wünschte ich, der Parteitag erklärte, daß Annoncen, welche zum Besuch eines Lokals auffordern, welches von Seiten der Parteigenossen boykottirt worden ist, in unserem Parteiorgan keine Aufnahme finden dürfen.

Hierauf wird die weitere Verhandlung um 1 Uhr bis Nachmittag 3 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Als Schriftführer fungiren Löwenstein, Feldmann und Hülle.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort der schwedische Genosse

Axel Danielson: Parteigenossen! Die junge schwedische Sozialdemokratie sendet durch mich ihre herzlichen Grüße an den Parteitag der mächtigen deutschen Arbeiterpartei, die wir Schweden als unsere Mutterpartei betrachten. Wir sind überzeugt, daß die Verhandlungen und Beschlüsse dieses Kongresses die sozialdemokratische Bewegung in der ganzen Welt, am meisten aber doch unter den germanischen Brudervölkern mächtig befördern werde. (Beifall.)

Es sind wiederum eine Reihe von Begrüßungszuschriften und Telegrammen eingegangen.

Namens der Mandatsprüfungskommission erstattet darauf Bericht

Meist-Köln: Es sind auf dem Parteitage 232 Delegirte mit Mandaten anwesend. Von diesen Mandaten hat die Kommission drei beanstandet und eins für ungiltig erklärt, so daß 228 Delegirte auf Grund dieser Prüfung vollgiltig hier anwesend wären. Diesen schließen sich die Vertreter der Fraktion an, die auf Grund unseres Organisationsstatuts dem Parteitage beiwohnen können und ebenso die Beamten des Partei-Vorstandes. Von den 228 Delegirten sind 199 mit einem, 16 mit zwei, 4 mit drei, 3 mit vier und einer mit fünf Mandaten ausgestattet. Wir haben für ungiltig erklärt das Mandat des Genossen Otto Gresse, Vertreter für Wittenberg-Schweidnitz und Torgau-Liebenwerda. Dieses Mandat ist in einer Berliner Versammlung der sogenannten Landsmannschaften zu Stande gekommen und von der Kommission für ungiltig erklärt worden, weil ein ganz gefährliches Präjudiz geschaffen würde, wenn von Seiten der in Berlin anwesenden Genossen aus den verschiedensten Landestheilen Deutschlands jeder beliebige Ort sich hier auf dem Parteitage könnte vertreten lassen. (Zustimmung.) Beanstandet ist zunächst das Mandat des Genossen Thierbach für Prenzlau-Angermünde. Es ist ausgestellt von den Vertrauensleuten mit der ausdrücklichen

Motivirung, daß in Schwedt keine öffentliche Versammlung hätte stattfinden können. Der Kommission ist mitgetheilt worden, daß in Schwedt eine Versammlung doch hätte stattfinden können, und deshalb beanstandet sie das Mandat, die Entscheidung dem Parteitage überlassend. Ferner beanstandet sie das Mandat von Karl Wahlen und Georg Schumacher für Solingen. Vom Kreise Solingen sind außer diesen beiden Vertretern noch drei andere vorher in einer nach Vereinbarung der Vertrauensleute in Ohligs abgehaltenen Versammlung Gewählte hier. Nach § 9 des Organisationsstatuts soll jeder Kreis nur drei Delegirte haben. Die Kommission nimmt an, daß die Abhaltung der Versammlung in Ohligs den Genossen hinlänglich durch die „Bergische Arbeiterstimme" bekannt geworden war und daß es Schumacher und den anderen möglich gewesen sei, sich daran zu betheiligen. Statt dessen ist einige Wochen später von dieser Seite an einem anderen Ende des Kreises eine Versammlung berufen worden, die die Beschlüsse von Ohligs für null und nichtig erklärt hat. Die Kommission sieht die erste Versammlung als die kompetente an, hält die drei von ihr gewählten Delegirten für legitimirt und beanstandet die beiden anderen. Da Schumacher Abgeordneter ist, hat er ohnehin das Recht, auf dem Parteitage zu erscheinen. Der Kommission ist aus Offenbach-Dieburg ein Protest gegen die Wahl des Genossen Zaffke überreicht worden, weil aus diesem Kreise trotz vorhergegangenem Beschlusse, nur einen Delegirten zu wählen, jetzt zwei hierher geschickt sind. Wir können das Erscheinen des zweiten nicht beanstanden, halten aber allerdings dafür, daß auf Grund unseres demokratischen Prinzips die Minorität sich der Majorität unterzuordnen hatte, weil nur dadurch in Zukunft dergleichen Vorkommnisse zu vermeiden sind.

Die Diskussion wird zunächst über den Kommissionsantrag auf Ungiltigerklärung des Mandats des Genossen Gresse eröffnet. Nach einer Erklärung Gresse's und Befürwortung des Antrages der Mandatsprüfungskommission durch Metzner und Reißhaus wird das Mandat Gresse mit großer Mehrheit für ungiltig erklärt.

Zur Frage der Giltigkeit des Mandats von Thierbach ist dem Bureau ein Brief überreicht, woraus hervorgeht, daß Thierbach vor 4 Wochen von dem Vertrauensmann in Schwedt a. O. einen Brief des Inhalts erhalten hat, daß jener im Verein mit den Vertrauensmännern von Oderberg und Prenzlau ihm das Mandat ertheilt habe.

Das Mandat Thierbach's wird nach Probe und Gegenprobe für ungiltig erklärt, nachdem Salomon-Wriezen und Antrick-Berlin für die Ungiltigerklärung gesprochen, und Thierbach für die Rechtmäßigkeit desselben eingetreten war.

Zu der Frage der Giltigkeit der Solinger Mandate stellt

Auer den Antrag, in Berücksichtigung des Umstandes, daß im Kreise Solingen Differenzen bestehen, die 3 in Ohligs gewählten Delegirten aber zu den Gegnern des Genossen Schumacher gehören, während der Genosse Wahlen die Anhänger Schumacher's vertritt, für diesen Fall den Genossen Wahlen als Delegirten anzuerkennen.

In der Diskussion, an der Auer, Schumacher, Hoffmann, Slomke theilnehmen, stellt Hoffmann-Zeitz den Antrag, die Mandate für Schumacher und Wahlen für ungiltig zu erklären, den Genossen Wahlen aber zu ersuchen, am Parteitage anwesend zu bleiben, um bei Behandlung der Angelegenheit Schumacher gehört werden zu können. Auer schließt sich diesem Antrage an, derselbe wird angenommen und sind demnach die Mandate Schumacher und Wahlen für ungiltig erklärt.

Vorsitzender Singer spricht die Hoffnung aus, daß Genosse Wahlen dem Wunsche des Parteitages nachkommen wird.

Ueber seine Wahl zum Delegirten für Offenbach giebt Genosse Zaffke Aufklärung. Galm-Offenbach-Dieburg bestreitet die Richtigkeit dieser Darstellung und beantragt Ungiltigerklärung des Mandats Zaffke.

Der Antrag findet nicht die nöthige Unterstützung, das Mandat von Zaffke bleibt also unangefochten. Damit ist die Mandatsprüfung beendet.

Dr. Diederich-Dortmund beantragt, den Antrag von Parteigenossen aus dem Wahlkreise Solingen auf Ausschluß Schumacher's aus der Reichstagsfraktion sofort zur Berathung und Erledigung zu stellen. Gegen diesen Antrag sprechen sich eine Reihe Redner aus; Reißhaus-Erfurt beantragt Einsetzung einer Kommission, womit Schumacher sich unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß der gegen ihn gerichtete Antrag vorher vor dem Forum des Parteitages begründet werde, das sei man ihm und der Partei schuldig, der er seit 20 Jahren angehöre.

Der Antrag Diederich wird zurückgezogen und nach dem Antrage Reißhaus-Grünwald beschlossen, für die Angelegenheit eine Kommission von 7 Mitgliedern niederzusetzen. Die Wahl der Kommission soll morgen vor Beginn der Sitzung erfolgen.

Hierauf wird in der Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung fortgefahren.

Hülle-Erfurt: Meiner Meinung nach giebt die Gesammthaltung des „Vorwärts" zu Ausstellungen keine Veranlassung, doch glaube ich im Sinne der Mehrheit der Delegirten zu sprechen, wenn ich sage, daß manche Fehler vorgekommen sind, die besser vermieden worden wären. Da ist zunächst die Haltung gegenüber den Frühjahrstumulten. In weiten Kreisen der Partei hat es unangenehm berührt, daß der „Vorwärts" die sämmtlichen Tumultanten in einen Topf warf mit den Ballonmützen, mit dem Lumpenproletariat. Ich

selbst stehe ja den berliner Verhältnissen zu fern, da ich in der Provinz lebe, um beurtheilen zu können, ob der „Vorwärts“ recht oder unrecht gehabt hat; aber noch heute morgen ist mir von vielen Genossen versichert worden, daß unter den Tumultanten recht ehrliche, brave Parteigenossen sich befunden haben, welche das Elend, die Noth auf die Straße getrieben hat. Was dann die Polemik betrifft, die der „Vorwärts“, gewiß gegen seinen Willen, manchmal gezwungen ist mit den „Unabhängigen“ zu führen, so wäre es wohl am Platze, diese Polemik nicht so zu führen, wie jene es thun. Ich kann sehr wohl begreifen, daß eine Redaktion wie der einzelne Mensch, der auf Reinlichkeit hält, nicht gern sich mit diesem Schmutz befaßt, den die „Unabhängigen“ fortwährend aufrühren, um ihn der ganzen Partei anzuwerfen; ich verstehe, daß das Ueberwindung kostet. Wenn aber anzuerkennen und festzustellen ist, daß die Kampfesweise Jener eine durchaus schmutzige genannt werden muß, so ist damit noch nicht gesagt, daß der „Vorwärts auf dieselbe Weise zu reagiren hat. (Sehr richtig!) Die zuerst geübte Taktik des Todtschweigens war auch unrichtig. Von den tumultarischen Versammlungen bei den letzten Stadtverordneten-Ersatzwahlen hat der „Vorwärts“ garnichts gebracht. Es war das für die Provinzpresse ein großer Uebelstand, denn sie war lediglich auf die Berichte gegnerischer Blätter angewiesen. Auch in der Angelegenheit der „Freien Volksbühne“ hat der „Vorwärts“ sehr lange geschwiegen; endlich brachte er dann einen Bericht, der aber für jede Redaktion ganz unbrauchbar war. In der Polemik gegen die „Unabhängigen“ ist auch in Einzelheiten, wie z. B. anläßlich des Gelsenkirchener Flugblattes und des seinerzeitigen Beschlusses des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegen Bebel und Liebknecht eigenthümlich verfahren worden. Solche Art der Polemik schädigt nur unsere gute Sache und sollte in Zukunft vermieden werden.

Vogs-Bromberg: Der „Vorwärts“ schadet uns in seiner jetzigen Haltung in der Provinz mehr, als man in der Hauptstadt gewahr wird. Immer müssen wir hören: „Was, uns wollt Ihr Gemüthlichkeit und Brüderlichkeit predigen, und in der Metropole liegen sich Eure Gelehrten in den Haaren! In diesem Punkte muß Abhilfe geschaffen werden. Von den Redakteuren ist erwähnt worden, daß sie neben dem Gehalt auch Repräsentationsgelder beziehen, dann werden wir wohl auch den Agitatoren gleich den Gegnern Repräsentationsgelder anweisen müssen. Bei der Besprechung der Agitation ist auch von Touren nach Ost- und Westpreußen die Rede gewesen. Wir wissen davon wenig oder garnichts. Wir hatten uns Mühe gegeben, einen Maifestredner nach Bromberg zu bekommen. Man schrieb uns vom Partei-Vorstande, es werde einer kommen, der auch nach Danzig, Königsberg u. s. w. gehen sollte. Auer sollte zur Maifeier kommen;

wir hatten sie, so gut es ging, veranstaltet, aber wer nicht kam, war der Festredner.

Bei uns liegt die Agitation noch sehr im Argen; zum Theil liegt das auch an der Sprachschwierigkeit. Da geht polnisch und deutsch durcheinander, wir haben keine Presse für die Bevölkerung. Wenn nicht bezüglich der Presse bald bessere Verhältnisse geschaffen werden, dürften wir noch lange zu thun haben, die Bewegung in Fluß zu bringen. Sie ahnen kaum, wie das Volk, besonders die Landbevölkerung, dort noch darnieder liegt. Die Gutsbesitzer in ihren Stände- und Kreishäusern können einfach alle Lasten auf den kleinen Bauer abwälzen, der muß ihnen die Wege erhalten, er muß alles thun, was jene befehlen, er hat keine Rechte, ihm hilft auch keine Beschwerde. Kurz, es sieht dort sehr traurig aus.

Auer: Dem Vorredner ist eine kleine Verwechselung passirt. Ich habe nie versprochen, nach Bromberg zu kommen, und habe deshalb auch dort eine versprochene Rede nicht zu halten brauchen; es war Riesop, der auf meine Veranlassung dort angemeldet war. Ich kann mich jetzt nicht erinnern, welche Umstände zusammengetroffen sind, daß er nicht in Bromberg hat sein können; ich weiß aber, daß Verhältnisse sich geltend machten, die zu überwinden Riesop nicht im Stande war. Im Uebrigen war ja das Bromberger Fest sehr schön, und wer weiß, ob es so schön verlaufen wäre, wenn die Genossen dort zu alle den Genüssen noch eine Festrede hätten verdauen müssen. (Heiterkeit.)

Wie seit 25 Jahren kehren, seitdem wir Parteitage, Generalversammlungen und Kongresse haben, mit absoluter Regelmäßigkeit die Klagen und Beschwerden über mangelhafte Agitation auch diesmal wieder. Weder das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, mochte der Träger Schweitzer, Becker, Hasenclever oder Tölcke sein, noch die alte Eisenacher Partei in der Zeit, wo Geib mit York oder Brake an der Spitze standen, noch die Gesammtpartei nach der Vereinigung ist davon verschont geblieben; immer wieder heißt es in diesen Reden: bei uns ist zu wenig geschehen. Das ist eine ganz relative Auffassung. Den Unternehmern, den Bourgeois und der Polizei ist es zu viel, (Heiterkeit) den Parteigenossen zu wenig. Ich schließe mich den letzteren an, auch ich wünschte, es wäre mehr gewesen; aber alle Genossen, die jetzt wieder klagen, begehen den einen Fehler, daß sie nicht angeben, wie positiv abgeholfen werden kann. Es ist ungemein billig, zu sagen: zu welchem Zweck hat man denn einen Partei-Vorstand, wenn man ihm nicht zumuthet, Alles selbst zu besorgen? Schon 1875 wurde auf dem Gothaer Kongreß ein Antrag angenommen, der Partei-Vorstand sei verpflichtet, überall agitiren zu lassen. Einen solchen Antrag sind Sie auch heute wieder zu beschließen im Begriff. Damit ist doch nichts gethan. Wenn diese ganze Rederei einen

Zweck haben soll, dann müßten doch Diejenigen, welche die Klage erheben, daß die Abgeordneten nicht genug agitirt haben, erst nachweisen, ob die genannten Abgeordneten wirklich nicht agitirt, wirklich keine Versammlungen abgehalten haben, ob sie auf der Bärenhaut lagen und thatsächlich mehr hätten agitiren können, als geschehen ist. Dieser Nachweis ist nicht zu erbringen. Die Singer, Bebel, Liebknecht, Vollmar, Grillenberger haben unendlich viel Versammlungen abgehalten, viel mehr, als ihrem persönlichen Wohlbehagen zuträglich ist, und viel mehr, als wegen der Arbeiten, welche diese selben Männer im Parteiinteresse auszuführen haben, gut und am Platze ist. Ja, heißt es, hier oder da hätte Bebel noch eine Versammlung abhalten können. Darüber sind wir ja Alle einig: nicht daran liegt es, daß Bebel nicht genug Versammlungen abgehalten hat, sondern daran, daß sich nicht einer der Genossen daran gemacht hat, ein halb Dutzend Bebels und Liebknechts fertig zu machen. (Heiterkeit.) So lange Sie das nicht thun, und das dürfte doch schwierig sein, (erneute Heiterkeit) so lange hilft alles Reden nichts. Lesen Sie doch die Blätter, zählen Sie doch die Versammlungsannoncen zusammen! Diese Erörterungen sind eben heute wie seit 25 Jahren in die Luft hineingeredet worden. Dasselbe gilt von den Wünschen, die wegen der Agitationsbroschüren, der Flugblätter, speziell für die Landagitation, wieder laut geworden sind. Wir brauchen solche Schriften, das wissen wir Alle, aber wir können doch nicht bloß beschließen, daß der Partei-Vorstand alle diese Dinge machen soll. Man verlangt passende Jugendliteratur, recht schön; geeignete Flugblätter für die Landagitation, ja, wem in der Welt liegt denn das Geringste im Wege, eine derartige Literatur zu schaffen, derartige Broschüren zu schreiben? Der Wunsch ist so alt wie die Parteiagitation. Mögen sich die Genossen doch dransetzen und diese Sachen schreiben, sie werden mit Handkuß von den Verlegern und mit Vergnügen vom Partei-Vorstand genommen werden. Was helfen uns die Beschlüsse, wenn uns die Möglichkeit der Ausführung fehlt? Das hat auch Fischer gegenüber dem Antrag der Frankfurter gesagt, nicht einen Vorwurf persönlicher Art wollte er aussprechen. Wenn es blos aufs Beschließen ankäme, ginge heute nicht Einer aus dem Saale hier, der nicht eine Million in der Tasche hätte. Unsere Wünsche dürfen nicht weiter gehen als unser Können.

Was den Antrag Düsseldorf betrifft, so ist er absolut undurchführbar, so lange die Genossen, welche ihn vertreten, uns nicht direkt sagen, der und der soll drinnen im Parlament bleiben, der und der draußen im Lande Agitation treiben. Kommt es aber dazu, dann werden alle Anderen schreien, nein, das geht nicht, unsere gewandtesten Parlamentsredner müssen drin bleiben! Aber nun

sollen sie auch draußen thätig sein, — wir im Bureau erleben es ja täglich, daß man einen Abgeordneten nach draußen verlangt. Gut, sagen wir, wir schicken Euch Müller. Ach nein, heißt es dann, Müller nicht, der Bebel soll es sein. (Heiterkeit.) Bebel soll also im Reichstag die guten Reden halten und gleichzeitig auch draußen: wir müssen also mehr Bebel haben!

Noch eine Erklärung persönlicher Art wollen Sie mir gestatten. Ich möchte nicht gern, daß die Genossen wieder auseinander gingen im Unklaren über das, was geredet wurde — und was ja sehr persönlich war — über den Verkehr von dem Bureau aus mit den Genossen. So lange nicht konkrete Fälle angeführt werden, in denen ich mich in einer Weise den Genossen gegenüber betragen haben sollte, wie es sich nicht geziemt, so lange kann ich auf diese Persönlichkeiten nicht antworten. Zu sagen, der Auer sei grob, ist sehr billig, aber bei welcher Gelegenheit? (Heiterkeit.) So lange bloß allgemeine Behauptungen aufgestellt werden, kann ich mich nicht vertheidigen, denn daß ich kein Ausbund von Höflichkeit bin, weiß ich selber.

Etwas anderes ist die Angelegenheit Przytulski. Dem Antrag Grünwald widersetze ich mich durchaus nicht. Ich würde darüber kein Wort äußern, wenn nicht die Begründer und Befürworter des Antrages es so dargestellt hätten, als ob man, wie sich Genosse Grünwald ausdrückte, einfach erklärt habe, Przytulski sei ein Schurke. Meinerseits ist das nicht geschehen. Ich will Ihnen den Fall ganz kurz erzählen, und dann mögen Sie selber entscheiden; Sie haben die Sache hier öffentlich vorgebracht und müssen nun auch die Erwiderung öffentlich anhören, denn das gilt nicht, sich hier hinstellen, öffentlich von „Schurke" reden und dann die Sache in einer Kommission begraben. Wie ist die Sache? Ich habe über Przytulski öffentlich nach keiner Richtung ein Wort gesagt. Was in weitere Kreise kam, ist in dieselben gekommen gegen meinen ausdrücklichen Wunsch. Zu der Zeit, als im vorigen Jahre der Brüsseler Kongreß tagte, kam zu mir auf das Bureau — ich war allein — ein Mann, der mir Mittheilungen machte über den Brüsseler Kongreß, ein Mann, von dem ich die Gewißheit habe und andere auch, daß er uns öfter schon Mittheilungen machte, die sich nachher als absolut wahr bestätigt haben. Er theilte mir mit, daß 14 Tage ungefähr vor dem Kongreß ein Polizist in Brüssel gewesen sei, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Er theilte mir weiter bestimmte Namen von Personen mit, welche in Brüssel lebten und mit denen dieser Polizeibeamte verkehrte. Daneben wurde auch Przytulski genannt und gesagt: „Seien Sie vorsichtig!" Was sollte ich thun? Ich konnte den Fall nicht untersuchen. Es wäre sehr thöricht, anzunehmen, daß die Polizei sich für einen internationalen Kongreß wie den Brüsseler nicht interessirte. Daß bei

solchen Gelegenheiten auch Subjekte da sind, die der Polizei zu Diensten sind, ist selbstverständlich. Die Thatsache, daß ein Polizeibeamter da war, war uns ganz gleichgiltig, denn mit dem Wegfall des Sozialistengesetzes haben wir gar nichts mehr zu fürchten. Anders war es mit den Polen. In Brüssel fand eine Zusammenkunft polnisch-russischer Sozialdemokraten statt, in der die Landesangelegenheiten besprochen wurden. Was für uns und die deutschen Polen gleichgiltig sein kann, kann für die russischen und österreichischen Polen unter Umständen sehr unangenehm werden, wenn es die Polizei erfährt. Und so konnte ich nichts weiter thun, als die Polen davon zu benachrichtigen, und zwar auf dem Umwege durch die deutschen Genossen. Jene Mittheilung kann falsch sein, ich weiß es nicht, aber sie kommt von einer gut informirten Seite. Später kam ein in Berlin lebender Pole zu mir und fragte mich in dieser Angelegenheit. Ich sagte: So und so ist es, Beweise habe ich keine. Ich hielt mich nur verpflichtet, im Interesse der russischen und österreichischen Polen die Mittheilung zu machen. Und ich fügte ausdrücklich hinzu: „Bringt aber unter keinen Umständen die Geschichte in die Oeffentlichkeit! Meine Pflicht war es, Euch zu warnen, die Eurige, gegen Przytulski auf der Hut zu sein!" Die polnischen Genossen, die gegen Przytulski schon Verdacht hatten, haben ihm nun in ihrer Weise die Sache an den Kopf geworfen und gesagt: der Partei-Vorstand hat dies gesagt. Diese letztere Handlung ist zum mindesten taktlos gewesen. Was sollte ich thun? Sollte ich schweigen? Bewahrheitete sich hinterher die Sache, und es passirte ein Unglück, dann konnte ich doch später nicht sagen, ich hätte die Sache schon gewußt. (Zustimmung.) Hier ist einfach die Pflicht stärker als das persönliche Wohlbefinden. Nach meinem persönlichen Geschmack hätte ich geschwiegen. Für die Taktlosigkeit der polnischen Genossen kann ich nicht. Przytulski hat mir übrigens selbst gesagt: „Ich begreife Ihre Handlungsweise, ich hätte unter Umständen auch so gehandelt." Verfolgen Sie die Angelegenheit, dazu haben Sie ein Recht. Mag die Kommission entscheiden, ob ich hätte anders handeln können. (Beifall.)

Mahlke-Flensburg: Ich verstehe nicht, wie Fischer behaupten konnte, es sei schwer, populäre, verständliche Schriften abzufassen. In meinem Wahlkreise herrscht die dänische Sprache vor. Wir glaubten auch unter der dänisch redenden Bevölkerung etwas thun zu müssen und wandten uns deshalb an dänische Parteigenossen um Agitationsbroschüren. Ich habe nun gefunden, daß die dänische Parteiliteratur, Agitationsschriften und Broschüren, bedeutend verständlicher geschrieben ist als die deutsche, und ich wünschte, daß man sich die dänische Literatur zum Muster nehme, beispielsweise das „Zwiegespräch auf dem Lande". Unsere deutschen Schriften sind viel zu theuer; in Dänemark kostet Marx' Kapital 4,50 bei uns 17 Mark.

Ein von Mittag-Halle beantragter Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Meist-Köln: Die Zentralstelle kann nicht alle Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Landestheile kennen und befriedigen, weil ihr trotz der Fühlung mit einzelnen Personen der Charakter der einzelnen Bevölkerungsschichten fremd bleibt. Agitationsschriften allgemeinen Charakters kann die Parteileitung allerdings beschaffen. In diesem Betracht bin ich von meinen Mandatgebern beauftragt worden, die Frage anzuregen, ob es nicht an der Zeit sei, gegenwärtig, da die Gemüther durch die Militärvorlage sehr lebhaft erregt sind, ein Flugblatt im ganzen Reiche zu verbreiten, welches den Militarismus kurz behandelt, die indirekten Steuern und die Lasten des Volkes u. s. w. Zur mündlichen Agitation haben wir nach Kräften beizutragen. Ich persönlich halte es für verkehrt, gerade immer die ersten, an der Spitze stehenden Agitatoren zu fordern. Wir müssen die Genossen dahin zu erziehen suchen, daß sie sich davon losmachen, immer ein Paradepferd vorreiten zu lassen, um Effekt zu erzielen. — Was die Besoldung der Redakteure des „Vorwärts" betrifft, so meine ich auch, daß wir daran denken müssen, daß wir eine proletarische Partei sind (Zustimmung) und den Charakter der proletarischen Partei hoch halten müssen. Es ist begreiflich, daß jene Honorare draußen im Lande zum Theil ein Kopfschütteln hervorrufen. Andererseits versteht es sich von selbst, daß in der Leitung eines Zentralblattes akademisch gebildete Leute sein müssen, und solche Leute haben vermöge ihrer Erziehung und Bildung ganz andere Lebensgewohnheiten als die Söhne der Proletarier. Ich stehe entschieden auf dem Standpunkt, daß diejenigen Kräfte, die sich in den Dienst unserer Sache stellen, derart honorirt werden müssen, daß des Lebens Sorgen von ihnen fern gehalten werden. Ferner meine ich auch, daß hier auf dem Parteitag die Gehälter der Redakteure festgestellt werden können. Es würde vor dem Lande einen viel besseren Eindruck machen, wenn der Parteitag sich damit einverstanden erklärte, daß die und die Personen auf Grund ihrer Leistungen so und so honorirt werden. Ich beantrage ausdrücklich, daß der Parteitag darüber einen Beschluß faßt. Die Monita in Bezug auf die „Neue Welt" theile ich. In Bezug auf Beschaffung einer Jugendliteratur hat der vergangene Parteitag einen Beschluß gefaßt, es ist aber bisher nichts geschehen. Wollen wir das Rechtsbewußtsein der heranwachsenden Jugend befestigen und sie für unsere Ideale erziehen, so müssen wir eine Literatur schaffen, welche für sie geeignet ist. Auch darüber sollte sich der Parteitag noch einmal schlüssig machen. (Beifall.)

Bebel: Ich möchte den Partei-Vorstand bezüglich der sogenannten Maifestzeichen persönlich vertreten. Ich war fest überzeugt, daß die Sache hier zur Sprache kommen würde, und ich muß mich

als denjenigen bezeichnen, der die moralische Verantwortung zu tragen hat, als Anreger dieser Sache. (Ruf leider!) Was war der Grund? Die letztjährige Maifeier fiel auf einen Sonntag, da sagte ich mir, wenn überhaupt festgestellt werden soll bei der Zusammenkunft, wer zu uns gehört, dann wird es entschieden nothwendig sein, unseren Genossen Erkennungszeichen zu geben. Damit erklärte sich die große Mehrheit des Vorstandes und auch der Reichstagsfraktion einverstanden. In Bezug auf die praktische Ausführung kamen wir aber in Verlegenheit. Die Zeit war sehr weit vorgerückt, die Festzeichen sollten billig, schön und gut sein. Wir waren in der Konkurrenz, in den Versuchen, passende Zeichen zu bekommen, außerordentlich beschränkt, und so ist schließlich in der kurzen Zeit etwas zustande gekommen, von dem wir alle ohne Ausnahme selbst nicht erbaut waren. Nachdem aber einmal der Anfang gemacht war, die Zirkulare zur Bestellung ausgegeben waren, blieb nichts übrig, als das Ding um jeden Preis auszuführen. Vorletztes Jahr haben wir dieselbe Erfahrung mit der Maifestnummer gemacht; sie hat keinen Menschen befriedigt, die diesjährige Festnummer ist schön und gut ausgefallen. Wenn dauernd die Maifestzeichen eingeführt werden sollten, so würde man schließlich eins machen, welches allen Anforderungen entspricht. Es war nicht unsere Absicht, aus diesen Zeichen irgend einen Gewinn herauszuschlagen. Daß wir trotzdem einen Ueberschuß von mehr als 5000, nicht von 500 M., erzielt haben, ist doch eine Genugthuung; aber beschließt der Parteitag nicht ausdrücklich, ein solches Zeichen künftig einzuführen, wir thun es nicht. — Was das Gehalt der „Vorwärts"-Redakteure betrifft, so ist es eine außerordentlich unangenehme Sache, über diese Frage, bei der es sich um einen alten verdienten Parteigenossen handelt, hier öffentlich, coram publico, vor der ganzen Welt zu debattieren, und ich fürchte sehr, wenn es Mode wird, die Gehaltsfrage zu debattieren, daß ein großer Theil der Redakteure sich sehr stark bedanken wird, ein solches Amt anzunehmen. (Sehr richtig!) Ich erkläre ausdrücklich, daß der gegenwärtige Chefredakteur des „Vorwärts" mit dem größten Widerstreben nach Berlin gegangen ist. Es hat Mühe gekostet, ihn hierher zu bringen. Er ist jedenfalls nicht schuld, daß dieses Gehalt geboten wurde. Andererseits erkläre ich zugleich, daß wir in dieser Gehaltsfrage nichts gethan haben, was nicht durch die hier in Berlin üblichen Gehälter berechtigt wäre. Es mag den Proletariern im Lande unverständlich sein, wenn von 6—7000 Mark die Rede ist; wollen wir aber auf tüchtige geistige Kräfte reflektiren, so müssen wir sie so bezahlen, wie es in der bürgerlichen Presse üblich ist. Ich fürchte sehr, daß die Aeußerungen, die in dieser Frage gemacht werden, moralisch nach verschiedenen Seiten der Partei schaden werden. Es ist ein sehr beliebtes Wort der Gegner, „was

will die Sozialdemokratie? sie will proletarisiren, alles heruntersetzen", während das Gegentheil richtig ist, während wir alles erhöht sehen, alle Kulturmittel Allen zuwenden wollen. Haben wir nicht 10 Mk. als Minimallohn und daneben Verdienste von 40 Mk. für Schriftsetzer pro Woche? Stößt man sich an derartige Forderungen, dann zwingt man verschiedene Personen in unserer Partei mit Nothwendigkeit, ihren Erwerb an einer anderen Stelle zu suchen, und den Schaden hat selbstverständlich die Partei zu tragen. Die Gehaltshöhe ist vom Parteitag nicht gut festzusetzen, weil es sich in einem Jahre um verschiedene Personen handeln kann. Der Parteitag könnte höchstens bestimmen: das und das Maximalmaß darf nicht überschritten werden. — Was die Haltung des „Vorwärts" betrifft, so haben sowohl der Partei-Vorstand wie die Redaktion anerkannt, daß es ein großer Fehler war, daß gewisse Vorgänge von allgemeinem Interesse für die Gesammtpartei — ich erinnere an die erste Stadtverordneten-Wahlversammlung — in dem „Vorwärts" nicht mit einem Wort erwähnt wurden. Es ist der größte Fehler, mit Rücksicht auf gewisse Skandale nichts zu veröffentlichen, weil sonst die gegnerische Presse es in reichlichem Maße thut und dann unsere Genossen draußen nicht wissen, was sie von der Sache zu halten haben. Daß auch sonst manche Mängel abzustellen sind, giebt jedes Mitglied der Redaktion zu. — In Bezug auf die Agitation ist auch meine Person genannt worden. Wenn ich allen Anforderungen in Bezug auf Referate genügen sollte, so reichten kaum 600 Tage im Jahre aus. Es ist schon physisch unmöglich, das ganze Jahr zu agitiren. Ich habe als Kassierer, Reichstagsabgeordneter ꝛc. auch noch andere Dinge zu thun. Dazu kommt die ungeheuere Korrespondenz und der Verkehr mit den verschiedensten Personen. Ich kann nicht sagen: „ich bin nicht für Jemand zu sprechen", weil ich nicht weiß, um was es sich handelt. Oft arbeite ich bis spät in die Nacht. Ich hatte meinem Verleger eine Arbeit für 1891 versprochen; jetzt werde ich froh sein, wenn ich sie ihm 1894 geben kann. Ich kann die Kassengeschäfte auch unbedingt nicht weiter führen wegen meiner anderen Geschäfte; das muß ich schon jetzt hier entschieden erklären. Liebknecht und Singer sind ebenfalls Reichstagsabgeordnete oder Stadtverordnete, wie sollen die alles machen! Nun sagt man: ja ihr braucht nicht immerwährend im Reichstag zu sein. Nachdem aber einmal die Fraktion so stark geworden ist, wie sie ist, können wir uns nicht der Verpflichtung entziehen, auch an den einzelnen Kommissionen theilzunehmen, nnd dazu sind wir eher zu wenig als zu viel. In der Regel ist nur der allerkleinste Theil der Fraktion in Berlin anwesend, weil man auch noch andere Pflichten zu erfüllen hat.

Den Antrag Augustin und Kiesel, wonach denjenigen Vertrauensleuten, welche nicht im Stande sind, den „Vorwärts" aus eigenen

Mitteln zu halten, derselbe gratis zugestellt werden soll, bitte ich entweder abzulehnen oder zu beschließen, daß überhaupt jeder Vertrauensmann ein Exemplar des „Vorwärts" bekommt. Das wird sehr theuer sein, aber in der gegenwärtigen Fassung ist der Antrag nicht anzunehmen. Jeder Vertrauensmann muß das Blatt halten, da es das offizielle Blatt der Partei ist. Den Antrag Hoch bitte ich ebenfalls abzulehnen, wenn Sie nicht das Sekretariat zu einer rein bureaukratischen Maschine machen wollen, die für andere Sachen nicht zu gebrauchen ist.

Opificius-Bockenheim bittet, der Partei-Vorstand möchte im „Vorwärts" in einer eigenen Bekanntmachung auffordern, daß alle Fälle von polizeilichen Lokalabtreibungen dem Vorstand mitgetheilt werden, damit dieser das Nöthige veranlaßt.

Mit Rücksicht darauf, daß der Sitzungssaal heute Abend anderweitig vermiethet ist, wird die weitere Verhandlung abgebrochen. Der Vorsitzende macht bekannt, daß eine weitere Anzahl von Begrüßungsdepeschen und -Schreiben eingegangen ist.

Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 16. November.

Vormittagssitzung.

Nach 9¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Sitzung. Das Schriftführeramt versehen Emmel, Geiger und Hoch.

Wiederum sind zahlreiche telegraphische und briefliche Anschreiben an den Parteitag eingelaufen. Die Genossen aus Lemgo theilen mit, daß der Genosse Schnitger in Lemgo zum Landtagsabgeordneten gewählt ist. (Beifall.) Die Redaktion des „Handlungsgehilfen" in Wien sendet in Vertretung der Wiener Handlungsgehilfen dem Parteitag ihre Grüße. Durch den Genossen Sievers in Granada wird eine Begrüßungsadresse des sozialdemokratischen Vereins von Granada übersandt.

Vorsitzender und Schriftführer einer in Finsterwalde zum Zweck der Delegirtenwahl abgehaltenen Versammlung theilen mit, daß, da Zubeil wegen seiner Beschäftigung als Vorsitzender des Lokalkomitees für den Parteitag die Annahme eines Mandats für den Kreis Kalau-Luckau abgelehnt hat, dieses auf den Genossen Stabernack übertragen worden ist. Das Mandat wird ohne Weiteres für giltig erklärt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl der Kommission von 7 Mitgliedern zur Untersuchung der Solinger Angelegenheit vorgenommen. Vom Genossen Salzberg-Barmen ist eine Vorschlagsliste eingereicht. Es wird beschlossen, diese Liste

durch weitere Vorschläge zu ergänzen, die Namen sämmtlicher Vorgeschlagenen auf Listen drucken und diese vertheilen zu lassen, so daß die Listen als Stimmzettel benutzt und am Anfange der Nachmittagssitzung eingesammelt werden können. Mit der Feststellung des Resultats wird die Mandatsprüfungskommission beauftragt.

Metzner theilt mit, daß Stadthagen heute und morgen nicht auf dem Parteitage anwesend sein kann.

Genosse Geck-Offenbach hat wegen Todesfall in der Familie den Parteitag verlassen müssen.

Hiernach wird die Diskussion über

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung

fortgesetzt. Mit zur Diskussion steht der Antrag der Kontroleure auf Ertheilung der Decharge an den Parteikassirer. In Bezug auf die inzwischen eingegangenen Anträge stellt der Vorsitzende jetzt die Unterstützungsfrage. Da hierbei der Antrag Hoch-Frankfurt (s. o.) nicht genügende Unterstützung findet, scheidet er aus der Verhandlung aus. Auch für den Antrag Spaar-Darmstadt: der Vorstand soll eine Liste sämmtlicher Partei-Redner nebst Qualifikationsangabe von den Vertrauensleuten einfordern, reicht die Unterstützung nicht aus.

Dagegen werden genügend unterstützt und stehen daher mit zur Diskussion die Anträge:

1. Augustin, Kiesel: Der Parteitag möge beschließen, denjenigen Vertrauensleuten, welche nicht im Stande sind, den „Vorwärts" aus eigenen Mitteln zu halten, denselben gratis zuzustellen.

2. L. Grünwald: Beantrage, daß eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt wird, um die Sache des Przytulski sofort zu untersuchen und diesem Parteitage zur Entscheidung zu unterbreiten.

3. Litzinger und Gen.: Um die Agitation in den ländlichen Kreisen planmäßig zu gestalten, beschließt der Parteitag, den Partei-Vorstand zu beauftragen, für die Zukunft die Unterstützungen nicht mehr an einzelne Genossen, sondern an die in den Kreisen gewählten Agitations-Kommissionen resp. Kreis-Vertrauensleute zu leisten. Diese haben über die Verwendung der Gelder allvierteljährlich Rechenschaft abzulegen.

4. Mahlke: Der Parteitag möge beschließen: „Die Parteiliteratur möglichst in den Verlag der Partei zu nehmen, um zu einem billigeren Preise herstellen und verabfolgen zu können, da solches zu einer erfolgreichen Agitation erforderlich ist.

5. Schulze-Bernburg: Eine Kommission von 5 Personen zu ernennen, welche die Druck- 2c. Preise des „Vorwärts" prüft.

6. Baudert-Apolda: „Den Vertrauensmännern den „Vorwärts" auf Kosten der örtlichen Parteikasse zu liefern."

Krahl-Spremberg: Wenn man die ländliche Agitation wirksam betreiben will, muß man mit der Auswahl der Genossen, die aus den Städten damit beauftragt werden, sehr vorsichtig sein. Die Glaubensgrundsätze spielen jetzt auf dem Lande noch eine große Rolle, zumal in der ganzen Niederlausitz, wo das Wendenthum vorherrschend ist; und die schwarze Kurie thut ja auch das ihrige, um die Leute gegen uns zu beeinflussen. In Bezug auf diesen Punkt muß also mit den Leuten nothwendiger Weise höchst schonend umgegangen werden. Man muß ihnen vornehmlich die Zustände vor Augen führen, unter denen sie thatsächlich leiden. Redner schildert eingehend die Verschuldung und den Rückgang des Kleingrundbesitzes. Darum soll man die Leute nicht theoretisch-wissenschaftlichen Sozialismus lehren wollen, den verstehen sie nicht, sondern es muß mit geeigneten Broschüren und von Mund zu Mund agitirt werden. Von der Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens zu sprechen, halte ich noch für verfrüht, das wird häufig mißverstanden, und kommt außerdem nachher ganz von selbst; ich habe das häufig erfahren. Für die ländliche Agitation muß also unzweifelhaft mehr als bisher geschehen; ohne Verschmelzung mit dem ländlichen Proletariat ist der Sieg unserer Prinzipien nicht möglich! (Beifall.)

Der Antrag Hoch-Frankfurt wegen der vom Vorstande aufzustellenden Versammlungstabelle wird von Legien wieder aufgenommen und findet jetzt ausreichende Unterstützung.

Legien: Mit dem, was Bebel gestern bezüglich der Lotterie-Annoncen ausgeführt hat, bin ich vollständig einverstanden. Anders gestaltet sich aber die Sache, wenn in einem Parteiorgan mit dieser an sich verwerflichen Empfehlung von Lotterien die nicht minder verwerfliche Unterstützung von Kirchenbauten empfohlen wird. Der Fall, den ich im Auge habe, betrifft nicht den „Vorwärts", sondern die „Münchener Post". Am Schlusse des redaktionellen Theils, unter dem Strich, aber für den mit den Zeitungseinrichtungen nicht so genau vertrauten Durchschnittsleser gleichsam noch zum redaktionellen Theil, zu den Meinungsäußerungen der Redaktion gehörig, waren dort verschiedentlich (Redner verliest mehrere) Reklamen für derartige Kirchenbaulotterien aufgenommen. Eine solche Handlungsweise der Redaktion ist nach keiner Richtung zu verantworten, hier ist unbedingt eine Korrektur erforderlich, und ich hoffe, die Erwähnung der Thatsache wird genügen, derartiges aus unseren Parteiorganen für die Zukunft zu verbannen.

Von den Anträgen will ich nur die von Hoch und Grünwald näher beleuchten. Den Antrag Hoch empfehle ich in folgender Form zur Annahme:

„In dem Bericht des Partei-Vorstandes ist für die Zukunft anzugeben: eine genaue nach Wahlkreisen geordnete Tabelle der

erstens auf Veranlassung des Partei-Vorstandes abgehaltenen Versammlungen nebst Namen der Referenten, und zweitens der gratis verschickten Schriften."

Der Antrag hat in seinem ersten Theile seine volle Berechtigung. Den letzten Satz des ursprünglichen Antrages habe ich weggelassen, weil das Geforderte entbehrlich und nahezu unausführbar ist; eine Uebersicht über die agitatorische Thätigkeit der Reichstags-abgeordneten und der Vorstandsmitglieder ist durchaus zweckmäßig. Der Antrag ist sogar in gewisser Beziehung für den Vorstand selbst und die Fraktion insofern dienlich, als dann die gestern vernommenen Beschwerden fortbleiben würden, weil die Uebersicht klipp und klar nachweisen wird, daß thatsächlich die Kräfte bis aufs Aeußerste angespannt worden sind. Der Antrag Grünwald wird zweifellos angenommen werden. Nach den Ausführungen Auer's steht es ja fest, daß dieser ganz richtig gehandelt hat; aber dadurch wird der betreffende Genosse nicht rehabilitirt, und darauf kommt es eben an.

Lutz-Pritzwalk: Ich bin beauftragt worden, hier dafür einzutreten, daß auch die Priegnitz mehr mit rednerischen Kräften bedacht wird. Die Pritzwalker Genossen haben wiederholt an die Parteileitung das Ersuchen gerichtet, eine namhafte Kraft hinzusenden, einerseits um uns im Kampfe um ein Versammlungslokal zu unterstützen, andererseits um durch die Zugkraft eines bekannten Namens die Indifferenten heranzuziehen. Was die religiösen Fragen betrifft, so halte ich ein Eingehen auf dieselben im Gegensatz zu dem Cottbuser Delegirten bei der Hausagitation für ganz angebracht.

Es sind zum Gegenstande der Tagesordnung noch zwei Anträge eingelaufen, von welchem derjenige von Reinhardt, eine ständige Fremdwörterrubrik im „Vorwärts" einzurichten, nicht die genügende Unterstützung erhält und mithin nicht zur Verhandlung gelangt. Dagegen wird der fernere Antrag: „Das Zentralorgan auf Kosten der örtlichen Parteikassen durch die Vertrauenspersonen halten und sammeln zu lassen" ausreichend unterstützt.

Ein Schlußantrag von Salomon-Wriezen wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen.

Vorsitzender Singer: Genosse Liebknecht ist in die Rednerliste eingezeichnet gewesen und durch den Schluß der Debatte verhindert worden, in derselben die gegen den „Vorwärts" gerichteten Ausführungen zu erörtern. Er stellt durch mich an den Parteitag den Antrag, ihm als den vielfach angegriffenen Chefredakteur zu einer Erklärung außerhalb der Diskussion das Wort zu ertheilen.

Einstimmig beschließt der Parteitag, dem Antrage Liebknecht's zu entsprechen.

W. Liebknecht: Es versteht sich ja von selbst und ist auch auf jedem früheren Parteitage, namentlich auf denen vor dem

Sozialistengesetz so gewesen, daß die Redakteure der Parteiblätter wie die Indianer am Pfahl stehen müssen, und daß auf sie Jeder mit Vorliebe seine Wurfgeschosse schleudert. Mit dem verglichen, was früher an Vorwürfen in dieser Beziehung vorgekommen ist, ist diesmal ganz merkwürdig wenig gegen das Parteiorgan eingewendet worden. Ich bin darüber ganz erstaunt. Ich selbst hätte weit mehr vorbringen können, denn niemand kennt die Mängel der Redaktion des „Vorwärts" besser als ich.

Zunächst ist der Redaktion ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß ein Bericht von außerhalb nicht vollständig aufgenommen worden ist. Je nun, ein paar Zeilen an mich, und der Genosse würde beruhigt worden sein. Abgesehen von stilistischen Mängeln in vielen Einsendungen, sind diese so zahl- und umfangreich, daß eine unverkürzte Aufnahme unmöglich ist. Wollten wir alle Einsendungen von außen in den „Vorwärts" bringen, so würden wir ein vier- oder fünf Mal so großes Blatt nöthig haben. Wenn darauf hingewiesen wird, das in Bezug auf Berlin theilweise viel unwichtigere Dinge sehr ausführlich wiedergegeben sind, so weise ich darauf hin, daß der „Vorwärts" auch das berliner Lokalblatt ist, und wir deshalb genöthigt sind, die berliner Verhältnisse in dem lokalen Theile entsprechend zu berücksichtigen. Gewiß ist nicht immer den von außen kommenden Sendungen gegenüber vollkommen gerecht oder korrekt verfahren worden. Das ist aber in keinem Fall böser Wille gewesen, sondern liegt daran, daß die vorhandenen redaktionellen Kräfte, erstens nicht unfehlbar, und zweitens daß sie überarbeitet sind. Als ich nach Berlin kam, war ich von dem Gedanken erfüllt, daß die größte Partei Deutschlands auch das redaktionell bestgeleitete Blatt haben müsse; aber bald habe ich mit dem Kopfe mich an den harten Verhältnissen gestoßen. Wir sind eine junge Partei, und die Redakteure lassen sich nicht aus dem Boden stampfen.

In der Redaktion des „Vorwärts" haben wir uns allezeit die größte Mühe gegeben, unsere Schuldigkeit zu thun. Wir leisten, was wir können; das Blatt ist aber nicht genügend mit redaktionellen Kräften versehen. Die Bourgeoisie hat geschulte Kräfte im Ueberfluß — wir müssen sie erst heranziehen. Und das ist außerordentlich schwer und geht nicht im Handumdrehen. Aber für die Kürze der Zeit und ich spreche hier nicht blos vom „Vorwärts", ist bereits Außerordentliches geleistet worden. Dem Fremden, der nach Amerika kommt, fällt sofort auf, wie unfertig, wie wenig ausgearbeitet in diesem Riesenlande die Einrichtungen und Dinge vielfach sind, im Vergleich mit unserer alten Welt; das Land ist noch zu groß für die Menschen — sie müssen der Hauptsache das Detail, die Schönheit opfern. Wir befinden uns in ähnlicher Lage; wir sind eine Riesenpartei, und wie in Amerika die Menschenkräfte im Ver-

hältniß zu dem Riesenlande noch klein sind, sodaß nur das Wichtigste gethan, das weniger Wichtige aber bei Seite gelassen werden muß, so reichen bei uns die geschulten Kräfte für die Größe der Partei noch nicht aus — und da muß man die Hauptsache zunächst im Auge haben, und Manches wird vernachlässigt. Und im Kleinen ist es so in unserer Redaktion. Nur das Wichtigste kann oft in der Eile der Herstellung besorgt werden. Dabei ist der zweite Redakteur, der mit mir den politischen Theil hat, Dr. Schönlank, jetzt krank, durch seine frühere Thätigkeit zu Schanden gearbeitet. Wenn hier gestern ein Delegirter lieber Hausdiener beim „Vorwärts" als Redakteur anderswo sein wollte, so kann ich ihm umgekehrt versichern: ich habe hundert Mal gedacht: lieber Hausknecht anderswo als Redakteur beim „Vorwärts". Der sozialdemokratische Redakteur ist nicht Herr seiner Zeit, wie der der Bourgeoisie; der hat nicht die häufigen Scheerereien, nicht Besuche der Polizei, nicht die Prozesse, nicht die Arbeitspausen im Gefängniß. Dazu kommt als weiteres erschwerendes Moment die Agitation und die Agitationsreisen. Ich habe den „Vorwärts" hundert Mal bedauert, daß er mich zum Chefredakteur hat; denn ich bin ja auch Agitator, ich kann nicht jeden Tag in der Redaktion sein, nicht vom Morgen bis zum Abend im „Vorwärts bleiben, wie das nöthig wäre. Ich soll ja auch die Agitation betreiben, Versammlungen halten, im Reichstage sein. Das Alles muß berücksichtigt werden. Wir haben unendlich zu arbeiten. Viel lieber wäre ich in Leipzig geblieben; ich hätte mich dort persönlich weit besser gestanden und wohl ebensoviel für die Partei thun können. Aber, man stellte mich hierher, ich folgte dem Ruf und habe meine Pflicht gethan. Ich will mich gewiß nicht loben; niemand kennt so gut wie ich das Unzulängliche der Leistungen. Allein meinen Kollegen bin ich schuldig es zu sagen: wer bedenkt, wie die Redaktion des „Vorwärts" vor einem Jahre, wie sie vor zwei Jahren war, und wie sie jetzt ist, der muß ehrlicher Weise zugestehen, daß die Redaktion sich fortdauernd gebessert hat, und daß unsere Arbeit nicht umsonst war. Uebrigens, wie schon angedeutet, warum erst hier auf dem Kongresse solche winzigen Beschwerden vorbringen? Ein Brief an mich hätte Prüfung und Aufklärung erwirkt. Ich bin stets bereit, das Recht der Genossen und der Redaktion zu wahren. Hoffentlich wird das für die Zukunft beherzigt.

Einer der Delegirten hat gemeint, die politische Uebersicht tauge nichts — wer sie drei Monate gelesen habe, kenne sie auswendig. Nun, ich schreibe diese Uebersicht zum Theil selbst; ich bin aber dem Genossen für sein Urtheil nicht böse. Andere denken anders, und Jeder hat das Recht seiner Meinung. Die Freunde sagen ja immer bitterere Dinge als die Feinde.

Die Polemik mit den Unabhängigen — heißt es von anderer Seite — soll nicht taktvoll gewesen sein, wir hätten die Leute ganz

ignoriren sollen. Von anderer Seite heißt es, wir hätten uns nicht genug mit ihnen beschäftigt. Das Eine und das Andere weise ich zurück. Es ist nicht möglich gewesen, sie ganz zu ignoriren. Von ihnen selbst haben wir möglichst wenig geredet, denn es wäre eine Thorheit auf das Geschimpf von Leutchen zu reagiren, die für sich Null und Nichts sind, und von denen man nichts hören würde, wenn das Mikrophon der Bourgeoispresse nicht aus jedem „unabhängigen" Flohhusten einen Donner des jüngsten Gerichts machte. Nicht auf die kleinen Spektakelmacher, wohl aber auf die großen Bourgeoisblätter, die mit den kleinen Leutchen viel Lärm machten, mußten wir mitunter reagiren.

Was nun die Gehaltsfrage betrifft, die mich persönlich berührt, so möchte ich zunächst einen Ausdruck Bebels richtig stellen, und feststellen, daß ich keine Repräsentationskosten habe, und keine haben will. Ich repräsentire nichts, als mich selbst, und ich mache keinen Aufwand irgend welcher Art. Was ich einnehme, brauche ich für meine Familie. Mein Gehalt wird Manchem hoch erscheinen, aber ich kann unmöglich mit weniger auskommen, wenn ich meinen Kindern die Erziehung geben will, deren sie bedürfen, um für den Kampf ums Dasein möglichst gerüstet zu sein. Ich will sie für diesen Kampf bereit machen, der ihnen nicht leicht sein wird. Ich selbst bin so arm, wie einer von Ihnen; ich habe einen Theil meines Lebens proletarischer gelebt, als vielleicht der Aermste von Ihnen, und für meine Person lebe ich wie ein Proletarier und habe Proletarierbedürfnisse. Das weiß Jeder, der mich kennt, und Jedem, der mir das Recept giebt, wie ich billiger leben kann, dem werde ich sehr dankbar sein. Das Gehalt, das mir die Partei giebt, reicht hierzu nicht einmal aus. Ich würde nicht auskommen, wenn ich nicht durch Neuauflage meiner Schriften u. s. w. noch Nebenverdienst hätte. Verlangt die Gleichheit etwa, daß wir Alle auf ein Niveau des Lohnes oder Einkommens herabgedrückt werden? Sie, die Sie hier sitzen, sind ja zum größten Theil auch gewissermaßen Aristokraten unter den Arbeitern — ich meine in Bezug auf die Einnahme. Die arbeitende Bevölkerung im sächsischen Erzgebirge, die Weber in Schlesien würden das, was Sie verdienen, für ein Krösus-Einkommen ansehen. Was würden Sie sagen, wenn die Weber forderten, Niemand solle ein höheres Einkommen haben, als sie selber? Wollen denn wir, die wir ein menschenwürdiges Dasein erstreben, den Ausgleich nach *unten* suchen? In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Gleichheit eben unmöglich. Ich suche für meine Kinder zu erreichen, was ich kann, aber wahrlich nicht auf Kosten der Partei. Als ich vor 25 Jahren Redakteur wurde, hatte ich zuerst 60 Mark Monatsgehalt. Ich habe für die Partei viele Jahre lang umsonst gearbeitet und würde auch heute nichts verlangen, wenn ich, statt mein natürliches Erbtheil im Dienste der Partei zuzusetzen,

mir ein Kapital hätte „ersparen“ können. Ich bin nach langem Ringen allmählich in die Lage gekommen, Geld verdienen zu können, auch ohne die Partei. Die Partei ist nicht abhängig von mir und ich bin nicht abhängig von der Partei. Was ich jetzt verdiene, kann ich doppelt und dreifach verdienen, wenn die Partei mir sagt: ich brauche Deine Dienste nicht mehr. Ich bringe, indem ich in dieser Stellung verharre, ein Opfer, denn mein Einkommen als Journalist und Schriftsteller könnte ein weit höheres sein, ohne daß ich meine Grundsätze zu verleugnen hätte. Unter das, was ich jetzt einnehme, kann ich nicht gehen, weil ich dann glauben würde, ein Verbrechen an meinen Kindern zu begehen, und dieses Opfer hat Niemand ein Recht, mir zuzumuthen. Mir persönlich muthe man zu, was man will, — ich bin mit Allem zufrieden; aber die Rücksicht auf meine Kinder kann ich nicht außer Acht lassen.

Ich wiederhole, in Bezug auf die Redaktionsthätigkeit thun wir, — Jeder von uns „Vorwärts“-Redakteuren — was wir können. Ich wäre sehr dankbar, wenn man mir Kräfte zeigte, welche die Arbeit besser verrichten können als wir und ich. Ich bemerke jedoch das Eine, daß für das geistige Vermögen die Selbsteinschätzung nicht so gilt wie für das materielle Vermögen. Wenn wir alle Die nehmen wollten, welche sich selbst für befähigt halten, dann würden wir mit vorzüglichen Redakteuren reichlich gesegnet sein. Aber diese Selbsteinschätzung stimmt sehr häufig nicht. Und hier ein Wort, da man uns Kliquenwirthschaft vorgeworfen hat. Niemand wird beim „Vorwärts“, überhaupt in unserer Presse, zurückgewiesen, der etwas Tüchtiges leisten kann. „Radikale“ Gesinnung war niemals ein Hinderniß. Im Gegentheil. Dem einzigen geistig Bedeutenden der „Unabhängigen“ war seinerzeit das Anerbieten gemacht, in die Redaktion des „Vorwärts“ einzutreten. Er lehnte es ab, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil sein Gesundheitszustand ihm die aufreibende Arbeit nicht gestatte. Hier ist kein Ring! Jedenfalls kann in diesen Ring, wenn durchaus einer da sein soll, ein Jeder hinein kommen, der das nöthige Zeug und die nöthige Tüchtigkeit dazu hat! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Schlußwort erhält hierauf der Berichterstatter

R. Fischer: Es sind Ihnen eine Reihe von Anträgen vorgelegt worden, über die sich zu äußern auch wohl für den Vertreter des Vorstandes nothwendig ist. Was den Antrag Augustin betrifft, so hat gestern schon Bebel die Gründe gegen denselben auseinandergesetzt. Der Antrag, die Agitationsbeiträge nur an die Agitationskomitees zu übermitteln, ist sachlich überflüssig; diesen Wünschen ist seitens des Partei-Vorstandes überall entsprochen worden, sobald dieselben geäußert wurden. In einer ganzen Reihe von Fällen aber sind die Personen, an welche ausgezahlt wird, zugleich die-

jenigen, die hier als die Adressaten hingestellt werden. Es ist selbstverständlich das Recht der Parteigenossen an den einzelnen Orten, über die Beiträge aus der Parteikasse unterrichtet zu sein und über die Verwendung zu beschließen, aber in dieser Beziehung von dem bisherigen Modus abzuweichen, liegt gar kein Grund vor. Auch der im Antrage Mahlke liegende Wunsch ist schon bisher vom Partei-Vorstande so weit als möglich erfüllt worden. Was nun aber das „Kapital“ und andere Schriften von Marx betrifft, so ist deren Verlagsrecht eben nicht in den Händen der Partei, sondern in denen des Hamburger Buchhändlers Meißner. Es steht uns keine Möglichkeit zu Gebote, in der angedeuteten Richtung Schritte zu thun. Auch über den Antrag wegen einer Liste, bez. Qualifikation sämmtlicher Parteiredner braucht man nicht viel Worte zu verlieren, um dessen Unmöglichkeit zu motiviren. Die Vertrauensleute der Partei sind zugleich die Agitatoren, die Redner der Partei. Wir müßten uns also bei den Betreffenden erkundigen, in welche Klasse sie sich selbst einschätzen. (Heiterkeit.) Ein fernerer Antrag will die Druckpreise des „Vorwärts“ durch eine Kommission prüfen lassen. Selbstverständlich liegt für uns kein Grund vor, uns gegen einen solchen Antrag zu stellen, der Partei-Vorstand hat nichts zu verbergen; wenn aber diese Kommission Werth haben soll, ist es nöthig, daß die fünf Personen auch die technischen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, ein maßgebendes und zutreffendes Urtheil zu fällen. So wenig ich in einer Lederwaarenhandlung die Lederpreise kontroliren kann, so wenig wird jemand, der mit der Buchdruckerei und den hiesigen Preisen und Verhältnissen nicht vertraut ist, in dieser Kommission mit Erfolg wirken können.

Im Laufe der Generaldebatte sind einige Bemerkungen gefallen, die thatsächliche Unrichtigkeiten enthalten. Johannes-Leipzig hat angeführt, daß von uns dem Wunsche nach Uebersendung von Flugschriften nur in ungenügendem Maße Rechnung getragen worden und von uns beispielsweise an ihn nur tausend Exemplare, die noch dazu dem Zwecke nicht entsprochen hätten, abgeschickt worden seien. Das ist vollständig falsch. Der Partei-Vorstand hatte damit gar nichts zu thun. Die Hallenser Genossen sind an den Vorstand herangetreten mit dem Vorschlage, ein Flugblatt in der Auflage von 50 000 herstellen zu lassen und gratis im Saalkreise zur Vertheilung zu bringen. Der Vorstand hat die nöthige Summe bewilligt. Nach der Verbreitung stellte sich heraus, daß das Quantum nicht genügte. Da kamen sie wieder und wollten eine Neuauflage von 20 000. Auch dem ist unsererseits entsprochen worden. Es war Sache der Hallenser zu beurtheilen, wie viel Exemplare nach jedem Orte versandt werden sollten. Wenn die Bernburger sich benachtheiligt fühlten, hätten sie sich mit den Genossen in Halle auseinander zu setzen. Der Partei-Vorstand hat

mit Versendung und Vertheilung nichts zu thun. Ein fernerer Beschwerdepunkt bezieht sich darauf, daß Briefe vom Parteisekretariat im preußischen Unteroffizierston geschrieben sein sollen, daß man außerdem diesen Briefen ansehe, daß sie den Dingen nicht auf den Grund gehen. Das ist eine der Legenden, die in der Partei umgehen: Der Auer ist ein grober Kerl und der Fischer ist unter Umständen auch nicht ganz höflich. (Heiterkeit.) Wenn das im persönlichen Verkehr gesagt wird, so ist es einer jener schlechten Witze, die man hinnimmt und selber macht, aber hier vor dem Forum des Parteitages und der breiten Oeffentlichkeit sieht solch' eine Anschuldigung doch anders aus. Ist der Vorwurf ernst gemeint, dann verlangen wir, daß die betreffenden Briefe vorgelegt werden; dann wird sich zeigen, daß die Behauptung falsch ist. Viel eher hätten wir alles Recht zu klagen, daß schließlich die Parteisekretäre oft blos dazu da sind, als Blitzableiter für die üble Laune der Parteigenossen zu dienen. Ich muß also diese Angriffe ganz entschieden bis zum Beweise ihrer Wahrheit zurückweisen. Wie steht es mit dem sogenannten groben Brief in Wirklichkeit? Wenn wir das Geld schicken, das von der Parteileitung gefordert wird, wenn wir auf die Gesuche — und sei es auch nur mit drei Zeilen — antworten: „Ihr Gesuch ist bewilligt, das Geld geht noch heute von hier ab", dann sind das die höflichsten Briefe, die Briefe, die die Leute haben wollen. Wenn wir aber schreiben: „Wir haben Ihr Gesuch den Vorstand vorgelegt, wir haben die Sache untersucht, es ist gewiß bedauernswerth, daß Sie die Miethe nicht zahlen können, daß Sie arbeitslos sind u. s. w., aber die Mittel der Parteikasse können hierfür nicht verwandt werden", so sind das die „groben Briefe", gegen welche die Parteigenossen sich empören. Wie lag es speziell in dem Fall, der hier zum Anlaß der Beschwerde gemacht ist? Der betr. Genosse war durch Krankheit in Noth gerathen; Krankenunterstützung erhielt er nicht, weil er mit den Beiträgen im Rückstande war. Nun wandte er sich an den Partei-Vorstand, aber auch wir mußten das Unterstützungsgesuch ablehnen, weil wir eben keine Krankenunterstützungskasse sind. In allen solchen Fällen, wo keine politische oder polizeiliche Maßregelung vorliegt, können wir die Mittel der Partei nicht bewilligen, weil, was dem Einen recht, dem Andern billig sein würde. Wir können aber auch nicht jedes Mal 6 oder 8 Seiten lange Briefe schreiben, weil sehr viel zu thun ist und täglich eine große Menge Arbeit erledigt werden muß. Unsere Briefe sind sachlich und stets in dem Tone gehalten, welchen die Genossen von den Beamten der Partei beanspruchen dürfen.

Hoch-Frankfurt hat es als eine persönliche Kränkung empfunden, daß ich ihn fragte, warum er oder Schmidt nicht selber die von ihnen mitbeantragte Programmbroschüre schreiben. Ich habe diese Frage gestellt, weil wir doch alle voraussetzen können, daß die Be-

fähigung dazu bei beiden vorhanden ist. Ich habe damit blos die Schwierigkeit und Undurchführbarkeit ihres Antrages nachweisen wollen. Hoch meint, er habe als Tagesschriftsteller nicht die Zeit dazu. Ja, man kann doch solche Broschüren auch als Leitartikel bringen, den Satz stehen lassen und später für die Broschüre zusammenstellen. Dem Inhalt der „Frankfurter Volksstimme" hätte es gewiß nichts geschadet, wenn solche populär geschriebene Programmartikel in dem Blatte enthalten wären. Meine Fragestellung war ganz zutreffend, denn auch Hoch hat gemeint: wenn es nicht möglich ist, dann ist es eben nicht möglich! Und so ist es, es genügt eben nicht, eine solche Broschüre vom Partei-Vorstand beschließen zu lassen. Auch bezüglich der Agitation der Reichstagsabgeordneten liegt, so weit meine Ausführungen in Frage kommen, eine Mißdeutung vor. Es handelt sich nicht darum, entweder Parlamentsthätigkeit oder Agitation — so weit möglich, wird letztere heute schon gepflegt, fragen Sie Molkenbuhr, Frohme, Förster, Grillenberger, Bebel, Liebknecht u. s. w. — sondern darum: wo liegt die Grenze der Möglichkeit. Wir wenden uns nur dagegen, daß man immer und immer wieder mit solchen Anträgen an den Parteitag kommt, wo die Grenze der Belastung bereits erreicht ist. Der Antrag Hoch-Legien verlangt eine nach Wahlkreisen geordnete Tabelle der Versammlungen, nebst den Namen der Referenten. Ich meine denn doch; daß solche Aufträge einem Parteisekretariat, welches mit zwei Leuten besetzt ist, — und während der Reichstagssession ist Auer fast ständig abgehalten — nicht überwiesen werden sollen. Wenn wir weiter nichts zu thun hätten, wäre es etwas anderes. Aber bei unserer heutigen Arbeit, neben welcher wir auch noch agitiren sollen, ist es nicht möglich, solche Arbeiten zu machen, und die Zeit dafür wäre nicht nutzbringend angewandt. Wenn nur die von der Parteileitung veranstalteten Agitationstouren ausgeführt werden sollen, dann bekommen Sie kein Bild von der Tiefe und Ausdehnung der Partei-Agitation. Wie sollen wir nun aber diese Liste aufstellen? Wie kann der Partei-Vorstand das ohne Mitwirkung der Vertrauensleute zu Stande bringen, ohne die Mitwirkung der Genossen am Orte, wo die Versammlungen stattfinden? Und wie sieht es mit der Mitwirkung dieser Genossen in der Praxis aus? Da muß nun ich ein Klagelied anstimmen. Das Sekretariat hat z. B. übernommen, allmonatlich eine Strafenliste zusammenzustellen über alle Prozesse und Urtheile, die im Zusammenhang mit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen. Monat für Monat richten wir an die Genossen das Ersuchen, sie sollen uns die ergangenen Urtheile und das sonstige einschlägige Material mittheilen. Aber ganze Monate vergehen, ohne daß wir eine einzige solche Mittheilung empfangen. Von Frankfurt z. B. haben wir während des letzten Jahres meines

Wissens weder von Hoch, noch von Schmidt, noch vom Vertrauensmann auch nur eine Zeile über die dortigen Prozesse erhalten. In der Regel muß ich mich darauf beschränken, aus der Presse, der Parteipresse wie der gegnerischen, diese Notizen zusammenzuziehen. Genau so würde es gehen, wenn dieser Antrag angenommen würde. Er bleibt auf dem Papier, weil wir keine Möglichkeit haben, die Vertrauensleute zu dieser Pflichterfüllung zu zwingen, die sie oft auch nicht erfüllen können, weil sie in Folge von Maßregelungen zu oft den Wohnsitz wechseln, weil ferner eine Anzahl sonstiger Aufgaben auf ihnen lastet, welche ihnen für diese neue Thätigkeit gar nicht die nöthige Zeit lassen.

Genosse Grünwald meinte, der Kasseler Antrag, geeignete Agitationskräfte in die Provinzstädte zu versetzen, sei sehr wohl möglich. Die Kasseler Genossen hätten sich nur, bevor Pfannkuch nach Hamburg übersiedelte, an den Partei-Vorstand wenden sollen. Der Partei-Vorstand hat das garnicht abgewartet. Schon früher hatten wir Pfannkuch angeboten, 150 Mark monatlich aus der Parteikasse für die Agitation in Hessen zur Verfügung zu stellen, wenn Pfannkuch da bleiben wollte; aber er hat es abgelehnt. Schmidt-Friedberg hat über die Vernachlässigung Hessens geklagt. Jedes Mal habe ich bedauert, seinem Gesuch nicht entsprechen zu können, weil ich die Begründetheit dieses Gesuches anerkennen mußte. Es ist zur Zeit kein Mensch im ganzen Hessenlande, der dort für die Agitation thätig sein könnte. Warum hat aber Pfannkuch abgelehnt?

Ich will hier ein offenes Wort aussprechen: In unserer Partei herrscht vielfach noch die Unsitte, die Gehälter der Parteiangestellten, die Entschädigung an die Agitatoren, für ihre Auslagen und Zeitversäumniß gleichsam als eine Art Trinkgeld, als Gnadengehalt anzusehen, womit man den Betreffenden eine Wohlthat erweise. Mit dieser Art und Weise der Bezahlung machen Sie es einer ganzen Anzahl sensitiver oder sentimental angelegter Naturen einfach unmöglich, ihre Dienste der Partei zu widmen. (Sehr richtig!) Es ist nicht Jedermanns Sache, sich von dem ersten Besten öffentlich abtrumpfen zu lassen, wenn man in sich das Gefühl der Pflichterfüllung trägt. (Zustimmung.)

Was Grünwald weiter sagt, klingt ja so schön: es sei eigentlich eine Schande, die untersten Angestellten mit 18—24 Mark wöchentlich abzufinden und dabei so hohe Redaktionsgehälter in Berlin zu zahlen. Die erwähnten 18 Mark stellen keinen Arbeitslohn für eine Arbeitskraft dar, sondern sie sind der Betrag einer Pension für einen durch lange Gefängnißhaft dauernd krank gewordenen Genossen, der auf Antrag der Berliner Vertrauensmänner auf den Etat des „Vorwärts“ übernommen worden ist und dem freigestellt wurde, seine Kräfte, so weit sie es ihm gestatten, im Dienste des „Vorwärts“

zu verwenden. Löhne von 18 Mark kommen also gar nicht vor. Grünwald meint, Löhne unter 30 Mark sollten überhaupt nicht gezahlt werden. Ich bin in Lohnfragen gewiß kein Knicker, aber ich frage: Ist es denn die Aufgabe der Parteigeschäfte, für ein paar Leute, die zufällig darin als Hilfskräfte, Ausgeher, Hausdiener ꝛc. angestellt sind, eine ausnahmsweise hohe Bezahlung zu gewähren? Wenn es die Aufgabe der Parteigeschäfte sein soll, die Lösung der sozialen Frage in Embryogestalt darzustellen, dann habe ich nichts dagegen. Ich theile diese Auffassung nicht und werde sie bekämpfen; aber wenn das wirklich die Aufgabe sein soll, höhere Löhne zu zahlen als unter den allgemeinen Verhältnissen üblich, höhere Löhne als in allen Konkurrenzgeschäften, warum soll denn dies blos gelten für die Handarbeiter, warum nicht auch für die Kopfarbeiter, für die Redakteure? Eine solche Verkündigung angenehmer Grundsätze ist freilich sehr wohlfeil, aber dann müßten wir logisch weiter gehen, allgemein gleiche Löhne zahlen und schließlich auch verlangen, daß der Mann heute Hausdiener, morgen Chef-Redakteur, übermorgen wieder Hausdiener sei u. s. w. Das ist die praktische Konsequenz, wenn man jene Ausführungen von den Redeblumen loslöst.

Woher rühren nun diese Vorwürfe? Weil ein paar ehrlose Buben das Schlagwort erfunden haben von den Leuten, die aus der Parteikrippe fressen, fühlen sich plötzlich einige Genossen förmlich faszinirt, nach angeblich ungesunden Verhältnissen zu suchen. Und weil in unserer Partei solche nicht gefunden werden können, da sie eben nicht vorhanden sind, werden die kleinlichsten Vorwürfe erhoben. Und die Genossen vergessen ganz, wie hier hunderte von Federn beflissen sind, diese kleinen und kleinlichen Klagen aufzubauschen. Lesen Sie nur die gegnerischen Blätter und Sie werden staunen, in welch verzerrter Gestalt Ihnen da Ihre Vorwürfe entgegen schauen! Gewiß ist nicht alles vortrefflich in unserer Partei, gewiß werden auch hier Fehler gemacht, aber dann haben die Genossen genug andere Mittel zur Verfügung, die Abstellung derselben zu erzwingen als hier, vor dem Forum des Parteitages, diese Fehler gleichsam als das allgemeine Bild der Parteiverhältnisse hinzustellen. (Zustimmung.)

Gegen die Haltung und Redaktion des „Vorwärts" hätte auch ich wie Liebknecht Manches einzuwenden, und ich habe mich geradezu gewundert über die Bedeutungslosigkeit der Einwendungen, die hier gegen die Redaktion des „Vorwärts" erhoben worden sind. Ich hatte erwartet, daß namentlich die Vertreter der Parteipresse über den „Vorwärts" Beschwerde führen würden, daß er seine Aufgabe als leitendes und führendes Organ der Partei so wenig erfülle. In seiner politischen Uebersicht bringt der „Vorwärts" nur Räsonnements, das thatsächliche Material zur Beurtheilung und

Kritik der Tagesereignisse aber fehlt in unserem Zentralorgan fast vollständig. Unsere Redakteure an der Provinzpresse haben weder Zeit noch Gelegenheit, auf eigene Faust Tagespolitik zu treiben, es wäre Aufgabe des „Vorwärts", ihnen für den täglichen Kleinkrieg dieses thatsächliche Material zu liefern. In dieser Beziehung steht der „Vorwärts" noch lange nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. Nun liegt es mir vollkommen fern, die Schuld hierfür ausschließlich auf die Person des Chefredakteurs zu wälzen. Die Schuld trifft Sie Alle. Was verlangen Sie Alles von ihm und wie zersplittern Sie seine Kräfte! Liebknecht soll zu gleicher Zeit Redakteur, Parteischriftsteller, Agitator, Parteiführer, Reichstagsabgeordneter und alles Mögliche sein! Deshalb ist der „Vorwärts" nicht das Organ, das es eigentlich sein sollte und sein könnte. Auch in Bezug auf die „Neue Welt" theilt der Partei-Vorstand vollständig die Gefühle, welche die Partei hat. Wir glauben, daß Gestalt, Erscheinungsweise, Inhalt und äußere Form nicht den Anforderungen entsprechen, welche man an ein solches Unterhaltungs- und Bildungsblatt mit Recht stellen kann. Aber man hat Unrecht, wenn man sagt, die „Neue Welt" sei früher doch ganz anders gewesen. Nein, diejenigen, die solche Stoßseufzer ausstoßen, haben die frühere „Neue Welt" wohl gar nicht gelesen. (Widerspruch.) Nicht Verfolgungen, kein Kongreßbeschluß, auch nicht das Sozialistengesetz hat die „Neue Welt" außer Leben gesetzt, sondern sie ist an allgemeiner Langeweile eingeschlafen. Jetzt aber wird von einzelnen Rednern auf einmal der Eindruck erweckt, als hätte man ein entschwundenes Glück zu beklagen! Die Frage der Redaktion des „Vorwärts" ist sehr mit Unrecht auf das persönliche Gebiet hinübergespielt worden. Die Frage ist einfach so zu stellen: sind die Leistungen des Leiters des ersten Blattes der Partei so groß und werthvoll, daß das dafür ausgesetzte Gehalt ein Aequivalent ist? oder sind sie es nicht? Daß die Person des Genossen Liebknecht in Frage kommt, ist dabei gleichgiltig. Aber selbst wenn man eine solche Personenfrage stellte, würde ich sie bejahen. So lange Liebknecht, und zwar Jahre lang, im Dienste der Partei einen Monatsgehalt von 20—25 Thalern erhielt, haben wir nirgends gehört, daß das Gehalt zu gering, daß es widersinnig sei, wenn ein Handarbeiter mehr erhalte als der Leiter eines Blattes, ein Agitator und Führer der Partei. Wenn wir heute in der glücklichen Lage sind, ein Gehalt zu zahlen, das den Leistungen des Genannten entspricht, so ist es auch unsere volle und erste Pflicht, das zu thun. Es kommt ja leider bei einer ganzen Reihe von Parteiblättern vor, daß der Redakteur, der von früh Morgens bis spät Abends angespannt ist und am Abend und Sonntag noch agitiren muß, oft schlechter bezahlt wird als ein Setzer im Geschäft. Das sind unwürdige Zustände, die abzuändern eine der ersten Parteipflichten ist.

Es ist bedauerlich, daß eine so rein geschäftliche Frage, wie die Gehaltsfrage, zu einer Personenfrage gemacht worden ist. Aber da es geschehen, darf man wohl auch auf die Dienste hinweisen, die Liebknecht der Partei geleistet hat. Das Ansehen, die Macht, der Einfluß der Partei beruht nicht zum Geringsten auf der Aufopferung und Selbstlosigkeit, die Liebknecht ein volles Menschenalter hindurch bewiesen hat. 40 Jahre ist er im Dienste der Partei thätig, und während dieser Zeit hat er niemals die Rücksicht auf sein eigenes Wohlbehagen, auf die Zukunft seiner Familie in den Vordergrund gestellt. Auch heute noch ist er als Führer, Agitator und Schriftsteller der Partei geradezu unerreicht. Wer unter Ihnen ist, der wie Liebknecht in seinem Zuge nach Marseille vor- und nachher in Dutzenden von Versammlungen in lebendiger Jugendfrische das leistete, was er geleistet hat! Wir wollen ihm kein Gnadengehalt geben, sondern uns fragen, sind die Leistungen seinem Gehalt entsprechend. Und da glaube ich, daß es Pflicht und Schuldigkeit der Partei ist, das Gehalt in dieser Höhe zu bewilligen. Leistung gegen Leistung! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bitte Sie, Parteigenossen, in allen diesen Dingen persönliche Rücksichten bei Seite zu schieben. Die Partei ist groß geworden, weil sie sich von sachlichen, nie von kleinlichen, persönlichen Rücksichten hat leiten lassen. Wir wollen auf dieser Bahn, frei von allen persönlichen und Nebenrücksichten weiter wandeln, unseren Feinden zum Trutz, unseren Parteigenossen zu Nutz! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Das Schlußwort für die Kontroleure erhält

Berichterstatter Kaden: Grünwald beschwerte sich darüber, daß die Kontrolkommission nicht an Auer heran-, sondern um ihn herumgegangen sei, weil er der Parteisekretär sei. Die Kontrolkommission hat die Beschwerde, welche Przytulski an sie hat gelangen lassen, geprüft, untersucht, und der Genosse Auer hat dabei den Sachverhalt genau so dargestellt, wie er es dem Parteitage vorgetragen hat. Daß die Kontrolkommission der Person Auer's wegen auf die Sache nicht eingegangen wäre, ist eine Behauptung ohne jegliche Begründung. Daß ein Verdacht unter den Genossen sehr leicht entstehen konnte, ergiebt sich aus Folgendem. Der eine Genosse sieht, wie Przytulski freundschaftlich mit einem Polizeibeamten verkehrt, an einem anderen Orte sieht dasselbe ein anderer Genosse. Nun treffen sich beide Genossen und tauschen ihre Wahrnehmungen aus. Dann erhebt sich natürlich ein Verdacht, und wenn er erst aufgetaucht ist, dann ist er schlecht wieder zu beseitigen, denn ein juristischer Beweis läßt sich in diesen Dingen nicht erbringen.

Hierauf wird der Antrag der Kontroleure auf Dechargirung des Parteikassirers einstimmig angenommen.

Abgelehnt werden die Anträge Augustin, Kiesel, Legien, Litzinger und Genossen, Mahlke, Schulze-Bernburg; der Antrag Baudert-Apolda wird angenommen.

Der Antrag Grünwald auf Niedersetzung einer Kommission von 5 Mitgliedern zur Untersuchung des Falls Przytulski wird mit der Maßgabe angenommen, daß die Siebener-Kommission (für Solingen) die Untersuchung führen soll.

Gottlieb übernimmt den Vorsitz.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Diejenigen von Ihnen, die bei diesem Punkt der Tagesordnung eine längere Rede von mir erwartet haben, werden sich getäuscht finden. (Bravo!) Ich werde die kostbare Zeit des Parteitages nicht lange in Anspruch nehmen und kann mich lediglich auf den in Ihren Händen befindlichen gedruckten Bericht beziehen. Ich könnte hiermit schließen, wenn ich nicht eine Frage zu erledigen hätte, die nicht nur ich, sondern auch die Mitglieder des bisherigen Partei-Vorstandes für so wichtig halten, daß sie bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht werden muß. Sie wissen, daß der demnächst zusammentretende Reichstag von einer Militärvorlage bedroht ist, die bereits in den Partei-Versammlungen sowie in den Parteiorganen vielfach besprochen worden ist. Ich meine, daß die Parteigenossen im Reich, sowie überhaupt alle politisch denkenden Arbeiter es nicht begreifen würden, wenn der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages versammelt ist, zu der Militärvorlage nicht Stellung nehmen würde. Ich bin der Ansicht, das es Aufgabe und Pflicht des Parteitages ist, seine Meinung über die Militärforderung der Regierung zum Ausdruck zu bringen; würde es jedoch für Unsinn halten, wenn die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in lange Erörterung über den Militarismus und die Militärvorlage einträten. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus ist durch unser Programm gegeben. Jedermann weiß, wie die Sozialdemokratie zum Militarismus steht; wir sind Feinde des Militarismus und werden denselben so lange bekämpfen, bis er zerschmettert am Boden liegt. (Beifall.) Wir stehen bezüglich der Militärvorlage nicht auf dem Standpunkt der Fortschrittspartei, welche einmal die Parole ausgab, „diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen“, sondern bei uns heißt es, entsprechend unserem Prinzip: dem **Militarismus, dem herrschenden Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen!**

(Lebhafte Zustimmung!) Um dieser Stellung Ausdruck zu geben, schlage ich Ihnen folgende Resolution vor:

Durch die dem Reichstage in Aussicht gestellte Militärvorlage werden dem schon jetzt durch den Militarismus aufs äußerste bedrückten deutschen Volke noch neue persönliche und finanzielle Lasten zugemuthet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigsten Kulturarbeiten zu verzichten, und ohne daß die Quellen der produktiven Arbeit geschädigt werden.

Das herrschende Militärsystem, nicht im Stande, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Ueberfälle zu gewährleisten, bildet eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirthschaftliche Ausbeutung und die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug.

Der Parteitag fordert daher, entsprechend dem Programm der sozialdemokratischen Partei, die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden und die allgemeine Volksbewaffnung verwirklichenden Wehrsystems und erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der in der Sozialdemokratie politisch organisirten Arbeiterklasse Deutschlands handeln, indem sie die Regierungsvorlage sowie jede anderweite Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Augustin-Berlin: Ich empfehle Ihnen die Annahme der eben gehörten Resolution. — Dr. Lütgenau hat in diesem Jahre in Berlin eine Versammlung abgehalten, in welcher er eine Resolution befürwortete, bei den Stichwahlen nur einen Kandidaten zu unterstützen, welcher sich für den Achtstundentag erklärte. Ich glaube, es ist Sache des Parteitages, zu dieser Frage klare Stellung zu nehmen. Unsere gegnerischen Parteien, mögen sie heißen, wie sie wollen, sind reaktionäre Parteien, die wir selbst dann nicht unterstützen dürfen, wenn sie erklären, daß sie für den Achtstundentag eintreten. Wir wollen mit den bürgerlichen Parteien nichts gemein haben. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme folgender Resolution:

„In Erwägung, daß die Verstärkung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats durch die bestehende kapitalistische Herrschaft bewirkt wird, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich immer mehr verschärft, die Interessen der Arbeiter von der einen „reaktionären Masse", die alle bürgerlichen Parteien bilden, immer mehr unterdrückt werden, weist die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien — gleichviel ob direkt oder indirekt — zurück und empfiehlt den Genossen, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten sich stets der Stimmabgabe zu enthalten."

Jähnig-Halle: Wir haben im vorigen Jahre in Halle verschiedene stark besuchte Versammlungen der Arbeitslosen abgehalten, in welchen wir den Leuten versprochen haben, daß wir der Fraktion des Reichstages anheim geben würden, sofort für die obligatorische Einführung des Achtstundentages einzutreten, damit der Arbeitslosigkeit einigermaßen gesteuert würde. In Bezug auf den Militarismus habe ich den Auftrag, dahin zu wirken, daß ein Flugblatt in diesem Sinne herausgegeben wird.

Vogtherr-Berlin: Die Frage der Betheiligung bei den Stichwahlen ist seiner Zeit von mir dahin präzisirt worden, daß ich es für unangebracht halte, die Frage überhaupt innerhalb der einzelnen Wahlkreise zu ventiliren. Der Parteitag als Vertretung der Gesammtpartei hat sein Urtheil darüber abzugeben. Ich hoffe, daß er auch heute sich strikte in dem Sinne der von Augustin vorgeschlagenen Resolution entscheiden wird. Ich halte es namentlich insofern für unpraktisch, ja dem Interesse der Partei zuwiderlaufend, von vornherein die Betheiligung bei den Stichwahlen abhängig zu machen von dem jeweiligen Verhalten der bürgerlichen Parteien, weil wir deren Verhalten, sowohl in Bezug auf den Achtstundentag, wie den Militarismus u. s. w. von vornherein beurtheilen können.

Mittag-Halle: Meine Mandatgeber haben mich beauftragt, für die sofortige Einführung des Achtstundentages einzutreten. Nun bin ich überzeugt, daß der Reichstag das nicht annehmen wird, ich glaube aber, daß trotzdem unsere Fraktion diese von den Arbeitern aller zivilisirten Nationen gestellte Forderung im Reichstag vorbringen muß und nicht erst bis 1898 warten darf, wie sie seiner Zeit beschlossen hat. Die heutigen Verhältnisse sind vollständig reif. Man könnte sagen, daß der Achtstundentag heut zu Tage der ländlichen Bevölkerung nicht angepaßt werden könne. Der Merseburger, Querfurter und Saal-Kreis, alles ländliche Kreise, haben sich aber dafür erklärt, daß der Achtstundentag sofort eingeführt wird. Wir sind überzeugt, daß durch diesen die Misère nicht beseitigt werden kann, aber es ist wenigstens eine kleine Abhilfe, denn eine bestimmte Anzahl von Arbeitslosen würde Arbeit bekommen.

Albrecht-Halle: Auch ich habe den Auftrag, dahin zu wirken, daß die sozialdemokratische Partei sich niemals wieder auf einen Kompromiß bei den Stichwahlen einläßt. Was die Thätigkeit der Fraktion betrifft, so kann ich mich mit ihrem Antrag auf Verstaatlichung des Apothekergewerbes nicht einverstanden erklären. Wenn wir einmal verstaatlichen wollen, so müssen wir auch für die Verstaatlichung aller anderen Gewerbe oder Berufe eintreten. Eine Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen wird durch die Verstaatlichung der Apotheken nicht herbeigeführt. Würden sie

verstaatlicht, so würde die heutige Regierung, der Staat, seinen Vortheil dabei herausschlagen, und die Arbeiter in den staatlichen Betrieben und Werkstätten würden nicht besser gestellt sein, wie in den Privatbetrieben. Die Rücksicht auf das Krankenkassengesetz kann hierbei nicht den Ausschlag geben.

Könen-Hamburg: Als seiner Zeit im Reichstage die Korvette K zur Genehmigung vorlag, trat der Oberpräsident v. Puttkamer in einem Schreiben an den Reichskanzler für den Bau derselben ein, mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter in Stettin. Der freisinnige Abg. Dohrn trat dem entgegen, mit der Behauptung, daß in Stettin keine Arbeitslosigkeit sei, und daß die Leute dort 5 M. pro Tag verdienten. Er wird sich diese Information vom Stettiner Rathhaus geholt haben, jedenfalls nicht aus den Stettiner Arbeiterkreisen. Diese Behauptung des Abg. Dohrn ist seitens unserer Abgeordneten ohne Widerspruch geblieben. Ich frage die Fraktion, warum sie im Reichstag keinen Widerspruch erhoben hat.

Ullenbaum-Elberfeld: Unsere Forderungen an die heutige Gesellschaft sind in zwei Abtheilungen im Programm niedergelegt. Nun hätte ich gern gewünscht, daß unsere Fraktion bei passender Gelegenheit diesen oder jenen Punkt unseres Programms in Form von Gesetzentwürfen dem Reichstage vorgelegt hätte, um dadurch eine Diskussion über diese Fragen zu erzwingen. Das würde einen großen agitatorischen Werth für uns haben. Wenn die Berichte hierüber in das Land dringen, so könnte die Landbevölkerung, die indifferente Masse, immer mehr mit unseren Prinzipien bekannt gemacht werden.

Bueb-Mülhausen i. E.: Ich habe die Verpflichtung, die Reichstagsfraktion nach dem Schicksal des auf dem Erfurter Kongreß angenommenen Antrages, bezüglich der Abschaffung der in Elsaß-Lothringen existirenden Ausnahmegesetze zu fragen. Ich muß unser Bedauern aussprechen, daß von Seiten der Reichstagsfraktion zur Erledigung desselben in diesem Jahre nichts geschehen ist, um so mehr als es ein Mitglied der Reichspartei, der Abg. Höffel, war, welcher sich im Reichstage der elsässischen Redakteure erbarmte und einen Antrag auf Einführung des deutschen Reichspreßgesetzes einbrachte. Er hätte thatsächlich einen großen agitatorischen Werth für unsere Partei gehabt, wenn dieser Antrag zugleich mit den Anträgen auf Abschaffung des bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetzes, sowie des wie ein Damoklesschwert über uns hängenden Diktaturparagraphen von unseren Genossen gestellt worden wäre. Die enormen Zuschüsse, welche das elsässische Parteiorgan von der Partei erfordert, haben ihre Ursache wesentlich in den gesetzlichen Bestimmungen über die Kolportage und die Presse. Es besteht bei uns kein einheitliches Preßgesetz; wir haben nicht

ein französisches Preßgesetz, sondern deren 27, Dekrete, Verordnungen, Ordonnanzen, davon hat das erste das Licht der Welt erblickt im Jahre des Heils 1735, das letzte im Jahre 1868. Die meisten stammen aus der traurigsten Zeit der bourbonischen und napoleanischen Gewaltherrschaft. Ich will nur ein paar Fälle herausgreifen. Wir haben eine von der Regierung genehmigte Zeitung, für welche von der Partei eine Kaution von 10 000 M. geleistet werden mußte. Dieses Geld wird verzinst zu sage und schreibe 3 pCt. Diese Zeitung war nun vor kurzem in Straßburg beschlagnahmt worden, nicht weil sie aufreizende Artikel brachte, sondern weil angeblich der Austräger dieser Zeitung nicht im Besitz des Kolportagerechts sei. Dann folgendes Straßburger Polizeistückchen. Wir ersuchten die Polizeibehörde, in Plakatform Abonnementseinladungen für Zeitungen anschlagen zu dürfen. Es wurde uns erwidert: das hat bis heute noch keine Zeitung gethan, folglich dürft ihr es auch nicht thun. (Heiterkeit.) Kurz darauf wurden hübsche Plakate für die Straßburger „Neuesten Nachrichten" angeschlagen. Unsere Straßburger Genossen wiederholten ihren Antrag und begegneten wieder einem Nein. Aehnlich steht es mit dem Vereinsgesetz. In Kolmar richteten die Textilarbeiter ein Gesuch um Genehmigung ihrer Statuten an die Polizeibehörde. Man lehnte aber den Antrag ab, obgleich es sich um die Ausübung eines durch die Gewerbeordnung gegebenen Rechts handelte. In Deutschland ist es der Kapitalismus, welcher in roher Weise die Arbeiter verhindert, dieses von der Regierung gegebene Recht auszuüben, bei uns verhindert es die Regierung. Wir hatten eine starke Textilarbeiterorganisation von über 700 Genossen zum Aerger der Kapitalisten und Behörden. Eines schönen Morgens wird ein Genosse zum Arbeitgeber zitirt und ihm und seinen Genossen eröffnet, daß, wenn sie nicht sofort ihr Amt als Vorstandsmitglieder niederlegten, sie auf die Straße gesetzt würden. Die Arbeiter erklärten sich für solidarisch mit den Vorstandsmitgliedern, sie legen die Arbeit nieder, von allen Seiten kommen Unterstützungen. Was geschieht nun? Der Textilfachverein wird von den Behörden aufgelöst, ohne daß er sich irgendwie vergangen hatte. Die Arbeiter sind durch das Kapital mit Hilfe der Regierung zerschmettert worden. (Lebhafte Aeußerungen des Unwillens.) Welche Schwierigkeiten haben wir nicht, eine Versammlung abhalten zu dürfen! Wollen wir eine Versammlung abhalten, da müssen wir uns zunächst in den Besitz eines sogenannten Stempelbogens von 40 Pfennig setzen, um darauf das Gesuch mit Angabe des Themas zu schreiben. Dann müssen wir in dem Orte herumlaufen und 7 Unterschriften von Ortsinsassen sammeln, die in sämmtlichen politischen und bürgerlichen Ehrenrechten sind. Giebt uns nun der Wirth das Lokal, dann wird er unter Umständen auf

die Polizei zitirt und ihm vorgehalten, daß, wenn er noch eine Versammlung abhalten ließe, sein Lokal geschlossen werden würde. (Glocke des Präsidenten.) Ich habe vielleicht meine Redezeit überschritten, aber hier ist die einzige Stelle, wo das elsässische Volk seinen Schmerzen Ausdruck geben kann. Der Diktaturparagraph liegt in den Händen des Statthalters. Der jetzige Statthalter macht von ihm keinen ausgedehnten Gebrauch, aber er kann es thun. In Elsaß-Lothringen kann man einem den Kopf vor die Füße legen, und es bedarf dazu weiter nichts, als daß der Statthalter darüber an den Reichskanzler berichtet. Man kann ausgewiesen werden, ohne daß irgend welcher Grund angegeben wird. Ueberhaupt: Gründe kennen die reichsländischen Behörden nicht. Als wir kurz nach dem Jahre 1870 annektirt wurden, da konnte man in der deutschen Presse so viel hören von der verlotterten französischen Wirthschaft, in der wir mit Blindheit geschlagenen Elsässer gelebt hätten. Worauf basirte diese Wirthschaft? Auf denselben Gesetzen, die heute noch nach 22 Jahren in unserem Lande in Kraft sind, die mit einer Meisterschaft gehandhabt werden, gegen die der französische Bureaukratismus ein Nichts ist. (Zustimmung.) Was führt man als Grund für diese Ausnahmegesetze an? Man sagt, wir sind Chauvinisten, wir wollten wieder französisch werden. Solche Ausdrücke sind nur möglich, weil dem elsässischen Volke in seinem Lande nicht Gelegenheit gegeben ist, dagegen Protest zu erheben. Ich erkläre im Namen des intelligenten elsässischen Volkes, d. h. nicht blos im Namen unserer Partei, sondern der Arbeiterschaft, daß wir keine Chauvinisten sind, keine Franzosenköpfe, keine Protestler. Wir sind Anhänger der Internationalität, für die kämpfen wir! (Stürmischer Beifall.) Wir wollen kein Sturmbock zwischen Franzosen und Deutschen, sondern das Bindeglied sein, durch welches sich Deutschland und Frankreich die Hände reichen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir protestiren gegen die Annexion, nicht weil wir Franzosenköpfe sind, sondern aus denselben Gründen, aus denen die deutsche Sozialdemokratie dagegen protestirt: weil durch die Annexion das wichtigste Recht jedes Volkes, das Selbstbestimmungsrecht, mit Füßen getreten worden ist. Wir wollen Frieden haben, uns ruhig entwickeln; wir tragen unsere Lasten, dafür wollen wir aber auch unsere Rechte haben, und da ist es vor allen Dingen die sozialistische Reichstagsfraktion, an die wir uns wenden, daß sie im Reichstage unserer Klagen Ausdruck giebt. Leider haben wir die deprimirende Erfahrung gemacht, daß ein Reichsparteiler für uns einigermaßen eintritt, während unsere Fraktion geschwiegen hat. Möge mit dem erwähnten Antrag geschehen, was da wolle, werden die Ausnahmegesetze abgeschafft oder bleiben sie, wie sie sind. Wir haben bis jetzt gekämpft, wir werden weiter kämpfen. Unsere Parole ist: Vorwärts! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Singer schlägt vor, diejenigen Anträge, die bereits gedruckt vorliegen, und die im Laufe der Verhandlungen eingebracht sind, so weit sie sich auf die zukünftige Thätigkeit der Fraktion beziehen, nicht bei diesem Gegenstand der Tagesordnung, sondern erst bei der Berathung der übrigen Anträge zu verhandeln.

Vorsitzender Gottlieb erklärt sich gegen diesen Vorschlag, ebenso auch Bebel, da eine Grenze zwischen dem, was die bisherige war und die künftige Thätigkeit der Fraktion sein soll, schwer zu ziehen sei.

Der Parteitag ist in seiner Mehrheit derselben Meinung, und es werden folgende Anträge mit zur Debatte gestellt:

Genossen in Elberfeld: Den zweiten Theil unseres Parteiprogramms in Form von Gesetzentwürfen zu bringen und diese nebst den bisherigen Arbeiterschutzgesetz-Entwürfen dem Reichstag vorzulegen.

Genossen in Halle a. S.: Die Fraktion zu beauftragen, die sofortige obligatorische Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu verlangen, um der immensen Arbeitslosigkeit zu steuern.

Genossen in Bernburg: Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags und die sozialdemokratische Partei wolle nach Kräften für Beseitigung des religiösen Eides wirken.

Frauen und Jungfrauen von Mannheim: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Parlament die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie zu fordern;

2. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren in all den Gewerben zu fordern, in denen ausschließlich oder zum größten Theil Frauen beschäftigt werden.

Parteigenosse P. Reichsteig, Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags möge, gestützt auf § 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1869, durch Einbringung eines Antrages oder Interpellation noch in dieser Session die „sofortige“ gesetzliche Neueintheilung der Reichstagswahlkreise fordern.

Parteigenosse O. Kamenz, Berlin: Die Reichstagsfraktion werde beauftragt, einen Antrag auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen im Reichstag einzubringen.

Parteigenosse L. Emmel, St. Johann: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten werden beauftragt: in den gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß alle in staatlichen Betrieben beschäftigte Hilfsbeamte und Arbeiter nach einer kurzen Probezeit unter das Beamtengesetz desjenigen Einzelstaates zu stellen sind, in dem sie beschäftigt sind.

Parteigenossen in Düsseldorf: Resolution: In Erwägung, daß das Parlament nur ein Agitationsmittel sein soll, beantragen die Genossen in Düsseldorf, daß von jetzt an nur außer bei wichtigen Abstimmungen) einzelne Abgeordnete im Parlament vertreten sind und die andern während der Session in verschiedenen Provinzen Versammlungen abhalten, um so dem Volke die Nothwendigkeit des Sozialismus vor die Augen zu führen.

Ehrhart-Ludwigshafen: Der Parteitag beschließt, nach jeder Session des Reichstags einen kurz gefaßten Bericht über die parlamentarische Thätigkeit herauszugeben. Derselbe soll besonders die Aufgabe haben, als Handmaterial für diejenigen Genossen zu dienen, welche sich der Agitation widmen. Namentlich soll demselben ein Namensverzeichniß über wichtige Abstimmungen beigefügt werden.

F. Bueb-Mühlhausen-Gebweiler-Colmar, B. Böhle-Straßburg, R. Kaiser-Metz: Der Parteitag beauftragt die Fraktion, im Reichstag so bald wie möglich die Aufhebung der in Elsaß-Lothringen heute noch geltenden Ausnahme-Gesetze, nämlich des Diktatur-Paragraphen, der Versammlungs-, Vereins- und Preß-Gesetze zu beantragen und speziell hinsichtlich der letzteren die baldmöglichste Einführung der Reichs-Preßgesetze in Elsaß-Lothringen zu erstreben.

Resolution.

Der Parteitag erklärt sich mit der bisherigen parlamentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden und erwartet von derselben auch ferner eine thatkräftige Vertretung der proletarischen Interessen.

Vogtherr. W. Börner. Th. Metzner. A. Taeterow.

Flöther-Bückeburg ist der Meinung, daß, wenn man die Massen, vor Allem die ländliche Bevölkerung, gewinnen will, die sozialdemokratischen Forderungen wie der Achtstundentag von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage immer wieder erhoben werden müssen und zwar energischer, als es bisher geschehen sei. Konzessionen, wie sie Dr. Lütgenau in der Stichwahlfrage versprochen, dürften nicht gemacht werden. Man dürfe die Freisinnigen höchstens in der Agitation für Aufhebung der Schutzzölle unterstützen. Auch in Bezug auf die Frage, wie dem Nothstande in Folge der Cholera-Epidemie abzuhelfen sei, habe die Fraktion Stellung zu nehmen.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen.

Der Vorsitzende Gottlieb theilt mit, daß aus Schwedt a. O. ein von 56 Parteigenossen unterzeichnetes Schreiben eingelaufen ist, in welchem bestätigt wird, daß der Genosse Thierbach als Delegirter gewählt ist.

Dies Schreiben geht an die Mandatsprüfungs-Kommission.

Aus mehreren Orten sind Begrüßungsschreiben eingegangen.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt **Gottlieb**.

Aus Baden-Baden ist ein Schreiben eingegangen, in dem mitgetheilt wird, daß der Genosse Geck wegen Krankheit in seiner Familie nicht am Parteitage theilnehmen kann, und daß die Freiburger Genossen des 8. Badischen Wahlkreises Joh. Friedrich Haug in Freiburg delegirt haben.

Sämmtliche Delegirte sind von der Deutschen Hutfabrik (Borgmann) zur Besichtigung dieses Etablissements für Donnerstag Nachmittag eingeladen.

An Telegrammen und Begrüßungsschreiben liegt wiederum eine ganze Anzahl vor.

Die Vormittag abgebrochene Berathung über

die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion

wird fortgesetzt.

Es werden noch folgende **Anträge** bezw. Resolutionen zur Debatte gestellt:

1. **Herschel-Breslau** und Genossen: Der Parteitag wolle beschließen: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstag einen Antrag einzubringen dahingehend, die Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte für die Gemeinden **obligatorisch** zu machen.“

Germer-Essen: Ersuche den Parteitag, Protest zu erheben gegenüber der Maßregelung der organisirten Arbeiter der Firma Krupp von Seiten derselben, sowie der Behandlungsweise eines Theils der Unterbeamten gegenüber ihren untergebenen Arbeitern im Allgemeinen.

F. Kandt-Rostock und Genossen: Beantragen, daß die Fraktion in der nächsten Sitzungsperiode des Reichstags einen Antrag einbringt, worin ein Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetz gefordert wird.

Mich. Schmidt: Die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten werden aufgefordert, in den betreffenden Parlamenten den Antrag zu stellen, daß die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter nur nach einem schiedsgerichtlichen Verfahren, daß eine grobe Verletzung festgestellt hat, entlassen werden können.

Dagegen soll die Frage des Verhaltens der Partei bei den Stichwahlen aus dieser Debatte ausscheiden und gesondert behandelt werden.

Bogs-Bromberg: Ich bin beauftragt, der Reichstagsfraktion für ihre Thätigkeit den Dank auszusprechen und einen Antrag einzubringen, nach welchem die Regelung der Neueintheilung der Wahlkreise baldmöglichst betrieben werden soll. Dann wünschen

wir, daß unsere Fraktion im Reichstage einen Antrag einbringen möge auf eine anderweitige Regelung der Arbeitsordnungen. Gerade die staatlichen Musteranstalten haben Muster an Fabrikordnungen, wie sie nicht sein sollen.

Schweer-Hamburg: Im Gegensatz zu einem früheren Redner bin ich ein Freund der Verstaatlichung der Apotheken. Die Erfahrungen in Hamburg bei der letzten Epidemie haben mich hierin bestärkt. Mit knapper Noth bekam die arme Bevölkerung einen Arzt, aber woher sollte sie das Geld nehmen, um die theuren Recepte zu bezahlen? Ich bin also entschieden dafür, daß die Fraktion auf eine Verstaatlichung des Apotheken- und Aerztewesens hinwirkt.

Kandt-Rostock begründet seinen Antrag: Wir in Mecklenburg wohnen unter ähnlichen Verhältnissen, wie sie uns Genosse Bueb in Bezug auf den Elsaß geschildert hat. Wir haben absolut keine politischen Rechte, wir haben Steuern zu zahlen und dann den Mund zu halten. (Heiterkeit.) Wir sind nicht einmal in der Lage, einen Delegirten öffentlich wählen zu können; wir müssen zu unseren Zusammenkünften per Karte einladen, es ist das in kleinen Städten und Ortschaften recht schwierig. Wir haben nicht einmal das Recht gehabt, über die gewerblichen Schiedsgerichte öffentlich zu reden, weil dies nach der Ansicht der Polizei ein politisches Thema ist. Deshalb können wir auch in den mecklenburgischen Wahlkreisen nicht vorwärts kommen. Die Fraktion möge also mit aller Entschiedenheit ein Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetz fordern. Man hat uns in Erfurt entgegengehalten: wer bürgt uns dafür, daß wir nicht ein Reichsgesetz bekommen, das noch viel reaktionärer ist als das, was Ihr jetzt habt? Selbst wenn dies richtig wäre, so litten wir doch wenigstens Alle unter demselben Druck. Aber ich befürchte eine solche Eventualität garnicht, nachdem unsere Partei so groß geworden ist.

Lorenz-Königsberg: Auf dem Erfurter Parteitage wurde die Mangelhaftigkeit der jetzigen Gewerbegerichte betont und der Fraktion eine entsprechende Direktive gegeben. Seitdem ist nichts geschehen, und meine Mandatgeber haben mich beauftragt, diese Frage hier nochmals zur Sprache zu bringen. Die ungelernten Arbeiter sind empört darüber, daß sie von den Gewerbegerichten ausgeschlossen sind. Wir haben unter den Hafenarbeitern Königsbergs sehr viele Anhänger verloren, und der Hinweis auf die Majorität des Reichstages hat uns wenig genützt. Man hat die obligatorische Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte in allen Städten beantragt, und ich empfehle diesen Antrag. Des Weiteren bin ich für sofortige Einführung des Achtstundentages und die Verstaatlichung der Apotheken, schon mit Rücksicht auf die agitatorische Wirkung solcher Anträge.

Metzner-Berlin: Nützen derartige Anträge nicht viel, so wecken sie wenigstens das öffentliche Interesse. Dahin gehört auch der Antrag, die sozialdemokratische Fraktion wolle nach Kräften für die Beseitigung des religiösen Eides wirken. In der Form des Eides liegt eine Bedrückung, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. Viele von uns gehören keiner der gläubigen Richtungen mehr an, welche irgend eine Hoffnung auf eine überirdische Belohnung oder Bestrafung in sich bergen. Den Antrag der Frauen und Jungfrauen aus Mannheim unterstütze ich gern, dagegen erscheint mir der Protest gegen die Firma Krupp völlig grundlos. Wir haben hier in der nächsten Nähe eine Maßregelung vor Augen, die in ihren weittragenden Folgen nichts zu wünschen übrig läßt; ich meine die Maßregelung der Bediensteten der Pferdebahnen und öffentlichen Verkehrsanstalten. Auf diese und viele andere Gemaßregelte müßte doch mindestens der Antrag ausgedehnt werden. Die Düsseldorfer Resolution halte ich für überflüssig.

Auer: Dieser Punkt der Tagesordnung lautet: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Es soll bei dieser Gelegenheit eine Kritik geübt werden, wenn eine solche nothwendig ist, an den Handlungen der Reichstagsfraktion seit unserem letzten Parteitage. Alle die Zukunftsträume, die bis jetzt in die Diskussion hereingespielt haben, scheinen mir sehr verwandt zu sein mit dem, was man leeres Stroh dreschen nennt. (Sehr wahr.) Beantragt ist z. B. eine Abänderung des Strafgesetzbuches. Na, was hätten wir nicht Alle für Wünsche! Wir würden nicht nur eine Aenderung der Eidesformel und den Fortfall des Majestätsbeleidigungsparagraphen verlangen, sondern eine Reihe viel wichtigerer Bestimmungen ändern. (Zustimmung.) Deshalb wäre es in Rücksicht darauf, daß es noch eine Reihe anderer Punkte giebt, bei denen es unter allen Umständen nothwendig ist, daß der Parteitag der Parteileitung eine Direktive giebt, weit fruchtbarer, nur zu sagen, was Ihnen an dem bisherigen Verhalten der Reichstagsfraktion nicht gefallen hat. Zukunftsmusik ist hier überflüssig. Beauftragen Sie doch die Fraktion, dafür zu sorgen, daß der sozialdeomkratische Staat eingeführt wird, (Heiterkeit) damit ist Alles gesagt. Sie müssen zur Fraktion das Vertrauen haben, daß sie im gegebenen Falle das Zulässige und Mögliche fordert, wenn es das Interesse der Partei oder wenigstens das Interesse der Agitation erheischt. Man richte doch alle solche Wünsche direkt an die Fraktion. Was die Düsseldorfer Resolution betrifft, so bedauere ich, daß die Düsseldorfer Genossen keinen Delegirten hierher geschickt haben, der uns sagt, wie das etwa ausgeführt werden soll. So bleibt nichts übrig, als den Antrag abzulehnen.

Ehrhart-Ludwigshafen begründet kurz seinen Antrag. Nicht jeder Genosse habe die Zeit, das zur Agitation nothwendige Material

zu sammeln. Deshalb müßte dem Agitator in jedem Jahr ein handlicher Bericht, ähnlich wie das Lux'sche Handbuch, über die Thätigkeit des Reichstages zu Gebote gestellt werden, aus dem auch ersichtlich wäre, was die Gegner geleistet hätten.

Bebel: Mit den Ausführungen Auer's bin ich diesmal ganz und garnicht einverstanden. Allerdings handelt dieser Punkt der Tagesordnung von dem Bericht über die Thätigkeit der Fraktion. Wir haben aber ausdrücklich beschlossen, daß alle Anregungen, welche in Bezug auf die künftige Thätigkeit der Fraktion aus dem Schoße des Parteitages an uns gelangt sind, einer allgemeinen Diskussion unterzogen werden. Allerdings bin ich mit Auer insofern gleicher Meinung, als unter diesen Anträgen sich eine ganze Reihe solcher befindet, die ihre thatsächliche Erledigung gefunden haben, oder überhaupt nicht erledigt werden können, oder der Fraktion zur Erwägung für künftige Schritte überwiesen werden können. Aber es ist gut, wenn die Fraktion weiß, was die Partei im Ganzen wünscht, daß sie thue, und nicht anders fasse ich die heutigen Anträge und Erörterungen auf. Nun ist man ja freilich bei dieser Auffassung von der zukünftigen Thätigkeit der Fraktion in den verschiedenen Anträgen weit über das hinausgegangen, was vernünftiger Weise, möchte ich sagen, zulässig ist. Hätten z. B. die Elberfelder Genossen, als sie ihren Antrag beriethen und beschlossen, keinen Juristen unter sich gehabt, dann könnte man allenfalls einen solchen Antrag begreifen. Wir sollen nicht mehr und nicht weniger als den ganzen zweiten Theil unseres Programms in Gesetzesform formuliren und dem Reichstag zur Berathung vortragen! Dazu haben wir gar nicht die Kräfte, und dann können wir nicht in jedem Moment die Forderungen des Programms vor den Reichstag bringen ohne die mindeste Hoffnung auf deren Annahme. Aber nun hat diesen Antrag, so viel ich weiß, Genosse Landé gestellt; er ist Jurist und muß wissen, was in Bezug auf Vollendetheit der Form der Anträge im Reichstage verlangt wird. Solche Anträge werden nicht aus dem Aermel geschüttelt. Ueber den Arbeiterschutzgesetzentwurf haben wir Monate und Monate gesessen, und dann hat man uns im Reichstage vorgeworfen, daß er in vieler Beziehung formal mangelhaft sei, weil wir nicht die dazu nothwendigen Juristen unter uns hätten. — Was den Mannheimer Antrag betrifft, so würden die Frauen und Jungfrauen Mannheims diesen Antrag garnicht gestellt haben, wenn sie mit den Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung genauer vertraut gewesen wären. Denn in dieser ist zwar nicht die obligatorische Inspektion für die Hausindustrie ausgesprochen, aber dem Bundesrath die Vollmacht gegeben, diese Bestimmungen auf die Hausindustrie auszudehnen. Der zweite Antrag der Frauen und Jungfrauen in Mannheim, betreffend die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren,

ist den gegenwärtigen Verhältnissen gegenüber nur ein frommer Wunsch. Was den Antrag betrifft, die gewerblichen Schiedsgerichte überall obligatorisch einzuführen, so ist die Vorlage über die gewerblichen Schiedsgerichte erst im vorigen Jahre Gesetz geworden. Wir haben die obligatorische Einführung der Schiedsgerichte verlangt, unser Antrag ist abgelehnt worden, und nun sollen wir schon wieder einen solchen Antrag stellen! — In welch' trauriger Lage sich die elsässischen Genossen befinden, hat Genosse Bueb in zündender Rede dargelegt. Er hat die Beseitigung des Diktaturparagraphen, die Einführung des deutschen Preßgesetzes und ein neues Vereins- und Versammlungsgesetz verlangt. Von diesen Forderungen können wir nur zwei auf die Tagesordnung setzen, die Beseitigung des Diktaturparagraphen und die Einführung des deutschen Preßgesetzes. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist zwar der Kompetenz des Reiches unterstellt, aber da wir noch kein Vereins- und Versammlungsgesetz für das Reich haben, so können wir es nicht für Elsaß-Lothringen verlangen. Unsere Anregung in Erfurt hat dem Abgeordneten Höffel Veranlassung gegeben, sofort einen bestimmt formulirten Antrag bei Eröffnung der Session einzubringen. Er kam uns also zuvor, und er konnte es, weil wir sammt und sonders mit Ausnahme von Hickel in der Fraktion über die ländlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen ununterrichtet waren und uns erst informiren sollten, und ehe wir dazu schritten, war der Höffel'sche Antrag schon gestellt, sonst wäre er ganz sicher von uns gestellt worden. — Genosse Kandt hat hervorgehoben, wie traurig in Mecklenburg die Verhältnisse seien und verlangt, daß dort dasselbe Maß von Freiheit gewährt würde wie im übrigen Deutschland. Ich begreife das vom Standpunkt der Mecklenburger vollkommen. Aber Kandt wird anerkennen, daß wir mit dem Maß von Freiheit im übrigen Deutschland lange nicht zufrieden sind. Nach unserem Programm haben wir nichts weiter zu beantragen, als die Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung unterdrücken. Mit einem neuen Vereins- und Versammlungsrecht können wir, auf Grund unseres Programms nicht vorgehen. Einerseits haben wir Mecklenburg gegenüber eine ganze Reihe von Staaten, wie Hessen, Baden, Württemberg und Thüringen, die ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht haben, andererseits verstößt die Forderung gegen den klaren Wortlaut des Programms. Der Antrag Emmel ist nicht acceptabel. Wenn wir einen solchen Antrag stellen, dann müssen wir ihn für alle Arbeiter stellen. Ich könnte ihnen auch nachweisen, daß dieser Antrag auch materiell garnicht die Bedeutung hat, die der Antragsteller demselben beimißt. Wir kommen über die ganze Frage sehr einfach und kurz hinweg, wenn wir die ganzen Anträge, ob sie annehmbar sind oder nicht, so weit sie sich auf die zukünftige Thätigkeit der Fraktion beziehen,

einfach der Fraktion zur Erwägung überweisen. Ich beantrage demnach, alle diese Anträge der Fraktion zu überweisen.

Auf Antrag Fischer-Weimar und Schmidt-Zwickau wird die Diskussion geschlossen, nachdem Emmel sich dagegen erklärt hat.

Das Schlußwort erhält

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Nachdem, wie es scheint, im Parteitage die Neigung vorhanden ist, alle zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Anträge der Reichstagsfraktion zur weiteren Erwägung zu überweisen, kann ich mir ein näheres Eingehen auf die meisten dieser Anträge ersparen. Ich würde sonst im Wesentlichen zu denselben Resultaten kommen müssen wie Bebel. Was die Diskussion anlangt, so kann es sowohl der Partei als auch den Abgeordneten zur Genugthuung gereichen, daß gegen die Thätigkeit der Fraktion wesentliche Einwendungen hier nicht erhoben werden konnten. Vereinzelte Bedenken hat nur unser Antrag betreffend die Verstaatlichung der Apotheken hervorgerufen. Wenn es uns aber gelungen wäre, die privatkapitalistische Ausbeutung, die gerade auf dem Gebiet des Heilwesens am niederträchtigsten wirkt, zu beseitigen, so hätten wir doch etwas erreicht, was des Kampfes werth gewesen wäre. Wir haben nur zu bedauern, daß der Genosse, der vorhin sprach, dasselbe that wie der Reichstag nämlich unseren Antrag pure abgelehnt hat. Ich bin sehr weit entfernt, zu glauben, daß, wenn unser Antrag angenommen und die Apotheken und Aerzte verstaatlicht worden wären, die Klassenlage der Arbeiter wesentlich verändert und eine durchgreifende soziale Umgestaltung der herrschenden Verhältnisse herbeigeführt sei. Davon ist gar keine Rede. So lange aber das privatkapitalistische Wirthschaftssystem noch besteht, dürfen wenigstens die Heilmittel und die ärztliche Behandlung nicht zum Gegenstand der Ausbeutung gemacht werden; gerade in Rücksicht auf das neue Krankenkassengesetz wäre es doppelt wünschenswerth, wenn die Krankenkassen in der Lage wären, statt sich in geradezu schamloser Weise von den Apotheken ausbeuten zu lassen, das ersparte Geld zu besserer und größerer Unterstützung für die Kranken zu verwenden. (Zustimmung.) Genosse Koenen hat gefragt, warum wir einer bestimmten Aeußerung eines freisinnigen Abgeordneten nicht widersprochen haben. Ich persönlich erinnere mich dieses Vorfalls nicht, vielleicht war ich gerade nicht im Hause. Aber andererseits geht es im Reichstage gerade so zu, wie hier auf dem Parteitage; wenn die Diskussion geschlossen ist, so muß man eben ruhig sein. Die Angelegenheit aber zum Gegenstand eines besonderen Antrages zu machen, würde sich doch kaum empfohlen haben. Wäre die Möglichkeit gewesen, die Angabe, daß in Stettin keine Arbeitslosigkeit geherrscht habe, durch einen unserer platzkundigen Vertreter im Augenblick zu widerlegen, so würde dies ganz gewiß geschehen sein. In Bezug

auf die Klagen von Bueb und Kandt möchte ich sagen: nicht nur in Mecklenburg und im Elsaß müssen die Leute Steuern zahlen und den Mund halten, auch in Preußen findet das alte Wort: „Steuern zahlen und Maul halten" seine historische Begründung. Unsere Gegner halten es überhaupt nicht für nöthig, daß die Sozialdemokratie in den Parlamenten mitredet. Den Gegnern könnte kein größerer Gefallen geschehen, als daß die parlamentarische Sozialdemokratie, nach dem Rathe des Herrn Hans Müller, in der Versenkung verschwindet. (Heiterkeit.) Zum Antrage Ehrhart, der mir sehr der Beachtung werth erscheint, und über den ja besonders abgestimmt werden wird, bemerke ich noch, daß es ganz nützlich sein würde, wenn der Parteitag die Fraktion veranlaßte, unmittelbar nach jeder Session einen gedrängten Bericht über ihre Thätigkeit zu veröffentlichen. Zweifellos würden die Genossen im Lande an der Hand dieses Materials eher in der Lage sein, die Fragen, auf die es ankommt, in Versammlungen zu erörtern. Ich sehe keinen Grund, mich gegen die Annahme des Antrages Ehrhart auszusprechen. Indem ich mich über die unsere Thätigkeit beurtheilende Resolution selbstverständlich jedes Wortes enthalte, kann ich zum Schluß nur noch versichern, die Fraktion wird nach wie vor bestrebt sein, auch im Parlamente die Ziele der Partei energisch zu fördern und rastlos für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen. (Beifall.)

Der Antrag Bebel, sämmtliche Anträge, welche Vorschläge für die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion enthalten, derselben zur Erwägung zu überweisen, wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Die vom Referenten eingebrachte Resolution betreffend die Militärvorlage gelangt einstimmig zur Annahme.

Die Resolution Vogtherr, Börner und Genossen wird gegen 3 bis 4 Stimmen angenommen, die Resolution Düsseldorf gegen 5 bis 6 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Ehrhart findet eine große Majorität.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Anträge zur Organisation.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag einer Versammlung von Frauen und Mädchen in Berlin, Fräulein Baader und Genossinnen, auf

1. Sprachliche Aenderung der §§ 3, 4 und 5, soweit die Rede von „Vertrauensmännern" ist, und dafür die Worte „Vertrauenspersonen" zu setzen.

Ottilie Baader-Berlin: Die Abänderung ist beantragt worden, weil wir in der sprachlichen Ausdrucksweise ein Hinderniß dafür sehen, daß die Frauen mit zu den Arbeiten herangezogen werden, die in unserer Partei erforderlich sind. Da nun die Sozialdemokratie

die Nothwendigkeit einsieht, daß die Frauen in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung mitarbeiten, und da die Gesetze uns keine politischen Rechte geben, die Partei aber in ihrem Programm ausgesprochen hat, daß die Frauen gleichberechtigte Genossen sind, so sind wir der Ansicht, daß die sprachliche Fassung so beschaffen sein muß, daß dem Eintritt und der Mitwirkung der Frau kein Hinderniß auferlegt wird. Von vielen anwesenden Genossen ist gesagt worden, es kämen hier blos Frauen in Betracht, welche eine Rolle spielen wollen. Das liegt uns ganz fern. Wir streben einfach die Gleichberechtigung mit den Männern an. (Beifall.)

Ohne weitere Diskussion wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Von derselben Versammlung ist ferner beschlossen worden, die Streichung des folgenden in § 9 vorkommenden Satzes:

> „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises sich Frauen befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden,"

zu beantragen.

Ottilie Baader-Berlin: Es könnte scheinen, als wenn die bisherige Bestimmung, die wir streichen wollen, geradezu einen Vortheil für die Frauen bedeutete und wir uns also einen Nachtheil zufügen würden, wenn unser eigener Antrag durchginge. Wir sind aber der Meinung, daß das vermeintliche Vorrecht, das uns hier geboten wird, damit nicht in Einklang steht, daß die Frauen gleichberechtigte Genossen sein sollen. Wir wollen nicht Vorrechte, sondern gleiche Rechte. (Sehr richtig!)

Auch dieser Antrag gelangt ohne weitere Diskussion mit großer Mehrheit zur Annahme.

Weiter beantragen:

1. Die Genossen von Bernburg, Bielefeld, Duisburg-Mühlhausen, Frankfurt a. M., Liegnitz, des 16. sächsischen und des 1. württembergischen Wahlkreises dem § 7 Abs. 1 des Organisationsstatuts der Partei folgende Fassung zu geben:

   „Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt, welcher von der Parteileitung einzuberufen ist."

2. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag findet nur alle zwei Jahre statt. Ein außerordentlicher Parteitag ist zulässig, wenn mindestens dreißig Wahlkreise die Nothwendigkeit desselben anerkennen, jedoch darf der darauffolgende ordentliche Parteitag erst wieder zwei Jahre nach diesem stattfinden.

3. Parteigenossen in München: Es soll in Zukunft der Parteitag in der Regel nur alle zwei Jahre stattfinden. Sollten sich in einem zwischenliegenden Jahre Umstände von besonderer Art und Wichtigkeit ergeben, welche den Zusammentritt der

obersten Vertretung der Partei nothwendig machen, so steht das Recht der Einberufung eines Parteitages dem Partei-Vorstand und der Fraktion zu.

Slomke-Bielefeld: Dieser Antrag war bereits in Erfurt zur Erörterung gestellt. Er wurde abgelehnt, weil Bebel erklärte, wenn wir zweijährige Parteitage einführten, würde sich jedes Jahr ein außerordentlicher Parteitag als nothwendig erweisen. Das mochte damals zutreffen, aber mittlerweile haben sich die Ansichten darüber geklärt. Nachdem das Sozialistengesetz gefallen war, gab es eine ganze Menge zu ordnen, woran die ganze Partei theilnehmen mußte. Es galt die Schaffung einer neuen Organisation und nachher die Neuschaffung des Programms. Auch auf dem diesjährigen Parteitage muß noch über diverse Fragen, für die ja auch extra Referenten ernannt worden sind, Aufklärung geschaffen und müssen Direktiven gegeben werden. Dann aber gelangen wir für die Zukunft in ruhigeres Fahrwasser, und es wird nicht mehr nöthig sein, alle Jahre die Parteigenossen zusammenzutrommeln. Wir sagen weiter, der Parteitag kostet ein riesiges Geld. Dieses Geld könnte in den Kreisen zur Agitation verwandt werden, und zweijährige Parteitage werden dann auch vielleicht Vertreter aus entfernteren Bezirken aufweisen. Sollten absolut wichtige Fragen eine schleunige Erledigung erfordern, so hat ja der Vorstand nach dem Statut das Recht, trotzdem einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Es paßt dann auch gerade, daß der nächste Parteitag stattfindet, bevor die ordentliche Reichstagswahl kommt, und das wird wohl die Hauptsache sein, mit der sich dann der Parteitag zu befassen hat.

Schulze-Bernburg: Die Bernburger Genossen haben denselben Antrag gestellt und haben dabei noch den besonderen Grund gehabt, daß Rücksicht auf den alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß genommen werden muß. Den halten wir für ebenso wichtig und seine Beschickung für ebenso nothwendig als die Beschickung des deutschen Parteitages. Man sagt uns, daß die Abhaltung jährlicher Parteitage nicht nur bezüglich der gefaßten Beschlüsse von Wichtigkeit ist, sondern auch bezüglich der dadurch für ganz Deutschland gebotenen Anregung. Wenn wir aber durch die jährliche Abhaltung nicht in die Lage kommen, unsere Parteitage regelmäßig zu beschicken, dann fällt dasjenige, was man sich von dem Eindruck verspricht, für die Genossen vollständig hinweg, und das betrifft gerade am härtesten diejenigen, welche es am nöthigsten haben, nämlich die rückständigen Wahlkreise. Sie können auch nicht sagen, der Antrag sei undemokratisch, da wir jährliche Rechnungslegung und jährliche Legislaturperioden verlangen und doch dem Vorstand eine zweijährige Dauer gewähren wollen. Es richtet sich das nach den Verhältnissen, nach der jetzigen

und zukünftigen Gestaltung der Erwerbsverhältnisse. Es ist gerade undemokratisch, alle Jahre zu tagen, wo so viele nicht in der Lage sind, sich zu betheiligen, die bei zweijähriger dazu in der Lage sein würden. Was die Ausnahmen in außerordentlichen Fällen anbetrifft, so ist das Nöthige im Organisationsstatut vorgesehen.

Bebel: Ich habe in Halle den Antrag auf das Allerentschiedenste bekämpft und ich thue dies heute wieder. Ich erkläre rund heraus, daß ich es für den allergrößten Fehler, ja sogar für ein Unglück halten würde, wenn der Parteitag sich so entschiede. Den angeführten Gründen stehen weit stichhaltigere durchschlagende gegenüber. Zunächst möchte ich, weil das sehr lehrreich ist, die historische Entwickelung der Frage ins Auge fassen. Solche Einwendungen wie heute, daß man den Genossen nicht zumuthen dürfe, die nöthigen Opfer für die Parteitage zu bringen, wären vor 20 Jahren nicht möglich gewesen (Sehr richtig!), und damals waren wir noch dazu in zwei Richtungen geschieden, und als dritte Richtung war daneben noch die Hatzfeld'sche vorhanden. Alle drei Richtungen haben jährlich ihre Kongresse abgehalten und mit der größten Eifersucht darüber gewacht, daß dieses erste und vornehmste Recht der Kontrole ihnen nicht genommen werde. Als wir das Sozialistengesetz hatten und nicht frei zusammenkommen konnten, ist es uns, wie jeder weiß, sehr schwer geworden, auf dieses wichtige Recht zu verzichten, und schließlich haben wir es doch mit den schwersten Opfern, aber zum Staunen der ganzen Welt möglich gemacht, im Auslande zusammen zu kommen. Die jährlichen Parteitage sind geradezu ein Sicherheitsventil, sie sind nothwendig aus parteipolitischen Gesundheits-Rücksichten. Was von der Unmöglichkeit geredet wird, die erforderlichen Opfer zu bringen, ist einfach nicht wahr. Bis jetzt hat die Partei jederzeit die Mittel gehabt. Es sind bei den Sammlungen dafür nicht blos die Opfer gebracht, es sind sogar noch Ueberschüsse gemacht worden. (Zustimmung.) Nun soll der jährliche Parteitag sich mit den internationalen Kongressen, die alle zwei Jahre stattfinden, nicht vertragen. Daß im nächsten Jahre 2 Kongresse stattfinden, ist ein Zufall, aber wenn ich vor die Wahl gestellt werde, alle Jahre einen deutschen Parteitag und nur alle 3, 4 Jahre einen internationalen Kongreß zu haben, würde ich den jährlichen deutschen Parteitag vorziehen. (Sehr richtig!) Daß wir in ein ruhigeres Fahrwasser kommen, daß keine wichtigen Fragen mehr vorliegen, habe ich nicht gemerkt. Wir haben volle 5 bis 6 Tage zu thun, bis wir fertig werden, obgleich keine „großen" Fragen uns diesmal beschäftigen. Wenn nicht jährlich Parteitage stattfinden, wird die Folge sein, daß immer mehr Stoff zur Unzufriedenheit sich ansammelt, daß Gerüchte in Umlauf kommen, über die keine Aufklärung zu erlangen ist. Wird erst einmal ein außerordentlicher Parteitag nothwendig, dann schreit die ganze gegnerische

Presse und zwar mit Recht, daß es in der Partei an allen Ecken und Enden gährt und kracht, und das würde im höchsten Grade schädlich für die Partei und die Parteileitung sein. Ich möchte in keinen Partei-Vorstand eintreten, der nur alle 2 Jahre gewählt wird. Die Verantwortung trage ich nicht. Ihr seht doch, was Ihr Alles in diesem Jahre auszusetzen gehabt habt. Viele der eingelaufenen Anträge sind ganz gewiß ungerechtfertigt; aber es ist sehr gut, daß es zur Aussprache kommt, viel besser, als wenn diese Beschwerden im Stillen fort und fort wühlen. Machen Sie nicht den Fehler, Ihre eigenen Rechte so zu verkürzen, wie es hier beantragt wird. Wir haben prinzipiell jährliche Legislaturperioden für nothwendig erklärt; wir sind davon nur abgegangen, weil wir uns selber sagten, daß allgemeine Wahlen jedes Jahr unter den außerordentlich schwierigen Verhältnissen kolossale, unerschwingliche Opfer fordern würden. Ganz anders aber steht es bei uns. Nun sollen jetzt gerade besonders schlechte Zeiten obwalten. Wer garantirt, daß sie nach 2 Jahren besser sind? Das gerade Gegentheil wird der Fall sein. Die Mittel für den sozialdemokratischen Parteitag finden sich zu allen Zeiten. Ich bedaure lebhaft, daß auch Frankfurt und München unter dem Antrage stehen, wo die Schwierigkeit, die Mittel aufzubringen, doch garnicht in Betracht kommen kann. Diese Orte stellen sich damit ein ungeheures Armuthszeugniß aus. Ich bitte Sie dringend, halten Sie das Recht, was wir haben, fest im Interesse der Partei. Wenn wir davon abgehen, werden Sie sehen, es gehen keine 1½ Jahre ins Land und allgemein wird ein außerordentlicher Parteitag Bedürfniß sein, und dann ist die Situation weit schlimmer wie gegenwärtig. Ist es denn gerade nöthig, daß jährlich alle Kreise vertreten sind, daß wir immer 250 Mann stark sind? Zur Zeit der Eisenacher und Lassalleaner waren es 40 bis 60. Auch der Gothaer Kongreß, der von beiden Seiten beschickt war, zählte 120 Delegirte. Wenn wir künftig statt 250 nur 150 sind, dann halte ich das auch noch für keinen Fehler. Diese 150 sind bei einander, sie sind die Repräsentanten der Partei und können über alle Lebensfragen der Partei in zufriedenstellender Weise entscheiden. Was früher gegangen ist, muß jetzt erst recht gehen. Ich betrachte diese Anträge als ein Zeichen von Behaglichkeit, und das Umsichgreifen dieser Behaglichkeit würde das größte Unglück der Partei sein. (Beifall.)

Wilke: So außerordentlich es mich erfreut hat, daß Genosse Bebel diesen Standpunkt einnimmt, und so wohlthuend es ist, daß ein Mitglied des Partei-Vorstandes selbst uns den Rath giebt, alle Jahre zusammenzukommen, um uns untereinander und dem Partei-Vorstand den Kopf zu waschen, so meine ich doch, daß auch der Antrag auf zweijährige Parteitage nicht aus dem Verlangen nach Behaglichkeit erfolgt. Uns leitet vielmehr der Gedanke an die

praktische Arbeit draußen in den Provinzen; dort wollen wir nicht behaglich leben, sondern recht thätig sein, öfter als bisher zusammenkommen und die Agitation besprechen; dazu können die Mittel verwandt werden.

Geiger-Stuttgart: Nach der Meinung der Stuttgarter Parteigenossen sollen Parteitage je nach Bedürfniß abgehalten werden. Es kommen doch neben dem Parteitag auch die Provinzialtage in Betracht. Wir haben in Württemberg jährlich einen Landesparteitag, und außerdem werden auch für die einzelnen Wahlkreise Konferenzen abgehalten. In dieser letzteren Beziehung geschieht heute gewiß sehr viel mehr als vor 20 Jahren. Damals war die Partei noch kleiner, und es war nöthig, daß man jährlich zusammen kam. Heute ist sie viel größer, wir sind über die ganze Bewegung viel mehr auf dem Laufenden, unsere Presse hat eine ganz andere Bedeutung. Wenn man im Auge behält, daß ein außerordentlicher Parteitag immer einberufen werden kann, dürften die Bedenken Bebel's wohl zurücktreten.

Emmel beantragt den Schluß der Diskussion. Hoch bekämpft den Schlußantrag. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Sämmtliche drei Anträge werden mit großer Majorität abgelehnt.

Der Antrag der Parteikonferenz für den Wahlkreis 13. Hannover:

Den Passus 4 des § 13 der Organisation zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Der alljährlich stattfindende Parteitag beschließt über die Verwendung der vorhandenen Parteigelder", findet nicht die genügende Unterstützung.

Genossen in Rintelen a. d. W. und Exten beantragen:

Die Diäten der Delegirten zum Parteitage aus der Parteikasse zu bezahlen.

Bartels-Wernigerode: Jeder Wahlkreis könne laut Organisationsstatut 3 Delegirte entsenden; das werde geschehen, wenn die Parteikasse für die Kosten aufkomme. Dann entständen mindestens 60 000 Mark Unkosten, die weit zweckmäßiger zur Agitation verwendet würden. Die Provinzial-Komitees sollten sich besser organisiren und dafür Sorge tragen, daß auch die ärmeren Kreise einen Delegirten entsenden könnten.

Niehoff-1. Hessen: Das Organisationsstatut hindert es bis jetzt, daß gerade die ländlichen Bezirke, wo das größte Elend herrscht, sich auf dem Parteitage vertreten lassen können. Die größeren Städte haben 2, 3 Delegirte hier; weit vortheilhafter wäre es, wenn die ärmeren ländlichen Wahlkreise mehr vertreten wären.

Auf Antrag Lingner-Achim wird die Debatte geschlossen und der Antrag Rintelen gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die auf Seite 14 und 15 unter den Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Anträge: Genossen in Bielefeld, Eckwarth-

Hamburg, Kamenz-Berlin, Eggert-Friedrichsberg, kommen mangels genügender Unterstützung nicht zur Verhandlung. Ueber die ebendort aufgeführten Anträge: Rebs-Weißenfels und Parteigenossen in Düsseldorf erfolgt Uebergang zur Tagesordnung.

Auch die während der Verhandlungen eingereichten Anträge:

1. König-Witten: „Um den jetzt mehrfach bei den Delegirtenwahlen zum Parteitage vorgekommenen Eventualitäten vorzubeugen, beschließt der Parteitag, das Statut dahin abzuändern, daß § 9 ad 1 dahin lautet:

Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, welche in öffentlichen Parteiversammlungen oder, sofern die Ausdehnung des Wahlkreises die allgemeine Theilnahme der Parteigenossenschaft an einer solchen Versammlung erschwert oder verhindert, in Delegirten- resp. Kreiskonferenzen der betr. Wahlkreise zu wählen sind, mit der Einschränkung" u.s.f. wie im geltenden Statut;

2. Auer, Bebel, Fischer, Gerisch und Singer: dem § 17 des Statuts folgenden Inhalt zu geben:

„Das Gehalt des Chef-Redakteurs bestimmt der Parteitag",

3. Galm-Offenbach: Hinter § 9 ad 1 zu setzen:

Die Delegirten werden in öffentlichen Versammlungen bezw. Wahlkreiskonferenzen gewählt; unzulässig ist, von einem besonderen Orte aus Delegirte nachzuwählen.

Den zweiten Passus der Nr. 1 zu streichen.

finden nicht die zur Erörterung nothwendige Dreiviertelmehrheit.

Damit sind die zur Organisation vorliegenden Anträge und somit auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meist-Köln verkündet namens der Mandats-Prüfungskommission das Resultat der Wahl zur Kommission in Sachen der Solinger Angelegenheit.

Abgegeben sind 211 Stimmzettel; 5 davon waren ungiltig. Gewählt sind: Koenen-Hamburg 140, Hoffmann-Zeitz 119, Ehrhart 113, Stolle 104, Metzner-Berlin 100, Winterblum-München 98, Gerisch 95.

Zugleich giebt Meist Namens der Mandats-Prüfungskommission bekannt, daß Genosse Thierbach sein Mandat zurückgezogen hat.

Der Parteitag geht über zum

Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Maifeier 1893.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

Im Anschluß an die auf dem Brüsseler Kongreß angenommene Resolution beschließt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Als Tag der Feier gilt der 1. Mai. An diesem Tage demonstrirt die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt für den Achtstundentag und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Sinne der bekannten Pariser Resolution.

Um die Feier zu einer einheitlichen, und dadurch in ihre Wirkung nach außen zu einer möglichst imposanten zu gestalten, beschließt der Parteitag, daß, wie im Vorjahre so auch in Zukunft, die Leitung der Feier der politischen Organisation, der Partei, zufällt.

Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe. Da jedoch weder durch die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris, noch durch die des Kongresses in Brüssel die Arbeitsruhe zur unbedingten Pflicht gemacht, es vielmehr den einzelnen Nationen überlassen wurde, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln; da ferner die Art der Feier durch die jeweilige Geschäfts-Konjunktur in erster Linie mit bestimmt wird, beschließt der Parteitag eine für alle Zeit giltige Norm nicht zu schaffen, sondern die Bestimmung über die Art der Feier den jährlichen Parteitagen zu überlassen.

Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende wirthschaftliche Misère, die einen geschäftlichen Aufschwung bis zum nächsten Frühjahr als völlig ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamirung der allgemeinen Arbeitsruhe für den 1. Mai 1893 als undurchführbar und beschließt daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.

Referent Albin Gerisch-Berlin: Der auf dem internationalen Kongresse in Paris gefaßte Beschluß, den 1. Mai eines jeden Jahres als Arbeiterfeiertag für die gesammte klassenbewußte Arbeiterschaft der ganzen Welt zu betrachten, wurde sowohl mit allseitiger Begeisterung gefaßt als auch überall mit Begeisterung aufgenommen, wo Proletarierherzen schlagen. Doch hat dieser Beschluß, wie kaum einer, zu mannigfachen Meinungsdifferenzen Veranlassung gegeben, zwischen den Genossen der einzelnen Länder sowohl als auch der verschiedenen Nationen untereinander. Der Umstand, daß nach dem Brüsseler internationalen Kongreß auch der nächstfolgende in Zürich sich wieder mit der Maifeier beschäftigen wird, beweist zur Genüge, daß die praktische Gestaltung der Maifeier auch heute noch gegenseitiger Verständigung bedarf. Ueber die erste Maifeier bei uns will ich nicht reden, über sie ist in Halle eingehend diskutirt worden. Aber die Erfahrungen, die wir mit dieser ersten Feier gemacht hatten, veranlaßten bekanntlich die Fraktion, im Februar 1891 eine Kundgebung an die deutsche Arbeiterschaft zu erlassen, in der gesagt wurde, daß die Fraktion den deutschen Arbeitern empfehle, die Feier am ersten Sonntag im Mai zu begehen und weiter dahin zu

wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten würde. In dieser Weise haben wir in den folgenden Jahren die Maifeier gefeiert und dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß eine wirkliche einheitliche Maifeier, wenn die großen Massen würdig an ihr theilnehmen sollen, nur an einem Sonntage möglich ist. Nachdem aber der Kongreß in Brüssel gesprochen und unsere dort anwesenden Delegirten sich seiner Auffassung angeschlossen haben, können wir nicht mehr wie früher die Maifeier am ersten Sonntag des Mai begehen. Wir haben uns also an den 1. Mai zu halten.

Eine weitere Frage ist, wer die Feier leiten soll. Die erste Feier wurde bekanntlich hauptsächlich von den gewerkschaftlichen Vereinen geleitet. Die zweite wurde theils von der politischen Partei und theils von den Gewerkschaften geleitet und die diesjährige Maifeier wurde fast ausschließlich von der politischen Partei in die Hand genommen und sie ist dazu wohl auch am geeignetsten. Die Partei hat überall Vertrauensmänner, nicht so aber eine gewerkschaftliche Organisation. Was also bisher in der Praxis sich stillschweigend ausgebildet hat, muß durch einen Beschluß festgelegt werden. Es fragt sich nur, in welcher Weise wir die Feier begehen wollen, und da ist zweifellos die würdigste Form die allgemeine Arbeitsruhe, falls diese möglich ist. Bereits 1891 hat die Fraktion mit Rücksicht auf die damalige schwere wirthschaftliche Krise von dieser Form absehen zu müssen geglaubt: um wie viel schwieriger würde es heute sein, die allgemeine Arbeitsruhe zu proklamiren, wo die Nothlage sich noch verschärft hat! Zwar werden heute wohl nicht mehr in gewissen Kreisen jene Hoffnungen gehegt, wie sie Fürst Bismarck hegte, an der Spitze des Ministeriums einen schneidigen General zu haben, der darauf ausginge, die Sozialdemokratie vielleicht zu einem Putsch zu bewegen, sie in einen Straßenkampf zu verwickeln und ihr einen gehörigen Aderlaß angedeihen zu lassen, aber anderseits hat sich die Situation für uns insofern verschoben, als wir es jetzt in Deutschland nicht mehr mit einzelnen Unternehmern, sondern nur noch mit Unternehmerverbänden zu thun haben. Unsere gewerkschaftliche Organisationen sind wegen der Misère der letzten Zeit keineswegs dem Ansturm der Unternehmer gewachsen und wir können es von unserem Standpunkte nicht gut verantworten, gerade unsere besten und tüchtigsten Kämpfer dem Feinde in einem vornherein verlorenen Kampf auszusetzen. Nun hat Genosse Adler in seiner Begrüßungsrede mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Angelegenheit beispielsweise in Oesterreich eine ganz andere, eine erhöhte Bedeutung besitzt als bei uns, weil den österreichischen Genossen eine ganze Reihe von politischen Rechten mangelt. Wir aber sind in der Lage, unsere Wünsche, Anschauungen und Grundsätze in ganz anderer Weise nach außen zum Ausdruck zu bringen, als durch die Maifeier. Wir müssen

uns auch stets fragen, ob die Opfer, die eine Sache erfordert, im Verhältniß stehen mit dem Zweck und Nutzen derselben. Und da sage ich, wenn wir in der Lage sind, fortgesetzt diese unsere Wünsche im Parlament zum Ausdruck zu bringen, wenn unsere ganze politische Thätigkeit eine fortgesetzte Demonstration für unsere Grundsätze ist, so können wir unter diesen besonders ungünstigen Umständen sehr wohl auf eine Demonstration in Form der allgemeinen Arbeitsruhe verzichten. Wir schlagen dieselbe vor mit Rücksicht auf die z. Z. herrschende wirthschaftliche Misère, und da ein geschäftlicher Aufschwung bis zum nächsten Jahre ausgeschlossen ist, die nächste Maifeier am Abend des 1. Mai abzuhalten. Den Genossen der anderen Länder, speziell Oesterreichs, denen dies eine gewisse Enttäuschung bereitet hat, möge dabei gesagt sein, daß nur die Rücksicht auf die eigenartigen Umstände, unter denen wir uns einmal in Deutschland auch unter der neuen Gewerbeordnung befinden, uns veranlassen, die Sache so zu machen. Und ich glaube, daß die Genossen aus ganz Deutschland bei ruhiger Ueberlegung einsehen werden, daß wir nicht anders handeln können. Daß wir den Gedanken der Brüderlichkeit, der Solidarität der Arbeiter aller Nationen auch hierbei nicht außer Augen lassen, ist selbstverständlich. Die Genossen werden gerade jetzt Gelegenheit haben, draußen im Lande vor größeren Volksmassen derartige Fragen zu behandeln, und sie werden sich überzeugen, daß nichts so begeisternden allseitigen Beifall findet als der Hinweis, daß wir mit den Arbeitern aller Länder solidarisch verbunden sind. Es fällt uns nicht ein, bis in die fernsten Zeiten der Maifeier eine feste Norm geben zu wollen. Die Form der Maifeier durch allgemeine Arbeitsruhe ist aber nur unter zwei Voraussetzungen möglich. Entweder die wirthschaftliche Konjunktur ist eine so überaus günstige, daß der Unternehmer es überhaupt nicht auf einen Konflikt ankommen läßt, oder aber unsere Macht ist bereits so groß, die Massen stehen bereits in so großem Umfange zu uns, daß wir auch bei den ungünstigsten Verhältnissen es wagen können, unsere Gesetze zu diktiren. Ist aber das letztere der Fall, besitzen wir die Massen, dann wäre es doch eigentlich ein Frevel, noch zu demonstriren, dann sind wir vielmehr verpflichtet, die Hand anzulegen, um die Verhältnisse selbst umzugestalten. Daß wir noch nicht bis zu diesem Punkte gelangt sind, wissen wir Alle.

Aus allen diesen Gründen sind wir dazu gekommen, Ihnen die Resolution in der vorgeschlagenen Form zu unterbreiten. Es wird unsere Aufgabe sein, auch in der Weise, wie es hier empfohlen wird, zu demonstriren und den Gedanken einer allgemeinen internationalen Solidarität ebenso überzeugend und nachhaltig zum Ausdruck zu bringen, wie ihn die Genossen anderer Länder zur Ausführung bringen, den großen Gedanken, der auf den inter-

nationalen Kongressen zum Ausdruck gekommen ist und von Seiten der deutschen Arbeiter stets nach allen Seiten hin bethätigt worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende schlägt nunmehr mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zu dem heute Abend im Sitzungssaale stattfindenden Kommers vor, die Verhandlungen abzubrechen.

Nachdem der Vorsitzende noch einige Begrüßungsschreiben verlesen, schließt er die Sitzung nach 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 17. November.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Gottlieb.

Der Genosse Görges-Stendal-Osterburg ist geschäftlicher Angelegenheiten halber abgereist.

Es liegt abermals eine Reihe von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen vor. Mit großer Heiterkeit nimmt die Versammlung die Mittheilung auf, daß die Telegraphenverwaltung in Tilsit aus dem Telegramm der dortigen Genossen das Wort „revolutionär" konfiszirt hat.

Hierauf wird in die gestern Abend vertagte Berathung der Resolution betr. **die Maifeier 1893** eingetreten.

Es liegen hierzu folgende Anträge resp. Amendements vor.

1. Vom Genossen Vollmar: „In der Resolution zur Maifeier

   1. den Schluß des Absatzes 4 nach dem Worte „Parteitag" zu streichen und
   2. dem Absatz 5 folgende Fassung zu geben:

   „Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende wirthschaftliche Nothlage, die einen Aufschwung für die nächste Zeit als ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamirung der allgemeinen Arbeitsruhe vorläufig für undurchführbar und beschließt daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten."

2. Von Genossen von Bielefeld, 3. Hamburger Wahlkreis, Elberfeld, Reutlingen, Lübeck, Harburg und Salomon-Wriezen: Für die Maifeier einen einheitlichen Tag festzustellen und zwar den ersten Sonntag im Mai.

3. Von Parteigenossen in München: Die Maifeier in gleicher Weise abzuhalten wie bisher, am 1. Mai Abends Demonstrations-Versammlungen, am Sonntag darauf das eigentliche Fest.

4. Theiß-Hamburg II. und ebenso Hoch-Frankfurt a. M. beantragen eine Erweiterung der Resolution Gerisch dahin, daß weitergehende Veranstaltungen dort, wo es thunlich sei, am

Sonntag in Scene zu setzen, den Genossen an den einzelnen Orten unbenommen bleiben soll.

5. Löwenstein-Nürnberg beantragt, zu beschließen, daß die Feier am Abend des 1. Mai, die Demonstrationen aber am darauf folgenden Sonntag stattfinden sollen.

Dreyer-Göttingen: Ich bin beauftragt, dafür einzutreten, daß die Maifeier am ersten Sonntag im Mai gefeiert wird. Natürlich sind wir auch dafür, daß am 1. Mai Abends, wo es möglich ist und ein Lokal zur Verfügung steht, eine kurze Versammlung stattfindet. Aber am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, ist wenigstens in meinem Wahlkreise vor der Hand nicht möglich.

Theiß-Hamburg: Es ist wohl kein Genosse in diesem Saale, der die vorliegende Resolution ihrem Wortlaute nach so recht freudigen Herzens annehmen dürfte. Wir können uns nicht verhehlen, daß dieselbe im Auslande keine besondere Sympathie finden wird. Ich habe selber vor zwei Jahren mein Möglichstes dazu gethan, um in demonstrativer Weise in Hamburg dem Beschluß des Pariser Kongresses Rechnung zu tragen. Ich meine aber, daß die praktischen Erfahrungen belehrend auf uns einwirken sollen; wir haben unsere eigenen Kräfte abzuschätzen und danach unsere ganze Taktik einzurichten. Die damaligen Erfahrungen waren bitterer Art, und darum, nicht den Arbeitgebern zu Liebe, sondern im Interesse unserer selbst, zur Erhaltung derjenigen moralischen und physischen Mittel, welche nothwendig sind, um weiter arbeiten zu können, ziemt es uns, jetzt in den sauren Apfel dieser Resolution zu beißen. Wir Hamburger speziell haben aber ein Interesse daran, daß die Resolution im Sinne unseres Antrages erweitert wird. Wir haben schon mehrere Male in großartiger Weise demonstrirt, und das ist auf die große Masse der Bevölkerung, nicht nur auf die Sozialdemokraten, von agitatorischer Wirkung. Die Masse wird dadurch gezwungen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Diese agitatorische Wirkung zu erzielen würde uns nach dem Wortlaut der Resolution unmöglich gemacht werden. Geben Sie also durch Annahme unseres Antrages den Hamburgern die Möglichkeit, wie bisher in nachdrücklicher Weise für die Maibewegung einzutreten. Diese Frage schneidet tief ein in die ganzen Verhältnisse des Proletariats. Wir wollen und müssen den Achtstundentag haben, dem Proletariat eine kurze Arbeitszeit schaffen, diese Forderung wollen wir nicht aufgeben, auch wenn wir die Maifeier im Allgemeinen nicht so begehen, wie wir es Alle wollten.

Dr. Adler-Wien: Ich möchte vor Allem feststellen: Ihre Resolution enthält einen kleinen sachlichen Irrthum. Der Brüsseler Beschluß lautet nicht, daß es den einzelnen Nationen überlassen bleibt, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln, sondern er lautet: es wird die Arbeitsruhe empfohlen, und nur da, wo sie unbedingt un-

möglich ist, ist davon abzusehen. Sie werden zugeben, daß das etwas völlig anderes ist. Wir Oesterreicher haben Ihre politischen Rechte, Ihr Wahlrecht nicht, und der Partei-Vorstand sagt Ihnen: ja die Oesterreicher, die können und müssen die Maifeier haben, weil sie eben das Wahlrecht nicht haben. Wenn wir auch das Wahlrecht hätten oder haben werden, so wird die Maifeier bei uns immer eine große Rolle spielen, denn wir fassen unsere Bewegung nicht als eine ausschließlich politische auf. Wir glauben, daß die Sozialdemokratie noch lange nicht so groß ist, wie die Massen, die in Bewegung sind und in Bewegung gebracht werden sollen. Und in diese Massen hinaus wirkt der erste Mai, in Oesterreich wenigstens, durch die Arbeitsruhe und nur durch sie. Der Hamburger Redner hat es selbst sehr gut gefühlt und empfunden, daß auf die indifferenten Massen eingewirkt werden muß. Sie müssen bedenken, daß in Oesterreich, in Frankreich Ihre Haltung nicht begriffen werden wird. Wir haben dieselben Schwierigkeiten wie Sie. Wir haben 1890 bei der ersten Maifeier den Kanonen wirklich gegenüber gestanden. Sie sind wirklich aufgefahren worden, und wenn man hier erst einen schneidigen General gesucht hat, wir haben ihn. Aber gerade die Einmüthigkeit, das entschlossene Vorgehen bei der ganzen Bewegung hat den Leuten imponirt. Wäre in Deutschland und in England und überall von vornherein die Haltung eingenommen worden wie wir sie einnahmen, so wäre die Schlacht für uns gewonnen worden. (Sehr gut!) Ob sie heute noch zu gewinnen ist, weiß ich nicht. Auch bei uns hat sich das Unternehmerthum ganz anders organisirt und zentralisirt als früher. Trotzdem aber wurde auf dem Wiener Parteitag beschlossen, und es wird ausgeführt werden, daß der 1. Mai mit Arbeitsruhe gefeiert wird. Die Rücksicht auf die Gegner ist hier nicht maßgebend. Wenn wir thun wollten, was sie gerne sehen, so würden wir überhaupt wenig machen. Wir sehen nur darauf, ob die Arbeiterschaft am Orte aus der Fabrik herauszubringen ist, ob sie mitgeht, und da sage ich Ihnen, daß trotz der schweren Schläge, die wir 1891 gehabt haben, auch im nächsten Jahre die Maifer aufrecht erhalten werden wird. Freilich ist bei uns der erste Mai immer ein Feiertag gewesen, aber nur für die Bourgeoisie. Wir haben den Feiertag auch dem Arbeiter gegeben und nun würde man es nicht begreifen, wenn wir ihn aufgäben. Ich gebe ja zu, daß die Verhältnisse für das nächste Jahr sehr ungünstig liegen, aber wir würden im höchsten Grade unklug in Oesterreich handeln, wenn wir die Schlacht bereits verloren gäben, ehe sie uns von den Unternehmern angeboten ist. Nun sprach man hier von einer Feier am Abend des 1. Mai. In Oesterreich ist es uns ganz unmöglich, daß wir die Feier auf den Abend verlegen und zwar deshalb, weil wir dazu den 1. Mai garnicht brauchen. Wir können ja eben so gut am

15. Juli oder am 18. August oder am 1. Oktober so viel Abend-Unterhaltungen und -Versammlungen veranstalten, damit würde die Bedeutung des 1. Mai für uns vollständig verloren gehen. Das mag bei Ihnen anders sein, aber ich glaube, daß Sie sich an das Urtheil der Geldsäcke nicht zu kehren brauchen. Nur noch eins! Auf dem Wege nach rückwärts giebt es nirgends einen Halt, auch bei uns nicht. Ich habe bereits in meinen Begrüßungsworten gesagt: wenn Sie vorwärts gehen, werden Sie die Oesterreicher an Ihrer Seite finden. Aber erlauben Sie, daß ich Ihnen sage: Sie werden uns an Ihrer Seite finden nur wenn Sie vorwärts gehen, wenn Sie rückwärts gehen, nicht! (Beifall.)

Dempwolf-Mannheim: Ich erkläre vorweg, daß die Mehrzahl meiner Mandatgeber in dieser Frage mit mir nicht einverstanden ist. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Arbeiter-Weltfeiertag seinen eigenartigen Charakter nur dann haben wird, wenn die Arbeit am 1. Mai niedergelegt wird. Den Unternehmern muß die Macht der Arbeiterschaft gezeigt werden, und dies kann nur durch Niederlegung der Arbeit geschehen. Wenn auf die schlimmen Folgen der Arbeitsniederlegung am 1. Mai namentlich in Hamburg hingewiesen wurde, so liegt die Ursache hauptsächlich an der bekannten Aufforderung, welche die Fraktion seiner Zeit erlassen hat. Die Unternehmer können doch nicht auf die gesammten sozialdemokratischen Arbeiter verzichten. Wenn es in Oesterreich geht, wo das Unternehmerthum, das Kapital die Arbeiter weit mehr brutalisirt, als bei uns, warum soll es bei uns nicht gehen? (Zwischenrufe.)

Auch in der Schweiz hat man versucht, die sozialdemokratischen Arbeiter einzuschüchtern, indem man sie auf das Beispiel der deutschen Führer hinwies. Die Arbeiterschaft in der Schweiz hat sich aber doch nicht abhalten lassen, in ihrer Art den 1. Mai zu feiern. In Luzern haben die Fabrikanten auch ihre Macht zeigen wollen und beschlossen, jeden Arbeiter, der den 1. Mai feiert, auf die Straße zu setzen. Aber gerade durch diesen Beschluß wurde die gesammte Arbeiterschaft in ihrem Freiheitsgefühl gefaßt, und es wurde beschlossen, den 1. Mai durch einen Umzug zu feiern. Gerade jetzt, wo die Arbeitgeber in brutalster Weise dem Arbeiter seine bürgerlichen Rechte zu rauben gewillt sind, sollten wir zeigen, daß wir eine Macht sind. Erläßt die Fraktion einen Aufruf, daß am 1. Mai gefeiert wird, dann bin ich der Ueberzeugung, daß die Fabrikanten gar nicht in der Lage sind, mit Entlassungen vorzugehen.

Arndt-Paris beantragt im Namen der deutschen Genossen in Paris, die Maifeier am 1. Mai durch Niederlegung der Arbeit zu begehen.

Schmidt-Friedberg: Ich bestreite dem Genossen Adler und dem letzten Redner, daß die Sozialdemokratie heute bereits so gewachsen ist, daß sie von ihrer Macht einen solchen Gebrauch machen kann. Würde die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen, so

würde vielleicht nur eine kleine Anzahl von Genossen diesen Beschluß ausführen. (Zustimmung.) Wir müssen aber auch den kleinen Orten die Möglichkeit einer Demonstration offen lassen. Wir sind deshalb in Friedberg für eine Begehung des 1. Mai am Abend und für die eigentliche Demonstration am Sonntag eingetreten. Die Demonstration muß nicht an einem einzelnen Orte großartig, sondern in allen Orten möglichst gleich und sympathisch ausfallen, wenn sie als Agitationsmittel für neu zu gewinnende Kreise dienen soll. Sie zwingt die indifferente Masse heran, und man sollte deshalb bei der Maifeier gerade das platte Land nicht unberücksichtigt lassen.

Vollmar: Ich bekenne, daß ich, als die Maifeier zum ersten Male gefeiert wurde, einer Derjenigen war, welche einer Arbeitsniederlegung sehr zuneigten. Mit mir haben es auch die Münchener Genossen gethan, und wir haben 1890 in München in der That vollkommen die Arbeit niedergelegt. Aber es wäre thöricht, die Erfahrungen, welche man an einem Orte gemacht hat, so ohne Weiteres auszudehnen, einen Schluß für ganz Deutschland daraus zu ziehen. Es hat sich schon 1890 — und wir hatten damals wesentlich bessere Arbeitsbedingungen als jetzt — gezeigt, daß die allgemeine Arbeitseinstellung in Deutschland nicht möglich war. Wir wollen uns jetzt nicht mehr über den Hamburger Fall streiten. Aber soviel ist gewiß, daß Hamburg damals nicht nur selbst außerordentliche Opfer hat bringen müssen, sondern daß ganz Deutschland Monate lang ausschließlich für diese Arbeitseinstellung Opfer zu bringen hatte. (Zustimmung.) Adler sagt uns, natürlich sei das den Geldsäcken unangenehm, wenn wir die Arbeit einstellen; wir hätten uns jedoch nicht nach den Geldsäcken zu richten. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir gerade das thun, was den Geldsäcken unangenehm ist, dann geben wir gerade den Geldsäcken die Möglichkeit, uns zu beeinflussen. Nichts könnte ihnen angegenehmer sein als eine Arbeitsniederlegung in dieser arbeitslosen Zeit. Adler vergißt auch vor Allem das Eine, daß wir in unserem neueren Arbeitertrutz eine Bestimmung haben, welche, wenn sie nicht ganz besonders auf die Maifeier zugeschnitten ist, jedenfalls sich ausgezeichnet als Werkzeug zur Maßregelung verwenden läßt; das ist der Kontraktbruchparagraph. Dieser Gesichtspunkt ist aber für mich noch garnicht ausschlaggebend. Wir würden uns aber außerordentlich täuschen und uns selbst Illusionen machen, wenn wir glaubten, daß in Deutschland auch nur ein Viertel oder ein Zehntel der Arbeiter dazu bereit sei, die Arbeit niederzulegen. Schon 1890 ist das nicht möglich gewesen; heute ist es noch viel weniger möglich. Heute leiden die Leute nicht an Arbeitsüberfluß, sondern an Ueberfluß von Arbeitsmangel, und geradezu thöricht wäre es von diesen Leuten, die kaum hinreichend zu arbeiten haben, wenn sie auch das noch

gegenwärtig aufs Spiel setzten blos wegen einer Demonstration. Nun ist noch ein Anderes hervorzuheben. Adler hat gesagt, wir sollten diese Frage nicht gleichgiltig nehmen. Nein, gewiß ist uns das nicht gleichgiltig, aber wenn wir die Frage nicht unterschätzen, so dürfen wir sie doch auch nicht überschätzen. Ich komme wahrlich nicht in die Gefahr, als ob ich die Arbeiterschutzbestimmungen unterschätzte und für gleichgiltig hielt; aber immerhin bilden alle diese Bestimmungen in ihrem weitesten Umfange nur ein untergeordnetes Glied in unserem gesammten Programm und in der gesammten Bewegung, und wenn wir für viel weiter gehende Dinge, als hier in Frage stehen, demonstriren wollten und Opfer zu gewärtigen haben würden, wie sie beim Beschluß einer allgemeinen Arbeitsniederlegung ganz zweifellos sind, würden wir dann einen entsprechenden Beschluß fassen? Ich sage: nein. Man würde hier ganz ruhig darüber debattiren und schließlich sagen, das Allgemeine, die ganze Bewegung hat für uns mehr Werth, als das augenblickliche Stück, die Demonstration. Um wie viel weniger können wir für die beschränkten Rechte, die hier in Frage stehen, die Parteiexistenz aufs Spiel stellen. Man spricht von einem Agitationsmittel zur Heranziehung von Indifferenten. Gut! Wir ziehen sie heran, wir veranlassen sie, die Arbeit niederzulegen; und knüpfen sich nun die unausbleiblichen Folgen daran, dann kommen sie und sagen: nun unterstützt uns! Und wenn wir kein Geld, sie zu unterstützen, haben, was dann? Diese Agitation ist also nicht von Nutzen.

Ich stehe daher auf dem Standpunkte der heurigen Art der Maifeier und bitte Sie, diese Art jetzt zur maßgebenden zu machen. Daß alle Jahre nun Beschluß gefaßt werden soll, ist eine ganz unglückliche Fassung. Die wirthschaftlichen Verhältnisse sind der Art, daß für die nächsten Jahre Aussicht auf eine Aenderung nicht vorhanden ist. Ich bitte Sie deswegen, den betreffenden Passus zu streichen und auszusprechen, daß vorläufig, bis zur weiteren Beschlußfassung, der Beschluß von heute überhaupt gelten und nicht jedes Jahr von Neuem in Frage gestellt werden sollte. Adler hat sehr wirkungsvoll seine Rede damit geschlossen, daß er sagte, die Oesterreicher werden immer auf Eurer Seite sein, wenn Ihr vorwärs geht, nicht aber, wenn Ihr rückwärts geht. Wenn ein Beschluß, der nach reiflicher Ueberlegung unter gründlicher Kenntniß der Verhältnisse gefaßt wird, der ausgeht von der Ueberzeugung, daß ein früherer Beschluß unter den jetzigen Verhältnissen nicht durchgeführt werden kann, ein Rückzug genannt wird, so ist das ganz gleichgiltig; aber etwas Ungeschickteres in politischen Dingen kann es nicht geben, als wenn man etwas, auch wenn man einsieht, daß es undurchführbar sei, eigensinnig festhält, blos um sich nicht sagen zu lassen, daß man seinen Entschluß geändert habe. Die österreichische Sozialdemokratie mag blühen, ge-

deihen und sich entwickeln. Sie wird uns bei jedem Vorwärts-schreiten auf ihrer Seite sehen, und die Genossen dort mögen ja nicht meinen, daß, wenn wir aus praktischen Gründen den Beschluß fassen, nicht Alles auf Eine Karte zu setzen, welche nur ein kleiner Theil unsrer Gesammtforderungen umfaßt, wir den Rückzug angetreten haben. Die deutsche Sozialdemokratie wird so gut, wie die österreichische nicht rückwärts, sondern nach jeder Richtung vorwärts gehen! (Beifall.)

Schweer-Hamburg: Die Arbeitslosigkeit der Massen ist in Hamburg so groß, fremde Arbeitskräfte sind so zahlreich vorhanden, daß die Unternehmer wiederum eine Aussperrung vornehmen können, wenn der 1. Mai gefeiert wird, und dann würde Hamburg eine geradezu kolossale Niederlage erfahren. Alle die alten Genossen, die in den Fabriken arbeiten, können wir dann nicht unterstützen. Immer sind es die besten Genossen, die in erster Linie feiern müssen und dann auch in der Agitation nicht thätig sein können. Wir verlieren dann die Kämpfer in ihnen ganz und gar. Wir wollen die Maifeier durch Massenversammlungen am Abend begehen, im Weiteren aber durch eine Demonstration am ersten Sonntag nach dem 1. Mai.

Diederich-Dortmund beantragt folgende Fassung des Absatz 4:

Die würdigste Form der Feier ist die Arbeitsruhe; der Parteitag empfiehlt deshalb, in Volksversammlungen überall entscheiden zu lassen, ob am 1. Mai Arbeitsruhe eintreten und wie die Feier abgehalten werden soll.

Grünwald-Hamburg: Ich habe die Ueberzeugung und ein großer Theil der Hamburger Genossen steht auch heute noch auf diesem Standpunkte, daß, wenn vor zwei Jahren die Fraktion schärfer eingegriffen hätte, wir überhaupt die Möglichkeit ein für alle Mal gewonnen hätten, den 1. Mai zu feiern. Aber unter den gegebenen Verhältnissen können wir nicht dafür eintreten, daß im nächsten Jahr am 1. Mai die Arbeit ruhen soll. Wir wollen nicht blos den 1. Mai feiern, wie die Resolution will, sondern daß dort, wo die Verhältnisse besonders liegen, auch anders demonstrirt werden kann und soll. Wie leicht der Kleinmuth einzieht, dafür brauche ich nur darauf zu verweisen, daß, nachdem 1890 die Maifeier uns so verdorben war und so große Opfer gefordert hatte, im Jahre 1891 die drei Vereine zu dem Beschluß kamen, den 1. Mai überhaupt nicht zu feiern. Die Folge war eine allgemeine Empörung, und über die Köpfe der Vorstände hinweg wurden doch die Feier und die Demonstrationen veranstaltet, wie kaum in einem anderen Orte. Wenn das überall konsequent durchgeführt würde, würden wir auch einen wirklichen Erfolg überall erzielen. Wir werden das auch weiterhin thun und bitten Sie, auf alle Fälle unsern Zusatzantrag anzunehmen.

Salomon-Wriezen-Ober-Barnim: Man spricht hier nun viel von einer Demonstration gegen die Fabrikanten. Handelt es sich denn blos um eine Demonstration gegen diese? und blos um eine Demonstration der Fabrikarbeiter? Der größere Theil der Arbeiter sind doch Landarbeiter. Ich vertrete hier einen ländlichen Kreis, der wenig Industrie besitzt. Auch diese Landarbeiter haben den Wunsch, zu demonstriren und dadurch nach oben kund zu geben, daß die Gesetzgebung gezwungen werden soll, endlich einmal mit der Regelung der Arbeitszeit, mit der Verkürzung Ernst zu machen. Am Abend die Feier zu begehen, ist für den Landarbeiter unmöglich, der kennt im Mai gar keinen Abend. Und wäre etwa Herr von Mirbach ein israelitischer Führer, er würde sagen: Lieber Gott, laß die Sonne über Deutschland nicht untergehen, damit die Leute ununterbrochen arbeiten können! Für Landarbeiter beginnt der Abend im Mai erst um zehn, wenn er auf Deputat steht, erst um 11 Uhr. Für den gäbe es also blos eine Nachtdemonstration. Ich beantrage, daß am ersten Sonntag im Mai demonstrirt werden soll. Wenn dann alle Arbeitermassen, auch die ländlichen dahinter stehen, dann wird der Eindruck erst der richtige sein; dann wird auch die Regierung Stellung nehmen müssen und eine Aenderung der Verhältnisse einleiten.

Von den Dresdener Delegirten wird der durch Schönfeld begründete Antrag gestellt, dem Absatz 4 der Resolution folgende Fassung zu geben:

> Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe und empfiehlt den Genossen überall da, wo es ohne nennenswerthe Schädigung geschehen kann, die Arbeit niederzulegen. Auf jeden Fall aber sind am Abend des 1. Mai der Bedeutung des Tages entsprechende Veranstaltungen zu treffen.

König-Witten: Wie in Hamburg, so steht es auch bei uns in Westfalen. Gerade die Bergarbeiter, die doch zu den Arbeiterbataillonen ein großes Kontingent stellen, sind momentan in äußerst mißlicher Lage. Schon jetzt werden jede Woche Feierschichten von den Arbeitgebern dekretirt. Auch macht die gegenwärtig in ganz Deutschland vorhandene Geschäftsflaue unsere Position noch schwieriger. Denn heutzutage findet man in den Gruben Professionisten aller Art. Die Arbeiter sind also dort absolut nicht im Stande, den ersten Mai diesmal durchweg zu feiern. Mit dem Abend ist auch nichts anzufangen, da die Schichten von 2 bis 2 Uhr laufen. Außerdem stehen die Arbeiter noch sehr im schwarzen Bann; und die Ultramontanen führen ihren geistigen Kampf gegen uns besonders durch Abtreibung von Sälen und dergleichen. Sogar am 1. Sonntag im Mai ist es bei uns gar zu oft nicht möglich, zu irgend einer Versammlung oder Festlichkeit ein Lokal zu bekommen. In Bochum und in Gelsenkirchen mögen wohl Einige für

eine allgemeine Feier am 1. Mai eintreten wollen, aber gerade der qualifizirte Theil der Bergarbeiter ist gegen ein solches Vorgehen.

Bebel: Wir müssen uns bei der gegenwärtigen Beschlußfassung darüber klar sein, daß der Beschluß, den wir fassen, erstens einmal für alle von uns gelten soll, und zweitens, daß er derjenige ist, der vielleicht am meisten von allen unseren Beschlüssen in der ganzen Welt beachtet und jedenfalls der Gegenstand sehr lebhafter und heftiger Angriffe auf dem nächsten internationalen Arbeiterkongreß in Zürich werden wird. Ich bin mir nun sehr wohl bewußt, daß wenn irgendwo die Arbeiter unter dem Beschluß, den wir vorschlagen, zu leiden haben, in eine ungünstige Position gedrängt werden, es unsere österreichischen Brüder sind. Ich will mich deshalb auch auf eine ausführliche Erörterung der Verhältnisse der Bruderparteien der verschiedenen Länder nicht einlassen, weil solche die Situation unserer Genossen in Oesterreich noch weiter verschlechtern würde. Gegen Dempwolf bemerke ich, daß von dem, was er über die Bourgeoisie in Oesterreich und bei uns gesagt hat, das Gegentheil richtig ist. Das Unternehmerthum ist bei uns viel rücksichtsloser und brutaler als irgendwo anders. Wenn wir demonstriren, müssen wir es in einem Maßstabe thun, der der Bedeutung der größten Partei Deutschlands Ehre macht. Wenn wir also nicht von vornherein eine Niederlage erleiden wollen, müssen wir in der Lage sein, wenigstens dieselbe Zahl zur Arbeitsruhe zu bewegen, welche wir am 20. Februar 1890 auf die Beine gebracht haben; wenn wir das nicht vermögen — und das ist bei weitem nicht zu erwarten — ist schon von vornherein die Niederlage da. Wir in Deutschland dürfen einen solchen Kampf nicht wagen, wenn wir nicht sicher sind, daß wir unter allen Umständen auch Sieger bleiben. Sehr richtig ist von Vollmar auf die neue Gewerbeordnung hingewiesen worden. Gar kein Zweifel, daß die Gerichte das Ruhenlassen der Arbeit gegen den Willen der Unternehmer als Kontraktbruch auffassen würden. Die Folgen desselben kennen wir ja, die fürchten wir auch nicht. Aber die weiteren Folgen, die Aussperrungen, die Arbeitslosigkeit! Sind wir in der Lage, gegebenenfalls in Deutschland hunderttausend Arbeiter, welche sicher aufs Pflaster geworfen werden, dauernd unterstützen zu können? Können wir das, dann sage ich: Demonstriren wir, erklären wir die Arbeitsruhe! Müssen wir aber zugeben, daß wir das nicht können — und es würde sich um eine wochen- und monatelange Unterstützung handeln — dann können wir die Demonstration nicht machen. (Sehr richtig!) Nun hat Adler mit seinen Schlußworten: So lange ihr vorwärts geht, habt ihr uns auf eurer Seite, wenn ihr rückwärts geht, nicht! großen Beifall gefunden. Zunächst sind wir in dieser Frage noch gar nicht rückwärts gegangen. Wir haben den Standpunkt der Oesterreicher nie

eingenommen. Andererseits aber erkläre ich offen: Wenn ich mich hinreißen lasse, einen Schritt zu thun, von dem ich nachher erkenne, daß er nicht im Verhältniß zu den dadurch erreichten Vortheilen steht, dann mache ich einen solchen Schritt nicht mehr. Wird die Arbeitsruhe beschlossen, trete ich selbstverständlich mit aller Kraft für sie und ihre Folgen ein, dann müssen wir alle unsere Energie für die Feier im größten Maßstabe aufbieten. Dann antworten die Gegner aber auch mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, denn so stehen sie heute nicht, daß sie vor uns zu Kreuze kriechen müssen. Wären wir schon so weit, die Demonstration siegreich durchführen zu können, dann hätten wir auch die Macht, noch viel mehr zu erreichen. Die deutschen Regierungen und die deutsche Bourgeoisie fassen aber die Demonstration ernst auf; der Kampf wird ausbrechen und wir nehmen ihn auf in der ungünstigsten Position. Die wirthschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit, werden bewirken, daß ein großer Theil der Arbeiter uns nicht folgt, weil sie sich sagen, wir verlieren die Arbeit, bekommen keine neue, und andererseits sind hunderttausende von Arbeitern in der Lage, in die Stellen der herausgeworfenen eintreten zu können — kurz, ich spreche es offen aus, die Bourgeois wären Thoren, wenn sie den von uns ihnen hingeworfenen Handschuh nicht aufnähmen. Und da sage ich nochmals, den Weg, auf dem ich eine Niederlage voraussehe, gehe ich nicht. Wenn ich mir das Kampffeld wählen kann, wähle ich mir das günstigste; jetzt sind wir in der Lage, es zu wählen. Anders, wenn es uns aufgezwungen wird, dann ist die Ehre der Partei engagirt, dann müssen wir mit allen Kräften den Kampf auskämpfen. Aber hier, wo die Niederlage unserer Partei in sicherer Aussicht steht, wo uns durch die Arbeitseinstellung kolosse materielle Opfer auferlegt werden? Dann brauchte die Regierung blos noch den Reichstag aufzulösen und kurz nach dem 1. Mai Neuwahlen vornehmen zu lassen, dann möchte ich das Resultat sehen!

Was nun die gestellten Abänderungsanträge betrifft, so rathe ich dringend von der Annahme des Antrags der Dresdener Genossen ab, so verführerisch sie scheint. Mit einer solchen Beschlußfassung, die den Genossen am Orte die freie Entscheidung über die Frage überlassen soll, ob die Arbeit am ersten Mai zu ruhen habe oder nicht, bringen wir sofort den Zwiespalt in unsere Reihen. Ebenso dringend bitte ich auch, alle jene Anträge abzulehnen, welche darauf hinausgehen, den Sonntag zu nehmen. In Brüssel ist der 1. Mai als der Tag der Demonstration festgesetzt worden, unsere Vertreter haben sich einmüthig dafür erklärt; alle, die in Brüssel waren, müssen daher alles aufbieten, die Genossen zu bestimmen, daß wenigstens am Abend des 1. Mai demonstrirt wird. Die Frage kommt ja sicher wieder in Zürich auf die Tagesordnung.

Die Engländer werden ja auch diesmal wieder am ersten Maisonntag demonstriren. Auch mir erscheint es am zweckmäßigsten, den ersten Sonntag beizubehalten, weil dann der Zweck der Demonstration ohne unverhältnißmäßige Opfer erreicht wird. Denn so liegt die Sache nicht, daß man die Feier des ersten Mai proklamirt, um einen Kampf à outrance mit der Bourgeoisie zu führen. Die Deutschen haben, vielleicht mit verschwindenden Ausnahmen, diese Meinung nie getheilt. Nun hat Adler dadurch, daß er sagte, durch die Feier nur am Abend werde die Demonstration so inhaltlos, daß man in Oesterreich ebenso gut am 1. November oder am 18. August, oder an jedem anderen Tage im Jahr, ein Fest feiern könnte, die Bedeutung der Sache — er mag mir das nicht übel nehmen — herabzusetzen versucht. In solchem Sinne feiern wir doch nicht den 1. Mai; wir wollen allerdings dem zu Grunde liegenden Gedanken der Internationalität in den Versammlungen am Abend des 1. Mai Ausdruck geben. Adler's Auffassung ist also eine falsche. Wäre der 1. Juli oder der 1. November genommen worden, so würden wir diesen feiern, da aber der 1. Mai genommen ist, so feiern wir ihn, machen aber von dem Rechte Gebrauch, wie es in Paris beschlossen worden ist, zu handeln, wie es uns den gegebenen Umständen gemäß am zweckmäßigsten erscheint. Die Gleichzeitigkeit der Demonstration ist das Entscheidende.

Gegen die Fraktionsbeschlüsse zur Maifeier haben sich Grünwald und Dempwolf gewendet. Darüber können sich doch Grünwald und die Hamburger nicht täuschen, daß wenn die Fraktion und die Partei die allgemeine Maifeier proklamirt hätte, die Niederlage in Hamburg doch eingetreten wäre. Sie war dadurch gegeben, daß 1890 in einer ganzen Reihe von Gewerben, besonders im Baugewerbe, eine ganz außerordentlich ungünstige Konjunktur vorhanden war und daher die Unternehmer den Kampf aufnahmen, um für die vielen Siege, die die Arbeiter über sie gewonnen hatten, einmal Revanche zu nehmen. Der sechs Monate später ausgebrochene Zigarrenarbeiterstreik bewies noch schlagender die Richtigkeit meiner Behauptung; ganz Hamburg, ganz Deutschland stand hinter den Zigarrenarbeitern, und konnte doch den Streik nicht retten. (Zustimmung.) — Indem wir heute allen Arbeitern abrathen, Streiks zu provoziren, weil sie der Niederlage gewiß sind, müssen wir auch von einer Demonstration durch Arbeitsruhe am 1. Mai abrathen, von der es außer allem Zweifel steht, daß sie eine sichere Niederlage bringt! (Lebhafter Beifall.)

Ein von Metzner-Berlin befürworteter, von Singer bekämpfter Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Löwenstein-Nürnberg: Mein Antrag, daß am ersten Sonntag im Mai Demonstrationen und Umzüge stattfinden können, entspricht der Stellungnahme der Nürnberger Genossen und meiner eigenen

Anschauung. Zur Begründung kann ich mich wohl einfach auf das berufen, was die Hamburger zu ihrem Antrag, was Bebel und Vollmar für die Resolution als solche gesagt haben. Die logische Folge der Ausführungen dieser Beiden ist doch die, daß wir ein solches Amendement annehmen, welches den Gesinnungen der Genossen im Lande, die wegen der Undurchführbarkeit der Arbeitsruhe größtentheils für eine Sonntagsdemonstration sind, entgegenkommt.

Dr. Adler: Die Frage ist eine so internationale, wie wir keine andere haben. Wollen Sie sich nur ruhig fragen: Wie weit ist es denn eigentlich her mit den internationalen Zusammenhängen, von denen wir so viel sprechen? Die sozialistischen Parteien haben sie nur durch internationale Kongresse und durch den 1. Mai, und nur die Maifeier ist ins Volksbewußtsein eingedrungen, von den Kongressen weiß das Volk eigentlich recht wenig. Gerade aus diesem Grunde ist die Maifeier nicht so anzusehen, wie sie Vollmar dargestellt hat. Der Gedanke, daß in einer Stunde, zu derselben Zeit, soweit die kapitalistische Ordnung herrscht, die Proletarier alle von einer Idee erfüllt sind, ist ein viel tieferer, viel revolutionärerer, als der, der allein mit dem Arbeiterschutz gegeben ist; das gleichsam religiöse Moment, das hierin liegt, dürfen wir nicht übersehen, und ich möchte Sie bitten, sich doch unsere Gegner daraufhin anzusehen. Die unterschätzen diese Gefühlsdinge wahrlich nicht. Glauben Sie, daß die Kirchen von der Bourgeoisie etwa nur deshalb so gefördert werden, weil die Bourgeoisie religiös ist! Das war und ist sie nicht, sie weiß aber, wie diese Gefühlsmomente auf die Massen wirken, und macht sich das zu Nutze. Wir thun sehr gut daran, unserer Bewegung ein solches Moment des Enthusiasmus einzuverleiben.

Ich bin Vollmar sehr dankbar für die außerordentlich höfliche Abschlachtung, die er mir hat zu Theil werden lassen (Heiterkeit); er wie auch Bebel haben nur gesagt, sie seien nicht eigensinnig. Glauben Sie ja nicht, daß bei uns in Oesterreich diese Richtung, die ich hier vertrete, auf Eigensinn beruht. Wir würden sofort zurücktreten, wenn wir glauben würden einen Fehler begangen zu haben. Wir haben aus dem 1. Mai eine Kraft der Begeisterung gezogen, die wie das Umpflügen eines vom Pflug noch nie berührten Urgebietes gewirkt hat; wo wir mit unserem Programm, mit unseren schönsten Reden noch lange nicht hinkommen, da hat die Maifeier feste Wurzel in den Herzen des Proletariats in einer Weise geschlagen, daß sie nicht wieder herausgerissen werden kann. Daß Ihrerseits ein Rückzug angetreten wird, das kann Bebel nicht läugnen. In Deutschland haben Sie uns ja auch schon einen Schlag versetzt im Jahre 1890, doch haben Sie damals die Arbeitsruhe wenigstens offen gelassen; heute aber sagen Sie direkt: Nein! Wir wollen die Arbeitsruhe nicht. — Bebel meint, die Bourgeoisie

würde den Kampf aufnehmen, und sagt zugleich, die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie könne ihn nicht siegreich ausfechten, und wenn sie es könnte, dann könnte sie noch viel Größeres erreichen. Wir sind gewiß in Oesterreich schwächer als die deutsche Sozialdemokratie und haben viel zu arbeiten, bis wir nachkommen, aber bei uns stehen die Dinge so wie überall: Man kann die Macht haben, einen Schritt zu machen, aber darum hat man noch nicht die Macht, alle zu machen; Sie können manches durchsetzen, anderes nicht. Wenn Sie sagen, Sie halten es nicht für gut, an diesem Punkt, der nur eine Demonstration ist, die Kraft der Partei anzusetzen, so sagt sich das die Bourgeoisie auch. Sie will nicht mit sämmtlichen Arbeitern in Oesterreich bloß wegen des 1. Mai den Kampf aufnehmen, und sie wird das im nächsten Jahre um so weniger thun, aus einem hier noch gar nicht berührten Grunde. Im Jahre 1891 war die Maifeier so schwer auszuführen, weil der 1. Mai auf einen Freitag fiel. Das liegt im nächsten Jahre völlig anders. Es giebt für den 1. Mai gar nichts Günstigeres als daß er, wie 1893, ein Montag ist, und darum erkläre ich, wenn Sie den Beschluß fassen, und Sie werden ihn ja fassen, denn für meinen Standpunkt hat bloß einer und nur für seine Person gesprochen —, daß Sie in diesem Jahre die Arbeitsruhe nicht haben, dann werden Sie sie überhaupt nicht mehr haben!

Sie werden den Beschluß fassen, ich bin davon überzeugt; er bedeutet für uns entschieden eine Erschwerung der Situation. Wir müssen in Oesterreich auch mittheilen, daß wir diesen Beschluß für einen Fehler halten, aber wir werden unseren Genossen auch erzählen, daß die deutschen Parteigenossen den Beschluß, den wir bedauern, mit voller Ueberlegung und im Gefühl ihrer Verantwortung gefaßt haben. (Beifall.) Diesen Eindruck habe ich; Vielen wird es nicht leicht, diesen Beschluß zu fassen. Das ist das Einzige, was für uns die Sache leichter macht und uns das Bewußtsein giebt, daß, wenn wir in dieser speziellen Frage nicht harmoniren können, wir doch in den andern Fragen geeint dastehen werden! (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Frankfurt: Nach meiner Ansicht liegt die Bedeutung des 1. Mai nicht sowohl in der Demonstration gegen die herrschenden Klassen, gegen die Regierung und gegen die Kapitalisten, sondern in der Demonstration für die Arbeiter, für das arbeitende Volk. Stellen wir uns auf diesen Boden, so können wir voll und ganz den Werth jenes Moments zugeben, welches Adler betont, daß zur gleichen Stunde die Arbeiterschaft der ganzen Welt sich in dieser Forderung vereint. Man darf aber den Begriff der gleichen Stunde nicht zu eng fassen, es genügt, wenn am gleichen Tage die Arbeiterschaft der Welt von dem Gedanken beseelt wird. Da frage ich: können wir denn dem Tage nicht die größere Bedeutung geben, indem wir

einen möglichst großen Kreis heranziehen? Am 1. Mai halte ich fest. Die Form der Resolution aber sollte dahin geändert werden, daß eine möglichst große Betheiligung erzielt werden kann. Allerdings empfehle ich das nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Ich beantrage daher, den letzten Absatz dahin abzuändern, daß die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten ist, weitergehende Veranstaltungen aber den Genossen der einzelnen Orte anheimgestellt sein sollen. Wo sie in der Lage sind, in größerer Zahl die Arbeit niederzulegen, da sollen sie es thun. Vollmar's Antrag hat keine praktische Bedeutung, wir werden im nächsten Jahre wieder eine Debatte haben, weil wir von der allgemeinen Feier allein unter dem Druck der heutigen ungünstigen wirthschaftlichen Lage absehen.

Gegen einen Schlußantrag, den Schmidt (Zwickau) einbringt, wendet sich Dreesbach. Derselbe wird abgelehnt.

Flöther-Bückeburg: Die Masse der deutschen Arbeiter ist 10, 11, 12 Stunden am Tage beschäftigt und kann unmöglich am Abend des 1. Mai demonstriren. Deßhalb müssen wir beschließen, daß der erste Sonntag im Mai definitiv für die Feier festgesetzt wird. Bleiben wir bei dem jetzigen Zustand, so wird unsere Agitation durch die Maifeier nur eine minimale sein. Der erste Sonntag im Mai muß der Feiertag für die gesammte Arbeiterschaft werden. Daran anschließend muß die Partei, um die ländliche Bevölkerung aufzuklären, ein Flugblatt über die Bedeutung der Maifeier für die ländlichen Arbeiter abfassen und verbreiten lassen.

Stegmann-Braunschweig: Da die Braunschweiger am Abend des 1. Mai wegen der Polizei nicht demonstriren können, so empfehle sich für sie, wenn der Hamburger Antrag mit angenommen würde. Die Ausführungen des Mannheimer Delegirten seien hinfällig, die ökonomischen Verhältnisse und der Hunger seien bedeutend stärker als die schönsten Reden.

Strunck-Solingen: Wir haben den Zusatz zur Resolution beantragt: „und wo dies durch die örtlichen Verhältnisse unthunlich ist, dieselben am ersten Sonntag im Mai abzuhalten." Bei uns und in anderen westlichen Kreise ist die Abhaltung der Feier am 1. Mai absolut unthunlich, weil dieser Tag der Hauptumzugstag ist, wo also gerade das Proletariat seine wenigen Habseligkeiten von einer Wohnung nach der andern schleppen muß; mit der Abhaltung eines Festes würden wir da gründlich hineinfallen.

Wartmann-Friedrichshagen: Auch ich halte es für durchaus verkehrt, vollständige Arbeitsruhe zu fordern, aber für ebenso verkehrt, das Ruhenlassen zu verbieten. Die Gefühle, die Adler beseelen, kann ich sehr wohl begreifen. Er hält auch dafür, daß der Werth des Ganzen verloren geht, wenn wir nicht an dem Pariser Beschluß festhalten. Auf die Feier eventuell am

Sonntag sollten wir unter keinen Umständen eingehen. Durch dieses Hin- und Herschwanken, durch diese ewige Ungewißheit verliert die Sache so sehr an Werth, daß schließlich nichts als ein großes Parteivergnügen dabei herauskommt.

Niehoff-Hannover bringt folgenden Antrag ein:

„Ein Flugblatt zum 1. Mai herauszugeben, welches die Bedeutung des 1. Mai klarlegt, und dieses Flugblatt in ganz Deutschland am Sonntag vor dem 1. Mai zu verbreiten."

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Zaffke-Offenbach: Die Unmöglichkeit, die Arbeit ruhen zu lassen, liegt für die deusche Arbeiterschaft vor mit Rücksicht auf die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse. Adler irrt darin, daß er meint, die Bourgeosie würde sich wohl hüten, die Arbeiter insgesammt aufs Pflaster zu werfen, da sie ohne sie doch nicht bestehen könne; er übersieht, daß sie heute sehr wohl in der Lage ist, die Fabriken auf einige Wochen zu schließen. Von den gestellten Anträgen ist nur der Hamburger annehmbar. Solche öffentlichen Demonstrationen können ja durchaus nicht schaden, vielmehr für den betreffenden Ort nur von Vortheil sein.

Von Klüß-Elmshorn läuft ein fernerer Antrag ein, wonach am 1. Mai durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung von Versammlungen demonstrirt werden soll, es aber den Parteigenossen überlassen bleibt, weitergehende Veranstaltungen am ersten Sonntag im Mai zu unternehmen.

Wiederum wird ein Schlußantrag gestellt. Schmalfeldt befürwortet denselben. Kalnbach-Karlsruhe bittet dagegen, die Vertreter aus West- und Süddeutschland noch zu hören.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Berichterstatter Gerisch: Auch mir ist es schwer geworden. unsere Resolution Ihnen zu unterbreiten, weil ich auch bei der ersten Maifeier mit allem Feuer für die allgemeine Arbeitsruhe eingetreten bin. Aber unter dem Zwange der Verhältnisse konnte ich mich der Erkenntniß nicht verschließen, daß die veränderte Lage eine andere Taktik bedingt. Nun liegt ein Antrag vor, daß 8 Tage vorher ein Flugblatt herausgegeben werden soll, welches die Bedeutung der Maifeier klarlegt. Ich halte diesen Antrag für unannehmbar, weil wir speziell zum Maifest eine Zeitung herausgeben, die diesen Zweck in der ausgiebigsten Weise erfüllt. Entweder das eine oder das andere. Wenn der Genosse Adler meinte, an einem und demselben Tage müßten alle Proletarier von demselben Geiste beseelt die Feier begehen, so halten wir eben darum an dem 1. Mai fest.

Zur Abstimmung liegt folgender Antrag vor:

„In Erwägung der großen Bedeutung, welche die Art und

Weise der Maifeier für unsere Partei hat und welches jedem Mitglied des Parteitages die eingehende Prüfung sämmtlicher vorliegenden Anträge zur besonderen Pflicht macht, wird die namentliche Abstimmung über sämmtliche Anträge beantragt."

Vor der namentlichen Abstimmung wird noch über den Antrag Niehoff abgestimmt. Derselbe wird abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung hat folgendes Ergebniß:

Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai wird von 236 Delegirten verneint und zwar: Albrecht, Antrick, Augustin, Auer, Baader, Bamberger, Bartels, Baudert, Bogs, Bebel, Beims, Bell, Bennewitz, Baerer, Berndt, Bertram, Betz, Birk, Blos, Bökert, Böhle, Böhmer, Bock, Borgmann, Borkmann, Börner, Brey, Breil, Brinkmann, Bueb, Cartensen, Colditz, Daßbach, Demmler, Diederich, Dreesbach, Drescher, Dreyer, Dubber, Eckermanns, Efflinge, Ehrhart, Emmel, Ewald, Faber, Feldmann, Fickert, Fischer (Berlin), Fleischer, Fleischmann, Fleißner, Flöther, Förster, Franzen, Fräßdorf, Fritz, Frohme, Fülle, Galm, Geiger, Geilert, Gerber, Gerisch, Germer, Geyer, Glaser, Glocke, Göschl, Göthel, Gottlieb, Gottschalk, Gradnauer, Greiner, Grosser, Grünberg, Grünwald, Grumbt, Haug (Freiburg), Haugk (Frohburg), Haverkamp, Heine (Halberstadt), Heine (Ottensen), Heinrich, Heinzel, Hellsinger, Hengsbach, Herbert, Herder, Herrling, Herschel, Hildenbrand, Hoch, Hofmann (Thalheim), Hofmann (Chemnitz), Hoffmann (Zeitz), Horn, Hug, Hülle, Jacobey, Jähnig, Joest, Johannes, Jochem, Jordan, Irmscher, Kaden, Kalkhorst, Kalnbach, Kant, Katurbe, Kayser, Keiner, Keßler, Kiesel, Klees, Klein, Klüß, Könen, König, Konrad, Krahl, Krause (Potsdam), Krause (Gesau), Krüger, Kunert F., Kunert M., Kurth, Lanke, Leander, Legien, Laisiepen, Leopold, Liebknecht, Lingner, Litzinger, Lorenz, Lotz, Löwenstein, Lutz, Magnus, Mahlke, Mathes, May, Meist, Meister, Metzger, Metzner, Misselhorn, Mittag, Morawski, Möller, Müller (Auerbach), Müller (Reichenbach), Niedendorf, Niehoff, Opificius, Orbig, Paetzel, Paris, Pfütze, Pfund, Rauh, Recker, Reinhardt, Reißhaus, Reuter, Rienäcker, Rödiger, Röhring, Rohrlack, Rüdt, Salomon, Säckler, Salzberg, Schauer, Scheffler, Schlegel, Schmalfeldt, Schmidt (Friedberg), Schmidt (Zwickau), Schmidt (Torgelow), Schmidt (Berlin), Schmidt (Pirmasens), Schneider, Schönfeld, Schüler, Schulz (Berlin), Schulze (Kossebaude), Schulze (Bernburg), Schulz (Wenigenjena), Schultze (Königsberg), Schumacher, Schumann, Schütz, Schwartz, Schweer, Seifert, Seige, Silberschmidt, Singer, Sittig, Slomke, Sparr, Stabernack, Stamm, Starke, Steensatt, Stegmann, Stolle, Stolve, Storch, Strunck, Stüven, Taetorow, Tempel, Theiß, Tietz, Tutzauer, Ullenbaum, Ulrich, Urban, Vogtherr, Vollmar, Wartmann. Wassermann, Weber, Weiland, Weirich, Wengels, Wentzel, Wernicke, Wilke, Winterblum, Wurm, Zaffke, Zetkin.

Mit Ja stimmten 5 Delegirte: Arndt, Häckel, Labjuhn, Metzschke, Schrolle.

Der Abstimmung enthielten sich: Dempwolf, Körsten.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die zweite prinzipielle Frage, ob die Maifeier am 1. Mai oder am ersten Sonntag im Mai stattfinden soll.

Für die Feier am 1. Mai stimmten 167 Delegirte und zwar: Albrecht, Antrick, Arndt, Augustin, Baader, Baudach, Bebel, Beims, Bennewitz, Berndt, Baerer, Bertram, Betz, Birk, Bökert, Boehle, Böhmer, Bock, Borgmann, Borkmann, Börner, Brey, Breil, Brinckmann, Cartensen, Colditz, Daßbach, Demmler, Dempwolf, Diederich, Drescher, Dreyer, Eckermanns, Efflinge, Ewald, Faber, Feldmann, Fleischmann, Fleißner, Frantzen, Fräßdorf, Fritz, Fülle, Galm, Geiger, Geilert, Gerber, Gerisch, Geyer, Glocke, Göthel, Gradnauer, Grosser, Grünberg, Grünwald, Häckel, Haug (Freiburg), Haugk (Frohburg), Haverkamp, Hellsinger, Hengsbach, Herbert, Herrling, Herschel, Hildenbrand, Hoch, Hofmann (Chemnitz), Hoffmann (Zeitz), Horn, Hülle, Jacobey, Jähnig, Johannes, Jochem, Irmscher, Kaden, Kalnbach, Kandt, Keßler, Kiesel, Klees, Klein, Klüß, Koenen, König, Körsten, Konrad, Krause (Gesau), Krüger, Kunert F., Kunert M., Kurth, Labjuhn, Leander, Legien, Leopold, Liebknecht, Lorenz, Lutz, Mathes, May, Meist, Metzger, Metzner, Morawski, Möller, Müller (Auerbach), Müller (Reichenbach), Niedenhoff, Opificius, Orbig, Paetzel, Pfund, Rauh, Recker, Reinhardt, Reißhaus, Rienäcker, Rödiger, Rohrlack, Rüdt, Salzberg, Schaur, Scheffler, Schlegel, Schmalfeldt, Schmidt (Friedberg), Schmidt (Berlin), Schneider, Schönfeld, Schrolle, Schultze (Königsberg), Schulz (Berlin), Schulz (Wenigenjena), Schulze (Kossebaude), Schulze (Bernburg), Schweer, Seifert, Seige, Silberschmidt, Singer, Slomke, Sparr, Stabernack, Steenfatt, Stegmann, Stolle, Stolpe, Storch, Stüven, Taeterow, Tempel, Theiß, Tutzauer, Ulrich, Ullenbaum, Vogtherr, Wartmann, Wassermann, Weiland, Wengels, Wentzel, Wernicke, Wilke, Wurm, Zaffke, Zetkin.

Für die Feier am ersten Sonntag im Mai stimmten 73 Delegirte und zwar: Auer, Bamberger, Bartels, Blos, Bogs, Bell, Bueb, Dreesbach, Dubber, Ehrhart, Emmel, Fickert, Fischer (Berlin), Flöther, Förster, Frohme, Germer, Glaser, Göschl, Gottlieb, Gottschalk, Greiner, Grumbt, Heine (Halberstadt), Heine (Ottensen), Heinrich, Heinzel, Herder, Hofmann (Thalheim), Hug, Joest, Jordan, Kalkhorst, Katurbe, Kayser, Keiner, Krahl, Krause (Potsdam), Lauke, Laisiepen, Lingner, Litzinger, Lotz, Löwenstein, Magnus, Mahlke, Meister, Misselhorn, Mittag, Niehoff, Paris, Pfütze, Reuter, Röhring, Salomon, Säckler, Schmidt (Zwickau), Schmidt (Torgelow), Schmidt (Pirmasens), Schüler, Schumacher, Schumann, Schütz, Schwartz, Sittig, Starke, Strunck, Tietz, Urban, Vollmar, Weber, Weirich, Winterblum.

Vorsitzender: Es ist also im Prinzip anerkannt, daß die Feier am 1. Mai stattfinden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Abstimmung erledigen sich sämmtliche entgegenstehende Anträge.

Ueber die Frage, ob noch weitere Anträge zur Abstimmung gebracht werden sollen, erhebt sich eine Geschäftsordnungsdebatte. Namentlich wird von den Hamburger Genossen eine besondere Abstimmung über ihren Antrag gewünscht.

Der Antrag auf einfachen Uebergang zur Tagesordnung wird gegen 10 bis 12 Stimmen angenommen.

Die Resolution Gerisch wird gegen einige Stimmen angenommen.

Es ist der Antrag eingegangen, zu Punkt 8 der Tagesordnung: Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollschutzmarke, einen Korreferenten zuzulassen mit derselben Redezeit wie sie der Referent hat.

Der Antrag wird von Stolle-Gesau befürwortet.

Auer ist dagegen. Niemand im Saale wisse, welche Stellung der Referent zu diesen Fragen einnehme. Ein Korreferent würde überflüssig sein, wenn sich in Bezug auf das Referat keine Meinungsverschiedenheit in der Versammlung zeige. Sollte dies aber doch der Fall sein, so könnten ja die Opponenten immer noch einen Korreferenten aus ihrer Mitte wählen.

Der Antrag Stolle wird abgelehnt.

Es ist die Anfrage eingelaufen, ob der Parteitag nicht den heutigen freien Nachmittag benutzen wolle, um die Gräber der Märzgefallenen zu besuchen. Der Vorsitzende theilt mit, daß das Berliner Lokalkomitee gern bereit sei, die Führung der Delegirten nach dem Friedrichshain zu übernehmen.

Schluß 1½ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Freitag, den 18. November.

Vormittagssitzung.

9½ Uhr. Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlungen mit der Bekanntgabe zahlreicher weiterer Zuschriften an den Parteitag. Aus Reichenberg in Böhmen geht von der sozialdemokratischen Landesvertretung Nordböhmens ein Gruß ein.

Vom Delegirten Lütgenau liegt eine Erklärung vor, worin er bedauert, in Folge Unwohlseins der gestrigen Sitzung nicht haben beiwohnen können; er würde bei der namentlichen Abstimmung gegen die Arbeitsniederlegung und für den 1. Mai gestimmt haben,

Zur Verhandlung steht Punkt 6 der Tagesordnung:

Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erklärt:

Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein.

Der sogenannte Staatssozialismus, insoweit er auf die Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken hinzielt, will den Staat an die Stelle der Privatkapitalisten setzen und ihm die Macht geben, dem arbeitenden Volk das Doppeljoch der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Sklaverei aufzuerlegen.

Der sogenannte Staatssozialismus, insoweit er sich mit Sozialreform oder Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigt, ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt. Er bezweckt, durch kleine Konzessionen und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen.

Die Sozialdemokratie hat nie verschmäht, solche staatliche Maßregeln zu fordern oder — falls von anderer Seite vorgeschlagen — zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirthschaftssystem herbeiführen könnten. Sie betrachtet solche Maßregeln aber nur als kleine Abschlagszahlungen, die ihr Streben nach der sozialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft in keiner Weise beirren.

Die Sozialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssozialismus konservativ. Sozialdemokratie und Staatssozialismus sind unversöhnliche Gegensätze."

W. Liebknecht. Vollmar.

Berichterstatter Wilhelm Liebknecht: Nachdem die Resolution, welche ich mit Freunden zusammen ausgearbeitet habe, auch von Vollmar unterzeichnet worden ist, wird die Debatte einen anderen, als den von Vielen erwarteten Charakter annehmen; und da durch Vollmar's Unterzeichnung jeder Differenzpunkt geschwunden ist, so bin ich bei meinem Referat nicht genöthigt, mich so weit als es sonst nöthig gewesen wäre, in Einzelheiten einzulassen. Auf Eins möchte ich vorweg aufmerksam machen. Es ist gegen mich vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß ich diesen „Streit" vom Zaune gebrochen habe; man hat sogar davon gesprochen, daß für mich persönliche Momente maßgebend gewesen seien. Das ist nicht der Fall. Wenn der „Vorwärts" diese Polemik begonnen hat, so ist er nach meiner innersten Meinung hierzu verpflichtet gewesen und die Ausführlichkeit der Debatte, welche sich in der Presse entsponnen hat, zeigt,

wie nothwendig es war, die Frage aufzuwerfen, auf daß Klarheit geschaffen werde. Und Klarheit ist auch geschaffen worden. Protestiren muß ich hier gegen die Auffassung, die von einer Seite hervorgetreten ist, daß man dem Parteiorgan verbieten müsse, über Fragen dieser Art, falls irgend ein Genosse dabei in Betrachtung kommt, überhaupt zu reden, bevor nicht dessen Genossen am Orte selbst die Initiative ergriffen, ja gewissermaßen die Erlaubniß dazu gegeben haben. Das hieße dem „Vorwärts“ einen Maulkorb anlegen und ihm Unwürdiges zumuthen. Kein Redakteur würde sich solches gefallen lassen können. Wir sind die Partei der freien Kritik. In dieser freien Kritik, die, um frei zu sein, auch scharf geübt werden muß, liegt ein Moment unserer Stärke. Daß die Preßdebatte über den Staatssozialismus sich so ausdehnte, hatte wohl in einzelnen schadenfrohen Gegnern die alte ewige Hoffnung auf eine Spaltung der Partei wieder erweckt; aber die Hoffnung ist abermals getäuscht worden, die Kritik hat zur Klärung geführt und zur Einigkeit; und alles ist jetzt in Ordnung.

Daß die Behandlung der Frage nöthig war, wird durch einen Blick auf die Verhältnisse Deutschlands klar gemacht. Diejenigen meiner Reichstagskollegen, die Gelegenheit haben, auf Grund ihrer Fahrkarte größere Fahrten erster Klasse zu machen, werden gerade so wie ich, gelegentlich mit politischen Gegnern der äußersten konservativen Partei über unsere Bestrebungen schon in Diskussionen gerathen sein, und da ist es gewiß Jedem so ergangen wie mir. Männer, die zum Theil die höchsten Namen tragen, zur Führerschaft der konservativen Partei gehören, sagen: „Alles was Sie sozialistisch erstreben, unterschreiben wir Wort für Wort. Aber das Demokratische, daß Sie brechen wollen mit allen Grundlagen des heutigen Staates, daß Sie Monarchie und Religion abschaffen wollen, das trennt uns. Sozialistisch sind wir gerade so gut wie Sie, und bis in die äußersten Konsequenzen.“ Die Extreme berühren sich. Und bei den „Radikalen“ und „Anarchisten“ finden wir denselben Abscheu gegen das Demokratische. Die Schichten, welche die Regierung wesentlich in Händen haben, glauben sozialistisch zu sein; sie sprechen das Wort als eine Art Glaubensbekenntniß aus, und das geht sogar bis in die oberen Militärkreise hinein. Sehr hochstehende Militärs haben gesagt: „Glauben Sie ja nicht, daß man Ihren sozialistischen Bestrebungen feindselig gesinnt sei. Wir sind eben so gut wie Sie für Verstaatlichung bis aufs Aeußerste; aber das Demokratische paßt uns nicht; Sie wollen die Monarchie und den Staat zerstören und wir wollen den heutigen Staat erhalten, den Sozialismus im heutigen Staate durchgeführt sehen, als Stütze des Staats“. Diese Gedanken leben in den Kreisen der Bevölkerungsschichten, die heute den größten Einfluß auf den Gang der Dinge haben. Und nun in den Kern der Frage.

Was ist Staatssozialismus? Staat und Sozialismus sind, wenn wir einerseits den Staat im heutigen Sinne, andererseits den richtigen Begriff des Sozialismus ins Auge fassen, vollkommen unvereinbare Gegensätze. Der Staat von heute ist die organisirte kapitalistische Gesellschaft, ein Klassenstaat, der auf der heutigen Produktionsform beruht, sie anerkennt, und ihr dient, der also darauf beruht, daß die Arbeitsinstrumente im Besitz einer Klasse sind, welche die andere Klasse ausbeutet. Der Sozialismus dagegen will gerade dieses Klassen-Monopol der Arbeitsinstrumente aufheben und das ganze System der kapitalistischen Ausbeutung beseitigen. Käme es aber dahin, daß der Staat seine Haut auszieht, daß er aufhört, ein Klassenstaat zu sein, und daß er den Klassengegensatz durch Beseitigung der Klassen aufhebt, nun, dann ist er ja der sozialistische Staat, und in diesem Sinne könnten wir, wenn wir der Gesellschaft, welche wir gründen, den Namen Staat noch verleihen wollen, wohl sagen: Was wir erstreben, ist Staats-sozialismus. Aber auch nur in diesem Sinne. Allein das versteht unter diesem Wort keiner der Herren, die es im Munde führen; sie haben den heutigen Staat im Auge; sie wollen den Sozialismus im heutigen Staat, d. h. die Quadratur des Zirkels — einen Sozialismus, der kein Sozialismus ist in einem Staat, der das Gegentheil des Sozialismus ist. Ja einmal ist in Deutschland der Versuch gemacht worden, den Staatssozialismus in dem idealen Sinne, daß der Staat wirklich sozialistisch werde, anzubahnen und durchzuführen. Das geschah durch Lassalle und dessen bekannten Vorschlag der Produktiv-Genossenschaften mit Staatshilfe, die allmählich die Produktion in die Hand nehmen und nach einer Uebergangszeit der Konkurrenz mit der privatkapitalistischen Produktions-weise die sozialistische Produktion im Staat, also richtigen Staatssozialismus, zur Herrschaft bringen sollten. Es war eine Utopie, und wir alle haben eingesehen, daß der Gedanke nicht ausführbar war. Wir haben mit dieser utopistischen Idee vollständig und formell gebrochen, indem wir statt des Kompromißprogramms von 1875, welches den Gedanken dieses Staatssozialismus, freilich mit allerhand Verklausulirungen noch enthielt, das neue Programm von Erfurt angenommen haben. Ich sage „mit allerhand Verklausulirungen"; denn schon damals sah man ein, daß hier ein Widerspruch vorlag, daß der Sozialismus revolutionär ist, revolutionär sein muß, und im Krieg auf Leben und Tod steht mit dem reaktionären Staat. Man suchte deshalb möglichst Garantieen dafür zu schaffen, daß der Staat die ihm durch diese Produktiv-Genossenschaften verliehene ökonomische Macht nicht mißbrauchen könne, und sich gemüthlich selbst morden werde. Es heißt in dem Gothaer Programm: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktiv-Genossenschaften

mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes". Man setzte also voraus, daß im heutigen Staat, der sich durch irgend ein Wunder zum ehrlichen Staatssozialismus entschlossen habe, eine demokratische Kontrolle möglich sei, d. h. Demokratie im bureaukratischen Junker- und Polizeistaat, der seinem ganzen Wesen nach ebensowenig sozialistisch wie demokratisch sein kann. Der weitere Passus: „Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht," zeigt klar, in welchem Umfange man damals noch in Illusionen mit Bezug auf das Verhältniß des heutigen Staates zum Sozialismus befangen war. Als fernere Garantie gegen Mißbrauch des Staatssozialismus ward erklärt, daß wir den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft erstreben. Aber der freie Staat kann nimmermehr der heutige Staat sein; ein freier Staat ist nie und nimmer möglich auf der Grundlage der kapitalistischen Produktion, weil, wie es ja in unserem neuen Programm klar entwickelt ist, der Kapitalismus, welcher bedingt ist durch den Monopolbesitz der Arbeitsinstrumente, seinerseits außer der ökonomischen auch die politische Knechtschaft bedingt, sodaß der heutige Staat ein sozialistischer einfach nicht sein kann.

In konservativen oder reaktionären Kreisen ist der Gedanke des Sozialismus in dem heutigen Staat beiläufig schon sehr oft, und schon vor Mitte dieses Jahrhunderts aufgetaucht. Von England nicht zu reden — ich erinnere hier nur an die Romane von Disraeli —, von Frankreich nicht zu reden, wo die Legitimisten schon unter Louis Philipp im katholischen Sinne einen sozialistischen Staat träumten —, haben wir in Deutschland den Gedanken des sozialen Königsthums, später des sozialen Kaiserthums, bereits lange vor Bismarck gehabt. Das soziale Königthum oder Kaiserthum soll über den Klassen, über den Parteien stehen, es soll Gerechtigkeit austheilen zwischen Arm und Reich. Unter dem Fürsten Bismarck, der das soziale Königthum als Parole ausgab, ist auch ein kleiner Anlauf versucht worden; man wollte gewisse soziale, scheinsozialistische Experimente machen, um die Bourgeoisie in's Bockshorn zu jagen und die Staatsmacht zu stärken. Unter Bismarck wurde der Gedanke des sozialen Königthums so zugespitzt, daß man zuletzt aussprach, die privatkapitalistische Produktionsweise könne vollständig beseitigt werden, die Könige von Preußen hätten sich stets als rois des gueux, als Könige der Armen, bezeichnet und gefühlt, sie könnten auch Könige des vom Elend emanzipirten Proletariats sein. Was aus diesen reaktionären Phantastereien geworden ist, wissen wir alle: das Sozialistengesetz. Die pomphaft angekündigte sog. Sozialreform bestand aus einigen Maßregeln, die von Charlatanen als staatssozialistisch ausposaunt wurden, in Wirklichkeit aber den Kernpunkt der sozialen

Frage gar nicht berühren. Ob es dem Fürsten Bismarck mit dem sozialen Königthum jemals ernst gewesen ist, weiß ich nicht. Wenn er wirklich geglaubt hat, des Königthum über den Klassenstaat zu erheben und innerhalb des Klassenstaats durch das Königthum, die Klassenherrschaft, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, zu beseitigen, dann wäre er noch unwissender, als ich ihm bisher zugetraut. Jedenfalls hat er den Gedanken nicht durchgeführt und konnte es auch nicht. Die Frage ist bloß, ob er nur Andere betrügen wollte, oder ob er auch sich selber betrog.

Nach Bismarck ist der Gedanke des Staatssozialismus wieder aufgetaucht in den Februarerlassen, die dem Arbeiter Schutz gegen die Ausbeutung des Kapitals und Gleichberechtigung in Aussicht stellten. Die Antwort auf diesen Anlauf des „über den Klassen stehenden sozialen Königthums“ hat die Praxis gegeben; sie lautete: Arbeiterschutzgesetz, oder richtiger: Arbeitgeberschutzgesetz. Der erste Entwurf zu diesem Gesetz ist einer Aufwallung entsprungen, die augenscheinlich in dem Glauben wurzelte, daß das Königthum sich über die Klassengegensätze stellen und sie beseitigen könne, ohne die Grundlage der heutigen Gesellschaft zu erschüttern. Nun — die Absicht, ein wirkliches Arbeiterschutzgesetz zu machen, ist vollständig in's Wasser gefallen, der gute Wille ist gescheitert an dem Widerstand der kapitalistischen Klasse, die ihre Macht, ihren Einfluß auf die Gesetzgebung benutzt hat, um das Arbeiterschutzgesetz zu dem zu machen, was es jetzt ist: ein Arbeitertrutzgesetz, ein Arbeitgeberschutzgesetz. Mit diesen beiden Beispielen — dem des alten Kurses und dem neuen alten — ist auf's Handgreiflichste der Beweis geliefert, daß es eine Illussion ist, zu glauben, das Königthum, der heutige konservative Staat sei im Stande, die soziale Frage zu lösen. Und damit ist auch der Staatssozialismus in der Form gerichtet, in welcher er sich uns praktisch überhaupt präsentiren kann. Der Staat ist genöthigt, sich an den Kapitalismus anzulehnen. Will er das nicht, dann muß er sich auf den Sozialismus stützen, dann muß er sozialdemokratisch werden, dann haben wir die soziale Revolution. Denn daß er sozialdemokratisch werden könnte einfach durch Konzessionen von oben, daran wird Niemand glauben, das wäre einfach die Kapitulation des Staates vor der Sozialdemokratie, der Sieg der Sozialdemokratie.

Der Staatssozialismus im heutigen Sinne ist die Verstaatlichung auf die äußerste Spitze getrieben, die Verstaatlichung der verschiedensten Industriezweige, wie sie bei den Eisenbahnen schon größtentheils durchgeführt ist und bei der Tabaksindustrie bereits versucht wurde. Man will allmählich einen Betrieb nach dem anderen verstaatlichen, das heißt den Staat an die Stelle der Privatarbeitgeber setzen, den kapitalistischen Betrieb fortsetzen, nur mit Veränderung des Ausbeuters. Statt des Privatkapitalisten der

Staat. Wir sehen, wie nöthig es war, daß unser Programm nicht von einer Bekämpfung des Privatkapitalismus redet, wie von verschiedenen Seiten gewünscht wird, sondern des Kapitalismus in seiner Gesammtheit. Wenn der heutige Staat verstaatlicht, so bleibt der Staat, was er jetzt ist. Er tritt als Arbeitgeber an die Stelle der Privaten, und die Arbeiter gewinnen dabei nichts, wohl aber hat der Staat seine Macht und seine Unterdrückungskraft verstärkt. In früherer Zeit, wo man sich mitunter den Unterschied zwischen demokratisch-revolutionärem Sozialismus einerseits und Staatssozialismus andererseits noch nicht so klar machte, hat man die Post, sogar von der Tribüne des Reichstags herab, als eine sozialistische Einrichtung hingestellt. Das ist sehr mit Unrecht geschehen. Die Post wirft Jahr für Jahr großartige Ueberschüsse ab, welche für die Zwecke des heutigen Klassen-, Militär- und Polizeistaates verwendet werden, und die Beamten befinden sich dabei in der größten Sklaverei. Lesen Sie doch die Klagen der Postbeamten, die eine ständige Rubrik aller unabhängigen Zeitungen sind, und regelmäßig in jeder Session von der Tribüne des Reichstages erhoben werden; da können Sie erkennen, wie die Lage der Arbeiter beschaffen ist, wo der Staat als Arbeitgeber den Staatssozialismus durchgeführt hat. Die Postbeamten behaupten, daß sie weit schlechter gestellt sind als die übrigen — die privatkapitalistischen — Arbeiter, weil man sie weit mehr abrackert, alle ihre Handlungen viel genauer überwacht und dabei erbärmlich bezahlt. Das Gleiche gilt von den Beamten der Staatseisenbahnen — natürlich nur den sogenannten niederen — denn für die oberen sorgt der Klassenstaat seiner Natur entsprechend sehr gut. Es ist bekannt, daß die Arbeiter der Staatsbetriebe bei Wahlen, wo öffentlich abgestimmt werden muß, entweder für reaktionäre Kandidaten, für Gegner stimmen oder sich ihrer Stimme enthalten müssen, weil sie sicher sind, entlassen zu werden, sobald sie ihr Stimmrecht frei in ihrem Klasseninteresse ausüben würden. Die ökonomische Lage der Staatsarbeiter und der unteren Beamten ist auch um kein Haar breit besser, als das der anderen Arbeiter, denn als Ausbeuter drückt der Staat ganz nach manchesterlichen Grundsätzen die Löhne herunter, und ganz im Geiste dieser Grundsätze antwortet er auf die Forderung besserer Bezahlung, daß er für seine Löhne die gebrauchten Kräfte hundertfach erhalten könne. Und hätte der Staat alle Betriebe in der Hand, so würde der Arbeiter, da er keine andere Beschäftigung finden könnte, sich jeder Bedingung zu fügen haben. Und wie die ökonomische, so wird auch die politische Abhängigkeit durch diesen sogenannten Staatssozialismus, der in Wahrheit Staatskapitalismus ist, nur im denkbar höchsten Maße verschärft, und die ökonomische Sklaverei würde die politische, die politische die ökonomische steigern und intensiver machen. Es ist das in der Reso-

lution, in dem Passus von dem Doppeljoch des Staatssozialismus zum Ausdruck gekommen. Beiläufig ist dieser Absatz wesentlich übereinstimmend mit dem Passus über Staatssozialismus, der in unserem ursprünglichen Programm-Entwurf stand, aber schließlich in Erfurt ausfiel, weil geglaubt wurde, das neue Programm entwickele den Sozialismus so klar, daß eine Verwechselung mit diesem After-Sozialismus ausgeschlossen sei und wir folglich auch nicht nöthig hätten, gegen ihn zu protestiren.

Man hat gesagt, der Gedanke des Staatssozialismus im Sinne der allgemeinen Verstaatlichung sei undurchführbar. Das ist nicht richtig. Die Industrie, besonders in ihren älteren Zweigen, ist durch das Anschwellen, durch die Steigerung des Kapitalismus, durch den beschleunigten Aufsaugungsprozeß und die stets wilder werdende Konkurrenz, dahin gebracht worden, daß mit Profit nur noch gearbeitet werden kann, wenn ganz kolossale Kapitalien vorhanden sind, und daß die Masse der jetzigen Fabrikanten garnicht mehr mit Profit zu produziren in der Lage ist, wie es z. B. mit der Baumwolleninduſtrie in England der Fall ist. Glauben Sie, daß es den meisten englischen Baumwollenfabrikanten nicht sehr angenehm wäre, wenn ihre Industrie verstaatlicht würde? Bezüglich des Bergbaues wird der Staat über kurz oder lang zur Verstaatlichung gedrängt werden. Und die Zahl der Privatkapitalisten, die Widerstand leisten, wird von Tag zu Tag eine geringere werden. Aber nicht blos die ganze Industrie, auch der Ackerbau könnte mit der Zeit sehr wohl verstaatlicht werden; es liegt das durchaus nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, wie man gemeint hat. Wenn in Deutschland den Großgrundbesitzern, die immer klagen, nicht bestehen zu können, vom Staat ihre Grundstücke nominell genommen, dafür aber angemessene „Liebesgaben" und das Recht verliehen würde, gewissermaßen als Satrapen des Staates, wie die Satrapen des alten Perserreiches, als Ober-Sklavenhalter über die kleinen Leute und die Landarbeiter, den Landbau zu leiten — wäre das nicht eine große Verbesserung für die Herren Junker, und glauben Sie nicht, daß dieser Gedanke oft schon in den Köpfen der gescheidteren Junker aufgestiegen ist? Selbstverständlich würden sie nur dann einwilligen, wenn sie sowohl an Einkünften als an Einfluß gewinnen würden; allein das wäre auf dem Boden des Staatssozialismus leicht zu machen. Der Gedanke ist also durchaus nicht als völlig in der Luft stehend abzulehnen. Und sicher ist, daß Diejenigen, welche in den oberen Klassen dem Staatssozialismus huldigen, keineswegs sich auf die Industrie beschränken wollen, sondern auch die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Auge haben, aber immer selbstverständlich im Sinne des heutigen Junker- und Polizei-Staats. Je stärker der Gegensatz wird zwischen Sozialismus und Kapitalismus, je mehr der Kapitalismus unter den

Konsequenzen seines eigenen Wesens, unter den Wirkungen seiner eigenen Entwickelungsgesetze leidet, je mehr ihn die Furcht vor der anwachsenden Sozialdemokratie quält, desto näher rücken wir der Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Gedankens.

Das Ideal des Staatssozialismus, und zwar des christlichen Staatssozialismus war beiläufig schon einmal verwirklicht. Und das erinnert mich an eine interessante Episode, die mit dem Thema meines jetzigen Vortrages in einiger Verbindung steht. Vor fast dreißig Jahren, in den sechziger Jahren, hielt ich hier in Berlin einen Vortrag, der meine Ausweisung aus Berlin und Preußen zur Folge hatte. Und jener Vortrag behandelte dasselbe Thema, wie mein heutiger. Ich stand damals im Kampfe mit dem Staatssozialismus, für welchen Herr v. Schweitzer nach dem Tode Lassalle's die deutschen Arbeiter zu gewinnen sich bemühte Ich trat ihm entgegen und in einer Versammlung des Buchdruckervereins wies ich die Unverträglichkeit des Junker- und Polizeistaats mit dem nothwendig demokratischen Sozialismus nach und wies an dem Beispiel des Jesuitenstaates Paraguay in Südamerika nach, was Staatssozialismus in der Praxis ist. In diesem Musterstaate waren alle Betriebe Eigenthum des Staates, d. h. der herrschenden Jesuiten. Alles war militärisch organisirt und gedrillt; die Eingeborenen wurden auch ganz gut gefüttert, sie arbeiteten aber unter strengster Aufsicht wie die Galeerensklaven und genossen nicht die geringste Freiheit, kurz: der Staat war Kaserne und Arbeitshaus — das Ideal des Staatssozialismus — gemeinsame Peitsche und gemeinsamer Futtertrog. Geistige Nahrung gab es natürlich nicht — die Erziehung war die Erziehung zur Sklaverei und zur Gedankenlosigkeit. Ich schilderte in jenem Vortrag die Zustände von Paraguay und zeigte an ihnen die Erfüllung dessen, was der Bismarck'sche Staatssozialismus erstrebte. Ich warnte vor dem „Protestantischen Paraguay" und entwickelte, daß es sich für den Staatssozialismus blos darum handeln könne, die vorhandene Ausbeutung und Knechtung noch zu verschärfen, und daß dieser Staatssozialismus das gerade Gegentheil, der Todfeind des Sozialismus ist. Ich wurde ausgewiesen. — Und ich kann hinzufügen: die ganze politische Haltung unserer Partei ist durch den Gegensatz zum Staatssozialismus bestimmt worden, und die Geschichte unserer Partei seit jener Zeit ist ein fortgesetzter Kampf gegen den Staatssozialismus und das System Bismarck, welches sich ihn als Hauptwaffe erwählt hatte. Die sogenannte Lassalle'sche Bewegung wurde nach Lassalle's Tode durch Schweitzer eine Zeit lang in dieses staatssozialistische Fahrwasser hinübergeführt. Und Jeder, der jene Kämpfe zwischen „Ehrlichen" und „Allgemeinen Deutschen" verfolgt hat, wird mir bezeugen können, daß uns immer und immer von Schweitzer — genau wie jetzt von den „Unabhängigen" — vorgeworfen wurde, daß wir „das Demo-

kratische" betonten — das sei bürgerlich, bourgeoismäßig, unproletarisch, und wir seien deswegen keine richtigen Sozialisten. Gerade um dieses „demokratische", das heißt revolutionäre Prinzip wurde der Kampf geführt, und dieses demokratische, revolutionäre Prinzip hat uns den Sieg über den Staatssozialismus mit Bismarck gegeben; es hat verhindert, daß der Sozialismus zu Gunsten des Despotismus ausgebeutet wurde, und ihm verdanken wir die Macht, die wir jetzt besitzen. Bismarck's Plan war, den Sozialismus vor seinen Karren zu spannen; wollte er doch Marx als Redakteur an den „Staatsanzeiger" ziehen. Wir sollten das fortschrittliche Bürgerthum mürbe machen, und dann wären wir von der Walze des Junker- und Polizeistaats platt gedrückt worden. Wir gingen nicht in die Falle, und der Staatssozialismus in dieser Form, der einzigen, der ich eine gewisse, wenigstens historische Berechtigung zu diesem Namen zuerkennen kann, ist für uns seit Langem praktisch wie theoretisch ein überwundener Standpunkt.

Nun ist das Wort Staatssozialismus noch in einer anderen Bedeutung, in einem viel weiteren, laxeren Sinne gebraucht worden, nämlich in dem der staatlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses. Das ist ein rein willkürlicher Gebrauch, weil die betreffenden Maßregeln den Kern der sozialen Frage, die Ursache des sozialen Elends gar nicht berühren. Wenn alle Versuche des Staates, die Lage der Arbeiter in Einzelpunkten materiell zu bessern, das Verhältniß der Arbeiter zu dem Kapitalisten etwas erträglicher zu gestalten, ohne das Verhältniß selbst zu ändern, — wenn solche Versuche, wenn Arbeiterschutzgesetze und ähnliche Maßregeln als staatssozialistisch bezeichnet werden, dann kann man das ja nicht verbieten und verhindern, aber mit Sozialismus hat das nicht das Mindeste zu schaffen, und wir können deshalb hiervon nur als von einem „sogenannten" Staatssozialismus sprechen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung hat ihren Ursprung und ihre eigentliche Heimath in England, und dort hat, weil das Bürgerthum groß und stark ist, der staatssozialistische Gedanke bis jetzt unter allen Kulturstaaten am wenigsten Wurzel gefaßt; und Niemand hat in England daran gedacht, die Zehnstundenbill und sonstige Fabrikgesetze „staatssozialistisch" zu nennen. Und die Anwendung dieses Ausdrucks auf derlei Maßregeln in Deutschland, ist nach meiner Meinung, wie schon gesagt, durchaus willkürlich und ungerechtfertigt. Immerhin geschieht es, und in Bezug auf diese Form des sogenannten Staatssozialismus haben wir in der Resolution ausgeführt, daß die betreffenden Maßregeln ein System von Halbheiten sind, und daß sie ihre Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdanken und die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung zum Zweck haben, d. h. konservativ sind. Diese Wahrheit ist so einleuchtend, daß ich hier nichts weiter zu sagen habe. Alle sogenannten staatssozialistischen oder auch sozialreformato-

rischen Maßregeln, die wir seit dem ersten Vorgehen des Fürsten Bismarck bekommen haben, richten sich selbst; ihnen allen fehlt — abgesehen von ihrer bureaukratisch-polizeilichen Unzulänglichkeit, die sie gegenüber den entsprechenden Maßregeln in der Schweiz und in England gar jämmerlich erscheinen läßt — ihnen allen fehlt das Kriterium, das Merkmal, woran eine Maßregel als echt sozialistisch zu erkennen ist: keine greift das Monopol der Arbeitsmittel an, keine geht der kapitalistischen Produktionsweise zu Leibe, keine vermindert die Ausbeutungskraft des Kapitals. Der Klassengegensatz, die Unterdrückung und Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzer der Arbeitsmittel — Alles, was das Massenelend und den Anarchismus der heutigen Gesellschaft verschuldet, bleibt bestehen, und bestenfalls werden in kleinen nebensächlichen Dingen dem Arbeiter kleine nebensächliche Vortheile geboten. Soweit solche Vortheile geboten werden, haben wir stets zugegriffen und werden wir stets zugreifen. Wir sind immer bereit gewesen, zu praktischen Verbesserungen die Hand zu reichen und das Gebotene nach Kräften auszunutzen. Niemals haben wir — wie man uns so oft vorwirft — einen absolut negativen Standpunkt eingenommen, der für eine schwache Partei unter Umständen vernünftig sein kann, für eine starke, wirkungsfähige Partei aber die Abdankung bedeuten würde. Aber all diese Maßregeln sind für uns nur von untergeordnetem Werth, und sie haben außerdem zum Theil, statt den Arbeiter zu befreien, im Gegentheil die Tendenz, die Macht des heutigen Klassen- und Polizeistaats noch zu stärken und sind einem antisozialistischen, konservativen, ja positiv reaktionären Gedanken entsprungen. Daß wir gegen derartige Bestrebungen in jeder Gestalt Front machen müssen, versteht sich von selbst.

Ich kann nun schließen, denn ich setze voraus, daß Sie alle, die Sie hier sind, die Diskussion der Frage in unserer Presse verfolgt, und die zahlreichen Artikel unserer Zeitungen, namentlich auch der „Neuen Zeit" die Broschüre Vollmar's, kurz die ganze einschlägige Literatur gelesen haben und daß Ihnen die ganze Polemik gegenwärtig ist. Ich will Sie nicht durch Wiederholungen ermüden. Der Kongreß steht vor einer durch die Parteipresse schon erledigten Frage. Vollmar hat früher unzweifelhaft andere Anschauungen vertreten, jetzt hat er mit mir die vorgelegte Resolution unterzeichnet. Ich habe somit keinen Grund, ihn zu bekämpfen. Ich empfehle Ihnen ohne Weiteres die Resolution zur Annahme und will nur nochmals meiner Ueberzeugung Ausdruck geben: Je mehr der Kapitalismus seinem Untergange entgegengeht, sich zerbröckelt und auflöst, — je mehr die bürgerliche Gesellschaft einsieht, daß sie sich auf die Dauer nicht gegen den Ansturm der sozialistischen Ideen vertheidigen kann, desto näher sind wir auch dem Momente, wo der Staatssozialismus in vollem Ernst proklamirt werden

wird; und der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu kämpfen hat, wird ausgefochten werden unter dem Schlachtrufe: Hie Sozialdemokratie! — Hie Staatssozialismus! (Lebhafter andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wird die Debatte eröffnet. Sie erstreckt sich zugleich über die unter den Vorlagen an den Parteitag auf Seite 22 und 23 aufgeführten Resolutionen der Parteigenossen in München, der Parteigenossen des II. und VI. Berliner Wahlkreises und der Parteigenossen in Straßburg i. E. sowie über den neu eingegangenen Antrag:

Genossen in Dortmund und Sagan: Der Parteitag wird ersucht, zu der regierungsfreundlichen Stellung des Abgeordneten Vollmar, welche mit den revolutionären Prinzipien unserer Partei im denkbar schroffsten Widerspruch steht, eine scharf abweisende Stellung einzunehmen.

Bebel macht zur Geschäftsordnung darauf aufmerksam, daß ebenso wie der zweite Theil der Resolution Berlin II auch der zweite Theil der Münchener Resolution, der nicht hierher gehörige Anschauungen ausspricht, einer besonderen Erörterung bedarf.

v. Vollmar: Der Punkt, bei dem wir jetzt stehen, ist seit langen Wochen als der eigentliche fette Bissen des Kongresses angesehen worden, auf den zahlreiche Leute, namentlich aber unsere Gegner, sich ganz außerordentlich gefreut haben. Die Resolution, welche Liebknecht's und meine Unterschrift trägt, hat diesen Leuten wohl schon im vornhinein die Hoffnung genommen, hier auf ihre Rechnung zu kommen, und sie hat zugleich denen nicht ganz Unrecht gegeben, welche bei Beginn dieses Parteitages eine weitere Diskussion über diesen Punkt nicht recht für nothwendig gehalten haben. Nachdem wir nun so weit sind, nachdem Sie die Rede Liebknechts gehört und die Resolution gelesen haben, wird bei sehr vielen von Ihnen die Frage aufgeworfen werden: weßhalb ist denn eigentlich, wenn die beiden Hauptgegner, wenigstens zu Beginn des Kampfes, mit einander in der Sache so vollständig einverstanden sind, den ganzen Sommer über gestritten worden? Liebknecht hat diese Diskussion, wie sie während des Sommers in der Parteipresse und auch in Versammlungen geführt worden ist, als eine nöthige und nützliche bezeichnet. Ich kann mich dem nicht anschließen. Ich meine, die Diskussion, wie sie bis zu den letzten sieben Wochen stattgefunden hat, ist nichts anderes gewesen, als ein Wortstreit, als ein „mit einer Stange im Nebel Herumfahren“, wie es nicht von mir, sondern von verschiedenen Genossen richtig ausgedrückt worden ist. Inhalt und Ergebniß des Kampfes haben mit dem darauf verwandten Eifer — und ich nehme dabei keine Person aus — durchaus nicht im richtigen Verhältniß gestanden. Das ist auch fast immer so und muß immer so sein, wenn eine

Diskussion nicht frei gewollt ist, sondern wenn man sie sich von den Gegnern aufdrängen läßt, und letzteres ist in diesem Falle ganz zweifellos Thatsache. Während des Kampfes schon ist nahezu von allen Seiten zugegeben worden, daß der Brief, den ich in der bekannten „Revue bleue" veröffentlichte, in Bezug auf Deutschland und die Sozialdemokratie an sich belanglos gewesen ist, nichts von Interesse oder Bedeutung enthalten hat, sondern diese blos dadurch gewonnen hat, daß der Brief an Leute gerichtet war, die die deutschen sozialistischen Verhältnisse überhaupt nicht kannten. Der Brief wäre demnach gar nicht beachtet worden, wenn nicht die gegnerische Presse bei uns ihn veröffentlicht hätte oder besser gesagt, Auszüge, Zusammenfassungen dieses Briefes, welche schief, gefärbt, nach allen Richtungen zerrissen gewesen sind, so daß der wahre Sinn — und es kommt dabei häufig auf eine einzelne Klangfarbe an — nicht zu ersehen war. Dieser Bericht ist ursprünglich in der hiesigen „Täglichen Rundschau" enthalten gewesen. Das Blatt ist mir erst später zugegangen und auch der „Vorwärts" und die Parteipresse hat nicht an die „Tägliche Rundschau" angeknüpft, sondern erst mußte der Artikel in die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten" übergehen und auf sie hat der „Vorwärts" seine Angriffe aufgebaut. Jener Bericht war am 4. Juli in den „Neuesten Nachrichten" enthalten. In Erfurt habe ich mich im vorigen Jahre darüber beschwert, daß ein Theil der damaligen Angriffe gegen mich erfolgt war auf Grund eines verkehrten Berichts. Darauf wurde mir erwidert, daß sei meine eigene Schuld gewesen, ich hätte sofort berichtigen, meine wahre Meinung darthun sollen. Was ich im vorigen Jahre unterließ, habe ich in diesem Jahre so genau eingehalten und nachgeholt, als es nur geschehen konnte. Am 4. Juli stand jener Bericht in den „Neuesten Nachrichten." Ich wohne 7 Stunden von München und bekomme die Post erst am nächsten Tage. Es wäre gar nicht zu verwundern gewesen, wenn meine Berichtigung 3, 4, 5 Tage hätte auf sich warten lassen, aber schon am 6. Juli stand sie in dem Blatte, und es war da der wahre Text dieser Stelle auf das deutlichste dort veröffentlicht. Der „Vorwärts" hat nun leider — und das ist der Anfangs- und Grundfehler — nicht einmal diesen einen Tag warten können, sondern hat an dem gleichen 6. Juli, wo ihm die „Neuesten Nachrichten" von München zugingen, ohne irgendwie diese Nachricht auf ihren wahren Werth prüfen zu können, sich in der bekannten Weise gegen mich ausgelassen. Ich werde der letzte sein, dem „Vorwärts" den Mund zu verbieten, sich über das, was irgend ein Genosse über Parteiangelegenheiten öffentlich spricht und was ihm irgendwie auffällt, zu äußern; dann würde ja der „Vorwärts" noch weniger ein führendes Organ sein. Uebrigens möchte ich dabei Liebknecht gleich erwidern, daß er den

Beschluß der Münchener Parteigenossen durchaus mißverstanden hat. Dieser Beschluß ist ohne meine Mitwirkung zu Stande gekommen, auf Grund eines Antrages eines Genossen, der kein Münchener ist, sondern erst vor kurzer Zeit aus Norddeutschland dahin kam und also gar keine gebundene Marschroute hatte, nicht gegen den Genossen Liebknecht, nicht gegen den „Vorwärts" gefaßt worden, sondern gegen Beschlüsse, welche in den letzten Wochen in verschiedenen Wahlkreisen, namentlich hier in Berlin, gefaßt worden sind. Die Münchener Genossen haben sich gesagt, der Streit ist glücklicher Weise vorbei, respektive, so weit er noch fortwährte, in der sachlichen Weise, wie zwischen Kautsky und mir in der „Neuen Zeit," geführt worden; die Sache ist so zu sagen tot, und nun kommen einzelne Wahlkreise, wie der II. und V. Berliner, bemächtigen sich der Sache aufs Neue und zwar mit einem gewissen Eifer und Hast, und dagegen wollten die Münchener durch ihre Resolution demonstriren. Sie haben ihre Stellung so milde genommen, daß, wie wir sahen, garnicht die eigentlich Gemeinten sich getroffen fühlen, sondern Liebknecht, der diesen Beschluß fälschlich auf sich bezieht. Der „Vorwärts" also mußte sich um die Sache kümmern, aber in anderer Weise als er es gethan hat. Er hätte eine gesittete Wartezeit wahrnehmen müssen, bis ich Gelegenheit hatte, mich zu äußern. Er hat das nicht gethan, er ist schnell losgeschossen. Das war aber noch nicht einmal das Schlimmste. Wenn er es thun wollte, gut! Aber ein so alter Journalist wie Liebknecht wird mir zugeben, und kein Journalist wird darüber im Zweifel sein, daß in einem solchen Falle, wo das Dokument garnicht geprüft werden konnte, es die Pflicht jeder Redaktion war, wenn sie schon nicht warten wollte, dann wenigstens mit Reserven, mit Vorbehalten, bedingungsweise zu sprechen, zu sagen, wie es da steht, kann er es unmöglich gesagt haben, warten wir also authentische Nachrichten ab. Liebknecht weiß doch sehr wohl, daß auch über ihn während der letzten Monate eine ganze Anzahl Aeußerungen durch die gegnerische Presse gegangen sind, von denen eine gegen mich direkt beleidigend war. Wie wenn ich nun auch so losschießen wollte und auch gethan hätte, als ob ich das Alles glaubte! Mit Recht hat man mir gesagt, du mußt warten und obwohl ich damals nicht in der rosigsten Laune gegen Liebknecht war (Heiterkeit), ebenso wie er gegen mich, habe ich in der Zeitung, die mir zur Verfügung stand, nichts gesagt, und wenn ich gefragt wurde, wie denken Sie über Liebknecht? habe ich erklärt, die Sache sei für mich erledigt. Wir wollen hier nicht Rekriminationen machen; Sie sehen das auch aus meinen Ton; aber für die Zukunft sollte doch bei jeder Aeußerung, mündlich wie schriftlich, bei Rednern, wie bei Redakteuren, auch beim „Vorwärts", der Grundsatz an die Spitze gestellt werden, daß es Pflicht ist,

wenn solche Meinungsverschiedenheiten entstehen, sich vorher aufs Aeußerste zu vergewissern oder Vorbehalte auszusprechen, nicht aber von vorn herein einem etwas anhängen, was dann unter allen Umständen schließlich an ihm hängen bleibt.

Einfach auf den Bericht eines gegnerischen Blattes hin, ohne die mindeste Einschränkung hat die weitere Debatte stattgefunden über meinen angeblichen Ausspruch, daß wir uns an den Staatssozialismus annähern. Obwohl es also an sich für viele gleichgiltig ist, nachdem der Streit beendet ist, wer dabei angefangen hat, so steht es doch für mich fest: der Streit ist veranlaßt worden nicht durch mich, sondern durch die wenig überlegte Art, wie der „Vorwärts" ihn begonnen hat und, nachdem er einmal begonnen war, ist es — ich gehöre ja auch zum Journalistenhandwerk — die allgemeine Unfehlbarkeit aller Journalisten und Redakteure gewesen, die den „Vorwärts" hinderte, einzugestehen, er habe voreilig über das Ziel hinausgeschossen. Das ist einfach der langen Rede kurzer Sinn, wobei ich gleich bemerke, daß an dem weiteren Verlaufe des Streites Liebknecht, wenn überhaupt, jedenfalls einen geringen Antheil hatte.

Hieraus ist die Verwirrung entstanden und diese ist zweifellos durch die Resolution, nach der Rede Liebknecht's, nach den Erörterungen in der „Neuen Zeit" beseitigt worden, nachdem sich im Laufe der Zeit auch herausgestellt hat, daß diese meine Aeußerung weder mit dem Programm, noch mit der Taktik irgend etwas zu thun hatte, daß sie auf unser praktisches Handeln auch nicht einen Schatten von Einfluß ausüben konnte oder wollte, sondern daß es nur auf eine theoretische Auseinandersetzung hinauskam nicht darüber, wie der Staatssozialismus definirt werden müsse, sondern wie er möglicherweise von einem anderen Standpunkte aus definirt werden könne. Eine Aeußerung Liebknecht's kann mißverstanden werden. Er spricht seine Freude aus darüber, daß nunmehr die Differenz geschwunden ist. Daraus könnte gefolgert werden, als ob diese Differenz von Hause aus vorhanden gewesen wäre, als ob ich mich erst nachher bequemt hätte, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Das ist nicht so. Die Differenz ist niemals vorhanden gewesen. Ich sage in meiner Schrift auf Seite 8 ausdrücklich:

> „Auf diese Weise kam es, daß man zu dem drakonischen Ausnahmegesetze von 1878 und zugleich zu dem System griff, welches man Staatssozialismus oder Sozialreform nannte. Die Sozialdemokratie sollte niedergeschlagen werden, um an ihre Stelle einen Sozialismus der weißen Blouse zu setzen. Wenn die Arbeiter niemand Anderen mehr hörten, würden sie schließlich den Regierungsversprechungen glauben lernen und sich vor den Bismarck'schen Wagen spannen, wodurch Proletariat und Bürger-

thum zugleich gründlich unschädlich gemacht waren. Bis zu einem gewissen Grade aber wollte doch auch Bismarck wirklich ordnend in die wirthschaftlichen Verhältnisse eingreifen. Freilich nichts weniger als im Interesse der Arbeiter und zur Bekämpfung des Kapitalismus. Der Staatssozialismus war ihm vielmehr ein Mittel zur noch wirksameren Fesselung des Volkes, ein System der Verstaatlichung zu rein fiskalischen und politischen Zwecken, das den von oben geleiteten Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und die Macht der politischen und wirthschaftlichen Beherrschung in einer Hand vereinigt.

Man kennt den Erfolg dieser Politik. Wäre sie ein Jahrzehnt früher angewendet worden, als die Arbeiterbewegung in Deutschland noch minder entwickelt war, so hätten die sozialistischen Phrasen im Munde der Regierung und die Versicherungsgesetze die Arbeiterklassen wohl überraschen und die Entwickelung des Sozialismus auf eine Zeit verschieben können. Wie die Dinge aber lagen, konnte die Bismarck'sche Sozialpolitik zu nichts Anderem führen, als die völlige Ohnmacht der stärksten Regierung gegenüber dem Sozialismus offenbar zu machen."

Wenn alle Genossen, welche ein kleines Scheitlein Holz zu dem Scheiterhaufen herbeigetragen haben, auf den ich hätte gebraten werden sollen, (Heiterkeit) die Schrift selbst vorher gelesen hätten, statt den Abklatsch der gegnerischen Blätter, dann wären gewiß verschiedene Beschlüsse von Versammlungen unterlassen worden. (Sehr richtig!) Ich habe in meinem letzten Artikel in der „Neuen Zeit" bereits gesagt, daß der Parteitag eine wissenschaftliche Definition nicht des praktischen Staatssozialismus, sondern des theoretischen, wie ihn Rodbertus und andere Theoretiker sich denken, nicht geben könne. Ich habe in jenem Aufsatz der „Neuen Zeit" weiter erklärt, es scheine mir überflüssig und es sei nur ein Einrennen von offenen Thüren, wenn man nichts weiter erklären wolle, als daß wir absolut nichts damit zu thun haben. Ich habe niemals in der Partei irgendwie eine Neigung bemerken können, sich dem Staatssozialismus zu nähern, und ich will sogar auch die Grundlage, den Anfang der Partei hier einbegreifen; denn ich stimme mit der Aeußerung Liebknecht's, der den wahren Staatssozialismus auf Lassalle zurückführt, durchaus nicht überein. Wer Lassalle kennt und zwar nicht blos aus seinen Schriften, sondern auch aus dem Briefwechsel mit Rodbertus und anderen Männern — und Liebknecht hat hieran wohl blos nicht gedacht — weiß, wie er über seine staatssozialistische Lehre denkt, weiß, daß er sie nicht für ausführbar hielt, sondern blos das agitatorische Moment derselben im Auge hatte. Von allem Anfang an in unserer ganzen Bewegung, in unserer ganzen Parteigeschichte, so weit ich sie durchforscht habe, als von allen Seiten die Winde mich anbliesen, habe ich nicht ge-

funden, daß irgend wo in der Partei in einflußreicher Weise jemals eine Hinneigung zum Staatssozialismus sich gezeigt hat oder in offener Form zum Ausdruck gekommen ist, eine einzige Gelegenheit ausgenommen, die ich für besser halte, hier nicht vorzubringen, denn diese Ausnahme bin nicht ich, sondern — andere Leute. Gleichwohl glaube ich, daß, nachdem die Sache so weit gediehen ist und nun auch hier verhandelt werden muß, daß wir nicht einfach sagen können, jetzt ist die Komödie aus, sondern es muß mindestens eine Resolution kommen, und wenn sie auch garnichts sagt, was man nicht schon vorher gewußt hätte. So wird mindestens das Eine erzielt, daß die Sache nunmehr nach jeder Richtung hin aufgeklärt ist und daß dieser Streitfall, der uns viel zu lange beschäftigt hat, in ordentlicher Weise aus der Welt geräumt wird.

Aber die Resolution hat nur dann einen Werth, wenn auch wirklich diese Klärung vollständig erzielt wird, wenn nicht wieder hier in der Debatte es geschieht, daß man sich, statt sich an die Sache zu halten, in Allgemeinheiten verliert, sich wieder über meinen Opportunismus oder Optimismus verbreitet. Die Dortmunder haben sogar entdeckt, meine Broschüre sei regierungsfreundlich, und verlangen eine Zensur für mich. Solche allgemeinen Phrasen soll man bei Seite lassen, sie sind nichts weiter als die gefrorenen Trompetentöne Münchhausens, die ein Jahr nach Erfurt unter der Sommerwärme wieder aufgethaut sind. Wir müssen uns derartige Dinge überhaupt für die Zukunft abgewöhnen. Die Kritik ist eine sehr schöne Sache; unsre Partei findet ihre heutige Stärke in der Kritik nach innen und nach außen; aber es geht mit ihr wie mit dem Feuer, von dem Schiller in der Glocke erzählt. Wenn sie gebändigt, disciplinirt, innerhalb eines feuerfesten Raumes gehörig überwacht wird, dann ist sie ein ausgezeichnetes Mittel für uns; wenn sie aber ihre Fesseln bricht, wenn sie zur Hyperkritik wird, dann kann sie schädlich werden, namentlich dann, wenn sie, anstatt sich an dem Gegner zu versuchen, sich an den Reden, Schriften und an der Art des Bruders äußert. Wenn Brüder Feinde werden, dann giebts ganz andern Rauch und andre Flammen, als wenn Gegner auf sich losfahren. Man soll also bei aller Ueberwachung gegenseitig sich nicht wieder dahin drängen lassen, seine Kritik hauptsächlich und monatelang auf die eigenen Genossen anzuwenden. Wäre auch nur theilweise die Kraft, welche in diesem Streit namentlich durch die Schriftgelehrten der Partei an die Exegese gesetzt worden ist, auf praktisches Schaffen verwendet worden, dann wäre für die Partei ein viel größerer Nutzen erzielt worden. Das Redigiren von vorliegenden Dokumenten ist immer eine sehr verführerische und gefährliche Sache und die Redakteure solcher Parteiaktenstücke kommen sehr leicht in die Gefahr, in welche der Redakteur der Emser Depesche auch gekommen ist.

Die Theorie des Staatssozialismus beschäftigt uns hier garnicht. Ich selbst habe meine eigene Definition garnicht festgelegt. Sie stimmt im wesentlichen Grade mit dem überein, was Kautsky, unser eigentlicher Theoretiker, aufgestellt hat. In Bezug auf die sachlichen Erklärungen zu praktischen Staatssozialismus herrscht kein Zweifel unter uns. Die Resolution wird jedenfalls einstimmige Annahme finden. Ich bin zu Ende, und Sie werden mir zugestehen, daß ich zwar, wie es mein Recht und meine Pflicht war, versucht habe, die wesentlichen Momente des Anfangs und des weiteren Verlaufes der Diskussion festzustellen, mich aber von einer eigentlichen Polemik, von Gehässigkeiten u. dergl. vollkommen fern gehalten habe.

Wie es immer geschieht, wird diese Resolution nicht alle Welt befriedigen. Vielleicht auch sind unter uns einige Heißhungrige, denen es nicht ganz angenehm ist, daß ihnen dies besondere Gericht plötzlich weggenommen wird; ich hoffe, daß diese nach den stattgehabten Aufklärungen ihre Meinung ändern werden. Am wenigsten aber wird es den Gegnern gefallen, daß sie nicht auf die Kosten kommen; denn die haben sich schon lange darauf gefreut, daß der Krach kommen wird. Sie werden nun sagen: der Vollmar hat den Rückzug angetreten, das ist ja garnicht mehr schön, mit dem ist auch nichts mehr anzufangen. Andere wieder werden finden, daß ich den Sieg davongetragen habe, denn ich bin nicht verspeist worden. Das soll mir vollkommen gleichgiltig sein. Ueberhaupt sollte man sich doch von den Urtheilen der gegnerischen Presse mehr emanzipieren, als es bisher der Fall gewesen ist. (Zustimmung.) Die meisten Diskussionen haben gar nicht über die Schrift stattgefunden, sondern über das, was gegen meine Person in den gegnerischen Zeitungen gesagt worden ist. Man sollte sich doch nicht darum kümmern, was etwa das „Oscherslebener Tageblatt" über mich bringt. Ich sage Ihnen gerade heraus, und die Münchener werden es Ihnen bestätigen, daß gerade im Süden, wo die Sozialdemokratie im Verhältniß zu ihrer Zahl eine ausnahmsweise große Rolle im allgemeinen Parteileben spielt, die gegnerische Presse sich zehnmal so viel mit unsern angeblichen oder wirklichen Verhandlungen und Gedanken beschäftigt, als vielfach in andern Ländern und Gegenden es der Fall ist. Wenn ich auf das, was die gegnerische Presse des Südens über mich schreibt, allemal antworten wollte, hätte ich außerordentlich viel zu thun. Ich mag es auch nicht thun. Je dümmere Schlüsse sie aus unseren Handlungen ziehen, desto besser für uns. Wenn die Liberalen glauben, daß ich in ihrem Sinne gesprochen habe, und sie darüber voll Vergnügen sind, so lasse ich ihnen das kindliche Vergnügen, und wenn die Ultramontanen etwas ähnliches thun, so lasse ich es ihnen auch. Meine Handlungen bleiben deshalb immer unverrückbar die gleichen. Es ist eine er-

freuliche Thatsache, daß in dem Streit dieses Sommers nirgendwo weniger gestritten worden ist, nirgend weniger an die Oeffentlichkeit gekommen ist, als gerade in meinem Wahlkreise. In München ist das Wort Staatssozialismus in keiner öffentlichen Versammlung gebraucht worden, weder für noch gegen mich. Ich habe seit dem Beginn des Streites annähernd ein halbes hundert Agitationsversammlungen mit allen möglichen Tagesordnungen abgehalten, in Süddeutschland, Baden, Württemberg, Nord- und Südbayern, und wer mich gehört hat, weiß, daß ich das Wort niemals in den Mund genommen habe, weder um die Gegner zu bekämpfen, noch um ihnen Recht zu geben. Nur ein einziges Mal habe ich in einer württembergischen Versammlung einem scharfen Gegner, einem Hofprediger, der in dieser Frage einen Zwiespalt zwischen der Fraktion und mir konstruiren wollte, darauf geantwortet, und auf das energischste protestirt. Ich habe dabei die anwesenden Sozialisten aufgefordert, wenn irgend einer von ihnen in meinen Worten eine Wendung gefunden hätte, welche nicht dem Programm und der Taktik entspreche, dagegen aufzutreten. Es ist Niemand aufgetreten, dagegen hat ein Redner sein volles Einverständniß mit meiner Rede erklärt. Kümmern Sie sich bei Ihren Beschlüssen lediglich um das, was in der That vorliegt, gehen Sie so versöhnlich und sachlich zu Werke, wie Liebknecht und ich, welche gemeinsam die Resolution unterzeichnet und alle Polemik möglichst bei Seite gelassen haben. Kümmern Sie sich nicht um das, was möglicherweise in größeren oder kleineren gegnerischen Blättern über unsere Entschließungen hier gesagt wird, mag es zu Liebknecht's oder zu meinen Gunsten oder Ungunsten sein, sondern handeln Sie in dem Sinne, wie es stets bei uns geschehen ist, zum Besten und im Interesse unserer Partei. (Lebhafter Beifall.)

Keßler-Berlin: Als ich im „Vorwärts" den ersten Bericht über die angeblichen Aeußerungen Vollmar's las, habe ich gegen diese Aeußerungen Stellung nehmen müssen. Der wirkliche Wortlaut der Vollmar'schen Aeußerungen brachte mich zur Ueberzeugung, die Vollmar selbst ausgesprochen. Es ist richtig, wir können heute keine wissenschaftliche Definition davon geben, was unter „Staatssozialismus" zu verstehen ist, und es würde uns auch garnichts nützen. Wir haben uns nur mit dem zu beschäftigen, was praktisch in diesem Ausdruck ist. Es ist das in der Rede Liebknecht's voll und ganz zum Ausdruck gekommen, und ich habe dem eigentlich nichts hinzuzufügen. Ich hätte nur gewünscht, daß in der Resolution in einem allgemeinen Begriff zusammengefaßt wäre, was hier in zwei Absätzen gesagt ist. Wir müssen nur wissen, was wir im Allgemeinen unter „Staatssozialismus" zu verstehen haben. Ich verstehe darunter vom Standpunkt der Praxis die Zusammenfassung aller derjenigen Maßnahmen des heutigen Staates, welche dazu

bestimmt sind, der Sozialdemokratie entgegen zu treten und womöglich eine Spaltung in unsere Reihen zu bringen. Dazu gehört die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Krankenversicherung u. s. w. Fürst Bismarck hatte mit allen diesen Maßregeln keinen anderen Zweck, als die Arbeiter für sich zu gewinnen. Unsere Stellung kann keine prinzipielle sein, wie Vollmar mit Recht gesagt hat, sondern muß eine taktische sein. Wir müssen uns bei jedem einzelnen Punkt, wo wir den Staatssozialismus zu bekämpfen haben, vergegenwärtigen, was der Staatssozialismus damit beabsichtigt. Wir dürfen das, was uns durch diesen Staatssozialismus geboten wird, nicht an und für sich abweisen, denn wir fordern ja in verschiedenen Punkten die Hilfe des Staates. Wir werden nur dafür zu sorgen haben, daß durch solche Maßregeln keine Verwirrung in den Köpfen unserer Genossen veranlaßt wird, sondern daß diese immer klarer und bestimmter einsehen, welche Absichten der Staat hat. Wir müssen uns immer gegenwärtig halten, daß wir diese Maßregeln vom Staate nur verlangen, um ihn selbst zu besiegen, und daß die von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln nur Halbheiten sind. Wir haben uns vor diesen Maßregeln nicht zu fürchten. Kaum war der kaiserliche Erlaß von 1890 erschienen, da erscholl ein einziger Ruf von der Memel bis zum Rhein aus den Kapitalistenkreisen: das kann die Industrie nicht vertragen! Sie erhoben Einspruch gegen das sogenannte sozialistische Kaiserthum und dieses mußte sich zurückziehen. Herr v. Stumm konnte, als die soziale Gesetzgebung abgeschlossen war, über dieselbe seinen Segen sprechen: jetzt können die Unternehmer mit derselben sehr gut auskommen. Der Arbeiterschutz war ein Arbeitertrutz geworden. Nun ein Wort über den „Vorwärts". Meiner Ansicht nach hat der „Vorwärts" dadurch, daß er den Alarmruf rechtzeitig erhob, seine Schuldigkeit gethan. Ich stehe nicht für jedes Wort und jede Wendung ein, aber im Allgemeinen hat unsere Parteipresse durchaus die Pflicht, jeden Augenblick, sobald durch die gegnerische Presse Mißverständniß zu erregen versucht wird, dazu Stellung zu nehmen. Mit der Resolution bin ich im Allgemeinen einverstanden, nur fehlt den beiden Sätzen die logische Zusammenfassung; dies könnte durch eine andere Redaktion verbessert werden. Ich halte die Sache auch nicht für so wesentlich, daß wir heute mit einer fertigen Resolution nach Hause gehen müssen. Es wäre besser, daß wir diese Resolution einer Kommission überweisen, welche sie redigirte und dem nächsten Parteitag in Form einer ausführlichen Broschüre oder Denkschrift vorlegte. (Lebhafter Widerspruch.) Durch diese Resolution wird die Sache nicht abgeschlossen.

Frohme-Altona: Genosse Wilh. Liebknecht hat in seiner Rede auch heute wiederum erklärt, daß Lassalle recht eigentlich doch ein Vertreter des idealen Staatssozialismus gewesen sei. Es ist nicht

wahr, daß Lassalle gewissermaßen die Sozialdemokratie der tödtlichen Umarmung des Staatssozialismus preisgegeben habe, von welcher sie die radikale Demokratie wieder habe befreien müssen. (Zuruf Liebknecht's: Hat Schweitzer gesagt!) Lassalle hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Frage der Intervention des Staates überhaupt nur prinzipaliter behandelt habe. Es ist ihm niemals eingefallen, auf die Forderung der Staatshilfe für Produktivgenossenschaften ein entscheidendes Gewicht zu legen, und er sprach in dem Briefe an Rodbertus ausdrücklich davon, wenn man die Arbeiter zu sozialpolitischem Denken erziehen wolle, dann müsse man ihnen etwas Greifbares geben. Wäre Lassalle der ideale Staatssozialist gewesen, so würde ihn der Vorwurf treffen, der hier am Schluß der vorgeschlagenen Resolution mit Recht gegen den Staatssozialismus erhoben ist: der Staatssozialismus ist konservativ. Ich hoffe, daß jene Behauptung, welche der historischen Wahrheit durchaus widerspricht, nun endlich aufhören wird. Vollmar bemerke ich: so unangenehm die Auseinandersetzungen in unserer Presse über diese Angelegenheit empfunden werden mögen, sie haben doch manches Werthvolle gebracht. Es dürfte nicht richtig sein, zu sagen, wie es der Vorredner gethan hat, daß dem Staatssozialismus nicht sowohl eine prinzipielle als vorwiegend eine taktische Bedeutung beizumessen ist. Ich lege dieser Frage eine viel weiter gehende Bedeutung bei und zwar mit spezieller Rücksicht auf die Tendenz des Staatssozialismus. Darum kann es sich hier nicht handeln; was wir eventuell von dem gebrauchen können, was der Staatssozialismus zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen bietet. Der Staatssozialismus nähert sich dem Sozialismus nur soweit, als es ohne prinzipielle Verleugnung der bestehenden Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung geschehen kann. Es ist die sogenannte Beschwichtigungspolitik, worauf alles hinausläuft, und die Regierung hat ausdrücklich keinen Zweifel darüber gelassen, in welchem Maße sie bestrebt ist, mit allen ihren Maßregeln die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Ich lege ein entscheidendes Gewicht auf die prinzipielle Seite, und die von Vollmar und Liebknecht vorgeschlagene Resolution entspricht dem in vollem Umfange, und ich wünsche und hoffe, daß diese Resolution einstimmige Annahme findet. (Beifall.)

Hoch-Frankfurt a. M.: Ich möchte mich dagegen wenden, als ob die nach meiner Ansicht ungerechtfertigte Form, in welcher der „Vorwärts" die Sache zur Sprache brachte, den Grund abgegeben hat, weshalb hier diese Erörterungen stattgefunden haben. Das Blatt, an dem ich thätig bin, hat abgewartet, bis die Aeußerungen Vollmar's ausführlich vorlagen, und dann erst dazu Stellung genommen. Auch in der jetzt vorliegenden Fassung Vollmar's sind Aeußerungen vorhanden, welche die Presse und die Genossen wohl

veranlassen können, dagegen Stellung zu nehmen. Vollmar sagt, wir wollen jene Forderungen, deren Verwirklichung wir anstreben, und die man als staatssozialistische bezeichnen könne, zur stufenweisen Anbahnung einer besseren Gesellschaftsordnung haben. Da kommen nun die Gegner und sagen zu den Arbeitern: arbeitet nur vorläufig mit uns mit, wir wollen euch ein paar Verbesserungen geben, wartet ab, ob nicht in so und so viel Jahrhunderten der sozialistische Staat herauswächst, jetzt aber stärkt das heutige Königthum und haltet zu uns. Vollmar lächelt darüber, aber seine Auslassungen lassen eine solche Ausdeutung zu. Wir erwarten die bessere Gesellschaftsordnung nicht in Jahrhunderten, sondern jetzt schon. Aus diesem Grunde halte ich die vorliegende Resolution nicht für überflüssig. Ich bin auch nicht erbaut von ihrer Form, aber darauf kommt es gar nicht an.

Antrick-Berlin: Die Nothwendigkeit der vorliegenden Resolution ergiebt sich auch schon vom Standpunkt der Agitation aus. In welche Differenzen kamen wir nicht, als der Vollmar'sche Artikel in der „Revue bleue" erschien! Der Grundfehler Vollmar's ist, daß er zwischen dem Staatssozialismus und uns nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame hervorhob. Damit kann man unter Arbeitern, welche noch nicht vollständig zu uns gehören, eine Verwirrung anrichten. Wir haben durchaus nicht die Absicht gehabt, diesen Kampf zu einem persönlichen zuzuspitzen. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß diejenigen, die über irgend eine theoretische Frage abweichender Meinung sind, in das Ausland zur gegnerischen Presse gehen und da ihre Ansichten niederlegen. Wir waren der Meinung, und ich spreche hier im Namen meiner Mandatgeber, daß es Pflicht der Parteigenossen sei, diese theoretische Frage in unseren Parteiblättern zum Ausdruck zu bringen. Wir haben ja eine große Parteiliteratur, eine wissenschaftliche Revue, darin hätte diese Sache erscheinen sollen und die ganze Polemik im „Vorwärts" und den übrigen Blättern wäre unterblieben. Vollmar hat es sich nur selber zuzuschreiben, wenn er diese unliebsamen Dinge zu hören bekommen hat.

Ein von Theiß-Hamburg beantragter, von Bebel bekämpfter Schlußantrag wird abgelehnt.

Dr. Lütgenau-Berlin beantragt folgende Abänderung: anstatt nach der „sozialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft" in der Resolution Liebknecht zu setzen „nach der sozialistischen Neugestaltung der Gesellschaft" und begründet denselben: Nach dem Wortlaut der Liebknecht'schen Resolution könnte es scheinen, als ob wir den Staat neugestalten wollen? Marx und Engels haben uns gezeigt, daß der „Staat" auf dem Privateigenthum und dem Klassengegensatz beruht. Hören nun diese beiden auf, so hört auch der Staat auf, dann stirbt er ab. Nun kann

man sagen, und Liebknecht hat es in Erfurt auch gesagt, ja, es giebt doch auch in der sozialistischen Gesellschaft eine Organisation, welche die allgemeinen Interessen fördert, und ob man die „Staat" nenne oder anders, sei ein bloßer Streit um Worte. Ich bin nicht ganz dieser Meinung. Der historisch gewordene Staat hat nun einmal einen bestimmt gegebenen Charakter, und es schafft Verwirrung, wenn man auf einmal ein Wort anwenden will auf eine Sache, die ganz anders aussieht. Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft trägt einen ganz anderen Charakter als der heutige Staat, der im Privateigenthum und Klassengegensatz seine Grundlage hat. Wenn man es mit dem Worte nicht so scharf nähme, so könnte man ja beispielsweise auch das Wort „Kapital" beibehalten in der sozialistischen Gesellschaft, weil die Gegenstände, die heute Kapital bilden, bleiben, und weil in der sozialistischen Gesellschaft ebenso produzirt wird, wie im heutigen Staat. Aber wir thun es doch nicht. Wir betrachten die kapitalistische Produktionsweise unter einem bestimmten historischen Gesichtspunkt und sagen, das Kapital hört auf, wenn diese Gegensätze aufhören. Staat und Kapital sind historische Kategorien und im Sozialismus überwunden.

Diederich-Dortmund: Vollmar hat sich mit seinen Artikeln entschieden auf eine schiefe Ebene begeben. Es verschlägt sehr wenig, wenn wirklich Personen an den höchsten Stellen dem Sozialismus einige kleine Konzessionen machen. Diese Methode ist nicht neu, man will damit das Proletariat beruhigen. Vollmar glaubt, es könnte überhaupt einmal die bürgerliche Gesellschaft mit dem Proletariat, mit der Arbeiterklasse Hand in Hand gehen. Dieser Gedanke ist für mich absolut unannehmbar. In der Resolution der Dortmunder Genossen ist das Wort „regierungsfreundlich" angewendet worden. Das soll nur bedeuten, daß Vollmar zur Haltung der Regierung in diesen sozialpolitischen Fragen eine gewisse Sympathie besitzt. Das ist nichts Neues, schon im vorigen Jahre hat er denselben Grundgedanken in seiner Rede zum Ausdruck gebracht und gesagt, daß diese Forderungen auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung zur Verwirklichung kommen können. Vollmar glaubt weiter, man habe eine zu große Staatsscheu. In diesem Wort liegt wieder eine Bestätigung dessen, was unserer Resolution in Dortmund zu Grunde gelegt war. Nun kann gesagt werden, daß man aus Vollmars Schrift Aeußerungen herausziehen könne, die dies widerlegen. Das würde nur beweisen, daß die Schrift Vollmars an Unklarheiten leidet. Es befinden sich in der Schrift einzelne Punkte, die Vollmar richtig zu stellen oder schärfer auszudrücken für nothwendig erachtet hat. Er hat von seiner ersten Schrift gesagt, daß sie nur hingeworfen sei. Da möchte ich ihn aber bitten, künftig etwas vorsichtiger zu sein, da-

mit zu so großen Mißverständnissen kein Anlaß ist. Im übrigen wünsche auch ich, daß man dem zweiten und dritten Absatz der Resolution eine andere Form gebe; vielleicht besorgt dies eine Kommission.

Kalnbach-Karlsruhe: Unsere Partei muß eine revolutionäre bleiben, wenn sie sich die Sympathieen der Arbeiter erhalten, lebensfähig und kampfestüchtig bleiben soll. Deshalb ist die heutige Form des Staates mit dem Staatssozialismus oder eigentlich Staatskapitalismus für uns unannehmbar. Wir haben uns in Karlsruhe sofort gesagt, es ist unmöglich, daß Vollmar in dieser von der gegnerischen Seite gebrachten und in den „Vorwärts" übergegangenen Form jene Aeußerungen gethan hat; er hätte sich sonst außerhalb des Rahmens unserer Partei gestellt. Wir haben deshalb eine abwartende Stellung eingenommen, wie auch im vorigen Jahre. Ich möchte mich auch gegen die Unterschiebungen verwahren, welche gegen Lassalle erhoben worden sind. Er wollte den Staatssozialismus lediglich als agitatorisches Moment in der Partei haben, um die Arbeiter zu veranlassen, über wirthschaftliche Fragen nachzudenken.

Bebel: Als im Sommer dieses Jahres der Streit über den Vollmar'schen Artikel in der „Revue bleue" entbrannte, war ich keineswegs sehr davon erbaut. Ich sagte mir, wenn auch verschiedenes dagegen eingewendet werden kann, so ist der Artikel doch nicht dazu angethan, ihn zu einer großen Staatsaktion zu machen. Nachdem aber die Frage einmal aufgeworfen war und in weiteren Kreisen diskutirt wurde, nachdem insbesondere außerhalb der Partei dieser Streit benutzt wurde, um Verwirrung anzurichten, nachdem ich endlich zu der Erkenntniß gekommen war, daß alle theoretischen Erörterungen, die bis auf den heutigen Tag gepflogen worden sind, im Grunde dazu beigetragen haben, die Frage, statt zu klären, noch mehr zu verwirren, — auch die bis in die Tagung des Kongresses erschienenen Artikel in der „Neuen Zeit" über diese Frage nehme ich davon nicht aus — hielt auch ich es für nothwendig, daß wir uns hier damit beschäftigten. Vollmar hat richtig ausgesprochen, daß man bei der ganzen Frage mit der Stange im Nebel herumgefahren sei. Er war allerdings der erste, der das that. (Heiterkeit.) Er hat von vornherein die an ihn gestellte Frage nicht richtig beantwortet. In Frankreich und vielfach im Ausland, ist man der Anschauung, daß der neue Kurs eine neue Wendung der Dinge für Deutschland und speziell für die Sozialdemokratie bedeute. Man ist sich über unsere Bestrebungen unklar. Man glaubte nach der kaiserlichen Erklärung vom Februar 1890, daß die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutz-Konferenz die Anbahnung einer Verständigung der Staatsgewalt mit der Sozialdemokratie bedeute. Auch an mich ist die Aufforderung ergangen, wie an Vollmar,

einen solchen Artikel zu schreiben. Ich habe es zwar abgelehnt, dem betr. Redakteur eine ausführliche Erörterung zu geben, ich unterließ es aber nicht, ihm zu sagen, daß die ganze Frage überhaupt falsch gestellt sei. Die Frage, wie weit der Sozialismus mit dem bestehenden Staatssozialismus etwas zu thun hat, kommt für uns nicht in Betracht. Der Bismarck'sche alte und der neue Kurs sind für uns wesentlich dasselbe, beide Richtungen sind ausgesprochene Gegner der Sozialdemokratie, ihre Todfeinde, und der ganze Unterschied zwischen dem alten und neuen Kurs ist für beide nichts anderes als eine Frage der Taktik. Das gegenwärtige Regime verfährt anders, aber die Gegnerschaft und Feindschaft gegen die Sozialdemokratie ist dieselbe, unter beiden Kursen fragt es sich für die Träger: wie können wir die Sozialdemokratie vernichten? (Sehr richtig.) Vollmar faßt in der „Revue bleue" den Staatssozialismus als ein System auf, und heute hat er ausführlich dargethan, es handle sich nicht darum, eine wissenschaftliche Definition des Staatssozialismus zu fassen, sondern nur eine Resolution, die vom praktischen Gesichtspunkte der Parteithätigkeit der Agitation sich erklären ließe. Ich sage, man kann überhaupt keine wissenschaftliche Definition des Staatssozialismus geben (Zustimmung). Wir haben Staatssozialisten eine ganze Menge, aber es giebt keinen Staatssozialismus als System, das man auf ganz bestimmte konkrete Grundsätze basiren könnte. Das Wort Staatssozialismus ist ein rein deutscher, ich möchte sagen, echt preußischer Begriff, denn der eigentliche Staatssozialismus ist von allen Staaten der Welt nur in Preußen möglich. Der cäsaristisch-demagogische Charakter des preußischen Staates macht es allein möglich, daß man hier von Staatssozialismus sprechen kann. Wie ist das Wort überhaupt entstanden. In den 70er Jahren, als die gelehrten Kreise anfingen zu begreifen, daß die sozialistische Bewegung eine sehr ernsthafte Bewegung sei, und daß man mit dem bloßen Negieren aller ihrer Forderungen nicht mehr auskomme, da traten einige Leute in Deutschland aus Klugheitsrücksichten und aus praktischen Gründen auf und sagten, der Staat muß eingreifen. Allerdings hat bereits 1842 Rodbertus seine bekannten Briefe, die man später als staatssozialistische bezeichnete, veröffentlicht, aber zu jener Zeit dachte Rodbertus nicht an Staatssozialismus. Man bezeichnete später unter diesem Namen alles, was man vom Staate auf ökonomischem Gebiete verwirklicht wünschte. Also erst als die sozialistische Bewegung anfing, für den bestehenden Staat eine gewisse Gefährlichkeit anzunehmen, kam man auf sogenannte staatssozialistische Gedanken. Da wurde das Wort erst erfunden; Oppenheim erfand zunächst das Wort Kathedersozialismus für diejenigen, die sich vom Manchesterthum abwandten. Das war auch nur in Deutschland möglich, denn in England, wo ähnliche Fragen längst diskutirt

wurden, existirte dieser Begriff nicht. Später wurde dann das Wort Kathedersozialismus in Staatssozialismus umgewandelt. Darunter verstand man namentlich die Maßregeln, die Fürst Bismarck nach den Attentaten von 1878 und nach Erlaß des Ausnahmegesetzes als staatssozialistische Reformen durchsetzte, um mit ihrer Hülfe die Partei tot zu machen. In der bekannten kaiserlichen Erklärung, welche die neue Sozialreform inaugurirt, wurde klar ausgesprochen, daß man damit bezweckte, die Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig zu machen, und dieser Gedanke liegt den staatssozialistischen Maßregeln bis zum heutigen Tage zu Grunde. Wenn man also gewisse unserer Forderungen berücksichtigt, so thut man es nicht uns zuliebe, sondern uns zum Trutz. (Sehr gut!) Man will die Massen gewinnen und sie von uns loslösen. Deßhalb darf man nicht fragen: wie stehen wir zum Staatssozialismus? sondern man muß umgekehrt fragen: wie steht der Staatssozialismus zu uns? Die andere Frage: wie steht die Sozialdemokratie zum Staatssozialismus? könnte den Schein erwecken, als stehe uns ein System gegenüber, welches eine große Macht und Bedeutung habe, dem gegenüber unsere Stellung ernsthaft in Frage kommen könnte. Dies hat große Verwirrung angerichtet und deswegen ist es nöthig, daß der Parteitag in der Weise, wie es durch die Resolution vorgeschlagen ist, zu der Frage eine klare Stellung nimmt. Auch heute wieder hat man hier den Versuch gemacht, theoretisch das Wesen des Staatssozialismus zu fixiren, und zwar von Liebknecht an bis zum letzten Redner. Ich kann mit den Ausführungen Liebknechts über die Bedeutung des Staatssozialismus durchaus nicht übereinstimmen. Er ist auch in den Fehler verfallen, darzulegen, als gäbe es mächtige Personen und sehr einflußreiche Kreise, die bereit seien, den sogenannten Staatssozialismus in sehr umfänglichem Maße zu verwirklichen. (Liebknecht: Das ist der Fall!) Nein dieser Meinunng bin ich nicht, da unterscheiden wir uns total. Ein solcher Versuch zur Verwirklichung von Plänen, wie sie Liebknecht im Auge hat, wurde in den 60er Jahren durch Bismarck gemacht; es wurde versucht, die Arbeiterklasse im Kampfe gegen die liberale Partei zu verwerthen, indem man durch materielle Konzessiönchen die Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu gewinnen hoffte. Ich habe selbst in dem Komitee gesessen, in dem uns 1862 in Leipzig der Vorschlag gemacht wurde, das Ministerium Bismarck sei bereit, 30 000 Thaler zunächst als Versuch für die Gründung einer Maschinenbau-Genossenschaft herzugeben. Das Komitee erklärte sich gegen die Stimme eines Mitgliedes, das heute noch lebt, aber nicht mehr in Deutschland ist, gegen jeden solchen Versuch, die Arbeiter zu ködern. Liebknecht sagte vorhin, er sei fest überzeugt, daß der letzte Kampf, welchen die Sozialdemokratie zu führen habe, der Kampf gegen den Staatssozialismus sei. Nichts ist weniger richtig als das. (Zuruf.) Täuschen

wir uns doch nicht über die Bedeutung des Staatssozialismus! Sehen wir uns um. Was geschieht unterm „neuen Kurs?“ Die kleinen Konzessionen, die der Arbeiterklasse auf dem Gebiete der Sonntagsruhe gemacht wurden, sind bis heute nicht einmal reell in Wirksamkeit getreten. Die Vorschriften, welche die Regierungen auf dem Wege der Verordnung erlassen, um diejenigen Gewerbe betriebe zu bezeichnen, für welche die Ausnahmebestimmungen für die Sonntagsruhe gelten sollen, sind bis zum heutigen Tag, obgleich anderthalb Jahre seit Inkrafttreten des Gesetzes verflossen sind, noch nicht veröffentlicht worden. Das ist der Eifer, mit dem der neue Kurs an die Sozialreform geht, das sind Konzessionen, die wir von den Leuten mit dem guten Willen und dem warmen Herzen, wie Vollmar sie bezeichnete, zu erwarten haben. Vollmar warf die Frage auf: weshalb man gerade seinetwegen immer zu solchen Erörterungen greife? Darauf antworte ich Vollmar, daß, wenn er im vorigen Jahre nicht die bekannten beiden Münchener Reden gehalten und die bekannte Broschüre geschrieben hätte, die den Gegnern so viel Stoff zu parteischädigenden Ausführungen gaben und in Erfurt die bekannten Diskussionen hervorriefen, so wäre er in diesem Jahre nicht Gegenstand des Angriffs geworden. (Zustimmung.) Seitdem war ein gewisses Mißtrauen gegen ihn wachgerufen und so wird seit jener Zeit gerade seinen Aeußerungen in der Partei ein besonderes Gewicht beigelegt. Vollmar hat ganz Recht, wenn er sagt, daß er in seinem Artikel in der Revue bleue im Grunde genommen nichts anderes gesagt habe, als was Andere von uns vor ihm im Reichstag und anderwärts auch gesagt haben: aber im Zusammenhang mit seinen Ausführungen im vorigen Jahre und den daran geknüpften Erörterungen ist es ganz natürlich, daß man seinen Aeußerungen eine andere Bedeutung beimißt, als wenn sie ein Anderer gethan hätte, und daß man fragt: Was bezweckst Du mit diesen Aeußerungen? Die Gegner stellen Vollmar fortgesetzt als einen Mann hin, der jeden Augenblick eine Spaltung in der Partei zu provociren bereit ist. Sie legen seinen Aeußerungen eine Bedeutung bei, die sie nicht haben. Um so nothwendiger ist es aber, nach dieser Richtung hin jeden Zweifel zu beseitigen, und da freue ich mich, aussprechen zu können, daß Vollmar durch seine heutigen Erklärungen in der wünschenswerthesten Weise Klarheit über seine Stellung geschaffen hat. Unsere Gegner werden künftig nicht ohne bösen Willen und ohne Verdrehung seiner eigenen Worte ihm imputiren können, daß er einen prinzipiell verschiedenen Standpunkt von dem Standpunkt der Gesammtpartei einnehme. Dazu kommt ein anderes Moment, weshalb es nothwendig ist, mit möglichster Schärfe unsere Stellung zur Frage des Staatssozialismus einzunehmen. Viele von Ihnen haben den Artikel der „Neuen Zeit“ von einem Staatsbeamten gelesen, der einen sehr bedenklichen

Standpunkt einnimmt, sich aber gleichwohl voll und ganz als Sozialist bekannte. Parteigenossen, bei der heutigen Entwickelung unserer ökonomischen Zustände und dem Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft, der durch die ungeheure Krise mit jedem Tage sichtbarer hervortritt, sind wir mehr als je von der Gefahr bedroht, daß eine große Zahl von Leuten aus Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen sich nicht nur uns bei den Wahlen anschließen, sondern auch als sich zur Partei gehörig betrachten, indem sie sagen sie seinen Sozialdemokraten. Andererseits sind wir nicht in der Lage, sie als Nichtparteigenossen abweisen zu können. Wir waren genöthigt, uns eine Organisation zu geben, auf Grund welcher wir eigentlich niemand verwehren können, sich zu uns zu rechnen, indem er sagt: ich bin Sozialdemokrat. Weil dies aber der Fall ist, können wir auch nicht verhindern, das heute — und ich bitte den Ausdruck nicht in seinem bösen Sinne zu verstehen, er soll nur deutlich sein — Krethi und Plethi sich zur Sozialdemokratie rechnet. Diese Leute glauben Sozialisten zu sein, obgleich sie es nicht sind, und wir laufen dabei Gefahr, daß durch ihre Unklarheit Verwirrung in unsere Reihen gebracht wird. (Sehr richtig!) Da ist es denn auch aus diesem Grunde nothwendig, durch eine unzweideutige Erklärung von Seiten der obersten Vertretung der Partei, dem Parteitag, Klarheit in der Situation zu schaffen. Es sind von den verschiedensten Seiten Abänderungen in Bezug auf die Resolution gewünscht worden; auch mir gefällt der zweite Satz der Rosolution nicht. Auch Lütgenau hat mit seinem Antrag im gewissen Sinne Recht, aber insofern auch wiederum nicht, weil wir die Staatsgewalt, wenn auch nur vorübergehend brauchen, um mit derselben unsere Forderungen durchführen zu können. Deshalb möchte ich Lütgenau bitten, daß er sein prinzipielles Bedenken fallen läßt, und daß auch Sie den Versuch noch eine Kommissionsberathung herbeizuführen, ablehnen und möglichst einstimmig der vorgeschlagenen Resolution Ihre Zustimmung geben, damit alle Welt weiß, wie wir in der Frage des Staassozialismus denken. (Lebhafter Beifall!)

Es ist der Antrag Diederich-König-Keßler eingelaufen, die Resolution betr. den Staatssozialismus einer Kommission von fünf Mitgliedern zur Redaktion zu überweisen; die Kommission soll in der Sonnabendsitzung ihren Beschluß dem Parteitage zur Abstimmung unterbreiten.

Mittag-Halle beantragt Schluß der Diskussion; derselbe wird abgelehnt, nachdem Kandt-Rostock dagegen gesprochen.

Lingner-Achim: Ich muß gegen Liebknecht bemerken, daß uns alten Parteigenossen das Blut zum Herzen getrieben wurde, als Lassalle quasi als Staatssozialist hingestellt wurde. Allerdings gab es früher eine Strömung, die Sozialdemokratie auf die Bahn

des Staatssozialismus zu lenken, diese ging aber von Schweitzer aus, und Schweitzer ist abgethan.

Ein neuer, von Schweer-Hamburg gestellter Schlußantrag wird nach Widerspruch von Slomke-Bielefeld abgelehnt.

Göschl-München: Die Münchener Parteigenossen haben zu dieser Frage nicht Stellung genommen, weil sie sich sagten, Vollmar hätte sich in dieser Beziehung eine Verletzung der Parteiprinzipien nicht zu schulden kommen lassen. Ich möchte die andern Genossen bitten, ähnlich zu verfahren, und wenn man mit einer Aeußerung eines Parteigenossen nicht einig ist, nicht gleich zusammenzutreten und zu rufen: Steinigt ihn! Wir haben schon so oft in unsern Versammlungen bedauert, daß Genossen wie Bebel und Liebknecht Gegenstand heftiger Angriffe geworden sind, und was wir Bebel und Liebknecht wünschen, das sollte auch für Vollmar gelten.

Kunert-Friedrichshagen: Den Antrag Keßler betr. Niedersetzung einer Kommission halte ich für verfehlt. Die Bourgeoisie würde sehr damit einverstanden sein, wenn wir erst auf dem nächsten Parteitage einen Beschluß faßten. Welche Verwirrung durch diesen Streit entstanden ist, beweist die Dortmunder Resolution und die aus dem zweiten Berliner Wahlkreise. Hätte man das wirkliche Material gehabt, so wäre es nicht zur Resolution gekommen. Diederich hat die Dortmunder Resolution gar nicht vertheidigt, er hat nur gesagt, es soll nicht heißen: die regierungsfreundliche Stellung Vollmars, sondern: die freundliche Stellung der Regierung zu Vollmar. Das ist aber das Gegentheil dessen, was in der Resolution steht. Die Folge dieses ganzen Streites ist eine große Verwirrung auch in der internationalen Sozialdemokratie gewesen. Die ausländische Presse, speziell die französischen parteigenössischen Blätter haben Artikel gebracht unter den Ueberschriften „Für oder gegen Vollmar“, „der Verräther Vollmar“. Der Kampf darf niemals mit solcher Bitterkeit geführt werden. Wir wollen eine revolutionäre Partei sein, aber nicht vergessen, daß wir den Grundsatz der Brüderlichkeit hochhalten müssen.

Zwei Anträge auf Schluß werden abgelehnt.

Schmidt-Berlin: Vollmar hat sich beschwert, daß ihm in der Presse wie in Parteiversammlungen vorgeworfen sei, daß er eine Annäherung an den Staatssozialismus erstrebe. Vollmars eigene Broschüre bestätigt aber diesen Vorwurf. Wir müssen uns gegen den Staatssozialismus, wie ihn Vollmar im Auge hat, entschieden erklären. Gerade in den verstaatlichten Betrieben, im Eisenbahn- und Postwesen, werden die Leute, die dort beschäftigt sind, weit mehr unter politischem Druck und unter Botmäßigkeit gehalten, als in vielen privatkapitalistischen Betrieben. Es wäre eine Gefahr für die Partei, wenn solche Ansichten, wie sie Vollmar

hat, Allgemeingut der Parteigenossen würden. Eine langsame Reform würde uns von dem Boden der Revolution entfernen.

Die Diskussion wird nach Annahme eines von Dr. Rüdt gestellten Schlußantrages geschlossen.

Persönlich weist Diederich den Vorwurf zurück, daß er die Dortmunder Resolution nicht befürwortet habe.

Es liegt abermals eine größere Anzahl von Begrüßungsschreiben vor, darunter ein solches von Vertretern der arbeitslosen Metallarbeiter Berlins.

Um 1 Uhr wird die weitere Berathung auf Nachmittag 3 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es liegt wiederum eine Anzahl von Begrüßungsschreiben und Telegrammen vor. Das Personal des „Stettiner Volksboten" theilt mit, daß bei den Gemeindewahlen in Grabow alle drei Kandidaten der sozialdemokratischen Partei gesiegt haben. (Bravo!)

Das Schlußwort zu Punkt 6 der Tagesordnung erhält der Korreferent Vollmar: Zweifellos haben sich einige Redner dazu verstanden, auf den Ton der Behandlung einzugehen, welche von Liebknecht und mir in gegenseitiger Uebereinstimmung angeschlagen worden ist, ich meine den Ton, welcher die Polemik möglichst beiseite ließ und die Sache mehr von höheren, allgemeinen Gesichtspunkten behandelte. Es sind aber auch andere Redner aufgetreten, welche sich zu dieser Art der Behandlung nicht haben entschließen können, welche in der während des Sommers beliebten Buchstaben- und Zeichendeuterei fortgefahren haben. Erfreulicherweise waren es wenige Redner, Genosse Schmidt, den ich hier im Auge habe, hat alle meine Reden gehört und wußte daraus keinen andern Schluß zu ziehen, als den: „Vollmar hat halt doch den Staatssozialismus unterstützt und vertreten", während die ganze Debatte und das bloße Nachlesen meiner Schrift gerade das Gegentheil nothwendig zeigen muß. Am schlimmsten aber hat es Diederich getrieben. Ich glaube mich wohl nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß die Resolution aus Dortmund, welche mich der Regierungsfreundlichkeit zeiht, unter dem Einfluß des Genossen Diederich zustande gekommen sein wird. Nun werden Sie mir zugeben, daß in einer Zeit wie der unsrigen, wo der schärfste, entschiedenste, prinzipiellste Kampf gegen die Regierung herrscht, eine stärkere Anklage gegen einen Genossen kaum erhoben werden kann, als die, er äußere sich regierungsfreundlich, er treibe Regierungsfreundlichkeit. Wenn ein Mann oder eine Gemeinschaft eine derartige Anklage erhebt, dann ist es auch ihre verdammte Pflicht und

Schuldigkeit, den Nachweis für diesen Vorwurf zu erbringen. Aber ich glaube, die große Mehrzahl wird mit mir darin einverstanden sein, daß eine schwächlichere, hinfälligere Begründung für eine solche Anklage garnicht geliefert werden kann, als wie sie Diederich geliefert hat. Was er gegen mich als eigentliche Anklage angeführt hat, steht nicht in meiner Schrift; er hat es in dieselbe hineingelegt. Wäre das von einem andern Genossen geschehen, so wäre es noch begreiflicher gewesen. Wer sich den Tag über gemüht und geplagt hat, ist außerstande, sich mit der ganzen Literatur zu befassen, aber der Genosse Diederich ist akademisch gebildet, er hat Zeit dazu, das Material auf das Allergenaueste zu studiren, und von ihm sollte man etwas anderes erwarten.

Der Genosse Hoch hat hauptsächlich gegen mich eingewendet, ich hielte es nicht für nothwendig, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen. Ich habe gesagt: in welchem Sinne die Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatssozialismus und Sozialismus schließlich entschieden werden wird, darüber kann wohl für niemand ein Zweifel bestehen, der die Unaufhaltsamkeit der fortschreitenden Demokratisirung der Staatsgewalt erkennt, das heißt doch: die Staatssozialisten und die Regierung können sich bei ihren Maßnahmen vorstellen, was sie wollen, es ist uns vollkommen gleichgiltig; am Schluß der Dinge wird mit Nothwendigkeit durch die Entwickelung der Verhältnisse von selbst die Sozialdemokratie siegen, und deßhalb bin ich auch der Meinung, daß die Sozialdemokratie keinerlei Grund hat, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen. Also nicht deswegen, weil ich eine Sympathie für die Staatssozialisten habe, will ich sie nicht bekämpfen, sondern weil ich der Meinung bin, sie können thun und lassen, was sie wollen, sie können uns gegenüber nicht aufkommen, und deshalb bin ich der Meinung, daß wir in dem Staatssozialismus eine besondere Gefahr nicht zu sehen haben. Aehnlich verhält es sich mit dem Irrthum, welcher Hoch inbezug auf eine andere Frage unterlaufen ist. Er meinte: wie könne man denn den Staatssozialismus unterstützen und zu seinen Gunsten etwas sagen? Im besten Falle würde man nach Jahrhunderten einmal dazu kommen, daß die Menschen sich in bessern Verhältnissen befinden. Das ist richtig. Aber dasselbe steht mit denselben Worten in meiner Schrift. Es heißt auf Seite 21: „Aber freilich stehen wir trotzdem auf einem ganz andern Boden wie die Staatssozialisten. Ihr Weg ist ein autoritärer, ihre Mittel, soweit dieselben überhaupt zum Ziele führen könnten, sind so schwache, daß die Menschheit noch viele Jahrhunderte auf die ersehnte Befreiung warten könnte.“ Kurz, was man von ihren Absichten und wissenschaftlichen antisozialdemokratischen Leistungen denken möge, so handeln sie praktisch

antisozialdemokratisch. Wenn ich selbst derartige Dinge sage, so sollte man doch nicht meine Schrift angreifen.

Der Genosse Antrick hat dann gemeint, daß ich das Gemeinsame, aber nicht das uns vom Staatssozialismus Trennende betonte. Meine Schrift enthält etwa 500—550 Zeilen, und davon beschäftigen sich nur 50 Zeilen überhaupt mit der Frage hier, während ich mich auf nahezu 500 Zeilen fast ausschließlich mit dem Staatssozialismus in seiner Gesamtheit, wie er bis zur heutigen Stunde in Deutschland getrieben worden ist, beschäftige. Ich beschränke mich darauf, auf die Ihnen zugegangene Nummer der „Neuen Zeit" hinzuweisen. Der ganze Streit gehört überhaupt nicht in die praktische Politik hinein, nicht in die Parteipresse, sondern dahin, wo allein solche theoretischen Meinungsverschiedenheiten zum Austrag kommen können, in unsere theoretischen Organe wie die „Neue Zeit". Damit genug.

Ich wende mich nun zu den allgemeinen Aeußerungen. Genosse Bebel hat gesagt, an ihn sei auch die Anfrage aus Frankreich ergangen. Er habe sie nicht beantwortet, habe sich aber gesagt, wenn er geantwortet hätte, so würde er ganz anders geantwortet haben und die Sache von einer anderen Seite anpacken wie ich. Ja, darüber will ich garnicht streiten. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn Bebel die Schrift geschrieben hätte, sie viel richtiger und interessanter geworden wäre, aber, wir sind verschiedene Individuen und es ist ein Glück, daß wir nicht Alle in demselben Modell gegossen sind. (Bebel: Ist garnicht nöthig!) Ich habe die Sache von einem anderen Standpunkt aufgefaßt; wenn das Bebel nicht gefällt, so läßt sich darüber reden, aber jedenfalls ist es auch Bebel nicht eingefallen, hierin eine Ketzerei oder ein Verbrechen zu finden, daß man die Sache von einem anderen literarischen Standpunkt auffaßt. In der Debatte ist mehrmals gesagt worden: ja, das Schlimme ist, daß Vollmar diese Schrift im Auslande und in einer bürgerlichen Revue veröffentlicht hat. Die Schrift konnte überhaupt nicht geschrieben werden in einem sozialistischen Blatte, denn Alles, was in ihr steht, ist für die deutsche sozialdemokratische Partei nicht neu. Aber die Leute, an die sie gerichtet war, sind Franzosen, und ihnen ist nicht Alles bekannt gewesen. Im Uebrigen möchte ich doch betonen: es hört sich recht schön an, wenn gesagt wird, ein Sozialdemokrat hat solche Sachen nur in der sozialistischen Presse zu veröffentlichen. Ich bin gerade umgekehrter Meinung. Was thun wir denn mit unserer ganzen Agitation? Wir gehen hinaus und sprechen zu Allen, die uns hören wollen und die uns nicht hören wollen, wir sind immer froh, ein möglichst großes Publikum zu haben, und die Presse ist auch eine Tribüne, und wo ein Genosse in der Lage ist, sei es nun in einer Versammlung oder in einem Preßorgan, da erhebt er seine Stimme. Es sollte

uns geradezu angenehm sein, wenn wir in der Lage sind, auch zu denen zu sprechen, die unsere eigenen Blätter nicht lesen und unsere Ansichten nicht theilen. Nicht das Blatt, das man benutzt, giebt den Ausschlag, sondern die Gedanken, welche dort zum Ausdruck kommen. Sind diese Gedanken solche, welche vom Standpunkt der Partei nicht gebilligt werden können, dann müssen sie gemißbilligt werden, gleichviel wo sie geschrieben oder gesprochen sind. Auf die theoretischen Auseinandersetzungen Bebel's, namentlich auf die Herleitung des Namens und Begriffs des Staatssozialismus und seine Behauptung, daß wir kein System des Staatssozialismus haben u. dergl. will ich nicht eingehen. Ich will ihm nur sagen, daß ich diesen Theil seiner Ausführungen nicht für den stärksten gehalten habe; indessen ist das nicht vollkommen gleichgiltig. Ueber den Begriff des Staatssozialismus haben wir uns hier nicht zu unterhalten. Desto mehr bin ich in anderer Beziehung mit ihm einverstanden. Es hat mich sehr gefreut, gerade von ihm zu hören, gegenüber Liebknecht, daß auch er keineswegs in dem Staatssozialismus eine so furchtbare Gefahr sehe; ich sehe auch keine darin. Vielleicht war es vor 10, 15—20 Jahren anders. Damals konnte man in dem Staatssozialismus etwas erblicken, was man mit besonderem Eifer bekämpfen müßte. Als uns der Staatssozialismus praktisch gegenübertrat, hat es keiner von uns in der Fraktion oder wer sonst offiziell thätig war, an einer entschiedenen und eifrigen Bekämpfung des Staatssozialismus fehlen lassen. Kautsky hat im vorigen Jahre sehr richtig auseinandergesetzt, gerade gegenüber dem Programmsatz in Bezug auf den Staatssozialismus, daß heute von einer Gefahr des Staatssozialismus keine Rede sein könne, heute sei der Staatssozialismus eine Ruine, und Ruinen bekämpfe man nicht mit besonderem Eifer. Sollte einmal die Zeit kommen, wo der Staatssozialismus sich als eine besondere Gefahr darstellte, wo die Regierung mit den großen staatssozialistischen Plänen wieder käme, oder, wie Kautsky sich ausdrückt, wo ein geschickter Staatsmann auf dem Tapet erschiene und uns mit dem Staatssozialismus auf das Eis führte, ja, dann bin ich der Meinung, daß wir es auch an der nöthigen Bekämpfung nicht fehlen lassen würden, und ich kann Ihnen im Voraus versprechen, daß ich nicht der Letzte sein würde, der den gefährlichen Staatssozialismus mit dem äußersten Eifer bekämpft. Genosse Bebel hat dann ein Wort gesagt, das recht eigentlich den Nagel auf den Kopf getroffen hat, nämlich: zweifellos habe eine ganze Menge von uns schon ähnliche oder dieselben Aeußerungen gethan wie Vollmar; bei einem Anderen wären sie nicht angegriffen worden; Vollmar ist nicht angegriffen worden wegen dessen, was er gesagt hat, sondern weil er es gesagt hat. Also das persönliche Moment spielt hierbei eine ganz außerordentliche Rolle. Aber ich möchte

doch Bebel eins zu bedenken geben: Unsere Partei ist im weitesten Sinne des Wortes eine demokratische, und wenn es zweifellos richtig ist, daß die Personen immer eine gewisse Rolle spielen werden, und es eine ganz falsche Erklärung des Wortes Personenkultus ist, wenn man meint, daß Männer, die im Stande sind, mehr als andere zu wirken, garnicht vorhanden sein dürften, daß sie möglichst unterdrückt werden müßten, so ist andererseits so viel richtig, daß wir suchen müssen, in unserer demokratischen Partei die einzelnen Personen möglichst wenig in die Höhe zu stellen. Wenn man nun aber damit fortfährt, immer wieder zu sagen: nicht wegen dessen, **was** er sagte, sondern weil **er** es sagte, ist etwas zu verwerfen — so muß dies nothwendigerweise unserer Sache schaden. Dies geschieht auch, indem sie Sie geradezu einen Fall Vollmar mit Gewalt schaffen, den Niemand weniger auf der Tagesordnung zu erhalten wünscht als ich. Der Genosse Bebel hat das Wort gebraucht, es seien in neuerer Zeit Krethi und Plethi in unsere Partei hineingekommen. Er hat selbst gefühlt, daß diese Wendung sehr der Mißdeutung fähig ist, denn er hat — ich glaube zweimal — ausdrücklich erinnert, man solle das ja nicht mißverstehen, es sei nicht im schlimmen Sinne gemeint. Nun muß ich sagen, daß ich diese Wendung nicht für ganz glücklich halte. Er meinte, ihm wäre es lieb, wenn wir eine Parteiorganisation haben könnten, in welcher nur diejenigen Platz finden, welche wirkliche zielbewußte und volle Sozialdemokraten wären, die auf dem Programm der Sozialdemokratie stünden. Ich bin der letzte, der die Kapazität eines großen Theils unserer Parteigenossen herunterziehen und herabmindern möchte, aber ich möchte Sie einmal fragen, wenn Sie nur als Sozialdemokraten diejenigen aufnehmen wollen, welche bei ihrer Aufnahme unser Programm voll und ganz verstehen, wie viel würden Sie denn zurückweisen müssen? (Zuruf: eine ganze Masse!) Ja vielleicht die Mehrheit. Die große Menge hält sich an Symbole, und nicht nur für die Ungebildeten, sondern für die sogenannten Gebildeten ist die allgemeine Sympathie entscheidend; die Aufklärung kann dieser Sympathie erst folgen. Bebel kann das auch nicht so verstanden haben, denn er hat in Erfurt und Halle gerade umgekehrt davon gesprochen, daß nicht unser Programm, sondern ganz allgemeine Gesichtspunkte der Sympathie, Gefühlsmomente es wären, welche zunächst die Massen an uns heranbrächten.

Man hat weiter von der Verwirrung gesprochen, welche vermieden werden müßte. Eine gelungene Illustration bietet uns der Antrag Lütgenau, welcher dahin geht, daß in der Resolution das Wort „Staat" weggestrichen werden müßte; das könne nur Verwirrung hervorbringen. Also auch der Genosse Liebknecht, der es geschrieben, wird hier angesehen als einer, der Verwirrung an-

richtet, von Lassalle nicht zu reden. Man sollte über diese Verwirrung nicht allzu viel sprechen. Wenn man bei jeder Gelegenheit von Verwirrung spricht, als ob alles drunter und drüber geht, dann stellen wir uns unseren Gegnern gegenüber nicht das beste Zeugniß aus. Wenn irgend eine untergeordnete Meinungsverschiedenheit bei uns herrscht, so braucht man nicht gerade eine gefährliche Verwirrung zu befürchten. Ich finde in dieser Art des Vorgehens ein starkes Stück von dem alten dogmatischen Adam, der da meint, es müßten in einer Gemeinschaft von vornherein alle Fragen studirt sein. Das schickt sich nach meiner Meinung für keine Partei weniger als für die Sozialdemokratie. Sie ist eine im eigentlichen Sinne des Wortes kritische Bewegung, welche Glaubenssätze nicht kennt und auch die Programmsätze nicht als Glaubenssätze hinstellt, sondern die Aufgabe hat, die Programmsätze jeden Tag sich von neuem anzusehen, um sie aufs neue beweisen oder revidiren zu können; sonst muß sie mit Nothwendigkeit versauern.

Schließlich noch eine Bemerkung. Ich habe zum ersten Male aus dem Munde des Genossen Kunert gehört von der Bezeichnung, welche ein französisches Parteiblatt, der „Socialiste“, über mich gebracht hat, „le traître, der Verräther Vollmar.“ Hätte ich es gewußt, ich würde trotzdem sehr ruhig geschlafen haben. Allen Respekt vor der Internationalität, allen Respekt vor dem Recht unserer ausländischen Genossen, uns zu kritisiren, die Reinheit unserer Grundsätze überwachen zu helfen, aber ich sollte meinen, daß die Internationalität auch gewisse Verpflichtungen auferlegt und daß, wenn wir in unserer Partei selbst nicht über etwas einig sind, man nicht im Ausland den Mund voll nimmt und von vorn weg etwas kritisirt, was man nicht versteht. Wenn man hier in der größten Hitze des Gefechts derartige Anklagen nicht gegen mich schleuderte, so stand es einem auswärtigen Blatt um so weniger an, derartige Anklagen zu erheben. Ich könnte noch ein anderes ausländisches Blatt anführen, welches in deutscher Sprache erscheint, und welches noch schmutzigere Anklagen gegen mich erhoben hat. Indessen würde ich dem Ankläger eine übertriebende Bedeutung beimessen, wenn ich auf die Sache weiter eingehen wollte. Ich kann nur an die auswärtigen Genossen die Bitte richten, mich so zu behandeln, wie wir es in Deuutschland gewohnt sind. Dergleichen Sachen werden am besten unter uns ausgemacht.

Gleichviel welche Definition wir dem Staatssozialismus geben mögen, die Debatte hat gezeigt, schon während des Sommers und jetzt erst recht, daß diese Verschiedenheit keinen Einfluß geübt hat auf unsere Stellung zu den Akten des Staatssozialismus. Im Schlußeffekt sind wir vollkommen der gleichen Gesinnung und gehen mit derselben Schärfe gegen den Staatssozialismus vor. Bebel hat gesagt,

es freue ihn, daß durch meine Unterschrift es sich gezeigt habe, daß ich voll und ganz auf demselben Boden stehe. Es hätte gar nicht erst meiner heutigen Rede bedurft, um zu der Ueberzeugung zu gelangen: man hätte blos meine eigene Schrift richtig lesen sollen. Von Anfang an ist meine Stellung keine andere gewesen als heute. Ich bitte Sie, die Resolution so, wie sie vorgelegt worden ist, anzunehmen. Von einer Ueberweisung derselben an eine Kommission kann keine Rede sein, weil sonst der Tratsch über den Staatssozialismus bis in alle Ewigkeit fortginge. Dann wäre alles, was ich geredet habe, überflüssig, und man müßte das hundertmal Widerlegte immer wieder aufs neue widerlegen. Deshalb glaube ich, daß wir nicht besser nach außen hin handeln und allen Insinuationen nicht besser die Spitze abschneiden können, als daß wir diese Resolution einhellig und ohne jede Abänderung annehmen. (Beifall.)

Hoch-Frankfurt konstatirt in einer persönlichen Bemerkung, daß er nicht etwa aus Leichtfertigkeit oder Böswilligkeit die von Vollmar zitirte Stelle übersehen habe. Die betr. Stelle befinde sich aber gar nicht in einem ursprünglichen Artikel Vollmars, sondern in einer Ausführung, die Vollmar später zu jenem Artikel gemacht hat.

Bebel (persönlich): Genosse Vollmar hat mich mißverstanden; ich habe den Ausdruck Krethi und Plethi mit vollem Bewußtsein gebraucht, selbst auf die Gefahr hin, daß dies von böswilligen Gegnern ausgebeutet werden könne. Ich konnte in einer Versammlung von Parteigenossen und Kollegen annehmen, daß man genau wußte, was ich damit sagen wollte. Vor allen Dingen habe ich nicht damit aussprechen wollen, daß jeder erklärt, er verstehe das Programm, sondern ich habe verlangt, daß er das Programm annehme; das ist ein ganz gewaltiger Unterschied. Ob er das Programm versteht, ist seine persönliche Sache, wir fordern kein Glaubensbekenntniß, aber er muß die Grundsätze der Partei annehmen. Der Ausdruck Krethi und Plethi war nicht etwa nach unten gerichtet, sondern gegen die Elemente nach oben (Zustimmung), die sich heute in die Partei eindrängen und sich als Sozialisten aufspielen (erneute Zustimmung) und sich nachher als Nicht-Sozialdemokraten herausstellen. Auch in einer andern Beziehung hat mich Vollmar mißverstanden. Er sagte, ich hätte mich dahin ausgelassen, es freute mich, daß er, Vollmar, die Resolution unterzeichnet habe mit Liebknecht und damit sein volles Einverständnis mit uns ausgesprochen hätte. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe vielmehr gesagt, daß angesichts der Bestrebungen der gegnerischen Presse, Vollmar unterzuschieben, daß er in der Partei einen rechten Flügel bilden wolle, Vollmar durch seine heutige Erklärung dieser Auffassung ein für alle Mal den Boden entzogen habe. Um keine Mißdeutung aufkommen zu lassen, mußte ich dies richtig stellen.

Was Vollmar in seinen Schriften gesagt hat, steht thatsächlich in der Resolution nicht drin.

Das Schlußwort erhält jetzt der Berichterstatter Liebknecht: Wenn Vollmar in dem Artikel, welcher den Anlaß zu dieser Polemik geboten hat, und in der ersten ihn betreffenden Notiz der „Münchener Post" sich so deutlich ausgedrückt hätte wie hier, so wäre dieser ganze Lärm nicht entstanden. Außer dem, was er soeben entwickelt hat, stehen aber noch andere Sachen darin, die diese Mißdeutung oder mißverständliche Auffassung, über die er sich beschwert, erzeugt haben und erzeugen mußten. Ich will keine Silbenstecherei und Wortklauberei treiben; ich muß aber erklären: die Auffassung, welche der „Vorwärts" zu Anfang über Vollmar's Artikel gehabt hat, ist nicht erschüttert worden durch das, was später durch Vollmar selbst erklärt worden ist. Die Kritik hatte nur eine festere Grundlage, nachdem Vollmar's eigene Erklärung eintraf. Wäre diese anders ausgefallen, so hörte die Polemik selbstverständlich auf. In Wirklichkeit wurde die Richtigkeit meiner ersten Auffassung nur bestätigt, und ein Rückblick auf die gesammte Parteipresse zeigt, daß die Auffassung, welche ich von den Aeußerungen Vollmars hatte, auch von den übrigen Parteigenossen geteilt wurde, — und zwar nach der Vollmar'schen Erklärung, die ja meiner Kritik unmittelbar folgte. Ich will jetzt nicht mehr sagen, daß eine Annäherung an den Staatssozialismus stattgefunden habe, aber daß Vollmar dem Staatssozialismus gegenüber sich nicht in der abweisenden Art geäußert hat, wie die Mehrzahl der Genossen es vom sozialdemokratischen Standpunkt aus für nothwendig hält, das betrachte ich als ausgemacht und verliere kein Wort mehr darüber. Ich habe in der Polemik mit Sorgfalt Alles vermieden, was die Frage irgendwie auf das persönliche Gebiet hinüberspielen konnte; ich habe niemals an Vollmar gedacht, sondern nur an den Staatssozialismus und dessen Unverträglichkeit mit dem Sozialismus. Nicht weil Vollmar es gethan, habe ich diese Sache „aufgegriffen", sondern weil ich eine Gefahr für die Partei sah; und in dieser Beziehung habe ich einen etwas anderen Standpunkt eingenommen wie Bebel. Ich würde genau so gehandelt haben, wie ich handelte, auch wenn es auf dem vorigen Kongreß keine „Affaire Vollmar" gegeben hätte. Und wenn mir Vollmar heute den Vorwurf macht, ich sei wenigstens etwas vorschnell in diese Polemik eingetreten, so muß ich auch das auf's Entschiedenste zurückweisen. Was Vollmar schrieb, erschien in einem französischen Blatte. Ganz gleichgiltig ist das nicht. Hätte derselbe Artikel in einer deutschen Zeitung als einfacher Leitartikel gestanden, so würde ich ihn vermuthlich garnicht beachtet, und schwerlich eine Polemik daran geknüpft haben. Aber der Artikel war mit der ausgesprochenen Absicht geschrieben, das französische bürgerliche Publikum

über die deutsche Sozialdemokratie aufzuklären. Vollmar hatte sich gewissermaßen als Guide, als Führer, der den französischen Bourgeois die deutsche Sozialdemokratie erklären und schildern wollte, eingeführt oder sich einführen lassen — jedenfalls hat die „Revue bleue" seinen Artikel so eingeleitet. Man muß nun berücksichtigen, wie schmählich wir im Auslande verleumdet worden sind, wie man systematisch und in perfidester Weise den Franzosen begreiflich zu machen versucht hat, daß die deutsche Sozialdemokratie eigentlich nur eine Regierungspartei sei, die mit dem Kaiser und mit Caprivi ginge und allen revolutionären Prinzipien und Traditionen abgeschworen habe. Da galt es sofort allen Mißdeutungen die Möglichkeit abschneiden. Die von mir angegriffene Stelle war in den „Münchener Neuesten Nachrichten" nicht gegeben worden als Resumé einer Meinung Vollmar's, sondern in Anführungszeichen als eine Stelle seines Artikels, und ich hatte keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die Stelle wörtlich übersetzt worden sei. Drei Tage nachher kam Vollmar's eigene Lesart oder Erklärung des Artikels. Ich ersah daraus, daß der betreffende Passus allerdings kein wörtliches Zitat gewesen war. Zum Widerruf des Inhalts meiner Kritik hatte ich jedoch keinen Grund. Jeder, der mich kennt, weiß, daß, wenn man mir nachweist: Du hast Unrecht, es mir keine Schwierigkeiten macht, zu sagen: ich habe Unrecht. Ich habe mich nie geschämt, einen Irrthum zu bekennen. Ich gebe jetzt zu, Vollmar hat es nicht so gemeint, wie ich es auffaßte — ich glaube seinem Wort —, aber ich muß doch sagen, es wäre sehr gut, wenn Vollmar in Zukunft eine Form des Ausdrucks wählte, welche nicht so leicht zu Mißdeutungen Anlaß giebt, wie ihm das mit seiner bisherigen Form des Ausdrucks wiederholt zugestoßen ist. Wenn hier Jemanden eine Schuld trifft, so trifft sie Vollmar.

Vollmar hat von einer „disziplinirten" Kritik gesprochen: das ist ein bedenkliches Wort — ebenso bedenklich, als wenn man von einer disziplinirten Preßfreiheit spricht, welche die Preßfrechheit ausschließe. Jeder, der das ABC der Politik kennt, weiß, daß, wenn man von der absoluten Freiheit nur ein Tipfelchen nimmt, von Freiheit nicht mehr die Rede ist. So ist es mit der Kritik. Sie darf nicht beschränkt werden. Die Kritik ist entweder frei, oder sie ist keine Kritik. Jede Einschränkung hebt die freie Kritik auf. Natürlich soll die Kritik nicht persönlich gehässig sein — namentlich unter Genossen und Kameraden. Allein meine Kritik im „Vorwärts" war nicht persönlich und nicht gehässig; sie war durchaus sachlich, und sehr bald nach Vollmar's Erklärung hörte die Polemik für uns auf. Es ist wahr, in der Parteipresse wurde Monate lang gestritten. Aber warum? Weil die Sache nicht klargestellt war, und wie schon gesagt, die Dauer und Gründlichkeit

der Polemik in der Parteipresse beweist am Besten die Nothwendigkeit, diese Frage auf das Tapet und zur Diskussion zu bringen. Also noch einmal: der „Vorwärts“ hat in dieser Angelegenheit durchaus korrekt gehandelt. Er hatte das Recht und die Pflicht so zu handeln, wie er gehandelt hat; und er wird unter gleichen Verhältnissen wieder ebenso handeln.

Man hat mich getadelt, daß ich Lassalle mit dem Staatssozialismus zusammengebracht habe. Diejenigen welche das thaten, haben meine Ausführungen nicht genau verfolgt. Ich habe gesagt, ich kenne in Deutschland nur eine Form des Staatssozialismus, der ich Berechtigung zu diesem Namen zuerkenne, und das sei der Lassalle'sche Vorschlag. Was Lassalle über den Vorschlag gedacht, und was er gesagt hat, geht mich hier nichts an. Die Lassalle'sche Lehre ist wesentlich, soweit sie auf praktisch-sozialistischem Boden steht, in dem sogenannten Lassallesche'schen Vorschlage verkörpert, und dieser war so in Fleisch und Blut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übergegangen, daß gerade mein Freund Frohme, einer von denen, die das Einigungsprogramm redigirt haben, damals fest darauf bestand: daß der Lassalle'sche Vorschlag, der unbedingt auf Staatssozialismus hinauslief, in das Einigungsprogramm aufgenommen wurde. Was ist Staatssozialismus? muß ich da wieder fragen. Giebt es überhaupt einen Staatssozialismus? In dem heutigen Staat kann es keinen geben, wenn man den Begriff des Sozialismus richtig auffaßt, und den Staat richtig auffaßt als einen Klassenstaat, was er ist. Aber man kann sich einen Staat denken, als Utopie, Phantasie, der sich über die Klassen und den Klassengegensatz stellt, — der den Sozialismus erstrebt, und Sozialreform treibt, in der Absicht, den Sozialismus allmählich durchzuführen. Wenn man dies Staatssozialismus nennte, so wäre der Name nicht unrichtig gebraucht. Und in diesem Sinne ist der Lassalle'sche Vorschlag entschieden staatssozialistisch. Das ist keine Beleidigung für Lassalle. Ich habe seinen Staatssozialismus nicht mit dem, was man heute unter Staatssozialismus versteht, zusammengeworfen. Wer das Wirken Lassalle's kennt, weiß, daß er glaubte, mit Bismarck spielen zu können. Er glaubte, daß Bismarck durch die Entwicklung der Dinge genöthigt werden würde, für den Sozialismus thätig zu sein. Er irrte sich in Bezug auf die Natur und die Kräfte des Klassenstaats. Er glaubte Bismarck schließlich durch die Macht der sozialistischen Idee überwinden zu können. Und das ist in gewisser Beziehung auch ein berechtigter Glaube gewesen. Der Sozialismus hat Bismarck schließlich besiegt, wenn auch 25 Jahre später. Dies ändert aber nichts an der Thatsache, daß Lassalle im vollsten Sinne des Wortes einen staatssozialistischen Vorschlag gemacht hat. Wenn man das Wort Staatssozialismus richtig gebrauchen will, dann muß man das Wort

Staat und das Wort Sozialismus auch jedes in seinem richtigen Sinne nehmen, und nicht einen willkürlichen Inhalt unterschieben. Was wir heute Staatssozialismus nennen, das ist nicht, was es besagt, es ist das Gegentheil von Sozialismus — ist Kapitalismus. Der Sozialismus will und muß unter allen Umständen die kapitalistische Gesellschaft beseitigen; er will das Monopol der Arbeitsmittel aus den Händen einer Klasse reißen und die Arbeitsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführen; er will die ganze Produktionsweise von Grund aus umformen, sie sozialistisch gestalten, sodaß eine Ausbeutung nicht mehr möglich ist und die vollste politische, ökonomische und soziale Gleichheit unter den Menschen herrscht. Alles was heute unter Staatssozialismus verstanden wird, und womit wir uns jetzt beschäftigen, hat mit dem Sozialismus gar nichts gemein. Es ist eine Wortfalschmünzerei und weiter nichts, welche man hier treibt, und statt Staatssozialismus sollten die Herren Staatssozialisten Staatskapitalismus sagen. Man kann deshalb auch nur von einem sogenannten Staatssozialismus sprechen. Es handelt sich dabei um Maßregeln, die in heuchlerischer Weise, nur um zu täuschen, sozialistisch genannt werden. Manche Leute bilden sich ein, vielleicht sogar allen Ernstes ein, mit solchen Mittelchen und Quaksalbereien die soziale Frage lösen, den kranken Gesellschaftskörper gesund machen und die sozialistische Bewegung weghexen zu können. Auf eine wirkliche Einführung des Sozialismus, also des wirklichen Staatssozialismus, zielt keine staatssozialistische und sozialreformatorische Maßregel hin. Nicht nach 20, auch nicht nach 200 und 2000 Jahren wird der Sozialismus auf diesem Wege erreicht werden. Im Gegentheil, der Staat würde vom Sozialismus immer weiter entfernt, denn alle diese Maßregeln und Bestrebungen sind diktirt von Feindschaft gegen den Sozialismus, von Furcht vor der sozialistischen Bewegung, und sind gegen diese gerichtet. Und weil der sogenannte Staatssozialismus etwas Anderes ist, als er besagt, etwas Vages, Ungreifbares und Verwirrendes, darum definiren wir das Ding nach seinen verschiedenen Aeußerungen und Richtungen hin, und reden nicht schlechtweg vom Staatssozialismus als solchem, sondern vom sogenannten Staatssozialismus, insoweit er dies und das bedeutet.

Das Wort Staatssozialismus wie das Ding Staatssozialismus ist beiläufig ein Deutschland eigenthümliches Gewächs. In andern Ländern, wie Frankreich und in England ist der Ausdruck nicht üblich. Ich wurde zwar vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß er jetzt von Herbert Spencer und anderen Engländern gebraucht würde; nun gebraucht wird das Wort Staatssozialismus allerdings in England, jedoch erst seit wenigen Jahren, und in Verbindung mit der neueren deutschen staatssozialistischen oder sozialreforma-

torischen Gesetzgebung. Im Uebrigen hat Bebel Recht, in der Form, wie der Staatssozialismus uns vorliegt, ist er eine spezifisch preußische Pflanze, hervorgewachsen aus dem Boden des Junker- und Polizeistaates, und wuchert, nach einigen schwachen Anfängen in früherer Zeit, seit dem Anfang der Sechziger Jahre, als Bismarck das soziale Königthum erfinden ließ. Der Staatssozialismus ist ein organischer Bestandtheil der Bismarck'schen Politik, und sollte als Vorspann vor dem Wagen des Junkerthums gegenüber dem renitenten fortschrittlichen Bürgerthum dienen. Die unbequeme Fortschrittspartei sollte zwischen dem Bismarck'schen Sozialismus und dem Militär- und Junkerstaat wie zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben werden. Von den Versuchen Bismarck's, uns für seine volksfeindliche Politik zu gewinnen, habe ich schon heute Morgen, hat Bebel eben gesprochen. Marx sollte als Redakteur des „Staatsanzeigers" gewonnen werden, ich sollte als Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" den „Acheron entfesseln", mit der ausdrücklichen Vollmacht, den radikalsten Sozialismus zu vertreten, ja den extremsten Kommunismus und womöglich, wenn er damals schon entdeckt gewesen wäre, den Anarchismus. Auf diese Anerbietungen konnten wir natürlich nur mit Fußtritten antworten, und der Bismarck'sche Staatssozialismus ist elend gescheitert, an dem gesunden Sinne der deutschen Arbeiter und an der Logik der Thatsachen. Der Gedanke des Sozialismus ist ein revolutionärer und die Weltgeschichte läßt sich nicht überlisten. Der Sozialismus verträgt sich nicht mit dem heutigen Klassenstaat, er tödtet ihn: und wenn der heutige Staat mit dem Sozialismus spielt, so wird nicht der Sozialismus zu Grunde gehen, sondern der heutige Staat. Ich habe keinen Zweifel, und Niemand, der den Gang der Dinge verfolgt, kann zweifeln, daß der Sozialismus siegen wird. Die verständigeren unserer Feinde zweifeln selbst nicht daran. Allerdings, die bürgerliche Gesellschaft ist noch außerordentlich stark, wenn auch in Deutschland weit schwächer als in andern zivilisirten Staaten. Trotzdem hat sie auch bei uns noch sehr viel Hilfsquellen und gewaltige Machtmittel. Bebel sprach gegen mich aus, der Plan, den Staatssozialismus in dem Sinne durchzuführen, daß der Staat ökonomischer Ausbeuter und politischer Herr in einer Person wäre, sei in Deutschland nicht möglich, (Bebel: nirgends!), aber da ist Bebel von einem großen Optimismus erfüllt. Es giebt speziell in Deutschland einflußreiche, höchst einflußreiche Personen und Kreise, die bereit sind als letzte Karte gegen uns die Idee des Staatssozialismus auszuspielen: des Staatssozialismus der allgemeinen Verstaatlichung. Ich sehe die Unmöglichkeit nicht ein. In Frankreich und England, ja da wäre es unmöglich; dort haben wir eine Bourgeoisie, welche siegreiche Revolutionen gemacht hat, seit länger als einem Jahrhundert die politische Macht und den Staat

vollständig in Händen hat, dort giebt es keine Regierung, überhaupt keine Macht, die über der Bourgeoisie steht. Aber in Deutschland ist es anders; wir haben eine verkommene Bourgeoisie, die niemals den Muth und die Kraft hatte, die politische Herrschaft sich zu erkämpfen, die nach dem schwächlichen „revolutionären" Anlauf von 1848 sofort zurückfiel und sich dem Junker- und Polizeistaat in die Arme warf, blos noch an ihre wirthschaftliche Bereicherung denkend und auf ihre politischen Bestrebungen und Ideale verzichtend. Diese Bourgeoisie, die für sich keine direkte politische Macht hat, und der es nie gelungen ist, die Macht des noch halb feudalen Staats einzuschränken und die bürgerlichen Rechte und die politische Freiheit sicher zu stellen gegen jede Regierung — dieses schwächliche, ängstliche, nur dem niedersten Gelderwerb lebende Bürgerthum ist nicht im Stande, wie das englische und französische, derartige Experimente des Staates zu verhindern. An passenden Entschädigungen für die Großindustriellen wird es ebenso wenig fehlen, wie an solchen für die Großgrundbesitzer. Der Staatskapitalismus sorgt für die Großen — wie der Privatkapitalismus. Das liegt im Wesen des Kapitalismus. Weil unsere Bourgeoisie erbärmlich ist und nicht dafür gesorgt hat, daß die politischen Rechte, welche in allen anderen Kulturländern unantastbar bestehen, fest begründet worden sind, ist die Gefahr eines derartigen Experimentes sehr wohl im Bereich der Möglichkeit. Wenn der Staat sieht, daß in keiner Weise mehr die heutige bürgerliche Gesellschaft aufrecht erhalten werden kann; wenn seine Hauptstützen, die konservativen Elemente, die jetzt schon anfangen, die Vernichtung des Privatkapitalismus zu predigen, einmal so weit sind, mit Ernst an die Ausführung zu gehen; wenn die Existenz der Industrie, des Handels, des ganzen kapitalistischen Geschäfts im Laufe der Entwickelung vollends prekär geworden ist; wenn die privatkapitalistische Produktion sich so gemeinschädlich erwiesen hat, daß die Massen es empfinden — dann sehe ich in der That nicht ein, wo das Bürgerthum die Macht hernehmen sollte, sich dem Staat zu widersetzen. Und bei der Entwickelung, welche die deutsche Landwirthschaft nimmt, halte ich es durchaus nicht für unwahrscheinlich, daß das Junkerthum, welches schon bei der theilweisen Verstaatlichung der Schnapsbrennerei seine Rechnung so gut gefunden hat, mit Freuden seine Hand dazu reichen wird, die Landwirthschaft wie alle übrigen Betriebe zu verstaatlichen. Die Staatssozialisten bilden jetzt gewiß nicht die Majorität, aber sie sind mächtig und die ganze wirthschaftliche und politische Entwickelung Deutschlands ist einem derartigen Versuch zur Verwirklichung des Staatssozialismus entschieden günstig. Ich halte es darum für doppelt nothwendig, daß wir klipp und klar Stellung nehmen — denn die Gefahr rückt immer näher heran.

An unserer Resolution ist Verschiedenes ausgestellt worden. Ich will kurz ihre Geschichte erzählen. Anfangs wollte ich mich mit einer Resolution begnügen, welche den bekannten Satz, den der vom Vorstand dem Erfurter Kongreß vorgelegte Programmentwurf bezüglich des Staatssozialismus enthielt, dem Parteitag als Resolution vorschlug. Bebel zeigte mir dann einen Entwurf, der mehr in Einzelheiten ging und die staatssozialistischen Experimente umfaßte. Wir vereinigten beide Entwürfe, und der meine kam in den ersten Absatz, der Bebel'sche in den zweiten. So ist die Resolution ziemlich ausführlich und, wie ich glaube, auch praktisch geworden. Der Einwand, daß diese beiden Theile nicht zusammen passen, ist hinfällig — der eine Theil ergänzt den anderen, und alle Formen des Staatssozialismus sind von der Resolution getroffen, so daß diese in allen Fällen als Richtschnur dienen wird. Eine nochmalige Redaktion, wie sie von einer Seite gewünscht ward, könnte nichts bessern und würde uns nur aufhalten. Man bedenke doch, der Zweck der Resolution ist ein durchaus praktischer. Es kommt nicht darauf an, daß wir eine tadellos zurechtgedrechselte wissenschaftliche Formel austifteln. Der Staatssozialismus ist keine Doktorfrage, und wir sind kein Gelehrten-Parlament. Eine vollkommene Fassung läßt sich überhaupt nicht finden. Ein englischer Advokat hat einmal gesagt, durch das bestausgearbeitete Gesetz kann jeder Kundige mit einem vierspännigen Wagen hindurchfahren. Das Gleiche gilt von jeder Resolution; wer will, findet immer eine Auslegung oder Einlegung. Bei einigem Scharfsinn läßt sich an dem Wortlaut der Ihnen unterbreiteten Resolution gewiß mancherlei aussetzen. Das Gleiche gilt aber auch von unserem Programm. Als ich es in Erfurt begründete, sagte ich: „eine vollkommene Fassung ist nicht möglich; wenn wir um 12 Uhr das Programm in der uns besterscheinenden Fassung annehmen, ist um 1 Uhr schon eine bessere gefunden." Es kommt hier nur auf eine praktische Behandlung der Frage an. So deutlich, daß Jeder es versteht, muß erklärt werden, was unsere Stellung zu dem Staatssozialismus ist. Und das geschieht hier. Es ist aufs Unzweideutigste erklärt, daß der Staatssozialismus in der Form, wie er jetzt auftritt, und die für uns in Frage kommt, mit der Sozialdemokratie nichts gemein hat. Dieser Staatssozialismus ist konservativ und reaktionär, die Sozialdemokratie revolutionär und demokratisch. Beide sind Antipoden. Und die Partei darf hierüber keinen Zweifel aufkommen lassen. Ob nach dem Vorschlage des Dr. Lütgenau das Wort „Staat" durch „sozialistisch organisirte Gesellschaft" ersetzt wird oder nicht, ist gleichgiltig. Bebel, der ja im Punkte des Wortes „Staat" auf Lütgenau's Seite steht, hat jetzt selbst anerkannt, daß die Fassung der Resolution auch vom

Standpunkt derer, die den Staatsbegriff zurückweisen, gebraucht werden kann.

Ich will Sie nicht länger hinhalten und schließen. Ich bitte Sie, im Interesse der Partei einstimmig die Resolution anzunehmen. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

In der Abstimmung wird der Antrag Diederich auf Ueberweisung der Resolution an eine Kommission, soweit sich übersehen läßt, einstimmig abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Antrag Lütgenau, dagegen wird die Resolution Liebknecht-Vollmar unter großem Beifall einstimmig angenommen. Damit erledigen sich sämmtliche übrigen Anträge.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Der internationale Arbeiterkongreß in Zürich.

Hierzu liegt ein Schreiben des Organisations-Komitees aus Zürich vor, durch welches zum zahlreichen Besuch des internationalen Arbeiterkongresses in Zürich eingeladen wird.

Ferner liegt folgende Resolution vor:

Der Parteitag wolle beschließen: Die deutsche Sozialdemokratie erachtet es als ihre Pflicht, den im Jahre 1893 in Zürich stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß durch 3 Delegirte zu beschicken, welche die Partei offiziell vertreten. Es ist ferner wünschenswerth, daß die Genossen aus den einzelnen Kreisen auch ihrerseits Vertreter entsenden. Die deutsche Sozialdemokratie wünscht, daß in die Tagesordnung des Kongresses aufgenommen werden: „Die politische Bethätigung der Arbeiterklasse“ und „die Stellung der Arbeiter zum Krieg.“

Betreffend den Beschluß des englischen Trades-Unions-Kongresses zu Glasgow, in Bälde einen internationalen Gewerkschafts-Kongreß einzuberufen, welcher berathen soll, in welcher Weise der gesetzliche Achtstundentag international verwirklicht werden kann, erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Es liegt kein Grund vor, Angesichts des im nächsten Jahre stattfindenden internationalen Arbeiterkongresses zu Zürich, der gleich seinen Vorgängern zu Paris und Brüssel die Angelegenheit des Achtstundentages erörtern wird, noch einen besonderen internationalen Gewerkschafts-Kongreß einzuberufen. Auch ist die Frage nach der gesetzlichen Regelung des Achtstundentages insofern wesentlich eine politische Frage, als dieselbe nur auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden kann. Es sind also die politischen Arbeiterparteien dabei mindestens ebenso interessirt als die reinen Gewerkschafts-Organisationen und überdies geht diese Frage alle Arbeiter an ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation.

Der Parteitag hegt die Erwartung, daß die deutschen Ge-

werkschaften im Sinne der obigen Erklärung einer etwaigen Einberufung eines besonderen internationalen Gewerkschafts-Kongresses nicht Folge leisten, wohl aber ihre Delegirten auf den internationalen Arbeiterkongreß nach Zürich senden, welcher allein als der Vertretungskörper des klassenbewußten internationalen Proletariats angesehen werden kann.

Der Parteitag hegt ferner die Erwartung, daß auch die englischen Gewerkschaften das Verkehrte ihres Beschlusses einsehen, von der Einberufung eines besonderen internationalen Gewerkschafts-Kongresses Abstand nehmen und ihre Delegirten ebenfalls auf den internationalen Arbeiterkongreß nach Zürich senden werden.

Ferdinand Ewald.

Berichterstatter Ewald: Es giebt Leute, welche meinen, es hätte keinen Zweck, internationale Kongresse zu beschicken; dem gegenüber verweise ich auf den Ausspruch unseres holländischen Genossen: die Sozialdemokratie als solche marschirt in verschiedenen Regimentern, bildet aber eine gemeinsame Armee. Wenn man nun von der Voraussetzung ausgeht, es sei nicht nothwendig, daß die verschiedenen Regimenter von Zeit zu Zeit ein gemeinsames Exercitium abhalten, so wäre es auch nicht nothwendig, einen internationalen Kongreß abzuhalten. Wir sind aber entgegengesetzter Meinung, wir halten es für nothwendig, uns mit den Parteigenossen in andern Ländern zu besprechen, uns belehren und anfeuern zu lassen. Man mag über die Zeitdauer, innerhalb welcher internationale Kongresse abgehalten werden können, verschiedener Meinung sein, man kann mit Bebel darin einverstanden sein, daß sie nur alle 3—4 Jahre stattfinden, darin aber sind wir einig, daß internationale Kongresse abgehalten und von uns beschickt werden müssen. Daher mein Vorschlag. Als Berathungsgegenstände für diesen Kongreß schlage ich Ihnen vor: „Die politische Bethätigung der Arbeiterklasse" und: „Die Stellung der Arbeiter zum Krieg." Wir sehen in allen Ländern, wo das gleiche geheime direkte Wahlrecht noch nicht gegeben ist, einen Kampf zur Erringung dieses Rechts; und es giebt noch eine ganze Reihe von Ländern, wo die Arbeiterklasse politisch rechtlos ist und daher in erster Linie die ihr vorenthaltenen politischen Rechte als Kampfmittel für ihren sozialen Befreiungskampf mit aller Energie fordern muß. Es könnte den Parteigenossen wunderbar erscheinen, daß wir erst noch die Stellung der Arbeiter zum Krieg auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses setzen wollen. Wir alle sind uns über unsere Stellung zum Krieg klar, gleichwohl halte ich die Besprechung dieser Frage für nothwendig. Ich erinnere nur an den Antrag des Genossen Domela Nieuwenhuis auf dem Brüsseler Kongreß, daß bei einem ausbrechenden Kriege die Soldaten sich weigern sollten zu marschieren. Das konnte wohl der holländische Genosse beantragen, uns aber

ist solch' ein Antrag unannehmbar, wollen wir nicht unsere Genossen zu Versuchsobjekten des kleinkalibrigen Gewehrs machen. In dieser Beziehung muß Klarheit geschaffen werden. Ferner schlage ich Ihnen vor, den in Glasgow stattfindenden Gewerkschaftskongreß nicht zu beschicken. Durch die Beschickung würde nur eine Zersplitterung herbeigeführt werden; vielleicht soll sie herbeigeführt werden, um unsern Kongreß im nächsten Jahre zu schwächen. Ich bitte Sie deshalb, auch die Gewerkschaften aufzufordern, diesen Kongreß nicht zu beschicken, im übrigen bitte ich aber um Annahme unserer Resolution.

Meist-Köln: Den ersten Passus der Resolution können wir in seiner Fassung absolut nicht beibehalten; ich sehe nicht ein, weshalb der Parteitag für den internationalen Kongreß drei offizielle Delegirte wählen soll und die Genossen im Lande die Dekoration auf dem Kongreß bilden sollen. Das widerspricht dem Prinzip der Gleichberechtigung. Die Genossen mögen sich in Zürich gruppiren und ihre Wortführer wählen, dann geht die Sache sehr gut. Was im übrigen die Delegation der deutschen Genossen betrifft, so möchte ich in Anbetracht der schlechten Zeitverhältnisse vorschlagen, die Zahl der Delegirten nicht zu stark zu machen. Den letzten Passus der Resolution in Bezug auf die Gewerkschaften bitte ich anzunehmen. Es ist nothwendig, daß man diesen Herren klar macht, daß das Wesen der Internationalität darin seine Stütze finden muß, daß jeder sich fügt, und daß, wenn Beschlüsse auf internationalen Kongressen gefaßt werden, sich jeder darnach zu richten hat.

Bebel: Den Ausführungen Meist's in Bezug auf den ersten Satz der Resolution stimme ich zu und ich glaube, daß seinem Wunsche Rechnung getragen wird, wenn wir die letzten Worte des Satzes „welche die Partei offiziell vertreten" streichen. Ich beantrage dies. Dann aber möchte ich mich im Gegensatz zu Meist dafür aussprechen, daß es wünschenswerth ist, daß auf dem nächstjährigen Kongresse die Partei möglichst zahlreich vertreten ist. Wir müssen in Zürich eine ähnliche Vertretung haben wie in Brüssel angesichts der Stellung, welche die deutsche Sozialdemokratie innerhalb der internationalen Sozialdemokratie einnimmt und zugleich mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Züricher Kongresses. Es wird Ihnen vorgeschlagen, daß auf die Tagesordnung gesetzt wird: „die politische Bethätigung der Arbeiterklasse" und „die Stellung der Arbeiter zum Krieg". Wir haben diese Gegenstände beantragt und zwar auch noch aus weiteren Gründen, als sie Ewald bereits angeführt hat. Wir sind seit Brüssel von den verschiedensten Seiten nicht blos im Inlande, sondern auch vom Auslande systematisch angegriffen worden in Bezug auf die politische Bethätigung, welche die deutsche Fraktion unter der Billigung der deutschen Genossen ausgeübt hat.

Wir sind der Meinung, daß unter diesen Umständen der deutschen Sozialdemokratie endlich einmal Gelegenheit gegeben werden muß, diese Angriffe zurückzuweisen und ein für alle Mal diesen fortgesetzten Nörgeleien dadurch einen bestimmten Riegel vorzuschieben, daß der internationale Kongreß Stellung nimmt und klar erklärt, was nach seiner Meinung Aufgabe der Arbeiterklasse bei ihrer politischen Bethätigung ist. Was die Stellung der Arbeiter zum Krieg betrifft, so bin ich nicht der Meinung, daß wir bei dieser Frage große internationale Politik zu treiben haben; wir sind auch zu diesem Punkt der Tagesordnung hauptsächlich veranlaßt worden, weil trotz der Beschlüsse des Kongresses zu Brüssel namentlich von befreundeter Seite in Holland und Frankreich die mit den Deutschen befreundeten Bestrebungen anderer Länder wiederholten Angriffen ausgesetzt gewesen sind, die ebenfalls wieder eine Klarstellung auf dem nächsten Kongreß erfordern. Ich spreche es ganz offen aus, wir wollen, indem wir diese beiden Punkte auf die Tagesordnung setzen, eine Art Provokation und Kriegserklärung gegen diejenigen aussprechen, die seit Jahren unsere Bestrebungen verunglimpfen und so darstellen, als hätte die deutsche Partei einen Verrath an der internationalen Sozialdemokratie verübt. Deshalb wollen wir durch einen solchen Beschluß der ganzen Welt zeigen, daß wir für den Kampf vorbereitet sind, und daß wir den Kampf mit aller Energie in Zürich zu Ende führen werden.

Stabernack-Berlin: Eine zahlreiche Vertretung halte ich für einen Fehler; ich möchte vorschlagen, daß wir in dem ersten Absatz statt „drei“: „fünf“ Delegirte sagen. Ferner möchte ich vorschlagen, daß wir den Passus „es ist wünschenswerth, daß die Genossen aus den einzelnen Kreisen auch ihrerseits Vertreter entsenden“ einfach streichen, da wir in Ansehung der schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse mit der äußersten Sparsamkeit vorgehen müssen.

Von Vollmar, Emmel und Dreesbach ist der Antrag eingegangen, die Worte „durch 3 Delegirte“ zu streichen und dafür das Wort „zahlreich“ zu setzen. Von Bebel ist beantragt worden, die Ziffer 3 stehen zu lassen und statt der Worte „welche die Partei offiziell vertreten“ zu setzen: „durch 3 vom Parteitag zu wählende Delegirte zu beschicken“. Beide Anträge stehen mit zur Diskussion.

Vollmar: Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen und den Antrag Bebel abzulehnen. Ueber die Sache selbst sind wir ja einverstanden; warum sollen wir aber zwei Klassen von Delegirten machen? (Sehr richtig!) Wenn wir hier 3, oder, wie die Berliner wollen, 5 Delegirte wählen, dann stehen die anderen sozusagen als Delegirte zweiter Güte daneben. Es ist ja auch keineswegs ausgeschlossen, daß auch die Fraktion ihrerseits Delegirte hinschickt, aber diese bekommen dann keine besondere Stellung zugewiesen. Auch die Gefahr liegt vor, daß man in Zürich von Bureau wegen nur

diejenigen mitstimmen läßt, welche als die 3 Delegirten gewählt worden sind, wenn Sie nicht unseren Vorschlag annehmen.

Ein inzwischen eingegangener Antrag Molkenbuhr, auf dem Züricher Kongreß dahin zu wirken, daß die Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages an einem Sonntag im Juli stattfindet, findet nicht die nöthige Unterstützung.

Bebel zieht seinen Antrag zu Gunsten desjenigen von Vollmar zurück. (Bravo!)

Baudert-Apolda: Nach meiner Meinung sind heute schon zahlreiche Vertreter für den Parteitag auch deshalb gewählt, um durch die Wahl von Delegirten in ihren Kreisen eine regere Agitation zu entfalten. In noch viel höherem Grade wird dies der Fall sein, wenn ein Kreis, event. eine Provinz einen Vertreter zu dem internationalen Kongreß entsendet. Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag, der Resolution im ersten Absatz folgende Fassung zu geben:

> „Die deutsche Sozialdemokratie erachtet es als ihre Pflicht, den im Jahre 1893 in Zürich stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß zahlreich zu beschicken, und ist es wünschenswerth, daß die Genossen in den einzelnen Kreisen event. Provinzen ihre Vertreter dahin entsenden."

Flöther: Wir müssen in Zürich möglichst zahlreich vertreten sein.

Bebel: Ueber den Antrag Stabernack will ich nicht sprechen, weil er wohl keine Aussicht auf Annahme hat. Der Antrag Baudert ist durchaus korrekt und annehmbar. Ich ziehe meinen Antrag zurück und hebe nur hervor, daß der Antrag des Referenten mit Rücksicht auf die Thatsache gestellt worden ist, daß die Fraktion ihre Vertreter wählte. Nachdem aber Vollmar den Verdacht ausgesprochen hat, daß durch die Wahl auf dem Parteitage der Gedanke entstehen könnte, als sollte es Delegirte erster und zweiter Klasse geben, versteht sich die Zurückziehung von selbst. Eine Aeußerung Ewald's muß ich noch berichtigen. Ich habe gestern nicht gesagt, es sei mir ganz gleichgiltig, ob ein internationaler Kongreß alle 2 oder alle 4 Jahre stattfindet. Ich habe vielmehr folgendes gesagt: Wenn ich vor die Frage gestellt werde, ob alle 2 Jahre Parteitag sein soll und alle 2 Jahre der internationale Kongreß hindernd dazwischentritt, dann werde ich unter allen Umständen lieber bloß alle 3 oder 4 Jahre einen internationalen Kongreß haben, als die jährliche Berufung des Parteitages preisgeben. Ich darf in dieser Beziehung namentlich im Auslande nicht mißverstanden werden.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der erste Satz des ersten Absatzes der Resulotion wird in der Fassung des Antrages Baudert mit großer Mehrheit angenommen, desgl. der zweite Satz.

ebenso die unverändert gebliebenen übrigen Absätze. Die Resolution im Ganzen gelangt einstimmig zur Annahme.

Die Verhandlung wendet sich nunmehr zu

Punkt 8 der Tagesordnung:

Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollschutzmarken.

Der Berichterstatter J. Auer legt hierzu drei Resolutionen vor, eine weitere Resolution ist von Legien-Hamburg eingebracht und wird genügend unterstützt.

Resolutionen des Berichterstatters:

I. In der Frage des **Genossenschaftswesens** steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt:

Sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzermöglichung von im politischen oder im gewerkschaftlichen Kampf gemaßregelten Genossen bezwecken oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde, finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden.

Im Uebrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.

II. **Der Boykott** ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Theilnahme der großen, heute noch nicht organisirten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in Vorschlag gebracht werden, wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse betheiligt sind, insbesondere auch um Zurückweisung von Bestrebungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken.

Unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirthschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Bethätigung zu erzwingen.

III. **Die Kontroll- oder Schutzmarke** hat den Zweck, dem Käufer einer Waare zu zeigen, daß bei deren Herstellung

die jeweiligen Forderungen der betreffenden Gewerkschafts-organisation in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Dabei ist es völlig gleichgiltig, ob diese Waaren von einer Arbeiter-Genossenschaft oder von einem Privatunternehmer hergestellt werden.

Nur in diesem Sinne, als eine der Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe, kann die Kontroll- oder Schutzmarke die Unterstützung der Parteigenossen beanspruchen. Da sie zur Erreichung ihres Zweckes aber wie der Boykott die Theilnahme und Sympathie der breiten Massen voraussetzt, so kann sie nur bei Artikeln in Frage kommen, die hauptsächlich von der Arbeiterklasse konsumirt werden.

Die Parteigenossen haben gegen die Kontrollmarke sich in allen den Fällen zu erklären, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder wo sie als direktes Zwangsmittel dazu dienen soll, jungen oder schwachen Organisationen Mitglieder zuzuführen oder zu erhalten. Dieser Verwandlung der Kontrollmarke zu einer Art Prämie führt nur zur politischen Heuchelei um augenblicklicher Vortheile willen, zur moralischen und materiellen Vergewaltigung Einzelner und schließlich zur völligen Demoralisation und Auflösung der gesammten Organisation.

Resolution Legien:

Der Parteitag erklärt, daß das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontroll-Schutzmarke Kampfesmittel der Gewerkschaften sind und die sozialdemokratische Partei nur insofern berühren, als die Personen, welche diese Kampfesmittel anwenden, Parteigenossen sind. Boykott und Schutzmarken werden von den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern angewandt, um die Lage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft vorübergehend zu bessern; die Genossenschaften sollen den gemaßregelten Arbeitern eine Unterkunft gewähren und so die Auswüchse des Kapitalismus mildern. Die Genossenschaften sind reine Privatunternehmen und als solche von der sozialdemokratischen Partei zu behandeln. Alle drei Kampfesmittel sind nur innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft anwendbar und stehen daher mit der sozialdemokratischen Partei, welche diese Gesellschaft bekämpft, in keinem Zusammenhang.

Da diese Kampfesmittel, unrichtig angewandt, der Arbeiter-Bewegung aber mehr Schaden als Nutzen bringen können, so empfiehlt der Parteitag, bei Anwendung dieser Mittel die größte Vorsicht zu üben.

Da eine Garantie für die richtige Anwendung dieses Kampfesmittels nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation

gegeben wird, so erklärt der Parteitag es als Pflicht eines jeden Genossen, der Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und sich deren Beschlüssen, so weit sie den gewerkschaftlichen Boden nicht verlassen und keine Verletzung der Parteiprinzipien enthalten, zu fügen.

Der Parteitag befürchtet nicht, daß die Organisation, welche die Gewerkschaften sich auf dem Halberstädter Kongreß gegeben haben, dazu führen könnte, daß der sozialdemokratischen Partei Kämpfer oder finanzielle Mittel entzogen werden, erkennt vielmehr an, daß auch in diesen Gewerkschaften die für den Klassenkampf erforderliche Erziehung des Proletariers erfolgt.

Mit bei diesem Punkte der Tagesordnung verhandelt werden die unter Vorlagen an den Parteitag S. 20 aufgeführten Anträge Pistorius-Braunschweig, III. Reichstags-Wahlkreis Berlin, III. Reichstags-Wahlkreis Hamburg und Genossen von Straßburg i. E. (S. 21).

Dagegen scheidet wegen unzureichender Unterstützung der Antrag des Parteigenossen Ferd. Wegener, Berlin: Die Gründung eines „Maison du Peuple“ nach dem Muster der belgischen Genossen in Erwägung zu ziehen, aus der Verhandlung aus.

Zu dem Gegenstand der Verhandlung ist ein Schreiben aus München d. d. 13. Novbr., gez. Heimsmann eingegangen, welcher dem Parteitage eine darauf bezügliche, von einer Versammlung im Eldorado gefaßte Resolution unterbreitet.

Referent Auer: Der Punkt der Tagesordnung, welcher uns jetzt beschäftigt, hat das Eigenthümliche, daß die drei Gegenstände, die hier unserer Erörterung unterzogen werden sollen, etwas spezifisch Sozialdemokratisches nicht an sich haben. Wenn wir sie trotzdem auf die Tagesordnung gesetzt haben, so geschah es darum, weil die Arbeiter in ihrem Kampfe um die Erringung besserer Arbeitsbedingungen genöthigt sind, auf die hier genannten Hilfsmittel zurückzugreifen.

Zum **Genossenschaftswesen** ist die Stellung unserer Partei von je her klar und abgeschlossen gewesen. Wer die Lassalle'schen Agitationsbroschüren kennt, muß auch die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Genossenschaftswesen kennen. In dieser unserer prinzipiellen Stellung hat sich seit jener Zeit nichts geändert. Die Auffassung, daß auf dem Wege der Genossenschaftsbildung es möglich sei, die wirthschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie, ihre Forderungen überhaupt zu erreichen, kann nur derjenige theilen, der das Wesen der Sozialdemokratie nicht kennt. Ein Einblick in unser im vorigen Jahr in Erfurt beschlossenes Programm zeigt uns die Richtigkeit dieser Ausführung. Das Programm stellt als das Ziel unserer Kämpfe und unseres Strebens folgendes hin:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums

an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde. Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. — Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei."

In diesen Sätzen sind unsere Ziele und Aufgaben klar hingestellt. Dieser Standpunkt ist bei beginnender sozialdemokratischer Agitation eingenommen worden, wir haben ihn bis jetzt eingenommen und müssen ihn für alle Zeiten beibehalten, so lange die Partei überhaupt eine sozialdemokratische ist. Wenn andere Anschauungen auftauchen, und sie sind aufgetaucht, so beweist das nur, daß Genossen in dieser Frage über Wesen und Inhalt der Sozialdemokratie sich getäuscht haben. Wer glaubt, durch Bildung von Genossenschaften etwas mit zur Lösung der sozialen Frage beizutragen, wer glaubt, dadurch einen sozialdemokratischen Anhang zu gewinnen, wer glaubt, wie es in Breslau der Fall gewesen, dadurch mit dazu beizutragen, daß die Produktion regulirt, die Ueberproduktion verhindert wird, der hat sich über das Wesen des Sozialismus getäuscht. Gegen solche Versuche, das Wesen unserer Aufgaben und Ziele zu verwischen, ist von der Partei Stellung wiederholt genommen worden. Und dieses heute wieder zu thun, soll unsere Aufgabe sein.

Einer der Hauptgründe, der für die Bildung von Genossenschaften in sozialdemokratischen Kreisen viel genannt wird, ist der gewesen, daß diejenigen Arbeiter, welche schließlich dazu gezwungen sind, sich als Genossenschaft zusammen zu thun, in Folge von Kämpfen, um bessere Arbeitsbedingungen bei den Unternehmern keine Beschäftigung mehr fanden, und aus ihrem Berufe hinausgedrängt wurden. Dieser Grund hat z. B. zur Bildung der Cigarrenarbeiter-Genossenschaft in Hamburg, zur Gründung der

Schuhmacher Genossenschaft in Erfurt, auch wohl der Schuhmacher-Genossenschaft in Offenbach geführt; er hat wesentlich mitgespielt bei der Gründung der Tabakarbeiter-Genossenschaft in Mannheim und auch bei der Bäcker-Genossenschaft in Hamburg. Eine ganze Reihe weiterer Genossenschaftsgründungen hat sich ähnlich abgespielt. Hieraus erklären sich die für diese Unternehmungen besonders in der fortgeschrittenen Arbeiterschaft weit verbreiteten Sympathieen. Aber wenn wir diese Sympathieen auch gern als berechtigt anerkennen, so können doch solche Unternehmen von diesen Sympathieen allein nicht bestehen. Diese Genossenschaften müssen unter denselben Bedingungen produziren, welche für jeden Unternehmer in der privatkapitalistischen Wirthschaftsordnung maßgebend sind, und eine der ersten Bedingungen ist das Vorhandensein genügenden Betriebskapitals. Hier beginnt es bei den Genossenschaften sofort zu stocken. Das nothwendige Betriebskapital soll aufgebracht werden von Personen, welche regelmäßig zu einer Zeit an die Bildung herantreten, wo sie thatsächlich wirthschaftlich noch erschöpfter sind als es der Fall war, ehe sie an die Gründung dachten. Es sind ausgesperrte, ausgehungerte, ausgepoverte Arbeiter, welche vorher schon nichts hatten, als was sie durch ihre Arbeitsfähigkeit und Geschicklichkeit verdient hatten; und das reichte kaum zum nothwendigen Unterhalt. Diese Sammlung von Habenichtsen wirft nun ihren Nicht-Besitz zusammen (Heiterkeit), und auf Grund dies Nicht-Habens soll nun das Geschäft beginnen. Mögen die Sympathieen der Arbeiter auch noch so groß sein, Sympathieen nimmt kein Bankier als baare Münze an, und weiteres können die Arbeier nicht geben. Die Folge ist, daß die Genossenschaften mehr oder minder überall sofort wieder über sich ergehen lassen müssen, was vorher die einzelnen Genossenschafter bekämpft haben, nämlich die Ausbeutung durch das Kapital. Fast alle Genossenschaften sind bald nach ihrer Gründung in die Schuldknechtschaft des Kapitals geraten. Die Genossenschafter selbst sind brave Genossen, prächtige Arbeiter, aber ohne Kapital bleibt ihnen, wenn sie ihre Arbeitsfähigkeit und Tüchtigkeit verwenden wollen, nichts übrig, als sich nach irgend einem Kapitalisten umzusehen, der gegen Zins und gegen Sicherheit das nöthige Betriebskapital hergiebt. Auch auf dem großen wirthschaftlichen Markte sind diese Genossenschaften, genau denselben Gesetzen unterworfen, wie alle privatkapitalistischen Unternehmungen, die, mit reichlichem Betriebskapital versehen, ihnen die Konkurrenz entgegenstellen. Noch eine Schwierigkeit kommt hinzu. Zum Genossenschaftsbetrieb gehört nicht bloß Betriebskapital, es gehört dazu auch die nöthige Kenntniß vom Geschäftsgang und von der Geschäftsleitung. Und die Ausbeutungsfreiheit, welche der Kapitalist für sich als angeborenes Recht beansprucht, kann von den Genossenschaften nicht in gleichem Maße in Anspruch genommen werden. Die

Arbeiter in einer Genossenschaft verlangen selbstverständlich günstigere Arbeitsbedingungen als bei den Privatkapitalisten. Die Eigenschaft des geschäftskundigen Leiters einer Genossenschaft können die Arbeiter als Arbeiter sich auch nicht aneignen, sie müssen sie erst mit Opfern und Verlust bringenden Erfahrungen erwerben, während die Bourgeois im Ganzen mit solchen Verlusten nicht zu rechnen haben. Aus der Schwäche der Betriebsmittel bei der Gründung der Genossenschaft, aus der Nothwendigkeit, mit den privatkapitalistischen Unternehmern zu konkurriren und die Arbeitsbedingungen geschäftlich so einzurichten, daß das Produkt nicht theurer als dasjenige des konkurrirenden Bourgeois ist, ergeben sich die mancherlei außerordentlich unangenehmen Erscheinungen, welche bei fast allen Genossenschaften, speciell im Anfang der Gründungszeit bei der Hamburger, als auch in neuester Zeit bei der Berliner Bäckergenossenschaft hervorgetreten sind. Wenn aber die Dinge so liegen, ist es doch, selbst wenn man für die Arbeiter, die Opfer der Brutalität des Kapitals, alle Sympathien hat, sehr die Frage, ob es nicht besser wäre, den Arbeitern von der Gründung solcher Genossenschaften abzurathen.

Wenn ich nun auch auf das übergehe, was von den Vertheidigern dieser Einrichtung in unsern Reihen angeführt wird, so kann ich zunächst konstatiren, daß, soweit ich unterrichtet bin, mit Ausnahme ganz vereinzelter Persönlichkeiten, die von dem Wesen des Sozialismus und von unsern Aufgaben keine Ahnung haben, alle diejenigen, welche gewissermaßen als Träger und Leiter dieser Bewegung innerhalb unserer Reihen fungiren, sämmtlich von vornherein erklärt haben, garnicht daran zu denken, daß das Genossenschaftswesen ein Mittel wäre, den sozialdemokratischen Staat oder die Forderungen unseres Programms zu verwirklichen. Aber sie sagen, wir brauchen zunächst einen Stützpunkt für unsere Agitation. Wo sollen wir mit den Personen hin, welche, von den Unternehmern auf's Pflaster gesetzt, nicht mehr im Stande sind, für sich und ihre Familie Brot zu verdienen? In den Genossenschaften liegt immerhin ein Mittel, eine Unterkunft und Arbeitsstätte für diese Personen zu finden und ihre Kräfte wieder nutzbar zu machen. So weit Genossenschaften zu diesem Zwecke und aus diesem Grunde in's Leben gerufen werden und soweit eine andere Reihe Bedingungen, wie sie in der Resolution aufgeführt sind, zutrifft, wird Niemand etwas besonderes dagegen sagen. Hier geschieht dasselbe, was jeder Parteigenosse thut, wenn er aus seinem Brote hinausgeworfen ist: er sieht zu, in irgend einem andern Berufe unterzukommen, oder er unternimmt ein selbstständiges Gewerbe. Ob der Schuhmachergeselle schließlich für sich anfängt als selbstständiger Meister oder ob er sich mit gemaßregelten Kollegen zusammenthut, darin ist kein Unterschied zu erkennen, und es fragt sich blos, ob er's sich nicht

noch zwei Mal überlegen soll, was vorzuziehen ist, mit Nichts eine Genossenschaft anzufangen oder mit seinem Nichts allein zu bleiben und für sich zu arbeiten. Das ist aber Sache des Betreffenden allein

Anders ist der Einwurf der Vertheidiger des Genossenschaftswesens zu behandeln, daß die Genossenschaften das Mittel zur Heranbildung des Personals für die zukünftige sozialistische Gesellschaft und Produktionsweise seien. Dieser häufig wiederholte Ausspruch ist irrthümlich und falsch. Wenn der sozialistische Zukunftsstaat keine anderen Hilfsmittel und kein anderes Personal zur Verfügung hätte als das in den Genossenschaften erzogene, dann können wir den ganzen Zukunftstraum ruhig ad acta legen. (Sehr richtig!) Ich muß mich wundern, daß dieser Grund so oft angeführt wird; denn schon ein geringes Nachdenken läßt seine völlige Haltlosigkeit erkennen. In unserer Literatur ist trefflich dargestellt, daß das Personal, die Einrichtung und die Vorbedingungen zur Errichtung des sozialistischen Gemeinwesens uns von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Entwicklung selber geliefert werden muß; und sie liefert sie uns, darüber ist kein Zweifel. Wir brauchen nicht die leiseste Sorge darum zu haben, daß an dem Tage, wo wir in der Lage sind, die Einrichtungen zu treffen, auch das Personal vorhanden ist, welches diese Funktionen in der neuen Gesellschaftsform ausüben wird. Die großen Unternehmungen wie Krupp und Stumm, die Kapitalsmagnaten, diese Gesellschaften, welche Tausende und aber Tausende von Arbeitern beschäftigen, thun nach dieser Richtung unendlich viel mehr zur Ausbildung dieses Personals, als was eine kleine Schuhmacher- oder Zigarrenarbeiter-Genossenschaft leisten kann, bei der das leitende Personal weiter garnichts kennen lernt als den Jammer und die Sorgen, welche heute jeder Unternehmer mit geringen Betriebsmitteln hat. Diesen Jammer und diese Sorgen aber leeren sie bis auf die Hefe kennen, und diesen Jammer und diese Sorge aus der Welt zu schaffen, soll ja mit eine der Folgen der sozialistischen Gemeinordnung sein. Sie würden also thatsächlich von den Erfahrungen, die sie an diesen Posten zu sammeln im Stande waren, nachher gar keinen Gebrauch machen können.

Ob die Genossenschaften als Stützpunkt der Agitation einen Wert haben und als Schutzwehr gegen Maßregeln seitens der Unternehmer genügend sind, darüber will ich mich jetzt nicht des Längeren auslassen. Zunächst steht die Thatsache fest, daß bei aller Sympathie, die der Gedanke der Genossenschaften gefunden hat, dieselben doch immer vereinzelte nur für bestimmte Industriegruppen mögliche Erscheinungen bleiben werden Es würde um die Gewerkschafts- und politische Bewegung außerordentlich traurig bestellt sein, wenn es wirklich kein anderes Mittel gäbe als das, die Ge-

maßregelten in sogenannte Genossenschaften unterzubringen, und am allerwenigsten sollte man aus diesem Grunde von unserer prinzipiellen Stellung abweichen.

Die Resolution nimmt eine Stellung ein, welche unserer prinzipiellen Haltung durchaus entspricht. Wenn ein anderer als der Vorstand sie abzufassen hatte, wäre sie gewiß viel schärfer, härter ausgefallen. Aber nach den Anschauungen, die wir in der Partei sehen, und nach allen Versuchen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind und nicht in feindseliger Stimmung gegen die Partei, sondern weil eine Anzahl für unsere Prinzipien kämpfender Arbeiter brotlos geworden sind, glaubten wir, soweit es irgend anging, eine freundliche Haltung den Genossenschaften gegenüber beobachten zu sollen, aber auch sagen zu müssen, um was es sich in Wirklichkeit handelt, damit unsere Parteigenossen sich nicht über das Wesen der Sache täuschen.

Der **Boykott** ist eben so wenig, wie die Genossenschaften, etwas spezifisch Sozialdemokratisches. Es ist eines jener Kampfmittel, welche in Wirklichkeit auch viel früher, als die Sozialdemokratie dazu griff, von den Gegnern in Anwendung gebracht worden sind. Aussperrung, schwarze Listen und dergleichen, das Alles ist Boykott, angewendet von der Unternehmerklasse gegen den Arbeiter. Wenn wir dazu Stellung nehmen, so lassen wir uns dabei durchaus nicht von dem Gerede unserer Gegner beeinflussen, daß der Boykott sich mit dem Prinzip der Demokratie nicht vereinbaren lasse. Wir nehmen Stellung dazu wegen der Sache selbst, indem wir uns fragen: was nützt der Boykott der Bewegung, was nützt er der gesammten Arbeiterschaft? Das Recht, von diesem Kampfmittel Gebrauch zu machen, haben wir aus der Thatsache herleiten können, daß die Gegner seit Jahrzehnten, vor dem Sozialistengesetz, während desselben und auch heute die Arbeiterschaft thatsächlich fortgesetzt unter Boykott stellen. Im Jahre 1878, nach den Attentaten, kam bekanntlich die Aufforderung, keine sozialdemokratischen Arbeiter mehr in Lohn und Brot zu nehmen, die Werkstätten von den Anhängern der Sozialdemokratie zu reinigen. Ich erinnere Sie ferner an die famosen Abmachungen, welche speziell in Preußen zwischen den Unternehmerverbänden und unter der Betheiligung höchster Stellen in der Militärverwaltung und anderen Zweigen darüber stattgefunden haben, keinen Arbeiter, welcher am 1. Mai 1890 an der Maifeier theilgenommen habe, in Arbeit zu nehmen; ich brauche blos den Namen Kühnemann zu nennen, um Ihnen ins Gedächtniß zu rufen, wie brutal damals jenes Mittel gegen uns angewendet wurde. Ich erinnere Sie ferner an die Thatsache, daß eine bürgerliche Partei, nämlich die Antisemiten, den Boykott so anwenden, daß sie den Racenunterschied statt des Klassenunterschiedes zu Grunde nehmen für ihre Losung: „Kauft bei keinem Juden!“

Ueber unser Recht also, von diesem Mittel Gebrauch zu machen, haben wir uns garnicht erst zu unterhalten; wir gebrauchen es, wenn es uns paßt. Bisher haben wir davon viel weniger Gebrauch gemacht als die Gegner, nicht etwa weil wir vor der Schwere des Kampfes, vor seiner Schärfe und Härte zurückgeschreckt sind, sondern aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht in der Lage sind, allzuoft mit Nachdruck davon Gebrauch machen zu können. Vom Boykott gilt, was vom Streik gilt, das ist von uns schon in Halle ausgesprochen worden, er ist ein zweischneidiges Schwert und es können Diejenigen, welche davon Gebrauch machen wollen, statt der Erfolge sehr wohl Nachtheile einheimsen. Er unterscheidet sich aber von dem Streik dadurch, daß, während der Streik in jedem einzelnen Falle immer beschränkt bleibt auf gewisse Produktionszweige — abgesehen von dem nicht ernsthaft zu nehmenden Gedanken eines Weltstreiks — der Boykott zur erfolgreichen Anwendung vor Allem auf große Massen, auf möglichst breite Schichten berechnet sein muß. Der Boykott setzt voraus, daß möglichst breite Schichten der Bevölkerung seine Nothwendigkeit und Ersprießlichkeit einsehen. Er verlangt, daß nicht blos die organisirte Arbeiterschaft, sondern die gesammte Arbeiterschaft daran theilnimmt. Der Erfolg hängt thatsächlich von dieser Theilnahme ab. Daraus geht hervor, daß er nicht bei jeder Gelegenheit angewendet werden kann. Ihn überall anzuwenden, wo Einzelne glauben, daß er vielleicht angebracht sei, hieße, dieses Kampfmittel von vornherein mißbrauchen und von vornherein die Niederlage in sichere Aussicht nehmen. Handelt es sich bei Boykotts um Angelegenheiten, welche die große Masse der Arbeiter interessiren, so werden sie gegründete Aussicht auf Erfolg haben. Ich weise nur auf den Berliner Bierboykott wegen der Lokalfrage hin, der mit einem Appel an die gesammte Berliner Arbeiterschaft zu dem Zwecke verhängt wurde, den ungeheuerlichen Zustand zu beseitigen, daß in der großen Stadt Berlin kaum ein einziges größeres Lokal für Arbeiterversammlungen zu haben war. Bei diesem Boykott handelte es sich eben darum, die Lokalbesitzer da, wo hinter ihnen die Behörde stand, durch Entziehung des Profits zur Hergabe ihrer Lokale zu zwingen. Da war das Recht auf Seiten der Arbeiter, und der Boykott war in kürzester Zeit siegreich, weil die Arbeiterschaft dafür ein Verständniß hatte. Es lag hier ein Interesse vor, das weit über den Kreis der organisirten Parteigenossen hinaus die gesammte Arbeiterschaft erfaßte. Ganz anders aber liegt es, wenn der Versuch gemacht werden soll, den Boykott als Mittel zu verwenden, um bei Ausbruch von Differenzen innerhalb einer Gewerkschaft durch Heranziehung der gesammten Arbeiterschaft den einzelnen Unternehmer zur Nachgiebigkeit zwingen zu wollen. Es muß daran festgehalten werden, daß zum Austrag gewerkschaft-

licher Kämpfe der Boykott nur ganz ausnahmsweise in Anwendung gebracht werden darf; denn hier wird meistens der Erfolg ausbleiben, und nur ganz vereinzelte Berufe sind zur Anwendung dieses Mittels in der Lage. Wie will man denn z. B. den Maschinenbauern, wenn sie mit den Unternehmern in Konflikt gerathen, durch den Boykott der gesammten Arbeiterschaft zu Hilfe kommen? Will man den Unternehmer bei den Arbeitern denunziren und diese auffordern, keine Maschinen zu kaufen? Die Boykotts haben sich denn auch wesentlich blos in den Gewerben abgespielt, die sich mit der Bereitung von Lebensmitteln befassen, und da haben wir ja auch gesehen, daß bei bloßen Differenzen zwischen den Brauergehilfen und den Unternehmern dies Mittel überall versagte, weil bei solchen Streitigkeiten die Sympathie, die Interessenahme der Massen fehlt. Grundsätzlich müßte daran festgehalten werden, daß nur diejenige Vertretung, welche mit Fug und Recht an dem betreffenden Orte, für den betreffenden Kreis, auf welche der Boykott sich bezieht, die Vertretung der gesammten organisirten Arbeiterschaft repräsentirt, das Recht hat, von diesem Kampfmittel Gebrauch zu machen und den Boykott zu proklamiren. Die Art, daß einzelne kleine Versammlungen, einzelne Personen sogar sich herausgenommen haben, gewiß in gutem Glauben, aber in einer ganz falschen Richtung, den Boykott zu proklamiren und gewissermaßen die ganze Arbeiterschaft dafür verantwortlich zu machen, ist entschieden zu verwerfen. Die Gedanken, die ich hier ausgesprochen habe, sind in der zweiten Resolution, welche ich Ihnen vorlege, zusammengefaßt. Es heißt da, daß der Boykott unter keinen Umständen in Anwendung gebracht werden darf zum Zweck der politischen und persönlichen Vergewaltigung, denn: was Du nicht willst, das man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu! (Zustimmung.) Jemand politisch mißhandeln oder persönlich vergewaltigen, weil er eine andere Ueberzeugung in der Brust trägt, das hieße unsererseits das Mittel anwenden, gegen dessen Anwendung uns gegenüber wir immer protestirt und angekämpft haben. Für die Freiheit der politischen Ueberzeugung müssen wir unter allen Umständen eintreten, wenn wir nicht unsere Grundsätze und unsere eigene Existenz in Frage stellen wollen.

Ich komme zum letzten Punkt: die **Kontrol- oder Schutzmarke.** Ich weiß, daß die große Mehrzahl der Delegirten, welche diesem Gegenstand Sympathie entgegenbringen, sich auf diesen Punkt besonders gespitzt und sich mit der Frage beschäftigt haben, welche Stellung wohl in dieser Hinsicht der Referent und mit ihm der Parteivorstand einnimmt. Man hat da allerlei befürchtet und vielleicht auch gehofft, was in der Resulotion zu finden sein würde. Vor Allem müssen wir uns über die Frage klar werden: was soll die Schutzmarke sein? Darüber sind von den verschiedensten Sei-

ten die allerverschiedensten Anschauungen ausgesprochen worden. Gerade von der Seite, welche die Einrichtung vertheidigt, ist mir gesagt worden, daß das, was meiner Meinung nach mit der Schutzmarke beabsichtigt werde, nicht beabsichtigt sei. Wenn das so ist, wenn ich zu einem falschen Glauben gekommen sein sollte, so ist das daher gekommen, weil in den Veröffentlichungen und Erlassen derjenigen Kreise, welche für die Schutzmarke und ihre Propagirung eintreten, diese falschen Anschauungen zum Besten gegeben worden sind. Nach dieser Auffassung soll die Schutzmarke ein Ersatzmittel für den Streik sein. Sie werden von dieser Behauptung überrascht sein, und doch stütze ich mich dabei auf eine offizielle Auslassung der Vertreter der Schutzmarke. In der Ihnen allen zugestellten Broschüre, welche den Titel führt: „Die Kontrollmarke und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft", heißt es auf Seite 4 in einer angezogenen Erklärung der Kontrollkommission der deutschen Hutmacher im zweiten Absatz; „Es ist sattsam bekannt, welche furchtbare Waffe der Streik bedeutet, indem sie zumeist denjenigen am schwersten verwundet, der sie führt." Für eine Empfehlung des Streiks ist dieser Satz ganz gewiß nicht zu verwerthen. Wenn er „eine furchtbare Waffe ist, welche zumeist denjenigen am schwersten verwundet, der sie führt", so wird damit das Urtheil ausgesprochen, welches Ahlwardt in seiner Broschüre über die „Judenflinten" von unseren Militärgewehren aufstellt. Nun heißt es weiter: „Hierdurch wird es auch den immer mehr umsichgreifenden Unternehmer-Koalitionen möglich gemacht, den Erfolg jedweden Streiks von vorn herein illusorisch zu machen. Kommt noch hinzu, wie es leider des Oefteren der Fall ist, daß dem Unternehmer bei Streiks in rückhaltloser Weise die Unterstützung der Behörde zu Theil wird, so kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß auch der berechtigste und bestorganisirte Streik nur Niederlagen und Wunden bringen wird. Es ist daher nothwendig, daß man die alte Kampfesweise verläßt, bezw. sie nur gebraucht, wo sich ein anderes Hilfsmittel nicht anwenden läßt". Hiernach also soll man, wo die Schutzmarke angewendet werden kann, vom Streik absehen. Ganz so spricht sich ein Flugblatt aus, das an die Arbeiterschaft Deutschlands gerichtet und von der Arbeiter-Kontroll-Kommission der deutschen Textilarbeiter unterzeichnet ist. Auch hier wird die Erklärung der Hutmacher wiederholt und dann heißt es weiter: „Welche Macht die arbeitende Klasse als Konsument besitzt, lehrt uns das indirekte Steuersystem. Diese Macht in geeigneter Weise bei den gewerkschaftlichen Kämpfen ins Feld zu führen, fordert die veränderte Taktik unsrer Gegner, fordert die Erkenntniß, daß der Streik zumeist nichts mehr helfen kann, als unzeitgemäß in die Rüstkammer gehört". In ganz ähnlichem Sinne, wenn auch nicht mit denselben Worten, ist auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß die Kontrolmarke beurteilt worden.

Auch in der dort angenommenen Resolution wird gesagt, daß „der Streik als Mittel zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen immer mehr an Werth verliert". Jetzt wird man mir nicht mehr Unrecht geben, wenn ich sage, daß von den Vertretern der Schutzmarke, soweit sie offiziell gesprochen haben, dieselbe als Ersatzmittel für den Streik angeführt wird, und das halte ich für falsch.

In der Resolution, die ich einbringe, heißt es, daß wir der Schutzmarke eben so wenig wie dem Boykott feindlich gegenüberstehen; aber wir müssen fordern, daß sie richtig angewendet werde, daß sie als Ausdruck dessen, was sie wirklich ist, der Arbeiterschaft zum Bewußtsein gebracht wird. Protestiren müssen wir dagegen, daß es ein Ersatzmittel für den Streik bietet. Die Urtheile, die da über den Streik gefällt werden, resultiren aus der Thatsache, daß die letzten großen Arbeitseinstellungen von Mißerfolg begleitet gewesen sind. Aus dieser Thatsache aber schließen, daß dies Kampfmittel überhaupt „in die Rüstkammer gehört", kann nur der, der sich über die Gründe der mißglückten Lohnkämpfe nicht klar ist. Warum sind sie verunglückt? Jeder, der über diese Dinge nüchtern urtheilt, sich nicht nur durch bombastische Aufrufe hinreißen läßt, sondern den Dingen auf den Grund geht, mußte sich zur Zeit als die letzten großen Lohnkämpfe inszenirt wurden, sagen, das Spiel, das die betreffenden Gewerkschaften spielen, ist ein sehr gewagtes. Ich zähle zu denjenigen, die durch das Mißlingen des Buchdruckerstreiks garnicht überrascht wurden; ich war sehr im Zweifel, oder vielmehr ganz ehrlich gesagt, ich hatte von der ersten Stunde an, auch nicht den leisesten Zweifel, daß die Forderungen der Buchdrucker nicht würden durchgesetzt werden können. In Zeiten des wirthschaftlichen Niedergangs, der Depression, wo überall das Gespenst Arbeitslosigkeit droht, haben Lohnkämpfe selbstverständlich auch die Chancen des Sieges nicht für sich, und eine solche Zeit ist es gewesen, in der der große Streik der Buchdrucker inszenirt wurde. Das war der maßgebende Grund, der von vorn herein für jeden, der klar sehen wollte, Zweifel auftauchen lassen mußte, ob dieser Streik, der im Verhältniß zur allgemeinen Lebenslage der Arbeiter, sehr weitgehende Forderungen stellte, wohl zu einem gedeihlichen Erfolge führen würde. Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft diplomatisch besiegt war schon vor dem Ausbruch des Streiks. Dieser ist ausgebrochen zu einer Zeit, — und das war das Unglück —, wo die Arbeiter das Schlachtfeld sich nicht selbst mehr wählen konnten, sondern wo ihnen die Schlacht aufgezwungen wurde, und indem das geschah zu einer Zeit, wo alle Chancen gegen sie standen, — mit Ausnahme der halben Million in der Kasse der Gehilfen, die aber gegenüber den Millionen, über welche die Unternehmer verfügten, nur wenig bedeuteten.

Bei der anderen großen Niederlage, nämlich der Hamburg-

Altonaer Zigarrenarbeiter, hatten wir es nicht mit dem Streik, sondern mit dem Ausschluß zu thun. Da haben die Unternehmer die Arbeiter ausgesperrt ebenfalls zu einer Zeit, wo diese keine Chancen hatten. Ein Vorwurf für die Arbeiter ist dabei höchstens der, daß sie den Kampf bis zum Weißbluten fortgeführt haben. Ich mache ihnen daraus aber keinen Vorwurf. Wir haben ihnen unter Vorführung aller Gründe gerathen: „Leute, gebt nach, schließt ab zu Neujahr! Ihr werdet sehen, Ihr kommt nicht durch, die ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse stehen so, daß Ihr nicht siegen könnt". Sie aber erklärten, wir hungern das ganze Jahr, auch wenn wir in Beschäftigung sind, wir wollen weiter hungern. Und so haben sie gehungert, indem sie sagten: arbeiten und hungern ist unter diesen Umständen schlimmer als hungern und nicht arbeiten. Das war ein Standpunkt, der von einer so trefflich disziplinirten Arbeiterschaft, wie die Hamburger, einmal eingenommen werden kann; darüber ist nicht zu reden. Man kann das bewundern, aber man darf aus diesen Beispielen nicht den Schluß ziehen, daß, weil zwei derartige Arbeitseinstellungen verunglückt sind, mit einem Male der Streik überhaupt in die Rüstkammer gehört, seine Zeit vorüber ist. So liegen die Dinge nicht, und die Verfasser der verlesenen Erklärung werden ihre wunderbare Ueberraschung erleben an dem Tage, wo ein neuer wirthschaftlicher Aufschwung kommt, wo den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, für das, was man ihnen in der Zeit des Niedergangs angethan hat, Revanche zu nehmen. Beide Dinge sind nichts weiter, als Kampfesmittel in der heutigen Wirthschaftsordnung, angewendet beim Auf- und Niedergang der wirthschaftlichen Verhältnisse. Weil die Dinge aber so liegen, deßhalb haben wir ja die Ueberzeugung, daß es Palliativmittel sind, wie das Koalitionsrecht der Arbeiter, aber keine Emanzipationsmittel für die Arbeiterschaft. Sie bringen uns nicht aus dem Druck heraus, unter dem die Arbeiterklasse leidet, deßhalb eben will ja die Sozialdemokratie die Eigenthumsverhältnisse ändere, den gemeinschaftlichen Besitz an den Arbeitsmitteln an die Stelle des monopolistischen Kapitalbesitzes setzen.

Die Kontrollmarke soll dann den Arbeitern die Möglichkeit geben, Einfluß auf den Konsum auszuüben. Man glaubte dadurch, daß man die Unternehmer unter einander in Eifersucht bringt, die Konkurrenz erregt, die Widerstrebenden zwingen zu können, die Forderungen der Arbeiterschaft anzuerkennen. Das müßte ja erreicht werden, wenn die Schutzmarke wirklich den Erfolg haben sollte, welchen man von ihr voraussetzt. Wie weit das erreicht ist, darüber will ich mich nicht auslassen. Ich will nur gleich sagen, warum das nicht zu erreichen ist. Die Schutzmarke, wie sie hier aufgefaßt ist, wird dieses Ziel schon deshalb nicht erreichen können, weil das Gebiet, auf welchem sie überhaupt Anwendung finden kann, ein zu beschränktes ist. Nur in ganz vereinzelten Kreisen der industriell

thätigen Arbeiterschaft kann die Marke eingeführt werden. Die weiten Gebiete der Bau- und Montanindustrie, des Verkehrs, des Exports und die gesammte Landwirthschaft sind von vornherein davon ausgeschlossen, und ein Kampfmittel, von dem die weitaus größte Mehrzahl der Arbeiterschaft garnicht Gebrauch machen kann, ist also zur Erreichung dieses Zweckes ganz ungeeignet. Ein zweiter Einwurf betrifft die dadurch herbeigeführte Verteuerung der Waaren für die Konsumenten. Diesem Einwurf begegnen die Vertheidiger der Schutzmarke mit der Behauptung, er treffe nicht zu; aber, wenn er zuträfe, könnte man doch schließlich dem Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft ein kleines Opfer zumuthen, weil andererseits die durch die Schutzmarke sozial gestärkten Arbeiter in die Lage versetzt sind, bei Lohnkämpfen in größerem Umfange Hilfe zu leisten. Wie weit das richtig ist, will ich dahin gestellt sein lassen, aber auch hier zeigt sich sofort wieder der große Unterschied zwischen dem Streik als Kampfmittel und dem angeblichen Ersatzmittel, der Schutzmarke. Beim Streik haben diejenigen, die ihn anwenden, im Falle des Erfolges selber den Nutzen. Anders bei der Schutzmarke. Hier hat der Konsument die Opfer zu bringen, und den Profit hat ein ganz Anderer, nämlich der Arbeiter, der in dem betreffenden Berufe zur Zeit beschäftigt ist. Aus dieser rein praktischen Erwägung, daß der Streik dem den Nutzen bringt, der ihn anwendet, während die Kontrollmarke dem, der die materiellen Opfer bringt, nur einen Sichtwechsel giebt, dessen spätere Einlösung in Gestalt von Unterstützungen eventuell erfolgen soll, ergiebt sich, wie falsch es ist, die Schutzmarke als Ersatzmittel für den Streik zu betrachten. Die Schutzmarke setzt eine vortreffliche Gewerkschaftsorganisation voraus. Wo diese Bedingung nicht erfüllt ist, ist an irgend einen praktischen Erfolg der Schutzmarke gar nicht zu denken. Durch diese vortreffliche Organisation und erst durch den Streik, der nicht in die Rüstkammer zu verweisen ist, müssen die Lohnbedingungen gebessert werden; und erst wenn dies erreicht ist, dann ist die Schutzmarke der Ausdruck dafür, daß das Produkt, welches die Schutzmarke trägt, unter Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt wird, wie die Arbeiter sie berechtigter Weise verlangen können! (Zwischenruf: Dabei können wir verhungern!) In diesem Sinne ist sie auch von der trefflich organisirten Hutmachergewerkschaft zur Anwendung gebracht werden. In diesem Sinne hat sie ihre Berechtigung, verliert dadurch aber allerdings alles, was einen spezifisch sozialdemokratischen Charakter hat. Sie erhält in diesem Sinne den Beigeschmack, daß sie der sichtbare Ausdruck ist für das Zustandekommen eines gewissen Ausgleichs der Interessen zwischen Unternehmer und Arbeiter. Sie ist keine sozialdemokratische Erfindung; die Sozialdemokratie hat garnichts mit ihr zu thun.

Unter keinen Umständen aber darf die Schutzmarke zur Gewinnung der Mitglieder für Gewerkschaften in Anwendung kommen, oder — und das trifft für die Kontrollmarke in engerem Sinne zu — gewissermaßen als Abzeichen für die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft gelten. Ein Beispiel dafür bietet die Trinkgelderfrage bei den Berliner Kellnern. Man täuscht sich absolut, wenn man glaubt, mit solchen Mitteln eine Gewerkschaft in die Höhe zu bringen. Gewerkschaftsmitglieder, deren Beitritt nur durch dies Mittel erzwungen wird, taugen nichts. Wer nur deswegen hineingeht, weil er dann Aussicht hat, auf ein Paar Pfennige Trinkgeld, für den soll jede Gewerkschaft sich bedanken. Die Gewerkschaften sind ein unentbehrliches Hilfsmittel im Agitationskampfe der Arbeiterschaft, aber die Mitglieder müssen dazu gewonnen werden auf dem Wege der Ueberzeugung, durch die Weckung des Klassenbewußtseins. Sie durch 5 Pfennige Trinkgeld gewinnen zu wollen, das heißt die Sache auf ein Niveau herunterdrücken, gegen welches wir energisch protestieren müssen. Nach dieser Richtung muß also ganz entschieden Front gemacht werden. Ich empfehle Ihnen die Annahme der von mir vorgelegten Resolution. (Lebhafter Beifall.)

Mit Rücksicht auf die Abendsitzung werden die Verhandlungen jetzt abgebrochen.

Der „Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend" ladet den Parteitag zu seinem am Sonnabend Abend in der „Brauerei Friedrichshain" stattfindenden Stiftungsfeste ein.

Während der Sitzung ist eine Anzahl weiterer Begrüßungs-Zuschriften und -Telegramme eingelaufen.

Schluß 7¼ Uhr.

Abendsitzung.

8½ Uhr.

Die Diskussion über Punkt 8 der Tagesordnung: **„Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollmarke"**, sowie über die vom Referenten dazu eingebrachte Resolution und die vorliegenden Anträge wird eröffnet. Legien hat die ersten beiden Absätze seiner Resolution zurückgezogen.

Hug und Legien beantragen, dem Absatz 2 der Auer'schen Resolution über das Genossenschaftswesen folgende Fassung zu geben:

„Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung solcher Genossenschaften entgegenzutreten, durch welche der Glaube erweckt werden soll, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern."

Augustin-Berlin VI: Eine Gewerkschaft durch die Kontrollmarke zu stärken und zu fördern, ist niemals jemandem ein-

gefallen. Wenn Auer aber behauptet, sie sei nicht im Stande, den Streiks vorzubeugen, so meine ich, daß das doch geschehen kann. Auer hat aus der erwähnten Broschüre einige Sätze herausgenommen und zu seinem Referat verwendet. Es ist in der Broschüre allerdings unrichtig ausgeführt, daß die Streiks nicht mehr nothwendig sind und in die Rüstkammer gehören; es hätte heißen müssen: die Streiks können für diejenigen Gewerkschaften nicht mehr gebraucht werden, wo die Kontrollmarke znr Anwendung gebracht werden kann. In der Broschüre ist aber auch ausdrücklich gesagt, daß Streiks weiter angewendet werden sollen, aber nur da, wo ein anderes Hilfsmittel nicht mehr angewendet werden kann. Wir stehen jetzt schon 1½ bis 2 Jahre in der chronischen Krise. Was sollen wir denn nun, so frage ich Auer, so lange als diese Krisen anhalten, thun? Sollen wir uns ganz und gar unter die Füße treten lassen und ruhig zusehen, bis einmal wieder ein wirthschaftlicher Aufschwung kommt? Bis dahin sind wir ja nicht einmal im Stande, unseren Verpflichtungen den Gewerkschaften gegenüber nachzukommen. Ein anderes Mittel als der Streik ist uns nicht bezeichnet worden. Auer will, daß die Marke nur da angewendet werden soll, wo sie den wirthschaftlichen Kampf nicht ausschließt. Wir brauchen sie ja nur als Waffe, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Wir haben Erfolge damit erzielt, und diese würden noch viel größer sein, wenn die anderen Gewerkschaften stark organisirt gewesen wären. Vor 2½ Jahren haben wir den großen Luckenwalder Hutmacherstreik gehabt; es waren ziemlich viele Mittel vorhanden, sodaß die Genossen 10 bis 11 Wochen aushalten konnten. Schließlich kam aber die Polizei und drohte mit Strafen, wenn die Arbeiter die Arbeit nicht zu einer bestimmten Stunde wieder aufnehmen würden, und thatsächlich sind sie auch bestraft worden. Mit der Marke aber bekommt der Arbeiter die Macht in die Hände und gewinnt ein Machtmittel, welches er noch nicht besessen hat. Hier kann kein Streikerlaß kommen, kein Kontraktbruchparagraph angewandt werden; ihr gegenüber sind alle diese Maßregeln unmöglich. Nach dem Ausspruche Auers soll die Schutzmarke erst dann angewandt werden, wenn der Streik gewonnen ist. Da können wir warten bis an's Ende. Auer bestreitet, daß die Kontrollmarke ausgedehnte Anwendung finden kann. Er verweist auf die Landarbeiter, auf die Maschinenbauer. Wir wissen ja alle, daß mir mit der Kontrollmarke Kriegsschiffe z. B. nicht ausstatten zu können. (Heiterkeit.) Aber ist denn bei den Landarbeitern etwa durch Streiks zu helfen? Endlich ist auch nichts verkehrter als die Behauptung, daß die Kontrollmarke die Waare verteuert. Die Kontrollmarke der Hutmacher kostet pro Stück einen Pfennig. Wenn aber auch wirklich der Hut, den sich der Arbeiter alle zwei Jahre mal kauft, um 10 Pf. theurer wird,

so kann er doch alle zwei Jahre mal dieses Opfer bringen. Wir haben vielleicht bei Streiks anderer Gewerkschaften alle Woche eine Mark und noch mehr geopfert, und noch dazu bei Streiks, die Monate lang gewährt haben. Also ist die Kontrollmarke in gewissen Gewerben wirklich dazu angethan, den Streik aus der Welt zu schaffen. Die Kellner Berlins haben schon Wind davon gehabt, daß Auer gegen sie ins Feld ziehen würde. Wir haben aber doch keine Veranlassung, Männer mit Trinkgeld zu unterstützen, die uns von oben herab behandeln und dadurch blos hochmüthiger werden und den Anschluß an die Organisation für überflüssig halten. Wir haben sehr große Fabriken, welche die Kontrollmarke eingeführt und unsere Forderungen auf neunstündige Arbeitszeit und Minimallohn entsprochen haben. Es hat also nicht nur ein kleiner Theil der Genossen Vortheil von der Einrichtung, sondern die gesammte Hutmacherschaft. Auer's Resolution ist gut, aber seine Ausführungen stehen damit in Widerspruch. Er ist gegen die Schutzmarke ins Feld gezogen, und in der Resolution überläßt er ganz ruhig den Gewerkschaften, wie sie darüber urtheilen wollen.

Borgmann-Berlin: Jede Sache stößt bei ihrer Einführung auf Widerstand, und ich wundre mich bloß, daß hier einer neuen Sache eine so hohe Bedeutung beigelegt wird, daß man den ganzen Parteiapparat aufbietet. Solange die Kontrollmarke angewendet worden ist, ist garnichts zu Tage getreten, was sich als Schädigung der Partei charakterisiren ließe. Daß die Waare durch die Marke verteuert wird, bestreite ich ganz entschieden. Die Genossenschaften als solche verteuern die Waare schon deßhalb nicht, weil sie niemals mit hohen Verwaltungsspesen rechnen. Speziell in unsrer Branche kostet der ganze Verwaltungsapparat nicht so viel als bei kapitalistischen Betrieben der einzelne Mann, der an der Spitze des Unternehmens steht. Wenn wirklich eine kleine Verteuerung eintritt, so gleicht sich das vollständig nach der andern Seite wieder aus. Wenn darauf hingewiesen wird, daß durch die Anwendung dieses Systems der Streik doch nicht aus der Welt geschafft würde, so bin ich allerdings wohl der Meinung, daß er sich für diejenigen Gewerkschaften, bei denen alle diese Voraussetzungen zutreffen, in der That aus der Welt schaffen läßt, oder doch zum größten Theil. Ich habe die Beweise dafür vor mir. Die Korrespondenz der Kontrollkommission der Hutmacher ist in den letzten zwei Jahren auf circa 3000 verschiedene Zuschriften gestiegen. Aus diesen Zuschriften ergiebt sich die große Wirkung, die unsere Marke ausübt. Wir haben Betriebe bis zu 200 Arbeitern, wo die Unternehmer auf diese Weise ohne Streik unsere Forderungen bewilligt haben, diese Wirkung ist aber nicht blos in diesem einzigen Falle vorhanden und würde noch weit größer sein, wenn nicht die wirthschaftliche Krise so stark auf uns

drückte, wenn ferner die Kenntniß dieses Systems innerhalb der Genossen weiter und tiefer bekannt wäre. In der Resolution heißt es: Gegen die Marke sollen sich die Genossen in allen Fällen erklären, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittels derselben die gewerkschaftlichen Kämpfe überflüssig zu machen. Da irrt Auer. Der Gewerkschaftskampf bleibt, er ist blos ein anderer geworden. Ich meine auch nicht, daß durch die Anwendung dieses Systems die betreffenden Arbeiter von der allgemeinen Bewegung abgezogen wurden. Ich habe gerade die überzeugendsten Erfahrungen vom Gegentheil gemacht. Ein großer Theil der Kollegen ist durch die Marke erst in die Bewegung hineingetrieben worden, und ich glaube nicht, daß der Parteitag einer Gewerkschaft einen Knüppel zwischen die Beine werfen will. Das will ja auch die Resolution nicht sagen. Ich bitte Sie, den Satz, den ich eben zitirt habe, aus der Resolution zu streichen; mit dem Uebrigen bin ich vollständig einverstanden.

Hülle stellt das Amendement, am Schlusse des ersten Absatzes der dritten Resolution Auer folgendes hinzuzufügen:

„Jedoch sollen Kontrollmarken bezw. Stempel nur an solche Privatunternehmer gegeben werden, die für alle in ihren Betrieben hergestellten Erzeugnisse die von der betreffenden Gewerkschaft aufgestellten Tarife zahlen."

Das Amendement wird nicht hinreichend unterstützt, kommt also nicht zur Verhandlung.

Der von Borgmann gestellte Antrag lautet: im letzten Absatz der dritten Resolution Auer die Worte „wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder" zu streichen.

Schweer-Hamburg: Wir müssen uns fragen, ob die Genossenschaften für uns resp. für die Arbeiterbewegung von so hohem Werth sind, als ihre Freunde behaupten. Ich sage ganz entschieden Nein! Immer sind diejenigen, die frei auf die politische Bühne treten, die Ersten, welche an die Spitze solcher Unternehmungen gestellt werden. Auf diese Weise werden zum Schaden der Partei eine ganze Anzahl von Agitatoren der Bewegung entzogen, indem sie durch ihre Thätigkeit für die Genossenschaft vollständig in Anspruch genommen und politisch kampfunfähig gemacht werden. — Für verschiedene Branchen kommt noch ein Umstand in Betracht. Wenn hier in Berlin z. B. die Tabakarbeiter eine Genossenschaft gründeten und damit wirklich Erfolg hätten, dann würde eine ganze Anzahl guter alter Berliner Parteigenossen die offene Geschäfte haben, die also unter allen Umständen für die politische Bewegung stets öffentlich eintreten, dadurch geschädigt oder ganz zu Grunde gerichtet werden, weil die Genossenschaft, an deren Spitze eben bekannte Genossen stehen, von der Arbeiterschaft als

ein sozialistisches Unternehmen vor allem unterstützt werden würde. Liefert denn aber die Genossenschaft wirklich etwas besseres als jedes andere kapitalistische Unternehmen? Auch da sage ich ganz entschieden Nein! Und ist denn die Ausbeutung da nicht ebenso vorhanden wie bei diesen? Ganz gewiß, dies Genossenschaftswesen hat gegenwärtig die Tendenz, sich immer mehr auszudehnen, kommt aber wieder einmal ein neues Gesetz, das die Sozialdemokratie in Acht und Bann thut, dann sind die Genossenschaften mit ihren Palästen und theuren Maschinen auf dem Trocknen und das darin steckende Kapital ist verloren. Man sollte also mit dieser Gründerei aufhören, zumal dadurch theilweise sehr starke Differenzen und heftige Auseinandersetzungen unter den Genossen verursacht worden sind. Ich empfehle an Stelle der Auer'schen, die mir viel sympathischere Resolution von Straßburg zur Annahme.

Metzger-Hamburg III: Gerade wir Genossen in Hamburg haben mit dem Genossenschaftswesen recht trübe Erfahrungen gemacht. Bei uns in Hamburg sind so eifrige Anhänger des Genossenschaftswesens vorhanden, daß es gewissen Parteimitgliedern schon zum Verbrechen angerechnet worden ist, wenn sie nicht mit Kontrolmarke versehene Hüte, Stiefel und Unterhosen tragen, nicht Genossenschaftsbrot essen und nicht Genossenschaftszigarren rauchen. Ja, es hat dieser Genossenschaftsrausch schon dahin geführt, daß eine feurige Anhängerin dieses Gedankens in einer Versammlung erklärte, durch die Genossenschaften sei es möglich, das Unternehmerthum an die Wand zu drücken, daß es quietsche (Große Heiterkeit). Ich will mich zu der Frage selbst nicht weiter äußern, nur einiges zur Resolution Legien. Sie verlangt, der Parteitag solle die Erklärung abgeben, daß es Pflicht eines jeden Genossen ist, der Gewerkschaftsorganisation anzugehören. Wo kommen wir denn hin, wenn wir so die Gewerkschaften als die eigentlichen Agitatoren für die Organisation der Partei einschmuggeln wollen! Ich kenne die Absicht Legiens recht gut. Er hat sich ja oft darüber beschwert, daß die Partei die Gewerkschaftsbewegung nicht genügend unterstützt. Ich meine denn doch, daß die sämmtlichen politisch hervorragenden Genossen alles thun, was zu ihrer Förderung dienen kann. Es ist in Halle eine Resolution angenommen worden, es ist in großen Parteiversammlungen wiederholt erklärt worden: Die Gewerkschaftsbewegung ist ein integrirender Theil der Arbeiterbewegung. Was will man denn mehr? Soll die Partei auch in den materiellen Kampf der Gewerkschaften eingreifen? Ich bin nicht dafür, daß die Partei zu einer Unterstützungskasse für die in Noth gerathenen Gewerkschafter wird; sie müssen sich selbst helfen, ohne Rücksicht auf die gefüllte Parteikasse, deren Gelder zu andern Zwecken bestimmt sind.

Legien-Hamburg: Daß die Frage der gewerkschaftlichen

Organisation seit dem Parteitage von Halle auf der Tagesordnung steht, entspringt aus drei Ursachen. Erstens war es der Fall des Sozialistengesetzes, der den Gedanken aufkommmen ließ, daß die Organisation der Gewerkschaften, welche während des Sozialistengesetzes die Arbeiterbewegung ungemein gestützt haben, überflüssig geworden sei. Ferner machten die verloren gegangenen Streiks in den Augen Mancher die Gewerkschaften überflüssig, weil sie sich sagten, die Kontraktion des Kapitals ist so groß geworden, daß selbst die besten Organisationen die Macht desselben nicht mehr zu brechen vermögen. Vor allem aber liegt die Ursache darin, daß unsere Partei immer größere Ausdehnung gewinnt. Sie beschränkt sich nicht mehr auf die Lohnarbeiter, sondern eine ganze Reihe Kleingewerbetreibender, kleiner Unternehmer stehen mit als Genossen in der Organisation; und diese kleinen Unternehmer fühlen den Druck, welchen die Gewerkschaften mit der Kontrolmarke und den Genossenschaften ausüben; sie sehen auch in diesen Dingen etwas, was ihren persönlichen Interessen und Verhältnissen zuwidersteht. Aus diesen Gründen ist die starke Strömung gegen das Genossenschaftswesen, den Boykott und die Kontrolschutzmarke entstanden. Halten wir uns dies gegenwärtig, so werden wir verstehen, warum die Partei immer mehr dazu genöthigt sein wird, strikte zu erklären, entweder: die Gewerkschaften sind absolut nöthig, oder: sie sind entbehrlich. Wenn wir sie unterstützen wollen, müssen die Genossen ihnen angehören, und das wünsche ich durch den Parteitag ausgesprochen. Durch die Zurücknahme meiner Resolution im ersten Theil habe ich mich mit dem, was Auer in seinen Resolutionen niedergelegt hat, vollständig einverstanden erklärt. Aber jede Theorie ist grau. Wenn wir nicht sofort anfangen, praktisch zu arbeiten, so fehlt der Resolution der innere Zusammenhang, und deswegen wünsche ich, daß die Partei als solche erklärte, es sind dies Unternehmungen der Gewerkschaften, andererseits aber auch erklärte, daß diese gestützt und gestärkt werden müssen, weil sie allein eine unrechtmäßige Anwendung der drei Kampfmittel verhindern können.

Der letzte Theil meiner Resolution könnte vielleicht Bedenken erregen. Ich mache aber auf Folgendes aufmerksam: Wenn die in Halberstadt beschlossene Organisation nicht die nöthige Stütze findet, wenn sie bekämpft wird, wenn über ihren Werth verschiedene Meinungen bestehen, dann kann sie nicht zu der Stärke gelangen, um wirksam zu werden, und darum ist es nöthig, daß von dieser Stelle aus ein zarter Wink gegeben wird. Fahren wir noch einige Jahre in der bisherigen Weise fort, dann werden wir der gewerkschaftlichen Bewegung den Lebensfaden vollständig abschneiden.

Noch eine kurze Bemerkung. Es wurde hier auch von Metzger gesagt, ich hätte in Wort und Schrift wiederholt erklärt, daß ein Theil der hervorragenden Parteigenossen nicht energisch genug die

gewerkschaftliche Organisation vertritt oder empfiehlt. Das ist Gefühlssache; man kann dafür keine Beweise erbringen, aber auch im Zentralblatt, dem „Vorwärts", stehen mancherlei Dinge, die sicherlich nicht geeignet sind, der Gewerkschaftsbewegung zu dienen. In einem Artikel des Blattes vom 11. November cr. über revolutionären und Staatssozialismus ist vom „weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei" die Rede. Es richtet sich das gegen die Unabhängigen, aber in diesem Sinne verständlich ist es nur für den, der die Sache kennt, nicht für den ferner Stehenden, und jedenfalls zeugt solch ein Ausdruck nicht von Sympathie für die gewerkschaftliche Bewegung. Ich beantrage, dem ersten Satz der ersten Resolution Auer folgende Fassung zu geben: „In der Frage des Gewerkschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Genossenschaften nicht Sache der Partei, sondern Sache der Gewerkschaften sind, und nur da gut geheißen werden können, wo . . . — der Rest wie in der Resolution Auer.

Grünwald-Hamburg: Es ist grundfalsch, wenn man die Genossenschaften als Attribut der Gewerkschaften hinstellt. Es wäre viel besser, alle diese Opfer an Baarmitteln und Zeit zu verwenden, um gemaßregelte Genossen unterzubringen. Dann braucht man sich nachher nicht die Blöße zu geben, daß man solche Gründungen wieder aufgiebt. Es sagen zwar verschiedene Freunde der Genossenschaften, daß durch die Genossenschaften uns keine Mittel entzogen werden. Ich behaupte aber, daß es doch geschieht. Ist einmal eine Genossenschaft gegründet, dann sucht man sie möglichst hoch zu halten. Wir haben nicht die Ueberzeugung, daß sie irgend wie im Stande wären, auch nur das Geringste zur Verringerung der Maßregelungen beizutragen oder einen Einfluß auf den Arbeitsmarkt auszuüben. Wir haben die große Genossenschaft der Tabakarbeiter, welche fast 200 Leute beschäftigte. Wenn es nun den Fabrikanten in Hamburg einfällt, wie vor 2 Jahren, 3000 Tabakarbeiter auf das Pflaster zu werfen, in welcher Weise soll dann die Genossenschaft helfen? Soll sie die 3000 Arbeiter beschäftigen? Sie kann sich doch nicht an die Stelle der Privatkapitalisten setzen. Für die Gesammtheit sind die Genossenschaften vollständig bedeutungslos. Es hatte sich eine zeitlang der Genossen ein wahres Gründungsfieber bemächtigt. Man wollte Hüttenwerke und alles Mögliche sonst noch gründen. Die Leute sind von dem Unzweckmäßigen ihrer Bestrebungen schwer zu überzeugen. Auer sagt zwar, daß nur solche Genossenschaften gegründet werden dürfen, die auf einer finanziell vernünftigen Grundlage stehen und von Leuten, die dazu berufen sind. Ja, wer ist denn zu einer solchen Gründung berufen? Ich mußte mir einmal von einem Tabakarbeiter sagen lassen: Was verstehst Du von Zigarren, Du kannst sie nicht einmal ordentlich rauchen! (Große Heiterkeit.) Solche Leute

glauben, weil sie tüchtige Sprecher sind, seien sie auch tüchtige Geschäftsleute. Zum Schluß möchte ich Sie davor warnen den Streit, ob Lokal- oder Zentral-Organisation, hier hinein zu ziehen und ihm dadurch eine schärfere Spitze zu geben. Wir haben nur den Gedanken zu vertreten, daß jeder Genosse, sofern er einen bestimmten Beruf angehört, verpflichtet ist, die gewerkschaftliche Bewegung so viel wie möglich zu unterstützen, denn die gewerkschaftliche Bewegung ist das Rückgrat der politischen Bewegung. Aber ich warne Sie, die Resolution Legien anzunehmen. (Beifall.)

Inzwischen ist folgender Antrag von Wilke und Genossen eingegangen:

„In Bezug auf die den Delegirten des hier tagenden sozialdemokratischen Parteitages unterbreiteten, von der am 13. Nov. 1892 in Berlin stattgehabten öffentlichen Maurerversammlung angenommenen Resolution empfiehlt der Parteitag allen Genossen, die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen nach Möglichkeit fördern zu helfen, den an ihren Orten auf dem Boden des Klassenkampfes im sozialdemokratischen Sinne bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als Mitglieder beizutreten, und wo noch keine bestehen, solche ins Leben zu rufen.

Die Form der Organisation ist Nebensache, die Hauptsache ist die, daß alle Gewerkschaftsorganisationen dahin streben, die Zahl der Kampfgenossen zur Befreiung der Arbeiter vom Lohnsklavenjoch zu vermehren, das Solidaritätsgefühl bei der indifferenten Masse wachzurufen und nicht den Schwerpunkt der Organisation auf das sogenannte Unterstützungswesen zu legen.

Schmalfeldt-Bremerhaven: Einige Redner haben die Genossenschaften doch etwas zu schwarz gemalt. Thatsache ist, daß die Gewerkschaftsbewegung im rapiden Rückgang begriffen ist, und bei dem zunehmenden Pauperismus ist es sehr zweifelhaft, ob sie sich je wieder erheben wird. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich deßhalb nach anderen Mitteln umgesehen. Ein Redner hat behauptet, daß uns durch die Genossenschaften die besten Kräfte entzogen werden. Dies Argument ist das unglücklichste, was man sich denken kann. Die Genossen, welche in den Genossenschaften thätig sind, können doch auch erst nach Absolvirung der Arbeitsstunden für ihre Ueberzeugung thätig sein. In der Auer'schen Resolution ist eine Bestimmung, daß die Arbeiter-Schutzmarke nicht dazu benutzt werden soll, um gewissermaßen Stimmenfang für die Genossenschaft zu treiben. Das ist in der Arbeiterschutzmarke aber gerade angegeben, da heißt es bei der Genossenschaft der Tabakarbeiter, daß nur diejenigen Fabrikanten die Arbeiterschutzmarke erhalten, die nur solche Arbeiter beschäftigen, welche den Unterstützungsverein der deutschen Tabakarbeiter angehören. Diese Resolution wendet sich also strikte gegen die Organisation der Tabakarbeiter.

16

Glauben Sie etwa, daß die Tabakarbeiter von heute Abend an von diesem System Abstand nehmen werden! Mit nichten. Diese Resolution annehmen, heißt den Genossenschaften offen den Krieg erklären. Ich bin kein Enthusiast für die Gründung von Genossenschaften; sie fördern unsere politische Bewegung nicht um einen Schritt. Wollen wir aber heute Abend praktisch handeln, dann lehnen wir kurzer Hand jede Verantwortung für dieses Palliativmittel ab. Ich bitte Sie, die Legien'sche Fassung anzunehmen, die ich von Neuem beantrage.

Der Vorsitzende stellt über diesen Antrag die Unterstützungsfrage; die Unterstützung reicht nicht aus.

Theiß-Hamburg: Ich muß zunächst die Anschauungen Metzger's zurückweisen. Wenn wir hier auch zehnmal in der striktesten Form erklärten, die Partei hat mit der gewerkschaftlichen Organisation gar nichts zu thun, würde es uns doch kein Mensch glauben, denn von den Gegnern wird die Gewerkschaftsbewegung als Stütze, als Anhängsel, als Theil der Sozialdemokratie betrachtet. Auch ich bin der Meinung, daß durch das Genossenschaftswesen theilweise die besten Kräfte der Partei entzogen werden. Das beweisen die Thatsachen. Die Leiter der Genossenschaften müssen einen nicht geringen Grad von Bildung und Intelligenz besitzen, und dieses Maß von Bildung und Intelligenz würde praktischer und mit mehr Erfolg im Dienste der Gesammtpartei angewendet werden. Ich stehe auch auf dem Boden der Auer'schen Resolution. Legien hat bereits hervorgehoben, unsere Parteileitung möchte etwas energischer für die gewerkschaftliche Bewegung im Allgemeinen eintreten. Ich kann nunmehr, nachdem Auer in seinem Referat erklärt hat, daß nur eine kräftige gewerkschaftliche Organisation im Stande sei, die Schutzmarke einzuführen, und damit gewissermaßen die gewerkschaftliche Bewegung unterstützt hat, ziemlich freudigen Herzens nach Hamburg zurückkehren. Aber ich wünschte, daß noch einmal offiziell von einem Vertreter des Parteivorstandes erklärt würde: daß jeder Parteigenosse es sich zur Pflicht zu machen hat, sich der gewerkschaftlichen Bewegung anzuschließen.

Schmidt-Friedberg: Wie bei der Maifeier kommt auch hier bei der Kontrolmarke in Betracht: wenn die Thür nicht weit aufgemacht wird, so bleibt Mancher an der Thüre stehen. Die praktischen Erfahrungen, die ich mit der Kontrolmarke gemacht habe, machen mich zum Gegner derjenigen Bestrebungen, die sie zu einer Prinzipienfrage der Partei machen wollen.

Slomke-Bielefeld. Mit Metzger bin ich nicht einverstanden. Er war früher doch einer der eifrigsten Agitatoren für die Gewerkschaften. Jetzt sagt er, wir sollten uns hüten, die Gewerkschaften in die Partei „hineinzuschmuggeln“! Das drückt aus, daß die Gewerkschaften in unserem Sinne etwas sind, was außerhalb der

Partei steht; auf diesem Standpunkte stehe ich nicht. Weshalb wenden wir uns in der Agitation immer gegen die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften? Weil sie nicht im Klassenkampf zu uns halten. Die Gewerkschaften gehören in unsere Partei, aber nicht in die Parteiorganisation (Sehr richtig!), und das letztere nicht aus prinzipiellen, sondern aus vereinsgesetzlichen Gründen. Wir können hier ganz ruhig erklären, daß es Pflicht jedes Genossen ist, sich der gewerkschaftlichen Organisation seines Berufs anzuschließen, dann wird auch manches Vorurtheil hinweggeräumt werden. Aber anderseits können wir uns unmöglich in den Streit über die Form der Organisation hineinmischen. Die Gewerkschaften haben dazu ihre Kongresse. Selbstverständlich wird keiner der Delegirten auf dem Standpunkt stehen, daß aus der Parteikasse direkt für die Gewerkschaften etwas hergegeben werden soll, höchstens in dem Falle eines Streiks, wenn die Gewerkschaftskasse erschöpft ist. Dem ersten Theil der Legien'schen Resolution könnte ich zustimmen, den zweiten Theil halte ich für überflüssig, weil in Halle das bereits erklärt worden ist. Ich bitte Sie, die Resolution Auer anzunehmen.

Von Lotz-Cöslin ist eine formale Aenderung der Auer'schen Resolution vorgeschlagen. Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Stabernack beantragt den Schluß der Diskussion, Hug-Bant ist dagegen. Die Debatte wird geschlossen.

Berichterstatter Auer: Die Debatte hat sich nach zwei Richtungen hin bewegt. Der eine Theil der Redner, die Genossen Augustin und Borgmann, haben sich ausschließlich mit meinen Ausführungen über die Kontrolmarke beschäftigt, die andern, die Genossen aus Hamburg, befaßten sich mit der Genossenschafts-Angelegenheit. Meine Ausführungen über das Wesen des Boykotts, dessen Anwendung und Handhabung scheinen von so durchschlagendem Erfolg gewesen zu sein, daß während der ganzen Diskussion auch nicht ein einziger Redner weder lobend noch tadelnd etwas dazu vorgebracht hat. Ich schließe daraus, daß, wenn in Zukunft der Boykott irgendwo angewendet werden soll, er nur unter den angegebenen Voraussetzungen zur Anwendung kommen kann. Was Augustin und Borgmann betrifft, so unterscheiden sich diese beiden in der Art der Behandlung, die sie meinen Ausführungen haben angedeihen lassen. Während Genosse Augustin — es entspricht das schon seiner äußeren Erscheinung — (Heiterkeit) mit außerordentlicher Energie gegen mich vorgegangen ist, hat Borgmann etwas sanftere Saiten aufgezogen (Große Heiterkeit), aber die Energie, mit der Augustin gegen mich zu Felde zog, lag mehr in der Art und Form der Darlegung als in der Gewichtigkeit der Gründe. Er fragt mich: ja, was sollen wir denn thun, wenn in der Zeit wirthschaftlichen Niedergangs der Streik nichts hilft? Ein Mittel,

das unter allen Umständen hilft, die Lebenslage des Arbeiters zu verbessern, ihre Lohnbedingungen günstiger zu gestalten, giebt es eben nicht. Dieses Mittel ist auch die Kontrolschutzmarke nicht, schon deswegen nicht, weil für die weitaus größte Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung die Kontrolschutzmarke überhaupt nicht zur Anwendung gebracht werden kann. Wenn ich deshalb die Frage zurückgeben wollte, so könnte ich Augustin sagen: Ihr selbst müßt zugeben, daß die Schutzmarke, vorausgesetzt, daß unsere Hoffnungen zutreffen, nur für ganz vereinzelte Berufe, für einen ganz kleinen Kreis von Arbeitern von Vortheil sein kann. Wenn Ihr das aber zugeben müßt, was soll denn während der Krisen geschehen, und was in all' den anderen Berufen? Die Schutzmarke kann eben nichts anderes sein als der äußerlich sichtbare Ausdruck dafür, daß in der betreffenden Gewerkschaft die Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung gelangt sind.

Nun wurde mir vorgeworfen, daß ich einzelne Sätze aus der Broschüre herausgerissen und dadurch gewissermaßen ein falsches Bild gegeben hätte. Das ist nicht wahr. Sie haben ja die Broschüre vor sich. Es zieht sich durch dieselbe wie ein rother Faden der Gedanke hindurch, daß die Kontrolschutzmarke als Ersatzmittel an Stelle des bisher gehandhabten Streiks zu gebrauchen sei. Diesen Satz habe ich angezogen und nichts lag mir ferner, als zu fälschen. Allerdings hat Borgmann gesagt, wenn man alle solche Flugblätter, auch von politischen Parteien, auf jeden einzelnen Satz untersuchen würde, so würde sich herausstellen, daß manches darin steht, was unter der Lupe der Wissenschaftlichkeit nicht bestehen kann. Davon ist hier keine Rede. Selbstverständlich könnten auch politische Flugblätter besser geschrieben sein, als sie es sind, aber hier dreht es sich nicht darum, ob das Flugblatt geschickt oder ungeschickt geschrieben wurde, sondern darum, was steht in diesen Erklärungen zur Rechtfertigung für die Einführung der Schutzmarke? Damit ist auch der Einwurf Borgmann's erledigt, daß bei der Kritik nicht das entsprechende Material zu Grunde gelegt ist. Ich habe das Material genommen, was die Vertheidiger der Schutzmarke uns selbst unterbreitet haben. Ganz falsch bin ich verstanden worden in Bezug auf die Vertheuerung der Waare mit Rücksicht auf die Schutzmarke. Ich habe nicht behauptet, daß das der Fall ist, ich habe die Frage, ob durch die Schutzmarke die Waare vertheuert wird oder nicht, durchaus offen gelassen. Ich habe mich nur dagegen gewendet, was auch Borgmann wieder sagte: Die Waare wird nicht vertheuert, aber „selbst wenn sie vertheuert würde, so muß im Interesse der Solidarität der Arbeiter diese Vertheuerung von den Arbeiterkonsumenten ruhig ertragen werden". Diesen Schlußsatz habe ich als falsch bekämpft. Auf die Frage, ob der Streik durch die Schutzmarke aus der Welt geschafft werden kann, gehe ich nicht ein, aber

interessant ist es doch, daß man in Unternehmerkreisen mit dem Meinungswechsel, der sich innerhalb gewisser Gewerkschaften vollzieht, den Streik in die Rüstkammer zu legen und an dessen Stelle die Schutzmarke zu setzen, sehr einverstanden zu sein scheint. Im „Geschäftsfreund", welcher dem Interesse gewisser Unternehmerkreise dient, heißt es: „Angesichts der Bedenken, die aus sozialistischen Kreisen gegenüber der Ueberschätzung der Schutzmarke erhoben werden, könnte man fast versucht sein, der Entwickelung der Arbeiter-Kontrolmarke auf dem Gebiet der Textilindustrie mit wohlwollender Unbefangenheit gegenüberzutreten. Man hat hier mit einem Akt erlaubter Selbsthilfe zu thun, der zahlreiche sozialdemokratische Kreise aus politischen Revolutioären zu wirthschaftlichen Interessenten machen und so mit den bestehenden Zuständen wieder inniger verknüpfen kann." (Hört! hört!) Diese Worte sind charakteristisch. Die Schutzmarke soll also nichts anderes sein, als gewissermaßen ein Resultat der Harmonielehre. Es soll zwischen den Interessen der Unternehmer und der Arbeiter eine Verständigung stattfinden. Die Bourgeoisie hat den ganz richtigen Instinkt, daß der Streik, auch wenn er von den Arbeitern verloren wird, für sie höchst unangenehm wirkt, während bei der Durchführung der Kontrolschutzmarke aus politischen Revolutionären wirthschaftliche Interessenten werden. Ich bin der Allerletzte, der nur einem einzigen Genossen, der sich bisher für diese Frage interessirt hat, den Vorwurf macht, als habe er gehandelt in der festen Absicht, etwas zu thun, was der Partei nach irgend einer Richtung schaden könnte. Aber Aufgabe des Parteitages ist es, daß wir uns nicht peu-à-peu auf Abwege leiten lassen. (Sehr gut!)

Schweer war der Meinung, — er nahm den radikalsten Standpunkt ein — daß man die Straßburger Resolution annehmen müsse. Ich bin der Meinung, daß wir, so weit es überhaupt möglich ist, ohne uns eine prinzipielle Blöße zu geben, durch unsere Resolution nur Entgegenkommen bewiesen haben. Wir haben den Genossen eine Brücke bauen wollen, und ein Hinausgehen über die Zugeständnisse, welche in dieser Resolution gemacht sind, ist einfach unmöglich. Wenn jemand sagt, das ganze Genossenschaftswesen hat gar keine Bedeutung, wir erklären uns schlankweg dagegen, so theile ich diesen Standpunkt nicht, aber ich kann ihn begreifen.

Wenn Legien darlegte, daß es nach dem Fall des Sozialistengesetzes nothwendig gewesen sei, daß wieder eine klare Stellung der Parteigenossen zum Gewerkschaftswesen genommen wurde, weil eine starke Strömung gegen die Gewerkschaften vorhanden sei, so irrt er. Legien hat das charakteristische Wort gesprochen: man habe vergessen, wer es denn war, der während des Sozialistengesetzes die Partei gestützt und ihr geholfen hat. (Sehr richtig!) Er antwortet darauf: das waren die Gewerkschaften. Ich könnte umge-

kehrt sagen: welche Arbeiter sind es denn gewesen, welche von jeher, vor, unter und nach dem Sozialistengesetze, die Gewerkschaften gestützt, sie vertheidigt, für sie agitirt haben? Es waren die Parteigenossen (Zustimmung). Wir im Parteivorstande können den Anspruch erheben, daß wir vermöge unserer Stellung von einer gewissen höheren Warte aus die ganze Sache beurtheilen, die gegeben ist nicht durch unsere Fähigkeiten, sondern durch das uns übertragene Amt (Sehr gut!), und ich kann erklären, daß die weitverbreitete Annahme, daß in der Partei selbst an einflußreicher Stelle und außerhalb in weiten Kreisen eine ganz entschiedene Abneigung gegen die Gewerkschaftsbewegung vorherrsche, absolut falsch ist. Legien nimmt einen einseitigen Standpunkt ein, der seinen Blick gewissermaßen hypnotisirt hat. Er stellt mit seinen Freunden die Gewerkschaften immer wieder in den Vordergrund, und da er wohl sieht, daß ihm nicht alle vorhandenen Kräfte, wenn er es wünscht, zur Verfügung stehen, so kommt er zu dem falschen Schluß, daß gewisse Antipathieen in der Partei gegen die Gewerkschaft überhaupt vorhanden seien. Das ist nicht wahr. Diese falschen Voraussetzungen waren es eben, welche uns seinerzeit veranlaßten, den Streik und den Boykott auf die Tagesordnung des Hallenser Parteitages zu stellen. Zu der Zeit, da die Richtung Tölke und der streng lassalleanischen Genossen im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein vorherrschte, war die Sache anders. Seitdem aber ist diese Gegenströmung absolut verschwunden, und wenn einzelne Aeußerungen fallen, wie sie Metzger heute hier gemacht hat, so ist das nur die Auffassung eines einzelnen Mannes. Da wo allgemein giltige Normen für die Haltung der Partei den Gewerkschaften gegenüber zum Ausdruck gebracht sind, ist der Standpunkt Metzger's niemals zur Anerkennung gelangt. Eine philosophisch angelegte Natur wie Legien sucht für alle Erscheinungen, deren Vorhandensein auf etwas tiefer liegenden Ursachen beruht, eine Erklärung. Die Frage, ob seine Voraussetzung richtig ist, stellt er sich gar nicht. Für ihn steht fest, daß eine Strömung gegen die Gewerkschaften, eine sehr einflußreiche Strömung, in der Partei vorhanden ist, und wie hat er dieses erklärt? Er hat gemeint, daß in der Partei das Kleinbürgerthum die Triebfeder für unsere Handlungen sei. Der sozialistische Kleinbürger wird als Ursache der Versumpfung der sozialdemokratischen Bewegung überhaupt dargestellt; diese Behauptung, die auch Hans Müller aufgestellt hat, könnte aber nur dann wenigstens einen Schein von Berechtigung haben, wenn eine einzige Thatsache angeführt werden könnte, daß von der sozialdemokratischen Partei der Gewerkschaftsbewegung irgend etwas in den Weg gelegt werden sollte. Wo sind solche Beweise? Etwas anderes ist wahr, daß nämlich die Führer und Leiter der Gewerkschaften unter einander selber durch ihre gegenseitige Bekämpfung um ganz nich-

tige Fragen dazu beitragen, daß breite Schichten der Arbeiter den Gewerkschaften fernbleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Wer die Artikel gelesen hat, die zwischen gewissen Genossen hier in Berlin und Hamburg gewechselt worden sind, kann es weiten Kreisen nicht mehr verdenken, wenn sie sagen: wenn unsere eigenen Führer in dieser Weise sich gegenüberstehen, beschimpfen, herunterreißen um Lappalien willen, um Formen, über die man sich unter allen Umständen verständigen kann, wenn um persönlicher Differenzen und Gehässigkeiten willen so gesprochen, geschrieben und gehandelt wird, so können wir uns einer solchen Bewegung nicht anschließen. Ich möchte den Genossen Legien und auch den anderen Theil, Keßler und Genossen, recht sehr bitten — ich glaube hier auch aus dem Herzen aller anwesenden Delegirten zu sprechen — daß beide Theile endlich einmal die Streitaxt begraben (Lebhafte Zustimmung), dann werden sie sich sehr rasch überzeugen, daß von einer Gegenströmung gegen die Gewerkschaften keine Rede ist. Wer die Krakehlerei und später die Einigung in der deutschen Arbeiterbewegung erlebt hat, der wird mit mir der Ueberzeugung sein, daß der Streit, ob Zentralisation oder nicht, keine solche Bedeutung hat, daß Ihr Euch nicht verständigen könnt, wenn Ihr nur wollt. (Sehr gut!) Theiß hat gemeint, man hätte die Stellung zu den Gewerkschaften auf die Tagesordnung setzen und die Kontrolmarke weglassen sollen. Ja, über die Stellung zu den Gewerkschaften ist man klar; wir wollen die Gewerkschaften unterstützen. In bin ein überzeugter Anhänger der Gewerkschaftsbewegung von jeher gewesen, bin es auch heute noch, und ich kann, um Theiß zu befriedigen, diese Erklärung auch für alle übrigen Mitglieder des Vorstandes abgeben. Wenn wir nun trotzdem die Stellung zu den Gewerkschaften nicht auf die Tagesordnung gestellt haben so geschah das, weil wir nach dieser Richtung hin bereits eine Marschroute haben. Sie müssen doch wissen, daß wir in Halle dies sehr deutlich ausgesprochen haben, und seitdem ist nichts geschehen, was diesen klaren Ausspruch aufgehoben hätte. Im Hallenser Protokoll finden Sie die von Kloß und Grillenberger eingebrachte Resolution, in der es heißt: „es ist eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt, und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden“. Dies ist maßgebend und grundlegend für die Partei, und nur in Bezug auf die Organisations*form* herrscht Streit. So lange zwei sich bekämpfende Richtungen vorhanden sind, so lange können wir nicht einseitig nach der einen oder anderen Richtung in Bezug auf die untergeordnete Frage der Organisationsform uns entscheiden. Befehle können wir den Arbeitern inbezug auf die Gewerkschaftsbewegung nicht ertheilen. Aber wir haben von Partei wegen unsere Ansicht ausgesprochen. Das ist ja eine alte Sache, aber

nach und nach kommen wir dahin, daß die ältesten Wahrheiten von uns immer wieder wiederholt werden, das ist eine Nachwirkung des Sozialistengesetzes. Unser junger Nachwuchs hat nicht Gelegenheit gehabt, das Alles mitzumachen, was wir mit gemacht haben. Ich halte die Resolution Legien nicht für nothwendig. Wir wollen die Organisationsfrage hier nicht hineintragen und nicht eine Wunde, die verharschen will, aufs neue aufreißen. Der erste Theil der Legien'schen Resolution ist bereits Grundsatz bei uns, vor dem zweiten Theil möchte ich Sie dringend warnen. Im übrigen bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Labjuhn konstatirt zur Geschäftsordnung, daß er durch Schluß der Diskussion verhindert worden sei, Ungenauigkeiten, welche dem Genossen Auer über den letzten Buchdruckerstreik unterlaufen seien, richtig zu stellen.

Persönlich bemerkt Legien, daß er bis zur Stunde gegen Keßler noch keine Zeile geschrieben, nicht einmal seinen Namen genannt habe.

Mittag-Halle wünscht, da ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten ist, daß im Protokoll die Namen derjenigen Redner vermerkt werden, welche sich noch zum Worte gemeldet haben. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem der Vorsitzende konstatirt hatte, daß von den 43 eingezeichneten Rednern nur 10 das Wort erhalten haben.

In der Abstimmung wird die Resolution Auer unter Ablehnung sämmtlicher entgegenstehender Anträge, auch des Antrages Legien und der Resolution Wilke, in ihren einzelnen Theilen und schließlich im Ganzen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Schluß 11½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 19. November.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Gottlieb.

Es liegt wiederum eine Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen vor.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Bebel: In Anbetracht der weit fortgeschrittenen Zeit und der vielen noch nicht erledigten Anträge beantrage ich die beiden nun folgenden Punkte der Tagesordnung: „Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge" und „Antisemitismus und Sozialdemokratie" von der Tagesordnung abzusetzen. (Zustimmung.) Aus den gedruckten Resolutionen können Sie und die Oeffentlichkeit die Stellung der Referenten in diesen Fragen kennen lernen.

Der Parteitag nimmt den Vorschlag Bebel's mit großer Mehrheit an.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Berathung derjenigen Anträge aus den Reihen der Parteigenossen, welche bei den voraufgehenden Punkten der Tagesordnung nicht ihre Erledigung gefunden haben.

I. Anträge zum Programm.

Der unter Vorlagen an den Parteitag Seite 13 aufgeführte Antrag der Genossen in Hamburg, III. Wahlkreis findet in seinen beiden Theilen nicht die genügende Unterstützung. Dagegen gelangt zur Verhandlung der ebendort aufgeführte Antrag der Genossen des Kreises Naumburg-Zeitz-Weißenfels:

„**II. Theil, Ziffer 6,** den Punkt „Religion ist Privatsache" zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religionen und deren Lehrer sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegentreten, oder die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

Hoffmann-Zeitz: Es ist dringend nothwendig, daß wir in diesem Punkt eine Aenderung eintreten lassen. „Religion ist Privatsache" wird sowohl von einem Theil unserer Agitatoren, als besonders von unseren Gegnern so aufgefaßt, als dürfte man über die Religion und ihre Lehrer überhaupt nicht sprechen, dieselben nicht angreifen, ihnen nicht entgegentreten. Nun werden aber diejenigen, welche in der Agitation stehen, am besten fühlen, daß es gerade dort, wo das strenge Dogma noch vorhanden ist, unmöglich, ja undenkbar ist, mit unseren Ideen durchzudringen Solange man glaubt, daß ohne Gottes Wille kein Spatz vom Dache fällt, hat man nicht Ursache, an der wirthschaftlichen Verbesserung seiner Lage mitzuarbeiten. Wenn man sagt, daß Religion Jedes Herzensangelegenheit ist, so kann uns das recht sein, so lange es eben Herzensangelegenheit bleibt. Sobald aber die Lehrer und Vertreter der Religion diese dazu benutzen, um die Leute in Bedrückung und Abhängigkeit zu erhalten, den Fortschritt zu verhindern und der wirthschaftlichen Aufklärung entgegenzutreten, haben wir die strenge Pflicht, dagegen Protest zu erheben. Das muß ganz klar und deutlich in unserem Programm ausgedrückt werden. Ich glaube wohl von allen Agitatoren am meisten auf dem Lande zu thun zu haben, und ich habe wohl gesehen, daß man gegen die Religion ankämpfen kann, wenn man es nicht mit bloßen Redensarten und Schimpfereien thut, sondern mit Gründen. Gerade dieser Punkt unseres Programms wird von unseren Gegnern dazu benutzt, um

uns überall anzufeinden, weil wir mit unseren Ansichten nicht offen hervorzutreten wagten.

Vollmar und Genossen beantragen: in Erwägung, daß erst im vorigen Jahre nach vorausgegangener eingehender Debatte in Presse und Versammlungen das neue Parteiprogramm festgestellt worden ist, über sämmtliche Anträge zum Parteiprogramm zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag Vollmar wird mit großer Majorität angenommen; damit erledigen sich auch alle übrigen, in der Vorlage aufgeführten Programm-Anträge.

Anträge zur **Presse.**

Der unter Vorlagen an den Parteitag S. 15 aufgeführte Antrag der Parteigenossen in Stuttgart wird nach kurzer Begründung durch Geiger ohne Debatte abgelehnt.

> Genossen in Bielefeld beantragen: Den „Vorwärts" zu veranlassen, sich einer präziseren Berichterstattung zu befleißigen.

Slomke-Bielefeld begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Prügelszenen in den jüngsten Berliner Versammlungen, über die der „Vorwärts" verspätet und höchst mangelhaft berichtet habe, wodurch die Genossen im Lande gegenüber den sensationellen Berichten der gegnerischen Presse geradezu wehrlos gemacht worden seien. Dasselbe sei der Fall gewesen in Bezug auf die Artikel des „Sozialist", Liebknecht beziehe ein Gehalt von 10—12000 Mark. Hätte der „Vorwärts" gesagt, nein, Liebknecht bekommt 7200 Mk., dann wäre in der That die Diskussion und manches Mißtrauen gar nicht entstanden. (Bebel: Sehr richtig!)

Singer findet den Wunsch der Bielefelder Genossen begreiflich, fürchtet aber, daß dieser Antrag, wenn er angenommen wird, an den bestehenden Verhältnissen nicht viel ändern kann (Widerspruch), weil die von den Genossen beklagte unpräzise Berichterstattung nicht am bösen Willen der Redaktion des „Vorwärts" liegt, sondern an den Verhältnissen. Wenn das Zentralorgan dazu da sein soll, auf jedes Geschwätz der Gegner, oder auf irgend einen Gefühlsausbruch irgend eines Parteigenossen im Lande antworten zu müssen, so ist dies eine Aufgabe, die dem Zentralorgan nicht zukommt. Was die Gehaltsfrage betrifft, so hätte eine einfache Anfrage beim Parteivorstand jedem Genossen die gewünschte Auskunft gebracht.

Schulze-Bernburg: Es giebt ganz ehrenhafte Genossen in der Provinz, die neben dem „Vorwärts" den „Sozialist" lesen. Diese lesen nun diese Anschuldigungen Seitens des „Sozialist", im „Vorwärts" wird darüber kein Wort geschrieben, und so kommt es, daß die Genossen in der Provinz sagen: es muß doch etwas an den Anschuldigungen der „Unabhängigen" dran sein. Singer verweist

auf die Parteileitung. Ja, was würde der Parteivorstand für eine Aufgabe bekommen, wenn er privatim auf jeden Brief antworten wollte!

Liebknecht verweist bezüglich der Redaktion des „Vorwärts" und der Gehaltsfrage auf seine in den letzten Sitzungen gemachten Ausführungen. Hinsichtlich der Polemik gegen den „Sozialist" erklärt er: Jeder Anklage, die von einer Seite kommt, der ich Beachtung schenke, der antworte ich. Ich glaube keinem Manne eine Antwort schuldig geblieben zu sein, den ich, wenn auch nicht für einen anständigen, so doch in geistiger Beziehung beachtenswerthen Gegner halte. Ich habe die Literatur der sogenannten „Unabhängigen" genau studirt und ich habe gefunden, daß es sich hier nicht gehandelt hat um eine verschiedene Parteibestrebung. Diese Leute, die wir hinausgeworfen haben wegen ihres unanständigen Benehmens, haben ein Jahr Zeit gehabt, sich zü rehabilitiren, ihre Grundsätze zu entwickeln, etwas Besseres an die Stelle dessen, was sie verurtheilen, zu setzen. Sie haben gar nichts geleistet, sie haben geschimpft, geschimpft und geschimpft. Ein Deutscher im Auslande sagte mir einmal: stellen Sie sich doch so mit den Leuten, daß Sie sie getrennt marschiren lassen gegen denselben Feind; sie brauchen ja nicht in der Organisation zu stehen. Haben die „Unabhängigen" den gemeinsamen Feind bekämpft? Nein, sie sind uns in den Rücken gefallen! Was hat der „Sozialist" gethan, hat er die Bourgeoisie bekämpft? Nein, er hat für die Bourgeoisie, für den gemeinsamen Feind des Proletariats gearbeitet! Ich habe gefunden, daß alle Kräfte, welche an diesem Blatte thätig sind, in geistiger und moralischer Beziehung derartig sind, daß ich für meine Person sie nicht als Gegner anerkenne, ebenso muß ich auch den antisemitischen Blättern antworten, mit denen jene beiläufig etwas verwandt sind. Für mich existirt der „Sozialist" nicht. Ich kann Ihnen mittheilen, daß ich seit jetzt einem halben Jahre keine Nummer desselben gelesen habe und daß ich ihn nicht mehr lesen werde. Im Uebrigen haben wir den Grundsatz festgesetzt, in der Redaktion und im Vorstand, diese Augenblickserregung, welche von der gegnerischen Presse zu einer großen, uns gefährlichen Bewegung aufgebauscht wird, nicht dadurch zu stärken, daß wir uns in eine Polemik einlassen. Wir sind aber andrerseits in vielen Fällen, da wo es sich um gewisse konkrete Thatsachen handelt, auch dazu gekommen, die Sache richtig zu stellen und zurückzuweisen. Auf die Polemik trete ich nur da ein, wo es nöthig ist, aber auf Schmutzigkeiten werde ich nie und nimmer antworten, diese Leute stehen für mich unter der Polemik. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Es wird noch der zweite Theil des Seite 17 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Antrages G. Franc, Berlin, zur Debatte gestellt.

Stabernack-Berlin billigt es, daß der „Vorwärts“ auf die Artikel des „Sozialist“ nicht eingeht.

Rienäcker Guben theilt die Auffassung Stabernack's. Wie die Lügen des „Sozialist“ entstehen, dafür könne er ein Beispiel anführen. Der Reporter Auerbach habe in Guben eine Versammlung abgehalten; wenige Tage darauf hatten die Berliner Bourgeoisblätter die Nachricht gebracht, in Guben habe sich ein Verein von „Unabhängigen“ gebildet. Daran sei kein Wort wahr.

Börner-Berlin tadelt, daß der „Vorwärts“ nicht blos Inserate von Tingel-Tangel-Theatern der Bourgeoisie aufnehme, sondern sogar auch, wie z. B. über den „Wintergarten“, im redaktionellen Theile Notizen gebracht habe.

Es wird beantragt, über alle Anträge betreffend die Presse zur Tagesordnung überzugehen.

Bueb-Mühlhausen befürwortet den Antrag.

Mittag-Halle widerspricht demselben; die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Bielefeld angenommen. (Bravo!)

Der auf S. 16 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführte Antrag der Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg ist zurückgezogen.

Der S. 16 aufgeführte Antrag der Genossen in Halle a. S. wird nicht genügend unterstützt.

Zur Verhandlung gelangen die unter Vorlagen an den Parteitag S. 16 aufgeführten Anträge der Genossen in Frankfurt a. M., Sozialdemokraten deutscher Zunge in Brüssel und Parteigenossen von Wiesbaden (S. 18) auf Gründung eines Parteiwochenblattes.

Genosse Tempwolf-Mannheim stellt einen Antrag, der sich im Wesentlichen mit dem der Parteigenossen in Wiesbaden deckt. Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Hoch-Frankfurt a. M.: Wir wünschen ein Blatt, welches das allernothwendigste enthält, was die Genossen haben müssen, um unterrichtet zu sein. Der „Vorwärts“ kann dieser Aufgabe nicht genügen, weil er zu theuer und zu umfangreich ist. Der „Vorwärts“ würde bleiben, was er heute ist, das Hauptorgan der Partei, und auch die anderen Parteiblätter, deren Inhalt ja ein ganz anderer ist, würden von dem neuen Blatte nicht berührt werden. Man könnte nun auf die „Volkstribüne“ oder andere schon vorhandene Blätter hinweisen. Dieser Hinweis hätte keinen Werth, denn es kommt doch nur darauf an, daß das Blatt den bezeichneten Inhalt hat, und den hat die „Volkstribüne“ nicht. Nun muß ich fast befürchten, daß man von oben wieder sagen wird, wir können diesen Wunsch der Parteigenossen nicht erfüllen. Wenn wir aber solche Wünsche nicht vorbringen sollen, dann können wir ja zu Hause bleiben. Wir müssen hier die Wünsche vorlegen, die wir selbst

uns nicht erfüllen können. Unmögliches werden wir nicht verlangen können; aber das verlangen wir: Strengt Euch an, sucht die geeigneten Personen; wenn Ihr es nicht möglich machen könnt, berichtet uns darüber.

Arndt-Paris: Ich spreche hier namentlich im Namen der deutschen Genossen des Auslandes, bei denen das Bedürfniß nach Herausgabe eines wöchentlichen Zentralorgans seit dem Eingang des „Sozialdemokrat" in ganz besonderem Maße vorhanden ist. Es ist absolut unmöglich, monatlich 3 M. für den „Vorwärts" auszugeben, um uns auf dem Laufenden zu erhalten. Die Wochenblätter wie die „Volkstribüne" genügen absolut den Ansprüchen nicht. Dagegen möchte ich mich gegen den Antrag der Genossen in Brüssel wenden, welche blos eine Wochenausgabe des „Vorwärts" veranstaltet zu sehen wünschen. Es muß ein besonderes Blatt sein; einzelne Ausschnitte aus dem „Vorwärts" würden nicht genügen.

Schmidt-Berlin: Die „Volkstribüne" stellt nach dem Beschlusse der Berliner Genossen mit dem 1. Januar 1893 ihr Erscheinen ein. Die Genossen empfinden das lebhafte Bedürfniß nach einem Zentralorgan, das eine Uebersicht über die Parteiverhältnisse in Deutschland giebt, und diesem Bedürfniß wird am Besten abgeholfen, wenn der Partei-Vorstand mit der Herausgabe eines solchen Organs beauftragt wird. Der Vorstand steht, wie ich weiß, dem Antrage sehr sympathisch gegenüber, denn er hat ja in Erfurt bereits einen ähnlichen Antrag selbst gestellt. Sehr wesentlich fällt dabei noch das Bedürfniß der Parteigenossen im Auslande ins Gewicht. Diese wollen sowohl über unsere Parteiverhältnisse und die politische Bewegung als auch über die gewerkschaftliche Bewegung orientirt werden. Würden wir den Antrag ablehnen und geht andererseits die „Volkstribüne" ein, dann könnten vielleicht die Genossen dazu übergehen, auf eine Presse zu abonniren, welche unsere Parteibewegung tendenziös entstellt, verleumdet und verunglimpft. Ich bitte Sie nur, über den Preis des Wochenblattes keinen Beschluß zu fassen. In dieser Beziehung bedarf es noch eingehender Erwägungen aller technischen Umstände, die dabei mitsprechen.

Frohme: Ich bitte Sie, die ganze Serie von Anträgen abzulehnen. Sie begehen einen verhängnißvollen Fehler, wenn Sie einen der Anträge annehmen. Wenn es darauf ankommt, besser als seither es der „Vorwärts" gethan hat, die Parteigenossen zu informiren, so bedarf es dazu nur einer redaktionell etwas veränderten Fassung. Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, nachdem wir hier die verschiedensten Klagen über die prekäre Lage der Lokalpresse gehört haben, nachdem wir gesehen haben, daß 65000 Mk. an Unterstützungen dieser haben zugewendet werden müssen, jetzt gewissermaßen ein Konkurrenzunternehmen schaffen zu wollen. Auf

das Ausland haben wir nicht in dem Maße Rücksicht zu nehmen, wie hier gefordert wird. Ein solches neues Organ wird herzlich wenig Abonnenten im Auslande finden. Da sind die Genossen in kleineren Zirkeln, manchmal nur wenig zahlreich vorhanden; dort hält man gemeinsam das Zentralorgan, den „Vorwärts", und damit wird dem Bedürfniß der Genossen nach Information genügt.

Hug-Wilhelmshaven schließt sich den Ausführungen Frohme's an; er wundere sich, daß gerade von Frankfurt aus dieser Antrag gestellt worden ist, welches nach der Abrechnung über die Parteipresse eine namhafte Subvention erfordert hat. Unser Kriegsfonds für die Unterstützung der Parteipresse wird ja schon sehr stark in in Anspruch genommen. Wenn der Preis auf 5 Pfg. für die Nummer normirt wird, ist eine große Subvention unzweifelhaft erforderlich. Wenn andererseits die Frage des Preises offen gelassen und nachher ein entsprechender Preis gefordert wird, um die Rentabilität des Blattes zu garantiren, dann wird mit dem neuen Unternehmen Niemand zufrieden sein, weil der Preis zu hoch ist. Die Genossen im Ausland wünschen in Sprache und Haltung ein Blatt, wie der „Sozialdemokrat" gewesen ist. Das wünschen wir auch, aber ein solches Blatt ist in Deutschland nicht möglich.

Bebel: Ich freue mich, daß diesmal aus der Mitte der Partei von verschiedenen Seiten der Antrag auf Gründung eines großen politischen Wochenblattes gestellt ist. Im vorigen Jahre war der Antrag vom Partei-Vorstande auf dem Erfurter Kongreß vorgelegt; er wurde abgelehnt. Auch diesmal habe ich den Antrag selbst im Vorstande gestellt. Der Vorstand hat die Sache auch sympathisch aufgenommen, den Antrag aber nicht selbst vorgelegt, weil er inzwischen von verschiedenen Seiten gestellt worden war. Daraus wird Genosse Hoch auch deutlich ersehen, daß er im Irrthum ist, wenn er glaubt, daß der Vorstand, soweit der jetzige noch in Frage kommt, gegen den Gedanken eingenommen ist. Durchaus nicht. Ich speziell habe es stets für nöthig erachtet, daß für das Ausland ein Wochenblatt vorhanden sei und jetzt um so mehr, nachdem das Eingehen der „Berliner Volks-Tribüne" von den Berliner Genossen beschlossen worden ist. Ich bestreite, daß die Konkurrenz hier besonders in Frage kommt. Die Wochenblätter, die wir haben, wie die „Nordwacht", die „Halberstädter Sonntags-Zeitung" sind auf Leser berechnet und finden Boden, wo das Zentralblatt keinen Boden finden kann. Sie entsprechen vorwiegend einem Bedürfniß der ländlichen Bevölkerung. Ich stelle mir das Blatt nicht vor als eine besondere Ausgabe des „Vorwärts"; das würde ich für einen großen Fehler halten. Ich habe im Auge, daß es ein Blatt würde ähnlich wie der Londoner „Sozialdemokrat", früher der Leipziger „Vorwärts" und „Volksstaat". Es soll ein gut redigirtes Blatt sein, Leitartikel enthalten über die Partei-

grundsätze, und zwar einen politischen und einen ökonomischen, eine gute politische Uebersicht und ausführliche Nachrichten über die gesammte Parteibewegung des In- und Auslandes bringen, kurz ein durchaus original gehaltenes Blatt sein. Wenn es uns gelingt, die nöthigen Kräfte zu gewinnen, dann bin ich überzeugt, werden wir ein Blatt ins Leben rufen, welches im weitesten Maße den Interessen der Partei dient und auch die Beziehungen zu den Genossen im Auslande im höchsten Grade fördern wird. Hug täuscht sich, wenn er glaubt, daß die Genossen im Auslande sich durch den „Sozialist" nicht irre machen lassen. Wenn er nur einmal ein Jahr im Auslande gelebt hätte, würde er zu einer ganz anderen Ansicht kommen. Hier kommen vor Allem die österreichischen Genossen in Betracht, die zahlreichen dortigen Vereine, die auf das Blatt abonniren werden, weil sie sich orientiren wollen. Sie glauben garnicht, wie nothwendig es ist, daß sie sich orientiren können, da sie sonst ein falsches Bild von der deutschen Bewegung bekommen müssen, weil ihnen bloß die Information der gegnerischen Presse zu Gebote steht. Es kommen hierzu die deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz, in Belgien, in Frankreich, in England und in Nordamerika, welches letztere seinerzeit sehr stark an dem Abonnentenstande des „Sozialdemokrat" betheiligt war. Frohme hat nun auf die Subventionen verwiesen. Ich weiß nicht, ob das neue Unternehmen subventionirt werden muß; aber sollte es der Fall sein, dann würde es eine Subvention am allerersten verdienen. Nehmen Sie den Frankfurter Antrag an, aber akzeptiren Sie nur den ersten Theil bis zu den Worten: „zu einem möglichst billigen Preise herausgegeben wird", damit Sie im Uebrigen den Vorstand nicht binden.

Fleischmann-Wiesbaden: Die Wiesbadener Genossen sind bei der Stellung ihres Antrags davon ausgegangen, daß ein Bedürfniß für ein Zentralorgan vorhanden ist. Deßhalb glauben wir auch, daß ein solches Zentralblatt eine große Abonnentenzahl finden wird. Wir werden auch mit diesem Blatte in Kreise hineindringen, in die wir bisher nicht eindringen konnten und deßhalb darf das Blatt nicht zu theuer sein.

Ein von Thiele hiernach gestellter Schlußantrag wird von Vollmar bekämpft und abgelehnt.

Klees-Magdeburg: Ideell stehe ich auf dem Standpunkte Bebel's, aber durch die Erwägung der realen Interessen und der materiellen Lage der großen Mehrheit der Arbeiter komme ich zur Ablehnung des Antrags. Die Zusammensetzung des „Vorwärts" in seiner jetzigen Gestalt hat gegenüber einem Wochenblatte insofern einen Vortheil, als er neben der Aufgabe, die er als Zentralorgan in Berlin, der Zentrale der politischen Welt in Deutschland, hat, auch noch über die lokale Bewegung der Arbeiterwelt in Berlin,

die immerhin einen Rückschlag auf die Bewegung in der Provinz ausübt, uns ein Bild zu geben im Stande ist.

Der Antrag Frankfurt wird von Hoch dahin abgeändert, daß der Eingang lautet:

„Der Vorstand wird beauftragt, als offizielles Parteiorgan ein neu zu begründendes Blatt wöchentlich einmal zu einem möglichst billigen Preise herauszugeben.“

Vollmar: Die Gründe, die bereits gegen die Einführung eines solchen Blattes geltend gemacht worden sind, scheinen mir nicht erschüttert worden zu sein. Wer sollen denn die Leute sein, welche dieses Wochenblatt in großer Zahl halten? Einige Genossen haben auf das Ausland verwiesen. Ich habe allen Respekt vor den Sympathien der Genossen im Auslande; aber es ist doch ein eigenthümlicher Grund, weil dort in der Schweiz, in Paris u. s. w. ein derartiges Blatt gewünscht wird, die große Zahl unserer derartigen Unternehmungen durch ein neues wiederum zu bereichern. Die Genossen, welche im Auslande leben, können nicht den „Vorwärts“ halten; auch die deutschen können das nicht alle. Aber wie diese es machen, indem sich mehrere gemeinsam ein Exemplar halten, ebenso ist das im Auslande möglich. Was Deutschland betrifft, so sollen die Leser doch Genossen sein. Wir haben ja doch aber außer dem „Vorwärts“ auch zahlreiche Lokalblätter. Diese sind nothwendig und werden immer nothwendiger, weil die Bewegung in Bezug auf die aktuelle Politik sich immer mehr differenziren wird und wir uns immer mehr um die lokalen Verhältnisse kümmern müssen. Durch die billige Konkurrenz des Wochenblattes werden Sie aber die Lokalblätter schädigen müssen. Daran, daß außerhalb der Reihen der Genossen das Blatt stark gelesen werden wird, wie Fleischmann meinte, davon bin ich gar nicht überzeugt. Nun soll nach Bebel das Blatt ein gutes und original geschriebenes Blatt sein. Da liegt aber der Hase im Pfeffer Liebknecht hat ja selbst gesagt, wir haben nicht die Kräfte, um den „Vorwärts“ so, wie man es wünschen muß, herzustellen. Sogar bezüglich der Berichterstattung wird erklärt, es seien die Leute dazu nicht vorhanden. Wie es scheint, haben Sie doch einen geeigneten Mann. Aber wenn Sie ihn haben, dann bewahren Sie ihn getreulich und geben Sie ihn dem „Vorwärts“. (Heiterkeit.) Besser ein gutes Blatt, als zwei schlechte. Der Antrag ist sehr gut gemeint, aber nach keiner Richtung praktisch wirklich ausführbar. Ich sehe in ihm nur wiederum die alte Zentralisirungstendenz, die uns schon Schaden genug zugefügt hat und die ich überall bekämpfen werde, wo ich ihr begegne. Gerade in Preßangelegenheiten ist die Vielgestaltung unseres Parteiringes dasjenige, was uns am meisten Nutzen schafft.

Theiß-Hamburg: Ich begreife, daß durch das Blatt den bestehenden Blättern eine wesentliche Konkurrenz erwachsen wird.

Ein Blatt, wie wir es wünschen, kann ja gar keine Lokalnachrichten und dergleichen enthalten. Wir brauchen eine kurze knappe Uebersicht über die Tagesereignisse der laufenden Woche. Ein hoher Preis würde die Möglichkeit des Haltens allerdings sehr beeinträchtigen.

Schultze-Königsberg: Ich kann Ihnen ebenfalls nur empfehlen, für den Antrag Frankfurt zu stimmen. Wir müssen immerhin auf die ausländischen Genossen ganz besondere Rücksicht nehmen. Selbst auf die Gefahr hin, daß hier und da einem deutschen Wochenblatte Konkurrenz erwachsen könnte, sollten wir im Interesse unserer deutschen Genossen im Auslande die Hand dazu bieten. Wir haben große Landestheile, wo überhaupt keine Parteipresse besteht, wo wir bisher nicht festen Fuß fassen konnten. Dahin gehören die ganzen Ostseeprovinzen. Wenn ein allgemeines offizielles Organ geschaffen wird, könnten wir auf ein besonderes Organ für Ost- und Westpreußen verzichten, und ebenso steht es mit anderen Theilen Deutschlands.

Ein Schlußantrag wird angenommen und auf Antrag Kandt-Güstrow über den Antrag Frankfurt eine namentliche Abstimmung vorgenommen. Dieselbe ergiebt die Ablehnung des Antrages mit 118 gegen 110 Stimmen. Die Mitglieder der Siebener-Kommission waren infolge ihrer Thätigkeit verhindert, an der Abstimmung theilzunehmen.

Es stimmten mit „Ja“: Albrecht, Antrick, Arndt, Augustin, Auer, Baader, Bamberger, Bebel, Beims, Bennewitz, Berndt, Baerer, Betz, Böhmer, Bock, Borgmann, Borkmann, Börner, Bueb, Demmler, Dempwolf, Diederich, Drescher, Emmel, Fischer (Weimar), Fischer (Berlin), Fleischmann, Fleißner, Frantzen, Fräßdorf, Geilert, Gerber, Göthel, Gottlieb, Gradnauer, Grünberg, Grumbt, Haverkamp, Heine (Ottensen), Hellsinger, Hengsbach, Herrling, Hoch, Hofmann (Thalheim), Hofmann (Chemnitz), Jähnig, Johannes, Jochem, Jordan, Irmscher, Kaden, Kandt, Katurbe, Kayser, Keßler, Kiesel, Klein, Klüß, Krahl, Krause (Gesau), Labjuhn, Leander, Legien, Liebknecht, Lingner, Lorenz, Lotz, Lütgenau, Lutz, Mahlke, Mathes, Mittag, Molkenbuhr, Möller, Müller (Reichenbach), Niehoff, Paris, Pfund, Rauh, Reinhardt, Rohrlack, Schaur, Schmalfeldt, Schmidt (Friedberg), Schmidt (Berlin), Schmitt (Pirmasens), Schönfeld, Schultze (Königsberg), Schulz (Berlin), Schulze (Kossebaude), Schulze (Bernburg), Schulz (Wenigenjena), Seige, Silberschmidt, Singer, Slomke, Sparr, Stadthagen, Taeterow, Tempel, Theiß, Thiele, Ullenbaum, Vogtherr, Wartmann, Wassermann, Weber, Wengels, Wernicke, Wilke.

Es stimmten mit „Nein“: Bartels, Baudach, Baudert, Bogs, Bell, Bertram, Birk, Blos, Bökert, Böhle, Brey, Breil, Brinkmann, Cartensen, Colditz, Daßbach, Dreesbach, Dreyer, Dubber, Eckermanns, Efflinge, Ewald, Faber, Feldmann, Fickert, Fleischer, Flöther, Förster,

Fritz. Frohme, Fülle, Galm, Geiger, Germer, Geyer, Glaser, Glocke, Göschl, Gottschalk, Greiner, Grosser, Hädel, Haug (Freiburg), Heinrich, Heinzel, Herbert, Herschel, Hildenbrand, Horn, Hug, Hülle, Jacobey, Kalthorst, Kalnbach, Keiner, Klees, König, Konrad, Krause (Potsdam), Krüger, Kunert F., Kunert M., Lanke, Laisiepen, Leopold, Litzinger, Löwenstein, Magnus, May, Medzschke, Meist, Meister, Metzger, Misselhorn, Müller (Auerbach), Riedenhoff, Orbig, Paetzel, Pfütze, Recker, Reuter, Rienäcker, Rödiger, Röhring, Rüdt, Salomon, Säckler, Salzberg, Scheffler, Schlegel, Schmidt (Burgstädt), Schmidt (Torgelow), Schneider, Schüler, Schumann, Schütz, Schweer, Seifert, Sittig, Stabernack, Stamm, Starke, Steenfatt, Stegmann, Stolpe, Storch, Strunck, Stüven, Tietz, Tutzauer, Urban, Vollmar, Weiland, Weirich, Wentzel, Wurm, Zaffke, Zetkin.

Thiele-Wurzen beantragt, die Wahl des Vorstandes bereits jetzt vorzunehmen, bringt eine Vorschlagsliste ein und ersucht den Parteitag, sofort eine Kommission für die Ermittelung des Abstimmungsergebnisses zu ernennen.

Es wird in der Berathung der Anträge fortgefahren.

Genossen in Königsberg i. Pr. beantragen: Zur Förderung der Agitation in den östlichen Provinzen, besonders Ost- und Westpreußen, wird ein Organ auf Kosten der Partei begründet.

Mit diesem Antrag zusammen werden diskutirt die Anträge

Hengsbach-Köln: Der Parteitag beschließt: zur Förderung der Agitation im Rheinlande, dem Hauptkampfplatz der Centrumspartei, wird der Partei-Vorstand beauftragt, den nöthig werdenden einmaligen Zuschuß zur Herstellung eines täglich erscheinenden Blattes in Köln an Stelle der dreimal wöchentlich erscheinenden „Rheinischen Zeitung" zu leisten. Ueber die Höhe der Summe tritt der Partei-Vorstand mit den Kölner Genossen in Berathung.

Hug-Meister: Die Neugründung von Zeitungen oder die Erweiterung bestehender von der Genehmigung der Parteileitung abhängig zu machen.

Lorenz-Königsberg: In ganz Ost- und Westpreußen, in Posen und Pommern haben wir kein einziges Lokal; die Presse bildet daher das einzige Agitationsmittel. Wir haben aber auch keine Provinzialpresse. In Halle wurde die Gründung eines Parteiblattes für Elsaß-Lothringen beschlossen. Im Osten aber liegen die Verhältnisse für uns viel trauriger als dort. Hier ist also viel eher ein Parteiorgan nothwendig. Die Gründung durch die Parteigenossen Königsbergs ist schon zweimal in Szene gesetzt worden, mit welchem Mißerfolge, das wissen Sie. Wir haben von der zweiten Gründung her noch an einer großen Schuldenlast zu tragen. Wir können das Unternehmen nicht schaffen; helfen Sie uns durch Annahme des Antrages.

Jochem-Danzig: Gewünscht wird ein Wochenblatt, welches die Verhältnisse der Provinz behandelt. Ob es in Königsberg, Danzig oder anderswo erscheinen, ob es in Berlin gedruckt wird, soll Nebensache sein. Die Subvention wird jedenfalls für ein Wochenblatt keine sehr hohe zu sein brauchen.

Taeterow-Berlin I: Die Gründung einfach auf Kosten der Partei zu unternehmen, geht nicht an. Eher würde es sich empfehlen, eine Art Kopfblatt in Berlin herzustellen, welches dann von den größeren Orten der Provinz ausgebaut werden könnte. Nachdem Sie das Zentral-Wochenblatt abgelehnt haben, müssen Sie wohl in die Ostprovinz, diesen Hort der Reaktion, energisch hineingreifen.

Meister: Jeder kleine Ort — ich verstehe das — möchte gern sein eigenes Organ haben. Viel wünschenswerther und praktischer aber ist es, daß, wenn der einzelne Ort oder Wahlkreis ein eigenes Blatt nicht erschwingen kann, dann ihrer zwei oder drei sich zusammenthun. Dann werden diese bedeutenden Preßzuschüsse wegfallen und das Geld kann zu anderen Zwecken verwendet werden. Daher verlangen wir, sowohl für Neugründungen wie Erweiterungen von Preßunternehmungen die Genehmigung der Parteileitung. Klees hat auf die Mangelhaftigkeit der „Neue Welt“ hingewiesen. Ich gebe zu, daß da gewisse Wünsche geltend zu machen sind. Andererseits dürfen die Genossen auch von den Orten, welche Preßunterstützung erhalten haben, erwarten, daß die Gelder auch wirklich nützlich verwendet werden. Das geschieht in Magdeburg, welches einen bedeutenden Zuschuß gebraucht hat, nicht. Ich habe hier ein Exemplar als Probe davon, was die Magdeburgische „Volksstimme“ mit unserm Gelde den Lesern bietet. Es ist ein fades Unterhaltungsblatt, das in Kasernen und Kasinos hinpassen möchte, aber nicht für unsere Genossen paßt. Würden solche Dinge aus den eigenen Mitteln der Orte bestritten, so könnte man vielleicht sagen, die Sache ginge uns garnichts an. Ich meine aber, wir haben auch dann mitzureden, wieviel mehr also, wenn es sich um Zuschüsse aus der Parteikasse handelt. Bei der Revision sagte uns der engere Vorstand, er habe sich den betreffenden Gesuchen gegenüber in einer Zwangslage befunden. Das wollen wir beseitigen, wir wollen ihm eine größere Verantwortung auferlegen, damit er solchen Dingen wie in Magdeburg durch die Ablehnung der Gesuche entgegentreten kann. Wenn nicht Remedur geschafft wird, sind wir nicht sicher, ob wir nicht 66 000 Mk. vergeuden. Im nächsten Jahre werden wir vielleicht 100 000 Mk. Zuschüsse zu leisten haben.

Auer: Der Antrag Meister erscheint mir absolut unannehmbar. Ich will nicht davon reden, daß damit die Aktionsfähigkeit der Parteigenossen und Parteigruppen beeinträchtigt würde in einer

über alles demokratische Maß hinausgehenden Weise, auch nicht davon, ob der Antrag mit den Grundsätzen der Preßfreiheit sich verträgt (Sehr richtig!); ich spreche als altes Mitglied der Parteileitung nur aus rein praktischen Erwägungen dagegen, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß es rein unmöglich ist, einen solchen Beschluß durchzuführen. In der Organisation, wie sie 1875 von der Partei in Gotha beschlossen wurde, besagt § 18: „Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrolkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich". Das ist praktisch nie durchführbar gewesen und praktisch nie gehandhabt worden. Wer sich des Näheren darüber orientiren will, braucht nur das Hallenser Protokoll nachzulesen. Es geht einfach nicht, wir haben dafür gar keine Exekutive. Wäre Meister ausführendes Vorstandsorgan, er würde in ganz kurzer Zeit sich überzeugen, daß auch er nicht im Stande ist, das durchzuführen. So sind die Genossen eben nicht, daß sie sich absolut von oben herunter wie Drahtpuppen dirigiren lassen. — Auch den Kölner Antrag bitte ich abzulehnen. Die Summe, welche sich aus der Abrechnung als Unterstützung für die Parteipresse ergiebt, beweist, daß die bisherige Parteileitung den Werth der Presse durchaus zu schätzen weiß und zur Unterstützung derselben stets geneigt gewesen ist; aber so gewissermaßen von Partei wegen die Verpflichtung zu übernehmen, das Defizit zu decken, wenn das Blatt in Köln künftig täglich erscheint, diese Extrawurst können wir den Kölnern nicht braten (Heiterkeit.) Mit demselben Recht könnten alle anderen nicht täglichen Blätter dasselbe verlangen. Die Verhältnisse in Königsberg liegen allerdings ganz außergewöhnlich; aber auch hier möchte ich Sie bitten, die künftige Parteileitung nicht durch die Annahme des Antrages zu binden. Die Lage der Dinge dort muß genau erwogen werden, es wird sich auch ein Ausweg finden lassen. Der Vorstand ist nicht abgeneigt, mit den Genossen daselbst ein Arrangement zu treffen, wobei sie zu ihrem Recht kommen und die Partei keine Schädigung erfährt.

Es läuft noch ein Antrag Spaar-Darmstadt ein, der „Hessischen Volksstimme" eine Unterstützung zu gewähren, der indeß nicht genügend unterstützt wird.

Slomke: Ueber den Antrag Königsberg, der die ganze Provinz Ostpreußen mitbetrifft, muß doch wohl eingehender verhandelt werden. Der Boden dort ist sehr günstig, an Abonnenten würde es nicht fehlen, wenn der Preis mäßig gestellt wird. Auer schafft aber mit seiner Anregung, die Angelegenheit dem Vorstande zu übergeben, nichts Positives, wenn diese Form auch ein sehr anständiges Begräbniß ist. Ein Berliner Blatt dorthin schicken nützt nichts, dann können die speziellen Orts- und Provinzverhältnisse

nicht genügend berücksichtigt werden. Es müßte in Königsberg, und zwar als Wochenblatt erscheinen. Die Mitarbeiter aus diesen Orten würden sich auch schon finden. Allerdings können wir nicht unbeschränkte Mittel für die Presse auswerfen; aber der Boden in Ost- und Westpreußen ist für die Partei- und Gewerkschaftsorganisation noch geradezu jammervoll beschaffen.

Ein von Dreyer beantragter, von Hengsbach bekämpfter Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Königsberg wird in der Abstimmung angenommen, die Anträge Hengsbach u. Meister-Hug abgelehnt.

Singer: Wir können in diesem Lokale heute nur bis 6 Uhr tagen. Der Parteitag hat sich darüber schlüssig zu machen, ob er geneigt ist, zu diesem Termin seine Verhandlungen zu schließen, oder ob er den Willen hat, am Montag weiter zu tagen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Entscheidung im letzteren Sinne ausfällt, die daraus entstehenden Unkosten auf die Parteikasse übernommen werden müssen.

Nach längerer Debatte, in deren Verlauf auch festgestellt wurde, daß 32 Delegirte am Montag nicht mehr anwesend sein können, wird mit großer Mehrheit beschlossen, die Verhandlungen am Montag fortzusetzen.

Schluß 1¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Nach 2¼ Uhr wird die Sitzung vom Vorsitzenden Gottlieb eröffnet.

Aus dem Auslande liegt ein Gruß vor an den Parteitag von der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, desgleichen vom sozialistischen Studenten- und Lehrerverein Hollands und von dem Verein der russischen revolutionären Sozialisten in Paris.

Bezüglich der Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroleure wird gemäß dem Vorschlage des Vorsitzenden beschlossen, daß Vorschläge für dieselben bis 3½ Uhr auf dem Bureau einzureichen sind, daß nach Ablauf dieser Zeit die Vorschlagsliste gedruckt und sofort vertheilt werden soll, damit auch diejenigen Delegirten, welche heute noch Berlin verlassen müssen, noch vor Schluß der heutigen Sitzung ihren Stimmzettel abgeben können.

Zur Geschäftsordnung will Mittag-Halle einen Artikel der Halberstädter „Sonntagszeitung“ zur Kenntniß des Parteitages bringen. Der Vorsitzende erklärt dies für unzulässig.

Es wird in der Tagesordnung:

Erledigung der noch ausstehenden Anträge

fortgefahren.

Hengsbach-Köln wünscht im Protokoll vermerkt zu sehen, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert worden ist, seinen Antrag zu begründen.

Der Parteitag setzt dem einen Widerspruch nicht entgegen.

Zur Verhandlung gelangen nunmehr die die „Neue Welt" betreffenden, unter „Vorlagen an den Parteitag" aufgeführten Anträge der Genossen in Elberfeld (S. 16) und des VI. Berliner Wahlkreises (S. 18).

Ullenbaum-Elberfeld: Auch der Vorstand hat bei Erstattung des Geschäftsberichts erklärt, daß Gestalt und Inhalt der „Neuen Welt" durchaus nicht den Wünschen der Parteigenossen gerecht wird. Ich bin nicht der Meinung, daß geeignete Redaktionskräfte nicht zu finden sind. Statt zwei lange Romane und Erklärungen von Illustrationen und weiter nichts zu bringen, sollte man lieber den kleineren Aufsätzen mehr Beachtung zuwenden, die zugleich unterhaltend und belehrend sind. Das Blatt soll doch auch ein Unterhaltungsblatt sein. Was die Illustrationen betrifft, so hat einmal die „Kölnische Volkszeitung" geschrieben, die „Neue Welt" kaufe alte Klichés auf und klatsche sie ab. Ein Kliché ist darunter, welches schon 8 Tage vorher in einem sächsischen Blatte enthalten gewesen war. Für den Preis, den wir zahlen müssen, könnte auch ganz anderes Papier und auch ein ganz anderes Format geliefert werden. Hier muß der Partei-Vorstand eingreifen und zwar bald, sonst dürften Viele von der „Neuen Welt" abspringen und ihre alten „Sonntagserzähler" und dergl. wieder einführen.

Antrick-Berlin: Der eine lange Roman in der „Neuen Welt": „Was thun?" ist ja sehr gut, aber nach meiner Ansicht absolut ungeeignet für unsre Leser. Der andre Roman: „Die Mittagsgöttin" läuft direkt auf Spiritismus hinaus; die Parteigenossen verstehen nicht, was da irgend ein Philosoph in Friedrichshagen sich ausdenkt. Die Illustrationen sind einer Zeitung, wie diese sein soll, geradezu unwürdig. Wir haben eine ganze Anzahl junger Genossen, die als Maler sehr Tüchtiges leisten, und es wäre doch eine der vornehmsten Aufgaben für dieses Blatt, solche Motive zur Anschauung zu bringen, welche darstellen, was wir in Wort und Schrift den Leuten predigen.

Kiesel-Berlin schließt sich Antrick an.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden gewährt der Parteitag dem Redakteur Baake und dem Geschäftsführer der Hamburger Druckerei Bérard das Wort zur Entgegnung.

Redakteur Baake: Ich gebe ohne Weiteres zu, daß die gegen die „Neue Welt" gemachten Angriffe zum großen Theil berechtigt sind. Ich ergreife das Wort zur Vertheidigung nur deßhalb, weil ich mich bemühen will, Ihnen die Gründe auseinanderzusetzen, weßhalb die „Neue Welt" bisher nicht mehr hat leisten können.

Jeden Vergleich mit der alten „Neuen Welt“ bitte ich bei Seite zu lassen. Die alte „Neue Welt“ ist keine Zeitungsbeilage gewesen, sondern ein selbständiges Unterhaltungsblatt, sie war viel größer und viel besser ausgestattet als die jetzige. Diese soll eine Unterhaltungsbeilage sein, die mit den von der Bourgeoisie vertriebenen konkurriren kann. Diese Beilagen sind außerordentlich billig. Das Budget der „Neuen Welt“ war von vorn herein äußerst beschränkt: es war zuerst so gedacht, daß für die Mitarbeiter nicht mehr ausgegeben werden sollte als 50 Mark für die Nummer. Darnach entfällt auf die Spalte Text 4 bis 5 Mark. Für diesen Preis ist es unmöglich, Originalarbeiten anzuschaffen. In Folge dessen bin ich darauf angewiesen, unter den vorhandenen bereits gedruckten Romanen zu wählen. Nun fehlt es uns vorläufig noch an jeder sozialistischen Romanliteratur, oder vielmehr, soweit sie vorhanden ist, wird sie von den Parteiblättern nachgedruckt. Man mußte also nach neuen suchen. Ich habe mich sehr fleißig umgesehen, aber wirklich Gutes nicht gefunden. Das ist ja auch deßwegen so schwer, weil an das Blatt die verschiedensten Anforderungen gestellt werden. Dazu kommt, daß die „Neue Welt“ den Parteiblättern in Berlin, wie an den entlegensten Orten beigelegt wird, daß also die Bedürfnisse der Vorgeschrittensten und der Zurückgebliebensten befriedigt werden sollen. Sie soll gleichzeitig auch der Agitation dienen, sich an die fernstehenden aufzuklärenden Kreise wenden. Das Blatt hatte also gar keinen festen Boden unter den Füßen, es war beständig zu Kompromissen genöthigt, und diese konnten hüben und drüben nicht befriedigen.

Auch die Verhältnisse waren außerordentlich ungünstige. Als ich die Redaktion übernahm, stand mir nur noch ein Monat zu Gebote, um 26 Nummern fest zu stellen, weil ich 4 Monate Gefängniß zu verbüßen hatte. Während 4 Monate war also kein Redakteur für die „Neue Welt“ vorhanden. Im Gefängniß ist die Auswahl der Romane außerordentlich beschränkt. (Große Heiterkeit.) Ich hatte endlich zwei Romane gefunden, von denen ich glaubte, sie könnten gebracht werden; da zeigte sich, daß sie schon früher in dem von Dietz redigirten „Gesellschafter“ abgedruckt waren. Da mußte nun außerordentlich rasch eine andere Wahl getroffen werden, und ich nahm die „Mittagsgöttin.“ Antrick behauptet, dieser Roman laufe auf Spiritismus hinaus. Er hätte doch mit seinem Urtheile warten sollen, bis der Roman fertig vorliegt: es ist kein spiritistischer, sondern ein antispiritistischer Roman. Die Tendenz des Romans ist durchaus rationalistisch. Ich nahm ihn, weil ich gerade von ihm erwartete, daß er meine Leser spannen würde. Ullenbaum will mehr Abwechselung in dem Blatte haben. Das soll geschehen; aber was einmal angefangen war, mußte zu Ende geführt werden. Die Uebersetzung von „Was thun?“, welche

ich im Januar haben sollte, erhielt ich erst im August. Ich konnte nicht so viel kürzen, als ich wollte. Ein neuer Roman mußte begonnen werden, in Folge dessen drückten sich die beiden Romane und es konnte nichts Anderes in das Blatt hinein. Was soll man denn auch in 8 Seiten alles hineinstecken? Sowie im neuen Jahr ein neuer Roman begonnen wird, kann und soll eine Aenderung eintreten. Ich will an die Stelle langer Auseinandersetzungen kurze Notizen treten lassen über die Fortschritte der Wissenschaft, Geschichten, Anekdoten unterrichtenden Charakters und ähnliches Material; aber ich muß eben hier um Geduld und um Zeit bitten, um einmal zu versuchen, innerhalb des beschränkten Raumes überhaupt etwas zu leisten. Was die alten Klichees betrifft, so liegt die Aufklärung sehr nahe. Wenn man überhaupt nicht mehr zur Verfügung hat, als für jede Nummer 50 Mark für das Bild, dann kann man keine Originale, auch keine Klichees nach bekannten Gemälden anfertigen lassen. Die bürgerlichen Blätter legen dafür ganz andere Summen an. „Schorer's Familienblatt" rühmte sich einmal, im Jahre 1885 für Illustrationen 80 000 Mark ausgegeben zu haben. Wir mußten also auf alte Klichees zurückgreifen, und wenn einmal eines verwendet worden ist, das schon vorher in einem sächsischen Blatt stand, so ist das Pech, Unglück, aber dafür kann der Redakteur nicht. Ueber das Papier wird der Drucker Mittheilung machen. Bis jetzt hat das Blatt sich gerade gedeckt und Ueberschüsse nicht gebracht. Für die jungen Künstler, die Antrick sehr mit Recht unterstützen will, ist in dem Budget das Geld einfach nicht vorhanden, ebensowenig für die Xylographen. Unter diesen Umständen konnte die „Neue Welt" kaum anders sein, als sie geworden ist. Daß sie so geworden ist, bedauere ich; es liegt aber nicht an der Redaktion, sondern an dem geringen Budget, an ihrer Eigenschaft als Wochenbeilage und an dem außerordentlichen Mangel an geeignetem Romanmaterial.

Nach einem Antrage Reinhardt's soll in Zukunft die „Neue Welt" aus 16 Seiten bestehen, die Unterstützung für den Antrag reicht nicht aus.

Bérard: Was das Papier betrifft, so darf die alte „Neue Welt" nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die beiden Blätter haben nichts gemein als den Namen. Mit den Mitteln, die uns heute zur Verfügung gestellt sind, können wir das heute nicht leisten. Die Druckerei hat ja 54 000 Mark Ueberschuß und wird im nächsten Jahre hoffentlich noch viel mehr haben. Diese Ueberschüsse sind ja sehr erfreulich, werden aber ganz nöthig für unsere anderen Zwecke gebraucht. Wir mußten also darauf bedacht sein, wollten wir nicht eines Tags vor einem Defizit stehen, den Preis entsprechend festzusetzen, da wir andererseits auch das Blatt so billig abgeben sollen, daß es den kleinen Blättern als Beigabe möglich

war. So sind wir denn nach wiederholter Berechnung auf 11 Mark gekommen. Ich versichere den Parteigenossen, daß ein anderes Papier bei dem Preise nicht zu erlangen ist. Ich möchte ja selbst gern besseres verwenden, aber dann müssen Sie sich entschließen, etwas mehr zu zahlen. Früher kostete es noch viel mehr. Die besser situirten Blätter mußten 25 Mark per 1000, die kleineren Blätter 15 Mark zahlen. Wenn Sie 15 Mark zahlen wollten, könnten wir auch besseres Papier nehmen. Die Beilagen für 8 Mark das Tausend sind auch danach; einerseits enthalten sie meist kleinere Sachen, andererseits werden darin Dinge verherrlicht, womit wir nicht einverstanden sind. Daß Ueberschüsse gemacht werden, ist nicht nöthig, aber ebenso wenig, daß mit Unterbilanz gearbeitet wird. Trotz der großen Auflage kommen blos eben die Kosten heraus. Auch ich würde es ja lieber sehen, wenn wir mehr thun können, aber unter den gegebenen Verhältnissen können wir das nicht.

Grünberg-Hartha: Die Preßkommission bei uns hat sich schon mit der Frage beschäftigt, die „Neue Welt" eventuell überhaupt nicht mehr zu beziehen. Daß gute Romane schwer zu bekommen sind, glaube ich nicht. Ich weise nur auf den Roman: „Die Waffen nieder" hin, der überall sehr gutes Verständniß gefunden hat.

Bebel: Ich ergreife das Wort nur, um durch meine Bemerkung zu konstatiren, daß auch der Partei-Vorstand keineswegs der Frage gleichgiltig gegenübersteht, vielmehr sich schon oft damit beschäftigt hat. Ihm sind alle die Fehler und Mängel des Blattes genau so bekannt wie Ihnen. Die bestehenden mißlichen Verhältnisse sind namentlich nach der finanziellen Seite nicht ohne Weiteres zu beseitigen, wenn nicht ganz bedeutende Zuschüsse bewilligt werden. Es kann nicht davon die Rede sein, den Parteiblättern noch größere Ausgaben zuzumuthen, im Gegentheil ist im Vorstande ernsthaft erwogen worden, den Preis herabzusetzen, selbst wenn dann ein kleines Defizit entstünde. Andererseits ist auch der Redaktion bereits erklärt worden, daß wir bereit sind, für Bilder und Beiträge höhere Preise zu gewähren als gegenwärtig. Der Roman „Die Waffen nieder" ist ein alter Roman, der allerdings zu denen gehört, die einmal durchschlagen und unserem Publikum blos deshalb nicht bekannt geworden, weil er außerordentlich theuer ist. Wir sind nur durch die Güte der Verfasserin in die Lage gekommen, ihn abdrucken zu dürfen, indem wir den Preis, den wir sonst für einen Roman zahlen können, als Beitrag für die Kasse der Friedensliga gezahlt haben, weil wir ihn nicht geschenkt haben wollten. Ob ein anderer Roman denselben Beifall findet, ist sehr zweifelhaft. Gute Romane sind außerordentlich selten und müssen kolossal bezahlt werden. Wir können wohl 800—1000 Mark, aber nicht 5000 bis 10000 Mark für einen Roman bezahlen. Wegen der

Bilder wird sich ja Baate Mühe geben und bei der Auswahl sorgfältiger sein. Zur Verwirklichung der Idee von Antrick ist ein ganz anderes Budget erforderlich, als die „Neue Welt" haben kann. Der Vorschlag Antricks würde darauf hinauslaufen, eine Konkurrenz auszuschreiben. Das würde das Budget total umwerfen und ein Defizit erzeugen, welches nicht einmal die Parteikasse zu zahlen in der Lage ist. Ich bitte den Elberfelder Antrag anzunehmen und den der Berliner abzulehnen, die ein ganz anderes Blatt wollen.

Hülle-Erfurt: Wenn das Budget der „Neuen Welt" nicht hoch genug ist, dann muß man es erhöhen, und wenn dieselbe Verlagsanstalt, welche die „Neue Welt" herausgiebt, am „Echo" 50 000 M. Ueberschuß erzielt, so kann sie sehr wohl einen Theil davon der „Neuen Welt" zuwenden. Die Illustrationen waren namentlich in der ersten Zeit geradezu schauderhaft. In Erfurt war Anfangs davon die Rede, die „Neue Welt" obligatorisch allen Parteiblättern gegen Erhöhung des Preises beizulegen. Jetzt danken wir sammt und sonders, daß das nicht eingetreten ist. In der ersten Zeit ist doch bei einem neuen Artikel auf Verdienst nicht zu rechnen, erst die bessere Leistung ergiebt eine vermehrte Einnahme und das Defizit schwindet allmälig.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag Elberfeld wird angenommen, damit sind die übrigen Anträge erledigt.

Der Antrag der Genossen in Bremen: „Herausgabe einer wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur",

wird ohne Debatte nach Probe und Gegenprobe angenommen.

Zur Berathung gelangen die Anträge bezüglich der Broschürenliteratur, und zwar zur gemeinsamen Diskussion, die unter „Vorlagen an den Parteitag" aufgeführten Anträge: Genossen in Elberfeld und im 1. Anhaltischen Wahlkreis (S. 16); Genossen in Frankfurt a. M. (S. 16/17); Parteigenossen in Metz (S. 18); Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises, letzter Absatz (S. 18); Parteigenossen in Düsseldorf und V. Sächsischer Wahlkreis, erster Absatz (S. 18/19), sowie der neu eingelaufene Antrag der Genossen von Dortmund: „Aeltere, für die Parteigeschichte wichtige Schriften, wie z. B. Kongreßprotokolle, welche vergriffen sind, nach und nach in Neuauflage erscheinen zu lassen, da es jüngeren Genossen ohne deren Kenntniß unmöglich gemacht wird, sich eine selbständige Ansicht über die Entwickelung unserer Partei zu bilden."

Ein gleichfalls hierher gehöriger Antrag von Genossen von Rinteln a. d. W. und Erten (Seite 17) wird nicht genügend unterstützt.

Wurm-Hannover: In Hannover haben wir einen neuen Gedanken auszuführen unternommen. Wir gehen davon aus, daß es bei den Massen, welche uns noch nicht kennen und welche für ihre literarische Kost niemals Geld ausgeben, durchaus verkehrt wäre, Broschüren verkaufen zu wollen; man muß ihnen, was sie lesen sollen, umsonst in die Hand geben, es darf aber auch nicht zu umfangreich sein. Andererseits muß in Anknüpfung an die Tagesereignisse, an aktuelle Fragen, das Interesse zu wecken versucht werden. Wir werden daher vom 1. Januar ab eine durchaus populär, aus einem Guß geschriebene neue Zeitung in Oktavformat im Umfang von etwa 8 Seiten alle 4 Wochen erscheinen lassen, die „Rundschau" heißen und von den verschiedenen Städten, den Mittelpunkten der Agitation, auf deren Kosten bezogen wird, um von dort aus aufs Land hinaus umsonst vertheilt zu werden. Ich bin dabei vollständig gegen Zentralisation. Die Flugblätter müssen sich nach den Provinzen richten, sie müssen an die lokalen Verhältnisse anknüpfen, nicht blos allgemein über Programmpunkte sich verbreiten. Der Hinweis auf dem Titel, auf das monatliche Erscheinen wird denen, die das Blatt in die Hand bekommen, soviel Interesse einflößen, daß sie auch um die Erlangung der nächsten Nummer sich bekümmern. Ich empfehle diese Anregung dem Parteitage zur Beachtung.

Sittig-Hannover empfiehlt den Antrag der Berliner, die Bracke'sche Brochüre betreffend, zur Annahme, wünscht aber nicht nur, wie dieser Antrag, eine Korrektur der Zahlenangaben, sondern eine völlige zeitgemäße Umarbeitung. Er bringt ein dahingehendes Amendement ein.

Heinrich-Altona: Dem Antrage Elberfeld kann ich in seinem ersten Theile zustimmen. Obgleich in Schleswig-Holstein die Parteiverhältnisse günstiger sind, so steht uns doch immerhin in zahlreichen Orten kein Lokal zur Verfügung und es muß daher soviel als möglich die Schriftenverbreitung betrieben werden. Einheitliche Broschüren für ganz Deutschland erscheinen uns nicht praktisch. Diese Frage und diejenige der Verbreitung sollten auf den Provinzial-Konferenzen zur Erörterung gestellt werden. Der Vorstand sollte nur angegangen werden, wenn die Aufbringung der Kosten Schwierigkeiten macht. Für den Antrag Frankfurt kann ich mich nicht erwärmen. Auf dem von Wurm empfohlenen Wege sind wir auch unsererseits bereits vorgegangen. Was den Antrag der Metzer betrifft, möchte ich den Antragstellern anheimgeben, die Frage dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen, ebenso die übrigen vorliegenden Anträge, von denen namentlich der Dortmunder sehr empfehlenswerth ist.

Kayser-Metz: Wir leben in Metz in einer Militär- und Waffenstadt mit zur Hälfte französischer Bevölkerung. Deßhalb

haben wir den Antrag gestellt. Wir wären auch schon zufrieden, wenn wir nur genügend französische Schriften hätten. Wenn wir uns auf die dortigen Deutschen verlassen wollen, können wir nicht weit kommen.

Bebel: Der Inhalt des Antrags Elberfeld ist thatsächlich bereits durch die gegenwärtige Verwaltung der Partei erledigt. Wir haben im Laufe des Sommers eine Reihe Flugblätter drucken und gratis vertheilen lassen, wo man es gewünscht hat. Ich möchte bitten, diese Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, anstatt hier möglicherweise Beschlüsse zu fassen, die nachher unausführbar sind. Den Antrag Frankfurt bitte ich abzulehnen. Die Broschüre ist ja vorhanden, nur der parteipolitische Ueberblick fehlt. Wenn wir den aber noch hinzufügen sollen, so möchte das ein dickes und für Massenverbreitung zu theures Buch werden. Mit dem Antrag Heinrich auf Ueberweisung des Metzer Antrages an den Vorstand zur Erwägung bin ich durchaus einverstanden. Die Anträge Düsseldorf und V. Sachsen sind unannehmbar. Welche Broschüren sind denn nicht zur Massenverbreitung bestimmt? Die Broschüren hätten angeführt werden müssen. Wenn wir ferner die ganze Broschürenliteratur zum Selbstkostenpreise abgeben wollten, dann würden wir bald ein bedeutendes Defizit haben, da doch bei vielen die Bezahlung schließlich ausbleibt. Was ist ferner unter den „besseren" Büchern zu verstehen, die nicht mit indirekten Steuern u. s. w. belegt werden dürfen? Sind damit auch das „Kapital" von Marx und Engel's Schriften gemeint? Das kann der Partei-Vorstand nicht. Zuletzt heißt es im Düsseldorfer Antrag: Auch „müssen" in kürzester Zeit einige für die Landbevölkerung berechnete Agitationsbroschüren herausgegeben werden. Seit zwei Jahren bemühen wir uns unausgesetzt, passende Agitationsschriften für die Landbevölkerung zu bekommen. Wir haben eine Anzahl Schriftsteller gefunden, welche bereit waren, darüber zu schreiben; sind aber nachher im Stiche gelassen worden, obgleich wir beste Bezahlung in Aussicht stellten, und so sind wir bis heute nicht in der Lage gewesen, das Material zu beschaffen. Ebenso würde es gehen, wenn Sie den Düsseldorfer Antrag zum Beschluß erheben. Was an diesem Antrag ausführbar ist, ist schon durch frühere Anträge erledigt.

Augustin bittet um Annahme des Antrages von Berlin VI, da das Bedürfniß nach Schriften, welche die Arbeiter auch begreifen können, in sehr starkem Maße vorhanden sei.

Diederich: Auch die Verhandlungen des gegenwärtigen Parteitages haben gezeigt, daß eine Anzahl von Genossen nicht im Stande ist, die alte Parteigeschichte genügend zu übersehen. Auer hat das erst gestern in seiner Rede nachgewiesen Die im „Vorwärts" angezeigte Liste der Kongreß-Protokolle läßt die Protokolle der 70er

Jahre und vor allem das des Gothaer Einigungs-Kongresses von 1875 vermissen. Immerfort wird es erwähnt, aber kaum einer der Jüngeren hat es gelesen.

Flöther: Die Ausarbeitung der Flugblätter sollte den Provinzialparteitagen überlassen werden. Die Hauptsache aber ist die Gratisvertheilung; soll die Broschüre oder das Flugblatt etwas kosten, so nimmt sie der Landbewohner nicht an. Offen muß ausgesprochen werden, daß die Schoenlank'sche Broschüre nichts für den Landmann ist; sie ist nicht populär geschrieben.

Ein von fünf Seiten gestellter Schlußantrag wird angenommen. In der Abstimmung wird der Antrag Frankfurt abgelehnt, der Antrag Berlin VI wegen der Bracke'schen Broschüre mit der von Sittig beantragten Aenderung angenommen. Die übrigen Anträge werden gemäß dem Antrage Heinrich dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Es folgt der Antrag der Genossen im 1. Anhaltischen Wahlkreis: Ueber die grundsätzliche Gegnerschaft der Sozialdemokratie zum Militarismus in allernächster Zeit ein Flugblatt herauszugeben.

Die Diskussion wird verbunden mit derjenigen des folgenden, von Meist-Köln namens der Genossen in Lennep-Remscheid gestellten Antrags:

„In Anbetracht der Wichtigkeit und des allgemeinen Interesses, welches die Militärvorlage in den weitesten Kreisen des deutschen Reiches erregt, ein bezügliches Flugblatt auf Kosten der Gesammtpartei herstellen und in allen Wahlkreisen verbreiten zu lassen.

Der Antrag Meist wird nach Befürwortung durch Eckermanns-Rathenow angenommen. Damit erledigt sich der Antrag 1. Anhalt.

Mangels genügender Unterstützung kommen nicht zur Verhandlung die unter „Vorlagen an den Parteitag" auf Seite 17 aufgeführten Anträge der Genossen im 1. Anhaltischen Wahlkreise, Absatz 2, der Genossen in Magdeburg, Apolda, Solingen, Franc-Berlin und Martini-Tempelhof (S. 18).

Der Antrag Hülle und Genossen:

„Den Expeditionen unserer Presse ist nicht gestattet, Annoncen in der Parteipresse aufzunehmen, die zum Besuch geboykotteter Lokale auffordern",

wird namens der Antragsteller von Storch-Randow-Greifenhagen befürwortet, ebenso von Frohme in der Einschränkung, daß er nur auf die von der Gesammtvertretung der Arbeiter beschlossenen Boykotts Anwendung finden könne.

Die Solinger Resolution („Vorlagen an den Parteitag" S. 17) wird von Schumann und Hülle wieder aufgenommen; die Unterstützung reicht jetzt aus, die Resolution steht mit zur Debatte.

Schumann-Bielefeld: In der Solinger Resolution liegt sehr viel berechtigtes. Namentlich den letzten Satz derselben pflichte ich vollständig bei. Eine würdigere und passendere Haltung sollte unsere Parteipresse beobachten. Ueber die „Halberstädter Sonntags Zeitung" haben wir große Ursache uns zu beklagen. Ich möchte Ihnen einen Bericht über unsern Parteitag daraus zur Kenntniß bringen. (Redner beginnt mit der Verlesung, wird aber vom Vorsitzenden unterbrochen, weil es sich hier bloß um den Inseratentheil handle. Redner protestirt gegen diese Stellungnahme und konstatirt daß der betreffende Bericht von dem Abg. Heine verfaßt ist.)

Thiele-Wurzen: Der Wortlaut des Solinger Antrags in seinem letzten Satze sei insofern bedenklich, als er voraussetze, daß die Haltung der Parteipresse jetzt nicht würdig, nicht passend sei; ein solches allgemeines Urtheil werde doch Niemand fällen wollen.

Konrad-Mainz: Der Tadel gegen die „Mainzer Volkszeitung" in der Solinger Resolution erfordert eine Richtigstellung. Unser Parteiorgan hat mit dem Bürgermeisteramt einen Vertrag, wonach wir für die Aufnahme der amtlichen Anzeigen jährlich 500 Mk. bekommen, während wir sie früher im Interesse unserer Leser eben doch, aber umsonst publiziren mußten. Zur Aufnahme dieser amt lichen Anzeigen sind wir vertragsmäßig verpflichtet und die in Frage kommende Anzeige war eben eine solche amtliche Bekanntmachung.

Diederich-Dortmund: Es ist allerdings sehr schwer, in Bezug auf das Reklamewesen die richtige Grenze zu ziehen, aber gewisse Dinge könnten doch unterbleiben. Die „Fränkische Tagespost" z. B. bringt quer über das ganze Blatt eine Reklame für einen Bazar zum Besten der Christuskirche! Solchem Unfug läßt sich durch die Annahme der Solinger Resolution ein Riegel vorschieben.

R. Fischer-Berlin: Die Solinger Resolution behauptet, daß namentlich auch vom „Vorwärts" in Bezug auf Reklamen und Lotterieanzeigen das Prinzip in gröblichster Weise verletzt worden sei. Im „Vorwärts" ist innerhalb der letzten zwei Jahre, also seit seinem Bestehen überhaupt noch keine Lotterie-Annonce erschienen, ebensowenig irgend eine Reklamenotiz. Die Gewinnlisten freilich haben wir gebracht, und die Abonnenten würden nicht schlecht räsonniren, wenn der „Vorwärts" sie nicht in den Besitz der Gewinnlisten setzte.

Schweer-Hamburg: In einer vor einigen Wochen in Hamburg behufs Stellungnahme gegen das Lotterieannoncenwesen ab gehaltenen Versammlung stellte sich heraus, daß wir zwar im Prinzip Gegner des Lotteriespiels sind; solange aber die Genossen selbst noch spielen, liegt auch ein Bedürfniß zur Veröffentlichung der Gewinnlisten vor. Es sollte aber gegen das Lotterieunwesen agitatorisch vorgegangen werden.

Klüß-Elmshorn: Wenn uns gesagt wird, daß die Annonce vom Kaiserfestessen kraft Vertrages in die „Mainzer Volkszeitung" Aufnahme finden mußte, so bin ich der Meinung, daß eine derartige Annonce unter keinen Umständen in einem Parteiblatt Aufnahme finden darf. Ist der Vertrag noch nicht abgelaufen, so soll man den Ablauf möglichst beschleunigen.

In der Abstimmung wird der Antrag Hülle u. Gen. und von der Solinger Resolution der Satz betr. die „Mainzer Volksztg." mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen Theile der Resolution werden abgelehnt.

Ueber den von Schumann-Bielefeld eingebrachten Antrag, der Parteitag solle seine Mißbilligung aussprechen über den in der Halberstädter „Sonntagszeitung" veröffentlichten Parteitagbericht, wird auf Antrag Frohme Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Zunächst werden die weiteren Formalien für Punkt 12: **Wahl der Parteileitung** festgestellt. Vor dem Eintritt in die Wahl ist darüber Beschluß zu fassen, wo der Parteivorstand seinen Sitz haben soll. Ohne Widerspruch wird einstimmig wiederum Berlin als Sitz des Partei-Vorstandes bestimmt.

Bezüglich der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes liegt ein Antrag Drescher-Berndt vor, an Stelle der bisherigen 2 Parteisekretäre deren 3 einzusetzen. Da dieser Antrag auf eine Aenderung der Organisation hinausläuft, bedarf er, um zur Verhandlung zu kommen, der Unterstützung von drei Vierteln der Anwesenden. Er erlangt diese Unterstützung nicht und wird damit hinfällig.

Die Vorschlagsliste ist inzwischen gedruckt und vertheilt worden. Meist-Köln, der mit als Kassirer, Stadthagen-Berlin, der mit als Sekretär, Bueb, Feldmann und Vollmar, die mit als Kontrolleure vorgeschlagen sind, bitten um Streichung von der Liste, da sie eine etwaige Wahl nicht annehmen könnten.

Wegen ungenügender Unterstützung scheiden aus der Verhandlung ferner aus die S. 18 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Anträge: Sauermann-Charlottenburg, Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises Ziffer 2 und 3, Parteigenossen in Düsseldorf und VI. Sächsischen Wahlkreise, zweiter Absatz (S. 19) sowie der Antrag der Dortmunder Genossen:

„Die Reichstagsberichte des „Vorwärts" im Separatdruck erscheinen zu lassen und zu einem mäßigen Abonnementspreise abzugeben".

Der Antrag von Parteigenossen in Hanau und Fermersleben:

„Zur wirksamen Agitation auf dem Lande von Zeit zu Zeit Flugblätter oder Broschüren gratis zu verbreiten, die für rein ländliche Verhältnisse geschrieben und leicht faßbar sind. Dieselben sollen von der Parteileitung den einzelnen Kreisen möglichst billig abgegeben werden",

wird ohne Debatte nach Probe und Gegenprobe angenommen.

Der Antrag, ein billiges Wochenblatt als Beilage des „Vorwärts“ erscheinen zu lassen, wird nicht genügend unterstützt. Dagegen reicht die Unterstützung aus für folgende von Wartmann Friedrichshagen eingebrachte Resolution:

„Der Parteitag mißbilligt das Verhalten des „Vorwärts“ betreffs der Februarunruhen und weist besonders die Bezeichnung „Lumpenproletariat“ entschieden zurück, da hierdurch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß wir uns für eine bessere Sorte von Proletariern halten.“

Kiesel ersucht um einfache Ablehnung der Resolution.

Wartmann: Die, welche der „Vorwärts“ als Lumpen proletarier bezeichnet hat, sind doch auch Proletarier; wenn sie auch im moralischen Werthe augenblicklich unter uns stehen, so liegt das in den Verhältnissen begründet. Wir können die Proletarier nicht in verschiedene Kategorien theilen, lassen wir das aufkommen, so müssen wir uns doch schließlich für eine bessere Sorte von Proletariern ansehen.

Liebknecht: In einer Beziehung ist es mir sehr angenehm, daß dieser Resolutions-Antrag gekommen ist, denn er berührt einen der Punkte, die ich mir für mein ins Wasser gefallenes Referat vorbehalten hatte. Mit dem Ausdruck Lumpenproletariat soll der „Vorwärts“ gewissermaßen ein Vergehen gegen die sozialistisch-revolutionären Prinzipien, gegen die Majestät und das Interesse des Proletariats begangen haben. Den betreffenden Artikel, obgleich nicht von mir geschrieben — ich war in Sachen meines sächsischen Landtagsmandats in Dresden — vertrete ich seinem wesentlichen Inhalte und Gedankengang nach, obgleich ich vielleicht eine andere Form gewählt hätte. In der Hauptsache ist er ganz korrekt. Zunächst habe ich zu bemerken, daß die Vorkommnisse, um die es sich hier handelt, nichts weniger waren als eine revolutionäre Erhebung, wie in Lügenblättern verschiedener Sorte gefaselt worden ist. Wenn es der Anfang einer solchen gewesen wäre, würde man in den übrigen Theilen Berlins etwas verspürt haben. Vor der Märzrevolution, mit deren Anfang gewisse Leute den Februarradau dieses Jahres verglichen haben, da sahen die Dinge ganz anders aus, da lag der Gedanke einer Revolution in der Luft, und Jedermann fühlte es. Was ist hier geschehen? Es fand eine Versammlung von Arbeitslosen statt, nicht aufgeregter als hundert andere Versammlungen. Nach dieser wurde ohne die geringste politische Absicht von Einigen ein Umzug versucht, und am Abend hat das Element, welches wir mit vollkommenem Recht Lumpenproletariat nennen, Scenen verursacht, die kein ehrlicher Proletarier auf seine Verantwortung nehmen wird, und die Alles waren, nur nicht revolutionär. Dazu kommt noch etwas. Es ist über allen und jeden Zweifel erhaben, daß es damals Leute ver-

schiedener Art gegeben hat, die gerne die Gelegenheit zu einem kleinen Putschchen benutzt hätten — in dieser oder jener Absicht; ich weiß es und Andere wissen es. Zu wessen Nutzen wäre in jenem Augenblick ein Putsch gewesen? Etwa zu dem der Sozialdemokratie? Sind wir im Stande, einen Straßenkampf in Berlin zu führen und zu gewinnen? Ueberhaupt durch einen Putsch der Bewegung zum Siege zu verhelfen? Was wäre die Folge gewesen, wenn wir gethan hätten, was gewisse Leute gefordert haben und was nicht gethan zu haben unser Verbrechen sein soll. Wir hätten einfach unsere Partei den Feinden ans Messer geliefert, wir hätten ihnen endlich die heißersehnte, seit 1878 so eifrig gesuchte Gelegenheit geboten, mit uns aufzuräumen, und wir wären, auch wenn die Genossen den größten Heldenmuth entwickelt hätten, erlegen und unsere Bewegung zurückgeworfen worden. Das weiß Jeder von Ihnen. Derartigen Nonsens können Sozialdemokraten nicht begehen. Wir nehmen das Schlachtfeld nicht an, auf das die Feinde uns locken wollen. Das Proletariat haben wir nicht beschimpft, wir haben es im Gegentheil in Schutz genommen gegen die erhobenen Beschuldigungen. Ehrliche Arbeiter sind keine Lumpen. Die Herren, die sich darüber aufhalten, daß wir den Ausdruck Lumpenproletariat gebraucht haben, sind in der Parteiliteratur und Geschichte nicht sehr bewandert. Das ist eben das Traurige, wenn auch nichts Ernstes, daß jetzt junge Leute, Gelbschnäbel, die nichts wissen, die die Geschichte der Partei, ihre Kämpfe nicht kennen, die alten Genossen belehren wollen. Das Wort Lumpenproletariat ist ein wissenschaftlicher Ausdruck, es ist zuerst aufgebracht worden von Karl Marx im Gegensatz zu dem revolutionären Proletariat, das als Klasse mit Klassenbewußtsein der herrschenden Klasse revolutionär gegenübersteht. Daß das Lumpenproletariat auch ein Produkt der heutigen Gesellschaft ist, ist richtig; aber das hat auch Marx gewußt und das wissen auch wir. Die Bourgeoisie ist auch ein Produkt der heutigen Gesellschaft, wie alle Gesellschaftsglieder. Das Lumpenproletariat, das sind die Deklassirten, die nicht in die Klasse des Proletariats gedrängten Opfer des Kapitalismus, — die Ausgestoßenen, welche Erwerbszweige suchen, die nach den herrschenden Moralbegriffen zum großen Theil nicht für ehrliche gelten. Zu den Lumpenproletariern gehören namentlich auch die sogenannten Ballonmützen. Ich weiß nicht, ob die Delegirten aus der Provinz wissen, was Ballonmützen sind. Das sind die Zuhälter, oder Louis — von der Prostitution lebend, die das Weib, welches von der heutigen Gesellschaft in die Prostitution herabgestoßen ist, ausbeuten, um ein flottes Leben zu führen. Sie sind Ausbeuter — von unserem Standpunkt nicht schlechter als andere Ausbeuter, aber immerhin Ausbeuter. Und das revolutionäre Proletariat bekämpft jede Ausbeutung, und alle Ausbeuter. Diese

Ballonmützen — so genannt nach der Form ihrer Kopfbedeckung, die das Zunftzeichen ist — sind Diebe, Verbrecher verschiedener Art — das, was man im schlimmsten Sinne des Wortes den Janhagel nennt — Menschen, die ehrlich sind, wenn es ihnen paßt, sich aber auch nicht scheuen, dann und wann einmal in die Tasche des Andern zu greifen oder sonstige Allotria zu treiben — kurz der Abfall der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Das Lumpenproletariat wußte von den Schäden der kapitalistischen Gesellschaft zu profitiren, das revolutionäre Proletariat will sie abschaffen. Das Lumpenproletariat führt nicht den Klassenkampf gegen die Gesellschaft, sondern höchstens den Krieg gegen den Einzelnen; es hat dem Eigenthum den Krieg erklärt, aber nur insofern es das Eigenthum Anderer nicht achtet und ungenirt wegnimmt — statt den gesellschaftlichen Diebstahl abschaffen zu wollen, übt es selbst Diebstahl und zeigt auch hierdurch, daß es auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht. Kurz es ist weder revolutionär noch sozialistisch. Wir wissen, daß dieses Produkt der bürgerlichen Gesellschaft bedauernswerth ist; es fehlt uns gewiß nicht an Sympathie für diese, wie für die anderen Opfer der Gesellschaft; wir erblicken selbst im tiefstgesunkenen Menschen immer den Menschen, den Bruder, allein auch die Kapitalisten sind Menschen, und trotzdem müssen wir sie heute bekämpfen Im sozialistischen Staat wird es ein Lumpenproletariat so wenig geben, wie eine Bourgeoisie. Da wird Keiner verlumpen, weil Alles in geregelter Thätigkeit sein und jeder Mensch, Mann oder Frau, seine geregelte Thätigkeit und sein menschenwürdiges Dasein haben wird. Die heutige Gesellschaft demoralisirt die Menschen und sie hat ihren Abwurf. Dieser ist aber so wenig revolutionär gesinnt, daß sie gerade in ihm ihren Hauptdiener gegen die revolutionäre Partei besitzt. Man erkundige sich einmal, wo die Polizei ihre Spitzel, ihre Informer her hat. Fast alle aus dem Lumpenproletariat. Das revolutionäre Proletariat hat sich deshalb — ich erinnere an Paris — stets gegen die Gemeinschaft mit dem Lumpenproletariat, mit den Dieben und Lumpen, energischst verwahrt. Kennte der Genosse, der die Frage aufgeworfen hat, die neuere Geschichte, so würde er wissen, daß der heldenmüthigste Kampf, den das Proletariat je gekämpft hat: die Junischlacht, welche geschlagen ward unter der rothen Fahne der Sozialrevolution und unter der schwarzen des Hungers — daß dieser Kampf gekämpft wurde gegen das als Mobilgarde organisirte Lumpenproletariat, und daß es das Lumpenproletariat war, das in Diensten der Bourgeoisie, da das stehende Heer nicht ausreichte, das revolutionäre Proletariat niederwarf. Wetteifernd mit der Linienarmee, — die Nationalgarde war zu feige, die Nationalgardisten waren fast alle zu Haus geblieben — stürzten die Mobilgarden, berauscht vom

Schnaps, angehetzt durch Dirnen, die man ihnen lieferte — auch Lumpenproletariat — wie Tigerkatzen auf das kämpfende Proletariat, das nach sechstägigem Kampfe, wie die Welt einen zweiten nicht gesehen, der Uebermacht erlag. Das revolutionäre Proletariat hatte auf der einen, das Lumpenproletariat auf der anderen Seite gestanden. Und das kann wiederkommen. Nicht daß unter den Lumpenproletariern nicht auch revolutionäre Aufwallungen vorkämen, aber es fehlt das Klassenbewußtsein, und im Allgemeinen ist es nicht nur nicht revolutionär, sondern positiv reaktionär. Jedenfalls haben unsere Parteigenossen bei den Februarkrawallen weder Fenster eingeworfen, noch Läden geplündert; wer das gethan hat, verdient den Namen Lumpenproletarier, und zwar in noch schlimmerem Sinne als Marx ihn gebraucht hat. (Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Stadthagen: Ich schließe mich diesen Ausführungen vollinhaltlich an, muß aber andererseits den Antragstellern zugeben, daß sie von guten Motiven geleitet gewesen sind. Der Antrag hat seinen Zweck voll und ganz erfüllt. Wenn man schon damals darauf Bedacht genommen hätte, daß es in der Partei auch jüngere Kräfte giebt, die mit dem historischen Gang der Dinge nicht so vertraut sind, so wäre das nicht unvortheilhaft gewesen, denn gerade in jenen Tagen hatte allerdings eine gewisse Unklarheit über den Begriff sich bemerkbar gemacht. Doch hat schon nach 2 oder 3 Tagen der „Vorwärts" selbst in der Weise, wie heute Liebknecht die Sache aufgeklärt. Der Angriff wendete sich nicht gegen diejenigen, die verführt waren, sondern gegen die, die für derartige Dienste am besten zu bezahlen pflegen. Der Antragsteller könnte hiernach die Resolution wohl zurückziehen.

Fräßdorf schließt sich den Ausführungen Stadthagen's an.

Der Antrag wird darauf vom Antragsteller mit der Erklärung zurückgezogen, daß er mit den Ausführungen Liebknecht's vollständig einverstanden sei; er habe sich nur gegen die vom „Vorwärts" gewählte Form gewendet.

Damit sind die Anträge zur Presse erledigt.

Es folgen die Anträge zur Agitation.

Mit Rücksicht darauf, daß die Vertreterin der Frauen Württembergs bereits heute Abend abreisen muß, wird, außer der Reihe, der S. 20 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführte Antrag der Frauen und Jungfrauen von Mannheim jetzt schon zur Berathung gestellt.

Klara Zetkin: Sie werden vielleicht sagen, daß wir mit unseren Anträgen offene Thüren einrennen, daß Niemand die Nothwendigkeit bestritten habe, die Frau auch zur Antheilnahme am Klassenkampf heranzuziehen. Die Mehrzahl der Genossinnen aller Städte ist jedoch der Ansicht, daß in dieser Beziehung noch nicht alles ge-

schehen ist, was geschehen könnte. Es wird gesagt, es giebt kein besonderes Vereins- und Koalitionsrecht für die Arbeiterinnen. Ganz recht. Aber ich finde, in der Auslegung und Anwendung des Vereins- und Koalitionsgesetzes gehen die Behörden den Frauen gegenüber mit einer Weisheit vor, gegen die Salomon der reine Waisenknabe war (Heiterkeit), in einer Weise, die — ich will mich parlamentarisch ausdrücken — der — Pflichttreue, zumal des preußischen Beamtenthums, zur allerhöchsten Ehre gereicht. (Heiterkeit.) Vielfach hat gerade der Umstand, daß dem weiblichen Geschlecht die politischen Rechte versagt sind, dazu herhalten müssen, den Frauen auch auf wirthschaftlichem Gebiet das Leben zu erschweren. In vielen Gewerkschaften, in denen sich die Frauen mit den Männern organisirt haben, heißt es bei irgend einem Thema, daß dasselbe die Politik streife. Es ist deshalb bei dem heutigen Stande der Entwickelung sehr nothwendig, die Grenze zu finden, wo eine Frage aufhört eine wirthschaftliche zu sein und anfängt eine politische zu werden. Es muß aber auch weiter mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß dem weiblichen Geschlecht das Recht zugestanden wird, sich in Vereinen und Versammlungen auch mit politischen Fragen zu beschäftigen. Sie wissen, daß die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts nur als Vorwand genommen wird, um die Organisation der Arbeiterinnen zu hintertreiben, um es ihnen unmöglich zu machen, gegen den Stachel der kapitalistischen Ausbeutung zu löcken. Das weibliche Geschlecht schlägt man, aber das Proletariat meint man.

Was unseren dritten Antrag anlangt, so liegt es uns sehr fern, in den Ver ammlungen gegen die Vorrechte der Männer zu hetzen. Die Arbeiterinnen wissen sehr wohl, daß der Krieg gegen das männliche Geschlecht nur eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten würde, eine Ablenkung von dem eigentlichen Ziele. Die Frau des Arbeiters leidet heute weniger von der Knechtschaft des Mannes als von der Abhängigkeit des Kapitalisten. Wenn sie früher von dem Manne mit Peitschen gezüchtigt wurde, so wird sie heutzutage von dem Kapitalisten mit Skorpionen gezüchtigt. Wir wollen in unseren Versammlungen den Frauen des Proletariats zeigen, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, welche in praktischer Hinsicht, in der Frage des sozialpolitischen Lebens die Interessen der gesammten Arbeiterklasse und dabei auch die der Arbeiterinnen auf das wirksamste und entschiedenste vertritt. Sie werden vielleicht sagen, daß wir den Männern wahrhaftig nicht zumuthen können, in Zeiten der Wahlagitation auch noch für uns Versammlungen abzuhalten. Ich bin aber der Ansicht, wenn die Genossen es einmal für werth halten, 99 Versammlungen abzuhalten, dann haben sie auch die Zeit, die hundertste Versammlung abzuhalten. Es kommt nicht auf das Opfer an, sondern ob das Opfer auch

aufgewogen wird durch den Nutzen, den man daraus ziehen kann. Wir sind der Ansicht, daß die Sozialdemokratie nur Nutzen davon ziehen kann, wenn die Frau des Proletariers auch in politischer Hinsicht aufgeklärt wird. Die Erfolge der sozialistischen Wahlkämpfe in Frankreich sind in hervorragender Weise dem Antheil zuzuschreiben, welchen die Arbeiterinnen an dem politischen Kampf genommen und dem Einfluß, welchen sie während der Wahlagitation zu Gunsten der sozialistischen Kandidaten ausgeübt haben. Dasselbe trifft auch für den letzten Wahlkampf in England zu. Wir sehen auch bereits in Deutschland, daß im gegnerischen Lager überall Stimmen laut werden, welche befürchten, daß die Sozialdemokratie unter der Frauenwelt der Arbeiterklasse mehr und mehr an Einfluß gewinnt. Die „Kölnische Zeitung" hat in einem Artikel einen Schmerzensschrei erhoben, daß so viel unreife weibliche Elemente durch die neuen Bestimmungen der Gewerbenovelle jetzt mehr freie Zeit zur Verfügung hätten und daß man es sich angelegen sein lassen müsse, diese unreifen Elemente vor schädigenden Einflüssen zu bewahren. (Der Vorsitzende giebt mit der Glocke das Zeichen, daß die Redezeit der Rednerin abgelaufen ist.) Die Männer haben so lange geredet, dann können wir Frauen auch einmal reden. (Große Heiterkeit.) Die gesammte Bourgeoisie weiß sehr gut, daß, wenn es einmal zur Entscheidung kommt, die Agitatoren und Agitatorinnen der Schwarzen nicht so zu fürchten sind wie die Agitatoren und Agitatorinnen des Zukunftsstaats, der Rothen. Man spricht mit Unrecht von einer sozialdemokratischen Frauenbewegung, weil die sozialdemokratische Frau gar keine besondere Bewegung bildet, nicht ein Staat im Staate ist, sondern sich ganz einfach der sozialdemokratischen Bewegung einfügt. (Bravo!) Wenn ich mich verpflichtet halte, für diese Anträge einzutreten, so geschieht dies nicht, weil ich eine Frau bin, sondern weil ich mich zuerst als Genossin fühle, und nur mit Rücksicht auf den Werth und die Bedeutung des weiblichen Geschlechts für die Gewinnung des Proletariats halte ich mich für verpflichtet, für diese Anträge einzutreten. Ich bitte Sie nicht, daß Sie aus Gerechtigkeit und Billigkeit diesen Anträgen zustimmen möchten. Denn ich weiß ganz gut, keine einzige politische Partei hat sich in ihren Handlungen und Haltungen durch die schönen Augen der Dame Gerechtigkeit bestimmen zu lassen. Wenn ich Sie auffordere, diesen Anträgen Ihre Zustimmung zu geben, so thue ich es im Interesse des gesammten Proletariats. Auf wirthschaftlichem Gebiete ist die Frau durch die Entwickelung des modernen Lebens die Schmutzkonkurrentin des Mannes geworden; sie soll auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete seine Mitstreiterin werden. Mit ihrer Hilfe werden Sie auch die Landbevölkerung und das Kleinbürgerthum erobern. Wir würden Alle sehr schlechte Streiter sein, wenn wir in diesem Kampfe die

intimste Freundin unberücksichtigt ließen: die reaktionäre Frau! Stimmen Sie unseren Anträgen zu, um für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse neue Streiter zu gewinnen, damit wir alle ohne Unterschied, im Unterrock oder in der Hose, als Soldaten uns um dieselbe Fahne schaaren, zum Siege des Proletariats über die Bourgeoisie! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Die Anträge werden mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 6 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Montag, den 21. November.

Vormittagssitzung.

Um 9½ Uhr werden die Verhandlungen vom Vorsitzenden Singer eröffnet.

Die internationalen Genossen Prags senden herzliche Grüße, protestiren aber gegen den Beschluß des Parteitages in Sachen der Maifeier und erklären, den 1. Mai zu feiern.

Nach § 14 des Organisationsstatuts können die Mitglieder der Parteileitung für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird. Hierzu liegt ein Antrag Emmel vor, den Parteikassirer mit der Ordnung des Archivs zu betrauen und ihn im Gehalt den Parteisekretären gleich zu stellen.

Der Antrag wird nach Befürwortung durch den Antragsteller mit großer Mehrheit angenommen. Ohne Widerspruch werden die bisherigen Gehälter für die Vorsitzenden und die Sekretäre als weiter bestehend anerkannt.

Darauf wird das Resultat der erfolgten Wahl der Parteileitung verkündet. Nach dem von der Mandatsprüfungs-Kommission aufgenommenen Protokoll sind 233 Stimmzettel abgegeben worden, davon 8 ungiltig. Von den 225 giltigen Stimmen haben erhalten als Vorsitzende Bebel 217, Singer 217, 7 Stimmen sind zersplittert. Zu Sekretären werden gewählt Auer mit 217, Fischer mit 182 Stimmen. Daneben hat Stadthagen 23 Stimmen erhalten. 20 Stimmen sind zersplittert. Zum Kassirer ist Gerisch mit 205 Stimmen gewählt worden, 7 Stimmen sind zersplittert. Stimmen als Kontroleure haben erhalten Kaden 177, Ewald 172, Meister 170, Herbert 169, Dubber 151, Jacobey 136, Schulz-Berlin 125. Außerdem haben erhalten Legien 60, Slomke 52, Hoch 49, Ehrhart 46, Borgmann 44, Kandt 42, Faber 37, Geck 34, Brey 28, Labjuhn 17, Vollmar 15, Bueb 16, Feldmann 6; zersplittert sind auf 16 verschiedene Delegirte 53 Stimmen.

Sämmtliche Gewählten erklären die Annahme der Wahl.

Ein während der Verhandlungen vom Parteitage abgelehnter Antrag: „Das Gehalt des Chefredakteurs des „Vorwärts“ wird

auf dem Parteitage festgesetzt“ ist von einer Anzahl von Mitgliedern wieder aufgenommen worden. Der Parteitag entscheidet nach dem Vorschlag Singer's mit großer Mehrheit gegen die Zulässigkeit dieses Antrages. Damit ist der Antrag erledigt.

Es kommt nunmehr die Frage zur Entscheidung, an welchem Orte der nächste Parteitag stattfinden soll. Hierzu liegen 3 Anträge vor. Hengsbach-Köln will den Parteitag 1893 in Köln a. Rh. abhalten. Daneben sind Leipzig und Halberstadt in Vorschlag gebracht. Dagegen wünschen Genossen des 1. württembergischen Wahlkreises: Der Parteitag möge bei Bestimmung der Orte für Abhaltung von Parteitagen auch Süddeutschland berücksichtigen. Nach längerer Debatte, in welcher wiederholt die Ansicht ausgesprochen wurde, daß man von Leipzig wegen der dortigen Polizeipraktiken in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes Abstand nehmen müsse, wird mit großer Majorität Köln als Ort für den nächsten Parteitag bestimmt.

Darauf wird in der Berathung der Anträge zur Agitation fortgefahren. Mangels genügender Unterstützung gelangen nicht zur Verhandlung die unter den „Vorlagen an den Parteitag“ S. 19 aufgeführten Anträge der Genossen in Cassel, Duisburg-Mühlheim, Naumburg-Weißenfels-Zeitzer Kreis, Eckwarth-Hamburg und 3. Hamburger Wahlkreis (S. 20.), Fermersleben, Wehder-Sonneberg, Parteigenossen in Unna (S. 21), Halfter-Berlin, Stablow-Gallen, Parteigenossen in Jüterbog, in München, zweiter Theil (S. 22). Zurückgezogen wird der S. 20 aufgeführte Antrag der Genossen des 13. Hannover'schen Wahlkreises, ebenso der Genossen in Friedberg in Hessen (S. 19.)

Genossen in Apolda beantragen: Die Vertrauensmänner derjenigen Orte, an welchen wichtige Gerichtsentscheidungen gefällt werden, sind verpflichtet, dieselben mit Begründung des Urtheilsspruches schnellstens an den Partei-Vorstand zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ einzusenden.

Baudert-Apolda: Wir stellen den Antrag, damit die Vertrauensmänner jeden Orts in der Lage sind, die Agitation durch die Nachrichten von den gegen unsere Genossen ergangenen Verurtheilungen besser betreiben zu können. Es wird daneben auch den einzelnen Genossen eine Ersparniß an den Kosten für Rechsschutz erwachsen, indem jeder Genosse aus den Urtheilsbegründungen auch ersehen kann, welche Stellung er event. dem Gerichte gegenüber einzunehmen hat.

Hofmann-Chemnitz: Vor fünf Jahren haben wir einen Prozeß gegen die Polizei durch alle Instanzen durchgeführt, welche ein Komitee von 3 Mann für einen Verein erklärt hatte. Das Oberlandesgericht entschied, daß die 3 Mann kein Verein seien. Jetzt nach 5 Jahren wiederholt sich der nämliche Fall. Wir haben

aber das Urtheil nicht zur Hand, sind daher machtlos; hat aber der Vorstand die Sache im Archiv, dann ist sie in ein paar Tagen zu erlangen, dann kann man sich retten.

Bebel bittet den Antrag schon aus preßtechnischen Gründen abzulehnen. Das Malheur in Chemnitz hätte sehr leicht vermieden werden können; wenn man im Lokalblatte das Erkenntniß abdruckte, hatte man es jederzeit zur Verfügung. Viel wichtiger wäre ein Antrag gewesen, daß die leichtfertigen Berufungen in allen Strafsachen künftig nicht mehr vorkommen möchten, daß nicht immer wieder bei Lappalien, bei Geldstrafen von 5 oder 3 Mark bis in die höchste Instanz hinaufgegangen würde. Vor 14 Tagen haben wir in einem Prozeß wegen 9 Mark Geldstrafe 192 Mark Kosten zu bezahlen gehabt!! Mit diesem Anrufen der obersten Instanz um jeden Preis wird geradezu leichtfertig umgegangen. Auspfänden können wir nachher die Leute nicht lassen, wenn sie etwas haben, wir müssen in den sauren Apfel beißen und horrende Rechnungen bezahlen. Lehnen Sie den Antrag ab, er ist unausführbar.

Stadthagen: Auch ich bitte, den Antrag, wie er vorliegt, abzulehnen. Es ist direkt unmöglich, alle Urtheile zu veröffentlichen, wesentlicher aber als dieser äußerliche Grund sind die inneren Gründe. Die Genossen sollten nicht glauben, daß aus irgend einem Urtheil eine prinzipiell wichtige Entscheidung herausgelesen werden kann; in demselben Augenblicke, wo sie das thun, veranlassen sie den Juristen, genau hinzusehen, ob er nicht mit dem bekannten vierspännigen Wagen doch durch das Urtheil resp. das Gesetz durchkommen kann. Es kommt ja auch häufig vor, daß auf Grund derselben Thatfrage von demselben Gericht der Eine verurtheilt, der Andere freigesprochen wird. Irgendwie wesentliche Hilfe für die Agitation gewinnen Sie auf diese Weise nicht.

Der Antrag wird abgelehnt.

Parteigenossen in Köln beantragen (nachträglich von Hengsbach modifizirter Antrag):

> Zur Hebung und Belebung unserer Parteibestrebungen in Rheinland und Westfalen, wo das Zentrum dominirt und alles aufbietet, unsere Agitation zu entkräften, wird der Partei-Vorstand beauftragt, in Verbindung mit den Agitationskomitees der einzelnen Provinzen von Zeit zu Zeit größere Agitationstouren zu veranstalten und geeignete Redner event. aus der Parteikasse zu entschädigen.

Hengsbach begründet den Antrag mit dem Hinweis, daß die Agitationskomitees oft nicht im Besitz der nöthigen Mittel seien; Auer weist darauf hin, daß trotzdem im Rheinland verhältnißmäßig viele rednerische Kräfte vorhanden, doch wie überall genügen auch diese nicht. Jede Forderung finanzieller Unterstützung der Agitation sei bisher dem rheinischen Agitationskomitee bewilligt

worden; Köln aber, wo jetzt die Klagen erhoben werden, habe es nicht einmal der Mühe werth erachtet, einen einzigen Brief zu schreiben. Ob der Antrag angenommen oder abgelehnt werde, ändere an den thatsächlichen Verhältnissen gar nichts, die Frage sei: Mehr Redner und mehr Lokale. Am Gelde fehle es nicht.

Der Antrag Hengsbach wird abgelehnt.

Ueber den Antrag des Parteigenossen Dullens, St. Ingbert: Der Pflege des internationalen Gedankens und Bestrebens in der Partei mehr Aufmerksamkeit schenken zu wollen, geht die Partei mit der ausdrücklichen Motivirung zur Tagesordnung über, daß die Pflege des internationalen Gedankens und der internationalen Solidarität eine selbstverständliche Pflicht der sozialdemokratischen Partei ist und von ihr im reichsten Maße erfüllt wird.

Von der Resolution der Parteigenossen des II. Berliner Wahlkreises zum Thema des Staatssozialismus kommt jetzt der zweite Theil zur Verhandlung, welcher lautet:

„Die Parteigenossen erwarten ferner, sobald der Parteitag gesprochen, von einem jeden Genossen die Respektirung der Beschlüsse desselben, damit es in Zukunft vermieden wird, daß Streitigkeiten innerhalb der Partei, hervorgerufen einerseits durch Erörterungen parteipolitischer Fragen in Bourgeois-Blättern, andererseits durch Interviews gegnerischer Zeitungsvertreter, stattfinden, die nur geeignet sind, die Presse der Gegner mit Sensationsstoff zu versehen, der Partei aber selbst leicht schaden können."

Antrick-Berlin spricht sich gegen die Interviews aus und wendet sich besonders gegen das Interview eines amerikanischen Berichterstatters mit Vollmar, in dem dieser gesagt haben solle, wir würden nie die Landbevölkerung gewinnen, könnten aber sehr wohl bei den nächsten Reichstagswahlen so viel Stimmen bekommen, daß wir auf parlamentarischem Wege unsere Forderungen durchsetzen könnten. Durch derartige Interviews werde weiter nichts bezweckt, als daß der Landagitation ein Knüppel zwischen die Beine geworfen werde. Wer was auf dem Herzen habe, der möge doch die Parteipresse event. die „Neue Zeit" benutzen. Er stimme ganz mit Liebknecht überein, der gesagt habe, nur eine Balleteuse oder ein abgetakelter Staatsmann habe es nöthig, sich interviewen zu lassen.

Bebel wendet sich gegen den Antrag, der eigentlich gar keine Bedeutung habe. Der erste Satz sei ganz unklar. Zunächst hätte man doch beweisen sollen, daß jemand in der Partei die Beschlüsse des Parteitages nicht respektirt, daß er durch sein öffentliches Auftreten dazu beigetragen hat, die Partei zu kompromittiren. Hat dies aber ein Parteigenosse gethan, dann muß er aus der Partei ausgestoßen werden. Bezüglich der angeblich durch Interviews

hervorgerufenen Streitigkeiten innerhalb der Partei müßten die Parteigenossen doch endlich begreifen, daß die gegnerische Presse alles Interesse habe, alle Aeußerungen bekannter Genossen tendenziös entstellt wiederzugeben. Dagegen gebe es kein Mittel und kein Parteitagsbeschluß könne Aenderung schaffen. Was die Interviews betrifft, so behaupte ich, daß in keinem Interview etwas gesagt worden ist, was der Partei an und für sich etwas schaden könnte. (Widerspruch.) Ich habe das Vertrauen zu den Genossen, die sich haben interviewen lassen, daß sie das, was sie gesagt haben, jederzeit auch vertreten können. Eine andere Frage ist, ob das, was gesagt worden ist, in Deutschland richtig wiedergegeben wird. Dafür kann man auch keine Garantie übernehmen. Das Interview, welches im Figaro über mich veröffentlicht worden ist, war in der Hauptsache richtig wiedergegeben. Aber der Schluß dieses Interviews enthielt eine humoristisch gefärbte Bemerkung, die von mir nicht gefallen war, die aber der Interviewer für nothwendig hielt, um einen hübschen Schluß zu erhalten. Guesde ließ sich herbei, eine öffentliche Erklärung im Figaro abzugeben; sie war vollständig korekt gehalten und rein sachlich, und was lesen Sie in der „Vossischen Zeitung“, deren Pariser Berichterstatter fortgesetzt unsere Partei herabzusetzen und zu verdächtigen sucht? Da wird gesagt, daß Guesde erklärt hätte, daß wenn ein Krieg ausbräche, es nothwendig sei, daß man unter die beiderseitigen Heere Dynamitbomben werfe. Und in dieser gefälschten Form ging die Notiz durch die ganze Bourgeoispresse. Es muß also den Parteigenossen der Takt zugetraut werden, daß sie künftig wissen, was sie von solchen Nachrichten zu halten haben. Das einzige Mittel, was wir gegenüber den Angriffen der Gegner haben, ist, daß wir kaltblütig bleiben und ruhig unsere Wege gehen.

Liebknecht: Ich kann heute mein in der Eiskeller-Versammlung über die Interviews gefälltes Urtheil nach keiner Seite modifiziren oder einschränken. Ich habe nicht gesagt, daß ich nie in meinem Leben interviewt worden bin, sondern ich hätte in Amerika ein Haar darin gefunden, und seitdem habe ich mich niemals interviewen lassen. Ich kann natürlich nichts dafür, wenn jemand, der zwei, drei Worte mit mir gewechselt hat, nachher schreibt: „ich habe mit Liebknecht ein Interview gehabt“, und wenn er aus 10 Worten 20 Seiten schreibt. Als ich aus Frankreich zurückkam, sind Dutzende von Interviews veröffentlicht worden, von denen keins stattgefunden hat. Ich bin der Meinung, daß jeder Mensch, der der Rede oder Schrift mächtig ist, viel besser daran thut, seine Meinung selber niederzuschreiben, als sich einen Mittelsmann zu suchen. Im übrigen habe ich den Grundsatz befolgt, Anfragen von Seiten französischer und anderer ausländischer Blätter ausnahmslos unbeantwortet zu lassen. Ich kann nun,

wenn wirklich ein Interview über mich erscheint, ruhig sagen: es ist nicht wahr, es ist erstunken und erlogen. Den vorliegenden Antrag anzunehmen würde keinen Sinn haben.

Antrick zieht seinen Antrag zurück.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Mangels genügender Unterstützung kommen nicht zur Verhandlung die Anträge der Genossen in Mühltroff und Wiesbaden auf regere Agitation, sowie der Antrag Wilke und Genossen, daß der Partei-Vorstand zur Beschickung der Provinzial-Parteitage ev. verpflichtet sein soll.

Ueber den Antrag Germer-Essen: „Der Parteitag protestirt gegen die Maßregelung der Krupp'schen Arbeiter", wird zur Tagesordnung übergegangen, weil es sich um einen einzelnen Fall handelt, zu dessen Beurtheilung dem Parteitag das thatsächliche Material nicht vorliegt.

Albrecht-Halle hat den Antrag, die Reichstagsfraktion soll in der nächsten Session die Einführung des Achtstundentages beantragen, neu aufgenommen, der Parteitag lehnt aber die Diskussion ab.

Augustin-Berlin beantragt: Der Parteitag möge folgende Resolution zum Beschluß erheben:

„In Erwägung, daß die Verstärkung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats durch die bestehende kapitalistische Herrschaft bewirkt wird, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich immer mehr verschärft, die Interessen der Arbeiter von der einen „reaktionären Masse", die alle bürgerlichen Parteien bilden, immer mehr unterdrückt werden, weist die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien — gleichviel ob direkt oder indirekt — zurück, und empfiehlt den Genossen, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten, sich stets der Stimmabgabe zu enthalten."

Nach Begründung durch den Antragsteller ziehen die Parteigenossen des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises ihren Antrag zurück, der lautete:

„Den im V. Berliner Reichstags-Wahlkreise angenommenen Antrag Dr. Lütgenau's, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien bei Stichwahlen abzuschließen, sobald sich dieselben verpflichten, für den Achtstundentag einzutreten, zu verwerfen.

Vogtherr-Berlin: Selbst wenn wir die Möglichkeit hätten, zwischen gegnerischen Parteien zu entscheiden, so wäre es doch praktisch und taktisch falsch, bei den gegnerischen Parteien hausiren zu gehen und zu sagen: wenn ihr uns in der und der Forderung unterstützt, dann habt ihr auf unsere Unterstützung bei den Stichwahlen zu rechnen. Man könnte z. B. in der Meinung, daß die

neue Militärvorlage möglicherweise eine Auflösung des Reichstages herbeiführen könnte, annehmen, die Sozialdemokratie könnte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, wenn sie mit den Freisinnigen Hand in Hand gehe, die Gegner der Militärvorlage in den Reichstag bringe und gleichzeitig die Frage des Achtstundentages fördere. Eine solche Voraussetzung beruht aber auf einer gründlichen Unkenntniß des Charakters der gegnerischen Parteien und der bürgerlichen Parteien überhaupt.

Jacobey-Berlin: Die Kompromißfrage rührt wohl noch aus der Periode Bismarck-Puttkamer her, wo die Frage der Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes entscheidend war (für unsere Stimmabgabe). In der Kartellfrage wurde eine ähnliche Stellung eingenommen. Heute würde sie nur Wirrwarr hervorrufen.

Fräßdorf-Dresden: Wir wählen doch nicht allein, um unsere Genossen in den Reichstag hineinzubringen, sondern um bei den Wahlen, bei der Agitation die Masse aufzuklären. Daß wir von den Gegnern die Einführung des Achtstundentages nicht zu erwarten haben, ist ganz selbstverständlich.

Liebknecht: Wir sind vor die Frage der Kompromisse gestellt worden durch die preußischen Landtagswahlen. Mehreren erschien es als ein großer Vortheil, wenn im preußischen wie im sächsischen Landtage unsere Partei vertreten wäre. Aber es stellte sich heraus, daß eine Vertretung unserer Partei im preußischen Landtage ohne einen Kompromiß mit anderen Parteien nicht möglich wäre. Wir haben jetzt auch einstimmig die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen zurückgewiesen. Jedes Kompromiß wäre ein Verrath an unserem Programm und an dem Interesse der Partei. Anders verhält es sich mit den Stichwahlen. Zu Dutzendmalen ist auf unseren Kongressen beschlossen worden, unter keinen Umständen bei den Stichwahlen irgend einem anderen Kandidaten als dem Parteikandidaten die Stimme zu geben. Ebenso oft ist dies aber auch von den Parteigenossen bei Seite geschoben und durchbrochen worden. Unsere Genossen haben dabei niemals ein Kompromiß geschlossen oder einen Grundsatz preisgegeben, sondern einfach aus taktischen Gründen im Interesse der Partei gehandelt. Bei den letzten Wahlen haben wir die Parole ausgegeben, bei den Stichwahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, welche gegen das Sozialistengesetz und gegen jedes Ausnahmegesetz wären. Das ist unzweifelhaft eine durchaus richtige Taktik, und wenn der Vorstand oder die Parteileitung anders gehandelt hätte, so würde die Majorität, mit der Fürst Bismarck weggefegt wurde, lange nicht wirksam gewesen sein. Nun kam das Verhalten der Fortschrittspartei bei den Stichwahlen; sie hat uns im Stich gelassen. Man hat darauf gesagt, wir sollten uns künftig mit den Fortschrittlern in keinen Pakt mehr einlassen Haben wir denn ein Recht, von

einem Verrath der Fortschrittler zu reden, haben wir einen Handel mit ihnen abgeschlossen? Nicht aus Liebe zu den Herren Fortschrittlern, nicht um der schönen Augen des Herrn Eugen Richter willen, sondern in unserem eigenen Interesse haben wir für sie gestimmt. Würden wir aber Gegendienste verlangen, dann stellen wir uns ja auf den erbärmlichen Standpunkt der Schacherpolitik, auf den Windthorst-Bismarck'schen Standpunkt des do ut des. Wenn wir jetzt, wie beantragt wurde, beschließen, so kommen wir in dieselbe Lage, wie es nach jedem früheren Kongreß geschehen ist, daß die Parteigenossen in ihrer Mehrheit den Beschluß nicht halten, den sie auch im Interesse der Partei nicht halten können.

Dr. Lütgenau-Berlin: Die Genossen des 6. Wahlkreises in Berlin haben vorhin etwas recht Vernünftiges gethan, als sie ihren Antrag zurückzogen. Sie beantragen nämlich meinen Antrag zu verwerfen; ich habe aber gar keinen Antrag eingereicht. Außerdem ist in der Berliner Resolution der von mir gemachte Vorschlag vollständig entstellt. Die Angriffe gegen mich beruhen sämmtlich auf einer vollständig irrigen Darstellung. Redner präzisirt seine Auffassung über die Frage der Stichwahlen im Sinne Liebknecht's und fährt dann fort: Ich meine aber, wir können vielfach eine so große Stimmenzahl bei den Stichwahlen in die Wagschale werfen, daß wir dafür auch etwas verlangen können. Unsere Leute sollen es nicht mehr so billig machen. Zunächst muß natürlich ein Kandidat, der unsere Stimmen erhalten soll, im Reichstage korrekt stimmen, beispielsweise in der Militärvorlage. Wir können auch noch einige sozialistische Forderungen stellen und den Kandidaten fragen, wie er sich zum Achtstundentag stellt. Wenn ich in eine freisinnige Versammlung kam, habe ich gefragt, wie stellt Ihr Euch zur Forderung des Maximalarbeitstages, zur Sonntagsruhe, und ich habe weiter nichts zugegeben, als daß wir nur einen solchen Kandidaten unsere Stimme geben wollen, welcher erstens in allen Tagesfragen sich so zu stimmen verpflichtet, wie die Sozialdemokratie es thut, und noch dazu für den Achtstundentag ist. Ich halte es recht wohl für möglich, daß auf diese Weise einzelne Freisinnige verpflichtet würden, für den Achtstundentag zu stimmen, und damit hätten wir zugleich einen Keil in diese Partei hineingetrieben. Es würde für Eugen Richter keinen größeren Schmerz geben, als Fraktionsgenossen zu haben, welche für den Achtstundentag zu stimmen sich verpflichtet haben. Dies ist meine Haltung gewesen, und das ist kein Kompromiß. Wir dürfen uns aber hier nicht festlegen und die falsche Ansicht hegen, daß wir durch die Betheiligung an den Stichwahlen den Gegnern nützen. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Resolution Augustin im zweiten Theile abzulehnen. (Zustimmung.)

Kiesel-Berlin tritt für den Antrag Augustin ein.

Jähnig-Halle: Wir in Halle verzichten auf die Stimmen der Gegner, wir wollen mit Gegnern überhaupt nichts zu thun haben.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag Augustin wird in seinem ersten Theile bis zu dem Worte „zurück" einstimmig angenommen. Der Schlußsatz, der die Wahlenthaltung bei den Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten empfiehlt, wird mit schwacher Mehrheit abgelehnt.

Von unerledigten Anträgen liegen nur noch solche unter der Rubrik „Persönliches" vor.

Die Parteigenossen der beiden Wahlkreise Breslau-Ost und Breslau-West beantragen, den St. Gallener Beschluß, soweit er sich auf den Genossen Bruno Geiser bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen.

May-Breslau, Ullenbaum-Elberfeld, Marie Kunert-Breslau, Löwenstein-Nürnberg und Metzner-Berlin treten in eingehendster Weise für den Antrag der Breslauer Genossen ein, während Hoch-Frankfurt denselben aus formell-sachlichen Gründen bekämpft.

Stadthagen beantragt, um jedes Mißverständniß zu verhüten, dem Antrag der Breslauer Genossen folgende Fassung zu geben: „Die Parteigenossen der beiden Wahlkreise in Breslau beantragen, den zweiten Theil des St. Gallener Beschlusses, so weit er sich auf den Genossen Bruno Geiser bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen. Das Mißtrauensvotum des St. Gallener Parteitages bleibt davon unberührt.

In dieser Fassung wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Parteigenosse Carl Riemann-Chemnitz beantragt: „Die Differenz zwischen den Chemnitzer Genossen und Riemann durch ein Schiedsgericht zum Austrag bringen zu lassen."

Dem gegenüber beantragt Leander-Chemnitz: Der Parteitag erklärt, da Riemann nicht aus der Partei ausgeschlossen ist, so hat er sich zuvor an seine Genossen in Chemnitz zur Begleichung der Differenzen zu wenden.

Auer hingegen beantragt, ein Schiedsgericht zu ernennen, in welchem die Chemnitzer Genossen und Riemann ihre Vertreter haben und zu welchem der unparteiische Partei-Vorstand den dritten Theil der Schiedsrichter zu ernennen hat.

Nach längerer Debatte, an der Hofmann-Chemnitz, Auer, Mittag-Halle, Albrecht-Halle und Schumann-Bielefeld theilnehmen, wird der Antrag Auer mit großer Mehrheit angenommen.

Ein vom Lokalausschuß deutscher Sozialisten in Zürich Namens einer dortigen Versammlung gestellter Antrag:

„Der Berliner Parteitag wolle beschließen: „Der im vorigen Jahre auf dem Parteitag zu Erfurt gefaßte Ausschlußbeschluß ist rückgängig zu machen und umzustoßen",

wird mangels Unterstützung durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ebenso der unter „Vorlagen an den Parteitag“ S. 21 aufgeführte Antrag der Parteigenossen in Düsseldorf.

Heinrich-Altona beantragt, der Parteitag möge beschließen, daß Subventionen an Parteiblätter aus der Parteikasse, welche die Summe von 1000 Mark überschreiten, nur mit Zustimmung der Kontroleure ertheilt werden dürfen.

Heinrich: Mein Antrag bezweckt nicht dem Vorstande, den wir in diesem Jahre wiedergewählt haben, ein Mißtrauensvotum zu stellen und zu sagen, daß wir mit der Verausgabung der 65 000 Mark für Preßunterstützungen nicht einverstanden sind, sondern er bezweckt nur, daß sämmtliche Kontroleure bei der endgiltigen Beschlußfassung über die Bewilligung von Preßunterstützungen mit beschließen sollen. Der Vorstand mag erst die thatsächlichen Verhältnisse untersuchen und dann die Kontroleure berufen.

Bebel: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Sie haben einen Partei-Vorstand und Kontroleure, welche die Thätigkeit, speziell die Kassengeschäfte des Vorstandes kontroliren sollen. Wenn diese nun über die Kassenverhältnisse auch noch beschließen sollen, so haben Sie am Ende gar Keinen, der kontrolirt. Würde der Antrag angenommen, so würde darin zweifellos ein Mißtrauensvotum liegen gegen die bisherige Geschäftsführung des Partei-Vorstandes. Jedesmal, wenn ein solches Gesuch einging, haben wir eine ganz genaue sachverständige Aufstellung der gesammten Verhältnisse des Blattes gefordert; wir nahmen einen genauen Einblick in die Geschäfte, in Einnahme und Ausgabe u. s. w. Hatten wir nicht die nöthige Sicherheit und Unterlagen, so wurde weitere Auskunft erbeten und in einer ganzen Reihe von Fällen wurde eins unserer Mitglieder nach den betr. Orten, z. B. nach Bielefeld, Dortmund, Mainz, Frankfurt, München, Magdeburg 2c. geschickt, um an Ort und Stelle genaue Einsicht zu bekommen und uns zu berichten, und erst nachdem wir uns nach allen Richtungen auf das Allergenaueste informirt hatten, sind wir zu einem Beschluß gekommen. In einer Reihe von Fällen, wo es nothwendig erschien, haben wir darauf gedrungen, daß eine andere und bessere Verwaltung eingeführt wurde. Gewissenhafter kann man gewiß nicht verfahren. Lehnen Sie den Antrag ab, er ist unausführbar.

Meister: Wir Revisoren haben bei den Revisionen stets vor vollendeten Thatsachen gestanden. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß nach dem Antrage der Geschäftsgang so schwierig sein würde, wie Bebel es dargestellt hat. In jeder Vorstandssitzung haben doch nicht die Bewilligungen für die Presse die Tagesordnung gebildet. Wenn wir die einzelnen Fälle herausnehmen, namentlich die Fälle unter 1000 Mark, so ist die Sache nicht so schlimm. Die Kontroleure können ja auch ihr Votum brieflich abgeben und selbst wenn

sie öfter zusammenkommen, so ist dies immer noch besser, als wenn wir auf dem nächsten Parteitage vor Bewilligungen stehen, die böses Blut machen können. Der Antrag bedeutet gewiß nicht ein Mißtrauensvotum, er will vielmehr die Vorstandsmitglieder von ihrer Verantwortung entlasten. Wenn zwölf Personen die Verantwortung theilen, so ist dies anders, als wenn fünf sie theilen. In der Vorstandssitzung sind vielleicht mitunter nur drei Mitglieder anwesend und denen darf es nicht überlassen werden, über solche Summen zu verfügen. (Bebel: Ist nie geschehen!)

Wilke-Berlin erklärt sich gegen den Antrag. Man sollte die Kontroleure lieber zur Agitation verwenden, das wäre nutzbringender.

Auer: Ich sehe in dem Antrag nicht nur kein Mißtrauensvotum gegen die bisherige Parteileitung, sondern das Bestreben, die Verantwortung auf eine größere Anzahl von Schultern zu vertheilen. Der Tendenz des Antrages stimme ich also durchaus zu. Aber die Durchführung wird sich außerordentlich schwer machen. Wenn die 12 Mitglieder immer bei einander gewesen wären, so wäre auch nicht ein Groschen weniger bewilligt worden, vielleicht manches tausend Mark mehr, denn es kämen dann die lokalen Interessen der außerhalb wohnenden Vorstandsmitglieder mehr zur Geltung als heute. Sie beseitigen aber auch mit einem solchen Antrage eine Institution, die ich nicht gern beseitigt sehen möchte, das Institut der Kontroleure. In dieser Beziehung hat Bebel ganz Recht. Die Kontroleure sind ja doch mit verantwortlich und die Kontroleure können ja beim nächsten Parteitage Ihnen sagen, ob die Geschäftsverwaltung des Vorstandes dem Interesse der Partei entsprochen hat. Meister sagte, die Kontroleure sind aber vollendeten Thatsachen gegenübergestanden. Jawohl, aber sie hatten Gelegenheit im Laufe des Jahres, da sie ja öfter kontroliren, schon bei der ersten Kontrole zu sagen: wir erheben dagegen Einspruch, daß solche Summen bewilligt worden sind. Aber ein solcher Protest ist nicht ein einziges Mal erhoben, weil die Kontroleure die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das Geld im Interesse der Partei nothwendig verausgabt werden mußte. Diese Möglichkeit des Einspruchs würde aber verloren gehen, wenn die Kontroleure mit uns beschlössen. Im Uebrigen konstatire ich, daß wir alle derartigen größeren Summen nicht zu Dreien, sondern geschlossen bewilligt haben. Von einem Durchdrücken solcher Anträge in Anwesenheit von nur drei Mitgliedern, aus Furcht, es könnte sonst die Forderung abgelehnt werden, ist nie die Rede gewesen.

Der Antrag Heinrich wird abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung abgebrochen. Genossen aus Erlangen theilen mit, daß die dortige sozialdemokratische Partei einen glänzenden Sieg bei den Gewerbegerichtswahlen errungen haben. (Bravo!)

Außerdem ist folgender Brief eingegangen, der unter großer Heiterkeit des Parteitages verlesen wird:

In der gestrigen Sitzung vom 19. ds. Mts. des Parteitages wurde die Haltung des „Vorwärts“ bei den Februar-Unruhen kritisirt; jedoch erklärte Liebknecht, dieselben seien keine zielbewußten Arbeiter gewesen, sondern nur Lumpen mit Ballonmützen u. s. w. Wir erklären, daß wir alles von Anfang bis zu Ende im Februar mitgemacht haben, daß es zielbewußte Arbeiter waren, die der Hunger und das Elend auf die Straße getrieben hat, um sich Brod zu verschaffen, denn Brod und Arbeit war die Parole. Wir erklären weiter: wenn Herr Liebknecht nicht aufhört, im „Vorwärts“ die Anarchisten zu denunziren und zu beschimpfen und zielbewußte Arbeiter als Lumpen mit Ballonmützen zu erklären, so machen wir kurzen Prozeß: wir schießen Herrn Liebknecht eine Kugel durch den Kopf (Stürmische Heiterkeit) und sprengen das ganze Redaktionsgebäude mit den Insassen in die Luft. (Schallendes Gelächter.) Eine Bombe genügt. (Erneutes Gelächter.) Achtungsvoll Mehrere Berliner Anarchisten.

Vorsitzender: Die Zuschrift ist mit einigen Namen unterzeichnet. Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, diese Namen zu verlesen, weil ich den Parteitag vor dem Schein bewahren möchte, als wollte er durch das Nennen der Namen einigen Herren eine Unannehmlichkeit bereiten. (Bravo!)

Schluß $1\frac{1}{2}$ Uhr.

Nachmittagssitzung.

3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Zur Verhandlung steht der Bericht der Siebener-Kommission.

Berichterstatter Gerisch: Nach $2\frac{1}{2}$ tägiger erschöpfender Untersuchung hat die Kommission folgenden Beschluß gefaßt:

„Dem Antrage der Solinger, welcher lautet:

Der Parteitag möge der Reichstags-Fraktion den Auftrag geben, den Abgeordneten Schumacher aus der Fraktion auszuschließen,

ist keine Folge zu geben aus folgenden Gründen:

Die Kommission hat festgestellt, daß im Solinger Wahlkreise seit einer Reihe von Jahren Streitigkeiten stattfanden, welche ihre Spitze vornehmlich gegen den Genossen Georg Schumacher richteten. Bedauerlicher Weise setzten sich die dortigen Genossen über jede taktische Rücksicht hinweg und brachten ihre in der Hauptsache kleinlichen gegenseitigen Anschuldigungen vor die breite Oeffentlichkeit, wodurch sich die Verhältnisse zur Unerträglichkeit gestalteten. Durch ein von dortigen Genossen gegen Schumacher veröffentlichtes Flugblatt wurden die Gegensätze auf die höchste Spitze getrieben.

Die Genossen haben damit einen Weg eingeschlagen, der aufs entschiedenste zu verwerfen ist, denn sie verletzten dadurch, abgesehen von den taktischen Rücksichten, unsere Organisation. Es ist dieser Schritt um so mehr zu bedauern, als zweifellos festgestellt wurde, daß die Anschuldigungen des Flugblattes im wesentlichen sich als unwahr herausgestellt haben.

Dagegen kann dem Genossen Schumacher der Vorwurf nicht erspart werden, daß er die durch seine hervorragende Stellung und seine langjährigen Erfahrungen in der Parteibewegung gebotenen parteigenössischen Rücksichten und taktischen Erwägungen außer Acht ließ, wodurch er die Unzufriedenheit beständig steigerte. Es ist dieser Streit um so bedauerlicher, als sich auch nicht ein Schein von prinzipiellen Meinungsdifferenzen zwischen den streitenden Genossen ergeben hat.

Der Parteitag verlangt deshalb von den Genossen, daß sie ihre persönlichen Empfindungen hintansetzend schnellstens eine Einigung herbeiführen, um in Einigkeit den Kampf gegen unsere natürlichen Gegner führen zu können".

gez. Ehrhart. Gerisch. Hoffmann. Koenen.
Metzner. Stolle. Winterblum.

Es ist uns nun, soweit die Genossen aus dem Solinger Wahlkreise selbst anwesend und dem gemäß unserer Vorstellung zugängig waren, auch gelungen, insofern eine Einigung herbeizuführen, als die drei Delegirten des dortigen Wahlkreises sich bereit erklärt haben, gegen das betreffende Flugblatt eine Erklärung in der „Bergischen Arbeiterstimme", wenn es nothwendig ist, in einer besonderen Ausgabe abzugeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Schon seit einigen Jahren haben in unserem Wahlkreise Streitigkeiten Platz gegriffen, welche für unsere Sache im höchsten Grade schädlich wirkten. Die gegenwärtige Erbitterung hat einen Theil der Genossen veranlaßt, ein Flugblatt zu verbreiten, welches sich in den schärfsten Anschuldigungen gegen unseren Abgeordneten und Genossen Georg Schumacher wendet. Wir haben unseren Streit dem Parteitag zur Untersuchung und Entscheidung vorgelegt. Derselbe hat festgestellt, daß der Inhalt des verbreiteten Flugblattes im Großen und Ganzen der Wahrheit nicht entspricht, daß er nur der Ausfluß der langjährigen persönlichen Streitigkeiten ist.

Wir erklären hiermit, daß wir dem Beschlusse des Parteitages uns fügen, daß wir rückhaltslos die Anschuldigungen gegen den Genossen Schumacher zurücknehmen. Wir fordern die Genossen des ganzen Kreises auf, das Gleiche zu thun und die Streitaxt zum Segen der Partei zu begraben.

Berlin, 20. November.

gez.: Carl Strunck. Gust. Laisiepen. Rob. Herder."

Auch Schumacher wird folgende Erklärung erlassen:

„Nach obiger Erklärung finde ich mich veranlaßt, alle Beschuldigungen, die ich gegen Genossen unseres Wahlkreises gemacht haben soll, zurückzunehmen. gez. Georg Schumacher."

Soweit also die streitenden Parteien auf dem Parteitag selbst anwesend sind, ist eine Einigung erzielt worden. Es wird sich nun darum handeln, inwieweit die Genossen des Kreises selbst, insofern sie an diesem Streite theilgenommen haben, sich der Erkenntniß der hier anwesenden Delegirten anschließen wollen. Da wird es Aufgabe des Parteitages sein, das Urtheil der Kommission zu bestätigen, um dadurch auf die Solinger Genossen einen Druck auszuüben, damit endlich einmal jener Streit sein Ende findet. Ebenso wird es Sache der Genossen in den Nachbarkreisen von Solingen sein, auch ihren Einfluß geltend zu machen, damit endlich, wenn nicht sofort, so doch nach und nach, nachdem die Gemüther sich beruhigt haben, eine Versöhnung und Einigung herbeigeführt wird.

In Sachen Auer-Preczytulski ist die Siebener-Kommission nach eingehender Verhandlung und nach Anhörung der als Zeugen vorgeschlagenen Personen zu folgendem Ergebniß gelangt:

„Als erwiesen nahm die Kommission an, daß der Gewährsmann, welcher Genossen Auer die Mittheilung über Preczytulski machte, in Fällen gleicher Art sich als zuverlässig gezeigt hat. Fest steht ferner, daß Preczytulski durch Verkettung von Umständen bereits früher unter dem Verdachte, im Dienste der Polizei zu stehen, zu leiden hatte. Die Kommission ist jedoch nach Prüfung der Sachlage, und nach Anhörung derjenigen Genossen, denen P. bereits von früher her bekannt war, zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Beweis für die Verrätherschaft P.'s weder nach der einen noch nach der anderen Seite erbracht werden konnte, und daß daher Preczytulski als Genosse zu betrachten ist.

Andererseits fühlt sich die Kommission verpflichtet, ausdrücklich zu betonen, daß der Genosse Auer, nachdem ihm die auf P. bezügliche Mittheilung geworden war, im Interesse der Partei nicht anders handeln konnte als er gehandelt hat.

Es kann dem Genossen Auer um so weniger ein Vorwurf treffen, da er unter Beobachtung aller in derartigen heiklen Fragen gebotenen Vorsicht die Nachricht in vertraulicher Weise an die betheiligten, bezw. gefährdeten Genossen gelangen ließ.

gez. Ehrhart. Gerisch. Hoffmann. Koenen. Metzner. Stolle. Winterblum."

Zu dem Antrage der Kommission in Bezug auf die Solinger Angelegenheit liegen Wortmeldungen nicht vor. Der Antrag wird gegen eine Stimme angenommen.

Der Vorsitzende richtet auch seinerseits an die Solinger Genossen den dringenden Wunsch, daß sie im Interesse der Partei sich

dem Beschlusse des Parteitages nicht nur fügen, sondern denselben auch möglichst schnell so zur Ausführung bringen mögen, daß im Kreise Solingen der alte Frieden und die alte Eintracht wieder herrsche. (Bravo!)

Auch zu der Resolution bezüglich des Prezytulski meldet sich Niemand zum Wort: die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag hat sich nun noch über die beiden Referate schlüssig zu machen.

Das Wort wird nicht gewünscht; die Referate über die wirthschaftliche Krise und über den Antisemitismus werden von der Tagesordnung abgesetzt, und zwar auf den Wunsch von Fritz in getrennter Abstimmung.

Frohme-Altona beantragt, der Parteitag wolle den beiden Resolutionen zu den Punkten 9 und 10 der Tagesordnung seine Zustimmung geben. Dieselben lauten:

Resolution zu: „Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge: der allgemeine Nothstand.“

Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß die von ihm erzeugten Krisen und Arbeitsunterbrechungen immer allgemeiner, andauernder und verheerender werden; daß die Aufsaugung des Eigenthums, die Enteignung und Verelendung der sogenannten mittleren Gesellschaftsschichten mit stets wachsender Geschwindigkeit vor sich geht; und daß durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit für immer weitere Kreise ein Nothstand in Permanenz geschaffen wird.

Die nothwendige Folge dieser zerstörenden Wirksamkeit des Kapitalismus ist, daß die Zahl der Eigenthums- und Erwerbslosen sich fortwährend und in zunehmender Schnelle vermehrt.

Obgleich diese Folgen des Kapitalismus unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht zu beseitigen sind, und eine gerechte, menschenwürdige Organisation der menschlichen Arbeit und der menschlichen Gesellschaft nur durch den zur Herrschaft gelangten revolutionär-demokratischen Sozialismus zu erreichen ist, so haben doch Staat und Gemeinde auch in der heutigen Gesellschaft unbedingt die Pflicht, den Nothleidenden zu helfen und sie vor Hunger zu schützen. Da das Almosen entwürdigt und die Hilfe am zweckmäßigsten durch die Beschaffung von Arbeit geleistet wird, so fordert der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden auf, der zur einer öffentlichen Kalamität gewordenen Arbeitslosigkeit durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse nach Möglichkeit zu steuern.

Angesichts des unaufhaltsam sich vollziehenden, immer weitere Volkskreise ins Verderben reißenden Auflösungsprozesses, der

zwar einerseits dem Sozialismus die Wege ebnet, andererseits aber auch die Gefahr blinder Ausbrüche der Leidenschaft und der Verzweiflung erzeugt, ist es in verdoppeltem Maße die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, mit äußerster Anspannung aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß alle Gesellschaftsglieder, die der Kapitalismus zum Elend verurtheilt, und die in ihm ihren Todfeind erblicken müssen, über ihre Interessen aufgeklärt und in die Armee der Sozialdemokratie: des zum wirthschaftlichen Klassen- und politischen Befreiungskampf organisirten Proletariats eingereiht werden.

* * *

Resolution zu: „Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie.“

Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwickelung bedrückt finden und zum großen Theil durch diese Entwickelung dem wirthschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirthschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeuterthum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirthschaftlichen wie politischen Entwickelungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich, d. h. reaktionär sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muß nothwendig *erfolglos* sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos

werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwickelung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntniß kommen müssen, daß nicht blos der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem sozialen Elende befreien kann.

Beide Resolutionen werden mit großer Mehrheit angenommen.

Persönlich bemerkt Bebel: Ich will im Namen Liebknecht's und zugleich in meinem Namen erklären, daß wir sehr damit einverstanden sind, daß sie unsere Referate abgesetzt haben, andererseits aber, um den Wünschen entgegenzukommen, über die Gegenstände ein ausführliches Referat zu bekommen, haben Liebknecht und ich uns entschlossen, in der nächsten Zeit hier in Berlin über die betreffenden Themata Volksversammlungen abzuhalten und unsere Reden stenographisch aufnehmen und drucken zu lassen, damit sie zur allgemeinen Kenntniß gelangen. (Beifall.)

Meist-Köln spricht im Namen der auswärtigen Delegirten dem Lokalkomitee der Berliner Genossen den Dank aus für die freundliche Aufnahme, welche die auswärtigen Delegirten hier in Berlin gefunden haben. Das Lokalkomitee habe bei der Ausdehnung Berlins eine riesige Arbeit gehabt und diese in der promptesten Weise erfüllt. (Lebhafte Zustimmung.)

Frohme-Altona beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag weist die Unterstellungen gegnerischer Blätter insbesondere des „Hamburger Korrespondenten": auf Vorschlag Bebel's sei die von Frohme beantragte Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Meineid" aus taktischen Rücksichten nicht aufgenommen worden, als unwahr und jeder Begründung entbehrend zurück.

Diese Resolution sei nothwendig, weil die gegnerische Presse den Anschein erwecken wolle, als hätte die Partei die Diskussion dieses Punktes aus Furcht vor dem Zutagetreten abweichender Meinung abgesetzt.

Die Resolution wird gegen sehr wenige Stimmen angenommen.

Singer: Parteigenossen! Wir sind nunmehr am Schlusse unserer Arbeiten angelangt, und haben eine Woche reich an Arbeit, aber auch reich an erhebenden Eindrücken hinter uns. Ich kann mich im Namen des Parteitages dem Dank, der den Berliner Genossen ausgesprochen worden ist für die opferwillige, treue Arbeit,

die sie der Partei nicht nur durch die Vorarbeiten, auch nicht nur durch den über alle Erwartungen prächtig verlaufenen Kommers geleistet haben, sondern auch für die Unterstützung, die sie während der Verhandlungen von Früh bis Abends unverdrossen dem Parteitage gewährt haben, von Herzen anschließen. Genossen! Der Parteitag hat Stellung genommen zu einer Reihe wichtiger Fragen. Die Diskussion, die wir geführt haben, die sich in jeder Beziehung frei entfalten konnte, hat gezeigt, was für Niemand, der mit aufmerksamen Augen unserer Bewegung folgt, zweifelhaft sein konnte, nämlich die Einigkeit und die Geschlossenheit der Partei. Das, was unsere Feinde auch von diesem Parteitage gehofft haben, ist nicht eingetroffen und konnte nicht eintreffen, weil die Voraussetzungen für die Hoffnungen und Wünsche der Gegner — Uneinigkeit und Spaltung in unseren Reihen – nicht vorhanden sind. Die Zuversicht, welche in dem Willkommengruß der Berliner Genossen an die Delegirten ausgedrückt ist, die Zuversicht, daß scharfe Kritik geübt, daß scharfe Worte wie Pfeile hinüber und herüberfliegen würden, daß es aber nicht vergiftete Pfeile seien, sondern daß ehrliche Freundeskritik an einander geübt werde, diese Zuversicht hat sich auf dem Parteitage in vollstem Maße erfüllt. — Und so wird auch dieser Parteitag, gleich seinen Vorgängern ein Markstein in der Geschichte der Sozialdemokratie sein. Auch dieser Parteitag hat den Beweis erbracht, daß die sozialdemokratische Partei nach wie vor einig und geschlossen, den durch das Progamm bezeichneten Weg geht. Niemand, weder Personen, noch Parteien oder Einrichtungen der heutigen Gesellschaft sind im Stande, die sozialdemokratische Partei von ihrem Ziel abzulenken und den Sieg unserer Sache zu verhindern.

Auch dieser Parteitag hat bewiesen, daß die Sozialdemokratie Deutschlands nicht eher aufhört zu kämpfen, bis ihr Ziel erreicht ist, bis die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft erfolgt, die Klassenherrschaft und der Klassenstaat abgeschafft, die sozialistische Gesellschaft organisirt ist. Und wie wir allesammt einig sind über das Ziel, für welches wir kämpfen, so sind wir auch einig über die Mittel, welche wir anzuwenden haben, um zu unserem Ziele zu gelangen. Wir halten fest an unserer bisherigen Taktik; wir benutzen alle Mittel, welche uns Verhältnisse und Situation darbieten, um unseren Kampf siegreich zu gestalten, um unser Ziel zu erreichen!

Parteigenossen! Wenn Sie nach Beendigung unserer Arbeiten in Ihre Kreise zurückkehren, wenn Sie Bericht erstatten über den Parteitag und mit den Parteigenossen aller Orten gemeinsam die Agitation für unsere Sache in immer weitere Kreise tragen, wenn Sie immer neue Streiter für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse anwerben, dann lassen Sie sich in diesem Kampf leiten von dem Wort, welches an der Spitze unseres Zentralorgans steht.

„Vorwärts!“ war die Parole, unter der die Sozialdemokratie sich zusammengefunden hat; „Vorwärts!“ ist und bleibt die Parole unserer Partei. „Vorwärts“ ist die Parole des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats, in dessen Dienst die deutsche Sozialdemokratie seit ihrer Begründung steht, in dessen Dienst wir weiter kämpfen, in dessen Dienst wir siegen, und wenn nöthig fallen werden! Und nun, Parteigenossen, laßt uns zum Gelöbniß unverbrüchlicher Treue den Ruf, der vor acht Tagen diesen Saal durchbrauste, auch am Schlusse unserer Arbeiten wiederholen.

Heut noch Kampfesruf, ist er zugleich das Banner, um welches die Arbeiterklasse sich schaart und mit demselben Rufe wird dereinst das Proletariat aller Länder den Tag der Befreiung, den Tag des Sieges feiern.

Hoch die deutsche, hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! Hoch! Abermals Hoch! und zum dritten Male Hoch! (Die Versammlung, auch das Publikum auf den Gallerien und in den Nebenräumen, hat sich erhoben und fällt in stürmischer Begeisterung in die Hochrufe ein. Stehend singt die Versammlung darauf die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.)

Borgmann aus Berlin: Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich Sie bitte, dem Bureau für die ernste, gewissenhafte, gerechte und aufopfernde Leitung der so überaus schwierigen Geschäfte unseren, des Parteitages Dank durch Erheben von den Plätzen auszudrücken. (Geschieht.)

Vorsitzender Singer: Ich danke dem Parteitag namens des Bureaus für die freundliche Anerkennung, die er uns soeben ausgesprochen hat, und ich darf wohl auch den Kommissionen, die so fleißig und erfolgreich gearbeitet haben, den Dank des Parteitages für ihre Thätigkeit abstatten. (Zustimmung.)

Nunmehr erkläre ich die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie für geschlossen.

Schluß 3 Uhr 43 Minuten.

Folgende Delegirten sind vor Beendigung des Parteitages abgereist: Feldmann, Glaser, Görges, Großer, Grünberg, Grünwald, Haugk, Haug, Legien, Medzschke, Schmidt-Zwickau, Schneider, Schrolle.

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 92, Zeile 4 von unten, muß es 375 statt 275 heißen.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Antrick, Otto	Berlin	Berlin 2
Arndt, Paul	Paris	Deutsche Parteigenossen Paris " " London
Augustin, Rich.	Berlin	Berlin 6
Auer, Jg.	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin 4
Bamberger, Jac.	Berlin	Bayreuth-Wunsiedel
Bartels, Albert	Wernigerode a. H.	Halberstadt-Aschersleben
Baudach, Heinr.	Striegau	Schweidnitz-Striegau
Baudert, August	Apolda	1. Weimarsche
Bebel, August	Berlin	
Beims, Hermann	Haverloh	13. Hannover
Bell, J. T.	Rostock	5. Mecklenburg
Bennewitz, Herm.	Görlitz	Görlitz-Lauban
Berndt, Fritz	Berlin	Berlin 5
Baerer, Heinrich	Harburg a. E.	17. Hannover
Bertram, Carl	Limmer b. Hann.	10. Hannover
Betz, Carl	Krieftel	1. Nassau
Birk, Georg	München	1. München
Blos, W.	Stuttgart	9. Baden
Bökert, Heinrich	Adlershof	Teltow-Beeskow-Storkow Charlottenburg
Boehle, Bernh.	Straßburg	Straßburg, Stadt
Böhmer, Ernst	Löbau i. S.	2. u. 3. Sachsen
Bock, Wilhelm	Gotha	Schwarzburg-Sondershausen, Herzogthum Gotha
Bogs, Wilhelm	Bromberg	Bromberg
Borgmann, H.	Berlin	19. Sachsen
Borkmann, L.	Leipzig	12. u. 13. Sachsen
Börner, Wilhelm	Berlin	Berlin 3
Brey, August	Hannover	9. Hannover
Breil, Ernst	Hagen i. W.	Hagen i. W.
Brinkmann, W.	Hohenmölsen	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Bueb, Ferd.	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E. Gebweiler i. E.
Cartensen, Hans	Schleswig	3. Schleswig-Holstein
Colditz, August	Crimmitschau	18. Sachsen
Daßbach, Math.	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Demmler, Carl	Geyer	19. Sachsen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Tempwolf, Fr. W.	Mannheim	Mannheim-Weinheim-Schwetzingen
Diederich, Dr. F.	Dortmund	Dortmund
Dreesbach, A.	Mannheim	
Drescher, Robert	Berlin	Berlin 5
Dreyer, August	Cassel	Hannover-Münden-Göttingen
Dubber, E.	Hamburg	
Eckermanns, H.	Rathenow	Westhavelland
Efflinge, J.	Wandsbeck	8. u. 10 Schleswig-Holstein
Ehrhart F. J.	Ludwigshafen	1., 2. u. 6. Pfalz
Emmel, Leopold	St. Johann	Trier, Saarbrücken, Saarburg-Saarlouis
Ewald, Ferd.	Brandenbg. a. H.	Westhavelland
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Feldmann, Franz	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Fickert, Chr.	Greiz	Reuß ältere Linie
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar 1
Fischer, R.	Berlin	
Fleischer, Gustav	Lüneburg	15. u. 16. Hannover
Fleischmann, E.	Frankfurt a. M.	2. Nassau
Fleißner, Herm.	Pirna i S.	8. Sachsen
Flöther, Wilh.	Bückeburg	Schaumburg-Lippe
Förster, H.	Hamburg	
Frantzen, J. H.	M.-Gladbach	Neuß-Grevenbroich, Crefeld-M. Gladbach u. Kempen
Fräßdorf, Julius	Dresden	Dresden-Neustadt
Fritz, Robert	Osnabrück	4. Hannover
Frohme, K.	Hamburg	
Fülle, Albrecht	Würzburg	Würzburg
Galm, Joseph,	Seligenstadt	Offenbach-Dieburg
Geck, Adolph	Offenburg	2., 5., 7. u. 8 Baden
Ge ger, Johannes	Stuttgart	1. Württemberg
Geilert, Emil	Döbeln	10. Sachsen
Gerber, Victor	Dresden-Altst.	5. Sachsen
Gerisch, A.	Berlin	
Germer, Carl	Essen	Essen
Geyer, F.	Leipzig	12. u. 13. Sachsen
Glaser, Menrad	Cannstadt	2. Württemberg
Glocke, Theodor	Berlin	Nordhausen
Görges, Otto	Stendal	Stendal-Osterburg
Göschl, Nepomuck	München	München 1
Göthel, Ernst	Serkowitz	Dresden-Neustadt
Gottlieb, Christ.	Hastedt	Bremen
Gottschalk, Osw.	Plauen	23. Sachsen
Gradnauer, Dr. G	Trachenberge	Dresden-Altstadt
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grosser, Carl	Tannhausen	Waldenburg
Grünberg, Carl	Hartha	10. Sachsen
Grünwald, Louis	Hamburg	1. Hamburger

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Grumbt, P. R.	Annaberg	21. Sachsen
Häckel, Paul	Sagan	Sagan-Sprottau
Haugk, Paul	Frohburg	14. Sachsen
Haug, Friedrich	Freiburg i. B.	5. Baden
Haverkamp, A.	Geestemünde	Bremerhaven
Heine, Aug.	Halberstadt	
Heine, J.	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Heinrich, C.	Altona	8. u. 10. Schleswig-Holstein
Heinzel, Steph.	Kiel	7. Schleswig-Holstein
Hellsinger, Fritz	Luckenwalde	Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Belzig
Hengsbach, Clem.	Köln a. Rh.	Köln a. Rh.
Herbert, F.	Stettin	
Herder, Rob.	Ohligs	Solingen
Herrling, Carl	Sangerhausen	Sangerhausen-Eckertsberge
Herrschel, Georg	Breslau	Breslau-West
Hildenbrand, C.	Stuttgart	10., 13. u. 14 Württemberg
Hoch, Gustav	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Hofmann, Anton	Thalheim	19. Sachsen
Hofmann, Franz	Chemnitz	22. Sachsen
Hoffmann, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Horn, Bernhardt	Kahla a. d. S.	Sachsen-Altenburg
Hug, Paul	Bant	1. u 2. Hannover, 1. u. 2. Oldenburger
Hülle, Gustav	Erfurt	Eisenach, Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Schwarzburg-Rudolstadt
Jacobey, A.	Berlin	
Jähnig, Alfred	Halle a. S.	Halle u. Saalkreis, Mansfelder Kreis
Joest, Franz	Mainz	Mainz-Oppenheim
Johannes, G.	Lindenau	12. u. 13. Sachsen
Jochem, Otto	Danzig	Danzig
Jordan	Cassel	Cassel-Melsungen, Eschwege-Witzenhausen
Irmscher, Bruno	Chemnitz	16. Sachsen
Kaden, A.	Kötzschenbroda	
Kalkhorst, Heinr.	Limbach i. S.	Mittweida-Limbach
Kalnbach, Andr.	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Kandt, Ferd.	Rostock	6. Mecklenburg
Katurbe, Emanuel	Burg b. Magdeb.	Jerichow 1. u. 2.
Kayser, Richard	Metz	Metz
Keiner, Albert	Goldlauter	Erfurt-Schleusingen-Zigenrück
Keßler, Gustav	Berlin	12. Hannover
Kiesel, Max	Berlin	Berlin 6
Klees, Wilhelm	Magdeb.-Buckau	Magdeburg
Klein, Otto	Berlin	Berlin 2
Klüß, J.	Elmshorn	4. u. 5. Schleswig-Holstein
Koenen, Heinrich	Eimsbüttel	Hamburg 3

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
König, Max	Witten a. R.	Bochum
Körsten, Alwin	Berlin	Randow-Greifenhagen
Konrad, Carl	Mainz	Mainz-Oppenheim
Krahl, Reinhold	Buckow	Cottbus-Spremberg
Krause, August	Potsdam	Potsdam-Osthavelland
Krause, Ernst	Gesau b. Glauch.	17. Sachsen
Krüger, Gustav	Bernau	Nieder-Barnim
Kunert, F.	Friedrichshagen	
Kunert, Marie	Friedrichshagen	Breslau
Kurth, Lorenz	Kalk	Köln-Land
Labjuhn, Theodor	Gr.-Lichterfelde	Teltow-Beeskow-Storkow Charlottenburg
Lauke, G.	Zerbst	1. Anhalt
Leander, Otto	Bernsdorf	16. Sachsen
Legien, Carl	Hamburg	Hamburg 2
Laisiepen, E. G.	Kotten	Solingen
Leopold, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Liebknecht, W.	Berlin	
Lingner, Leopold	Achim b. Bremen	6. Hannover
Litzinger, Konrad	Minden	Minden-Lübbecke
Lorenz, Carl	Königsberg i. Pr.	Königsberg, Stadt
Lotz, Hermann	Cöslin	Cöslin-Colberg-Bublitz
Löwenstein, Gabr.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf, Fürth-Erlangen, Coburg, Lichtenfels-Kronach, Hof
Lütgenau, Dr. F.	Berlin	7. Mecklenburg, Ost-Priegnitz
Lutz, Hermann	Pritzwalk	Ost-Priegnitz
Magnus, Wilh.	Hamburg	11. Hannover
Mahlke, Heinrich	Flensburg	2. Schleswig-Holstein
Mathes, Karl	Riesa	7. Sachsen
May, Emil	Breslau	Breslau-Ost
Medzschke, A.	Altenburg	Herzogthum Altenburg
Meist, Karl	Köln a. Rh.	Lennep-Remscheid-Mettmann, Altena-Iserlohn
Meister, H.	Hannover	
Metzger, Wilhelm	Eimsbüttel	Hamburg 3
Metzner, Theodor	Berlin	Berlin 1
Misselhorn, Ernst	Celle	14. Hannover
Mittag, Otto	Giebichenstein	Querfurt-Merseburg
Molkenbuhr, H.	Ottensen	3. Schleswig-Holstein
Morawski, Franz	Berlin	Posen
Möller, Christoph	Wittenberg	West-Priegnitz
Müller, Hermann	Auerbach	22. Sachsen
Müller, Robert	Reichenbach	22. Sachsen
Niedenhoff, Ant.	Mülheim a. R.	Mülheim a. R.
Niehof, August	Hannover	1. Hessischer
Opificius, R.	Bockenheim	Aschaffenburg
Orbig, Karl	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda, Wetzlar, Alten-Kirchen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Paetzel, Wilhelm	Berlin	Landsberg a. W.-Soldin
Paris, August	Velten	Ost-Havelland
Pfütze, G.	Börnichen	9. Sachsen
Pfund, P.	Coßmannsdorf	6. Sachsen
Rauh, H.	Probstheida	12. u. 13. Sachsen
Recker, Wilhelm	Neustadt (Schles.)	Neustadt, Schlesien
Reinhardt, Paul	Neu-Weißensee	Nieder-Barnim
Reißhaus, Paul	Erfurt	Meiningen 2
Reuter, Edwin	Fermersleben	Wanzleben
Rienäcker, Heinr.	Guben	Guben-Lübben
Rödiger, Hugo	Gera-Reuß	Reuß j. L.
Röhring, Bernh.	Strausberg	Ober-Barnim
Rohrlack, Martha	Berlin	Berlin 5
Rüdt, Dr. P. A.	Heidelberg	4. u. 12. Badisch
Salomon, R.	Wriezen a. O.	Ober-Barnim
Säckler, Joseph	Augsburg	Augsburg
Salzberg, Fritz	Barmen	Barmen-Elberfeld
Schaur, Joseph	Berlin	Zauch-Luckenwalde
Scheffler, Robert	Stettin	Stettin
Schlegel, Louis	Eßlingen	5. u. 6. Württemberg
Schmalfeldt, J. H.	Bremerhaven	19. Hannover
Schmidt, Albert	Burgstädt	15. Sachsen
Schmidt, Fritz	Friedberg	Friedberg
Schmidt, Herm.	Zwickau	18. Sachsen
Schmidt, Karl	Torgelow	Ueckermünde-Wollin
Schmidt, Robert	Berlin	Berlin 4
Schmitt, Michael	Pirmasens	4. Pfälzischer
Schneider, Georg	Brandenbg. a. H.	Westhavelland
Schönfeld, Herm.	Dresden-A.	5. Sachsen
Schrolle, Wilh.	Glatz	Glatz-Habelschwerdt
Schüler, Alex	Holtensen	9. Hannover
Schultze, Carl	Königsberg i. Pr.	
Schulz, Gottfr.	Berlin	
Schulze, Ernst	Kossebaude	6. Sachsen
Schulze, Karl	Bernburg	2. Anhalt
Schulz, Richard	Wenigenjena-Kamsdorf	Jena-Neustadt
Schumacher, G.	Solingen	
Schumann, B.	Bielefeld	Herford-Halle
Schütz, O.	Breslau	Breslau-Land-Neumarkt
Schwartz, Theod.	Lübeck	Lübecker Wahlkreis, 1. u. 2. Mecklenburger Wahlkreis
Schweer, Konrad	Hamburg	Hamburger 1
Seifert, J.	Zwickau	
Seige, Paul	Pößneck	2. Meiningen
Silberschmidt, H.	Schöneberg	Berlin 2
Singer, P.	Berlin	
Sittig, David	Hannover	8. Hannover
Slomke, Gustav	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück, Lippe-[Detmold

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Sparr, Anton	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Stabernack, B.	Berlin	Luckau-Kalau
Stadthagen, A.	Berlin	
Stamm, Herm.	Cannstadt	2 u. 11. Württemberg
Starke, Ernst	Bunzlau	Lüben-Bunzlau
Steenfatt, Friedr.	Hamburg	Hamburg 3
Stegmann, K.	Braunschweig	1. Braunschweig
Stolle, W.	Gesau	
Stolpe, Hermann	Grünberg i. Schl.	Grünberg-Freystadt, Glogau,
Storch, Franz	Bredow	Randow-Greifenhagen-Pyritz Satzig
Strunck, Karl	Solingen	Solingen
Stüven, K.	Altona	8. Schleswig-Holstein
Täterow, August	Berlin	Berlin 1
Tempel, Gustav	Berlin	Arnswalde-Friedeberg
Theiß, Friedrich	Hamburg	Hamburg 2
Thiele, Ad.	Wurzen	11. Sachsen
Tietz, Emil	Cüstrin	Königsberg i. Pr.
Tutzauer, F.	Berlin	
Ullenbaum, W.	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Ulrich, Carl	Offenbach	
Urban, Carl	Forst i. L.	Sorau-Forst i. L.
Vogtherr, E.	Berlin	Berlin 3
v. Vollmar, Georg	Soiensaß	München, Rosenheim, Passau
Wartmann, Max	Friedrichshagen	Nieder-Barnim
Wassermann, H.	Schöningen	2. Braunschweig
Weber, Hermann	Buxtehude	17. Hannover
Weiland, Herm.	Fürstenwalde	Frankfurt-Lebus
Weirich, G.	Linden (Hannov.)	8. Hannover
Wengels, Robert	Berlin	Berlin 4
Wentzel, Wilhelm	Seesen	3 Braunschweig
Wernicke, Herm.	Charlottenburg	Teltow- · eeskow-Storkow-Charlottenburg
Wilke, Fritz	Berlin	Ruppin-Templin, 13. Hannover
Winterblu.n, A.	München	München 2
Wurm, E.	Hannover	
Zaffke, Julius	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Zetkin, Klara	Stuttgart	Mannheim-Weinheim-Schwetzing und die Frauen Württembergs.

Als Gäste sind anwesend:

Dr. Victor Adler-Wien, Popp-Wien, Danielson-Schweden, van der Col-Holland.

Zuschriften und Telegramme.

Altona. Parteigenossen.
Altona. Polnischer sozialdem. Verein.
Amsterdam. Sozialdemokratischer Bund in Nederland.
Amsterdam. Sozialistische Studenten und Lehrer.
Apolda Genossen.
Apolda. Turnerschaft.
Basel. Genossen.
Berlin. Arbeitslose Metallarbeiter, Wallstraße.
Berlin. Seifensieder u. Berufsgenossen.
Berlin. Sozialdemokratische Kaufleute und Handlungsgehilfen.
Berlin. Sozialistische Studentenschaft.
Bonn. Genossen.
Bramsche Die Parteigenossen.
Braunschweig. Handlungsgehilfen.
Braunschweig. Sozialdemokratie.
Bremerhaven. Buchdruckerei der „Norddeutschen Volksstimme", Geestemünde.
Bremerhaven. Die organis. Genossen.
Bruch. Genossen.
Bukarest. Deutsche Parteigenossen.
Bukarest. Georg Hoffmann.
Cöpenick. Zahlstelle des Deutschen Tischler-Verbandes.
Crefeld. Volksversammlung vom 13. November.
Danzig. Parteigenossen.
Döhlen. Genossen.
Dortmund. Parteigenossen.
Dortmund. Personal der rheinisch-westfälischen Arbeiter-Zeitung
Dresden. Die Genossen von Dresden-A.
Dresden. Markthelfer, Packer, Kutscher und Berufsgenossen.
Dresden. Sozialistische Studentenschaft.
Emden. Mitglieder des Arbeitervereins.
Erfurt. Arnstädter und Erfurter Landagitatoren.
Erlangen. Genossen.
Essen. Sechs gutgesinnte Bergleute.
Forst. Die Genossen von Forst u. Berge.
Friedrichsberg. Arb.-Bildungs-Verein.
Gaarden. Genossen.
Gießen. Wahlverein.
Granada. Comité des sozialdemokr. Vereins.
Grosseto (Italien). Genossen.
Großenhain. Genossen.
Grünberg i. Schles Generalstab der waschechten Rothen.
Itzehoe. Genossen.
Kalk Die Parteigenossen.
Konstanz. Die Parteigenossen von den Ufern des Bodensees.
Konstanz. Rothe Sänger d. „Vorwärts".
Laegerdorf. Die Parteigenossen.
Lauenburg. Genossen.
Leipzig. Freie Vereinigung d. Kaufleute.
Leipzig. Mitglieder des sozialdemokr. Vereins „Alt-Leipzig".
Lemberg. Organisirte Genossen.
London. Communistischer Arbeiter-Bildungsverein. Tottenham-Strt. 49.
London. Gasarb. von Großbritannien und Irland.
Lüneburg. Gesangverein „Vorwärts".
Madrid. Parteigenossen.
Meißen. Genossen.
Metz. Genossen des Lese- und Diskutir-Club „Eintracht".
Metz. Lothringer Genossen.
Metz. Mitglieder des Lese u. Diskutir-Club „Vorwärts".
Münster i. W. Genossen.
Mylau i V. Genossinnen.
Neumünster. Die Parteigenossen.
Osnabrück Herbergs-Kommission.
Parchim. Genossen.
Paris. „Internationaler Verein sozialistischer revolutionärer Studenten".
Paris. Parti Ouvrier durch Lafargue.
Paris. Revolutionäres Zentralkomité (Blanquistische Fraktion der französ. Sozialdemokratie).
Paris. Russische revolut Sozialisten.
Paris. Verein rumänischer sozialistischer Studenten.
Plauen i. V. Genossen.
Prag. Internationale Genossen.
Reichenberg i. Böhmen. Sozialdemokr. Landesvertretung.
Remscheid. Mitglieder des „Sozialdemokratischen Volksverein".
Rheydt. Genossen.
Riesa Genossen.
Schwedt. Genossen.
Schweinfurt. Gesangv. „Vorwärts".
Sonneburg. Protestversammlung gegen die Militärvorlage.
Spremberg. Genossen.
St. Johann (Saarbrücken). Genossen.
Stettin. Arbeiter - Bezirks - Verein „Lastadie".
Stettin. Personal des Stettiner Volksboten.
Thalheim. Genossen.
Tilsit. Genossen.
Wien. Redaktion „Der Handlungsgehilfe".
Wien. Die Revolutionären des 9. Bezirks.
Winterthur. Sozialdemokraten.
Witkowitz. Die Genossen.
Zoerbig. Genossen.
Zürich. Herausgeber und Redakteure russischer sozialdemokrat. Schriften.
Zürich. Verein deutscher Sozialistinnen

Sprech-Register.

Adler, Dr. 79. 156. 166.
Albrecht 133. 286.
Antrick 193. 262. 281.
Arndt 253.
Augustin 132. 234. 268.
Auer 109. 141. 222. 243. 259. 286. 288.

Baader 145. 146.
Baake 262.
Bartels 150.
Baudert 219. 279.
Bebel 91. 113. 142. 148. 163. 195. 207. 217. 219. 254. 265. 268. 280. 281. 287. 294.
Beims 103.
Berard 264.
Bogs 108. 139.
Borgmann 236. 296.
Börner 252.
Bueb 134.

Danielson 105.
Dempwolf 158.
Diederich, Dr. 194. 268. 270.
Drescher 103.
Dreyer 156.

Ehrhart 111.
Emmel 98.
Ewald 216.

Fischer-Berlin 84. 125. 270.
Fleischmann 255.
Flöther 138. 168. 219. 269.
Frantzen 103.
Fräßdorf 275. 284.
Frohme 191. 253.

Geiger 150.
Gerisch 152. 169. 289.
Göschl 200.
Grünberg 265.
Grünwald 99. 161. 240.

Heinrich 267. 287.
Hengsbach 101. 262. 280.
Hoch 98. 167. 192. 207. 252. 286.
Hoffmann-Zeitz 103. 249.
Hofmann-Chemnitz 279. 286.
Hug 254.
Hülle 107. 266.

Jähnig 133. 286.
Jacobey 284.
Johannes 99.
Jochem 259.

Kaden 90. 130.
Kalnbach 195.
Kandt 140.
Kayser 267.
Keßler 190.
Kiesel 102. 262. 285.
Klees 102. 255.
Klüß 271.
Koenen 134.
van Kol 81.
Konrad 270.
König 162.
Kunert, F. 200.
Kunert, Marie 286.

Legien 118. 238.
Liebknecht 119. 173. 208. 251. 272. 282. 284.
Lingner 199.
Lorenz 140. 258.
Löwenstein 165. 286.
Lütgenau 193. 285.
Lutz 119.

Mahlke 112.
May 286.
Meist 105. 113. 217. 294.
Meister 259. 287.
Metzger 238.
Metzner 141. 286.
Mittag 133. 286.

Niedenhoff 150.

Opificius 116.

Pfund 101.

Rienäcker 252.

Salomon 162.
Schmalfeldt 241.
Schmidt-Friedberg 100. 158. 242.
Schmidt-Berlin 200. 253.
Schultze-Königsberg 257.
Schulze-Bernburg 147. 250.
Schumann 102. 270. 286.
Schweer 140. 161. 237. 270.
Singer 75. 79. 131. 144. 250. 261. 278. 291. 294. 296.
Sittig 267.
Slomke 147. 242. 250. 260.
Stabernack 218. 252.
Stadthagen 275. 280. 286.
Stegmann 168.
Storch 104.
Strunck 168.

Taeterow 259.
Theiß 156. 242. 256.
Thiele 258. 270.

Ullenbaum 100. 134. 262. 286.

Vogtherr 133. 283.
v. Vollmar 159. 183. 201. 218. 256.

Wartmann 101. 168. 272.
Wilke 101. 149. 288.
Wurm 267.

Zaffke 169.
Zetlin 275.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

